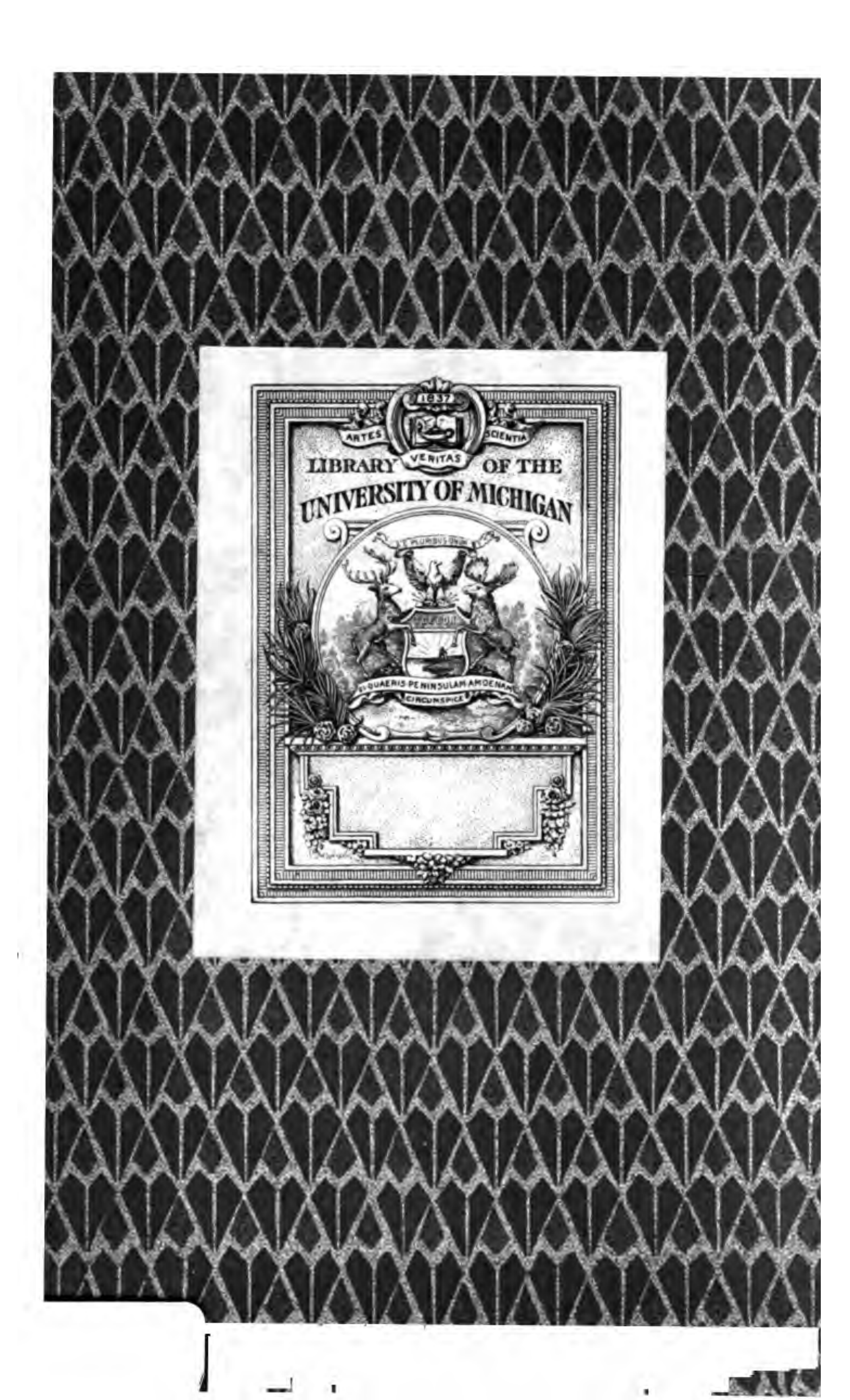
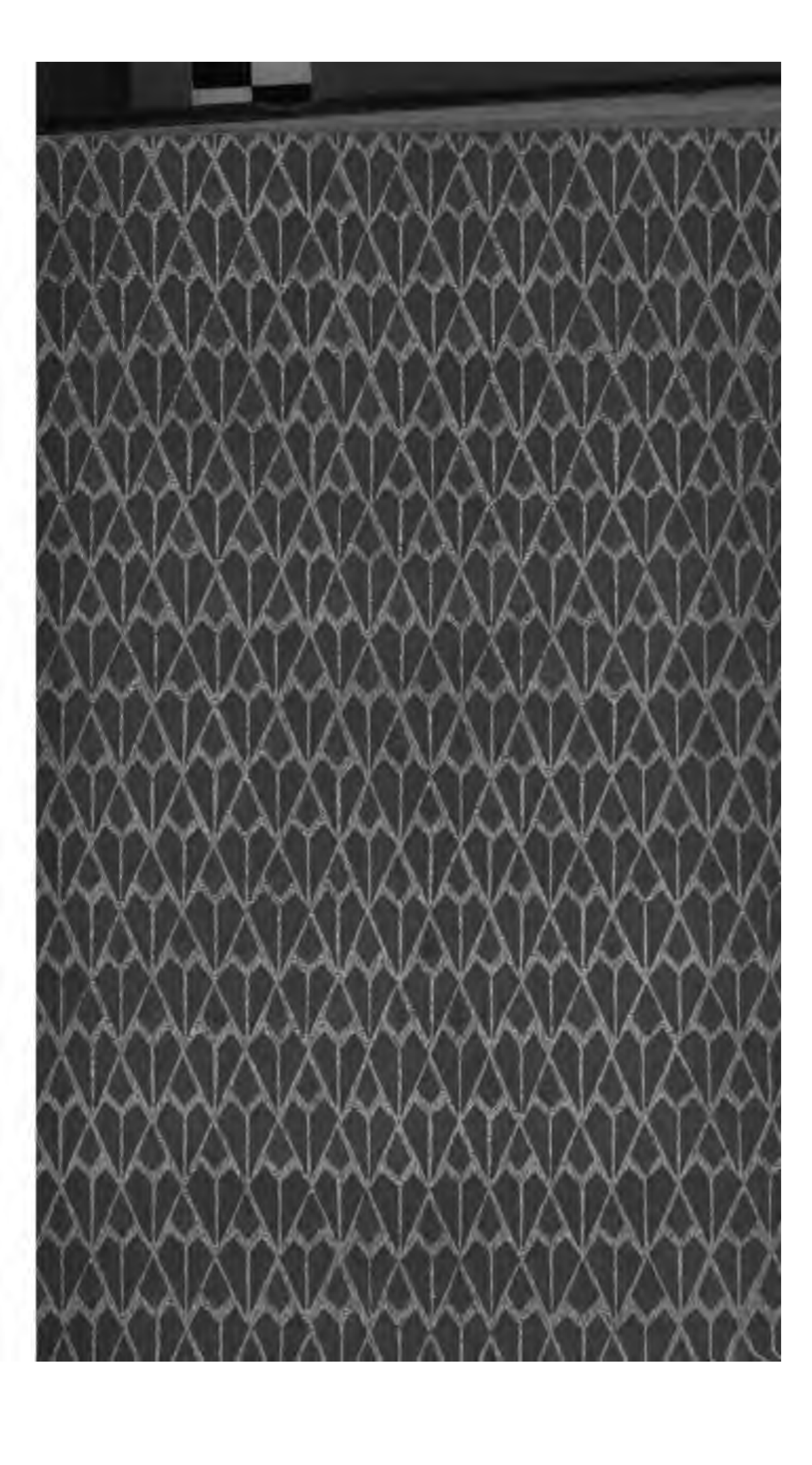





1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
E PLURIBUS UNUM
TUEBOR
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen

herausgegeben

von

Gustav Schmoller.

Siebzehnter Band. Zweites Heft.

(Der ganzen Reihe vierundsiebzigstes Heft.)

R. Eberstadt, Das französische Gewerberecht und die Schaffung staatlicher Gesetzgebung und Verwaltung in Frankreich vom 13. Jahrhundert bis 1581.



Leipzig,

Verlag von Duncker & Humblot.

1899.

Das

französische Gewerberecht

und die Schaffung

staatlicher Gesetzgebung und Verwaltung

in Frankreich

vom dreizehnten Jahrhundert bis 1581.

Ein Beitrag
zur
Entstehungsgeschichte der vollkommenen Staatsgewalt.

Von

Rudolph Eberstadt.



Leipzig,
Verlag von Duncker & Humblot.
1899.

Inhaltsverzeichnis.

Erster Teil.

Von der vollendeten Ausbildung des Zunftwesens bis zur Ordonnanz von 1351.

Einleitung.

Erster Abschnitt.

Das Gewerberecht im dreizehnten Jahrhundert.

Zweiter Abschnitt.

Das Gewerberecht von 1301 bis 1351.

Zweiter Teil.

Von 1351 bis 1500.

Einleitung.

Seite

Erster Abschnitt.

Das Eindringen des Beamtentums in die Zunftverwaltung.

Zweiter Abschnitt.

Die Fortbildung der gewerberechtlichen Institutionen.

Dritter Abschnitt.

Dritter Teil.

Das sechzehnte Jahrhundert.

Vierter Teil.

Zur Objektivierung des Staates.

Anhang.

Berichtigung.

S. 25 Zeile 12 v. o. statt Lehrlingszeit lies Lehrlingszahl.

Erster Teil.

Von der vollendeten Ausbildung des Zunftwesens bis zur Ordonnanz von 1351.

Einleitung.

Der Entwicklungsgang der staatlichen Rechte in Frankreich.

Über das Ziel und die Anlage des vorliegenden Buches habe ich nur wenige erklärenden Worte vorauszuschicken. Es mufs im wesentlichen Sache der Arbeit selber sein, ihren Zweck, wie auch die vertretene Auffassung im einzelnen zu rechtfertigen. Nur über die Anordnung und über die schon aus dem Buchtitel ersichtliche Zweiteilung, die ich dem gesamten Stoff gegeben habe, möchte ich einige Bemerkungen hier voranstellen.

Als ich vor fünf Jahren den Plan fafste, das französische Gewerberecht ausschliefslich auf unmittelbarer Grundlage der Urkunden darzustellen, bildete die Verwaltungsgeschichte meinen Ausgangspunkt. Ich wollte das Gewerbewesen nicht isoliert für sich, sondern als einen Teil des öffentlichen Rechts schildern. Je mehr alsdann die Verarbeitung des noch wenig durchforschten Materials voranschritt, je mehr sich die Angaben der Urkunden zu nicht oder nur wenig bekannten Institutionen verdichteten, um so mehr befestigte sich bei mir die Überzeugung, dafs das Gewerberecht im engen Zusammenhang mit der allgemeinen Rechtsbildung betrachtet werden müsse. Die folgende Darstellung steht deshalb auf dem Boden der allgemeinen Verwaltung, in der die Handwerkerschaften als ständische Gliederungen gelten [1], und ihren Mittelpunkt bildet die Geschichte der Institutionen.

Die Wandlungen, welche diese Verbände und Institutionen vom dreizehnten Jahrhundert bis zum Ende des sechzehnten Jahrhunderts durchgemacht haben, will unsere Untersuchung darstellen. Den breitesten Raum wird hierbei (wenn auch nicht mit der Ausschliefslichkeit anderer gewerbegeschichtlicher Schilderungen) zunächst das Zunftwesen einnehmen. Die von mir vertretene Auffassung geht dahin, dafs die Zunft auch auf gewerblichem Gebiete nicht blofs als Produktions- oder Betriebsform anzusehen ist [2].

[1] v. Inama-Sternegg, D. W.-G. III. Band.
[2] Mag. u. Frat. S. 198.

Wird die Zunft in ihrer Stellung innerhalb des Gewerberechts lediglich in dem letztgenannten Sinne begriffen, so wird nur eine einzelne Eigenschaft und, wie mir scheint, keineswegs die bedeutendste, der Handwerkerverbände hervorgezogen. Gewifs lassen sich auch durch diese Auffassung die wertvollsten Ergebnisse erzielen; wo sie aber die Darstellung allein beherrscht, führt sie leicht zu einer Unterordnung des geschichtlichen Materials unter die subjektive Meinung des Autors[1]. Doch auch der unparteiische und unbefangene Autor wird bei solcher Anschauung zumeist nur einseitig von der Blüte und dem späteren Verfall des Zunftwesens berichten und zeigen, wie die veraltete Produktionsweise durch eine neue abgelöst wurde, durch Gewerbefreiheit und Kapitalismus.

Erschöpfend sind solche Bezeichnungen indes keineswegs; vielleicht sind sie nicht einmal unbedingt charakteristisch zu nennen. Es sei hier nur darauf hingewiesen, dafs Kapitalismus und Zunftwesen so wenig unvereinbare Gegensätze sind, dafs sie vielmehr seit dem dreizehnten Jahrhundert gerade in den stärksten Betrieben nebeneinander bestanden haben[2]; dafs ferner die freien Produktionsformen, die zuerst den Zunftverband energisch von sich abstiefsen, schon seit der Wende des fünfzehnten Jahrhunderts mit gröfster Bedeutung hervortreten[3].

So wenig wie die Zunft nur eine gewerbliche Produktionsform gewesen ist, so wenig wurde ihr lediglich durch eine andere Produktionsform der Untergang bereitet. Das Zunftwesen und die mit ihr zusammenhängenden Einrichtungen wurden vielmehr in erster Reihe überwunden durch den Feind des Ständetums und der ständischen Rechte, den seit dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts geschaffenen mittelalterlich-neuzeitlichen Staat. Eine zureichende Schilderung der hierher gehörenden Vorgänge läfst sich deshalb nur geben, wenn neben der gewerblichen auch die allgemeine staatliche Entwicklung dargestellt wird.

Kaum ein zweites Gebiet zeigt uns ein so treues und umfassendes Bild der Staatsentwicklung, wie das Gewerbewesen mit seinen die gesamte Verwaltung durchdringenden Rechtsschöpfungen und Organisationen. Wir sehen hier, wie das öffentliche Recht in seinen Grundsätzen und in seiner äufseren Erscheinung entsteht, wie es sich ändert und fortbildet. Das öffentliche Recht, im Gegensatz zum Privatrecht, kennt nicht die Ruhe des Besitzes und darf sie nicht kennen; hier ist alles im Flufs und in stetem Wechsel begriffen. Wie nun das Gewerbewesen am raschesten nach neuen Formen drängt, wie die bestimmenden Kräfte der Volksgesamtheit hier zuerst sich durchzusetzen streben, so gelangen

[1] Unsere Einzelschilderung wird hierfür zahlreiche Beispiele, und zwar gerade bezüglich der bedeutsamsten Urkunden der französischen Gewerbegeschichte, zu bringen haben.

[2] S. Schmoller, Tucher und hier unten 3. Kapitel.

[3] S. unten III. Teil 1. Kapitel.

auch die Umwälzungen und Wandlungen des staatlichen Lebens hier zuerst und am deutlichsten zum erfaſsbaren Ausdruck. —

Mit der Geschichte des Gewerbewesens schildern wir deshalb zugleich den Staat und seine Rechtsbildung. Bezüglich der Institutionen des Gewerberechts selbst ist hierbei für unsere Darstellung ein fester Ausgangspunkt gegeben; es ist die Zeit der vollendeten Ausbildung des Zunftwesens. Anders verhält es sich dagegen mit der Schilderung der staatlichen Rechte; hier fehlt eine solche sichtbare Anfangsgrenze, an der wir ohne weiteres einsetzen könnten. Das dreizehnte Jahrhundert zeigt äuſserlich noch alle Eigenheiten des feudalen und ständisch gegliederten Staates. Für unsere Zwecke bedarf es deshalb einer genauen, bisher nicht geführten Untersuchung über die Voraussetzungen, die für die Neugründung der staatlichen Rechte gegeben waren und weiterhin über die hauptsächlichsten Mittel, die hierbei zur Anwendung gelangten. Wir haben demnach zunächst den Entwicklungsgang der staatlichen Rechte in Frankreich überhaupt zu behandeln.

Unsere Untersuchung betrifft einen Teil jener Vorgänge, durch welche seit dem dreizehnten Jahrhundert die vereinzelten königlichen Herrschafts- und Gebietungsrechte zu einer vollkommenen Staatsgewalt umgeschaffen wurden. Der Ausdruck „vollkommen“ ist hier nicht im Sinne der höchsten Eigenschaft, sondern im Sinne der begrifflichen Vollständigkeit zu verstehen. In der heutigen rechtsgeschichtlichen Litteratur wird die seit dem späteren Mittelalter zur Ausbildung gebrachte Staatsgewalt im Gegensatz zu der früh-mittelalterlichen zumeist als die „ganze“ oder als die „wahre“ bezeichnet. Hierdurch wird indes der Gegensatz beider Begriffe nicht genügend scharf ausgedrückt. Denn eine ganze bezw. wahre ist auch die früh-mittelalterliche Staatsgewalt gewesen; dagegen war sie keine vollkommene. Zur Heranbildung einer vollkommenen Staatsgewalt, die alle zu ihrer Bethätigung notwendigen Bestandteile in sich schlieſst, hatte das Mittelalter zunächst die Grundlagen herzustellen. Mit dem Ablauf des Mittelalters ist dieser erste Teil der Staatsentwicklung vollbracht, und eine von jeder nicht-staatlichen Bindung losgelöste Staatsgewalt ist geschaffen.

Indem wir einen Teil dieses weitverzweigten Prozesses zum Gegenstand unserer Darstellung machen, haben wir zunächst den gesamten Vorgang — das Wachstum und die Ausgestaltung der rein staatlichen Thätigkeit — ins Auge zu fassen. Wir gehen hierbei aus von einem der wesentlichsten grundsätzlichen Unterschiede, der den frühmittelalterlichen Staat von dem spätmittelalterlich-neuzeitlichen Staate trennt. Diesen hauptsächlichen Unterschied erblicke ich darin, daſs in der Entwicklung des neueren Staates das Recht als solches losgelöst wurde von dem Amt, mit dem es im

Mittelalter grundsätzlich verbunden war. Erst hierdurch konnte ein selbständiges Staatsrecht entstehen. Es treten sich hierbei zwei völlig entgegengesetzte Systeme des öffentlichen Rechts gegenüber; das an das Amt gebundene Recht des frühmittelalterlichen, und das selbständige Staatsrecht des spätmittelalterlich-neuzeitlichen Staates. Der Anschauung des frühen Mittelalters lag es vollständig fern, ein öffentliches Recht zu erfassen, das nicht auf ein bestimmtes Amt gegründet war und diesem zugehörte. Die Einsetzung und der Besitz eines Amtes war demnach die Vorbedingung für die Ausübung jeder im weitesten Sinne verwaltenden Thätigkeit. Der neuere Staat nimmt seinen Ausgang von der entgegengesetzten Auffassung; er hat allmählich das Recht von dem Amt getrennt und schliefslich das Amt als Subjekt von Rechten nahezu vollständig beseitigt. Grundlage des Amtes wird nunmehr der Rechtssatz. Das Amt ist nicht mehr die Voraussetzung, sondern die Folge des Rechts.

Als der Zeitpunkt, mit dem diese neuere Auffassung deutlicher hervortritt, ist das Ende des dreizehnten Jahrhunderts zu bezeichnen. An der Umwandlung des gebundenen Amtsrechts und an der Herstellung eines selbständigen Staatsrechts hat das Mittelalter seitdem unablässig gearbeitet. Seit dieser Zeit bieten sich demnach für die Ausbreitung der Staatsgewalt zwei Wege, die wir im nachfolgenden zu unterscheiden haben. Der ältere, zunächst am meisten benutzte, besteht in der Ausdehnung der vorhandenen Amtsrechte und in dem Erwerb neuer Ämter durch den Staat. Der neuere, für die Folgezeit wichtigere, besteht in der allmählichen Ausbildung eines vom Amtswesen getrennten, für sich bestehenden Staatsrechts.

Die rechtsbildende Thätigkeit nun, die hierbei in Erscheinung tritt, läfst sich, je nach den angewandten Mitteln, in eine äufsere und in eine innere Entwicklung des Rechts scheiden, und wir können demgemäfs von einer äufseren und von einer inneren Fortbildung des staatlichen Rechts sprechen. Wollen wir die beiden Begriffe zunächst kurz umgrenzen, so bezeichne ich als die äufsere Fortbildung des Staatsrechts die, welche zu ihren Zwecken die Ausgestaltung der einzelnen Jurisdiktionsrechte und vor allem der Ämterorganisationen benutzt, während die innere ihr Ziel vermittelst der Aufstellung allgemeiner selbständiger Rechtssätze verfolgt.

Das französische Staatswesen hat seinen Entwicklungsgang nach den beiden, hier gekennzeichneten Richtungen genommen, die jedoch für unsere Darstellung nicht gleichmäfsig in Betracht zu ziehen sind. (Der rein territoriale Zuwachs des Ländergebietes gehört, wie kaum hervorgehoben zu werden braucht, überhaupt nicht hierher, da wir nur von dem Ausbau des Rechtssystems handeln.) Während des frühen Mittelalters ist die Entwicklung, die wir hier als die äufsere bezeichnen, die bei weitem überwiegende. Bis in das dreizehnte Jahrhundert hinein vollzieht

sich die Erweiterung der staatlichen Rechtssphäre im wesentlichen, wenn auch nicht ausschliefslich, durch die Ausbreitung der Amtsorganisationen.

Unsere Schilderung hat auf diese äufseren Vorgänge nicht näher einzugehen. Ich erwähne hier nur kurz die beiden wichtigsten unter den angewandten Mitteln; als das erste ist zu nennen das ausgreifende Vorgehen der königlichen Amtsleute, insbesondere der Präpositi und der späteren Baillis, die durch Einmischung in die allgemeinen Verwaltungsangelegenheiten mit vielem Geschick die stete Erweiterung des königlichen Machtbereichs betrieben [1]. Als zweites Mittel ist zu erwähnen die stets wachsende Ausdehnung der königlichen Jurisdiktionseinrichtungen, zunächst als Gerichte erster Instanz, später auch als Berufungsgerichte, durch deren Thätigkeit ebenso das Ansehen wie die Befugnisse der königlichen Verwaltung gesteigert wurden [2].

Seit der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts tritt in diese Bewegung eine neue Triebkraft ein und die öffentliche Verwaltung wird von innen heraus umgestaltet und in einheitliche Bahnen geleitet. Die Einwirkung macht sich zunächst an der Centralstelle geltend. Der berufsmäfsig geschulte Juristenstand (der indes unter Ludwig IX. noch nicht durchaus identisch ist mit den Romanisten [3]) erlangt das Übergewicht in den königlichen Gerichten; die geistlichen und feudalen Elemente werden zurückgedrängt [4]. In den Verwaltungsreformen wie in der Geschäftsführung unter Ludwig IX. gelangen die einheitlichen und neugestaltenden Bestrebungen des Beamtenstandes zu erkennbarem Ausdruck [5].

Doch erst seit dem letzten Viertel des dreizehnten Jahrhunderts tritt die selbständige, rechtsbildende Thätigkeit deutlich und immer schärfer hervor. Die Rechtswissenschaft setzt ihren mächtigen Hebel an; sie stellt neue Ansprüche und Gedankenfolgen auf, die zu einer völligen Neugründung des öffentlichen Rechtes führen. Unter Philipp III. vorbereitet, setzt der Umschwung unter dessen Nachfolger Philipp IV. mit voller Kraft ein. Die Regierungszeit

---

[1] Vgl. hierzu Luchaire Inst. Mon. I S. 214 ff.; Vuitry Reg. fin. S. 157 ff.; Boutaric S. 15 ff.; Warnkönig, Französische Staatsgeschichte, Basel 1875, Bd. I S. 202 ff.; Bardoux, De l'Influence des Légistes au moyen âge, Revue historique de droit français et étranger Bd. V, Paris 1859, S. 301 ff.; vgl. auch Brussel, Usage des Fiefs, Pariser Ausgabe von 1750, Bd. I S. 318.

[2] Luchaire Inst. Mon.; Aubert Comp.

[3] Langlois S. 321.

[4] Luchaire Inst. Mon.; Aubert Comp.; Bardoux a. a. O.; Langlois S. 308.

[5] Über die litterarische Thätigkeit jener Zeit vgl. Paul Viollet, Histoire du droit civil français, 2. Aufl. Paris 1893, S. 178—184; Tardif, Histoire des sources du droit français origines Romaines, Paris 1890, S. 337 ff.; Jourdain, La Royauté et le droit populaire, Recueil des Mémoires de l'Académie des inscriptions, Paris 1876, Bd. 28, 2. Teil.

Philipps IV. leitet einen neuen Abschnitt ein für die Gesetzgebung und die Verwaltung. Jetzt zum ersten Mal wird das Recht des Staates losgelöst vom Ämterwesen, und in unabhängigen, allgemeinen Rechtssätzen wird die neue Schöpfung geformt, an deren Vollendung die folgenden Jahrhunderte gearbeitet haben; es ist der Begriff des absoluten, sein selbständiges Recht in sich tragenden Staates.

Auf diese Entwicklung der staatlichen Rechte unter der Regierung Philipps III. (1270—1285) und Philipps IV. (1285—1314) haben wir im nachfolgenden genauer einzugehen. Es ist hierbei die Einwirkung zunächst des Schrifttums, alsdann der ihm später hinzutretenden Praxis, im einzelnen zu untersuchen.

Die romanistische Litteratur Frankreichs läfst, wie die der anderen Länder, den Abschnitt erkennen, der sich an die Abfassung der Accursischen Glosse gegen Mitte des dreizehnten Jahrhunderts anschliefst. In der Anwendung und Verarbeitung des vorhandenen Stoffes erschöpft sich auch hier nach der Vollendung der Glosse im wesentlichen die Aufgabe der Autoren. Die kanonistische Schule dagegen übte ihren Einflufs auf die Formen des Gerichtsverfahrens und dadurch mittelbar auf die zuvor (s. oben) gekennzeichnete äufsere Entwicklung [1]. Im coutumiären Recht endlich gelangte Herkommen und Übung in verschiedenen Gebieten zur Auszeichnung. Im ganzen geht die äufserst rege litterarische Thätigkeit jener Periode dahin, die erworbene Kenntnis und das reiche Material zu ordnen und auszubreiten, wobei für die Kräftigung der königlichen Verwaltung im einzelnen Grofses geleistet wird [2]. Eine neue, eigene Gedanken aufstellende Bearbeitung des Rechtsstoffes tritt indes in dieser Periode nur wenig hervor.

Dieser Stillstand in der Fortbildung des Rechts wird gegen Ende des dreizehnten Jahrhunderts unterbrochen durch ein Werk, das weit über die Grenzen seiner Zeit und seiner engeren Heimat hinauswirkte; es sind die Coutumes du Beauvoisis von Beaumanoir [3]. Insbesondere für unsern Gegenstand enthält das Werk Beaumanoirs recht eigentlich die Ankündigung dessen, was in der nächsten Zeit verwirklicht wurde. Wenn wir für die neuere

[1] Vgl. v. Schulte, Geschichte der Quellen und Litteratur des kanonischen Rechts, Stuttgart 1877. Tardif, Sources du droit canonique, Paris 1887, S. 301 ff.

[2] Auf dem Gebiet des Gewerberechts ist hier zu erwähnen die Niederschrift des Livre des métiers durch Etienne Boileau. Vgl. Mag. u. Frat. S. 70 ff.

[3] Vgl. über Beaumanoir die Einleitung zu der Ausgabe der Coutumes du Beauvoisis von Beugnot, Paris 1842; Viollet, Droit civil S. 185; Tardif, a. a. O. orig. Rom. S. 396 ff.; Bordier, Philippe de Remi, sire de Beaumanoir, Paris 1869. Vgl. ferner die Gegenüberstellung von Beaumanoir und Eicke von Repgow bei Brunner, Französische u. s. w. Rechtsquellen in Holtzendorffs Encyklopädie, 5. Aufl. Leipzig 1890, S. 312.

Entwicklung der staatlichen Rechte eine Scheidelinie ziehen wollen, so scheint sie mir hier ihre Stelle zu finden.

Aus dem Werke Beaumanoirs kommt für unsere Darstellung vor allem die Behandlung zweier Materien in Betracht, die dem Gebiet der staatlichen Rechte angehören; es sind dies die Rechtspflege und das Recht der Gesetzgebung.

Im Mittelpunkt des Beaumanoirschen Systems steht die königliche Gewalt. Sie ist jeder Einzelherrschaft übergeordnet und übt ihren höchsten Einflufs unbestritten innerhalb des gesamten Reichs. Diese Anschauung Beaumanoirs zieht ihre weiten Folgerungen zunächst auf dem Gebiet der Rechtspflege. Alle weltliche Gerichtsbarkeit erscheint grundsätzlich vom Könige abhängig; die herrschaftlichen Gerichte geraten hierdurch thatsächlich in die Stellung von Untergerichten; die geistlichen Gerichte werden in ihrer Zuständigkeit abgegrenzt und eben dadurch schon zurückgedrängt. Dagegen wird das Recht des Eingriffs und der Einmischung bei unbefriedigender Rechtspflege zu Gunsten der königlichen Gerichte scharf formuliert und hervorgehoben [1].

Neben dieser Behandlung der Rechtspflege findet sich aber bei Beaumanoir eine zweite Auffassung der königlichen Rechte angebahnt, die für unsern Gegenstand die bei weitem folgenreichere und fruchtbarere ist. Sie erstreckt sich auf die allgemeinen Grundlagen des Staats und behandelt das wesentliche Recht der Gesetzgebung.

Es ist die für jene Zeit bedeutsamste Frage des staatlichen Rechts, die hier von Beaumanoir aufgegriffen wird. Auf kaum einem anderen Gebiet war das Recht des Königtums unvollkommener und mehr von hindernden und lästigen Schranken durchzogen, als auf dem Gebiet der Gesetzgebung.

Zunächst kannte das hohe Mittelalter kein allgemeines Gesetz, wie es auch kein allgemeines Recht kannte. Recht und Gesetz bedurften der besonderen Begründung im einzelnen [2]; die Form der Rechtssetzung war die lex specialis. Aufserdem aber war das Recht des Königs, verbindliche Gesetze zu erlassen, noch

[1] Ich erwähne folgende Stellen: Kap. 11 Nr. 1—46 Ausgabe Beugnot Bd. I S. 156—175, insbesondere Nr. 1 und 12; Kap. 25 Nr. 7 Bd. I S. 362; Kap. 34 Nr. 41 Bd. II S. 22. Für die Stellung Beaumanoirs, und für seine sichere Art, verwickelte zeitgenössische Fragen zu behandeln, bildet das Kapitel 11 ein besonders gutes Beispiel.

[2] S. unten vierter Teil. Dies ist auch der Grund, weshalb die Gesetzgebung bis ins dreizehnte Jahrhundert in der Hauptsache, und späterhin noch vielfach, auf dem Wege des Privilegs erfolgte. Ich kann deshalb hier Luchaire nicht beistimmen, wenn er Inst. Mon. I S. 246 sagt: „Ce caractère de particularité (des actes royaux depuis la fin du IXe siècle) résultait naturellement de la disparition du pouvoir central et du morcellement de la souveraineté.“ Auch eine straffe Handhabung der Centralgewalt konnte hier zunächst nichts ändern. Vielmehr mufsten die Voraussetzungen für eine allgemeine Gesetzgebung zuvor geschaffen werden.

territorial beschränkt durch die Hoheitsrechte der Vasallen. Allerdings hatten sich nach beiden Richtungen durch eine Reihe von Vorgängen seit dem Ausgang des zwölften Jahrhunderts die Verhältnisse verschoben. Die Umwälzungen im Stande der Bevölkerung in den Städten und auf dem flachen Lande hatten dem Königtum einen weiten Zuwachs an Machtbefugnis gebracht; der Lehensverband begann, an seinem öffentlich-rechtlichen Charakter und an seiner administrativen Selbständigkeit Einbuſse zu erleiden; vor allem hatte das äuſsere Vordringen der königlichen Amtsverfassung und des Beamtentums in der zuvor geschilderten Weise eine Reihe neuer Verwaltungsgebiete eröffnet und in Besitz genommen. Die Einheit des Staatswillens und seine Durchsetzung gegenüber den widerstrebenden Gewalten war aber noch keineswegs erreicht.

Das mittelalterliche Königtum war vielmehr zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts vor eine Aufgabe gestellt, die mit den seitherigen Mitteln nicht zu lösen war. Zu ihrer Erfüllung bedurfte es einer Theorie über das Recht der Gesetzgebung, einer Theorie, die, im Widerspruch zu den zeitgenössischen Zuständen, einem einheitlichen Staatsgedanken Ausdruck gab. Es ist das Verdienst Beaumanoirs, daſs er diese schwierige Frage aufwarf und daſs er ihr die rechte, brauchbare Lösung gab.

Beaumanoir behandelt den Gegenstand ausführlich in zwei Hauptstellen seines Werkes, im vierunddreiſsigsten und im neunundvierzigsten Kapitel[1]. Es erschien erforderlich, die beiden

---

[1] Bd. II S. 22 bezw. 259 ff. Es wird noch eine dritte Stelle angeführt, nämlich der im 35. Kapitel beiläufig verwendete römisch-rechtliche Satz ce qui plest à fere au Roi doit estre tenu por à loi (Bd. II S. 57). Dieser Satz hat jedoch durchaus nicht die allgemeine Tragweite, die ihm unter Nichtbeachtung des gegebenen Zusammenhangs gemeinhin beigelegt wird (so auch bei Langlois S. 286). Es handelt sich um die bei Privatverträgen regelmäſsig am Schluſs hinzugefügte Klausel, durch welche die Parteien im voraus auf die Geltendmachung von Einreden verzichten. Beaumanoir unterscheidet hierbei einen Generalverzicht und einen Specialverzicht und fährt dann fort: Et aussi li Roi a, de son droit que por renonciation que nus ait mis ės letres soit general ou especial il ne laisse pas por ce s'il va en l'ost ou contre l'ennemi de le foi qu'il ne puisse fere les detes aterminer, selonc ce qu'il voit le besoing de cex qu'il mainne avecques li ou qui vont en aucunne besogne necessere de son commandement; car ce qui li plest à fere doit estre tenu por à loi. Mais ce ne pot fere nus fors li el roiame de France. „Wenn ein Schuldner auf alle Einreden, also auch auf die der Heerfahrt mit dem König oder des Kreuzzugs wider die Ungläubigen, verzichtet hat, so hat gleichwohl der König das Recht, die Schulden des auf seinen Befehl ausziehenden Gefolgsmannes oder Kreuzritters zu stunden."

Dieses Recht, die Schulden eines ausziehenden Gefolgsmannes zu stunden, oder das Recht, sog. Lettres d'Etat zu erteilen, bildet nach Beaumanoir ein Reservatrecht, das nur vom König ausgeübt werden kann; das heiſst also, zwar von niemandem anders als vom König, aber auch vom König nur in dem gegebenen Umfang des Reservatrechts. (Über das Recht des Königs, Stundungsbriefe oder Lettres d'Etat auszustellen, vgl. La Roche-Flavin, Treize Livres des Parlements de

Stellen im nachfolgenden wiederzugeben, da sie unserer weiteren Beweisführung zur Grundlage dienen und da die von mir vertretene Auffassung von der seitherigen abweicht.

Kap. 34. Li Rois est sovrains par desor tous et a de son droit le general garde de son roiame par quoi il pot fere tex establissemens comme il li plest por le commun porfit, et ce qu'il establist doit estre tenu. Kap. 49. Art. 4. on doit savoir que se li Rois fet aucun establissement novel, que il ne grieve pas as cozes qui sont fetes du tans passé ne as cozes qui avienent dusqu'à tant que li establissement sunt commandé à tenir. Mes puisqu'il est puepliés (publié), on le doit tenir fermement en le maniere que il commande. Art. 6. Tout soit ce que li Rois puist fere noviax establissemens, il doit moult penre garde qu'il les face par resnable cause, por le commun porfit, et par grand conseil[1].

Beaumanoir hat demnach seiner Lehre von der Gesetzgebung eine ausführliche Begründung beigegeben, die von wesentlichem rechtsgeschichtlichen Interesse und für die Beurteilung der Frage, welchem Rechtssystem jene Lehre angehört, von hoher Bedeutung ist. Die Sätze entstammen durchaus dem fränkischen Staatsrecht[2]. Beaumanoir gründet das Gesetzgebungsrecht des Königs zunächst allgemein auf die Garde générale du royaume, er knüpft dann die Ausübung im besonderen an drei Bedingungen, nämlich 1. cause raisonable, 2. commun profit, 3. grand conseil.

Es fragt sich zunächst und in der Hauptsache, was unter der garde générale zu verstehen sei. Diese garde générale ist der allgemeine Königsschutz, den der fränkische König ausübt und der das gesamte Reich und alle Unterthanen umfafst[3]. Die Begründung Beaumanoirs ist demnach keinem Sonderrechtskreise entnommen; sie ist auch nicht einem einzelnen Schutzverhältnis analog gedacht, wie dem königlichen Schutz der Kirchen und Klöster (garde des églises)[4]; sie besteht vielmehr

France, Bordeaux 1617, S. 808; Thaumas de la Thaumassière, Les Coutumes du Beauvoisis, Paris 1690, S. 415; Ordonnanz Philipps V. von 1318, Ord. I S. 681 Art. 8.) Eine allgemeine Ausdehnung auf das Recht der Gesetzgebung läfst sich in den Zusammenhang dieser Stelle unmöglich hineininterpretieren. Das königliche Gesetzgebungsrecht wird von Beaumanoir nicht in einer beiläufigen Bemerkung, sondern planmäfsig in den oben im Text citierten beiden Stellen abgehandelt. Durch die darin kundgegebene Auffassung wird, gleichviel wie man jene Artikel im einzelnen auslegen mag, jedenfalls der Satz ce qui plest au Roy u. s. w. als legislatorisches Princip unbedingt ausgeschlossen.

[1] Kap. 48 a. a. O. S. 255 ist gesagt par très grant conseil.

[2] Vgl. dagegen die Auffassung von der Gesetzgebungstheorie Beaumanoirs und seiner Zeit bei Langlois S. 286 und Luchaire Man. S. 463.

[3] Dem gemeinen Königsfrieden entspricht der Gedanke eines allgemeinen Königsschutzes, welcher sämtliche Unterthanen des fränkischen Reiches umfafst und sich auch auf die Fremden erstreckt, die keinen besonderen Schutzherrn haben. Brunner, D.R.G. Bd. 2 S. 48.

[4] Brunner, D.R.G. Bd. 2 S. 52.

gerade im Gegensatz zu diesen. Der König übt den ihm hier zugesprochenen Schutz nicht in einzelnen Fällen; sondern er übt ihn ganz allgemein als Träger der Staatsgewalt. Aus diesem grundlegenden Recht und nur aus diesem konnte Beaumanoir die königliche Befugnis zum Erlaſs allgemein verbindlicher Gesetze ableiten.

Für die Gültigkeit einer neuen Verordnung stellt Beaumanoir drei Erfordernisse auf. Zunächst soll das neue Gesetz auf einer rechten Ursache gegründet sein; es darf also nicht der Willkür oder der Neuerungssucht entspringen.

Zum zweiten soll das Gesetz dem gemeinen Nutzen dienen. Der Ausdruck hatte, wie ich an anderer Stelle ausgeführt habe[1], zu jener Zeit rechtsförmliche Bedeutung. Die Gesetzgebung des Mittelalters verlangt allgemein den Nachweis des gemeinen Nutzens für die Begründung eines neuen Rechts; wie andererseits wiederum die Aufhebung durch den Nachweis der Schädlichkeit gerechtfertigt wird[2].

Zum dritten soll das Gesetz par grand conseil vereinbart werden. Mit diesem grand conseil, der rechten Beratung, ist keine bestimmte geschlossene Körperschaft gemeint[3]; sondern es sind hierunter die nach Herkommen berufenen Ratgeber der Krone zu verstehen, in dem Umfang und nach dem Begriff, der sich durch die thatsächliche Übung während des dreizehnten Jahrhunderts herausgebildet hatte[4]. — Schlieſslich fügt Beaumanoir noch im allgemeinen hinzu, daſs das neue Gesetz das alte Recht nicht verletzen und den Geboten Gottes und der guten Sitten nicht zuwiderlaufen dürfe[5].

Diese drei Bedingungen bedeuten in keiner Weise eine Beschränkung des Gesetzgebungsrechts als solchen. Beaumanoir giebt lediglich die notwendigen Umgrenzungen, bei deren Einhaltung allein die Befugnis überhaupt als Recht erscheinen kann; durch jede Überschreitung würde sie zur Willkür. Die Erfordernisse sind im übrigen die des alten Herkommens. Die Voraussetzungen sind zwei materielle: Gesetzmäſsigkeit und gemeiner Nutzen; und eine formale: gehörige Beratung des Trägers der Krone. —

Wenn wir nunmehr die Theorie Beaumanoirs als Ganzes betrachten, so erkennen wir ihren hohen Wert vor allem in der selbständigen, eigenherrlichen Stellung, die dem König geschaffen, wir können jetzt sagen: zurückgegeben wurde. Die Ansprüche, mit denen die voraufgehende Entwicklung das Königtum thatsächlich

---

[1] Mag. u. Frat. S. 187/188.

[2] Die Formel ist älter und hatte zu Beaumanoirs Zeiten auch noch eine realere Bedeutung, als Langlois S. 287 annimmt. Vgl. Schröder, D.R.G. S. 115.

[3] Vgl. Beugnot a. a. O. II S. 262 Anm.

[4] Vgl. Langlois S. 288 ff., Luchaire Man. S. 538.

[5] A. a. O. Bd. II S. 263.

beschwert hatte, werden überwunden durch eine Lehre, die mit dem Feudalwesen keinen Frieden schliefst, weil sie ihm gerade entgegengesetzt ist. Doch nicht durch eine fremde Formel, deren Anspruch auf Geltung bestritten werden konnte, begründet Beaumanoir seine Lehre; sondern er greift zurück auf das ursprüngliche Staatsrecht der fränkischen Monarchie, das den König als den Schützer und Bewahrer des Rechts anerkennt; und hieraus wird seine Befugnis abgeleitet, das gesamte Reich zu ordnen und durch Gesetze zu verwalten[1, 2]. —

Während der inneren und äufseren Kämpfe unter der Regierung Philipps IV. vollziehen sich nunmehr tiefgreifendere Umwälzungen auf dem Gebiete des staatlichen Rechts. Die Regierungszeit Philipps IV. hat dem Staatsrecht Frankreichs die entscheidende Wendung gegeben, durch die es sich von der voraufgehenden Periode schied, und ihm die Richtung vorgeschrieben, in der es auf lange hinaus sich fortbewegt hat.

Die Fülle und die rasche Folge der Erscheinungen jener Periode machen es schwer, hier von den allgemeinen Ereignissen gänzlich abzusehen und lediglich die inneren Vorgänge zu be-

---

[1] Die oben dargelegte Auffassung ergiebt sich ebenso aus den citierten Quellstellen wie aus dem ganzen System des Beaumanoirschen Werkes. Dafs dem Satz Ce qui plest a fere au Roi doit estre tenu por a loi bei Beaumanoir keine systematische Bedeutung zukommt, habe ich oben S. 10 Anm. bemerkt. Über den Satz im allgemeinen vgl. unten vierter Teil § 3. Die Darstellung Luchaires (Manuel S. 463), 1. dafs Beaumanoir das Gesetzgebungsrecht des Königs auf den Commun profit gegründet habe und dafs 2. dieser Begriff dem eigentlichen Mittelalter nicht mehr angehöre, scheint mir nach beiden Richtungen nicht zutreffend. (Les légistes invoquent, comme l'a fait Beaumanoir, le commun profit, l'intérêt général, l'utilité publique, nouveau fondement social qui n'est plus celui du moyen âge proprement dit.) Mit Bezug auf die erste Annahme ist zunächst zu bemerken, dafs der gemeine Nutzen, wie oben bemerkt, lediglich eine Bedingung für die Ausübung des Gesetzgebungsrechts, keineswegs aber die Grundlage für das Recht selber bildet. Das Erfordernis des gemeinen Nutzens gilt alsdann — worauf es hier allein ankommt — nicht etwa nur für die königliche Gesetzgebung, sondern für jede legislatorische Handlung, gleichviel von welcher Stelle oder von welchem Amt sie ausgeht. Zur Begründung eines speciell königlichen Gesetzgebungsrechts ist also das Erfordernis des gemeinen Nutzens nicht verwendbar. Jeder zur Gesetzgebung Berechtigte kann seine Befugnis rechtmäfsiger Weise nur insofern ausüben, als er pro utilitate publica handelt. Der König ist in dieser Hinsicht nicht anders gestellt als irgend ein Vasall oder eine Stadtbehörde. — Auch die zweite Annahme, dafs der Begriff des gemeinen Nutzens dem eigentlichen Mittelalter nicht mehr angehöre, ist nicht als zutreffend zu bezeichen. Der gemeine Nutzen ist vielmehr ein echt mittelalterlicher, dem damaligen öffentlichen Recht eigentümlicher und unentbehrlicher Begriff. S. die Belegstellen vorige S. Anm. 1 und 2.

[2] Neben Beaumanoir ist hier noch sein Zeitgenosse Wilhelm Durantis zu erwähnen, dessen Schriften einen ungewöhnlichen und nachhaltigen Einflufs insbesondere auf das Gerichtsverfahren übten. Vgl. Savigny, R.R. Bd. V S. 571 ff.; v. Schulte, Gesch. d. Qu. u. Litt. d. Kan. R. II S. 144.

trachten. Gewifs ist auch die höchstpersönliche Gestalt Philipps IV. nur ein Glied in der fortlaufenden Kette unpersönlicher Entwicklung, und das Auftreten des Königs erscheint durchaus abhängig von dem vorbereitenden Werke der voraufgehenden Zeit. War doch des Königs treuester Bundesgenosse, der Juristenstand, schon grofsgezogen durch eine Zeit, die bereits weit zurücklag; und sein gröfster Feind, die Feudalverfassung des Landes, war schon lange zuvor gezeichnet und erschüttert. Das Handeln des Königs erscheint darum in jeder Weise abhängig von Voraussetzungen, die zu bestimmen er weder den Willen noch die Macht hatte.

Dennoch mufs die Regierung Philipps IV. als eine Zeit gelten, die sich ihr Gepräge selber gab, und als eine der seltenen Perioden selbständigen Schaffens, für welche die ihr voraufgehende Entwicklung nur Bedingung, aber nicht Ursache ist. Die ungezügelte Hast, die Gewaltthätigkeit, mit der der König und seine Ratgeber handeln, trägt das Bewufstsein in sich, völlig aus dem Neuen zu schaffen und absichtlich mit den Grundlagen der Überlieferung zu brechen. Dafs das Königtum überhaupt befähigt war zu solchem Handeln, war allerdings das Verdienst der Vergangenheit. Der Gebrauch aber, den Philipp IV. von der ihm überlieferten Staatsgewalt zu machen verstand, bleibt das Werk seines eignen Zeitalters. Die selbständige Thatkraft Philipps IV. zeigt sich in der Anwendung der ihm vorgeschaffenen Macht, die unter seinen Händen zu einer veränderten Bedeutung emporwuchs.

Mit dem Ablauf des dreizehnten Jahrhunderts tritt in Frankreich ein allgemeiner Aufschwung der Rechtswissenschaft ein. Das Studium des römischen Rechts gelangt zu neuer Blüte und breiter Entfaltung [1]. Zugleich steigert sich die Stellung der Juristen bis zum unbestrittenen Besitz des entscheidenden Einflusses in der Verwaltung und in der Rechtspflege.

Es war eine Zeit, in der die Rechtswissenschaft und das öffentliche Leben auf das engste verbunden waren, sich gegenseitig anregten und befruchteten [2]. Wenn während des dreizehnten Jahrhunderts die Theorie zumeist der gebende, die Praxis dagegen zumeist der empfangende Teil gewesen war, so war jetzt die Entwicklung des französischen Staatswesens dahin gelangt, dafs sie aus sich selbst heraus neue Aufgaben erzeugte und zur Aufstellung neuer Theorien antrieb. Die erregten politischen Kämpfe, bei denen oft genug die Gewalt gegen das Recht, weit häufiger jedoch das Recht gegen das Recht stand, eröffneten der juristischen Bethätigung ein weites Feld.

In diesem Hervorrufen neuer Anschauungen, in diesem

[1] Savigny, R.R. Bd. VI S. 26 ff.

[2] Vgl. über diese Verjüngung der Rechtswissenschaft durch die Berührung mit dem praktischen Leben insbesondere die schönen Ausführungen Savignys, R.R. Bd. VI S. 20 ff.

rücksichtslos-selbständigen Gebrauch von Lehre und Anwendung zeigt sich die Bedeutung der Zeit Philipps IV. für das öffentliche Recht. Das alte Mittel der Ausbreitung durch den Amtsorganismus, so ausgiebig es auch jetzt noch angewendet wurde, konnte nicht mehr genügen. Die Staatsgewalt fängt an, sich organisch auszubreiten durch die innere Fortbildung ihres eigenen, unabhängigen Rechts. Der König wird nicht mehr lediglich als die oberste Spitze eines hierarchisch gegliederten Staatswesens betrachtet; die Auffassung beginnt sich anzubahnen, die in dem Königtum vielmehr die Grundlage alles Rechts sieht, den Ursprung, von dem jedes Recht im Staate abgeleitet wird. Noch ist die Zeit fern, in der dieser Satz von der Wissenschaft verfochten wird; doch tritt in allen Handlungen Philipps IV. eine Anschauung hervor, welche die Verwaltung des Staates als eine geschlossene Einheit auffaſst.

Das Recht der Gesetzgebung wurde nunmehr durch das Königtum thatsächlich in der Weise, wie sie Beaumanoir umgrenzt hatte, mit allgemeiner Verbindlichkeit ausgeübt. Die Ordonnanzengesetzgebung wächst an Umfang und Bedeutung. Sowohl einzelne Materien, wie ganze Verwaltungszweige wurden einheitlich geordnet durch Gesetze, die zum Teil für die spätere Zeit vorbildlich wurden. Über die Organisation der Rechtspflege ergingen mehrfach Ordonnanzen[1]; auf die gesamte Landesverwaltung erstreckte sich die zu groſser Bedeutung gelangte Ordonnance pour la réformation du Royaume[2]. Der Erweiterung der königlichen Gerichtsbarkeit dienten insbesondere zwei Theorien, die damals zu allgemeiner Anerkennung gelangten, nämlich die der Prévention und die der Cas Royaux[3]. Beide Theorien sind unter Philipp IV. nicht etwa neu aufgestellt, wohl aber zu ihrem systematischen Ausbau gebracht worden.

Die Ausgestaltung der administrativen Einrichtungen wurde mit Eifer und Erfolg betrieben, und eine Reihe von neuen Verwaltungsorganisationen wurde geschaffen, zum Teil allerdings in Anlehnung an die Finanzpolitik des Königs. Die tief eingreifende und wichtige Verwaltung der Forsten und Wasserläufe empfing ihre grundlegende, dauernd beibehaltene Verfassung und Zuständigkeit[4]. Auch die Zölle erfuhren zum erstenmal eine einheitliche,

---

[1] 1291 Ord. 1 S. 240, 1303 Ord. 12 S. 353, 1304 Ord. 1 S. 399.

[2] Ord. 1 S. 354.

[3] Das Recht der Prévention überlieferte der königlichen Rechtsprechung jede Sache, mit welcher ein königliches Gericht „durch Zuvorkommen", d. i. zuerst befaſst worden war, auch wenn die Sache selbst zur Zuständigkeit eines nicht königlichen, grundherrlichen Gerichts gehörte. Die Theorie der Cas Royaux gestattete, jede Sache, durch die angeblich oder thatsächlich das Interesse des Königs berührt wurde, in jedem Stadium des Verfahrens vor die königlichen Gerichte zu ziehen. Vgl. hierzu Boutaric, Aubert und Langlois a. a. O.

[4] Die ersten Anfänge gehen auch hier auf Philipp III. zurück. Vgl. Vuitry Fin. N. S. 1 S. 69.

das gesamte Land umfassende Behandlung, die von den lokalen Verkehrsabgaben grundsätzlich verschieden war[1]. — Auf dem Gebiet des Gewerbewesens aber wurde die Ordonnanz vom 7. Juli 1307 erlassen und hiermit der Grundstein für die staatliche Gesetzgebung im Gewerberecht gelegt[2].

So erhebt sich neben und über dem zersplitterten Amtswesen ein fest geschlossenes, selbständiges Staatswesen mit eigener Rechtsbildung. Die Entwicklung schritt während der folgenden Zeit in den vorgezeichneten Bahnen selbstthätig fort. Nach kurzem Rückschlag unter Ludwig X. wurde unter Philipps IV. zweitem Nachfolger, Philipp V., die Bewegung wieder aufgenommen und ihr Gang wurde selbst durch die wechselvollen Ereignisse des Krieges mit England mehr beschleunigt als aufgehalten.

In dieser Zeit der Ausgestaltung des Staatsorganismus finden sich die ersten Ansätze eines Systems staatlicher Rechte, das seinen Ausbau lediglich in Frankreich gefunden hat und dort von weittragendstem Einflufs für die gesamte innere Entwicklung geworden ist; es ist das System der domanialen Rechte. Insbesondere für das hier zu behandelnde Gewerberecht wurde die Einbeziehung in den Kreis der domanialen Rechte von entscheidender Bedeutung. Es ist deshalb erforderlich, dafs wir auf den Begriff des Domanialrechts an dieser Stelle, d. i. während seiner Entstehungszeit, des näheren eingehen. Hierbei ist von dem heutigen Begriff der „Domäne“ ganz abzusehen; unter dem Domaine de la couronne wird im alten Frankreich zwar auch der Grundbesitz, vorzugsweise werden unter ihm jedoch Rechte der Krone — die sogenannten droits domaniaux — verstanden[3].

---

[1] Vgl. hierzu die Darlegungen bei Boutaric S. 360 ff.; Vuitry Fin. N. S. I S. 126 ff.

[2] S. unten 2. Abschn. 1. Kap.

[3] Über das französische Domanialrecht ist vom sechzehnten bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts eine erhebliche Anzahl selbständiger Werke erschienen, in denen jedoch jede genauere rechtsgeschichtliche und dogmatische Untersuchung des Gegenstandes fehlt. Eine gute Übersicht der bedeutenden Arbeiten gewährt die Sammlung Jus domaniale, hrsg. von Frise, Frankfurt 1701, in zwei Foliobänden, enthaltend u. a. das bekannte Werk von Choppinus, De domaniis Franciae (zuerst Paris 1572); Brückner, De domaniis Regni Germanici, von Staatsgüthern des Teutschen Reichs; Las Casas, Utrum Reges vel Principes cives ac subditos a regia corona alienare possint; sowie einzelne Schriften von Cellarius, Ringler und Auszüge aus den Werken verschiedener Autoren. Aus dem achtzehnten Jahrhundert sind zu erwähnen Le Fèvre de la Planche, Traité du Domaine, Paris 1764, 3 Bände; Bosquet, Dictionaire Raisonné du Domaine et des droits domaniaux, Rouen 1762, 3 Bände. Vgl. auch Mohl, Geschichte und Litteratur der Staatswissenschaften, Erlangen 1858, Bd. III S. 139. Über die Auffassung der Domanialität in der Litteratur des achtzehnten Jahrhunderts siehe unten Teil III Kapitel 2.

Das französische Domanialrecht bildet in mehrfacher Hinsicht das Gegenstück und den Gegensatz zu der in Deutschland ausgebildeten Lehre von den Regalien. Beide Begriffe wurden zu Kampfzwecken aufgestellt; und beide sind in ihrer späteren Ausgestaltung stets der Staatsgeschichte der beiden Länder gefolgt. Zwar ist der Begriff des Regals auch dem französischen Staatsrecht geläufig, während andererseits der Begriff der Domanialität in Deutschland nicht unbekannt ist[1]; von Bedeutung im öffentlichen Recht und zu einem Faktor der staatsrechtlichen Entwicklung ist jedoch das Regal nur in Deutschland, die Domanialität nur in Frankreich geworden.

Für die Regalien ist es charakteristisch, dafs ihr Besitz von Anfang an nicht an eine bestimmte Stelle untrennbar geknüpft ist und dafs er in seinem Ursprung nicht aus einem einzigen Amte heraus konstruiert wird. Es ist für den Begriff und das Wesen der Regalien in den Streitigkeiten des zwölften Jahrhunderts gleichgültig, ob jene vom Kaiser oder von seinen Gegnern ausgeübt werden. Um den Besitz des Rechtes wird gestritten; seine innere Eigenschaft wird nicht berührt. Es ergeben sich hieraus die zwei wesentlichen Konsequenzen, die in der späteren Entwicklung zu Tage treten: der Begriff des Regals setzt der Veräufserung und der Absplitterung keinen Widerstand entgegen, sondern befördert dieselbe vielmehr in den Kämpfen um die Macht, sei es, dafs das Regal den Gegenstand des Kampfes selber, sei es, dafs es den Preis für geliehene Unterstützung bildet. Ferner kann die Lehre von den Regalien es niemals weiter bringen, als zu einem Katalog, einem Verzeichnis von Regierungsrechten. Die Konstruktion aus einem einheitlichen Begriff ist hier von Anbeginn aufgegeben[2].

Über die äufsere Entwicklung in der älteren Zeit vgl. Luchaire a. a. O., über die Zeit bis zur Mitte des vierzehnten Jahrhunderts Vuitry a. a. O.

[1] Vgl. die in der letzten Anmerkung unter der Frieseschen Sammlung citierten Schriften.

[2] Unter den neueren Autoren, die sich mit dem Begriff des Regals beschäftigt haben, ist an dieser Stelle Arndt, Geschichte und Theorie des Bergregals, Halle 1879, zu erwähnen, weil hier (S. 41) der Versuch gemacht wird, den deutschen Regalbegriff auf eine einzelne Urkunde zu gründen und dadurch zu einem einheitlichen Begriff des Regals zu gelangen; und zwar will Arndt „der Bezeichnung Regalien denjenigen Begriff unterstellen, welchen die Ronkalische Konstitution von 1158 diesem Worte zu Grunde legt". Die Beweisführung Arndts erscheint jedoch historisch und juristisch nicht zutreffend. Durch die Voranstellung der Constitutio von 1158 entsteht bei Arndt zunächst eine geschichtliche Umkehrung, indem A. nachträglich eine ältere Urkunde vom Jahre 1111 (Vertrag Heinrichs V.) benutzen mufs, um seine aus der jüngeren Constitutio von 1158 vorab gewonnene Definition zu modifizieren. Diese ältere Urkunde von 1111 spricht aber, was bei A. übersehen ist, von den Regalia quae ad regnum pertinebant, weiter von eadem regalia quae regni erant, endlich von den regalia illa quae ad regnum manifeste pertinebant tempore Karoli Ludewici Heinrici et ceterorum predecessorum, und

Ganz anders wird das Domanialrecht konstruiert. Die Eigenschaft des domanialen Rechts besteht gerade darin, dafs sein Besitz ausschliefslich von einer einzigen Stelle ausgeübt werden kann, und dafs er nur einem einzigen Amte angehört. Den Ausgangspunkt bildet die königliche Krone. Der Gegensatz zu den Regalien besteht deshalb darin, dafs das einzelne Recht hier nicht selbständig betrachtet wird, dafs es keine eigene abteilbare Existenz führt; es erscheint vielmehr stets abhängig von einem gröfseren Ganzen, von einem Gesamtbegriff. So entstand hier ein System von Rechten, das eine geschlossene Einheit bildet und begrifflich nur die Angliederung, nicht aber die Absplitterung zuläfst.

Die Bedeutung des Domanialrechts wurde um so gröfser, als das mittelalterliche Königtum sich unfähig erwies, sein altes Domanium, den Grundbesitz, festzuhalten. Die Veräufserung des Kronguts durch Schenkungen, Teilungen und Verkäufe verschlang immer wieder den Zuwachs, den Neuerwerb und Eroberung brachten. Für diesen Verlust fand das französische Königtum mehr als reichlichen Ersatz in den Rechten, die der Krone seit dem vierzehnten Jahrhundert in fortwährend steigendem Mafse angegliedert wurden. Das Streben ging hierbei nicht so sehr auf Vermehrung der Einkünfte, als auf die Erweiterung der königlichen Verwaltung und ihres Machtbereichs.

---

unterscheidet diese Reichsregalien von den übrigen (Jaffé, bibl. rer. German. V 271—273); die Urkunde widerspricht also ausdrücklich der Annahme eines einheitlichen Begriffs der Regalien für jene Zeit. Im übrigen wurde die Ronkalische Konstitution lediglich für Italien erlassen (vgl. Giesebrecht, Geschichte der deutschen Kaiserzeit V. 1. S. 173 ff.); für Deutschland hatte sie zunächst gar keine, und späterhin nur eine bestrittene Geltung (vgl. H. A. Zachariä, Über Regalien überhaupt und das Salzregal in Deutschland insbesondere, Zeitschr. f. deutsches Recht, 13. Bd., Tübingen 1852; Pütter, Beiträge zum deutschen Staatsrecht, I. Teil, S. 207). Nicht berücksichtigt ist schliefslich bei Arndt die hauptsächlichste hierher gehörende Urkunde, nämlich das Wormser Konkordat von 1122, die einzige Urkunde aus jener Zeit, die den Ausdruck Regalia mit sicherer staatsrechtlicher Gültigkeit für Deutschland gebraucht. Hier heifst es: „Possessiones et regalia beati Petri que a principio huius discordie usque ad hodiernum diem sive tempore patris mei sive etiam meo ablate sunt que habeo eidem sancte Romane ecclesie restituo. M. G. LL. Sectio IV Bd. 1 S. 159 (vgl. auch die bei Hüllmann, Geschichte des Ursprungs der Regalien in Deutschland, Frankfurt 1806, gegebenen Belegstellen). Es fehlt also für die Arndtsche Auffassung an jeder urkundlichen Grundlage für Deutschland. — Nach der juristischen Seite ist die Definition Arndts: „Regalien sind diejenigen Rechte, welche aufser dem Könige niemand haben darf, der nicht mit denselben vom Könige beliehen worden ist" (a. a. O. S. 41), ebenfalls nicht annehmbar. Die Definition widerlegt sich von selbst, da darnach sämtliche Rechte, welche die Stellung des Königs ausmachen, schlechtweg Regalien wären. — Der Begriff der Regalien in Deutschland läfst sich überhaupt weder ganz noch auch nur vorzugsweise einer einzelnen Urkunde entnehmen, am allerwenigsten aber darf hierzu die Constitutio von 1158 benutzt werden. Vgl. zu den oben citierten Urkunden und Autoren noch Schröder, D.R.G. S. 494.

In dieser Bestrebung, die Macht der Krone durch den Erwerb allgemeiner Rechte und Befugnisse zu stärken, zeigt sich die klare Erkenntnis von den Veränderungen, die seit dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts in der Stellung des Königtums vor sich gingen. Wir haben von diesem Umschwung in der juristischen Auffassung im obigen gehandelt[1]. Das Domanialrecht betrachtet seit seinem ersten Hervortreten den König nicht in seiner Beziehung zum Grundbesitz; es sieht, mit einer dem Mittelalter nicht gewöhnlichen Abstraktion, von der Person des Königs gänzlich ab und hält sich nur an den Begriff der Krone. Die juristische Auffassung bedient sich hierbei einer sicheren, überlieferten Rechtsgrundlage. Das Königsgut, die alte Domäne, war der Bereich, in welchem der König unumschränkt zu gebieten hatte. In rastlosem Vorgehen wurde nunmehr ein Kreis von Rechten geschaffen, die sich über den gesamten Staat erstreckten, und diese wurden ihrem Charakter nach dem Königsgut gleichgestellt und angegliedert.

Eine Umgrenzung des Domaniums wurde bereits in einer Ordonnanz Karls IV. vom Jahre 1321 gegeben mit den Worten: Regni autem domania intendimus, ne dum ea que ab antiquo, sed que ex forefacturis, commissis, vel quibusvis causis aliis obvenerant, et alienationis translationisque tempore in domaniis ipsis erant[2]. Die Definition ist eine reine formale, die den Zwecken der Praxis dient. Eine allgemeine Definition wird dagegen von Brückner[3] aufgestellt: Bona domanialia sunt jura vel res[4] ab Imperii jure realiter distincta illoque inferiora et quasi subservientia nec non accessoria imperio, ac separatam naturam habentia[5, 6].

---

1 Oben S. 7 f.

2 Ord. I S. 762. Die Bestimmung Karls IV. ist dann in einer erweiterten Fassung zu dem bekannteren und viel citierten Artikel 2 der Ordonnanz von Moulins (vom Jahre 1566; sog. Ordonnance du Domaine) ausgestaltet worden: Le Domaine de notre couronne est entendu celui qui est expressément consacré uni et incorporé à notre couronne ou qui a été tenu et administré par nos Receveurs et Officiers par l'espace de dix ans et est entré en ligne de compte. Isamb. 14 S. 185. — Dies ist auch die Definition, die Choppin seinem Werke zu Grunde legt (Buch I Tit. 2 § 1). In den einzelnen Ausführungen hält sich Choppin indes an diese Umgrenzung nicht gebunden.

3 De domaniis Regni Germanici, s. oben S. 16 Anm. 3.

4 Zu beachten ist die Voranstellung der Rechte.

5 A. a. O. Kap. 1 § 35 S. 9; vgl. hierzu andere Sätze des gleichen Kapitels: non ergo confundendum jus Imperii, quale est facultas collectandi tempore necessitatis, cum bonis domanialibus est. § 32 Fiscalia a domanialibus differunt tanquam latius et angustius.

6 In der späteren wissenschaftlichen Bearbeitung wurden dann innerhalb der domanialen Berechtigungen zahlreiche einzelne Unterscheidungen aufgestellt, die indes für unsere Darstellung ohne Belang sind. Man unterschied die domanialen Rechte in solche, die ihrer Natur nach und in solche, die durch Aneignung zum Domanium gehörten. Ferner wurde der Bestand des Domaniums in körperliches und unkörperliches, altes und neues, veränderliches und unveränderliches und in eine Unzahl weiterer

Zu den äufseren Attributen des domanialen Rechts gehört demnach die dauernde (nicht vorübergehende) Verbindung mit der Krone, ein für das Mittelalter besonders wichtiger und wertvoller Grundsatz. Die Einkünfte aus dem domanialen Recht sind hierdurch unabhängig von der sonst notwendigen Begründung und Bewilligung. Der Besitz des Rechts durch jeden anderen als den Träger der Krone, und die Ausübung durch jeden anderen als den von der Krone Beauftragten, sind ausgeschlossen. Die Grundsätze der Unveräufserlichkeit und der Unverjährbarkeit des Domanialbesitzes, die seit dem vierzehnten Jahrhundert allmählich zur Anerkennung gelangten, galten in gleicher Weise auch für das Gebiet der Rechte und wurden hier, besonders in späterer Zeit, mit vieler Schärfe zur Anwendung gebracht.

Die äufsere Erweiterung der domanialen Rechte vollzog sich vermöge eines geschichtlichen Prozesses, dessen erste Anfänge in der Zeit Philipps IV. erkennbar werden. Die Bewegung für die Ausdehnung der domanialen Rechte wurde damit eröffnet, dafs für gewisse Befugnisse der Grundsatz aufgestellt wurde, sie könnten rechtmäfsiger und gültiger Weise nur durch den König allein ausgeübt werden. In dieser Ausbreitung können wir einen zwiefachen Weg unterscheiden: 1. die Aufsaugung bereits vorhandener Rechte durch das Domanium; 2. die Schaffung neuer Berechtigungen zu Gunsten des Domaniums. Das Gebiet der Ausdehnung ist dann wiederum ein zweifaches, nämlich das der Finanzen und das der inneren Verwaltung. Es zeigt sich hier deshalb stets eine fruchtbare Vermischung fiskalischer und administrativer Gesichtspunkte.

Zu den ältesten Rechten, die in das Domanium einbezogen wurden, zählen das droit d'amortissement und das droit de Franc-fief, beides Abgaben lehenrechtlichen Ursprungs[1]. Die Ausschliefslichkeit des königlichen Anspruchs auf diese Rechte wurde unter Philipp III. vorbereitet und unter Philipp IV., zunächst mit einigen Beschränkungen, gesetzlich festgelegt; unter Philipp V. wurde sie dann dauernd behauptet[2]. Die Bedeutung

---

Teilungen zerlegt; alles spätere Einzelheiten, auf die wir hier nicht einzugehen haben; vgl. hierüber die oben citierten Werke von Bosquet und Lefèvre de la Planche.

[1] Über das droit d'amortissement sei hier kurz bemerkt, dafs diese Abgabe zu zahlen war bei dem Erwerb von Grundbesitz durch die „tote Hand", worunter indes nicht (wie bei Warnkönig, Französische Staatsgeschichte I S. 228) allein die Kirche zu verstehen ist, sondern allgemein toute communauté qui ne meurt pas, also auch die Stadtgemeinden, Zünfte, Körperschaften (vgl. Bosquet a. a. O. I S. 147). Der Grund für die Erhebung der Abgabe lag darin, dafs die ad mortem manum gehenden Güter nicht veräufsert und vererbt wurden, also keine Mutationsgebühren abwarfen. — Das droit de franc-fief war zu entrichten bei dem Erwerb adeliger Güter durch Bürgerliche. Vgl. Vuitry, Fin. N. S. I S. 60 ff.

[2] Vgl. die Ordonnanzen von 1275 Ord. 1 S. 303, 1291 Ord. 1 S. 322, 1317 Ord. 1 S. 651 und Vuitry, Fin. N. S. Bd. I S. 50 ff.

dieser Rechte liegt nicht in ihrem finanziellen Wert, sondern in der durch ihre Vorbehaltung für den König bewirkten Schwächung des Feudalverbandes[1].

Zugleich wurden unter Philipp IV. die Grundlagen gelegt zu der folgenreichen Entwicklung des Domanialrechts, die sich an das öffentliche Urkundenwesen und an die königlichen Einrichtungen für die freiwillige Gerichtsbarkeit anschloſs. Es ist das ein Gebiet, auf dem die spätere Domanialverwaltung ihre gröſsten Erfolge erzielte[2].

Den Ausgangspunkt bildete die notwendige Reformierung des Tabellionats und der Gerichtsschreibereien unter Philipp IV. Die Einrichtungen für die Ausfertigung und Beglaubigung von Schriftstücken und Verträgen waren zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts unzureichend und zum Teil noch in schlimmen Verfall geraten. Die Parteien wurden durch übermäſsige, oft unerschwingliche Gebühren beschwert; die Notariatsstellen befanden sich vielfach im Besitz durchaus unzuverlässiger und ungeeigneter Personen[3]. In kluger Weise nutzte Philipp IV. die reformbedürftigen Zustände, um gegen tief eingerissene Miſsbräuche einzuschreiten und zugleich die administrativen und fiskalischen Befugnisse des Königtums zu erweitern[4].

Auch hier überspannt der König zunächst seine Forderungen. In einer Ordonnanz von 1291 stellt Philipp IV. den Anspruch auf, daſs die Ernennung von Notaren dem König allein zustehe. Demgegenüber muſste eine nachfolgende Erklärung vom März 1292 das Recht der Gerichtsherren, in ihren Bezirken Notare zu bestellen, ausdrücklich anerkennen. Im Jahre 1304 erlieſs dann der König ein als mustergültig anerkanntes Gesetz über das gesamte Notariatswesen, dessen Grundsätze über die Zuständigkeit fortan dauernd behauptet wurden[5]. Nachdem eine Verordnung

---

[1] Vuitry, Fin. N. S. Bd. 1 S. 50 ff.

[2] Aus der Erweiterung der königlichen Einrichtungen für das Beurkundungs- und Notariatswesen ist einer der umfassendsten Zweige der Domanialverwaltung hervorgegangen, nämlich das sogenannte Contrôle, das spätere Enregistrement. Vgl. für die spätere Zeit unter dem alten Staat Stourm, Finances de l'ancien régime, Paris 1885, I S. 394 ff.

[3] Vuitry, Reg. Fin. S. 310.

[4] Die wichtigsten der hierher gehörenden Gesetze, die meist neben dem Notariatswesen zugleich die Gerichtsschreibereien und die Führung der Gerichts- und Beglaubigungssiegel regeln, sind die folgenden: 1291 Ord. 11 S. 371; 1300 Ord. 1 S. 336; 1303 Ord. 1 S. 354 Art. 36; 1304 Ord. 1 S. 416, 1307 Hist. d. P. II S. 133 (s. unten 2. Abschn. 1. Kap.); 1309 Ord. 1 S. 460; 1318 Ord. 1 S. 365.

[5] Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Gesetzes gehen dahin, daſs in den Bezirken, in denen der König die Gerichtsbarkeit allein oder anteilig besitzt, die vom König ernannten Notare allein zu amtieren berechtigt sind; den nicht königlichen Notaren ist hier jede Amtshandlung schlechthin untersagt. Dagegen ist den königlichen Notaren gestattet, wenn sie darum angegangen werden, auch auſserhalb ihrer Bezirke zu amtieren. Die von den königlichen Notaren und Schreibern ausgefertigten Akte genieſsen volle Gültigkeit durch das gesamte Königreich (Ord. I

Philipps IV. vom Jahre 1310 die Beamtungen der Notare, Schreiber, Registerführer und Siegelbewahrer zur dauernden Verfügung in die Hand des Königs gelegt hatte[1], erklärte Philipp V. im Jahre 1318, dafs das Siegel- und Urkundenwesen zum eigentlichen Domanium gehöre[2]. Seitdem erscheint der Besitz der Einrichtungen für das Beurkundungswesen als ein Bestandteil des Domaniums und wird als solcher in den königlichen Domänenverordnungen aufgeführt.

Die weitere Ausbildung der domanialen Rechte und insbesondere ihr Hinübergreifen in die Verwaltung des Gewerbewesens gehört einer späteren Periode an und wird dort zu schildern sein.

S. 416 Art. 21, 22 und 24). Die Anordnung Philipps IV. wurde im Jahre 1315 durch Ludwig X. bestätigt (Ord. I S. 572). — Es bedarf keiner näheren Ausführung, welche Bedeutung bei den damaligen Rechtszuständen ein gleichmäfsiges und wohlgeordnetes Beglaubigungswesen haben mufste; vgl. hierüber Schroeder, D.R.G. S. 686 ff. Zu einem vorzüglichen Instrument wurde die hierdurch geschaffene Machtbefugnis im übrigen durch den Gebrauch, den das königliche Beamtentum von der ihm zugewiesenen Stellung zu machen verstand. Die königliche Beamtenschaft erhob bald den Anspruch, dafs Prozesse, die aus Verträgen hervorgingen, die unter dem Siegel eines königlichen Beamten geschlossen waren, auch nur vor einem königlichen Gericht abgeurteilt werden dürften; sowie, dafs solche Verträge zu ihrer Vollstreckung stets einem königlichen Beamten übergeben werden müfsten. Vgl. das wegen dieser Übergriffe erlassene Verbot Philipps V., Ord. II S. 122. Die Ausbreitung der Befugnisse des königlichen Beamtentums nahm gleichwohl ihren ungehinderten Fortgang.

[1] Ord. I S. 476.

[2] Et est à entendre que seaulz et escriptures sont de nostre propre demaine. Ord. I S. 659 Art. 15. Die gleiche Bestimmung wurde durch Philipp VI. im Jahre 1334 getroffen. Ord. II S. 66. Que les Sceaus, Escriptures et tabliers (= Register) tant de faiz de contraus comme d'explois de justice soient mis en nostre main et retenuz à nostre demaine.

Erster Abschnitt.

Das Gewerberecht im dreizehnten Jahrhundert.

Erstes Kapitel.

Organisation und persönliche Stellung der Handwerker.

Als das Gewerbe um die Mitte des zwölften Jahrhunderts in den französischen Urkunden hervortrat, waren die Handwerker, soweit sie eine eigene gewerbliche Organisation damals überhaupt besafsen, in Verbänden, deren Struktur grundherrlichen Ursprungs ist, zusammengeschlossen. In den Städten mit althergebrachter Gewerbeverfassung besteht eine feste Anzahl Ämter, zumeist sechs, denen die Handwerker, unter Vereinigung der arbeitsteiligen Betriebe, zugeordnet sind. Der Kampf um den Erwerb der zunftmäfsigen Organisation, um das Recht der Selbstverwaltung, füllt die Geschichte des Handwerks während des folgenden Jahrhunderts. Die Handwerker erreichen ihr Ziel in dem Mafse, wie die öffentliche Verwaltung sich ausbreitet[1]. In der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts ist die Zunft als allgemeine Institution anerkannt; die Zunftstatuten jener Zeit zeigen uns den vollendeten Ausbau der Zunftverfassung auf dem Boden des öffentlichen Rechts.

Vermöge dieser Entwicklung umschliefst der Handwerkerverband eine zwiefache Grundlage, die wir zunächst zu scheiden haben: eine verfassungsrechtliche und eine verwaltungsrechtliche. Während der Entstehungszeit des Zunftwesens war die verfassungsrechtliche Seite die bedeutungsvollere gewesen. In der dem Mittelalter allein geläufigen Form der lex specialis, des Privilegs, hatte die zunftmäfsige Organisation dazu gedient, dem Handwerk die wichtigsten persönlichen Freiheiten mitzuteilen, ihm die Festlegung der Abgaben und der Bufsen, das eigene Gericht, das Recht der Selbstsatzung und Selbstverwaltung zu verschaffen. Das Zunftrecht wurde zum Grundgesetz eines ganzen Standes.

---

[1] Mag. und Frat. S. 203/204.

Die verwaltungsrechtlichen Befugnisse des Handwerkerverbandes dagegen treten seit der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts deutlicher hervor. Die Zunft war zu einer gemeinrechtlichen Institution und zu dem hauptsächlichsten Träger der gewerblichen Verwaltung geworden. Die Stellung der Zünfte innerhalb der allgemeinen Verwaltung gelangte zur genaueren schriftlichen Feststellung. Das Herkommen der alten, das Recht der neuen Verbände wurde aufgezeichnet und in verbindliche Formen gebracht. Gegensätze traten hervor und wurden durch gerichtliche oder obrigkeitliche Entscheidung beglichen. Die Überlieferung wurde festgelegt und die weitere Entwicklung empfing ihre sichtbare und dauernde Grundlage.

Von dieser Zeit hat deshalb unsere Darstellung ihren Ausgang zu nehmen. Wir haben die gewerberechtlichen Institutionen in ihren hauptsächlichsten Zügen auf Grund der Urkunden des dreizehnten Jahrhunderts — nur diese, bezw. einige ältere werden in den vorliegenden Abschnitt hereingezogen — zu schildern. Als Quellen kommen für uns in Betracht a) die Zunftstatuten, b) die gerichtlichen Entscheidungen in Gewerbesachen, c) die Verordnungen der königlichen und städtischen Behörden und d) die Stadtrechte. Für den Zweck unserer Darstellung teilen wir den Inhalt der gewerberechtlichen Vorschriften in fünf Kategorien:

I. Organisation und persönliche Stellung der Handwerker,
II. Abgaben und Gebühren,
III. Technik und Betrieb des Gewerbes,
IV. Gewerbepolizei,
V. Gerichtsbarkeit.

§ 1. Das zünftige Gewerbe.

Nach ihrer Organisation und persönlichen Stellung scheiden sich seit der Ausbildung des Zunftwesens die Gewerbetreibenden während des Mittelalters in zünftige und in unzünftige, und die Handwerke selbst scheiden sich gleichfalls wiederum in zünftige und in unzünftige. Es finden sich demnach während des ganzen Mittelalters Handwerker, die zwar ein zünftiges Gewerbe treiben, jedoch aus irgend einem persönlichen Grunde der Zunft nicht angehören (unzünftige Handwerker); ferner bestehen Gewerbebetriebe, die überhaupt nicht zünftig organisiert sind und frei ausgeübt werden (unzünftige Handwerke). Wir handeln im nachfolgenden zunächst von den zünftigen Handwerkern und ihrer Organisation.

Das zünftige Handwerk[1] zerfällt in Meister, Gesellen und

---

[1] Darstellungen: Levasseur; Fagniez, Ind.; de Lespinasse, Einleitung zum L.d.M.; Depping, Einleitung zum L.d.M.; Martin de Saint-Léon, Histoire des Corporations de Métiers, Paris 1897.

Lehrlinge. Die Bestimmungen über das Lehrlingswesen sind mit grofser Sorgfalt und Genauigkeit ausgearbeitet und nehmen häufig den breitesten Raum in den Zunftstatuten ein. Die Annahme und Ausbildung der Lehrlinge steht in allen ihren Teilen unter der Aufsicht der Zunft.

Beschränkung der Lehrlingszahl ist allgemeine Zunftregel, von der nur selten und in wenig belangreichen Fällen eine Ausnahme stattfindet. In der Mehrzahl der Zünfte wird dem Meister nur ein Lehrling verstattet[1]; einige Zünfte erlauben das Halten von zwei Lehrlingen. Einen Ersatz für den ausgelernten Lehrling durfte der Meister ein Jahr vor Ablauf der Lehrzeit einstellen[2]. Die Beschränkung der Lehrlingszeit entsprach an sich der zunftmäfsigen Auffassung vom Handwerksbetrieb[3]; sie wurde noch im besonderen damit begründet, dafs der Meister nicht imstande war, eine gröfsere Anzahl von Lehrlingen gehörig zu beaufsichtigen und gründlich auszubilden[4]. Im übrigen bezog sich die Beschränkung der Lehrlingsannahme stets nur auf den sog. „fremden“, d. h. nicht zur Familie gehörenden[5] Lehrling; die eigenen Söhne und die nächsten Verwandten[6] durfte der Meister in seinem Betrieb beliebig anlernen und beschäftigen. Nicht gezählt wurde ferner der arme Lehrling, den ein Meister ohne allen Entgelt und ohne Dienstjahre[7] um Gottes willen in die Lehre nahm[8]. — Regelmäfsig wird für den (nicht gezählten) Lehrling aus der Familie des Meisters das Erfordernis der ehelichen Geburt hinzugefügt[9]. Im übrigen wird in den Statuten jener Zeit die eheliche Geburt nicht als Bedingung der Aufnahme in die Zunft vorgeschrieben.

---

[1] Giry S. 375 Art. 757, L.d.M. öfters.

[2] L.d.M. Tit. 88 Art. 6; Tit. 61 Art. 3.

[3] S. unten 3. Kap.

[4] L.d.M. Tit. 57 Art. 4; vgl. auch Tit. 25 Art. 11.

[5] Vgl. unten II. Teil 2. Abschn. 1. Kap.

[6] Nus Orfevres ne puet avoir que un aprentis estrange; mès de son linage ou du lignage de sa fame, soit de loing, soit de près, en puet il avoir tant come il li plaist. L.d.M. Tit. 11 Art. 4.

[7] S. nächste S. Anm. 6.

[8] Nus Seliers ne puet avoir que II aprentis à son mestier, c'est à savoir I à paindre et I à garniseur, se ce ne sont si enfant de sa fame, ou aucune povre personne à qui il le facent pour Dieu proprement sans couvenance d'argent ne de service. L.d.M. Tit. 78 Art. 25. Nus Chapuisieres ne puet avoir que I aprentis, se ce ne sont si enfant ou li enfant sa fame, ou si neveu, ou si ne le veut aprendre pour Dieu sanz argent et sanz feur de service. L.d.M. Tit. 79 Art. 8. Die Zunft liefs zudem die Waisen verstorbener Zunftgenossen im Handwerk anlernen. Das Einschreibegeld (s. unten 2. Kap.) war zunächst für diesen Zweck bestimmt (L.d.M. Tit. 87 Art. 7, Tit. 21 Art. 6, Tit. 68 Art. 2 b). Wenn die Zunft hierbei Kost und Lehrgeld bezahlte, so wurde der Waisenknabe als „fremder“ Lehrling gezählt.

[9] Nus menestreus du mestier devant dit ne puet ne ne doit avoir que I aprentis tant seulement, se ce ne sont si enfant ou li enfant de sa fame né de loial mariage. L.d.M. Tit. 14 Art. 2.

Das Aufdingen des Lehrlings ist Genossenschaftsangelegenheit; bei der Absprache müssen die Geschworenen des Handwerks zugegen sein. Die Geschworenen hatten zunächst darüber zu wachen, dafs der aufdingende Meister die Mittel und die Kenntnisse besafs, um einen Lehrling auszubilden [1]. Bei einer Anzahl von Zünften wird die Lehrlingsannahme dem Meister erst gestattet, nachdem er Jahr und Tag sein Gewerbe selbständig ausgeübt hatte [2]. Wenn der Meister nicht hinreichend vertrauenswürdig erschien, konnten die Geschworenen Bürgschaft dafür verlangen, dafs er den Bedingungen des Lehrvertrags bis ans Ende nachkommen werde, damit der Lehrling nicht seine Zeit und seine Eltern nicht das Lehrgeld umsonst aufgewendet hatten [3].

In Gegenwart der Geschworenen wurden ferner die Bedingungen des Lehrvertrags — Dauer der Lehrzeit, Höhe des Lehrgeldes — festgesetzt [4]. Die Lehrzeit dauerte im allgemeinen lange; bei einzelnen Gewerben waren sechs, bei anderen acht, in wenigen Fällen selbst zehn Jahre vorgeschrieben [5]. War der Lehrling zu arm, um Lehrgeld zu zahlen, so verlängerte sich die eigentliche Lehrzeit um zwei Dienstjahre [6]. Die Lehre wurde als Unterricht aufgefafst; der Meister, der den Lehrling unterwies, beanspruchte für seine Mühe ein Recht auf die spätere geschulte Arbeitskraft. Dagegen konnte auch der Lehrling, jedoch nur, wenn der Meister ihn für genügend ausgebildet hielt, einen Teil

---

[1] Qu'il soit soufisant d'avoir et de sens. L.d.M. Tit. 50 Art. 17, Tit. 87 Art. 10.

[2] Nus ne puet prendre aprentis se il n'a tenu le mestier an et jour à Paris ou ailleurs, et de ce convient il que il se face creable par devant les mestres du mestier. L.d.M. Tit. 87 Art. 11. Ebenso Tit. 95 Art. 2, Tit. 24 Art. 2. Die Forderung ist jedoch keine allgemeine. Vgl. L.d.M. Tit. 61 Art. 5.

[3] Li mestre et li dui juré ou li III ou li IIII, se il sont à l'aprentiz prendre, il doivent regarder se li mestres est soufisant d'avoir et de sens pour aprentiz prendre. Et se li mestres et li juré voient que li mestres qui prent aprentiz n'est bien soufisant d'avoir l'aprentiz et tenir il puent prendre bon (plege) et soufisant d'enterinner les couvenances envers l'aprentiz, si que li aprentiz ne perdent leur tans et son pere no perde son argent. L.d.M. Tit. 50 Art. 17.

[4] Li mestres qui prent son aprentiz ne le puet ne ne doit prendre qu'il n'i ait II preudeshomes du mestier au mains. L.d.M. Tit. 30 Art. 4, Tit. 37 Art. 4, Tit. 40 Art. 5, Tit. 60 Art. 5. Der Vertrag wurde zumeist mündlich abgeschlossen; nur in vereinzelten Fällen wird Schriftlichkeit erwähnt. Et par ces VI d. sont tenu li mestre de fere escrire la couvenance et de garder l'escrit devers aus, si que se contens est entre les parties, que par ce puisse estre sceue la verité. L.d.M. Tit. 36 Art. 5. Et que bonnes lettres se facent lors du marchié entre les maistres et les aprentiz ou leurs amis. L.d.M. Tit. 69 Art. 5.

[5] Zusammengestellt bei Lespinasse, L.d.M. Einl. S. 102. Die zehnjährige Lehrzeit bestand u. a. bei den Pariser Goldschmieden; doch konnte sich der Lehrling freikaufen, wenn er imstande war, hundert Solidi Jahreslohn und sein Kostgeld zu verdienen. L.d.M. Tit. 11 Art. 5.

[6] Nus Bouclier ne puet ne ne doit prendre aprentiz à mains de VIII ans de service et XL S., ou à X ans de service sans argent. L.d.M. Tit. 21 Art. 4. Ebenso Tit. 25 Art. 11, Tit. 40 Art. 10.

seiner Lehrzeit gegen entsprechende Entschädigung freikaufen. Immer aber mufste er eine bestimmte Mindestzahl von Jahren — meist fünf oder sechs — ausgehalten haben. —

Das Weglaufen der Lehrlinge wird häufig erwähnt und die Statuten zeigen in diesem Punkte eine grofse Nachsicht. Mehrfach wird in den Pariser Statuten bestimmt, dafs der Meister Jahr und Tag auf die Rückkunft des Ausreifsers warten müsse und vor Ablauf dieser Frist keinen Ersatz nehmen dürfe[1]. Vereinzelt wird die Wartefrist auf ein halbes Jahr herabgesetzt[2]. Andererseits enthalten einige Statuten noch die Verschärfung, dafs der Meister das Ende der Lehrzeit des entlaufenen Lehrlings abwarten müsse, ehe ihm die Annahme eines Ersatzes gestattet wird[3]. War der Lehrling durch schlechte Behandlung zum Weglaufen getrieben worden, so wurde dem Meister eine ernste Rüge erteilt; wenn der Meister dann sein Verhalten nicht binnen vierzehn Tagen besserte, so wurde der Lehrling aus der Lehre genommen und einem anderen Meister überwiesen[4].

Die Veräufserung des Lehrvertrags in gewinnsüchtiger Absicht — sog. Lehrlingsverkauf — war verboten. Die Zunft gestattet dem Meister die Übertragung des Lehrvertrags nur in drei Fällen; diese sind: Wallfahrt nach dem heiligen Lande, dauerndes Siechtum, gänzliche Aufgabe des Gewerbebetriebes[5].

Für den Stand der Gesellen bestehen im dreizehnten Jahrhundert wenig besondere Vorschriften. Die Zahl der Gesellen,

---

[1] Et se il avenoit que li aprentiz s'en fouist d'entour son mestre, li mestres l'atendroit un an sanz aprentif prendre; et alors il porroit autre aprentif prendre: Et se li aprentiz revenoit dedenz l'an et le jor, li mestres le devroit reprendre: et li aprentiz li restorroit après son terme ce qu'il s'en seroit fouiz. L.d.M. Tit. 27 Art. 4 u. 5; Tit. 40 Art. 10. Bei den Pariser Messergriffmachern wurde der Lehrling nach zweimaligem Davonlaufen wieder aufgenommen und erst nach dem dritten Mal des Handwerks verwiesen. L.d.M. Tit. 17 Art. 4.

[2] L.d.M. Tit. 68 Art. 11.

[3] Se li aprentiz à aucuns des mestres du mestier desus dit s'en fuit par sa joliveté ou va hors du pais, son mestre le doit querre I journée à ses couz, et le pere à l'aprentiz ou si plege le doivent querre I autre journée à leur couz; et s'il ne le puent trouver, le mestre se doit soufrir de son apprentiz, de ci à la darreniere année de son service. L.d.M. Tit. 19 Art. 5; ebenso Tit. 83 Art. 8.

[4] Se li aprentiz s'en va d'entour son mestre par la defaute de son mestre, il ou si ami doivent venir au mestres des Toisserranz et li doivent monstrer; et li mestres des Toiserranz doit mander li mestres de l'aprentiz devant soi, et lui blaumer et dire il que il tiengne l'aprentiz honorablement comme filz de preud'oume, de vestir et de chaucier, de boivre et de mangier, et de toutes autres choses, dedenz quinzainne. Et s'il ne fait, on querra à l'aprentiz I autre mestre. L.d.M. Tit. 50 Art. 13; vgl. noch Tit. 68 Art. 10.

[5] Nus ne doit ne ne puet vendre son aprentiz, se il ne vait outre mer, ou se il ne gist en lengue(u)r, ou se il ne lesse son mestier del tout. L.d.M. Tit. 21 Art. 8; ebenso Tit. 30 Art. 6, Tit. 43 Art. 3. — Über die Mifsbräuche bei den Pariser Tuchscherenmachern vgl. Mét. 2 S. 397.

die ein Meister haben darf, ist zu jener Zeit keinen Beschränkungen unterworfen. Vor Eintritt in den Gesellenstand ist ein besonderer Eid, der Geselleneid, zu leisten, durch den der Schwörende sich auf Brauch und Herkommen des Handwerks verpflichtet[1]. Unordentliche Gesellen dürfen bei einem zünftigen Meister keine Beschäftigung finden. Mehrfach wird in den Statuten vorgeschrieben, dafs der Geselle sich im Besitze anständiger Kleidung befinden müsse[2]. Das Abmieten der Gesellen ist verboten und unter Strafe gestellt. Ebenso ist es andererseits den Gesellen verboten, ihren Meister vor Ablauf der ausbedungenen Frist zu verlassen. Der Geselle soll, wenn er einen neuen Dienst annimmt, nachweisen, dafs er seine Verpflichtungen gegenüber seinen früheren Meister erfüllt habe[3].

Ein Teil der Gesellen wohnte bei den Meistern und zählte zu dem Haushalt des Meisters. Ein grofser Teil der Gesellenschaft arbeitete jedoch, insbesondere in der Gewebeindustrie, auf Zeit und Lohn und beschaffte sich Wohnung und Kost selber. Verheiratete Gesellen gab es im dreizehnten Jahrhundert schon in grofser Zahl; werden doch selbst verheiratete Lehrlinge mitunter erwähnt[3]. Die später zu besonderer Bedeutung gelangte Forderung der Mutjahre ist in jener Zeit nur in wenigen Fällen nachweisbar[4].

Die Aufnahme neuer Meister ist im dreizehnten Jahrhundert durchaus Sache der Zunft geworden[5]. Die Zunft hat die Bestimmung über den Eintritt neuer Meister, oder mindestens das Recht des Widerspruchs gegen die Aufnahme unwürdiger Genossen[6].

---

[1] L.d.M. Tit. 78 Art. 30, Tit. 79 Art, 13, Tit. 72 Art. 12.

[2] Ke nus vallès ne puet ovrer s'il n'a dras sour lui ki valent V s. Giry S. 555 Art. 609; S. 560 Art. 667; S. 567 Art. 729. Nus Foulons ne puet ne ne doit metre en oevre nul vallet ne nul aprentis houlier, ne larron, ne murtrier, ne bani de vile pour vilain cas, ne nul vallet, s'il n'a XII denrées de robe au mains. L.d.M. Tit. 53 Art. 7. Que nus maistres ne puisse meitre varlet en euvre, se il n'a cinc soudées de robe sus lui, pour leur ouvreuers tenir noitement pour nobles genz, contes, barons, chevaliers et autres bones genz qui aucune fois descendent en leur ouvrouers. Mét. 2 S. 361 Art. 9.

[3] Se aucun aprentis se marie dedens le terme que il a promis à servir son mestre, et il ne vueille mangier au disner ne à souper chiés son mestre, il doit avoir chascun jour ouvrable IIII den, pour sa peuture. L.d.M. Tit. 83 Art. 7.

[4] S. unten II. Teil 2. Abschnitt 2. Kapitel.

[5] Fine grundsätzliche Ausnahme besteht nur bei den amtsbürtigen Genossenschaften infolge des herrschaftlichen Gnadenrechtes; Königsm. S. 815 ff.

[6] Auch die kaufpflichtigen Gewerbe bildeten hierin keine Ausnahme. Die Zahlung des Kaufgeldes gab an sich noch kein Recht auf Ausübung des Gewerbebetriebes. Vgl. Mag. u. Frat. S. 13. L.d.M. Tit. 50 Art. 2, Tit. 76 Art. 2, Tit. 84 Art. 10, Tit. 74 Art. 14.

Die Anforderungen, welche die Zunft an den neuen Meister stellte, waren folgende:

1. Ordnungsgemäfs bestandene Lehrzeit. Nur das „gelernte", d. h. die Forderung der Lehrzeit festhaltende Handwerk ist zünftig.

2. Guter Leumund. Die Zunft verlangte das Zeugnis des makellosen Rufes und beanspruchte das Recht, jedem Anrüchigen die Aufnahme zu verweigern.

3. Gewerbliche Befähigung. Die Kenntnis des Handwerks nach dem örtlichen Brauch und Herkommen der Zunft wurde allgemein verlangt.

Durch diese dreifache Forderung der zünftigen Lehrzeit, des guten Leumunds und der gewerblichen Befähigung war die Meisteraufnahme völlig in die Hand der Zunft gegeben. Bezüglich der Form, in der die von der Zunft verlangten Nachweise zu führen waren, hatten sich im dreizehnten Jahrhundert nur in wenigen Fällen feste Vorschriften herausgebildet. Schriftlichkeit bei den Lehrverträgen war noch wenig üblich und Lehrbriefe waren selten [1]. Die Statuten sagen nur allgemein, dafs der neue Bewerber „seine Lehrzeit glaubhaft machen müsse" [2]. Guter Ruf und Unbescholtenheit sollen gleichfalls „durch hinreichendes Zeugnis" bewiesen werden [3]. War der Bewerber den Geschworenen als übel beleumundet bekannt, so wiesen sie ihn ohne weiteres zurück [4].

Auch für den Nachweis der gewerblichen Befähigung bildet zu jener Zeit die Formlosigkeit noch die Regel. Bei einzelnen Pariser Gewerben finden sich indes einige bemerkenswerte Ausnahmen, welche die Anfänge der späteren Förmlichkeit erkennen lassen. Die Seidenwirker, die Schneider und die Schuhmacher schreiben übereinstimmend vor, dafs der neue Bewerber seine selbständige Fertigkeit durch Probearbeit beweisen müsse, und dafs er zu diesem Zweck von den Zunftgeschworenen bei der

---

[1] S. oben S. 26 Anm. 4.

[2] Nus ne doit ne se puet prendre aprentiz, se il n'a ouvré et apris de mestre VII anz entiers. Et de ce convient il que il (se) face creable par son serement, par devant les preudeshomes du mestier. L.d.M. Tit. 61 Art. 5. Que il se face creable que il ait fait envers le mestre que apris l'a ce que et doit. L.d.M. Tit. 72 Art. 1. Ebenso Tit. 87 Art. 11. Bei den Schnallenmachern soll die Lehrzeit vor den Zunftmeistern und der gute Leumund vor dem Prevost bewiesen werden. Que il se face creable par devant le prevost de Paris que il soit preud'ome et loial, et que il se soit faiz creable par devant les preudeshomes du mestier, qu'il l'apris le mestier, à Paris ou ailleurs. L.d.M. Tit. 22 Art. 1.

[3] Li chamberier ou son conmendement ne pueent ne ne doivent le mestier devant dit vendre à nul ame que il ne soit preud'om et loial, et du quel il aient boen tesmoignage et souffisant qu'il soit preud'ome et loiax. L,d.M. Tit. 76 Art. 2.

[4] Et se li IIII preud'ome voient aucune persone qui vuele comencier le mestier devant dit, qui ne soit pas reseans ne soufissable, ou qui soit mal renommée ou soupeçonneuse d'aucune vilonie, il ne doivent pas faire jurer. L.d.M. Tit. 97 Art. 8.

Arbeit geprüft und besichtigt werde[1]. Der Waffelbäcker mufste zeigen, dafs er imstande war, eintausend kleiner Oblaten in einem Tage herzustellen[2]. Das Meisterstück als solches ist indes zu jener Zeit noch unbekannt[3].

Von solchen vereinzelten Ausnahmen abgesehen, wurde der Befähigungsnachweis noch formlos geführt. In der Hauptsache geschah dies durch Gutsagen von Zunftgenossen, und zwar zunächst durch die Versicherung des Lehrherrn, der den Bewerber als einen hinreichend ausgebildeten und tüchtigen Handwerker bezeugte[4].

Neben den vorgenannten drei Forderungen wird von der Zunft noch, teils stillschweigend, teils ausdrücklich, der Nachweis der zum Betriebe erforderlichen Mittel verlangt. Dafs der Meister die Sicherheit seiner wirtschaftlichen Stellung nachweisen mufste, bevor ihm die Annahme eines Lehrlings gestattet wurde, haben wir bereits oben erwähnt[5]. Im übrigen zeigen die hierauf bezüglichen Bestimmungen keine präcisere Fassung. Die Statuten des Pariser Livre des métiers sagen regelmäfsig nur, der neue Meister müsse hinreichend bemittelt sein[6]. Der Erwerb des Bürgerrechts bildet im dreizehnten Jahrhundert keine statutarische Forderung der Zünfte[7].

Nach der Aufnahme durch die Handwerkerschaft hatte der neue Meister den Meistereid zu schwören. Die Eidesleistung erfolgte vor dem Gericht, unter dem das Handwerk stand. In den Magisterien nahm demgemäfs der Magister den Eid ab; in

---

[1] Quiconques voudra tenir ledit mestier comme mestre, il convendra que il le sache faire de touz poinz, de soy sanz conseil ou ayde d'autruy, et que il soit à ce examinez par les gardes du mestier. L.d.M. Tit. 40 Art. 1. Nus Cordouanniers de Paris ne puet fere le mestier desus dit comme mestres deci adonc qu'i soit veuz et esgardez par les mestres qui le mestier gardent de par le Roy. L.d.M. Tit. 84 Art. 10. Nus menesterieus du mestier desus dit ne puet lever establie de ci adonc que li mestres qui gardent le mestier aient veu et regardé s'il est ouvriers soufisant de coudre et de taillier. Et s'il le treuvent soufisant, il puet establie lever et tenir ostel comme mestres. L.d.M. Tit. 56 Art. 3.

[2] Nus de ceux du mestier dessusit ne poent ne ne doivent tenir ouvrier (lies ouvrouer) quel que il soit se il ne fet I m. (lies millier) de nieles le jour au moins. Mét. 1 S. 370 Art. 2 (a. 1270). Die Lesart ouvrouer und millier ergiebt sich aus dem späteren Statut. Mét. 1 S. 372 Art. 1.

[3] Der Ausdruck chef d'oeuvre selbst kommt im L.d.M. nur einmal vor, im Statut der Kummetmacher, und zwar mit Bezug auf den Lehrling, der sich durch Anfertigung eines Werkstückes eine bessere Stellung schaffen konnte. Tit. 79 Art. 11.

[4] Qu'il soit témoigné souffisant, sagen die Statuten.

[5] S. 26 Anm. 3.

[6] Qu'il ait de quoi. — Nur die Müller schreiben genauer vor, der Bewerber müsse eine Mühle zu eigen oder in Pacht haben. Tit. 2 Art. 1.

[7] S. unten S. 37, 2. Abschn. 2. Kap. und III. Teil 1. und 2. Kap. Die Vorschrift, dafs die Meister innerhalb der Bannmeile ansässig sein müssen, findet sich im Statut der Pariser Althändler (qu'il soit estagier dedenz la banlieue de Paris; L.d.M. Tit. 76 Art. 26).

den Zünften, je nach dem Stande der Stadtverfassung, der königliche Prevost, der bischöfliche Beamte, oder der Stadtrat. Der Meistereid war ein feierlicher Eid, der Schwörende hatte die Hand auf das Evangelienbuch oder auf einen Reliquienschrein zu legen.

Durch den Eid verpflichtete sich der neue Meister zur Beobachtung der Handwerksbräuche und Satzungen. Eidesformeln des dreizehnten Jahrhunderts sind uns in gröfserer Zahl aus Montpellier erhalten. Die Formeln sind hier von grofsem Umfang; der Meister beschwor nicht allein die Einhaltung der Handwerksordnungen im allgemeinen, er hatte noch im besonderen die hauptsächlichsten Bestimmungen, die in seinem Gewerbe für rechte Arbeit und für Falschwerk galten, einzeln zu beschwören, so dafs die Eidesformeln von Montpellier die Grundzüge der dortigen Zunftstatuten enthalten [1]. Mit der Eidesablegung war der neue Meister im wesentlichen vollberechtigtes Mitglied der Genossenschaft geworden; der einen Beschränkung, dafs für das Halten von Lehrlingen mitunter noch die Ausübung des Gewerbebetriebes während Jahr und Tag gefordert wurde, haben wir oben schon gedacht [2].

Die Geschäftsführung des Handwerks nach innen und seine Vertretung nach aufsen liegt in der Hand der Vorsteherschaft, deren Zusammensetzung verschieden ist, je nachdem es sich um ein altes Amt oder um eine neu gegründete Zunft handelt. Der Vorstand der alten Ämter, soweit sie ihre Organisation im dreizehnten Jahrhundert behalten hatten, besteht aus einem Meister (Magister, Mestre), dem eine Anzahl Geschworener (Jurati) zur Seite stehen. Das Institut der Geschworenen ist in diesen Ämtern zur Ausbildung gebracht worden. Die Vorsteherschaft der neugestifteten Zünfte ist dagegen meist von Anbeginn kollegialisch angeordnet. Die zur Bezeichnung der Vorsteherschaft gebrauchten Ausdrücke sind im dreizehnten Jahrhundert von grofser Mannigfaltigkeit. Die Benennung Magister (Mestre) wird auch aufserhalb der alten Ämter angewandt, insbesondere dann, wenn einer bis dahin abhängigen Handwerkerschaft das Recht verliehen wird, ihre Vorsteher selbst zu wählen [3]. In solchem Fall werden auch die kollegialisch amtierenden Vorsteher als Magistri bezeichnet. In den ersten Zunfturkunden wird den Vorstehern die Bezeichnung „Geschworene" (Jurati)

---

[1] Thal. S. 256 ff. Die Eidesformeln sind meist ohne Datum; doch werden bei dem Eid der Zunftvorsteher a. a. O. S. 256 die Könige von Majorka erwähnt, die im Jahre 1274 in den Besitz von Montpellier gelangten. Einige Datierungen aus jener Zeit s. a. a. O. S. 258 und 259. Vgl. auch das Vorwort a. a. O. S. 27.

[2] S. oben S. 26.

[3] Ord. 11 S. 308. A.d.P. I S. 311.

gegeben[1]. Daneben finden sich in den Urkunden des dreizehnten Jahrhunderts die Ausdrücke Consuls (Montpellier), Capita ministeriorum (Marseille), Bayles (Toulouse), Maieur (Laon, St. Omer), Maieur de Bannière (Amiens), Constable, Châtelain (St. Omer)[2]. Auf die Wahrnehmung der Gewerbeschau weisen die Ausdrücke Esgardeurs (Amiens), Boujonneurs (Rouen), Gardes (Paris). Der Ausdruck Geschworene (Jurati, Jurés) ist in der Folgezeit der meist gebräuchliche geworden.

Die Vorsteherschaft der Ämter und Zünfte bildet das bei weitem wichtigste Organ der gewerblichen Verwaltung des Mittelalters. Die dem Geschworenenamt zugewiesenen Aufgaben waren ebenso umfangreich, wie die ihm beigelegten Befugnisse weit ausgedehnt waren. Der Geschäftsbereich der Geschworenen umfafst die persönlichen und sachlichen Angelegenheiten im Handwerk, die Leitung und Vertretung der Genossenschaft, die Gewerbeschau und die Gerichtsbarkeit.

Die Thätigkeit der Vorsteher beginnt mit der Annahme der Lehrlinge und der Begutachtung des Lehrvertrags. Sache der Geschworenen war dann vor allem die Aufnahme des neuen Meisters, dessen persönliche und gewerbliche Tüchtigkeit sie zu prüfen hatten. Die regelmäfsigen Versammlungen der Handwerksgemeine wurden von den Geschworenen berufen; die Verhandlungen wurden von ihnen geleitet[3]. Das gesamte Kassenwesen, dessen Bedeutung seit dem dreizehnten Jahrhundert fortwährend wuchs, war ihnen anvertraut. Sie vereinnahmten und verrechneten die im Handwerk erhobenen Strafgelder und Bufsen, verteilten die gemeinsamen Lasten und Beiträge und verwalteten das Genossenschaftsvermögen[4]. Ihr gröfstes Gewicht erhielt die Stellung endlich dadurch, dafs die beiden bedeutsamsten Befugnisse der Handwerkerschaften, die Gewerbeschau und das Gewerbegericht, von den Geschworenen wahrgenommen wurden.

Die Kämpfe um das wesentliche Recht, diese Vorsteher zu wählen — Kämpfe, die das Handwerk seit der Entstehungszeit des Zunftwesens führte —, waren um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts noch zu keinem einheitlichen Abschlufs gelangt. Noch immer bestanden mit Bezug auf das Recht der Vorsteherwahl erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Gewerken, und zwar ebenso innerhalb der alten wie innerhalb der neuen Organisationen.

In den Magisterien besafs die Handwerksgemeine von alters her das Recht, ihre Geschworenen selbst zu wählen. Das Amt

---

[1] Mag u. Frat. S. 238.

[2] Vgl. für Laon Revue des sociétés savantes 4 serie, Band 4, Paris 1866, S. 462; für die übrigen Städte die mehrfach citierten Ausgaben der Statuten.

[3] L.d.M. Tit. 78 Art. 3.

[4] L.d.M. Tit. 68 Art. 19, Tit. 78 Art. 41.

des Magisters dagegen blieb von dem Handwerk grundsätzlich getrennt. Nur wenige Magisterien — die der Fleischer und der Weber in Paris — hatten im dreizehnten Jahrhundert das Recht erlangt, den Magister selber zu wählen. Die übrigen Ämter standen im Besitz von Privaten oder von Hofbeamten. — Ein anschauliches Bild der Handwerkerkämpfe jener Zeit bietet uns die Stadt Châlons s./M., deren Rat während des ganzen dreizehnten Jahrhunderts mit dem Bischof wegen des Tuchergewerbes im Streite lag. Aus einer im Jahre 1250 angeordneten Zeugenvernehmung erfahren wir, dafs den Tuchscherern erstmalig durch Bischof Gottfried (ca. 1243) eigene Meister verliehen worden waren; ferner, dafs demselben Bischof Gottfried eine Geldsumme versprochen wurde, wenn er die Zunftmeister der Wollweber absetzen und die Aufsicht über das Webergewerk dem Rat überantworten wolle[1]. Die Tucher dagegen hatten das Recht, ihre Geschworenen durch ihre Gemeine selber zu wählen[2]. — Streitigkeiten zwischen Bischof, Rat und Zünften herrschten während des dreizehnten Jahrhunderts auch in Beauvais. Im Jahre 1220 hatte der königliche Bailli, der den auf einer Wallfahrt nach dem heiligen Lande abwesenden Bischof vertrat, den Bäckern das Recht gegeben, vier Geschworene vom Handwerk zu wählen[3]. Nachdem es dem Stadtrat gelungen war, für einige Zeit die Aufsicht über das Bäckergewerbe an sich zu ziehen, wurde durch Vergleich vom Jahre 1276 dem Bischof das Recht zugesprochen, die Bäckergeschworenen in ihr Amt einzusetzen, wodurch indes das Wahlrecht des Handwerks selber nicht berührt wurde[4]. Eine entgegengesetzte Entscheidung wurde durch denselben Vergleich von 1276 bezüglich des Tuchergewerks zu Beauvais getroffen. Hier sollte der Stadtrat, ohne Einmischung des Bischofs, die Geschworenen ernennen und vereidigen; das Tuchergewerk selbst entbehrt des Wahlrechts[5].

In Amiens hatte im dreizehnten Jahrhundert jede Zunft das Recht, ihren Vorsteher (Bannermeister) selbst zu wählen, mit

---

[1] A.d.P. I S. 311.

[2] Li communs osteus des drapiers i doient metre les IIII esgardeurs prodomes par lor escient. Vaterl. A. S. 139.

[3] Eligantur de consilio bolengariorum quatuor bolengarii probiores dicte ville. Labande S. 283.

[4] Episcopus instituet ad gardiam panis idoneos homines de ministerio. Labande S. 308 Art. 28. Nur die Einsetzung, worüber das Nähere weiter unten, wird hierdurch dem Bischof zugesprochen.

[5] Et fuit insuper a partibus concordatum quod major et pares qui melius cognoscunt probos et idoneos homines ministerii drapperie quam episcopus eligent amodo sine contradictione et impedimento episcopi vel suorum probos homines de ministerio VI vel VII vel plus usque ad decem qui cavebunt seu curam gerent quod drapperia sit talis qualis esse debet; et jurabunt majori et paribus et dicent sub juramento ab eis episcopo prestito quod officium bona fide et fideliter exercebunt. Labande S. 305 Art. 22.

Ausnahme der Waidfärber und der Abmesser, bei denen der Stadtrat den Vorstand ernannte[1]. — Aus St. Omer ist aus dieser Zeit keine Wahlordnung erhalten[2], nur vereinzelt finden sich Bestimmungen, wie bei den Tuchscherern, deren Geschworene das Recht hatten, den Zunftmeister (Konstabel) zu wählen[3]. — Für Chartres wird durch einen Parlamentsentscheid vom Jahre 1291 festgestellt, dafs das Bäckergewerk seit langen Jahren das Recht besitze, seinen Magister selbst zu wählen[4]. Bei den Chartrainer Tuchern werden frühzeitig (1218—1235) Geschworene erwähnt; das Recht der Wahl durch das Handwerk ist in der Urkunde zwar nicht mit Worten ausgesprochen, jedoch nach dem Zusammenhang zu vermuten[5]. — In Marseille wurden die Vorsteher im dreizehnten Jahrhundert allgemein durch die Zünfte selber gewählt[6].

In den Neu-Privilegierungen, die seit Anfang des dreizehnten Jahrhunderts ergingen, wird den Handwerkerschaften mehrfach das selbständige Wahlrecht verliehen. So empfingen im Jahre 1204 die Weber von Etampes[7], im Jahre 1220 die Fleischer von Orleans[8] das Recht der Vorsteherwahl. Bei den Bäckern von Pontoise dagegen, denen König Philipp Augustus im Jahre 1217 einen eigenen Gerichtsstand zuweist, wird der Amtsmagister

---

[1] Chaque baniere fait sen maieur fors li waidier et li mesureur, et li maires et li esquevin d'Amienz font de ches II banierez maieur. Thierry I S. 159 Art. 13.

[2] Die erste Urkunde über das Wahlrecht der Zünfte — es ist das Recht der Stufenwahl — ist vom Jahre 1305. Giry S. 468 f.

[3] Et li corier ont pooir de eslire un d'eus pour conistable et li conistables a pooir de mander chaus du mestier k'il viengnent à lui pour faire et traitier les besoignes du mestier et ki n'i verroit seroit à VI d. s'il ne pooit monstreir k'il eut loial ensoigne par sen serment. Giry S. 563 Art. 700. Vgl. noch Art. 731 für die Walkerknechte.

[4] Diligenter visa ista inquesta facta de mandato curie nostre super discordia que erat inter nos ex una parte et communitatem thalemerarioum Carnotensium, ex altera parte super saisina eligendi magistrum ipsorum et presentandi eundem, prononciatum fuit per curie nostre judicium dictam communitatem esse et fuisse a longis temporibus retroactis in saisina eligendi magistrum ipsorum et illis a quibus causam habemus presentandi cum sunt per eos electi et si fuerit per nos sufficiens ad tale officium comprobatus quod sic presentatus per nos tradatur communitati prefate. A.d.P. I S. 442.

[5] Lépinois Bd. I S. 380.

[6] Statuimus hoc capitulo perpetuo firmiter observandum ut in posterum comune Massilie in meliorem statutum (?) reformetur quod centum capita ministeriorum fiant et statuantur in Massilia annuatim qui eligantur per ipsa ministeria et per probos homines ipsorum ministeriorum et qui eligantur tales bona fide quos cognoscent bonos et fideles et utiliores ad opus civitatis Massilie et qui eligantur per dicta ministeria annuatim . . . et quod predicta capita ministeriorum teneantur speciali sacramento vocare et requirere sua ministeria ad eligenda predicta capita ministeriorum infra predictas octavas. Stat. Mass. II S. 177.

[7] Mag. u. Frat. S. 238 Art. 4.

[8] Duo erunt magistri carnificum et qui erunt magistri uno anno non erunt magistri alio anno nisi de voluntate carnificum. Ord. 11 S. 310.

vom König ernannt[1]. Die Bäcker von Provins, die unter der Willkür der Amtsleute schwer zu leiden hatten[2], empfingen im Jahre 1269 durch den Grafen von Champagne erstmalig Geschworene, deren Ernennung der Graf sich vorbehält[3].

In Paris endlich erscheint um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts bei den Zünften — wegen der Magisterien s. oben S. 32 — das Wahlrecht in verschiedener Weise geordnet. Eine erhebliche Anzahl gröfserer Zünfte — unter ihnen die Goldschmiede, Walker, Krämer, Messingschläger, Gürtler — erklärt im Livre des Métiers, dafs der Handwerksgemeine das Recht zustehe, die Geschworenen selbständig zu wählen[4]. Einzelne Zünfte gebrauchen die Formel, dafs sie dahin übereingekommen sind, dafs der königliche Prevost ihren Zunftvorstand ernenne[5]. Andere wiederum ersuchen um Einsetzung der von ihnen namhaft gemachten Geschworenen[6]. Bei einer längeren Reihe von Zünften dagegen lautet die Formel, dafs der königliche Prevost nach seinem Willen den Zunftvorstand einsetzt und absetzt[7]. Es ist indes anzunehmen, dafs auch hier wenigstens der Brauch der Präsentation durch das Handwerk bestand. —

Für die Bildung der Vorsteherschaft in den Ämtern und Zünften besteht demnach um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts kein einheitliches Recht. Die Angaben der Quellen lassen sich indes dahin zusammenfassen, dafs bei den Handwerkerschaften alten Bestandes und gröfserer Bedeutung die selbständige Wahl der Vorsteher durch die Handwerksgemeine die Regel bildete. —

Für den formalen Akt der Einsetzung in das Vorsteheramt gelten dagegen gleichmäfsige Grundsätze. Soweit es sich nicht um Beamtungen eigenen Rechts handelte, hatten die Vorsteher, die gewählten ebenso wie die ernannten, einen besonderen Eid zu leisten. Dieser Vorstehereid oder Geschworeneneid war,

---

[1] Ord. 11 S. 308.

[2] S. unten 5. Kap. § 2.

[3] Ord. 4 S. 533.

[4] Et est à savoir que li preud'ome du mestier elisent II preudeshomes ou III, pour garder le mestier. L.d.M. Tit. 11 Art. 11; vgl. noch Tit. 20 Art. 8, Tit. 22 Art. 15, Tit. 28 Art. 16, Tit. 42 Art. 18, Tit. 60 Art. 8, Tit. 75 Art. 4, Tit. 78 Art. 2, Tit. 87 Art. 38.

[5] Li preud'oume du mestier desus dit se sont assenti à ce que il i ait deus preudesoumes qui garderont le mestier de par le Roy; li quex li prevost de Paris mest et oste à sa volanté, par l'asentement du conmun du mestier desus dit. L.d.M. Tit. 57 Art. 13; ebenso Tit. 19 Art. 9.

[6] Li preud'ome du mestier des Chandeliers de suif de Paris vos requierent, sire prevos de Paris, que IIII preud'omes que il vos nomeront facent serement que il garderont bien et loiaument le mestier de par lou Roi. L.d.M. Tit. 64 Art. 12; ferner Tit. 65 Art. 11, Tit. 12 Art. 6, Tit. 52 Art. 14 und 15.

[7] El mestier devant dit a II preud'omes jurez et serementez de par lou Roy, les quex li prevoz de Paris met et oste à sa volenté. L.d.M. Tit. 31 Art. 8 und öfters.

in den gleichen Formen wie der Meistereid [1], vor dem zuständigen Gericht abzulegen. Erst dann erfolgte die Einsetzung in das Amt. In den Städten, in denen die Kommunalbewegung des zwölften Jahrhunderts nicht zu einer völligen Emancipation der Stadtgemeinde geführt hatte, war der Geschworeneneid mitunter vor zwei Behörden zu leisten. So hatten in Beauvais die Geschworenen der Tucher ihren Amtseid sowohl dem Bischof als dem Stadtrat zu schwören [2]. Eidesformeln für die Geschworenen sind uns in gröfserer Zahl wiederum aus Montpellier [3], in einzelnen Beispielen auch aus Paris [4] überliefert.

Das Amt der Geschworenen, in späterer Zeit wegen der ihm zugelegten Vorteile sehr gesucht, war im dreizehnten Jahrhundert eine Last, die nur pflichtgemäfs und auf beschränkte Zeit übernommen wurde. Die Amtsdauer beträgt zumeist ein Jahr; nur vereinzelt findet sich eine kürzere — halbjährliche — Amtszeit [6]. Ausnahmslos gilt die Bestimmung, dafs kein Geschworener gezwungen werden kann, das mühevolle Amt länger als für die vorgeschriebene Zeit zu übernehmen [7]. — Im allgemeinen sind nur selbständige Meister zu dem Geschworenenamt befähigt; in einzelnen Fällen werden jedoch, für die Zwecke der Gewerbeschau, auch Gesellen eingeschworen [8].

An die Vorschriften über die einheimischen Handwerker sind hier die Bestimmungen anzureihen, die für die von aufserhalb zuwandernden, zünftigen Handwerker (S t a d t f r e m d e) galten.

Für die gewerberechtliche Behandlung scheiden sich die Stadtfremden allgemein in zwei Klassen. Zu der einen gehören die zuziehenden Handwerker, die zu dauerndem Aufenthalt und eventuell mit der Absicht der Niederlassung nach der Stadt kommen (stadtfremde Handwerker); zu der anderen gehören die Gewerbetreibenden, die zu vorübergehendem Erwerb nach der Stadt kommen (Händler, Marktleute, Landfahrer). Von den Händlern wird weiter unten bei der Marktpolizei die Rede sein, hier haben wir nur von den fremden Handwerkern zu sprechen.

Über die s t a d t f r e m d e n H a n d w e r k e r finden sich in den Statuten des dreizehnten Jahrhunderts zahlreiche Bestimmungen, aus denen die Thatsache einer regen Zu- und Abwanderung hervorgeht. Der zuwandernde Handwerker mufste nachweisen,

---

[1] S. oben.
[2] L a b a n d e S. 305 Art. 22, s. oben S. 33 Anm. 5.
[3] T h a l. S. 256 ff.
[4] L.d.M. Tit. 8 Art. 5.
[5] L.d.M. Tit. 65 Art 11, O r d. 11 S. 310.
[6] L.d.M. Tit. 53 Art. 17.
[7] So schon O r d. 11 S. 310 im Jahre 1217. Die Pariser Goldschmiede verlangen, dafs der abgehende Geschworene mindestens für drei Jahre mit der Übernahme des Amtes verschont bleibe. L.d.M. Tit. 11 Art. 11.
[8] L.d.M. Tit 53 Art. 18, Tit. 22 Art 14, G i r y S. 567 Art 731.

dafs er die für sein Gewerbe vorgeschriebene Zahl von Lehrjahren abgedient und seinen früheren Meister in Frieden verlassen habe[1]. Auch hier ist, wie in den zuvor[2] erwähnten Fällen, im dreizehnten Jahrhundert der Nachweis noch an keine Förmlichkeit gebunden. Wie gegenüber dem einheimischen, so sagen die Statuten auch gegenüber dem zuwandernden Handwerker, dafs er seine Lehrzeit glaubhaft machen müsse[3]. Eine hervorragende Bedeutung besafsen hierfür die Erkennungszeichen, der Handwerksgrufs und die Losung, die dem zünftigen Handwerker auf die Wanderschaft mitgegeben wurden und ihm zum Ausweis dienten[4]. Der urkundliche Beweis durch Brief und Siegel wird in den Statuten damals nur selten verlangt[5].

Dem stadtfremden Handwerker, der die geforderte Kundschaft ordnungsmäfsig nachwies, wurden zu jener Zeit, sei es, dafs er als Meister oder als Geselle kam, keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Der Ankömmling war verbunden, den Eid auf die Zunftstatuten zu schwören, durch den er sich zur Beobachtung des örtlichen Handwerksbrauches verpflichtete[6]. Hiermit war allen Anforderungen, welche die Zunft damals an den stadtfremden Handwerker stellte, genug gethan. Es ist im dreizehnten Jahrhundert allgemein anerkannte Zunftregel, dafs der zunftmäfsig gelernte Zuwanderer dem einheimischen Handwerker rechtlich vollständig gleichstehe[7].

---

[1] L.d.M. Tit. 65 Art. 8; Mét. 2 S. 361 Art. 15.

[2] Oben S. 29 f.

[3] Se aucuns hons estranges, qui sache le mestier desus dit, vient à Paris et vueille ouvrer u mestier, il convient qu'il se face creable par devant les mestres du mestier que il sache fere le mestier et que il ait ouvré VII ans ou plus avant qu'i meste la main u mestier dedenz la vile de Paris. L.d.M. Tit. 19 Art. 8. Se aucun vallès ou mestres venist à Paris pour ouvrer de ce mestier, de Normendie ou d'ailleurs, il convenroit qu'il se feist creables par devant les mestres du mestier qu'il eust fet le mestier as us et as coustumes de Paris, c'est à savoir qu'il eust servi VIII ans ou IX avant qu'il ouvrast de ce mestier. L.d.M. Tit. 42 Art. 3. Ebenso Tit. 22 Art. 1. Ein Befähigungsnachweis ähnlich dem oben S. 29 erwähnten wird für fremde Gesellen in dem Titel 94 Art. 7 vorgeschrieben. Das Alter des Titels ist jedoch zweifelhaft; vgl. die Anmerkung L.d.M. S. 206.

[4] In Deutschland unterschieden sich noch in späterer Zeit die Wandergesellen der Maurer in Grüfser und in Briefer, d. h. in solche, die sich durch den Grufs und die Schenk und in solche, die sich nur durch briefliches Zeugnis auswiesen. Vgl. Rziha 2 S. 35.

[5] Vgl. die Belegstelle der zweitnächsten Anmerkung. — Noch im Jahre 1365 wurde der Anspruch der Weberzunft von Tournay, die zuwandernden Handwerker sollten sich durch Brief und Siegel einer zünftigen Stadt ausweisen, als dem örtlichen Herkommen widersprechend verworfen. S. unten II. Teil 2. Abschn. 1. Kap. § 1.

[6] L.d.M. Tit. 11 Art. 9, Tit. 28 Art. 10 und 12, Tit. 29 Art. 4, Tit. 31 Art. 7, Tit. 35 Art. 8.

[7] Vgl., aufser den Belegstellen der voraufgehenden Anmerkungen, Nus menestrieus du mestier desus dit ne puet ne ne doit metre varlet qui ait apris son mestier hors de la ville de Paris, en huevre, se li varlez ne

Wo sich in den Statuten des dreizehnten Jahrhunderts entgegengesetzte Bestimmungen finden, sind sie nicht durch die Zünfte, sondern durch die städtischen Behörden veranlafst. Dieses Verhalten der Stadtbehörden gegenüber den Fremden wird teils durch besondere örtliche Umstände, teils durch allgemeine Rechtssätze bestimmt. Auf rein örtliche Verhältnisse gründet sich die ungünstige Behandlung der Fremden seitens des Stadtrats in Montpellier. Die Stadt Montpellier hütete eifrig ihre bevorzugte Stellung in der Färberei roter Tuche, die darauf beruhte, dafs die Krappwurzel in grofser Menge und in besonderer Güte auf dem Boden um Montpellier gedieh. Das im Jahre 1204 bestätigte Stadtrecht untersagte deshalb bedingungslos allen Fremden, die Scharlachfärberei in Montpellier zu betreiben[1]. Im Jahre 1226 wurde das Verbot soweit ermäfsigt, dafs der Fremde Zulassung in der Färberei finden konnte nach fünfjährigem Aufenthalt in Montpellier und zwei Jahre, nachdem er eine Frau aus der Stadtgemeinde geehelicht hatte[2]. Im Jahre 1251 gab der Stadtrat der drückenden Vorschrift eine nochmals veränderte Fassung und bestimmte, dafs der Fremde nach zweijährigem Aufenthalt, und ohne Heiratszwang, zur Färberei verstattet wurde, wenn er dreihundert Melgorische Pfunde zahlte und einen Eid schwor, mindestens zehn Jahre in der Stadt zu bleiben[3].

Auf einem allgemeinen Rechtssatz beruht die Forderung, dafs der Stadtfremde vor dem Meisterwerden das Bürgerrecht erwerben müsse, wozu regelmäfsig ein Aufenthalt von Jahr und Tag in der Stadt erforderlich war[4]. Auch diese Bestimmung wird von seiten der Zünfte in den Statuten des dreizehnten Jahrhunderts nicht erwähnt. Die Zunft vertritt vielmehr zu jener Zeit den Grundsatz, dafs jede zünftige Stadt der anderen gleich ist. Wo sich die Vorschrift des Bürgerrechtserwerbs in damaliger Zeit findet, ist sie wiederum vom Stadtrat angeordnet[5].

---

donne bone seurté ou s'il n'a bone delivrance qu'il ait fet (son devoir) à celui qui son mestier li a apris hors de Paris et fait son service bien et lealment. Et s'il avenoit que aucuns houvriers qui eust apris son mestier hor(s) de Paris venist à Paris et vousist commencier son mestier à Paris, fere le puet sanz nul contredit; mès qu'il se contiegne aus hus et aus coustumes du mestier desus dit. L.d.M. Tit. 65 Art. 8. Il peut avoir tant de vallès come il li plaira pour tant que li vallès aient esté au mestier VI ans en Paris ou dehors Paris. Tit 64 Art. 2; ferner Tit. 87 Art. 11.

[1] Nullus extraneus homo aliquos pannos laneos in Montepessulano tingere potest in grana vel in aliquo colore. Thal. S. 48 Art. 110.

[2] Thal. S. 138.

[3] Ebenda.

[4] Vgl. die Anmerkung über den Erwerb des Bürgerrechts unten Anhang Nr. 2.

[5] In Saint Omer verfügt der Rat wiederholt, dafs kein Handwerker zum Meisteramt zugelassen wird, wenn er nicht das Bürgerrecht erworben hat. On a commandei ke nus lormiers ne tienge maistrie s'il n'est bourgois. Giry S. 545 Art. 543. Il est establi par eskevins ke nus tapitiers

In der späteren Zeit ist in dieser, in die gesamten gewerblichen Beziehungen tief eingreifenden Frage eine vollständige Verschiebung eingetreten. Zunft und Behörden vertauschten wechselseitig den von ihnen im dreizehnten Jahrhundert eingenommenen Standpunkt[1]. —

Die zünftige Organisation war im allgemeinen örtlich geschlossen, und die Ansässigkeit an einem bestimmten Orte bildete regelmäſsig die Voraussetzung für die Zugehörigkeit zu einer Zunft. Bei einigen Handwerkerschaften wich jedoch die Organisation von dem gemeinen Zunftwesen dadurch ab, daſs bei ihnen die Zugehörigkeit zu dem Zunftverband nicht durch den örtlichen Aufenthalt begrenzt oder bestimmt wurde. Es sind dies die im zunftmäſsigen Verband stehenden Gewerbe, deren Angehörige zur Ausübung ihres Berufes regelmäſsig oder zeitweilig auf die Wanderschaft gingen[2]. An dieser Stelle sind hier zunächst nur die Münzer zu nennen, da für einige andere Gewerbe, die wir später erwähnen werden[3], die Quellen aus dem dreizehnten Jahrhundert fehlen.

Die Münzprägung wurde bis in das spätere Mittelalter nur periodisch und nach Bedarf betrieben. Nur so lange die Arbeit einer Neuprägung oder Umprägung anhielt, war die Münze in Thätigkeit; nach Beendigung des Geschäfts wurde sie stillgesetzt. Die Münzer hatten deshalb keine andauernde Beschäftigung[4] und brauchten sich auch nicht ständig an einem bestimmten Münzort aufzuhalten; sie gingen vielmehr der Arbeit nach, die sich in den verschiedenen Münzstätten bot. Die hauptsächlichste Arbeitsgelegenheit wurde geschaffen durch die häufigen Münzverände-

---

ne tiengne maistrie s'il n'est borgois. S. 570 Art. 758. Ke nus n'aprenge hom mestier de folon s'il n'est borgois ou fieus de borgois et si fors k'il peut faire le mestier. S. 561 Art. 676. Ebenso S. 564 Art. 713 für die Tuchscherer. Die beiden letzterwähnten Bestimmungen beziehen sich auf das Recht der Lehrlingsannahme.

[1] S. den 2. Abschnitt 1. und 2. Kap., II. Teil 2. Abschn. 1. Kap. und III. Teil 1. und 2. Kap. Auch die Bestimmung, daſs zuerst die einheimischen Arbeiter beschäftigt werden sollen, ehe die Fremden Arbeit erhalten, beruht in jener Zeit auf obrigkeitlicher Verfügung. On a deffendu ke nus hom de mestier ne meche en oevre homme manant fors de le changle de le vile pour tant k'il puist trover homme ki maigne dedens le changle de le vile pour metre en oevre. Giry S. 509 Art. 112. On a commandei as maitres foulon ki tienent maistrie de fouleir k'il ne soient si hardi ke il mechent estraigne vallet à oevre avant chou ke li bourgois et chil ki manant sont en le vile soient à oevre. S. 534 Art. 436. Et k'on meche tout dis les bourgois à oevre devant estranges et chaus ausi ki ont mes dedans le vile an et jour ancore ne soient il mie bourgois k'on les meche après les bourgois tout dis en oevre devant les nouvaus sourvenans. S. 544 Art. 541.

[2] Vgl. Bücher, Gew.; v. Inama-Sternegg, D.W.G.

[3] S. unten II. Teil 2. Abschn. 1. Kap.

[4] Daher die in den Urkunden vorkommende Scheidung zwischen Monetarii operantes (ouvrans) und non operantes (non ouvrans).

rungen, die immer von einer Umprägung der Münzen begleitet waren. Es entstand hierbei jedesmal eine plötzlich gesteigerte Nachfrage nach Münzern. Die Zahl der französischen Münzer war nicht grofs genug, um einem solchen Bedarf, der stets unvermittelt hervortrat, zu genügen. Schon frühzeitig bestand deshalb die Notwendigkeit, nach den französischen Münzstätten fremde Arbeiter heranzuziehen. Den ausländischen geschworenen Münzern wurden dann die gleichen gemeinen Privilegien und Pflichten, wie den einheimischen, zugeteilt. Diese äufseren Verhältnisse — die Ungleichmäfsigkeit der Beschäftigung und die Notwendigkeit des Wanderns der einheimischen und der fremden Münzer — wurden zum Teil bestimmend für die Organisation, die sich während des Mittelalters im französischen Münzergewerbe herausbildete.

Die in Frankreich arbeitenden Münzer hatten seit dem dreizehnten Jahrhundert weder eine örtlich abgeschlossene, noch eine das ganze Reich umschliefsende Verfassung. Ihre Organisation war vielmehr eine landsmännische; sie waren eingeteilt in nationale Schwurgenossenschaften, Serments genannt. Die beiden gröfsten waren der Serment de France — sacramentum Franciae —, dem die Münzer angehörten, die in den französischen Münzstätten den Eid geleistet hatten; und der Serment de l'Empire — sacramentum Imperii —, der die Münzer umfafste, die im Gebiet des alten deutschen Reichs den Münzereid geschworen hatten. Die Privilegien der deutschen und der französischen Münzer waren vollständig gleich. Zu diesen grofsen Schwurgenossenschaften traten späterhin noch die beiden kleineren, der Serment de Toulouse und der Serment de Brabant. Zu dem letzteren gehörten die flandrischen und brabanter Münzer, die in Frankreich arbeiteten.

Die Münzer hatten zwar einen festen Wohnort, jedoch aus den oben angeführten Gründen keinen ständigen Aufenthaltsort. Sie wanderten, wie auch die deutschen Hausgenossen [1], wo sich ihnen Aussicht auf Beschäftigung und Gewinn bot. War eine Prägung anbefohlen, so hatten sich die Münzer ungesäumt nach der Münzstätte, der sie zugeteilt waren, auf den Weg zu machen. Die Reise dorthin hatten sie auf eigene Kosten auszuführen [2].

---

[1] Urkundenbuch der Stadt Basel, bearb. von Wackernagel und Thommen, Basel 1893, Bd. 2 S. 368; Urkundenbuch der Stadt Strafsburg, bearb. von Wiegand, Strafsb. 1879, I S. 472 Art. 79.

[2] Operarii aut monetarii tenentur venire et servire in omnibus monetis Regis propriis sumptibus, Ord. 2 S. 141 A. 1225. — Weitere Angaben enthält das Münzerprivileg von 1327, die gleich hier angefügt sein mögen. Sobald der Bann (le cri) verkündet war, hatten die Münzer binnen acht Tagen nach ihrer Münzstätte aufzubrechen, den Fall echter Not ausgenommen. Der Säumige verfiel in schwere Geldstrafen, und gewaltsame Ergreifung war ihm angedroht. Solange Arbeit vorlag, durfte kein Münzer die Münzstätte verlassen, und wer aus dem Königreich auswandern wollte, bedurfte einer besonderen Erlaubnis. Wer sich widerrechtlich und ohne Ermächtignng entfernte, wurde aufgegriffen und zurückgebracht. Ord. 1 S. 806 und II S. 418.

Das Amt des geschworenen Münzers war ein streng einzuhaltender Dienst; die Münzer waren „Hörige ihres Amtes“, ils sont serfs à y chose faire, wie sie noch ein späteres Privileg bezeichnet[1]. Den strengen Verpflichtungen, wie der Wichtigkeit des Amtes, das die höchste Sachkenntnis und Vertrauenswürdigkeit erforderte, entsprachen aber auch die den Münzern zustehenden Rechte und Freiheiten.

Die Münzer standen unter einer eigenen und geschlossenen Amtsverfassung; von den allgemeinen Gerichten waren sie durchaus eximiert; sie hatten ihren besonderen Gerichtsstand für Klagen aller Art, ausgenommen die drei schweren Fälle Mord, Frauenraub und Brandstiftung. Für alle übrigen Klagen gegen die Münzer war lediglich der Magister monetae ihr zuständiger Richter, dem sie nicht entzogen werden durften[2].

Ferner besafsen die Münzer das den Ursprung und die Stellung ihres Amtes durchaus kennzeichnende Recht der Amtsbürtigkeit, dessen Bedeutung ich anderweitig dargelegt habe[3]. Nur die Söhne und Enkel der geschworenen Münzer waren darnach zum Eintritt in das Amt berechtigt[4]; alle Fremdbürtigen waren ausgeschlossen. Der König allein hatte das Recht, bei seinem Regierungsantritt durch (ursprünglich einmalige) Gnadenhandlung einen Münzer, „der nicht eines Münzers Sohn ist“, in das Amt aufzunehmen[5].

Die übrigen Vorrechte der Münzer bestanden insbesondere in der Befreiung von allen Schatzungen, Steuern und Diensten.

---

[1] A. 1337 Philipp VI. Ord. 2 S. 340.

[2] Quod coram nullo judice possint conveniri nec in judicium evocari nisi coram magistro monetae eorundem nisi in tribus casibus viz. in homicidio raptu et combustione ignis. A. 1211 Ord. 1 S. 30. Operarii autem pro nullo nisi pro magistris monetae justitiam exequentur nisi latrocinium vel raptum fecerint aut murtrum. Si vero operarii aut monetarii noluerint (Ord. druckt voluerint) pro magistris monetae justitiam exequi magistri poterunt abanundare justitiae Domini Regis. A. 1225 Ord. 2 S. 141.

[3] Mag. u. Frat. S. 20 ff. und 125 ff., Königsm. S. 815 ff.

[4] Super his etiam taliter duximus statuendum quod nullus in opere eorumdem commorari nec ad illud opus evocari possit nisi sit frater filius vel nepos eorumdem nec etiam ubi denarii fabricantur et traduntur instanter ut etiam ubi opus eorum sicut alias construitur nemo interesse potest nec commorari nisi de consanguinitate eorumdem operariorum ut supradictum est et expressum. A. 1211 Ord. 1 S. 30.

[5] Mag. u. Frat. S. 23, Königsm. S. 817. — Die Verfassung der Münzer und das Gnadenrecht bestanden in gleicher Weise für die Münzerschaften des deutschen Reiches; vgl. Mag. u. Frat. S. 125. — Das gleiche Recht gilt ferner in Flandern. Bei den Münzern von Namur durfte der Graf von Flandern das Gnadenrecht ausüben, wenn er eine neue Münze anordnete. Nous Guis cuens de Flandres et marchis de Namur faisons savoir à tous ke comme il soit ensi ke de nostre signerie nous puissons metre un ouvrier et un monnoier quant nous coumenchons à faire nouviele monnoie en nostre tiere avoec les autres monnoiiers, et nous faciiens coumenchier nouviele monnoie à Namur, nous i metons de par nous Gillon Forêt, demorant en nostre vile de Douay, pour monnoiier. En tiesmognage etc. Cartulaire de Namur I S. 66.

Schon nach den ältesten Privilegien durften den Münzern keinerlei persönliche Dienste oder geldwertige Leistungen abgefordert werden [1]. Auch waren die Münzer auf ihren Wanderungen von und nach der Münzstätte befreit von allem Zoll und von den Wege- und Brückengeldern [2]. Die Abgabenfreiheit wurde späterhin zu einem höchst wertvollen und auch vielfach mifsbrauchten Vorrecht der Münzer und ihrer Angehörigen [3].

§ 2. Das unzünftige Gewerbe.

Recht und Stellung der unzünftigen Handwerker werden in den gewerbegeschichtlichen Schilderungen zumeist nur in wenig selbständiger Weise behandelt. Das Hauptinteresse pflegt sich auf die Zunft selber zu konzentrieren. Die unzünftige Gewerbethätigkeit nahm indes in den beiden hier zu unterscheidenden Richtungen — d. i. einerseits im freien, andererseits im zünftigen Gewerbe — stets einen breiten Raum ein. Es ist nicht möglich, ein zureichendes Bild von der gewerblichen Verfassung des Mittelalters zu geben ohne eingehende Berücksichtigung des unzünftigen Handwerks, seiner Beziehungen zu der Zunft und seines Anteils an der Produktion.

Das Zahlenverhältnis zwischen Zünftigen und Unzünftigen war während des Mittelalters grofsen Schwankungen unterworfen. Die Zünfte selbst haben zu keiner Zeit den Versuch gemacht, die Gesamtheit der Handwerker irgend eines Betriebes unbedingt in das Zunftwesen hereinzuziehen. Solange das Zunftwesen bestand, hat es stets zahlreiche Klassen von Handwerkern gegeben, die teils aus sachlichen, teils aus persönlichen Gründen aufserhalb des Zunftverbandes blieben.

Dagegen haben sich die Kreise der Unzünftigkeit während des Mittelalters vollständig verschoben. Die Zahl der an sich unzünftigen, d. i. freien Gewerbe [4] ging seit dem vierzehnten Jahrhundert immer mehr zurück. Andererseits aber vermehrte sich fortwährend die Zahl der Handwerker, denen, obwohl sie ein zünftiges Gewerbe betrieben, infolge der zunehmenden Abschliefsung der Zünfte und der Erhöhung der Aufnahmegebühren der Eintritt in den Zunftverband unmöglich wurde. Der Hauptsitz der Unzünftigkeit ist demnach im dreizehnten Jahrhundert bei den sogenannten freien Gewerben, in den späteren

---

[1] Quod ipsi sint liberi et immunes ab omni tallia et exercitu. A. 1211 Ord. 1 S. 30.

[2] Als Ausweis diente den Münzern in späterer Zeit eine Schaumünze, welche die Umschrift trug: Barriers, Peagiers, Pontaniers, Laissez passer les Monnayeurs; vgl. Constans, Traité de la Cour des Monnaies, Paris 1658, S. 70.

[3] S. unten II. Teil 2. Abschn. 1. Kap.

[4] S. oben S. 24.

Jahrhunderten dagegen bei den unzünftigen Handwerkern zünftiger Gewerbe.

Über die an sich unzünftigen (freien) Gewerbe ist hier nichts zu sagen. Das Gewerberecht des dreizehnten Jahrhunderts beschäftigt sich mit ihnen nicht im besonderen; sie unterliegen nur den kriminalrechtlichen Vorschriften wegen unlauterer oder betrügerischer Handlungen. Wir haben an dieser Stelle nur von den unzünftigen Handwerkern zünftiger Betriebe zu handeln. Für die gewerbliche Thätigkeit, die, trotz der Zünftigkeit eines Betriebes, entweder ganz oder teilweise aufserhalb des von der Zunft gezogenen Rahmens blieb, lassen sich drei Formen unterscheiden:

1. die Arbeit für den Hausbedarf,
2. die Arbeit für Zunftfremde und Wiederverkäufer,
3. der selbständige Betrieb unzünftiger Handwerker.

Durch die Arbeit für den Hausbedarf[1] wird ein weites Gebiet abgegrenzt, das der zünftlerischen Reglementierung in der Hauptsache entzogen war. Im Mittelalter bestand allgemein der Brauch, die Gegenstände des häuslichen Bedarfs soweit als möglich im Hause selbst herzustellen, zu verarbeiten und auf Vorrat zu halten[2]. Diese Ordnung der Hauswirtschaft bildet die erste Ursache und die dauernde Grundlage für die Unzünftigkeit. Der allgemeine Grundsatz über die Hausarbeit lautete, dafs jeder Hausherr berechtigt ist, für den eigenen Bedarf im Hause arbeiten zu lassen; dafs es ihm dagegen untersagt ist, zum Zwecke des Weiterverkaufs irgend welche Gegenstände in nicht-zünftiger Weise herstellen zu lassen. Eine grofse Anzahl städtischer und ländlicher Handwerker fand auf diese Art eine regelmäfsige Beschäftigung, für deren Ausübung der Anschlufs an die Zunft zwar vielfach üblich war, aber durchaus nicht allgemein vorausgesetzt oder gefordert wurde.

Die Hausbedarfsarbeit war dem unmittelbaren Einwirken der Zunft in der Hauptsache nicht erreichbar. Vielfach findet sich in den Statuten bei Hantierungen, die sonst als unerlaubt oder als Falschwerk gelten, die Ausnahme hinzugefügt, dafs die Arbeit für den Hausbedarf frei ist[3]. Doch wurde frühzeitig

[1] Bücher, Gew.; Schmoller, Untern.; Stieda, Entstehung der deutschen Hausindustrie, Leipzig 1889 (Schr. d. V. f. Socialpol.).

[2] Vgl. die Schilderung der erlöschenden alten Sitte bei Schmoller, Geschichte der deutschen Kleingewerbe, Halle 1874 S. 177 ff.

[3] Nus du mestier devant dit ne puet ne ne doit ouvrer ymage ne crucefilz, ne nule autre chose apartenant à sainte Yglise, se il ne le fait de sa propre estoffe, ou il ne le font li un ouvrer à l'autre, ou il ne le fet à aucun clerc ou aucun home de religion ou aucun chevalier ou aucun gentis home, qui fere le facent pour leur user. L.d.M. Tit 61 Art. 8. Et se il le fet, il est à XX s. d'amende, se il ne le fet pour son vestir; et se il ne le fet pour son vestir, pour sa fame ou pour sa mesniée, ou pour fere retaint, il doit les XX s. desus diz d'amende, et jurer seur sains, par devant le mestre et par devant les jurez, que il cel drap ne vendra à nule ame que il ne li die le mahaing devant dit sanz demande. L.d.M. Tit. 50 Art. 30; ferner Tit. 68 Art. 9.

versucht, hier wenigstens mittelbar die zunftmäſsige Ordnung zur Geltung zu bringen. So verlangen die Pariser Talglichtzieher im Jahre 1268, daſs kein Geselle in ein Bürgerhaus auf Arbeit gehen dürfe, wenn er nicht ordnungsgemäſs sechs Jahre das Gewerbe gelernt habe[1]. Die Pariser Seidenwirker dagegen verbieten schlechthin die Hausbedarfsarbeit bei jedermann, ausgenommen bei hohen Herrschaften vom Adel[2].

Wenn ein bis dahin freies Gewerbe sich zünftig machte, so wurde wohl den nunmehr zünftigen Handwerkern untersagt, fernerhin auf Hausarbeit zu gehen. So nahmen die Pariser Sticker, als sie im Jahre 1292 zünftig wurden, ein Verbot der Hausbedarfsarbeit in ihre Statuten auf[3]. Hierdurch wurden indes nur die Zunftgenossen gebunden; das Recht des Hausherrn, den eigenen Bedarf durch freie oder zünftige Handwerker im Hause herstellen zu lassen, blieb stets anerkannt. Die Zunft konnte hier nur mittelbar einwirken. —

Die zweite Form der unzünftigen Arbeit, die Beschäftigung von Gesellen durch Zunftfremde und Wiederverkäufer, war während des dreizehnten Jahrhunderts in einer Anzahl von Gewerben üblich. Es ergiebt sich dies aus den teils negativen (verbietenden), teils positiven (erlaubenden) Vorschriften. Ein allgemeiner Rechtssatz für diesen Betrieb scheint zu jener Zeit noch nicht bestanden zu haben[4].

Am häufigsten finden sich die Vorschriften, welche die Arbeit bei einem Zunftfremden (home estrange, home qui ne soit du mestier) untersagen. So verbieten die Messerschmiede[5], Knopf-

---

[1] Nus vallès chandelier ne puet faire chandoiles chiés bourgois de Paris, se il n'a esté au mestier VI ans ou plus. L.d.M. Tit. 64 Art. 16.

[2] Que nul de cy en avant du dit mestier, soit mestre ou vallet, ne puisse ouvrer du dit mestier chiez marchant ne chiez bourgois ne chiez autres, quel que il soit, se ce n'est chiez mestre du mestier ou se ce n'est à très noble prince, auquel il soit du tout par especial. L.d.M. Tit. 40 Art. 6.

[3] Derechief il est ordené que nuls ne nule ne puisse aler ouvrer en la meson de nul autre qui ne soit du mestier pour ce que belle chose n'est pas que ouvriers aillient chiez ceuls qui riens ne sevent de mestier: et en vient tel inconvenient que quant li mestres ont convenant à riches homes de fere leur œuvre il ne pevent trouver leur ouvriers por ce qu'il euvrent ailleurs que chiez ceuls qui sevent du mestier. Mét. 2 S. 167 Art. 10.

[4] Die hier bezeichnete Produktionsform ist selbstverständlicherweise auch dann als unzünftig zu betrachten, wenn der Wiederverkäufer oder Händler die Arbeit etwa durch zünftig gelernte Gesellen ausführen läſst, da es an der zünftigen Ordnung und Aufsicht fehlt. Anders liegt das Verhältnis bei den späteren (der Neuzeit angehörenden) Versuchen der Kurzwarenhändler (Merciers), die Gegenstände ihres Vertriebs durch für sie arbeitende Gesellen und Kleinmeister anfertigen zu lassen. Es kam hierüber zu heftigen Kämpfen zwischen den Kurzwarengrossisten, die ihre eigene zünftige Ordnung und Warenschau hatten, einerseits, und den Handwerkerzünften andererseits. S. auch unten II. Teil 2. Abschn. 3. Kap.

[5] Nus du mestier ne puet ne ne doit (soi) alouer à home qui ne soit du mestier, pour faire chose qui apartiegne au mestier. L.d.M. Tit. 17 Art. 7.

macher[1], Gürtler[2], Messingscheidenmacher[3] und die Seidentuchweberinnen[4] in Paris den Arbeitern schlechthin, sich an einen Zunftfremden zu verdingen. Die Lampenschmiede untersagen jede Arbeit aufserhalb der Werkstatt, ausgenommen bei einem Bürger für dessen Hausbedarf[5]. Andere Zünfte dagegen rechnen mit der Arbeit bei Zunftfremden und suchen sie nur mittelbar zu beeinflussen. So bestimmen die Hosenstricker, dafs der Handwerker, der für Fremde arbeiten wolle, sich durch Eidschwur auf Beobachtung des Handwerksbrauchs verpflichten müsse[6]. Die Gürtelbeschläger begnügen sich dagegen mit der Ermahnung, kein Geselle solle für einen Zunftfremden arbeiten, so lange er bei einem zünftigen Meister Beschäftigung finde[7]. —

Es ist bezeichnend für die Stellung des Zunftwesens im dreizehnten Jahrhundert, dafs die Zunft sich durch die Hausbedarfsarbeit und insbesondere durch die Arbeit für Zunftfremde weit mehr beeinträchtigt fühlte, als durch die dritte der hier hervorgehobenen Formen; es ist der selbständige Gewerbebetrieb unzünftiger Handwerker. Diese spätere Hauptform der unzünftigen Arbeit machte sich damals nach aufsen hin wenig bemerkbar. Die Vorteile des Zunftverbandes, der Gewinn an Recht und Ansehen für den zünftigen Meister waren zu jener Zeit so grofs, dafs die Zunft im allgemeinen damals keinen Zwang ausübte, um die ihr Fernbleibenden in den Verband zu ziehen. Nur in bestimmten, örtlich begründeten Fällen wurde ein Beitrittszwang, genauer gesagt Beitragszwang, dessen Bedeutung nicht auf gewerblichem Gebiete lag, ausgeübt[8]. In der Regel liefs man die Unzünftigen damals gewähren. Die spätere Hauptursache der Unzünftigkeit, die Erschwerung der Meisteraufnahme war noch nicht vorhanden. Dem befähigten und gut beleumun-

---

[1] Nus Boutonnier ne se puet alouer à nul home qui ne soit de mestier de boutonnerie. L.d.M. Tit. 72 Art. 9.

[2] Nus vallès corroiers ne se puet alouer à nul home se il n'est Corroiers. L.d.M. Tit. 87 Art. 34.

[3] Nus vallès du mestier devant dit ne puet ne ne doit ouvrer à Paris du mestier devant dit entour autre menestereul que du mestier desus devisé, quar ansi aprendroit il le mestier desus dit à plus de aprentis que il ne puet ne ne doit faire par droit. L.d.M. Tit. 66 Art. 11.

[4] Que nule ne puisse ouvrer chiez homme ne chiez fanme, se ele ne set du mestier. L.d.M. Tit. 44 Art. 6.

[5] Que nuls ne voise ouvrer hors des ouvrouers dudit mestier, se ce n'est sus aucuns bourgois pour sa necessité. L.d.M. Tit. 45 Art. 6.

[6] Quiconques veult ouvrer à autre que à soi ou dit mestier de Braalerie de fil, il doit faire serement; et doit II s. au Roy et XII d. aus mestres, avant qu'il œvre. L.d.M. Tit. 39 Art. 8 (das Meistergeld beträgt 30 sols). Der Gedankengang ist bei dieser Vorschrift der gleiche, wie bei den Talglichtziehern (s. oben); es soll die Anfertigung von schlechter Ware (Falschwerk) nach Möglichkeit verhütet werden.

[7] Il est ordéné et acordé que nule persone dudit mestier ne puist ouvrer entor home estrange, tant comme il puist trouver à ouvrer entour home du mestier. L.d.M. Tit. 25 Art. 13.

[8] Vgl. Mag. u. Frat. S. 177, insbes. S. 188 u. 193.

deten Handwerker war der Zunftverband leicht zugänglich; die Lasten waren noch gering. Die Unzünftigen waren deshalb zu jener Zeit meist die ärmeren Handwerker, denen die Mittel zum Betrieb einer eigenen Werkstatt, eines offenen Ladens, und zur Ausbildung von Lehrlingen[1] fehlten.

Nur selten finden sich deshalb in jener Zeit Bestimmungen, die unmittelbar darauf abzielen, den Unzünftigen ihr Gewerbe zu erschweren oder gänzlich zu verbieten. Im Livre des Métiers sind nur zwei hierher gehörende Vorschriften enthalten. Die Töpfer verbieten den zünftigen Meistern, einen Gesellen zu beschäftigen, der selber ein Töpferrad in seinem Hause hat, oder irdene Waren, die ein solcher Geselle in seinem Hause angefertigt hat, in eines Meisters Ofen zu brennen[2]. Die Schneider, die stets besonders viel unter der Pfuscharbeit zu leiden hatten, untersagen schon damals jedem, der nicht einen offenen Laden hält, insbesondere den insgeheim arbeitenden fremden Gesellen, das Zuschneiden wollener Kleidungsstücke; sie berufen sich hierbei auf die grofse Unehre und den vielfachen Tadel, die wegen der Pfuscherei auf ihr Gewerbe gefallen waren[3]. Im übrigen übte man gegenüber den Armen vom Handwerk, den povres du mestier, damals gerne Nachsicht. Bezeichnend ist hierfür eine Bestimmung im Statut der Pariser Waffenschmiede von 1296. Die Waffenschmiede erlassen in ihrem Statut ein allgemeines Hausierverbot für die zünftigen Meister; den „armen Handwerkern dagegen, die in den entlegenen Strafsen wohnen und nicht in eigener Werkstatt verkaufen können“, soll gestattet sein, mit den von ihnen selbst gefertigten Waren hausieren zu gehen[4].

---

[1] S. oben S. 30.

[2] Nul mestre ne doit metre ouvrier en euvre qui (ait) roe en sa meson; ne si ne doit cuire nul poz que (icelui) ouvrier face en sa meson, c'est à savoir an la meson de l'ouvrier, que le mestre ne doie V s. au Roi. L.d.M. Tit. 74 Art. 12.

[3] Nus ne puet taillier robes langes dedenz la vile de Paris, si ne tient ostel et establie levée dedenz la vile comme mestres; et se il le fet, il sera à V s. de parisis d'amende au Roy toutes les foiz qu'il en sera repris. Et ce ont ordené li preud'oume du mestier, pour les estranges varlez qui vienent à Paris et taillent robes es ostieus et ailleurs en recoi: si que li mestre en ont grant honte et grant reprouche de la mestaille que il ont feite aucune foiz. L.d.M. Tit. 56 Art. 4.

[4] Que nul ne puisse desormès comporter, par la Ville de Paris, armeures, quelles que il soient, se ne sont les povres dou mestier qui demorent ès rues foraines, qui ne les puent vendre en leurs hostielx, et que il jurent sur sainz que il sont fetes en leur maisons propres, et fetes et appareillées de leur mains. Mét. II S. 318 Art. 11.

Zweites Kapitel.

Abgaben und Gebühren[1].

Die von den Gewerbetreibenden aufzubringenden Abgaben scheiden sich in allgemeine, die jeder Pflichtige ohne Rücksicht auf seinen Beruf zu zahlen hat, und in besondere, die nur bei berufsmäſsiger Ausübung des Gewerbes zu entrichten sind.

Von den allgemeinen Abgaben des dreizehnten Jahrhunderts berühren den Gewerbebetrieb mittelbar oder unmittelbar diejenigen, die auf den Verkehr überhaupt und auf den Umsatz der Verkehrsgüter gelegt sind. Obwohl das allgemeine Besteuerungssystem streng genommen unserem Gebiet nicht angehört, so besteht doch ein enger materieller Zusammenhang hinsichtlich der Verkehrsabgaben, und eine Schilderung derselben erscheint hier angezeigt. Hierfür genügt indes nicht eine einfache Aufzählung und Nennung von Zollrechten. Bei dem Charakter der mittelalterlichen Besteuerung ist es vielmehr notwendig, ein örtlich vollständig geschlossenes Bild der teils sich ergänzenden, teils kumulierenden Abgaben und der Erhebungsgrundsätze zu geben. Zur genaueren Besprechung benutze ich an erster Stelle die Aufzeichnungen des Livre des Métiers, dessen Berichte die umfassendsten sind, aber gleichwohl noch keine systematische Darstellung gefunden haben.

Den Verkehrsabgaben ist der zweite Teil des Livre des Métiers, 31 Titel enthaltend, vollständig gewidmet. Auch die einzelnen Statuten des ersten Teils sind mehrfach heranzuziehen. Die Abgaben zerfallen in I. Wegegelder, II. Zölle, III. Marktgebühren.

I. Das Wegegeld (Chaucié) ist neben den Marktgebühren die einzige Abgabe, die im Livre des Métiers nicht schlechthin durch ein Recht, sondern durch eine sichtbare Gegenleistung begründet wird. Das Geld wird nach Titel I Art. 1 erhoben, um die Wege

[1] Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, Leipzig 1886, II. Teil; Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte, Kiel 1878, Band 8 S. 216 ff.; Pastoret; Vuitry, Reg. fin.; Geering; Mayer, Zoll; Schroeder, D.R.G.

und die Brücken innerhalb der Pariser Bannmeile in Stand zu halten[1]. Die Erhebungsvorschriften des Titels sind einfach, weil die Gebühr nicht nach der Warenmenge, sondern nur nach der Art des Transportes angesetzt wird[2]. Obwohl der Tarif in seinen 36 Artikeln zahlreiche Gegenstände einzeln aufführt, so bestehen doch nur zwei Tarifsätze, die jeweils gelten für einen vierräderigen Wagen, für eine zweiräderige Karre und für die von einem Pferde getragene Last. Der niedrigere Satz beträgt zwei Denare für den Wagen, einen Denar für die Karre, einen Obolus für die Pferdelast; der höhere Satz vier Denare für den Wagen, zwei für die Karre und gleichfalls einen Obolus für die Pferdelast.

Das Wegegeld ist lediglich von den Fremden zu zahlen. Der Pariser Bürger ist frei[3]. Von der Zahlung befreit sind ferner die geistlichen und adeligen Herren für jeden Transport von Gegenständen ihres eigenen Hausbedarfs oder von Erzeugnissen ihres eigenen Wachstums, jedoch nicht für Handelsgut[4]. Daneben gewährt der Tarif einige sachlichen Einzelbefreiungen, nämlich für Geflügel, für Töpfererde, Ziegel, Steine, Weinbergspfähle und Mühlenabgänge[5].

Mit dem niedrigeren Satz von zwei Denaren bezw. einem Denar werden aufgeführt von Erzeugnissen der Landwirtschaft Eier, Früchte, Getreide, Heu, Gemüse, Käse, Wein, ungewaschene Wolle[6]. Der gleiche Satz gilt für Fässer, Mühl- und Schleifsteine und Glaswaren[7]. Die Gemüsebauern haben das Wegegeld nur einmal wöchentlich zu zahlen[8]. Ein Tragekorb Glaswaren geht frei ein. Dem höheren Satz von vier bezw. zwei Denaren unterliegen gewaschene Wolle, Farbstoffe, Färberpottasche, Tuch,

[1] Les queles chaucies sunt prises et demandées par la reson de fere aparellier les chaucies, les chemins, les pons et les pasages dedens la banliue de Paris. L. d. M. II Tit. 1 Art. 1.

[2] Art. 2, 3 und 4.

[3] Wenn dagegen ein Pariser Bürger für seine Rechnung einen auswärtigen Fuhrmann mit fremdem Fuhrwerk beschäftigt, so ist das Wegegeld zu zahlen. Nus bourgois de Paris ne doit riens de chaucie se ce n'est de moust del quel la charrette doit chascun jour que ele meine moust I d. sanz plus jusques à la Saint Martin d'yver se la charete est à home qui ne soit residens à Paris. ja tant de foys n'ira le jour. Et se la charrete et le vin est de Paris, il ne doit riens de chaucie. Art. 24. In der Ausgabe von Lespinasse ist hinter yver ein Strichpunkt gesetzt, wodurch die Bestimmung unverständlich wird.

[4] Chevalier escuier prestre clerc ne nulle maniere de gent de religion ne doivent rien de chaucie de chose que il mainent ne ameinent por que il voillent fiancier que ce soit à leur user ou que il soit crut en leur possessions ou en leur proprietés ou que il viegnent de leur bestes. Art. 29. Vgl. Beaumanoir I S. 434.

[5] Art. 5, 19, 20 und 28. Auch wird mitunter bei dem niedrigeren Satz die Pferdelast freigelassen. S. folgende Anm.

[6] Art. 6, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 17, 19 und 35; ferner allgemein für kleine Stadtkarren Art. 34. Bei Eiern und bei Früchten, ausgenommen Kastanien und Nüsse, ist die Pferdelast frei.

[7] Art. 13 und 25.

[8] Art. 11.

Leder, Hanf, Lein; ferner Eisen, Blei und alle anderen nicht genannten Metalle[1]. Der Hausrat eines Zuziehenden zahlt einen Denar, wenn der Besitzer schwört, dafs er kein Handelsgut[2] mitführt. Die von Hause mitgenommene Aussteuer einer aus Paris wegziehenden Braut ist frei; sind aber die Sachen von aufserhalb beschafft, so ist Wegegeld zu entrichten[3]. Waren, die durch Paris durchgeführt werden, zahlen das Wegegeld gleich den eingeführten[4]. Die Waren, die der nach Paris zu Markte ziehende Fremde dort etwa eingekauft hat, kann er frei zurückführen, wenn er beeidet, dafs er die Sachen zum eigenen Gebrauch und nicht zu Handelszwecken erworben hat[5].

II. Zölle. Unter den Zöllen fasse ich diejenigen Verkehrsabgaben zusammen, die lediglich von der Bewegung der Verkehrsgüter innerhalb eines bestimmten Gebietes erhoben werden, ohne dafs hiefür eine sichtbare Gegenleistung durch Benutzung allgemeiner Anstalten und Einrichtungen gewährt wird. An solchen Abgaben werden im Livre des Métiers die folgenden genannt: 1. Péage; 2. Liage et Monte de la Marne; 3. Rivage; 4. Chantelage; 5. Rouage; 6. Botage; 7. Conduit; 8. Tonlieu.

1. Die Erhebung des Péage[6] fand am Petit-pont statt, der Brücke, die im Süden von Paris über die Seine führte. Der Zoll hat einen klassifizierten Tarif von 97 Artikeln, die den Titel II des zweiten Buches Livre des Métiers bilden.

Der Zollzahlung unterworfen ist der Fremde, der Waren in Paris einführt oder durchführt. Für den Zoll besteht nach dem Livre des Métiers nicht die Bringpflicht, sondern die Holpflicht; der Zöllner ist zur Abforderung des Zolls verpflichtet. Hat der Fremde das Weichbild ohne Zollzahlung verlassen, so ist er frei von Strafe, wenn er Gutgläubigkeit beschwört. Eine Verhaftung wegen unterlassener Zahlung darf der Zöllner erst vornehmen, wenn der Pflichtige die Weichbildsgrenze überschritten hat[7]. Der Zöllner ist im übrigen zur Pfändung wegen seiner Zollforderung berechtigt[8].

---

[1] Art. 13, 18, 21, 26 und 27. Im Art. 13 ist die Pferdelast versehentlich zu einem Denar anstatt zu 1 Ob. tarifiert; vgl. Art. 3.

[2] Wegen des Ausdrucks Handelsgut s. unten S. 56 Anm. 1.

[3] Art. 30 und 32.

[4] Art. 23.

[5] Art. 8, 15 und 33. Die Konj. Neis im Art. 15 ist wohl nicht als Verneinung, sondern (wie auch bei Nus häufig der Fall; s. Statuten des L. d. M. und Vaterl. A.) als Verstärkung gebraucht. Vgl. L. d. M. Glossaire.

[6] Depping, L. d. M. Einl.; Ducange v. Pedagium.

[7] Et sachiés que quant il l'ara demandé au marcheant au pont, ne les doit arrester li paagiers se il enportent son paage devant ce que il soient issu de la banliue; donques les puet il arrester. Et se li marchant s'en passent outre à tout le paage, si que le paagiers ne leur ait demandé, quites en doit estre, se il veut jurer que il ne seust qu'il deust paage, et son paiage rendre. L. d. M. II Tit. 2 Art. 1.

[8] Li paagiers doit retenir les homes et les fames qui doivent paiage tant qu'il ait gage ou argent. Art. 2.

Die Auffassung des Livre des Métiers steht hier in einem offenen und bemerkenswerten Widerspruch mit der Meinung Beaumanoirs. Beaumanoir behandelt die Zollzahlung entschieden als Bringpflicht und schliefst ausdrücklich die Gutgläubigkeit als Entschuldigungsgrund aus [1]. Wer Handelsgut führt, der soll sich über die Abgaben des Ortes vergewissern. Das Livre des Métiers dagegen verzeichnet auch in seinem ersten Teil beim Tonlieu, dafs der Zoll nur bei Abforderung zu zahlen ist [2]. Die Aufzeichnungen des Livre des Métiers befinden sich, wie noch hervorgehoben sein mag, in Übereinstimmung mit einer Vorschrift der Établissements de Saint-Louis [3].

Der Bürger und Einwohner von Paris ist von dem Péage befreit und zwar für die Gegenstände seines Hausbedarfs und seines eigenen Wachstums unbedingt; für Handelsgut, sofern er Brücke und Zollstelle nicht überschreitet [4]. Persönliche Befreiungen für Fremde bestanden in erheblicher Zahl, teils auf Grund anderweiter Leistungen der Pflichtigen, teils infolge königlicher Begnadigung. Die Einwohner von Bagneux waren frei für Hausbedarf und eigenes Wachstum, jedoch nicht für Handelsgut, wegen einer dem König geschuldeten Abgabe an Hafer und Wein. Die Einwohner von La Ferté-Baudouin waren von allem Zoll frei, „weil sie ihre feste Stadt dem dicken König (Ludwig VI., im Jahre 1108) übergeben hatten" [5]. Eine Anzahl anderer Städte, sowie einige Abteien besitzen eine gnadenweise oder gegen feste

---

[1] Et s'il disoit: „Je n'en quit (von cuider, croire) point devoir de travers" il renonce au serement, car ses quidiers ne l'escuse point du meffet. Car çascuns qui mainne marceandise doit enquerre les coustumes des liex par là u il passe si que il puist paier ce qu'il doit sans emporter les drois du segneur. Beaumanoir I S. 434, Art. 68. Et ce que j'ai dit des travers, j'entent de toutes manieres de paiages et de tonlix ..... fors en tant que qui emporte travers et en est atains, l'amende est de LX s. et du travers rendre; et qui emporte son tonliu ou se cauchié, l'amende est de V s. Art. 69.

[2] Ce tonlieu devant dit n'est pas tenus li vendeur de recevoir ne de demander à l'achateur se il ne leur plaist; ne le sien meesme ne doit il paier se on ne leur demande, ne amande nule n'en doivent de fourceler (verheimlichen; s. Ducange v. foriscelatus) en autrui terre que en la terre lou Roy. L. d. M. I Tit. 50 Art. 41.

[3] Et se il dit en teil maniere: „sire, je ne savoie mie que je deusse ici en droit point de paage; et en ferai ce que je devrai", si le puet l'en esgarder que s'il ose jurer sor sainz que il ne savoit qu'il i aust point de paage il en fera le gage de sa loi et rendra le paage; et o itant en sera quites. Buch 1 § 149, Ausg. Paul Viollet, Band 2 S. 284.

[4] Sachent tuit que hom qui est estagiers à Paris ne doit point de paiage de chose qui soit à son usage, ne de nule marchandise se il ne passe le pont. L. d. M. II Tit. 2 Art. 3. Ebenso Art. 34. Eine Ausnahme bestand für Wein nach Martini: Se il achete pour revendre de la Saint Martin d'yver en avant il donra de la charretée II d. comme autre marcheant. Art. 26.

[5] Cil de la Ferté qui sunt estagier de la vile si sunt quite de toute marchandise por ce qu'il rendirent la vile au Gros Roy. Art. 53.

Abgaben gewährte Zollfreiheit, zumeist nur für Wirtschaftsgut, mitunter auch für alles Handelsgut[1].

Befreit war ferner jede Handelsfrau, die ihre Traglast auf dem Rücken trug oder ihre Karre selber zog, kraft eines Privilegs, das König Philipp II. Augustus erteilt hatte, als er das Kreuz nahm[2]. Ein anderer königlicher Erlafs hatte Gott zu Liebe für jedermann den Zoll für eine Traglast Früchte freigegeben[3]. Kirchliche Bruderschaften und fromme Stiftungen waren von jedem Zoll befreit[4].

Die Anzahl der sachlichen Befreiungen ist dagegen hier sehr gering. Gänzlich frei für Einfuhr und Durchfuhr waren Eier und Geflügel[5], sowie Hanfgarn und Erlenrinde[6]. Das in Paris gehandelte (gekaufte oder verkaufte) Getreide war frei vom Péage; wurde das Getreide indes nur durchgeführt, so zahlte es einen Zoll von zwei d. für die Karre, einem d. für die Pferdelast und einem Obolus für die Eselslast[7]. Wein konnte von der Weinlese bis Martini frei eingeführt werden; wurde er wieder ausgeführt, so waren von der Karre zwei Denare zu zahlen. Nach Martini war auch die Einfuhr des Weines zollpflichtig[8]. Der Korb eines Krämers war frei, jedoch durfte der Zöllner für seinen eigenen Gebrauch, aber nicht zur Weitergabe, dem Korbe eine Nadel und ein Band entnehmen[9]. Ferner ging Kohle frei ein; doch konnte der Zöllner beanspruchen, dafs ihm von der Ladung ein Sack vier Denare unter dem Marktpreis abgelassen werde[10].

---

[1] Sainte-Geneviève, Saint-Germain-des-Prés (für Wirtschaftsgut); Moret-sur-Loing, Melun, Corbeil, Saint-Léger-en-Yvelines (ganz frei); Bourg-la-Reine (für Wirtschaftsgut) u. a. m. Art. 50 bis 56.

[2] Ne fame marchande de vile ou d'ailleurs se ele porte à son col ou tret à charrete, ne doit noient de paage qui que ele soit, quar li rois Felippes le pardona le jour qu'il ala outremer (A. 1180). Art. 15.

[3] De touz fruis à col pardona li rois Loys pour amour Dieu à touz jors. Art. 32. Welcher König Ludwig gemeint ist, wird nicht näher gesagt. — Erwähnenswert ist noch der Art. 44: „Wer Affen zu Markte bringt, sie zu verkaufen, der zahlt 4 Denaren. Wenn aber der Affe einem Gaukler gehört, tanzen soll der ihn lassen vor dem Zöllner, und dafür soll er frei sein von dem Zoll. Und ferner, der Bänkelsänger soll frei ausgehen für einen Vers seines Liedes.“ Ein ganzes Kulturbild zeichnet sich in diesen verschiedenen Befreiungen.

[4] Char de confraerie ne d'asmone ne doivent noiant. Art. 78. Es ist hier m. E. nicht (mit Lespinasse S. 241 Anm. 1) chair = Fleisch zu lesen, sondern Char = Wagen. Die Bruderschaften und Stiftungen hatten von ihren Äckern und Wiesen und auch sonst häufig Fuhren zu machen. Der Ausdruck char = Fleisch kommt übrigens in dem ganzen Tarif nicht vor.

[5] Art. 43.

[6] Art. 13 und 21.

[7] Blé que l'en achete à Paris ou vent si ne doit point de paiage. Art. 66. Blés qui est achetez dehors Paris et passe par Paris si doit II d. la charretée, li somiers I d., l'asne obole. Art. 71.

[8] Art. 25.

[9] Panier à mercier noiant, fors tant que le paagier puet prendre I aguille ou I atache de poitevine à son oes; mes pour donner à autre ne puet il mie prendre. Art. 89.

[10] Art. 91.

Für die schlechthin zollpflichtigen Waren kennt der Péagetarif folgende Einheiten: Stück, Ballen, Hohlmafse, Karre, Pferdelast, Eselslast, Traglast. Die Stücksätze sind verschieden; für Karre, Pferdelast, Eselslast ist der niedrigere Satz zwei Denare bezw. ein Denar und ein Obolus, der höhere vier Denare bezw. zwei Denare und ein Denar. Nach dem Stück werden berechnet Mäntel und seidene Tücher, Küchenkessel. Für Ochsen und Pferde ist ein Denar, für einen Stier, eine Kuh, ein Schwein ein Obolus, für ein Lamm eine Poitevine[1] zu zahlen. Kein Tier ist zu verzollen, bevor es jährig ist, Schweine ausgenommen[2].

Für Korduanleder waren für einen geschnürten Ballen, gleichviel welcher Gröfse, oder für eine Karre vier Denaren[3], für Schafleder die Hälfte zu entrichten[4]. Ein Ballen Rindleder bis zu zwanzig Stücken zahlte einen Denar, Hirschleder zwei Denare[5]. Mühlsteine, die auf dem Landwege ankamen, wurden nach dem Stück, auf dem Wasserwege nach der Schiffslast verzollt[6]. Öl und Honig hatten ihren Tarif sowohl nach dem Modius, wie nach der Pferdelast[7]. Zu dem geringeren Satz von zwei Denaren für die Karre gingen ein: Brod, gesalzene Seefische, Hanf, Hanfseile, Farbstoffe, Pottasche[8]. Den höheren Satz von vier Denaren zahlten frische Seefische, Wollgarn, Krapp, Krämerwaren, Wachs, Sämereien, Stahl. Für Pfeffer, gleichviel welcher Menge, waren vier Denare zu entrichten[9].

Zu bemerken ist, dafs bei dem Péage die unter der tarifmäfsigen Einheit begriffene Warenmenge sich auf mehrere Eigentümer verteilen durfte, wenn diese sich zu einem Geschäft auf gemeinsame Rechnung[10] verbunden hatten. Der Tarif bestimmt bei Korduan, Trödelware und Kramware, dafs für eine Karre, deren Inhalt mehreren Handelsleuten gehört, nur der einfache Zoll zu zahlen ist, falls die Eigentümer geloben, dafs sie gleichmäfsig an dem Gewinn aus der Ware beteiligt sind[11].

2. Das Liage und die Monte de la Marne sind Wein-Ausfuhrzölle, die von dem Verkehr auf dem Wasserwege erhoben wurden. Das Liage war zu entrichten von den Schiffen, die

---

[1] Kleinste Münze, Heller.
[2] Art. 18.
[3] Art. 7.
[4] Art. 8.
[5] Art. 10.
[6] Art. 88.
[7] Art. 80 und 81.
[8] Art. 37, 14, 21, 22, 23, 20, 47.
[9] Art. 21.
[10] S. unten 3. Kap.
[11] Se il i a trousiaus entreliés II ne III ne IIII qui soient à home d'une compaignie por qu'il soient à une gaaigne, si sunt quite pour un aquit. Et se il i en a plaine une charrete, por qu'il soient liet d'une corde, ne donra que IIII d. à quelque gent que ce soit, neis s'il estoient C compaignon; et s'il ne sont à compaignon si aquitera chascun sa chose. Art. 7. Ebenso Art. 12 und 22.

mit Weinladung nach Compiegne gingen, mit 4 Livres 5 Sols und 6 Denaren, und von den Schiffen, die nach Rouen gingen mit 45 Sols und 6 Denaren [1]. Die Monte de la Marne war von jedem Schiffe zu entrichten, das marneaufwärts ging; der Tarif stand nicht fest, sondern der Zöllner bestimmte die Abgabe in jedem einzelnen Fall [2].

3. Das Rivage ist ein Uferzoll geringerer Bedeutung. Persönliche Befreiungen, auch für die Pariser Bürger, finden hier nicht statt. Der Tarif ist einfach, der Satz beträgt zumeist nur einen Obolus für die tarifmäfsige Einheit. Das Rivage war zu zahlen vom Wein mit einem Obolus vom Fafs, wenn der Wein im Pariser Hafen [3] gekauft und nochmals wenn er nach aufserhalb verschickt wurde [4]. Die nach Rouen und Compiegne und seineaufwärts gehenden Weine waren vom Rivage befreit, weil sie die beiden vorerwähnten Abgaben zahlten [5].

Befreit waren Brot, Getreide und inländische Früchte, wie der Titel sagt, wegen der hierfür am Markte zu entrichtenden Abgaben [6]. Alle übrigen Verkehrsgüter, die auf dem Wasserwege ein- und ausgehen, zahlen das Rivage. Je nach der Warengattung wird für die mit einem Obolus belegte Einheit angenommen der Ballen, der Pack, die Traglast, Mannslast, das Fafs und dergl. [7]. Nach der Stückzahl werden berechnet die Eisenbleche; nach dem Gewicht der Talg. Geringe Mengen waren frei [8]. Hausrat der An- und Abziehenden zahlt einen höheren Satz und mufs mit vier Denaren verzollt werden.

4. Das Chantelage (Spundgeld) ist eine Abgabe vom Wein, durch die ein besonderer Vorgang im Weinhandel getroffen wird, nämlich der Weiterverkauf im Innern der Stadt, also wohl hauptsächlich Kleinhandel und Ausschank. Wenn ein Pariser Bürger in der Stadt selber Wein kaufte und ihn daselbst weiterverkaufte, sei es im kleinen oder im grofsen, so zahlte er das Chantelage. Wer das Bürgerrecht nicht hatte, der zahlte beim Verkauf das Spundgeld unbedingt, gleichviel ob er den Wein

[1] L. d. M. II Tit. 3 Art. 1, 2, 3.

[2] Art. 4. Solche unbestimmten Abgaben kommen im Livre des Métiers öfter vor, sowohl im ersten Teil (besonders beim Gewerbekauf), wie auch im zweiten Teil.

[3] Port de Grève, nach dem gleichnamigen, am Seineufer gelegenen Platz.

[4] Se hom de Paris achete vin en Greve et il le met en son celier il doit obole de rivage; et s'il l'envoie hors ou qu'il l'envoit fors que au Lendit si doit il obole de rivage. L. d. M. II Tit. 4 Art. 1. Ebenso Art. 2 für die von aufserhalb bezogenen Weine, Art. 3 für die auswärtigen Käufer.

[5] Art. 4 und 6.

[6] Les quex choses s'aquitent es hales et el marchié de Paris. Art. 8.

[7] Das Fafs für Öl, Honig, Schmalz; die Mannslast (fes à homme) für Eisen, Kupfer u. ähnl.; der Pack für Kramwaren.

[8] Art. 13 und 15.

[9] Art. 26.

von draufsen eingeführt oder im Innern der Stadt gekauft hatte. Das Chantelage beträgt einen Denar für den Modius[1].

5. Das Rouage ist eine besondere Abgabe vom Weinverkauf in ganzen Stücken und ist für eine bestimmte Güterbewegung im Weinhandel angesetzt. Der Pariser Einwohner der in Paris Wein kauft und ihn nach aufserhalb verschickt, und der Fremde, der seinen Wein nach Paris einführt und dort verkauft, zahlen beide das Rouage mit zwei Denaren von der Karre, vier Denaren vom Wagen[2]. Der Fremde kann seinen Wein abladen und ihn bei Unverkäuflichkeit sofort wieder aufladen und zurückführen, ohne Rouage zahlen zu müssen; wenn er aber den Wein auf längere oder kürzere Zeit einlagert, so ist das Rouage unbedingt zu zahlen, gleichviel ob alsdann der Wein verkauft oder von dem Eigentümer zurückgeführt wird. Neuer Wein dagegen kann in der Zeit von der Weinlese bis Martini gebührenfrei sowohl auf- und abgeladen wie auch eingelagert werden[3]. Die Tendenz der auf die Fremden bezüglichen Bestimmungen — Hereinziehen des Angebots und der Zufuhren — ist so klar, dass sie kaum der Erläuterung bedarf.

6. Das Botage[4] ist eine Weinabgabe, von der nichts näheres gesagt ist, als dafs sie an der Zollstelle des Petit-Pont (s. oben Péage) erhoben wurde und dafs sie nur von denjenigen zu zahlen war, die ihren Wein über die Brücke nach aufserhalb brachten[5]. Genaueres über die Zollpflicht und die Zollsätze ist nicht bekannt.

7. Der Conduit[6] ist der eigentliche Durchgangszoll, der lediglich für die Durchfuhr (s. dagegen oben S. 49, Péage) erhoben wird. Dem Conduit unterliegen regelmäfsig alle Waren, die durch den Bezirk der Pariser Präpositur hindurchgeführt werden, ohne in Paris zum handelsmäfsigen Umsatz zu gelangen. Die beiden mafsgebenden Grundsätze für die

---

[1] L. d. M. II Tit. 5.

[2] L. d. M. II Tit. 6 Art. 1 und 4.

[3] Art. 5 und 6. Lespinasse, der L. d. M. S. 248 Anm. annimmt, der neue Wein sei überhaupt frei vom Rouage, hat den Art. 6 mifsverstanden. Während sonst der Wein unbedingt das Rouage zu zahlen hat, wenn er nicht sofort wieder aufgeladen, sondern eingelagert wird, kann der neue Wein bis Martini eingelagert und trotzdem bei Unverkäuflichkeit gebührenfrei zurückgeführt werden. Wird er dagegen am Platze verkauft, so ist selbstverständlicherweise das Rouage zu zahlen. Der neue Wein ist also nicht etwa frei vom Rouage, sondern er kann nur während einiger Wochen frei eingelagert und eventuell zurückgeführt werden. Es handelt sich darum, das Angebot seitens der auswärtigen Weinbauern und Händler zu erleichtern.

[4] Ducange v. Butta 3.

[5] Et sachiés que li boutages est à la coustume de Petit Pont, mès cil de Petit Pont prent de ses coustumiers qui vont par dehors la vile; dont li botages ne prent noient s'il ne passe par desus le pont. L. d. M. II Tit. 2 Art. 46.

[6] Ducange v. Conductus 2.

Abgabe lauten also: Der Conduit ist fällig, wenn das Gebiet der Pariser Präpositur[1] von dem Durchgangsgut berührt wird; er wird dagegen nachgelassen, sobald die später zu besprechenden Umsatz- und Marktabgaben, insbesondere der Tonlieu und das Poids-le-Roi, bezahlt sind.

Persönliche Befreiungen bestehen wiederum für Adel und Geistlichkeit bezüglich der Durchgangsgüter ihrer eigenen Wirtschaft[2]. Ferner waren einzelne Städte, unter ihnen das weit abliegende La Rochelle, von dem Pariser Conduit befreit[3]. Die Befreiung auf Grund gezahlter Umsatzabgaben erstreckt sich dagegen auf alle Waren, die am Samstag in den Pariser Hallen, oder an einem andern Tag unter Entrichtung des Tonlieu, gekauft sind[4]. Nur der Wein ist hiervon ausgenommen. Die wiegepflichtigen Waren müssen ferner auf dem Poids-le-Roi (s. unten) gewogen sein[5]. Marktgüter, die wegen Unverkäuflichkeit zurückgeführt werden, sind frei, wenn der Besitzer sie auf dem gleichen Wege und nach dem Orte der Herkunft zurückbringt; andernfalls ist der Conduit zu zahlen[6].

Die Tarifsätze des Conduit stimmen im allgemeinen mit denen des Tonlieu überein, so bei Pferden und Rindvieh, bei Öl, Talg und Fetten, bei Eisen und Stahl[7]. Für einige Waren sind jedoch besondere Sätze genannt, nämlich für Tuche, Kürschnerwaren, Leinwand, Kramwaren, Wollgarne und Spezereien. Der Tarif beträgt für diese Warengattungen vier Solidi für den Wagen, zwei Solidi für die Karre, zwölf Denare für die Pferdelast und sechs Denare für den Pack oder den Ballen. Für den Wein gelten eigene Sätze. Der Fremde, der den in Pariser Gebiet eingeführten Wein nach außerhalb weiter schickt, hat für den Wagen acht, für die Karre vier Denare Conduit zu geben[8]. Wein, der auf dem Wasserwege die Marne hinauf geht, zahlt ebensoviel, wie auf dem Landwege[9]; für den Versand auf der Seine sind vier Denare für das Faß zu zahlen[10].

---

[1] Der Art. 8 des Tit. 7 L. d. M. II beschreibt die damaligen Grenzen der Pariser Präpositur auf das genaueste.

[2] L. d. M. II Tit. 7 Art. 21.

[3] Art. 20.

[4] Toute marchandise quele que elle soit achatée au samedi ens hales ou en marchié de Paris, est quite de conduit ou que elle voist, de ce n'est vins tant seulement; et se la marchandise est achetée aus autres jours que au samedi et li Roys en ait eu son tonlieu, elle ne doit point de conduit. Art. 19.

[5] Se li avoirs est pesez au pois le Roy il ne doit point de conduit quar le pois le Roy le conduit, se li avoirs est marchandés à Paris, et se li avoirs est marchandés dehors Paris et est pesez à Paris au pois le Roy si doit il le conduit devant dit. Art. 7.

[6] L. d. M. II Tit. 12 Art. 13, Tit. 21 Art. 4, Tit. 13 Art. 12, Tit. 14 Art. 9.

[7] Tit. 7 Art. 1 bis 7, Tit. 31 Art. 10.

[8] Tit. 7 Art. 9 f.

[9] Art. 13.

[10] Art. 14.

8. Der Tonlieu (Teloneum), der letzte unter den im Livre des Métiers behandelten Zöllen, erscheint seinem Range nach als der bedeutendste; er füllt nicht weniger als 23 Titel des zweiten Teils.

Der Tonlieu ist die hauptsächliche Abgabe vom Handelsgut[1] und handelsmäfsigen Umsatz und ist (ungleich dem Péage) bei Handelsgeschäften sowohl vom Käufer wie vom Verkäufer zu entrichten. Dagegen ist der Tonlieu weder eine allgemeine Warenabgabe, noch eine Verbrauchssteuer. Der genaue Charakter der Abgabe läfst sich nur feststellen, wenn wir die Erhebungsbestimmungen der einzelnen Titel herausnehmen und vergleichen. Vorab sei jedoch bemerkt, dafs der Tonlieu, auch darin verschieden vom Péage, nicht alle oder die meisten Waren, sondern nur bestimmte Gattungen ergreift.

Wir betrachten zunächst wiederum die persönlichen Befreiungen. Allgemein befreit vom Tonlieu ist jeder Käufer für diejenigen Gegenstände, die er für den Bedarf seines Haushaltes (nicht etwa seines Gewerbebetriebs) einkauft. Im einzelnen wird die Freiheit des Käufers bei Ankäufen für seinen Hausbedarf verzeichnet unter den verschiedenen Titeln für Getreide[2], für Pferde, Grofsvieh und Kleinvieh[3], für Talg, Schweineschmalz und Speck[4], für Eisen und Stahl[5], für Öl und Honig[6] und für Tuche[7]. Befreit ist ferner der Pariser Bürger für die Verkäufe von Erzeugnissen, die aus seiner eigenen Landwirtschaft (nicht etwa aus seinem Handwerk oder aus sonstigem Gewerbe) herrühren. Frei verkäuflich ist also für den Pariser Bürger u. a. das Getreide seines eigenen Wachstums[8], der Talg der in seiner Wirtschaft geschlachteten Tiere[9], das Öl aus den Früchten der

[1] Der quellenmäfsige Ausdruck für Handelsgut ist mercatura, mercandisia, marchandise. Mercatores i. w. S. sind alle qui lucri causa emunt aut vendunt. Vgl. auch unten S. 71 Anm. 2 und 3, S. 74 Anm. 2, S. 83 Anm. 1, S. 84 Anm. 2. Selbstverständlicherweise giebt es auch Mercatores i. eng. S., berufsmäfsige Kaufleute.

[2] Autant doit li acheteres de tonliu come li venderes se li acheteres ne l'achata por son mengier, et se il achata por son mengier il est quite du tonliu, et se il achate por revendre il paiera le tonliu devant dit à l'acheter et ensement il paiera au revendre le tonliu devant dit. L. d. M. II Tit. 10 Art. 5.

[3] Tit. 12 Art. 12.

[4] Tit. 13 Art. 4, 8 und 11.

[5] Tit. 14 Art. 3.

[6] Tit. 21 Art. 10.

[7] Chascun Toisserant doit de chascun drap entier qu'il vent seur semaine en son hostel se il demeure en la terre lou Roy II d. du drap de tonlieu; et autant en doit li acheteres se il n'achate pour son user. L. d. M. I Tit. 50 Art. 41. Quiconques vent escarlates à Paris ens hales ou en son hostel, il doit de chascun drap II s. de tonlieu du vendre et li acheteres II s. se il n'achate pour son user, car s'il l'achate pour son user il ne doit riens. L. d. M. II Tit. 24 Art. 1.

[8] Bourgois de Paris qui vent le blé de sa terre ne doit point de tonliu. L. d. M. II Tit. 10 Art. 6.

[9] Bourgois de Paris ne hon demouranz dedenz les murs ne doivent point de tonlieu du sieu qu'i vendent qui vient de leur betes. Tit. 13 Art. 5.

von ihm gezogenen Bäume[1], der Honig aus den von ihm gehaltenen Bienenstöcken[2]. Ferner waren die Pariser Bürger von dem Tonlieu auf inländische Früchte aller Art befreit[3]. Adel und Geistlichkeit besitzen von Standeswegen die Zollfreiheit für Käufe und Verkäufe ihres Hausbedarfs und ihres Wachstums[4]. Dem Pilger, der sich auf einer Wallfahrt befindet, ist die Abgabe beim Kauf, Verkauf oder Tausch eines Pferdes erlassen[5]. — Eine besondere Stellung nehmen die Handwerkerschaften ein, die als entgeltliche Abfindung den Hauban zahlten (s. unten). Der Handwerker, der den Hauban gab, war befreit von der Entrichtung des Tonlieu für diejenigen Gegenstände, deren Einkauf und Verkauf zu seinem Gewerbebetrieb gehörte[6].

Bei einer Reihe von tonlieupflichtigen Gütern war der Umsatz in geringen Mengen freigegeben. Bei Getreide war der Kauf einer Traglast und der Verkauf einer Menge von weniger als drei Septiers frei[7]. Von Talg, Schweinefett, Speck, Öl, Wolle konnten geringe Mengen, von Eisen und Stahl konnte eine Traglast frei umgesetzt werden[8]. Geringwertige Felle (Hase, Kanin, Ziege u. s. w.) waren frei in Mengen unter 25 Stück, das Fell von Murmeltier und Wiesel, wenn es weniger als zwölf Denare Wert hatte; von Korduanleder waren zwei Stück frei[9]. Der Tausch zweier Pferde war frei, wenn er Stück um Stück geschah; wurde jedoch eine baare Zuzahlung geleistet, so war der Tonlieu zu entrichten[10]. Pfeffer, Spezereien und gewaschene Wolle waren frei vom Tonlieu, da sie dem Poids-le-Roi (s. dort) unterlagen[11].

Wie oben bemerkt, erfafst der Tonlieu nur bestimmte, jedoch zumeist unter die wichtigsten Verkehrsgüter zählende Warengattungen, die ich im folgenden, zugleich mit dem Tarifsätzen, zusammenstelle. Die tarifmäfsigen Einheiten sind die gleichen wie beim Péage; die hier beigefügten Sätze sind jeweils die einfachen, die eventuell, wenn keine persönliche Befreiung vorliegt, doppelt, d. h. sowohl vom Käufer wie vom Verkäufer zu ent-

---

[1] Se hom estagier de Paris vent huile qu crut en ses arbres il n'en doit point de tonlieu. Tit. 21 Art. 3.

[2] Se hom estagier de Paris vent le miel qui vient de ses es il ne doit point de tonliu. Tit. 21 Art. 8.

[3] Tit. 22 Art. 5 und 6.

[4] Tit. 12 Art. 4 und 12, Tit. 10 Art. 2.

[5] Nus pelerins qui soit en l'erre de son pelerinnage ne doit riens pour vendre son cheval ne pour eschangier le, ne pour achater autre cheval, ja soit ce que nus de ces chevaus ne soit mort ne malades. Tit. 12 Art. 5.

[6] Tit. 12 Art. 6, Tit. 13 Art. 4, Tit. 30 Art. 5 und 7.

[7] L. d. M. II Tit. 10 Art. 4 und 7.

[8] Tit. 13 Art. 1, 6 und 9, Tit. 14 Art. 2, Tit. 21 Art. 1, Tit. 25 Art. 8.

[9] Tit. 30 Art. 2 und 10, Tit. 31 Art. 1.

[10] Tit. 12 Art. 3.

[11] Tit. 16 Art. 2 und 4, Tit. 25 Art. 2.

richten sind. Es zahlen Brot [1], Getreide [2], Gemüse [3] und Früchte [4] vier Denare vom Wagen, zwei Denare von der Karre. Talg und Fette gaben einen Obolus für je fünf Pfund, Öl für je sieben Quart einen Denar, Wein zahlte vom Modius einen Denar und außerdem einen Obolus Faßzoll. Neuer Wein war bis Martini frei [6].

Beim Viehhandel waren zu entrichten für ein Pferd zwei Denaren, für einen Ochsen ein Denar, für ein Schaf und einen Hammel ein Obolus [7]. Der Satz für Kürschnerwaren beträgt einen Obolus für 25 Stück bei gewöhnlichen Fellen, wie Eichhörnchen, Hase, Ziege, Schaf u. dgl.; bei besseren Sorten einen Obolus für das Stück [8]. Fertiges Pelzwerk zahlte einzeln [9]. Korduanleder ist mit einem Obolus für je drei Stück angesetzt [10]. Ungewaschene Wolle zahlt von zwölf Vließen einen Denar [11], Wollengarn, wenn es mindestens einen Wert von zwei Denaren das Pfund hat, für je 9 Pfund einen Obolus [12]. Lein und Hanf waren mit einem Denar und $1\frac{1}{2}$ Obolen die Karre belegt [13]; Leinwand mit einem Obolus für je fünf Ellen [14]. Eisen und Stahl gaben vier Denare vom Wagen, zwei Denare von der Karre [15]. Als abgabepflichtig werden noch aufgezählt Körbe und Kasten, Holzgeschirre, Lindenbast und Töpfe [16].

Einen großen Umfang hat der Tonlieu auf Tuche, für den ein specialisierter Tarif galt; die einzelnen Tuchsorten haben verschiedene Sätze. Für kleine Tuche, bis zu zehn Ellen haltend, waren für das Stück vier Denare Tonlieu zu zahlen; Angehörige der Pariser Tucherbruderschaft (Confrérie des Drapiers; wohl zu unterscheiden von den Webern, tisserands) gaben nur drei Denare [17]. Tiretaine, Galebrune [19] und alle nicht näher benannten

[1] Tit. 9 Art. 1.
[2] Tit. 10 Art. 1 und 4.
[3] Tit. 23 Art. 1. Sämereien sind frei, eb. Art. 7.
[4] Tit. 22 Art. 1. Für Früchte in Schiffsladungen bestanden besondere Sätze, Tit. 22 Art. 5. Den Pariser Bürgern ist der Tonlieu für Früchte nachgelassen; s. oben.
[5] Tit. 13 Art. 1 und 6, Tit. 21 Art. 1.
[6] Tit. 11 Art. 1 und 7.
[7] Tit. 12 Art. 1 und 6.
[8] Tit. 30 Art. 1 bis 10.
[9] Tit. 30 Art. 13 bis 16.
[10] Tit. 31 Art. 1.
[11] Tit. 25 Art. 1. Wegen gewaschener Wolle s. unten S. 63.
[12] Tit. 26 Art. 2 und 3.
[13] Tit. 29. Die Art. 4 und 8 geben verschiedene Sätze für Wasser- und für Landtransport. Die meisten Sätze des Titels sind Doppelsätze (für Käufer und Verkäufer zusammen). Leinenes und hänfenes Garn sind frei, Tit. 28 Art. 1.
[14] Tit. 27 Art. 1.
[15] Tit. 14 Art. 1.
[16] In den kurzen Titeln 17, 18, 19 und 20. — Nadeln, Schnallen und Nestel zahlten nur in der Bischofswoche (Semaine de l'Evesque). Tit. 15 Art. 1. Im dreizehnten Jahrhundert hatte der Bischof von Paris die Zolleinnahme jeder dritten Woche; vgl. L. d. M. S. 6 Anm. 2.
[17] Tit. 24 Art. 19.
[18] Über die Bezeichnungen vgl. Bourquelot 1 S. 238 ff.

Tuche bis zu 19½ Ellen Länge waren mit zwei Denaren angesetzt[1]. Ebensoviel war für einen Umhang aus Tuch zu zahlen[2]. Die Tuche von Chartres-sus-Montlhéry waren mit drei Denaren belegt[3]. Für die Tuche aus Beauvais waren allgemein vier Denare, von den Pariser Tuchern wiederum nur drei Denare zu zahlen[4]. Farbige Tuche, gestreift oder einfarbig, waren mit sechs Denaren besteuert[5]. Am höchsten stellte sich der Zoll auf Scharlachtuch, für das zwei Solidi für das Stück zu entrichten waren[6]. Die Pariser Weber, wenn sie das von ihnen gewebte Tuch selber absetzten, zahlten zwei Denare für das Stück beim Verkauf in ihrem Hause und sechs Denare beim Verkauf in der Halle[7]. Die fremden Tuchhändler, die aus einzelnen Tucherstädten nach Paris zu Markte kamen, zahlten einen festen Jahreszins, so die von Cambrai, Beauvais und Saint-Denis[8].

Wenn wir die vorgenannten Warengattungen zusammennehmen, so stellt sich der Tonlieu dar als eine Umsatzabgabe von solchen Rohprodukten, die zu den wichtigsten Gegenständen einesteils des Hausbedarfs, andernteils ganz besonders der gewerblichen Verarbeitung gehören, ferner von einigen Halbfabrikaten, schliefslich von Leinwand und von dem Haupthandelsartikel des Mittelalters, dem Tuch. Das Gebiet des Tonlieu ist ziemlich weit gesteckt und kaum eines der Massengüter jener Zeit ist ausgelassen. Dagegen fehlen u. a. gänzlich die Kurzwaren, die Menge der kleinen Gegenstände, deren Herstellung stets eine zahlreiche Handwerkerklasse beschäftigte. Es erklären sich hierdurch die häufigen Befreiungen von der Verpflichtung zu gewerblichen Umsatzabgaben in den Statuten des ersten Buches des Livre des Métiers. Die Erzeugnisse des Gewerbebetriebs dieser Handwerkerschaften (s. die Anm.) sind überhaupt nicht in den Tonlieu einbezogen; es handelt sich bei diesen Gewerben um sachliche, nicht um persönliche Befreiungen[9].

---

1 Art. 8 und 9.
2 Art. 7.
3 Art. 6.
4 Art. 2.
5 Art. 5.
6 Art. 1.
7 Art. 3.
8 Art. 12, 13 und 15.
9 Mit der stereotypen Formel: Ne doivent rien de chose qu'il vendent ne achatent apartenant à leur mestier erklären sich von den gewerblichen Umsatzabgaben befreit die Goldschmiede (L. d. M. I Tit. 10 Art. 7), Messingschnallenmacher (Tit. 22 Art. 4), Eisendrahtmacher (Tit. 23 Art. 4), Messingdrahtmacher (Tit. 24 Art. 12), Ringelpanzermacher (Tit. 26 Art. 6), Rotgiefser (Tit 41 Art. 4), Spangenmacher (Tit. 42 Art. 7), Böttcher (Tit. 46 Art. 9), Bildschnitzer (Tit. 62 Art. 3), Schreibtafelmacher (Tit. 68 Art. 18) Würfelmacher (Tit. 71 Art. 15), Kummetmacher (Tit. 79 Art. 2), Gürtler (Tit. 87 Art. 36), Hutschmücker (Tit. 90 Art. 6, Tit. 93 Art. 2), Bogenmacher (Tit. 98 Art. 4). Diese aus sachlichen Gründen befreiten Gewerbe sind wohl zu unterscheiden von den persönlich befreiten Haubaniersgewerben, unten S. 80 ff.). — Die Seiler (L. d. M. I Tit. 13 Art. 8, II Tit. 2

Innerhalb des von ihm eingenommenen sachlichen Bereichs kennzeichnet sich der Tonlieu als eine Abgabe, welche belastet a) die gewerbsmäſsigen Einkäufe und Verkäufe, sowohl der Einheimischen wie der Auswärtigen, und auſserdem b) nur gegenüber den Auswärtigen auch den Absatz der Erzeugnisse der eigenen Landwirtschaft. Befreit ist der Kauf für den Hausbedarf, sowie der Absatz der einheimischen Landwirtschaft. Umsätze in geringen Mengen (aber nicht etwa der Kleinhandel als solcher[1]) werden von der Steuer nicht berührt. Aus dieser Gesamtrichtung des Tonlieu ergiebt sich die hervorragende Bedeutung, die das Gewerbe und der Handwerkerstand — und mit ihnen das Livre des Métiers — dieser Abgabe beilegten.

Die bei dem Péage zulässige Zahlung des einfachen Zollsatzes für das Eigentum mehrerer Händler (oben S. 52) wird auch beim Tonlieu mehrfach gestattet[2]. Doch findet sich auch die gegenteilige Vorschrift, daſs bei gemeinsamem Transport der Ware jeder Eigentümer den Zoll gesondert zu zahlen hat[3].

III. An Marktgebühren sind zu nennen 1. das Minage, 2. das Poids-le-Roi (beides Maſsgebühren) und 3. das Hallage und die Marktstandgelder.

1. Das Minage hat den Namen von Mine (Metze), einem (etwa 7 Liter haltenden) Hohlmaſs, das zum Messen des Getreides diente[4]. Das amtlich geaichte Maſs hieſs die Königsmetze (Mine du Roi) und war mit dem königlichen Stempel versehen. Zum Messen mit dem Königsmaſse waren besondere Beamte bestellt, die Kornmesser (Mesureurs de blé), denen ihr — übrigens damals nicht sehr einträgliches[5] — Amt vom Prevost des Marchans[6] übertragen wurde[7]. Nur Kornhändler und Getreidehöker genossen das Vorrecht, daſs sie kleine Mengen, bis zu einem Septier höchstens, selber mit dem Königsmaſse messen durften. Beim Abmessen gröſserer Mengen muſsten sie indes einen beamteten Kornmesser zuziehen[8].

Art. 63), Holzgeschirrmacher (L. d. M. I Tit. 49 Art. 4) und die Heuhändler (Tit. 89 Art. 13) sind ferner frei gegen Naturalleistungen. Die Teppichwirker (Tit. 51 Art. 17) sind pflichtig für Wollgarn, die Hosenmacher (Tit. 55 Art. 9) für Tuch in ganzen Stücken. Die Fluſsfischhändler, ein kaufpflichtiges Gewerbe, sind frei (Tit. 100 Art. 14); die Seefischhändler zahlen dagegen hohe Abgaben (Tit. 101 Art. 22 ff.).

[1] S. Mayer. Zoll S. 405. Die Befreiung der kleinen Mengen unterstützt nur die Käufe der Armen im Handwerk (s. oben S. 46) und die Verkäufe der kleinsten Bauern.

[2] Tit. 23 Art. 2.

[3] Tit. 29 Art. 4.

[4] Vgl. Ducange v. Mina 3; L. d. M. Einl. S. 27 Anm. 1.

[5] Vgl. L. d. M. I Tit. 4 Art. 13; ce sont une maniere de gaigne-maille.

[6] Wohl zu unterscheiden vom Prevost du Roi.

[7] L. d. M. I Tit. 4.

[8] Li Blaetiers puent mesurer dessi à I sestier tant seulement au vendre et à l'achater se il plaist à l'achateur, et le sourplus de I sestier qu'il

Niemand war gezwungen, sich des geaichten Maſses zu bedienen[1]; es stand jedem Verkäufer frei, bei Einverständnis des Käufers mit seinem eigenen Hohlmaſs zu messen[2]. Nur wenn es der Käufer ausdrücklich verlangte, wurde mit dem amtlichen Maſs gemessen. Die Gebühr, die vier Denare vom Wagen, zwei vom Karren, einen Denar von der Pferdelast betrug[3], war dann vom Verkäufer zu zahlen[4]. Wenn jedoch von dem Umsatz des zu messenden Getreides der Tonlieu entrichtet war, so wurde die Meſsgebühr erlassen[5].

2. Das Poids-le-Roi[6], auch schlechtweg Poids oder Pondus genannt, ist die öffentliche Wage; der gleiche Ausdruck bezeichnet auch die für die Benutzung der Wage zu entrichtende Abgabe[7]. Ludwig VII. hatte im Jahre 1169 einem gewissen Heinrich, Sohn der Priella[8], das gesamte Pondus Parisius, das Wiegerecht von Wachs ausgenommen, zu Erbrecht übereignet[9]. Im dreizehnten Jahrhundert stand die Königswage im Besitz eines gewissen Galterus[10].

Für bestimmte Warengattungen bestand ein Wiegezwang zu Gunsten der Königswage. Zunächst sind hier zu nennen die Materialwaren (Spezereien, Gewürze), die nach Gewicht verkauft und dem Käufer zugewogen wurden und deshalb vorzugsweise als Pfundwaren, mercaturae ponderis, averia ponderis, avoir de poids bezeichnet wurden[11]. Nach dem Livre des Métiers konnten Spezereien und Gewürze bis zum Gewicht von 24 Pfund

---

vendent ou achatent doivent il faire mesurer aus mesureur de la ville de Paris mis et establiz par les Borgois de Paris, c'est à savoir par le prevost et les jurés des marchans. L. d. M. I Tit. 3 Art. 2. Ebenso Tit. 4 Art. 10.

[1] Se aucun home a vendu son blé ou son grain quel que il soit, mesurer le puet se li acheteur le veut recevoir de sa main; mès se li achateres veut, li mesureur juré le mesurront. L. d. M. I Tit. 4 Art. 4.

[2] Bourgois de Paris pueent avoir mines pour mesurer les blez de leur terres et les en pueent mesurer quant il veulent se il plait à l'achateur. L. d. M. II Tit. 10 Art. 12.

[3] L. d. M. I Tit. 4 Art 3.

[4] Ci qui vent doit livrer et par tant doit il paier le minage quant il mesure de la mine au Roy. L. d. M. II Tit. 10 Art. 8.

[5] Nus quel qu'il soit n'est quite del minage se il mesure à la mine le Roy se il n'est quites par tonliu qu'il ait paié. L. d. M. II Tit. 10 Art. 10.

[6] Vgl. Encyclopédie Méthodique Abtlg. Finances v. c.

[7] L. d. M. II Tit. 25.

[8] Filius Priellae bei Lasteyrie (S. 398), der einer Kopie des achtzehnten Jahrhunderts aus den Archives nationales gefolgt ist. In dem von mir benutzten sog. Livre vert ancien, aufbewahrt in den Archives de la Préfecture de Police, S. 87 ist die Lesart filius puellae. Der derben Namensgebung des Mittelalters würde der Beiname Jungfernsohn wohl entsprechen. Vgl. Kriegk II S. 208 ff. S. auch das Register bei Lasteyrie v. Priella.

[9] Lasteyrie a. a. O.

[10] Olim I S. 330 und unten.

[11] Bourquelot 1 S. 284; Mét. I S. 496.

frei von jeder Abgabe umgesetzt werden. In Mengen von 25 Pfund ab sollten indes die Pfundwaren, gleichviel ob der Käufer es verlangte oder nicht, nur auf der Königswage gewogen werden; die hierfür gezahlte Abgabe befreite dann von der Entrichtung des Tonlieu für Spezerei[1]. Diese Wiegepflicht für die Mengen über 24 Pfund wurde von den Mercatores Ponderis, d. h. den Materialwarenkrämern bestritten. Die Krämer behaupteten, dafs sie durch Verjährung das Recht besafsen, bei Einverständnis des Käufers[2] jede Menge mit ihrem eigenen Gewicht zu wiegen. Im Jahre 1269, also um die Zeit der Niederschrift des Livre des Métiers, erlangten die Krämer einen günstigen Parlamentsentscheid, dem sich aber der damalige Inhaber der Königswage, Galterus, nicht fügte[3]. Zum zweiten Mal sprach sich das Parlament im Jahre 1288 gegen den Wiegezwang aus[4]; doch gelang es dem Erben des Galterus wiederum, sich in seinem Recht zu behaupten. Erst im Jahre 1322 wurden die Streitigkeiten durch einen vor dem Parlament geschlossenen Vergleich beendigt[5, 6].

---

[1] Cil qui achatent aucune des choses devant dites ne ne doit riens de coutume se la chose que il achate ne poise XXV livres; et s'ele poise XXV livres, elle doit estre pesće au pois le Roy et ilec s'aquite. L. d. M. II Tit. 16 Art. 2. Tuit cirier, tuit pevrier et tuit apotecaire ne doivent riens de coutume des choses devant dites pour vendre en leur otel car il s'acuitent au pois le Roi. Art. 4.

[2] S. beim Königsmafs, oben S. 61.

[3] Cum Galterus dictus magister diceret se esse in possessione ponderandi ad pondus suum quod ex dono Regis asserit se habere quicquid Parisius ponderatur cera excepta, salvo quod mercatores ponderis Parisienses possunt ponderare usque ad viginti quatuor libras uni homini et una die; et e contrario mercatores assererent se esse in possessione ponderandi ad quodlibet pondus suum volentibus emptoribus . . . pronunciatum fuit quod dicti mercatores remaneant in saisina ponderandi ad pondus suum eciam ultra viginti quatuor libras emptoribus volentibus et requirentibus. Olim I S. 330.

[4] Olim II S. 279.

[5] Es sollten darnach die aufserhalb der Grenzen der Pariser Präpositur gekauften Pfundwaren vom Wiegezwang befreit, die innerhalb der Präpositur von Nichtbürgern gekauften Waren dagegen wiegepflichtig sein. Mengen bis zu 24 Pfund bleiben wie bisher ganz frei. Fagniez, Ind. S. 393.

[6] Der Gegenstand hat bei Mayer (Zoll u. s. w.) mehrere Irrtümer veranlafst. Bei der Besprechung der öffentlichen Mafse und des Mafsrechts heifst es dort S. 397 zunächst: „In Paris bildet sich aus den gebührenfreien eine besondere Genossenschaft von Grofskaufleuten, die Mercatores ponderis“. Eine Genossenschaft auf solcher Grundlage hat es allerdings nicht gegeben. Die Mercatores ponderis, die Marchands d'avoir de poids, sind, wie oben bemerkt, Verkäufer von sog. Pfundwaren, d. h. Gewürzkrämer; der Name Mercator ponderis hat mit dem öffentlichen Mafs und dem Mafsrecht auch nicht das allergeringste gemein. Gebührenfrei ist alsdann die Genossenschaft der Gewürzkrämer keineswegs gewesen. Die Krämer behaupteten nur, von dem Wiegezwang, d. h. von der Pflicht, auch ohne ausdrückliches Verlangen des Käufers auf der Königswage zu wiegen, befreit zu sein; sie haben aber, wie das Livre des Métiers und die wiederholten Parlamentsentscheide zeigen, selbst diesen Anspruch, der noch lange keine Gebührenfreiheit bedeutet, niemals durchzusetzen vermocht.

Der Wiegezwang bestand ferner für bestimmte Wollsorten. Ungewaschene Wolle war frei. Dagegen war für gewaschene Wolle unbedingt das Wiegegeld zu zahlen, gleichviel ob sie gewogen wurde oder nicht. Der Gebührensatz war ein Obolus für je 9 Pfund Gewicht; hierfür wurde aber der Tonlieu auf die Wolle nachgelassen[1]. Englische Wolle unterlag gleichfalls dem Wiegezwang und zwar zu derselben Gebühr; es waren zu zahlen 18 Denare für den Sack von 36 Stein Gewicht[2], den Stein zu neun Pfund gerechnet[3]. Jedoch wurde hier keine Befreiung vom Tonlieu gewährt[4]. Ob für Wollgarn der Wiegezwang vorgeschrieben war, ist aus den Angaben des Titels nicht mit Sicherheit zu ersehen[5].

Eine vereinzelte Bestimmung über den Wiegezwang findet sich noch in dem Statut der Filzhutmacher. Wenn die Hutmacher Lammfelle in ganzen Posten kaufen, ohne daſs das Gewicht genannt wird, so ist die Ware nicht wiegepflichtig. Wird dagegen nach Gewicht gehandelt, so muſs die Ware auf der Königswage gewogen werden[6]. Einige andere Handwerkerschaften verzeichnen dagegen in ihren Statuten, daſs ihr Gewerbe dem Wiegezwang nicht unterworfen ist[7].

3. Das Hallengeld und die Marktstandgelder[8] sind

Mayer fährt dann a. a. O. Anm. 1 fort: „Die Mercatores ponderis sind aufgezählt Olim II S. 279: sie sind von der Abgabe auch über den Betrag von 24 L hinaus frei (auch Olim I S. 330). Daraus ergiebt sich, daſs in Paris gerade wie in Rouen die gewöhnlichen mercatores bis zu 24 L frei sind.“ Eine derartige Abgabe hat weder in Paris noch in Rouen bestanden. Der Ausdruck Libra in den betreffenden Urkunden (die erste ist hier oben Anm. 3 wiedergegeben) bedeutet nicht die Geldmünze Libra (das Pfund Silbers), sondern das Pfund Gewicht. Die beiden Urkunden sagen, daſs Pfundwaren in Mengen bis zu 24 Pfund Gewicht dem Wiegezwang nicht unterworfen sind (s. oben im Text).

[1] Quiconques vent ou achate lainne de brebiz ou de mouton lavée, il ne doit point de tonlieu car li pois le Roy l'aquite; et doit au pois le Roy de chascunne IX livres pesanz obole. Et autant doit elle se elle estoit pesée comme se elle n'est pas pesée. L. d. M. II Tit. 25 Art. 4.

[2] Der Stein (stone), als Gewichtsbestimmung in England noch jetzt gebräuchlich.

[3] Lainne qui vient d'Engleterre, li vendierres doit pour chascun sac vendu XVIII d. et li achatierres XVIII d. s'il poise XXXVI pierres au pois de IX livres la pierre; et s'il poise mains de XXXVI pierres il poieront mains, à la reson qui est dite devant. Tit. 25 Art. 6.

[4] Et autant poieront li vendierres et li achatierres de tonlieu se elle est pesée comme se elle n'est pas pesée. Tit. 25 Art. 7.

[5] Art. 2 des Titels 26 L. d. M. II sagt nur, daſs Wollgarn, wenn es einen geringeren Wert als 2 den. das Pfund hat, weder Tonlieu, noch Hallengeld oder Wiegegebühr zu zahlen hat. Ob dann die bessere Wolle wiegepflichtig war, ist nicht deutlich gesagt. Art. 3, der die Tonlieusätze aufführt, bemerkt nur: Ainsi de plus plus, de mains mains, soit pesée ou à peser.

[6] Se Chapeliers de feutre achate aignelins en tache sanz nomer pois, il ne le doit pas fere peser; et se li pois est només il doit pour chascun pois poitevine, soit pesez ou ne soit. L. d. M. I Tit. 91 Art. 17.

[7] L. d. M. I Tit. 32 Art. 2, Tit. 54 Art. 7, Tit. 92 Art. 6.

[8] Mayer, Zoll S. 411 ff.

rein dingliche Gebühren. Sie stehen in keinem Zusammenhang mit den Zöllen, insbesondere mit dem Teloneum und sind sogar — eine seltene Ausnahme — unabhängig von den Standesvorrechten.

Die Ansetzung des Hallengeldes (Hallage) erfolgt zumeist nach den bekannten Einheiten Wagen, Karre, Pferdelast, Traglast. Das Hallengeld für Getreide betrug einen Denar für die Karre, einen Obolus für die Pferdelast, die Gebühr ist, wie der Tarif ausdrücklich hervorhebt, gleichmäfsig zu zahlen für fremde Bürger und Händler[1], für Adel und Geistlichkeit[2] und für die Pariser Bürger, wenn diese ihr Korn in einer Karre oder mit einer Pferdelast an den Markt bringen[3]. Für Brot waren an Hallengeld zu zahlen vier Denare für den Wagen, zwei Denare für die Karre, ein Denar für die Pferdelast und ein Obolus für die Traglast[4]. Für Gemüse war für den Karren ein Denar, für die Pferdelast und Traglast ein Obolus Hallengeld von Fremden wie von Einheimischen zu geben[5]. Für Wolle, Wollgarn, Leinengarn, Lein und Hanf hatte jeder Verkäufer, wenn er seine Ware abstellte oder auf einem Stand feil hielt, einen Obolus für die Traglast und einen Denar für die Karre zu zahlen[6].

Das Standgeld (Estalage, Stallagium) war für die Benutzung eines Marktstandes (Estal) zu entrichten. Der für die Stände gezahlte Betrag ist uns bei einigen Handwerkerschaften überliefert, wobei es sich mehrfach zeigt, dafs zwei oder mehr Handwerker sich in einen gemeinsamen Stand teilten. Die Spangenmacher zahlten jährlich zwölf Sols für einen ganzen oder sechs Sols für einen halben Stand[7]. Die Holzgeschirrmacher zahlten jedesmal einen Denar für den Stand, gleichgültig wie viele Handwerker darin feil hielten[8]. Die Gürtler

---

[1] Charetée de blé as marchans ou à bourgois forains ou à paisanz doit chascune charretée qui entre la hale ou el marchié de Paris au Samedi ou aus autres jours pour vendre, doit I d. de halage. L. d. M. II Tit. 10 Art. 1.

[2] Charretée de blé à prestre à cler à chevalier ou à escuier ou à gentil home, se ele entre es hales de Paris ou en marchié au samedi ou aux autres jours ou seur semeine ele doit I d. de halage. Art. 2.

[3] Bourgois de Paris qui vent le blé de ta terre ne point de tonliu ne de halage se il ne feit porter son blé à cheval ou à charrete es hales ou el marchié de Paris. Et s'i le fet mener à cheval il doit obole de halage et s'i le meine en charete il doit I d. de halage. Art. 6.

[4] Tit. 9 Art. 1.

[5] Tit. 23 Art. 3 und 4.

[6] Lins ou chanvres aportés à col au samedi, s'il est mis à terre ou à estal doit obole de halage. Tit. 29 Art. 1. S. auch Art. 3 und 4, Tit. 25 Art. 8 und 9, Tit. 26 Art. 4, Tit. 28 Art. 2, wo halage statt tonlieu zu lesen ist.

[7] Nus Fremailliers de laton ne doit riens de nulle chose qu'il achate ne vende apartenent à son mestier fors tant seulement XII s. de cens de chascun estal et du demi estal VI s., cil qui les estaus tienent. L. d. M. I Tit. 42 Art. 8.

[8] Il doit I d. d'estalage au Roy de chascun estal, ja tant de persones n'i aura. L. d. M. Tit. 49 Art. 4.

hatten ihre Marktstände gegen einen festen Zins vom König gekauft[1].

Die Weber und die Tucher zahlten teils ein festes Standgeld, teils eine nach dem eingenommenen Raum abgemessene Gebühr. Der Pariser Weber hatte für den Verkaufsstand jährlich fünf Sols und aufserdem jeden Samstag drei Obolen Standgeld zu geben[2]. Die Pariser Tucher hatten ihre eigene Halle, deren Standplätze sie an ihre Genossen vermieteten. Für jede Elle Standraum zahlten sie jährlich vier Solidi an den König[3].

Der Verkauf in den Häusern und Werkstätten der Handwerker unterliegt an marktfreien Tagen keinen Beschränkungen; an den Wochenmarktstagen waren dagegen die Pariser Handwerker regelmäfsig verpflichtet, auf dem Markte feil zu halten[4]. Einige Handwerkerschaften, die Messingschnallenmacher[5], die Gürtelbeschläger[6], die Rotgiefser[7], die Spangenmacher[8], die Holzgeschirrmacher[9], die Hutmacher[10], die Töpfer[11], verzeichnen in ihren Statuten, dafs sie von dieser Verpflichtung befreit seien. In Paris bestanden im dreizehnten Jahrhundert zwei Wochenmarktstage; der kleinere Wochenmarkt war am Freitag, der Hauptmarkt am Samstag. Eine Verordnung über die Pflicht der Marktbeschickung nebst einem Verzeichnis der Handwerkerschaften, die am Freitag und derer, die am Samstag den Markt beziehen sollen, ist uns erhalten[12].

---

[1] Nus Corroiers ne doit rien de coustume de chose que il achate ne vende apartenant à son mestier fors que son estalage: c'est à savoir le cens de leur estaus qu'il ont achetés à touz jours du Roy. L. d. M. I Tit. 87 Art. 36.

[2] L. d. M. II Tit. 24 Art. 14. L. d. M. I Tit. 50 Art. 38, wo indes das wöchentliche Standgeld nur mit 1 Obolus angegeben wird. Jeder Stand soll 1¼ Ellen lang sein.

[3] L. d. M. II Tit. 24 Art. 16. Während des Jahrmarkts von Saint-Ladre war von fremden und einheimischen Tuchhändlern eine besondere Abgabe, huche (Kasten) genannt, zu zahlen. Tit. 24 Art. 17 ff.

[4] Mayer, Zoll S. 397.

[5] Ne il ne sont pas tenu d'aler ou marchié lou Roy se il ne leur plaist. L. d. M. I Tit. 22 Art. 4.

[6] Ne n'est tenus d'aler au marchié vendre ses denrées se il ne li plaist: ne onques n'i alerent. Tit. 25 Art. 8.

[7] Tit. 41 Art. 4.

[8] Tit. 42 Art. 6.

[9] Tit. 49 Art. 3.

[10] Tit. 92 Art. 7.

[11] L. d. M. I Tit. 74 Art. 5, II Tit. 20.

[12] Aux vendredy et samedy: merciers, balanciers, miroyers, espingliers, aumussiers, gantiers de laine, tainturiers de fil et de laine, marchands tabletiers, peigniers, grainiers (wohl gainiers z. l.), maletiers, faiseurs et marchands de bouges et coffres, filandriers, cornetiers, bouteillers et faiseurs de bouteilles, comporteurs de mercerie à tablettes, frepiers, marchands de sarges, gantiers de cuir, boursiers, baudriers, canevaciers.

Au samedy: tous les devant nommez avecques ceulx qui s'ensuivent: c'est assavoir, drappiers et marchands de draps, chaussiers, marchands de laine, cordiers, chaudroniers, tanneurs, marchands de cordouan courroyé,

Auch zur Teilnahme an dem grofsen Pariser Jahrmarkt von Saint-Ladre waren die Handwerkerschaften verbunden. Einzelne Gewerke hatten ihre Pflicht im dreizehnten Jahrhundert abgelöst; so zahlten die Seidenwarenhändler ein jeder drei Sols für die Befreiung von der Pflicht, einen Stand auf dem Jahrmarkt einzunehmen [1]. Die Fleischer gaben insgesamt eine Abfindung von vier Livres [2]. Die Sattler und die Kleinschmiede hatten zur Ablösung gleichfalls einen Gesamtbetrag, den das Livre des Métiers mit 40 Sols angiebt, vereinbart [3]. Einzelne Handwerkerschaften verzeichnen ferner ihre Pflicht, den Jahrmarkt von Saint-Germain zu beziehen. Die Säckler hatten jährlich zwei Denare Standgeld für Saint-Germain zu zahlen, gleichviel, ob sie zu Markt gingen oder nicht [4]. Die Krämer, Gürtler und Messerschmiede gaben gemeinsam vierzig Sols zur Ablösung der Pflicht, den Jahrmarkt von Saint-Germain zu beziehen [5]. —

Die Abgaben des Livre des Métiers, die bei der Herausnahme einzelner Zollrechte und Bestimmungen sich jeder zureichenden Auslegung entziehen, gewinnen ein anderes Ansehen, wenn wir die Grundsätze über die sachliche und persönliche Zollpflicht im Zusammhang betrachten und ordnen. Unter Auslassung des Wegegeldes und der Marktgebühren als dinglicher Nutzungsgebühren, die ihre Rechtfertigung in sich tragen, wird das Zollsystem des Livre des Métiers hergestellt durch das Péage, das Rivage, den Tonlieu und Conduit, und die Weinzölle. Hierbei werden alle die zahlreichen Kombinationen, die wir zuvor kennen lernten, von zwei Scheidungen durchzogen: die Scheidung zwischen Wirtschaftsgut und Handelsgut [6], und zwischen Einheimischen und Fremden. In den einzelnen Tarifbestimmungen kehren diese Einteilungen immer wieder. Das Péage ist in der Hauptsache ein Zoll auf Handelsgut und eine Vorbelastung der Fremden.

---

cordouenniers, savetiers, faiseurs de petits souliers, chandeliers de suif, potiers de terre (s. jedoch oben S. 65 Anm. 11), souffletiers, lanterniers, et généralement touz autres marchans et mestiers qui par reson et ont d'ancienneté accoustumé de aller et porter et faire porter leurs denrées et marchandises en halles par les jours ou jour dessus nommez. Depping S. 438.

[1] Nul marchant de soye ne peut vendre que en la halle durant la dicte foire; mais pour ce que c'est bien pénible chose on a accoustumé de quitter tous marchands qui mettent avant pour III s. par. et vault communes années X liv. VIII s. par. Depping S. 443.

[2] Depping S. 444.

[3] Die Abfindung der Sattler und Kleinschmiede wird im L. d. M. I Tit. 78 Art. 39 und Tit. 82 Art. 9 übereinstimmend auf 40 Sols, in dem Verzeichnis der Marktgefälle Depping, S. 444 dagegen auf 10 Livres angesetzt.

[4] Et doivent chacun an (jour) de la foire Saint Germain II deniers chacun pour sa place, voisent ou non. L. d. M. I Tit. 77 Art. 2.

[5] L. d. M. I Tit. 87 Art. 25. Über die Verpflichtung der Pariser Tucher, den Lendit genannten Jahrmarkt bei St. Denis zu besuchen, vgl. A. d. P. I S. 321 (A. 1248—1253).

[6] S. oben S. 56 Anm. 1.

Das Handelsgut, das von Auswärtigen eingeführt oder von Einheimischen nach aufserhalb verschickt wird, unterliegt der Verzollung. Zwischen Péage einerseits, Tonlieu und Conduit andererseits besteht keine Verbindung; nur bei Getreide wird auf den Umsatz am Orte Rücksicht genommen. In engem Zusammenhang stehen dagegen Tonlieu und Conduit, Umsatz und Durchfuhr. Die Benutzung der marktmäfsigen Einrichtungen und der Umsatz am Orte begleichen den Conduit, ihre Umgehung dagegen verpflichtet zu der Abgabe.

Es ist unrichtig und führt nur zu Fehlschlüssen, wenn die in dem Conductus zusammengefafsten Rechte aus einem einheitlichen Ursprung abgeleitet werden. Das mittelalterliche Geleitsrecht[1] beruht vielmehr auf einer zweifachen Grundlage; die eine wird hergestellt durch das allgemeine Schutzbedürfnis des Fremden (Reisenden, Kaufmanns, Marktfahrers); die andere durch die mittelalterliche Auffassung von dem örtlichen Güterverkehr. Mit Bezug auf den Fremdenschutz mufs bei der Untersuchung des Conductus vor allem genau unterschieden werden zwischen lebendem und todtem Geleit[2]; so lange hierauf nicht Rücksicht genommen wird, ist eine zutreffende Schilderung des Geleitsrechts und seiner Entwicklung überhaupt nicht möglich. Das lebende und das tote Geleit laufen wiederum nicht parallel, sondern haben gänzlich verschiedene Begründung.

Der Conductus der Fremden ist von Anfang an, wenn nicht ausschliefslich, so doch in der Hauptsache totes Geleit, conductus mortuus sive literalis, gewesen. Der wirksame, die Verpflichtung zu thatsächlichem Eintreten in sich schliefsende Schutz durch Geleitsbriefe wurde schon in der fränkischen Zeit geübt[3] und hat auch späterhin die gröfsere Bedeutung besessen. Das Briefgeleit führt den einzelnen Fremden oder die Angehörigen einer Korporation über weite Strecken. Örtlich tritt dann wohl in einzelnen Fällen das lebende Geleit hinzu, das indes häufig nur eine Form und ein Vorwand zur Erhebung von Abgaben ist[4]. Im dreizehnten Jahrhundert ist das tote Geleit, sei es durch persönliche Briefe oder durch korporative Privilegien, allgemein und in weitestem Umfang ausgebildet. Die Anwendung der Geleitsbriefe ist eine mannichfaltige. Wir finden, dafs selbst einzelne Städte ihren Bürgern das Briefgeleit mitgeben, um ihnen gewisse Freiheiten in der Zollbehandlung zu sichern[5].

Das zweite den Conductus begründende Moment umgreift die verschiedenen Forderungen, die sich aus der mittelalterlichen

[1] Der Ausdruck Conductus bezeichnet, gemäfs der Terminologie des Mittelalters, sowohl das Recht wie die darauf radicierte Abgabe.
[2] Haltaus, Gloss. germ.
[3] Brunner, D.R.G. II S. 49.
[4] Vgl. die Angaben über Geleit und Geleitszölle bei Geering S. 192—209, S. 296 ff.
[5] S. unten S. 70 Anm. 1.

Auffassung vom örtlichen Güterverkehr ergeben. In erster Linie steht hierbei nicht das eigentliche territorial-hoheitliche Recht (Verbietungsgewalt gegenüber fremder Durchfuhr); denn auch der Durchfuhrhandel der Einheimischen unterliegt dem Conductus. In der ganzen Ausgestaltung des Conductus zeigt sich vielmehr der jenem Zeitalter stets gegenwärtige Anspruch eines Stapelrechts; hieraus erklärt sich wiederum die örtliche Häufung der als Conductus, Transversum u. ähnl. bezeichneten Abgaben. Nach der Anschauung des Mittelalters hatte jeder Bezirk das erste Anrecht auf die vorhandenen Verkehrsgüter [1]. Gestattete man die Durchfuhr, ohne dafs die Ware den Stapel hielt, so wurde eine Gebühr gefordert. Es ist der aus dieser Auffassung hervorgehende Anspruch auf eine Handelsabgabe, der zur Ausbildung des Conductus vorzugsweise beigetragen hat, und der wiederum die Alternation zwischen Conductus und Teloneum bewirkt. — Fremdenschutz und Stapelrecht sind demnach die beiden Wurzeln, aus denen der Conductus hervorgegangen ist, und von denen bald die eine bald die andere sich stärker entwickelt zeigt [2]. —

Volkswirtschaftliche Anschauungen sind in den Pariser Zolltarifen deutlich ausgeprägt. Die Verkehrsgüter sollen nach Möglichkeit in den örtlichen Markt hineingezogen und vor allem dort festgehalten werden. Die Verschickung nach aufserhalb ist deshalb regelmäfsig zollpflichtig; in übereinstimmender Weise findet sich dies bei dem Péage, dem Tonlieu und Conduit und den Weinzöllen. Das Angebot am Orte wird durch eine Reihe zweckdienlicher Mafsnahmen und Erleichterungen vermehrt; die Absicht zeigt sich besonders klar in einzelnen Bestimmungen, wie über die Einfuhr und Einlagerung des neuen Weins und über die Zollfreiheit der (städtisch-)einheimischen Landwirtschaft. Abgabepflichtig ist im übrigen grundsätzlich nur der Handel, bei dem stets die Voraussetzung gewinnbringender Thätigkeit besteht. Der Hausbedarf ist frei. Es ist wiederholt darauf hinzuweisen, dafs nicht nur der einheimische, sondern auch der fremde Käufer für die Gegenstände seines häuslichen Bedarfs vom Zoll befreit ist.

Das Zollsystem des Livre des Métiers selbst beruht auf einer Reihe vereinzelter Zollberechtigungen. Eine allgemeine Zollpflicht und selbst eine allgemeine Verbrauchsabgabe, die unter-

[1] S. unten 4. Kap., Marktversorgung.

[2] Der Anspruch des Stapelrechts ist besonders deutlich ausgesprochen bei dem Conductus für die Durchfuhr durch reine Stadtgebiete, wie hier St. Omer und Amiens. — Die Darstellung des Conductus bei Mayer (Zoll S. 429 und 462. Verf. II S. 203 ff.) ist nicht zutreffend und hinsichtlich der Quellen nicht genau (die Grundauffassung Zoll S. 429 wird z. T. von Mayer selbst berichtigt Verf. II S. 118 Anm. 26). In den Belegstellen, insbes. Verf. II S. 205, werden die verschiedenartigsten Abgaben willkürlich unter dem Geleitsgeld behandelt. — Vgl. im übrigen die reichhaltigen älteren Belegstellen bei Ducange vv. Conductus, Guida, Winagium. S. auch Waitz, Deutsche Verf.-Gesch. 8 S. 375.

schiedslos alle Gegenstände umfafst, sind dem Zollrecht jener Zeit fremd [1]. Die Besteuerung erfafst immer nur einen einzelnen Vorgang, der mit einer besonderen Abgabe belegt ist. Kumulierten sich dann — wie bei Péage, Tonlieu und den Weinzöllen — infolge des Verkehrs die einzelnen Vorgänge, so vervielfältigte sich die Steuer. —

Eine äufserlich einfachere Gestaltung zeigt der Tarif von Bapaume, einer Zollstelle zwischen Vermandois, Artois und Flandern [2]. Der örtliche Handel und Verbrauch tritt hier in den Hintergrund und wird nur wenig berücksichtigt; der Zoll von Bapaume ist in erster Reihe ein Durchgangszoll für den Verkehr mit Flandern. Der Tarif wurde nach dem Friedensschlufs zwischen Philipp II. Augustus und dem Grafen von Flandern durch örtliche Zeugenvernehmung im Jahre 1202 festgestellt [3].

Das Zollrecht von Bapaume kennt nur vier Zölle, die Chaucié, den Travers, den Conduit und die Douzaine. Das Wegegeld (Chaucié) beträgt 1 Obolus bis 1 Denar. Die Sätze für Travers und Conduit waren sowohl für einzelne Güter, wie auch für einzelne Städte und Ortschaften verschieden angesetzt, wobei Ermäfsigungen bezw. Befreiungen sowohl für die eine wie für die andere Abgabe gewährt wurden [4]. Wer nach Bapaume zu Markte kam, war frei von Abgaben, wenn er am gleichen Tag zurückkehrte [5]. Die Einwohner von Flandern genossen Zollfreiheit für die aus Flandern eingeführten und für die in der Burggrafschaft Bapaume gekauften Güter. Der Zollpflicht unterlagen dagegen die aus Frankreich, die von den Jahrmärkten (gemeint sind wohl die Jahrmärkte der Champagne) und die aus Burgund eingeführten Waren [6]. Die Leute aus dem deutschen Reich durften ihre Waren frei nach Bapaume einführen und daselbst gekaufte frei zurückführen; die Durchfuhr war jedoch zollpflichtig [7].

---

[1] Anders sind dagegen die Grundsätze der assisia (Maletôte, Ungeld). Vgl. Mayer, Zoll S. 417, Giry S. 244 und S. 585 ff.

[2] Über die Burggrafschaft Bapaume s. Taillar Einl. S. 121.

[3] Taillar S. 13. Vgl. hierzu einen Parlamentsentscheid von 1279 bei Fagniez, Doc. S. 284.

[4] Vgl. auch den in der letzten Anm. erwähnten Entscheid für die Bürger von Tournay wegen Entrichtung des Pedagium in Bapaume.

[5] Chil qui vienent à Balpaumes nomeement por marchié ne doivent nient de chou que il amainent pour que il s'en revoisent le jour meisme de là le bos. Taillar S. 27 Art. 17.

[6] Chil de Flandres poent mener de la tierre en le castelerie et d'iloec ramener en lor tiere ne doivent nient, ne d'autre avoir que il i prenderoient; mais s'il faisoient venir avoir de Franche u de Fiestes u de Borgoigne por vendre ou por demorer en le castelerie il en deveroient autant comme s'il le faisoient mener en Flandres ou aillours. Taillar S. 27 Art. 18. Die Zollpflicht für Waren aus der Champagne wird a. a. O. S. 14 erwähnt.

[7] Se chil de l'Empire en remenoient avoir de le castelerie en lor tieres n'en deveroient nient; mais del avoir qu'il aroient amené de lor tierre en le castelerie il deveroient traviers pour qu'il le menaisent outre le bos (sc. d'Arrouaise) u en Flandres. Taillar S. 27 Art. 16.

Den Bürgern der Carité von Arras, den Bürgern von St. Omer, von Douai und von Ypern wurde ein Zollnachlafs gewährt, wenn sie Brief und Siegel ihrer Stadt vorwiesen [1]. Doch durfte in der gleichen Ladung keinerlei Ware aus einer anderen Stadt mitgeführt werden. Die Sätze selbst zeigen grofse Abstände. Der Conduit ist am niedrigsten bei Wein und Salz mit sechs Denaren für die Karre und zwei Denaren bezw. 1 Den. für jedes vorgespannte Pferd [2] und erscheint am höchsten bei Tuch und Spezereien mit fünf Solidi nebst einem Denar für jedes Zugtier [3]. Der Travers ist teils nach dem Stück, teils nach der Ladung angesetzt.

Die Douzaine ist eine m. W. noch nicht bemerkte oder erklärte Abgabe [4]. Der Tarif von Bapaume verzeichnet bei den meisten Artikeln einen besondern Satz „en douzaine"; so Art. 5: XII d. de chascune parchoniere (Person, Teilhaber an der Ladung) quant la douzaine est; Art. 9: Li cars à dras de Bruges ou de Gant en douzaine XLII S.; Art. 10: de chascune plate XII d. de douzaine cant ele est; Art. 11: Gent qui doivent traviers doivent douzaine und öfter. Unter dieser douzaine ist m. E. zunächst ein zwölftägiger Zeitraum und zwar ein Jahrmarkt zu verstehen; die hiermit verbundene Abgabe wurde alsdann gleichfalls douzaine genannt. Bei Jahrmärkten wurden regelmäfsig von den Zukehrenden besondere Abgaben erhoben, die Douzaine ist laut Tarifs ein solcher zeitweiliger Zuschlag zu den gewöhnlichen Zöllen. —

Die Zolltarife von St. Omer behandeln wiederum sowohl den Handel wie auch den örtlichen Verbrauch. Die dort bestehenden Abgaben sind Ruagium, portagium, teloneum im Wechsel mit transversum, saccagium und das foragium der Burggrafen; ferner wurden an Nutzungsgebühren erhoben die Cauchié und das Fouage und die marktmäfsigen Abgaben.

Ruagium (Rouage), Portagium (Thorgeld) und Teloneum sind Zölle, die nach den uns bereits bekannten Grundsätzen erhoben werden. Befreit ist der Stadtbürger für Hausbedarf und

---

[1] Die betreffenden Stellen sind von Ernst Mayer mifsverstanden worden. M. glaubt, dafs „für den gezahlten Conduit ein Geleitsbrief gegeben wird" und knüpft daran weitere Schlüsse (Verf. II S. 204, 213, 218). Der Tarif sagt aber gerade das Gegenteil, nämlich dafs die obengenannten Stadtbürger ihre lettres, d. h. Brief und Siegel ihrer Stadt, von Hause mitbringen und vorzeigen müssen. Nur wenn sie im Besitz dieses Ausweises sind, wird ihnen Zollermäfsigung gewährt. Chascune carge d'avoir de pois XVI d. sor somier pouroec (= pourvu) qu'il aient lettres par ke li avoirs soit à borgois de la cartre (lies carité, a. a. O. Art. 9) d'Arras manans dedens les murs u à borgois de Saint Omer dedens les murs manans. Taillar S. 22 Art. 8 und öfter. Li cars d'Yppre XVIII et s. VIII d.; et cant il est douzaine de chascun parchonier XII d. pour leurs letres; a. a. O. S. 23 Art. 9. Li torseaus sor bieste d'Arras ou de Saint Omer XVI par letres: a. a. O. S. 24 Art. 10 und öfter.

[2] Art. 2, 3, 4 und 7.

[3] Art. 7, 8, 9.

[4] Auch bei Godefroy findet sich keine Erklärung.

eigenes Wachstum[1]. Ferner haben die Burgmannen, die in dem Burglehen und dessen Zubehör angesiedelt sind, die Zollfreiheit für alle Einfuhr zu ihrem eigenen Bedarf und für die Erzeugnisse ihrer eigenen Wirtschaft, aber nicht für Handelsgut[2]. Angehörige des geistlichen Standes sind ebenfalls für Wirtschaftsgut, aber nicht für Handelsgut, befreit[3]. Einige Ortschaften und eine Reihe von Grundherrn besitzen Zollfreiheit teils ohne Entgelt, teils gegen Naturalleistungen[4].

Frei sind in St. Omer aufserdem die Auswärtigen beim Verkauf ihrer eigenen Ernte[5]. Der Verkauf der Wolle von selbstgezüchteten Schafen ist frei von Teloneum; bei Anfuhr in Wagen oder Karren ist dagegen Ruagium und Portagium zu zahlen[6]. Schliefslich ist noch für den Einkauf dessen, was zur eigenen Kleidung gebraucht wird, der Zoll nachgelassen[7]. An sachlichen Befreiungen erwähnt der Tarif Weichkäse, Holz und Kohle[8]. Eine Traglast Fleisch, Honig in Mengen unter zwölf Pfennigwert, Lammfelle in Mengen unter 25 Stück waren gleichfalls frei[9].

Unter den zollpflichtigen Waren gab Brot von jenseits der Lys von der Karre einen Pfennigwert Teloneum, 2 Pfennigwert Ruagium und einen Obolus Thorgeld; die Bäcker diesseits der Lys nur je einen Obolus an Zoll und Thorgeld[10]. Wein, der vom Wagen herab verkauft wurde, zahlte zwei Denare Ruagium und einen Obolus Thorgeld; wurde er abgeladen, so waren für jedes Fafs zwei Denare Teloneum zu zahlen[11]. Mit Sätzen von einem Obolus bis zwei Denaren werden aufgezählt: Vieh, Fleisch,

---

[1] Quicumque burgensis in villa manens communionem juraverit, de suo proprio liber est a theloneo et ruagio et portagio. Giry S. 474 Art. 1.

[2] Pares castelli et feodati eorum super feodum ad castellum pertinens manentes de omnibus que mittuntur in terra eorum et de fructibus crescentibus in terris eorum liberi sunt a theloneo ruagio et portagio. Si autem mercatores fuerint de mercatura pacabunt. Giry S. 474 Art. 2. Über die Pares castelli s. a. a. O. S. 98 und 113.

[3] Homines cujuscumque religionis sunt ex omni religione liberi quicquid emant vel vendant ad proprium usum; si mercatores fuerint dant ut extranei. Giry S. 478 Art. 117.

[4] A. a. O. S. 474 Art. 5 ff.

[5] Nemo tamen de messe sua dat theloneum nec ruagium nec portagium. A. a. O. S. 475 Art. 17.

[6] A. a. O. S. 478 Art. 118.

[7] Quicumque homo quicquid ad vestiendum emerit liber est. A. a. O. S. 474 Art. 3.

[8] S. 477 Art. 80, Art. 86 (nisi ad portam parvem fustem).

[9] S. 477 Art. 65, S. 475 Art. 25, S. 476 Art. 39.

[10] S. 475 Art. 19 und 20.

[11] Si quis vina biga adduxerit et ea super bigam vendiderit nichil dat ad theloneum, sed II d. dat de ruagio, de portagio o.; si autem non venditum deposuerit quodlibet dolium dat ad theloneum II d. S. 475 Art. 22. An der Stelle ist durchaus nichts eigentümliches, wie Mayer, Zoll S. 416 und Anm. 6, annimmt. Vgl. die Vorschriften über das Einlagern unverkauften Weines oben S. 54 und Anm. 3. M. hat die Alternation von Teloneum und Transversum nicht beachtet. S. auch unten S. 72 Anm. 5.

ungesalzene Fische, Honig, Felle, gewaschene und ungewaschene Wolle[1]. Im übrigen werden noch allgemeine Sätze für einen Ballen oder Pack, gleichviel welchen Inhalts, aufgestellt. Der Tarif richtet sich darnach, ob der Pack geschnürt ist (4 den.) oder ungeschnürt (2 den.), ob er vor oder hinter dem Sattel (2 den.) oder im Sattel selbst (4 den.) untergebracht ist[2]. — Der Engländer oder Schotte, der zu Schiff Waren einführt oder ausführt, giebt bei der Anfahrt 4 Denare, bringt er aber seine Waren zu Lande ein, so entrichtet er die Abgaben gleich einem andern Fremden. Kommt er zu Lande, ohne Gut mitzuführen, so hat er nichts zu zahlen[3].

Durchgeführte Waren zahlen das Transversum, dessen Betrag sich zusammensetzt aus dem Teloneum und dem Ruagium[4]; das Thorgeld fällt dagegen hier weg[5]. Alles durchgeführte Gut hat die Abgabe zu entrichten[6].

Das Saccage ist ein zeitweiliger, während zweier Monate erhobener Zuschlag zu dem Tonlieu[7]. — Das Foragium vini war eine dem Burggrafen von St. Omer[8] zustehende Abgabe, die von dem zu Wasser und zu Land ankommenden Wein erhoben wurde und je nach der Gröfse der Ladung 1 bis 2 Setiers betrug[9]. Auch bei ausgehenden Weinen wurde, wenn der Versand für Rechnung Auswärtiger erfolgte, von diesen das Foragium erhoben; jedoch war die Rechtmäfsigkeit dieser Abgabe bestritten[10]. Die Abgabe war nur zu entrichten, wenn der Wein verkauft wurde[11].

---

[1] Art. 61, 65, 66, 25, 27, 28, 39.

[2] S. 476 Art. 32 f. Die Tarife, auch im L. d. M., bestimmen häufig den Satz in der obigen Weise. Ein ungeschnürter, bezw. ein vor oder hinter dem Sattel angebrachter Pack wird regelmäfsig kleineren Umfangs sein, als ein verschnürter, bezw. im Sattel selbst aufgeladener Pack.

[3] Anglicus in Anglia manens quicquid suum in navi adduxerit vel quicquid infra villam emptum reduxerit, in introitu dat IIII[or] den. et sic est liber ab omni consuetudine sicut extraneus; et si terra pecuniam adduxerit dat sicut alius extraneus; si vero terra venerit absque mercatu nichil dat. Simili modi illi de Scotia. S. 475 Art. 26.

[4] Quicquid transit infra banleugam debet transversum apud nos. S. 477 Art. 90.

[5] Si biga vero cum vino villam transierit quidlibet dolium ad theloneum II d. de ruagio II d., sed solo portagio libera abibit. S. 475 Art. 22. Vgl. hiezu oben S. 71 Anm. 11. Quelibet pecunia si banleugam intraverit debet theloneum et ruagium. S. 476 Art. 38.

[6] Es sei noch erwähnt, dafs der Zolltarif von St. Omer, gleich dem von Paris (s. oben S. 51 Anm. 2), im Art. 55 den Affen und im Art. 56 den Bären mit je 4 den. als zollpflichtig aufführt.

[7] Giry S. 302.

[8] Giry S 92 f.

[9] Also nicht blofs vom Kleinverkauf. Giry S. 102 und 464. Vgl. dagegen Mayer, Zoll S. 408. Verf. I S. 78. Das foragium vini trifft nicht nur den Weinzapf.

[10] Giry S. 465.

[11] Der Burggraf nahm ferner von den Kaufleuten, die auf dem Weg nach England die Burggrafschaft durchzogen, ein Pfund Pfeffer. Giry S. 466.

Unter den Nutzungs- und Gegenleistungsgebühren wurde das Wegegeld (Chaucié) für den Strafsenbau, das Fouage (auch Fouich und Delfgelt genannt) für die Reinhaltung der Flufsläufe erhoben[1]. An Marktgebühren sind die Wiege- und Mafsgebühren und die Marktstandgelder zu nennen[2]. Der Grofsverkauf der Tuche in ganzen Stücken durfte nur am Mittwoch in der Halle stattfinden, woselbst ein Standgeld zu zahlen war[3]. Bei einer Anzahl anderer Gewerbe in St. Omer besteht die Verpflichtung, einen Marktstand zu halten. Der Ausschnitt und Kleinverkauf von Tuch im eigenen Laden war nur denjenigen gestattet, die zugleich einen Stand in der Halle hielten[4]. Die gleiche Bestimmung galt für den Verkauf von Leder[5]. Die Verkäufer von altem Tuch, die städtischen wie die fremden, sollten einen Marktstand nehmen, sofern sie hinreichend bemittelt waren[6]. Regelmäfsig wurde hier demnach von den Handelsleuten, einheimischen wie auswärtigen, verlangt, dafs sie einen Marktstand mieten bezw. die Gebühr dafür zahlen sollten.

Aus Amiens sind uns ein Bruchstück eines Weistums über die daselbst erhobenen Abgaben aus der Zeit von 1161/1185 und ein Zolltarif aus der gleichen Zeit erhalten[7]. Aus den in beiden Schriftstücken aufgezählten Abgaben sind hervorzuheben: 1. Der Tonlieu als Umsatzabgabe von Getreide, Salz, Wolle, Tuch, Leinwand, Spezerei, Leder, Trödelwaren, Kram, Waid u. s. w. 2. Der Travers (transversum) im Wechsel mit dem Tonlieu. Die Entrichtung des Tonlieu befreite vom Travers und umgekehrt[8]. 3. Das Forage vom Weinverkauf und eine gleichnamige Abgabe vom Verkauf von Fischen. 4. Abgaben vom Brotverkauf, von der Bierbrauerei (Toreillage, Cambage), vom Fischfang (wicturne), von Holzgeschirren (gréage), von Bau- und Brennholz (fouée). 5. Mafsgebühren (sesterage, dem Minage entsprechend), Wiegegebühren (Pesage s. v. w. Pois) und Markt-

---

[1] S. 243.

[2] S. 299.

[3] Ke tout drap entir soient portei en le hale le merkedi por vendre, ne ailleurs le vend on, et là pait on l'estalage II d. le jour, li hom ki les vent et les mesure en autre lieu k'en le hale, fors li mesureres de le vile, sor LX s. Giry S. 520 Art. 248.

[4] Ke nus ne taille dras ès maisons ne venge s'il n'a estal en le hale. Giry S. 533 Art. 431, S. 520 Art. 253, S. 539 Art. 493, S. 541 Art. 504.

[5] On a commandei ke nus ne vende quir tanei dedens le vile s'il n'a estal en le hale. Giry S. 541 Art. 506.

[6] Ke nus marchans de vies dras ne estranges ne autres ki soffisans soit de tenir estal ne venge fors sen estal. Giry S. 520 Art. 245, S. 526 Art. 337.

[7] Thierry 1 S. 74 ff.

[8] Toutes ches choses que nous avons chi nomées très le cordouan sont quites par le travers rendant ou par le tonliu, l'un des deux; et en toutes ches choses est autels li tonlix li uns come li autres de vendre et de l'acater del tonliu. Thierry 1 S. 83.

standgeld[1, 2]. — Eine Reihe von Tonlieutarifen, insbesondere von Flufszöllen, aus Douai und Umgegend ist überliefert in Aufzeichnungen des dreizehnten Jahrhunderts[3]. Die Durchgangsabgabe vom Schiffsverkehr wird hier Wienage, d. i. Guidagium, Guidaticum, benannt[4]. — Das Zollrecht von Sens, zu Anfang des dreizehnten Jahrhunderts niedergeschrieben, verzeichnet den Tonlieu bezw. die Umsatzabgabe für Kauf und Verkauf; den Conduit (der hier verschieden angesetzt ist, je nachdem das Stadtgebiet der Länge oder der Breite nach durchquert wird)[5]; das Barrage; das Pontenage; ferner das Estalage und einige besonderen Gewerbegebühren[6]. Getreide eigenen Wachstums war, gleichviel von wem eingebracht, frei verkäuflich[7]. — Ein Privileg Ludwigs VII. für Etampes von 1179 erwähnt, neben einigen später zu besprechenden Abgaben von den Gewerbetreibenden, als allgemeine Umsatzabgabe den Tonlieu und unterscheidet ihn von den gewerblichen Gebühren[8]. — In südfranzösischen Ur-

[1] Thierry 1 S. 75 ff.

[2] Erwähnt sei hier noch der bereits im eilften Jahrhundert aufgezeichnete Tonlieutarif von Saint-Vaast d'Arras. Der Tonlieu ist als Abgabe von Kauf und Verkauf zu entrichten von allen denjenigen, die aufserhalb der durch eine Reihe von Ortschaften gebildeten Zollgrenze ansässig sind; die innerhalb der Zollgrenze Wohnenden, geistliche wie weltliche, haben den Tonlieu zu zahlen beim Umsatz von Handelsgut, ausgenommen die Zinsleute von Saint-Vaast oder Sainte-Marie in Arras, die gänzlich befreit sind. Omnes illi debent theloneum qui manent extra terminos istos sive sint de censu sancti Vedasti sive non, scilicet ultra pontem de Briez (folgen die Ortsbezeichnungen)...; et omnes illi qui manent infra hos terminos tam clerici quam laici qui sunt mercatores debent theloneum sancto Vedasto nisi sint de censu Sancti Vedasti vel Sancte Marie de civitate, tam qui vendit quam qui emit. Cartulaire de l'Abbaye de Saint-Vaast d'Arras, herausg. v. van Drival, Arras 1875, S. 166; Fagniez, Doc. S. 57. — Der Tarif behandelt neben dem Tonlieu auch die Marktstandgelder.

[3] Abdruck bei Taillar S. 456 ff.

[4] Taillar S. 473, Ducange v. Guida.

[5] Li cuir qui passent parmi Sanz, se il passent les VII chastiaus, doivent IIII den. de chascun lot de conduit, et s'il remenent dedanz les VII chastiaus il ne doivent que barrage; et s'il passent par le pont si doivent pontenaige II den. por la charrette; et s'il passent par le lonc de la vile si doit la charrete IIII den. que de barraige que dS pontenaige. Bibliothèque de l'Ecole des chartes 6 sér. Bd. 2 S. 288, Paris 1867. Se charz passe parmi Sanz si doit IIII sols et IIII den. dou lonc; et s'il passe dou travers, si doit VI sols et IIII den. S. 295. — Die Strafe für Nichtzahlung des Zolls ist bei Gutgläubigkeit 7 sols 6 den., bei böswilliger Hinterziehung 60 sols (a. a. O. S. 297). Vgl. hierzu oben S. 49 f. die Auffassung des L. d. M., bei Beaumanoir und in den Etabl. de St. Louis.

[6] S. unten S. 87.

[7] Qui amoine blé à Sanz d'outre Yone de son gaaignaige, ne d'où que que il vegne, il n'an doit ne tonli ne barraige ne pontenaige. A. a. O. S. 297.

[8] Emptores annonae ad exportandum bonitatem (s. unten S. 86) non dabunt sed teloneum tantum praebebunt. Ord. 11 S. 212 Art. 15. Arcuum venditores singuli arcum unum pro teloneo annuatim dabunt. Art. 21. Venditor lini vel canabi non dabit pro teloneo pecuniam sed tantummodo

kunden wird die Umsatzabgabe von Kauf und Verkauf als Leuda, Leida, Lesda u. ähnl. bezeichnet[1].

Von einzelnen Abgaben, die in verschiedenen Urkunden genannt werden, seien noch die folgenden erwähnt. Den Wegegeldern schliefsen sich an das Timonagium (themonaticum, Deichselgeld)[2] und das Summagium (Abgabe von Lastpferden)[3]. — Die beim Verkauf von Getreide zu zahlende Umsatzgebühr wird mitunter als Coponagium bezeichnet[4]. Das Botage, das wir in Paris als eine Abgabe von ausgeführtem Wein fanden, wird erwähnt in zwei königlichen Privilegien vom Jahre 1175 und 1181, durch welche die Einwohner von Bourges und Dun-le-Roi von einigen unbilligen und angemafsten Auflagen, darunter das Botage, befreit werden[5]. Auch das Vinagium, im allgemeinen eine Abgabe vom Weinbau und von Weingärten, tritt mitunter als Verkaufsabgabe auf[6]. Das Jallage als Abgabe vom Weinverkauf wird erwähnt in einem königlichen Privileg für Orléans vom Jahre 1178[7]. In der gleichen Urkunde verfügt Ludwig VII., dafs

---

pugnatam rationabilem Art. 26. — Die „Handvoll" als Mafs kommt noch im dreizehnten Jahrhundert vor, besonders bei Lein und Hanf, vgl. L. d. M. II Tit. 29 Art. 2. S. auch unten S. 87 Anm. 9.

[1] Nullus habitans in dicta villa det leudam de re quam vendat vel emat. Privileg für Sauveterre en Rodez A. 1284, Ducange v. Leuda. Pedagia et leidas rerum suarum sive alias consuetudines quae a vendentibus et ementibus exigi solent. Privileg für Dalon (Cistercienser-Kloster Diöcese Limoges; s. Mas-Latrie, Trésor de Chronologie S. 1888) A. 1184, Ducange v. Leida. Vgl. Pastoret S. 43; Mayer, Zoll S. 414.

[2] Cum omni jure et dominio quod habebam in timonagio supradicto quod tale est, videlicet quod mihi pro qualibet quadriga quae vino onerabatur in dictis locis tres oboli Suession. monetae debebantur. Urkunde des Grafen Johann von Soissons A. 1230, Ducange v. c.

[3] Ducange v. Sagma.

[4] Ducange v. c. — Eine grundherrliche Last ist dagegen die Mestiva, eine Abgabe von dem geernteten Getreide. Vgl. hier unten S. 78 f., Ord. 1 S. 10 und 49 und Ducange v. c. Die Auslegung bei Mayer (Zoll S. 384 Anm. 7), der annimmt, dafs „die Mestiva insbesondere für Ochsen gezahlt wird, was auf eine Abgabe für Weide hinweist", ist irrtümlich. Die Mestiva ist nicht für die Ochsen, sondern nach der Zahl der gehaltenen Ochsen zu entrichten; d. h. der Viehstand des Bauern bildet den Mafsstab für die Leistungsfähigkeit und die Leistungspflicht. Mit der Weide hat die Abgabe nicht das geringste zu thun. S. auch Heusler I S. 352.

[5] Ob omni tallia et tolta et botagio et culcitrarum exactione quieti omnino et liberi erunt. Ord. 11 S. 208 und 222 Art. 1. Über die Pflicht zur Lieferung von Polstern und Bettzeug s. Ducange v. culcitra.

[6] Ducange v. vinagium. Lediglich privatrechtlichen Charakter hat die vinata (vinade), die Verpflichtung zur Leistung von Weinfuhren; Ducange v. c.; Pastoret S. 51. Bei Pastoret werden noch genannt die Bohade (S. 51 Anm.); das Seleraige (s. Ducange v. celeragium); das Traisnage.

[7] Nullus vinum vendens Aurelianis cogatur nummos pro lagena vini rendere nisi lagenam vini tantum si maluerit. Nuls vins vendus à Orliens ne soit contraints à rendre deniers pour la jallaye fors la jallaye tant seulement s'il viant. Ord. 11 S. 211 Art. 5. Die Abgabe trifft also nicht blofs den Kleinverkauf, wie Laurière Gl. v. Jallage annimmt. Vgl.

Niemand gezwungen werden solle, einen Marktstand zu mieten[1]. Aus der Aufhebung dieses Zwangs ergiebt sich, daſs die Mietung eines Marktstandes von den am Marktverkehr beteiligten Händlern und Handeltreibenden in Orléans bereits im zwölften Jahrhundert gefordert wurde. Wir finden demnach mehrfach (s. oben S. 65 und 73), daſs die einheimischen wie die auswärtigen Händler, sofern sie an dem Marktverkehr teilnehmen, verpflichtet sind, einen Marktstand zu mieten, bezw. die entsprechende Gebühr zu entrichten[2].

Eine besondere Behandlung erfordert der Hauban, eine Abgabe grundherrlichen Ursprungs, die in Bourges, Senlis, Orléans und Paris vorkommt[3]. Der Ausdruck Hauban bezeichnet nach den Urkunden zunächst den Befehl (die Aufforderung, submonitio) zur Leistung von Diensten; die für die Ablösung dieser Dienste gezahlte Abgabe (Redemptio) wird dann gleichfalls Hauban genannt[4].

Ducange vv. Galo (Jalagium) und Gellagium. — Ein Abgabentarif für Orléans ist abgedruckt in der von Thaumassière veranstalteten Ausgabe der Coutumes du Beauvoisis, Paris 1690, S. 471. Besondere Abgaben werden hier erwähnt bei den Salzhändlern und den Fleischern qui sont des ouances (a. a. O. S. 471 bezw. 473). Über die home des ouances, eine Übersetzung des Ausdrucks homines des audienciis vgl. Ord. 1 S. 16 Art. 5 und Ducange v. audientia 7.

[1] Nullus cogatur conducere stallos nostros de foro. Ord. 11 S. 210 Art. 2.

[2] Ganz verschieden hiervon ist der absolute Zwang, den Markt zu beziehen und zu einer bestimmten Zeit dort und nirgends anders feil zu halten bezw. Geschäfte abzuschlieſsen. Ein derartiger Zwang besteht nur für solche Gewerbetreibende, die unter bestimmten Voraussetzungen von dem Marktherrn abhängig sind. Das Nähere hierüber s. unten Kap. 4 unter „Marktverkehr". Einen allgemeinen Zwang, durch welchen Kauf und Verkauf ausschlieſslich auf den Markt beschränkt wären — wie Mayer, Zoll S. 396 annimmt — hat es weder in der fränkischen noch in der nachfränkischen Zeit gegeben. Die Belegstellen, die Mayer anführt, sind teils nicht richtig und sub impossibili condicione ausgelegt, teils gänzlich miſsverstanden. Die erste Stelle aus dem Capitulare de functionibus publicis von ca. 820 (quod si aliquis constituta mercata fugiens ne teloneum solvere cogatur et extra predicta loca aliquid emere voluerit . . . constringatur et debitum teloneum persolvatur; M. G. LL. Sect. II Bd. I S. 294) spricht nur von den zeitweiligen Jahrmärkten. Von einer so einschneidenden — und unmöglichen — Maſsregel. wie das Verbot aller Umsätze auſserhalb der constituta mercata, ist nichts gesagt. Die zweite Stelle (Ord. 11 S. 210 Art. 8), durch die nach Mayer S. 397 und Anm. 1 „erst im Jahre 1178 in Orléans die Notwendigkeit, den Markt zu beziehen, für die homines forinseci beseitigt wird" (die Stelle selbst ist dort nicht abgedruckt), lautet: Homines forinseci non cogantur Aurelianis Martii nundinas custodire. Auswärtige sollen nicht gezwungen werden, auf der Märzmesse in Orléans Wache zu halten. In der älteren französischen Übersetzung garder la foire, bezw. in der Ord. 11 S. 210 in der Anm. beigegebenen Übersetzung von Le Maire, histoire d'Orléans, Les marchans étrangers ou autres personnes de dehors, venans à la foire de Mars à Orléans, ne seront tenus de garder les marchandises pendant la foire.

[3] Mag. u. Frat. S. 11 f.

[4] Ducange: halbannum, Submonitio ad operas vel ejus redemptio pecuniaria. Die Angabe ist wörtlich dem Text der Urkunde von Bourges

Die älteste Urkunde, die uns eine Erklärung des Hauban giebt, ist ein Privileg für Bourges vom Jahre 1145. Ludwig VII. bestätigt darin die von seinem Vater Ludwig VI. verfügte Abschaffung „schlimmer Gebräuche“, die sich die Amtsleute in der Präpositur Bourges angemafst hatten [1]. Für den Zusammenhang ist es notwendig, auf das zu Anfang des zwölften Jahrhunderts bestehende Verhältnis zwischen Königtum und Beamtenschaft kurz hinzuweisen. Die Präpositi verwalteten ihr damals nahe an ein Lehen streifendes Amt mit grofser Selbständigkeit, aber auch mit ebenso grofsem Eigennutz. Die Übergriffe der Beamtenschaft brachten auf der einen Seite der königlichen Macht reichlichen Zuwachs, andererseits führten sie zu schweren Bedrückungen der Bevölkerung. Neben den dem Amte geschuldeten herkömmlichen Verpflichtungen forderten die Präpositi für sich selber geldwertige Leistungen der verschiedensten Art von ihren Amtseingesessenen [2]. Der Schutz des Königs mufste häufig angerufen werden, und dies geschah auch in dem vorliegenden Fall. Das von Ludwig VI. erteilte, von Ludwig VII. bestätigte Privileg richtet sich gegen die Mifsbräuche der königlichen Amtsleute in der Präpositur Bourges [3].

Das Privileg von 1145 umfafst 11 Artikel; Art. 1 handelt

(s. unten S. 78 Anm. 1) entnommen und bedarf insofern keines Beweises. Vgl. ferner: C'estoit une convocation des roturiers ou villains à l'effet de quelques corvées ou services que les officiers du Roy exigeoient d'eux et qu'ils leur faisoient racheter pour de l'argent. Anm. von de Laurière Ord. I S. 10. Vgl. Luchaire Inst. Mon., unten zweitfolgende Anm.; Pastoret S. 116; Brüssel I S. 531 ff. — Ernst Mayer dagegen leitet das Halbannum von Hansa (Hansbannum) ab und erklärt (Zoll 401 ff bezw. Verf. Bd. 2 S. 278) den Hauban als „das Verbot an alle, welche keine Hansamitglieder sind, in der Stadt zu verkaufen, also die periodische Schaffung eines Bannrechts für die Hanse, das ebenfalls die Landleute im Absatz hinderte.“ Die Auffassung Mayers, die ohne jede Rücksicht auf die Texte vorgebracht wird, ist der von mir Mag. u. Frat. S. 11 vertretenen Meinung mehrfach (Hist. Vierteljahrsschrift 1898 S. 119; Mitteilungen d. Instituts f. österr. Geschichtsforschung 1898 S. 186) entgegengehalten worden. Ich bin deshalb genötigt, auf die M.'sche Auslegung des Hauban in den folgenden Anm. näher einzugehen.

[1] Die Vicegrafschaft Bourges wurde im Jahre 1100/1101 durch Philipp I. von dem letzten Grafen Odo Harpinus, der das Kreuz nahm, um 60,000 Goldsolidi gekauft. Raynal I S. 394; Warnkönig frz. SG. S. 191. Ludwig VI. kam häufig nach dem Berri und erteilte dort eine Reihe von Privilegien. Raynal II S. 5 ff.

[2] Ils usaient de leurs attributions financières pour lever en dehors des redevances fixées par la coutume ou les contrats féodaux, des contributions pécuniaires et des droits en nature sur la récolte du froment et sur la vendange; pour exiger arbitrairement des repas et des gîtes; pour se faire donner des dons gratuits par les commerçants qui affluaient au marché royal; pour proclamer le hauban à leur gré c'est-à-dire imposer des corvées dont le bourgeois était obligé de s'exempter à prix d'argent. Luchaire Inst. Mon. I S. 234.

[3] Das Privileg Ludwigs VII. wurde im Jahre 1224 durch Ludwig VIII. nochmals bestätigt. Ich gebe den Text der Urkunde von 1224 jeweils hinter dem von 1145.

von den ungerechtfertigten Vorladungen, Art. 2 von dem Recht der Pfandnahme bei Bürgschaften, Art. 3 von dem Amt des Vigerius, Art. 9, 10 und 11 von der persönlichen Sicherheit und der Testierfähigkeit der Fremden Durch die übrigen Artikel, die für uns allein in Betracht kommen, verfügt Ludwig VI. alsdann die Festlegung zweier bis dahin willkürlich abgeforderten Leistungen, 1. des Halbannum und 2. der Mestiva.

1. Über das Halbannum sagt die Urkunde: „Die Amtsleute, der Präpositus und der Vigerius, forderten das Halbannum, so oft es ihnen beliebte und zwangen die Bauern sich loszukaufen. Mit Bezug hierauf hat Ludwig VI. vorgeschrieben, dafs jener Loskauf des Halbannum (also der hierfür gezahlte Geldbetrag) bestehen bleiben und trotzdem das Halbannum dreimal jährlich (also nicht öfter) geleistet werden solle, wobei die Bauern ohne allen weiteren Loskauf ihre Geschäfte im Stiche zu lassen haben; und dies nach dem Anraten rechtschaffener Männer der Stadt Bourges[1].“ Das Halbannum besteht also in persönlichen Diensten für die Amtsleute. Im Artikel 7 werden diese Dienste als Fronfuhren und Spanndienste bezeichnet. Die Dienste wurden bis dahin willkürlich gefordert; durch die von Ludwig VI. angeordnete Festlegung wird erreicht, dafs für das Halbannum künftig ein fester Geldbetrag und aufserdem noch drei nicht weiter ablösbare Fronfuhren zu leisten sind.

2. Die Mestiva ist eine Abgabe von dem geernteten Getreide[2]. Hierüber heifst es in der Urkunde: „Der Präpositus und die Vigerii pflegten in der Septena, dem Landbezirk von Bourges, die Mestiva (für sich selber, s. oben) einzutreiben; diesen Brauch aber hat der König gänzlich abgeschafft und aufgehoben[3].“

In dem Artikel 7 bestimmt die Urkunde alsdann die Gegenleistung: „Wegen des Erlasses dieser schlimmen Gebräuche haben alle pflichtigen Bauern, die selber einen Hausstand halten, versprochen, dem König jährlich ein Quart Weizen zu entrichten; wegen des Erlasses der Fronfuhren aber auf jeden Ochsen, den ein Bauer hält[4], je ein Quart Weizen; zudem von jedem Bauer

[1] Praepositus autem atque vigerius quotiescumque volebant halbannum submonebant et villanos sese redimere coërcebant; de quo quoque praeceptum ab ipso (Ludwig VI.) est ut illa redemptio halbanni remaneat et halbanum tamen ter in anno fiat termino competenti sine omni redemptione rustici sua negotia amittant et hoc consilio bonorum virorum ipsius civitatis. Ord. 1 S. 10 Art. 5. Bannum ter tantum in anno sine redemptione fiat competenti termino ne rustici negotia sua inde omittant et hoc consilio proborum hominum ipsius civitatis. Ord. 1 S. 49 Art. 5.

[2] S. oben S. 75 Anm. 4.

[3] Praeterea Praepositus aut Vigerii mestivas, hospicia capere consueverant in septena; sed hanc consuetudinem (Ludovicus VI) excepit penitus et dimisit. Ord. 1 S. 10 Art. 3. Praeterea praepositus atque vigerius mestivas et hospitia non accipiant. S. 49 Art. 3. Über die hospicia = gista, procuratio vgl. Ducange v. c.; Haltaus, Glossarium germ. v. Herberge.

[4] S. oben S. 75 Anm. 4 und unten die zweitfolgende Anm.

noch je eine Metze Gerste[1]. Von jedem Kleinbauern aber ein Quart für die Amtsleute[2].

Der Inhalt der Urkunde ist klar und entzieht sich jeder subjektiven Ausdeutung. Sowohl die Leistung wie die Ablösung des Halbannum wird wiederholt und mit aller Deutlichkeit beschrieben. Das Amt hatte ein unbezweifeltes Recht zur Forderung von Diensten und dieses Recht wird in abgemessener Weise aufrecht erhalten. Die Amtsleute hatten ihre Befugnis mifsbraucht und den Bauer von seiner Arbeit weggerufen[3]; diese Willkür wird beseitigt. Die Festlegung des Hauban erfolgt gemäfs den aus der Verpflichtung zu Fronfuhren sich ergebenden Unterschieden;

---

[1] Per harum itaque dimissionem pravarum consuetudinum omnes villani consuetudinarii qui per se sunt et familiam tenent cartallum unum frumenti Regiae Majestati annuatim persolvere firmaverunt: Pro divisione (lies, wie oben, dimissione) vero quarrorum de unoquoque bove rusticorum consuetudinariorum quartallum similiter unum frumenti; et de unoquoque rustico consuetudinario ordei minam unam. Ord. 1 S. 10 Art. 7. Pro pravarum itaque consuetudinum remissione et quittancia statutum est ut unusquisque villanus consuetudinarius qui per se est bovem non habens regiae reddat majestati unum quartallum frumenti et unum quartallum hordei, bovem habens reddat unum quartallum fromentum et minam hordei; et iterum pro quittantia charierorum pro unoquoque bove suo reddat unum quartallum frumenti. Ord. 1 S. 49 Art. 7.

[2] Der letztere, bisher unerklärte Satz lautet in der Urkunde von 1145: de fossoribus autem quartallum unum quod servientes habere solebant. De Laurière erklärt (Ord. 1 S. 10 Anm.) diese fossores unter Berufung auf eine Chronistenstelle für — Ganggräber, welche die unterirdischen Gänge graben, die bei Belagerungen wider die Festungsmauern getrieben wurden. Raynal Bd. 2 S. 14 dagegen will hierunter Bergleute, Eisenschürfer, verstanden wissen. Keine von beiden Auslegungen kann hier zutreffen. Die Fossores werden in der Urkunde deutlich den spannfähigen Bauern, die mit Ochsen wirtschaften, entgegengesetzt. Die Fossores sind also die kleinen Bauersleute, die, ohne jeden eigenen Viehstand, ihren Acker mit Hacke und Spaten bearbeiten (so auch im klassischen Latein fossor e. g. agri, horti, vinearum; ebenso fodio). Der Ausdruck entspricht also etwa unserm Kossäten, im Gegensatz zum Vollbauern. — Vgl. hierzu Heusler I S. 352: „Der Umfang des Rechtes auf Fronden und Dienste entspricht daher jeweilen der Leistungsfähigkeit, die das Gut vermöge seines Inventars aufweist. Von Bauergütern, die zu ihrer Bewirtschaftung Wagen und Gespann nötig haben, werden Spanndienste nach Mafsgabe des auf ihnen vorfindlichen Inventars erhoben, während kleinere Hofstellen ohne wichtigen landwirtschaftlichen Betrieb, und so auch städtische Liegenschaften der Handwerker, nur Handdienste zu liefern haben." — Die Spanndienste werden in den Quellen auch als Carroperae den Handdiensten als Manoperae gegenübergestellt.

[3] Das Interesse der angesehenen Stadtbürger, der boni viri, probi homines (s. oben S. 78 Anm. 1) an der Festlegung des Hauban ist so handgreiflich, dafs man hierfür keine geschraubte Erklärung heranzuziehen braucht. Die vermögenden Stadtbürger waren Besitzer von landwirtschaftlichen Grundstücken, die in Pacht gegeben waren und wertlos wurden, wenn der Bauer durch die Amtsleute von der Arbeit weggeholt und ausgeprefst wurde. Auch die im Eigenbetrieb stehenden Güter der Bürger konnten nicht bewirtschaftet werden, wenn zur Zeit der Felderbestellung und der Ernte Fuhrwerke und Arbeitsleute durch die Beamten mit Beschlag belegt wurden. Vgl. dagegen Mayer, Zoll S. 402 Text Z. 6 v. u.

der Vollbauer, der mit seinem Vieh Spanndienste leisten mufs, zahlt eine höhere Abfindung als der Kleinbauer, der nur mit seiner persönlichen Arbeitskraft aufgeboten wird[1].

In Paris erscheint der Hauban zuerst in einer Urkunde von 1111, worin Ludwig VI. bei Verleihung eines Backofens dem Bartholomeus de Fulcosio, seinem Fidelis[2], bestätigt, dafs er wegen (d. h. ungeachtet) der Innehabung des Ofens von jeder Leistungspflicht an den Präpositus, als Schatzung, Rofsdienst, Halbannum

[1] Dagegen will Mayer den Hauban als ein Handelsverbot an Nichtmitglieder der Hansa auffassen. Die Auslegung bei Mayer, der auf die obigen Urkunden über den Hauban selbst gar nicht näher eingeht, ist die folgende: „Nähme man die Stelle (in dem Recht für Bourges) für sich, so könnte man allenfalls denken, dafs der hasbannus ein Verbot fremder Einfuhr zu Gunsten des einheimischen Handels bedeutet. Aber damit stimmt das Recht von Paris und Senlis nicht. Die Lösung giebt — ein Zolltarif für Bourges aus dem Anfang des zwölften Jahrhunderts (Raynal II S. 524). Hier werden als Handelsartikel aufgezählt: Fische, Vieh, Wachs, Wolle, Leder, Wein. Fische, Vieh, Wolle, Leder, Wein werden aber nicht von Fremden, sondern von Bürgern, die auswärts aufgekauft haben, eingebracht." — In dem citierten Abgabentarif steht nun von alledem genau das Gegenteil; es heifst dort si burgenses ville boves vaccas porcos emerint et ad vendendum foris duxerint, per quemcumque portem ville exierint consuetudinem Regi et Sancto Sulpicio reddere debent. Einheimische Stadtbürger, die Vieh gekauft haben und es zum Verkauf nach aufserhalb verschicken, zahlen eine Abgabe. Nirgends findet sich alsdann in dem nur wenige Zeilen umfassenden Tarif auch nur ein Wort darüber, dafs die obenerwähnten, wichtigen Handelsgüter nicht von Fremden eingebracht, sondern von städtischen Bürgern auswärts aufgekauft würden — eine für das Mittelalter geradezu unvertretbare Annahme (vgl. unten 4. Kap., Marktversorgung). Die Bedeutung jenes bei Raynal abgedruckten kurzen Tarifs (Zollweistum) wird übrigens in dem ersten einleitenden Satz erklärt; die Einwohner von Bourges weigerten sich, die betr. Abgaben zu zahlen (quas auferunt homines Bituricenses); deshalb wurde ein Weistum über die bestrittene Zollpflicht der Bürger aufgenommen. — M. fährt dann fort: „Bei solcher Sachlage können die Bauern nicht dadurch ihre Negocia verlieren, dafs ihnen der Zutritt zur Stadt versagt wird, sondern nur dadurch, dafs den Händlern von Bourges zu bestimmten Zeiten versagt wird, sich anders als auf dem Markt zu versorgen. Der hasbannus ist hier das zeitweise Verbot des Handels aufser dem Markt, was dann in Bourges die Händler zur Rückkehr aus dem Gau zwingt." Diese Annahme widerspricht zunächst in allen ihren Teilen der mittelalterlichen Ordnung des Marktverkehrs; vgl. die Vorschriften über Zwischenhandel und Zwischenkauf, unten Kap. 4. Der Aufbau der obigen Sätze beruht übrigens auf der von M. gewählten Wiedergabe des Ausdrucks negocia amittere (s. die Urkunde oben S. 78 Anm. 1) durch „negocia verlieren". Diese Übersetzung ist irrtümlich; es mufs heifsen „Geschäfte im Stich lassen". Denn man kann keinen Menschen auffordern (submonere), eine Sache zu verlieren, sondern nur, sie im Stiche zu lassen. Hiermit erledigt sich eigentlich die Beweisführung der obigen Sätze schon von selber. — Von diesen Verstöfsen abgesehen, fällt die ganze Auslegung M.'s in sich zusammen, wenn man, was wohl das erste sein mufs, die beiden auf den Hauban in Bourges bezüglichen Urkunden selber liest.

[2] B. wird genannt im Jahre 1110 in der Zeugenreihe einer königlichen Urkunde unter den presentibus de palatio nostro. Lasteyrie S. 178.

und Auflage, freibleiben solle[1]. Zugleich gewährt der König, daſs die sechs bei dem Ofen bannpflichtigen Bäcker und der Ofenwärter jeweils von den vorgenannten Lasten befreit sein und daſs sie diese Leistungen künftig an den Bartholomeus de Fulcosio entrichten sollen, vorausgesetzt, daſs jene Bäcker nicht etwa pflichtige Leute des Königs selber sind[2]. Der Hauban ist hier eine unter mehreren herrschaftlichen Leistungen, die, wie in Bourges, durch den Präpositus eingefordert wurden. Bemerkenswert ist an dieser Urkunde — und darin unterscheidet sie sich von allen späteren Pariser Urkunden dieser Art — daſs sie noch eine Freilassung vom Hauban zum Gegenstand hat und zwar für einheimische Handwerker (die folgenden Pariser Urkunden kennen den Hauban immer nur als Abgabe). Es ist hiermit wiederum mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, was der Hauban ursprünglich gewesen ist, nämlich ein persönlicher Dienst; jede Deutung auf einen Hansabann u. dgl. ist damit schon hier abgeschnitten.

Daſs eine Festlegung des Hauban in Paris zur Zeit der Urkunde von 1111 bereits erfolgt war, ist nach dem Wortlaut des Schriftstückes anzunehmen. Jedenfalls wurde im Laufe des zwölften Jahrhunderts sowohl Festlegung wie Ablösung gewährt, und zwar geschah die Ablösung zunächst durch Naturalzahlung. Die Verpflichtung zum Hauban wurde umgesetzt in eine feste Abgabe an Wein, die an das königliche Schenkenamt zu entrichten war[3]. Hierbei blieb es bis zum Beginn des dreizehnten Jahrhunderts. Die Naturallieferungen hatten indes häufige Streitigkeiten zwischen den pflichtigen Handwerkern und dem Schenkenamt zur Folge. Im Jahre 1201 verfügte deshalb König Philipp II. Augustus die Umwandlung der Naturalabgabe in eine gleichbleibende Geldabgabe. Es wurde nunmehr festgesetzt, daſs, wie die Urkunde sagt, für einen ganzen Hauban sechs, für einen halben Hauban drei, für anderthalb Hauban neun Solidi in barem Gelde gezahlt werden sollten[4].

Der Ausdruck Hauban hat hier im dreizehnten Jahrhundert seine ursprüngliche Bedeutung bis zur völligen Verwischung derselben umgewandelt; er bezeichnet jetzt eine feste Geldabgabe, die von einzelnen Handwerkerschaften nach verschiedenen Sätzen gezahlt wird. Der Handwerker, der die Abfindung des Hauban zahlte, war dabei zugleich von den Umsatzabgaben für die Gegenstände seines Gewerbebetriebes befreit. Im Sprachgebrauch des

---

[1] Quod Bartolomeo de Fulcosio furnum quem Parisius habebat tanta libertate possidendum et habendum concedimus ut predicti furni ab omni consuetudine videlicet tallia seu equitatione seu hasbanno seu exauctione nostri prepositi liber et solutus permaneat dum furnum tenuerit. Lasteyrie S. 184. Vgl. auch a. a. O. S. 272 Nr. 281 A. 1140.

[2] Ita tamen ut predicti talemerarii tales sint qui predictas consuetudines nobis nec debuissent nec solvissent. Lasteyrie S. 184.

[3] L. d. M. II Tit. 8 Art. 15.

[4] Ord. 1 S. 25; L. d. M. Einl. S. 139 Anm.

dreizehnten Jahrhunderts bezeichnet also der Hauban in Paris eine Jahresabgabe in dem der Abstufung fähigen Grundbetrag von sechs Solidi, mit der die Befreiung von Handelsabgaben verbunden ist[1].

In dieser Definition ist eine Reihe von Vorgängen zusammengeschmolzen, deren Unterscheidung sich teils aus der voraufgehenden Darstellung, teils aus der Geschichte des alten Pariser Handwerks[2] ergiebt. Der Sprachgebrauch des dreizehnten Jahrhunderts (Hauban = Abgabe), sowie die Abstufung der Sätze erklären sich sofort, wenn wir an die Ablösung in Bourges und an den dort gemachten Unterschied zwischen Vollbauern und Kleinbauern zurückdenken. Die Verpflichtung zu den persönlichen Diensten war nicht für Alle gleich; sondern wie in Bourges unter den Bauern, so sind in Paris unter den Handwerkerschaften die Dienstleistungen von verschiedenem Umfang. Diese verschiedenen Grade der Dienstleistungen kommen nach erfolgter Ablösung der Dienste in den abgestuften Sätzen des Zinses zum Ausdruck[3]. Wie in Bourges für die Abfindung des Vollbauern eine Metze Gerste zu geben ist, so setzt man in Paris einen ganzen Hauban an und versteht darunter ursprünglich die volle Dienstleistung, alsdann nach der Ablösung bei Naturalzahlung einen Modius Wein; endlich bei der späteren Geldzahlung sechs Solidi. Wie dort ein Quart zu geben ist, so ist hier ein halber Hauban, gleich einem halben Modius oder drei Solidi, zu entrichten[4].

Die Verbindung des Hauban und der Abgabenfreiheit folgt dann aus der Handwerksgeschichte. Nur eine bestimmte Anzahl von Handwerkerschaften hatte im dreizehnten Jahrhundert den Hauban[5]. Diese Handwerkerschaften, vierzehn an der Zahl, gehören, mit zwei Ausnahmen, sämtlich zu den Magisterien; es sind die alten Ämter, die bereits im zwölften Jahrhundert eine Organisation besitzen. Weder findet sich der Hauban bei der damals nicht organisierten unteren Bevölkerung, noch haben ihn die in späterer Zeit entstandenen Zünfte. Die Handwerkerschaften alten Bestandes dagegen waren aus früherer Zeit dem Hauban

[1] Haubans est uns propres noms de une coustume assise anciennement par la quele il fu establi que quiconques serroit haubaniers qu'il serroit frans et à mains de droitures paians del mestier et de la marchandise dont il serroit haubaniers que cilz qui ne seroit pas haubaniers. L. d. M. II Tit. 8 Art. 14.

[2] Mag. u. Frat. S. 24 ff.

[3] S. oben S. 77 und 78 Anm. 2 am Ende.

[4] So haben die Pariser Fleischer einen ganzen Hauban zu leisten = 1 Modius Wein = 6 Solidi; die Säckler einen halben Hauban. Vgl. die Sätze L. d. M. Einl. S. 138.

[5] Das L. d. M. II Tit. 8 Art. 17 giebt für den Hauban im dreizehnten Jahrhundert zwei Erwerbsarten an: 1. Eintritt in eine Handwerkerschaft, die als solche den Hauban hat und 2. individuelle gnadenweise oder entgeltliche Verleihung durch den König. Es ist bemerkenswert, wie die ehemalige Belastung sich in ein Vorrecht verwandelt hat.

unterworfen; zugleich mit ihrer Organisation haben sie sich, hier wie in anderen Dingen, ihr altes Recht erhalten. Der Zusammenhang zwischen Hauban und Abgabenfreiheit, den sich das dreizehnte Jahrhundert konstruierte, ist nur ein äufserer und organisatorischer; die alten Handwerkerschaften sind von den Handelsabgaben befreit, nicht weil sie den Hauban zahlen, sondern weil sie — wie wiederum der Hauban beweist — grundherrlichen Ursprungs sind. Die unter Hofrecht stehenden Handwerker waren — nach Hofrecht und ohne jede inneren Zusammenhang mit dem Hauban — von den Umsatzabgaben für die Gegenstände ihres Gewerbebetriebs befreit[1]. Die Handwerkerschaften alten Bestandes, und nur diese allein, haben hier zugleich mit der Abfindung für den Hauban die grundherrliche Abgabenfreiheit bewahrt[2].

[1] S. oben S. 74 Anm. 2 die dem eilften Jahrhundert entstammende Urkunde für Arras bezügl. der Zinsleute. S. ferner: Quicumque de familia ecclesie hujus vir vel mulier vendiderit in hac civitate res quas vel manibus suis fecerit vel que creverint ei non dabit thelonium. Et si quid emerit ad opus suum quod gracia lucri vendere noluerit similiter theloneum non dabit. Strafsburger Urkundenbuch, herausg. v. Wiegand Bd. 1 S. 470 Art. 52.

[2] Die Mayersche Erklärung des Hauban für Paris (die wiederum von den Urkunden absieht) ist die folgende: „Das Has in hasbannus läfst sich nicht anders erklären als hansa; denn has-bannus ist Bann an die negociatores (sic; s. die Urkunden), hasbannus mufs von denselben Gewerbsleuten gezahlt werden, welche achat lou Roy entrichten (das ist ein Irrtum; von den 14 Haubaniers-Gewerken finden sich nur 12 unter den 25 kaufpflichtigen Gewerken; s. Mag. u. Frat. S. 15 Anm. 3) und dadurch nachweislich unter der herrschaftlichen Gewalt des Königs stehen; beides zwingt (sic; beide Voraussetzungen sind irrtümlich) zu dem sprachlich vollkommen korrekten Schlufs, dafs has = hansa ist und gleichbedeutend mit — der ofterwähnten Pariser hansa mercatorum" (Zoll S. 466). — Dafs hier wie überall bei Ernst Mayer unbedingt Gutgläubigkeit vorauszusetzen ist, brauche ich kaum hervorzuheben. Ich vermag indes in diesem Fall nicht einmal eine Vermutung darüber aufzustellen, wie M. zu seiner Annahme gelangt ist. Die Pariser Hansa einerseits, die Haubaniers-Gewerke andererseits gehören ganz verschiedenen Organisationen an, über die wir durch eine lange Folge von Urkunden auf das genaueste unterrichtet sind. Die Pariser Hansa und die Verbände der Handwerker bilden die schroffsten Gegensätze, die innerhalb einer Stadt denkbar sind. Über die Pariser Hansa vgl. die Darstellungen von Lecaron, Hist. de P. 7 S. 79 ff.; Hegel, Städte und Gilden 2 S. 86 ff.; Köhne, Hgr. S. 271 ff. — Im einzelnen ist noch zu Mayer, Zoll S. 400 Anm. 1 zu bemerken, dafs bei den Fleischern im dreizehnten Jahrhundert die Verleihung der Gewerbsbefugnis nicht vom Belieben des Königs abhängt; die citierte Stelle L. d. M. II Tit. 8 Art. 7 handelt von dem mit der Amtsbürtigkeit verbundenen Gnadenrecht des Königs; s. Mag. u. Frat. S. 31 und Königsm. S. 816; über die Stellung der Fleischer zur Zeit Boileaus vgl. Mag. u. Frat. S. 32 ff. — Die Pariser Tucher sind keineswegs unter den Wollwebern zu suchen; die einen bildeten die Bruderschaft der Tucher, die anderen das Magisterium der Weber; s. hier oben S. 58. — Die Halbanati forinseci — dies zu M., Verf. II S. 278 Anm. 39 — in der Urkunde von 1222 sind nicht die forinseci des Bischofs, sondern schlechtweg forinseci, d. h. Auswärtige, im Gegensatz zu den a. a. O. genannten halbannatis qui sunt de corpore Parisiensi et de surbubiis; gemeint sind Auswärtige, die auf Grund der im dreizehnten Jahrhundert zulässigen Erwerbsformen

In Senlis verleiht Ludwig VI. der Vincentiusabtei im Jahre 1129 das Recht, von ihren Hintersassen, die als Handelsleute i. w. S.[1] auf dem städtischen Markt den feilen Kauf ausüben, das Halbannum zu erheben, wie es die übrigen Handelsleute an den Praepositus entrichten[2]. Die Abtei empfängt also die Befugnis, auf ihrem Grund und Boden den in der Stadt Senlis allgemein zu Recht bestehenden Hauban abzufordern. Eine Urkunde von Saint-Maur des Fossés aus dem Jahre 1269 erwähnt den Hauban unter andern Rechten[3]. —

Neben dem Hauban ist hier der Wachtzins zu erwähnen, der bei einzelnen Pariser Handwerkerschaften noch im dreizehnten Jahrhundert nachweisbar ist[4]. Der Wachtzins besteht bei den magisterialen Gewerken bereits im zwölften Jahrhundert und ist seinem Ursprunge nach völlig verschieden von der allgemeinen Wachtpflicht die erst im dreizehnten Jahrhundert (um 1250) als öffentlichrechtliche Verpflichtung neu eingeführt wurde. Dem Hauban steht der Wachtzins rechtlich insofern gleich als er, als Überrest einer älteren Verfassung, nur auf wenigen altorganisierten Gewerken haften blieb und für diese in der späteren Zeit zu einem wertvollen Vorrecht gegenüber den neugegründeten Zünften wurde[5].

Die besonderen Abgaben vom berufsmäfsigen Gewerbebetrieb zerfallen in solche, die von mehreren oder von allen Handwerkerschaften eines bestimmten Bezirks zu tragen sind und in solche, zu denen jeweils nur eine einzelne Handwerkerschaft ver-

---

(s. oben S. 82 Anm. 5) den Hauban empfangen hatten. Auswärtige Gewerbetreibende, die aufserhalb der Ringmauern und der Vorstädte, jedoch innerhalb der Bannmeile wohnten, konnten bei einzelnen Gewerben im dreizehnten Jahrhundert sich ohne weiteres den Hauban verschaffen. L. d. M. I Tit. 76 Art. 26. — Bei der Hansagebühr in Reims, deren Bedeutung von M. als grundlegend für die ganze Erörterung hansa = hauban bezeichnet wird (Zoll S. 465; jede Quellenangabe ist dort unterlassen) handelt es sich um einen häufig vorkommenden Anspruch der Tucher (Magistri draperiorum, nicht textorum, wie bei M., wohl infolge eines Schreibfehlers, gesagt ist) gegenüber den Webern. Die Tucher verlangten, dafs die Weber, wenn sie auf eigene Rechnung Tuch machen wollten, auch die Eintrittsgebühr für das Tuchergewerbe zahlen sollten; ein Anspruch, der von den Webern mit Erfolg bestritten wurde. S. Varin Adm. 1 S. 1072. Über das bürgerliche Recht des Tuchmachens in den Tucherstädten s. unten Kap. 3.

[1] S. oben S. 56 Anm. 1.

[2] Confirmamus quidem quod hospites jam dictae ecclesiae qui mercatores sunt et in foro nostro opera venalia exercent, hasbanum quod caeteri mercatores praeposito nostro persolvunt, ipsi ecclesiae persolvant. Gallia christiana X App. S. 428.

[3] Ducange v. c.

[4] Mag. u. Frat. S. 17 und Anm. 1 Nr. 3.

[5] S. Mag. u. Frat. im einzelnen.

pflichtet ist. Nach der Art der Aufbringung scheiden sich diese Abgaben in Amtszinse und in Individualabgaben[1].

Unter den von einer Mehrzahl von Handwerkerschaften zu leistenden Abgaben ist zunächst der Gewerbekauf, wie Hauban und Wachtzins grundherrlichen Ursprungs, zu nennen[2]. Der dem Gewerbekauf unterworfene Handwerker hat, bevor er sein Gewerbe für den Markt auszuüben beginnt, eine Abgabe, das Kaufgeld, zu zahlen. Diese Abgabe ist durchaus beschränkt auf die aus dem Recht der Grundherrschaft sich ergebenden Beziehungen. Der Gewerbekauf wird niemals gezahlt für irgend ein öffentliches oder für ein genossenschaftliches oder auch für ein dingliches Recht; es steht ihm nichts anderes gegenüber als der privatrechtliche Verzicht des Grundherrn auf geschuldete Dienste. Das Kaufgeld ist lediglich eine Vorbelastung des Pflichtigen, die auf dem alten grundherrlichen Verhältnis beruht und nichts anderes in sich begreift, als die persönliche Erlaubnis für den Handwerker zur Arbeit für eigene Rechnung.

Der Handwerker, der den Gewerbekauf gezahlt hat, hat damit lediglich seine Verpflichtung gegenüber dem Grundherrn abgelöst, jedoch keineswegs das öffentliche oder genossenschaftliche Recht der Ausübung des Gewerbebetriebs erworben. Dieses Recht wird vielmehr gesondert verliehen und mufs gesondert erworben werden. Der Pariser Fischhändler ist dem Gewerbekauf unterworfen; die Ausübung des Gewerbes wird ihm aber erst gestattet, nachdem er ein Meistergeld von zwanzig Solidi an die Zunft entrichtet hat[3]. War jedoch der Bewerber nicht als tüchtig bezeugt[4] oder war er übel beleumundet, so hatte die Zunft das unbedingte Recht, ihn trotz gezahlten Gewerbekaufs zurückzuweisen[5]. Der Pariser Bäcker hat das Gewerbe zu kaufen; zu dem Amt wird er aber erst zugelassen, wenn er es nach gezahltem Gewerbekauf vier Jahre lang gemutet hat[6]. Die Althändler ver-

---

[1] Über die Definition beider Ausdrücke vgl. Mag. u. Frat. S. 11.

[2] Mag. u. Frat. S. 12 ff.

[3] Nus Poisonniers qui le mestier ait achaté au Roy ne puet avoir le mestier tout sus c'est à savoir partir au poison que cilz achatent qui ont le mestier tout sus ne ne puent acheter poison à Paris n'à mains de II lieues près en tout sens, se il ne poie XX s. de parisis à IIII preudesoumes du mestier. L. d. M. I Tit. 100 Art. 2.

[4] S. oben S. 30.

[5] Se aucuns Poissonniers achate le mestier à celui qui de par le Roy le vent et il ne soit preud'on et loiaus de bonne conversation et de bonne vie, li III preudoume devant dit qui le mestier gardent de par le Roi ou li III des IIII le puent refuser et hoster qu'il n'ait part ne compaignie u mestier devant dit. L. d. M. I Tit. 100 Art. 4.

[6] Quant li noviax Talemelier ara en tel maniere fet quatre ans acomplis il prendra un neuf pot de terre et ara dedanz le pot nois et nieules; et venra à la meson au mestre des Talemeliers et aura avec lui le coustumier et touz les Talemeliers et les mestres vallès que l'on apele joindre. Et doit cil noviax Talemelier dire: „Mestre, je ai fait et acompli mes quatre ennées.“ L. d. M. I Tit. 1 Art. 13.

boten das Gewerbe jedem, der nicht von ihnen als tüchtig und rechtschaffen bezeugt war [1]. Die das Recht der Amtsbürtigkeit besitzenden Wollweber liefsen keinen Amtsfremden zur Ausübung des Gewerbes zu, auch wenn er das Gewerbe gekauft hatte [2]. In den Urkunden, auch in den später aufgezeichneten [3], ist der Gewerbekauf stets von den genossenschaftlichen und öffentlichen Rechten getrennt und als eine Abgabe streng privatrechtlichen, grundherrlichen Charakters dargestellt [4]. —

Eine besondere Abgabe, die nur von Gewerbetreibenden zu entrichten ist, wird ferner in einem Privileg Ludwigs VII. für Etampes vom Jahre 1179 erwähnt und dort Bonitas genannt. Die Bonitas wird umschrieben als eine Abgabe, die dem Praepositus geschuldet wird von solchen Handelsleuten, die sich regelmäfsig zu Kauf und Verkauf auf dem Markte einfinden [5]. Bei einigen Gewerben wird der Betrag der Bonitas in den Urkunden genau aufgeführt; es gaben die Weifsgerber jährlich zwölf Denare; die Wachshändler einen Pfennigwert Wachs; die Kürschner, wenn sie Rauchwaren fertig herstellten, ein Fell [6]. Die Krämer, die im eigenen Laden verkauften, hatten die Abgabe nicht zu zahlen [7].

Leistungen und Abgaben einzelner Handwerkerschaften werden in grofser Zahl erwähnt. Art wie Umfang der Verpflichtungen sind überaus verschieden. Zu einem Amtszins war das Korduaner-Amt in Paris verbunden, das einen jährlichen Zins von 32 Solidi, als heuses du Roy (des Königs Gamaschen) bezeichnet, zu zahlen

---

[1] Li chamberier ou son conmendement ne pueent ne ne doivent le mestier devant dit vendre à nul ame que il ne soit preud'om et loial et du quel il aient boen tesmoignage et souffisant qu'il soit preud'ome et loiax. L. d. M. I Tit. 76 Art. 2.

[2] Li mestier de toissarranderie est tex que nul ne le puet avoir se il ne l'achate du Roy et puis qu'il est au Roy à vendre dont n'est il pas aus toisserans à deffendre: et li toisserran le deffendent bien quant il ne voelent que nul ne le face faire s'il n'est filz de mestre. Beschwerde der Färber, L. d. M. I Tit. 54 Art. 6.

[3] Vgl. das erst in der nächsten Periode (A. 1393) aufgezeichnete Schlosserstatut. Art. 1. Nulz ne peut estre serrurier à Paris, s'il n'achate le mestier du Roy, et le vent de par le Roy son maistre maréchal de sa forge à qui le Roy l'a donné. Art. 2. Nulz ne peut estre serrurier à Paris ne tenir ouvrouer jusques à tant que il ait fait son chief d'oeuvre, et si paiera dix sols au Roy, dont les jurez auront le quart. Mét. 2 S. 469. Bemerkenswert ist hier die Gegenüberstellung des Königs in privatrechtlicher (grundherrlicher) und in öffentlichrechtlicher Eigenschaft. Das Meistergeld (Art. 2) ist erst in späterer Zeit dem Gewerbekauf (Art. 1) hinzugelegt worden. Vgl. L. d. M. I Tit. 18.

[4] Vgl. die Schilderung des Gewerbekaufs Mag. u. Frat. S. 13 bis 16 im Zusammenhang und insbesondere noch S. 129 a. a. O.

[5] Nemo bonitatem debebit Praeposito nisi mercator fuerit in foro vendere solitus et emere. Ord. 11 S. 212 Art. 11.

[6] Messageicerii singuli non nisi duodecim den. pro bonitate dabunt singulis annis. Art. 19. Cerarii singulo uno quoque anno pro bonitate denariata cerae tantum die Jovis ante festum Purificationis B. Mariae dabunt. Art. 20. Nemo pellem praeposito dabit nisi confitum faciens. Art. 12.

[7] Nemo regratarius ad fenestram vendens bonitatem praeposito dabit. Art. 10.

hatte[1]. Die Weber von Etampes übernahmen einen Amtszins bei ihrer Befreiung von grundherrlichen Lasten im Jahre 1204[2]. Bei dem Pariser Schmiedeamt besteht eine besondere Amtsabgabe, des Königs Hufeisen (fers le Roy) benannt, für die jeder Schmied sechs Denare jährlich gab[3]. Kopfzinse finden wir bei den Bäckern in Pontoise, bei den Fleischern, Bäckern, Korduanern und Flufsfischern in Paris[4]. Einen Gerichtspfennig oder Urkundspfennig gaben die Pariser Bäcker, Althändler, Kürschner und Handschuhmacher zur Anerkenntnis der magisterialen Gerichtsbarkeit[5]. Besondere Abgaben waren von einer Reihe von Gewerbetreibenden in Sens zu leisten. Die Waidhändler hatten jährlich 16 den., die Lederhändler 32 den., die Bäcker 36 den. zu entrichten. Für jeden Käseladen waren 2 solidi, für jeden Kürschnerladen 4 den., für jeden Färberkessel gleichfalls 4 den. jährlich zu zahlen. Die Salzhändler gaben jährlich ein Quart Salz; die Schuster vier Paar Schuhe; die Holzgeschirrmacher und die Glashändler hatten ebenfalls Gegenstände ihres Gewerbebetriebes darzureichen[6]. Naturalabgaben kommen auch sonst vielfach vor[7]. Zu persönlichen Diensten und regelmäfsigen oder zeitweiligen gewerblichen Leistungen ist das Schmiedeamt in Châlons verbunden[8]. Tagdienste einzelner Handwerkerschaften sind noch in späterer Zeit nachweisbar[9]. — Keine unter den vorgenannten besonderen Abgaben ist fortbildungsfähig; sie beruhten auf Verhältnissen, die sich schon im dreizehnten Jahrhundert überlebt hatten.

Das eigene Gebührenwesen der Zünfte ist im dreizehnten Jahrhundert erst wenig entwickelt; nur in ihren ersten, geringen Ansätzen sind selbständige, zünftlerische Gebühren zu finden. Die Meisteraufnahme ist von seiten der Zunft in dieser Periode im allgemeinen mit keinen oder nur mit geringen Geldleistungen beschwert. Die spätere Hauptabgabe, das Meistergeld, ist noch kaum bekannt; nur wenige Zünfte erheben bereits, in ersichtlicher Anlehnung an den alten Gewerbekauf[10], ein

---

1 Mag. u. Frat. S. 98.
2 Mag. u. Frat. S. 122.
3 Mag. u. Frat. S. 91.
4 Mag. u. Frat. S. 29, 77, 98, 101, 109; s. auch S. 111 Beauvais. Vgl. Heusler 1 S. 136.
5 Mag. u. Frat. S. 80 und 94.
6 Bibl. de l'Ecole des Chartes 6 série 2. Bd. S. 286, 287, 294, 295, 297. — Vgl. noch für Provins Bourquelot, Histoire de Provins 1840 II S. 423.
7 S. auch oben S. 59 Anm. 1.
8 Mag. u. Frat. S 115.
9 Vgl. die Aufzeichnungen aus Beauvais, Mag. u. Frat. S. 111. Vgl. etwa noch die Abgabe vom Fischverkauf, hallebic genannt, in Paris, Lamare 3 S. 89; das Recht des Burggrafen von Amiens über die Wechslertische (Entnahme einer Handvoll Pfennige von jedem Tisch), Thierry 1 S. 78.
10 Mag. u. Frat. S. 12.

Meistergeld, das zur Bestreitung gemeinsamer Ausgaben oder zu Gunsten der Bruderschaft verwendet wird[1]. Die Hanse wird als die von den handeltreibenden Kaufleuten zu zahlende Abgabe schon seit dem zwölften Jahrhundert erwähnt[2]. Für die Abgabe bei Ausübung eines Gewerbebetriebes wird der Ausdruck Hanse im dreizehnten Jahrhundert vereinzelt angewandt; die Tucher von Reims verlangen im Jahre 1292, dafs die Weber, wenn sie selbständig Tuch machen, das Eintrittsgeld in das Tucheramt, mit Hanse bezeichnet, entrichten sollen[3]. Mehrfach findet sich dagegen die Verpflichtung des neuen Meisters, bei seiner Aufnahme die Genossen durch einen Trunk oder durch einen Meisterschmaus zu bewirten. Schon damals mögen Brauch und Sitte diese Leistung gefordert haben, die in einigen Statuten ausdrücklich erwähnt wird[4]. Bei einzelnen Gewerken hatte die Herrichtung des Meisterschmauses schon zu jener Zeit den Charakter einer gröfseren feststehenden Prästation; so bei den Fleischern zu Paris[5] und bei den Bäckern zu Pontoise[6].

Regelmäfsig zu entrichtende Beiträge zu Gunsten der Bruderschaft werden in den Statuten noch wenig genannt. Vereinzelt werden Wochenbeiträge erwähnt, die zur Wahrung des Vorteils der Zunft dienen sollen[7]. Allgemein ist dagegen eine Einschreibegebühr eingeführt, die bei dem Aufdingen eines Lehrlings zu entrichten ist und für die Zwecke der Zunft im allgemeinen oder der Bruderschaft im besonderen verwendet wird[8].

---

[1] Mag. u. Frat. S. 14 u. 15.

[2] So in St. Omer; s. Köhne, Hgr. S. 122, dessen Auslegung a. a. O. ich mich anschliefse. Vgl. Giry S. 372; Luchaire, Man. S. 358; Mayer, Zoll; Ducange v. Hansa 1. 2.

[3] Varin, Adm. I S. 1072; s. oben S. 83 Anm. 2 am Ende. Vgl. Godefroy v. Hanse 1; Ducange v. Hansa 2 (wo jedoch bei dem Statut von Langres Ord. 6 S. 607 1381 statt 1301 zu lesen ist).

[4] Quant li Gantier a ainsinc le mestier achaté, il convient que il poit XII d. au vin aus conpaingnons qui ont esté au marchié. L. d. M. Tit. 88 Art. 2. Que il doint XII deniers à boivre aus compaignons. Tit. 76 Art. 26.

[5] Nemo potest esse carnifex Parisiensis quin alii carnifices habeant sua jura scilicet pastum et potum nisi spontanea voluntate perdonare voluerint. Ord. 3 S. 259.

[6] Quicumque autem intraverit in hoc officium potabit bolangerios et singulis dabit gastellum unius oboli; sed ille quitum habebit ministerium qui de reddendo censu nostro submonebit alios Ord. 11 S. 308, Olim I S. 559. Beugnot erklärt a. a. O. S. 1039 Anm. 50 den Ausdruck potare irrtümlich als Matrimonium contrahere, nach Ducange potare 1. Die Bedeutung ist richtig angegeben bei Ducange potare 2.

[7] Que chascun du mestier, mestres, vallet, mette chascune semaine en la boite I d. por garder les profiz du mestier. L.d.M. Tit. 60 Art. 12.

[8] L.d.M. Tit. 21 Art. 5, Tit. 22 Art. 6, Tit. 37 Art. 5, Tit. 79 Art. 9, Tit. 80 Art. 5 und öfters; Germain Montp. Band 3 S. 459.

Drittes Kapitel.

Technik und Betrieb[1].

Technik und Betrieb des Handwerks bilden das Gebiet, auf dem in der vorliegenden Periode das Recht der Selbstsatzung der Handwerker am breitesten und am ungehindertsten in Erscheinung tritt. Die gewerbliche Technik beruhte bis in das dreizehnte Jahrhundert lediglich auf der mündlichen Überlieferung, deren Träger die Handwerksmeister waren. Während des dreizehnten Jahrhunderts beginnt die schriftliche Aufzeichnung durch Zunftstatuten und Gewerbeordnungen. Das ältere Zunftstatut ist im allgemeinen kurz. Die ersten Zunftprivilegien hatten zunächst verfassungsrechtliche Bedeutung; ihr Zweck war, das Recht einer Körperschaft erst zu erschaffen. Den wesentlichen Inhalt bildet die Thatsache der Privilegierung[2] und die Aufzählung der dem Handwerk verliehenen Rechte; technische Bestimmungen fehlen entweder ganz oder nehmen nur einen geringen Raum ein.

Nur die Gewerbe, bei denen die Verarbeitung besonderen Materials in einer bestimmten Beschaffenheit und in einer bestimmten Menge gefordert wurde, schritten frühzeitig zu schriftlicher Aufzeichnung. Vor allem ist hier die Gewebeindustrie nebst den mit ihr zusammenhängenden Nebengewerben zu nennen. Die Webereigewerbe besitzen schon im dreizehnten Jahrhundert ausführliche geschriebene Ordnungen, die uns insbesondere aus den Städten Châlons s./M., Chartres, Beauvais, Montpellier, Paris, Reims, Douai und St. Omer überliefert werden. Zunächst ist die umfangreiche Tucherordnung für Châlons vom Jahre 1243[3] zu erwähnen. Die Beschaffenheit des Garns und der verschiedenen Tuchsorten wird hier bis in die kleinsten Einzelheiten geregelt. Kürzer ist das

---

[1] Schmoller, Untern.; Bücher, Gew.; Ders., Die Entstehung der Volkswirtschaft, 2. Aufl. Tübingen 1898; v. Inama-Sternegg, D. W.-G.

[2] Über deren Bedeutung vgl. Mag. u. Frat. S. 28 Text und Anm.

[3] Vaterl. A. S. 135 ff.

etwas ältere Statut für Chartres aus den Jahren 1218—1235 [1]. Die Bestimmungen für das Tuchergewerbe von Beauvais sind in den Artikeln 21, 22 und 23 des im Jahre 1276 zwischen Bischof und Rat geschlossenen Vergleichs enthalten [2]. Eine Tucherordnung von Abbéville vom Jahre 1300 giebt genaue Vorschriften über die Qualität, die Stücklänge und das Stückgewicht der Tuche [3]. Von grofser Ausführlichkeit sind dann die technischen Vorschriften in den sorgfältig ausgearbeiteten Ordnungen für die Tucher, Weber, Färber und Walker in St. Omer und in Paris [4]. In den Ordnungen für Chartres, Châlons, Beauvais, Reims und St. Omer finden sich auch die ersten Bestimmungen über das Recht der Verkehrszeichen. Chartres und Châlons besitzen ihr eigenes Stückmafs für die städtischen Tuche; in Châlons wird zudem verboten, fremdes Tuch als Chalonnaiser zu verkaufen [5]. Beauvais [6] und St. Omer [7] setzen sowohl ihre eigene Stücklänge als auch das Stückgewicht fest. In St. Omer wird zudem in der Weberei das Meisterzeichen und das Stadtzeichen, in Chartres für die Tucher das Meisterzeichen [8] vorgeschrieben [9].

Im übrigen aber vermied die Zunft im dreizehnten Jahrhundert nach Möglichkeit das schriftliche Aufzeichnen technischer Bestimmungen, das einer Festlegung derselben gleichkam. Die Selbständigkeit des Handwerks wurde bei der mündlichen Überlieferung weit besser gewahrt [10]. Nur die unerlaubten Hantierungen, die als Falschwerk galten, werden unter Beifügung der Strafen kurz aufgeführt. In der Hauptsache verlangte die Zunft, mit einer allgemein gehaltenen Formel, dafs die rechte Arbeit dem

---

[1] Lépinois I S. 380.

[2] Labande S. 304 ff.

[3] Li dras escrus doit avoir trente aulnes de long et doit estre le laine en XX^{c}, et doit peser li dras escrus quarante deux livres et doivent estre tout li drap tissu en laine de XX^{c} et nient de mains. Thierry IV S. 66.

[4] Giry und L.d.M.

[5] On ne doit vendre nus dras de vile en non (nom) de Chaalons. Vaterl. A. S. 136; s. unten II. Teil 1. Abschn. 1. Kap.

[6] Insuper concordatum fuit quod si pannus de XL ulnis vel de XX rectum pondus suum non habeat, si pannus de XL ulnis habeat II libras vel minus de II minus de recto pondere et pannus de XX ulnis unam libram vel minus de una libra minus de recto pondere, pannus propter hoc nisi fuerit defectus alius non combouretur vel scindetur. Labande S. 306 Art. 23.

[7] Le saie quant ele kiet de l'ansuel doit peseir à mains XXXIX lib. et s'ele pesast mains ele seroit caupée en III pieches. Giry S. 551 Art. 588. Les saies doivent estre tendues en lonc as liches XXXVII aunes au mains u XXXVIII aunes au plus et en lei II aunes demi quartier mains. S. 553 Art. 596, ferner Art. 598 ff., S. 557 Art. 622 ff.

[8] Ducange v. Parator.

[9] Wegen der Verkehrszeichen s. unten II. Teil 1. Abschn. 1. Kap.

[10] Wir werden später finden, dafs die Zunahme der schriftlichen Aufzeichnung mit dem Schwinden der Selbstsatzung im Handwerk zusammenfällt. S. unten II. Teil 1. Abschn. 3. Kap.

„Brauch und Herkommen des Handwerks" entspreche; die Entscheidung hierüber lag bei den Zunftgeschworenen. —

Für den Betrieb des Handwerks stellt das Zunftwesen den Grundsatz auf, dafs die wirtschaftliche Selbständigkeit des einzelnen Meisters, genauer gesagt, der einzelnen Meisterstelle, gewahrt werden müsse. Die Betriebsregulierungen der Zunft sind in erster Linie auf die Durchführung und Aufrechterhaltung dieses Satzes gerichtet; er giebt die Richtschnur für die zünftlerische Auffassung vom Gewerbebetrieb. Die Zunft widersetzt sich demgemäfs jeder Häufung der Betriebsmittel und Betriebe in einer Hand. Der Bildung einer wirtschaftlichen Übermacht, wie der Zusammenlegung der Betriebe wird eine Reihe von Vorschriften entgegengestellt; unter diesen sind die wichtigsten:

1. das Teilungsrecht,
2. das Verbot der Associierung mehrerer Meister,
3. das Verbot des Haltens mehrerer Betriebsstätten.

Das Teilungsrecht (droit de part) hatte den doppelten Zweck, den Aufkauf durch die begüterten Meister zu verhindern und ferner dem weniger bemittelten Handwerker die Vorteile des Einkaufs im grofsen zukommen zu lassen. Das Recht bestand darin, dafs ein Handwerksmeister, der beim Abschlufs eines Kaufgeschäftes durch einen Zunftgenossen hinzutrat, beanspruchen konnte, dafs ihm von der gekauften Ware und zu dem vereinbarten Preise diejenige Menge abgelassen wurde, deren er für seinen Betrieb bedurfte. Der die Teilung beanspruchende Meister mufste jedoch in dem Augenblick hinzutreten, in welchem der Käufer dem Verkäufer den Gottespfennig (denier à Dieu, die Arrha) überreichte oder den Handschlag gab und damit den Kauf zum förmlichen und endgültigen Abschlufs brachte[1]. Dann

[1] Si aliquis in Montepessulano aliquod mercatum fecerit et alii homines habitatores Montispessulani presentes fuerint in domo vel in loco ubi illud mercatum factum fuerit si tunc dicant se velle habere ibi partem ille qui mercatum receperit tenetur eis partem dare in illo mercato .... In his autem que aliquis emit ad usum suum vel familie sue non tenetur dare partem. Nec homo Montispessulani tenetur dare partem homini extraneo de aliquo mercato. Sed extraneus tenetur dare partem habitatori Montispessulani et alii homini extraneo. Thal. S. 62 Art. 6 A. 1205. — Que nus ne prenge part de vin sour l'estaple s'il n'est à son oes propre ne demande part s'il ne soit là le paumée soit ferue ou le denier dieu donei. Giry S. 504 Art. 27. Se aucun Selier achate aucune chose apartenant à son mestier dedenz la ville de Paris ou dehors, et aucun du mestier aus Seliers est au denier Dieu baillier, à la paumée, ou au marchié faire, il aura part el marchié de quelque chose que ce soit apartenant à son mestier, soit de painture, de garnisure, de courdouan ou d'autres choses. Et se celui qui part demanderoit (en veut) prendre le moitié, il en prendra si poc qu'il vaudra et de quelque maniere de chose qu'il li plera, par le pris qu'il vaudra. L.d.M. Tit. 78 Art. 21. Vgl. auch die kurze Tucherordnung für Laon von 1248, abgedruckt Revue des sociétés savantes 4 série, Band 4, Paris 1866, S. 462. In der Stelle que nus ne puist partir que dui à un fehlt ein Wort. Der Herausgeber

konnte er sein Recht, an dem Kauf nach Mafsgabe seines Bedarfs teilzunehmen, geltend machen. Bei Nahrungsmitteln konnte jeder Bürger, der bei dem Abschlufs eines Handelsgeschäfts hinzutrat, von dem Kauf einen solchen Teil beanspruchen, wie es dem Bedarf eines privaten Haushalts entsprach.

Das Verbot der geschäftlichen Associationen richtet sich gegen die dauernde (nicht gegen die vorübergehende, s. Anm. 6) Verbindung mehrerer Meister zum Zweck gemeinsamen Geschäftsbetriebs. Schon die Tucherordnung von Châlons von 1243 verbietet die Beteiligung und Gesellschaft zum Zweck des Webens von Tuchen[1]. Das Statut der Pariser Walker von 1268/1270 untersagt, dafs zwei oder mehrere Meister ihren Betrieb auf gemeinsame Rechnung ausüben[2]. Das gleiche Verbot wird für die Tuchbereiter von Douai erlassen[3]. Den Fleischern und den Fischhändlern von La Réole wird durch Verordnung vom Jahre 1260 jede Gesellschaft im Kauf und im Verkauf verboten, mit der Ausnahme jedoch, dafs höchstens zwei Meister zum Zweck des Einkaufs sich zusammenthun dürfen. Doch dürfen diese beiden für die Dauer des ganzen Jahres, in dem sie sich verbunden haben, mit keinem dritten eine Gesellschaft eingehen[4]. Den Fleischern von Amiens ist nach dem Statut von 1282 jede Gesellschaft verboten; eine Ausnahme findet nur statt für den Ankauf von Grofsvieh (Ochsen und Kühe); jedoch mufsten die Gesellschafter das Tier lebend gekauft haben; bei geschlachtetem Vieh war jedes gesellschaftliche Unternehmen verboten[5, 6].

---

vermutet, es sei drap zu ergänzen, was jedoch kaum annehmbar erscheint. Es scheint mir eher, dafs estal einzufügen ist; die Stelle würde dann inhaltlich (auch bezüglich des Losens, jeteir los) mit einer Vorschrift bei Giry S. 550 Art. 584 übereinstimmen.

[1] On ne doit faire nus dras fors de sa maison ou nus ait part ne compagnie. Tucherord. v. 1243. On ne doit faire nul dras fors de sa maison ou autres ait part ne compagnie, et qui le fait il pert l'ostel I an et I jour. Tucherord. v. 1245. Vaterl. A. S. 135 bezw. 137.

[2] Doi mestre du mestier ne pluseur ne pueent estre compaignon ensamble en un ostel. L.d.M. Tit. 53 Art. 15.

[3] En après en l'an de Nostre Senhor mil II^c LX en lo mes de feurey establiren los juratz et prodomes de la Reula am boluntat et autrey d'en Giraut Itir cavaley ladonxs prebost de le Reula que nuls breuteys ny peyssoneys de la Reula no agin companhia en crompan ny en benen, mais ung ab aute tant solament en crompan peys en carn; et aquetz qui seran en companhia no deven aver companhia de tot aquet an am nulh aute home tant entro que l'an sia passat. Gironde 2 S. 264.

[4] Li eschevin ont atiré par l'asentement des drapiers et des maistres pareurs de ceste vile et par l'asentement des valés que il n'ait que I seul maistre en une maison. Fagniez, Doc. S. 200.

[5] Qu'il ne soit nulz sy hardis machecriers qui ait compaignie de marcandise de nulle beste à nul machecrier, se ce n'est de boeulz ou de vacques tant seulement; et chil boeuf et à celle vacque ne poent li machecriers accompagnier que ung tout seul compagnon et chil qui ara compagnie il convient qu'il soit présent à l'accater vif le boeuf ou le vacque. Thierry I S. 243.

[6] Dagegen bleibt es selbstverständlicher Weise dem Handwerker unbenommen, einzelne Handelsgeschäfte für gemeinsame Rechnung abzu-

Mit Bezug auf die Betriebsstätten befolgte die Zunft während des ganzen Mittelalters den Grundsatz: ein Meister, eine Werkstatt. Jede Meisterstelle bildet einen wirtschaftlich selbständigen Betrieb; aber jeder Betrieb verlangt auch einen selbständigen Meister. Das Halten mehrerer Werkstätten oder Läden war dem Handwerker demgemäfs verboten [1]. Ebenso durfte auf dem Markte kein Meister mehr als einen Verkaufsstand innehaben [2].

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit des einzelnen Handwerkers innerhalb der Zunft wurde demnach auf jede Art sichergestellt. Anders aber verhält es sich mit der technischen Unabhängigkeit. Wir müssen hier einen wesentlichen Unterschied hervorheben, der sonst in der Beurteilung des Zunftwesens nicht immer genügend beachtet wird.

Die von der Zunft grundsätzlich geforderte Unabhängigkeit des einzelnen Meisters erstreckte sich nur auf dessen wirtschaftliche, nicht auf die technische Stellung. Es entsprach durchaus nicht den Grundsätzen des Mittelalters, dafs der einzelne Meister stets imstande sein müsse, sein Erzeugnis in selbständiger Weise verkaufsfertig oder absatzfähig herzustellen. Die Abhängigkeit von einer gröfseren Betriebseinheit vertrug sich sehr wohl mit dem Gedanken der zünftigen Selbständigkeit. Insbesondere in dem weitaus gröfsten Gewerbe des Mittelalters, in der Gewebeindustrie mit ihren zahlreichen Nebenzweigen, war der einzelne Meister fast durchweg von übergeordneten Betrieben und Anstalten abhängig.

Die Herstellung des Tuches zerfiel in eine Reihe getrennter Verrichtungen, die nach dem Grundsatz der Arbeitsteilung aufeinander folgten. Kettenscherer, Weber, Walker, Tuchscherer, Tuchbereiter waren der Reihe nach in abgesonderten Betrieben

---

schliefsen, wie dies schon aus dem oben erwähnten droit de part hervorgeht. S. auch oben S. 52 Anm. 1. Vgl. ferner den Art. 10 des Althändlerstatuts L. d. M. Tit. 76: Li Frepier, li vallès et leur aprantis sont joustisable au mestre du mestier de toutes les choses qui à leur mestier apartienent, de quelque terre que il soient, si come de la marchandise et de la compaignie de la marchandise, ou de dette faite de la marchandise, ou de perte ou de gaaign en la marchandise, ou d'aucune autre maniere de mespranture ou d'aucune chose apartenant à la marchandise. — Auf derartige gemeinsamen Geschäftsabschlüsse beziehen sich die bei Fagniez Ind. S. 115 Anm. citierten Stellen, soweit sie das dreizehnte Jahrhundert bezw. das Handwerk betreffen. Die Association der Kaufleute, von denen Beaumanoir Kapitel 21 § 4 (Bd. I S. 304) spricht, gehören nicht hierher. — Über die Gesellschaft mit Stadtfremden (compagnie à home de dehors) vgl. unten Kap. 4.

[1] Li mestre Toissarrans de lange ne puet pas, par la reson de ses filz males ou de l'un de ses freres ou de l'un de ses neveus, avoir les mestiers desus diz hors de sa meson. L.d.M. Tit. 50 Art. 6. Nus tondeurs ne puet rechevoir ne prendre plus de oevre k'il puet faire en se maison. Giry S. 563 Art. 698.

[2] On a commandé ke nus sures n'ait que I estal. Giry S. 526 Art. 339. Nul fruitier ne peut vendre en I jour que à I loyer. Thierry I S. 225.

thätig. Keines dieser Gewerke für sich lieferte ein verkaufsfertiges Erzeugnis. Ein Teil der in diesen Betrieben beschäftigten Handwerksmeister, wie Kettenscherer, Tuchscherer, konnte wenigstens seine Arbeit mit eigenem Werkzeug ausführen; bei der Mehrzahl aber war auch dies nicht allgemein der Fall. Weder der Weber, noch der Walker, noch der Tuchbereiter, obwohl sie selber wiederum nur ein arbeitsteiliges Gewerbe ausüben, waren allgemein imstande, die ihnen zufallenden Verrichtungen mit eigenen Betriebsmitteln durchzuführen. Sie mufsten sich vielfach besonderer Anstalten bedienen, die teils in herrschaftlichem, teils in städtischem, später auch in genossenschaftlichem Besitz waren.

Es kommen hier namentlich in Betracht die Walkmühlen und die Spann- und Glättanstalten. Walkmühlen werden bereits im zwölften Jahrhundert erwähnt. Im Jahre 1173 schlofs der Bischof von Beauvais mit der Abtei St. Quentin einen Vertrag über den Bau von dreifsig Walkmühlen an den dem Bischof gehörenden Gewässern [1]. In Reims werden Walkmühlen im Jahre 1195 erwähnt [2]. Genaue Angaben über das den Walkmühlen zustehende Bannrecht enthalten zwei in den Jahren 1266 und 1268 ausgestellte Urkunden aus Châlons; sie betreffen einen Streit zwischen dem Tempelherrnorden, Besitzer der Bannmühlen, und den Tuchern von Châlons, die im dreizehnten Jahrhundert nach allen Richtungen ihre Freiheit zu erkämpfen und zu verteidigen hatten [3, 4].

Spann- und Glättanstalten werden gleichfalls schon im zwölften Jahrhundert genannt; die Bezeichnungen in den Urkunden lauten: polia (pulia), penditorium, tendaris, französ. poulie, lissoir. Die älteste Erwähnung einer Spannanstalt (penditorium) findet sich in dem Stadtrecht von Beauvais vom Jahre 1144 [5]. Um wenig jünger ist die erste Nennung der Polia (poulie) in einer Urkunde Heinrichs II. von England (1154—1189) für die Abtei Bernay [6]. Ausführlich wird der Betrieb der Spannanstalten und der Glättereien in den Urkunden von St. Omer behandelt [7]. Von den Spannanstalten zu Paris hören wir zu Ende des dreizehnten Jahrhunderts durch einen Streit, der sich nach der Verlegung der poliae zwischen den Webern und den Walkern erhob [8].

---

[1] Labande S. 271; s. auch S. 276.
[2] Varin Adm., Band I S. 427.
[3] Vaterl. A. S. 152 u. 155.
[4] Vgl. auch Ducange v. follatum (A. 1216).
[5] Labande S. 269 Art. 14.
[6] Ducange v. pulia. Die Stelle findet bei Ducange keine Erklärung; zum Verständnis ist es jedoch nur nötig, zwischen puliis und in cabariis ein Komma zu setzen.
[7] Vgl. hierzu die Schilderungen bei Giry S. 353 ff., Fagniez Ind. S. 210.
[8] Olim II S. 436.

Auch in anderen starkbesetzten Betrieben bestanden gemeine Anstalten; so insbesondere die Lohmühlen für die Gerber und Schuster[1]; die Bannöfen für die Bäcker, deren Bannpflicht in einzelnen Städten noch weit bis über das dreizehnte Jahrhundert hinaus festgehalten wurde[2]. — Im ganzen finden wir, dafs gerade die Betriebe, welche die gröfste Zahl von Handwerkern umschliefsen, die technische Selbständigkeit nicht besitzen, sei es, dafs sie von gemeinen Anstalten oder von einem übergeordneten arbeitsteiligen Betriebe abhängen. Bei ihrem Einwirken auf die Betriebsformen erblickte die Zunft mithin ihre Aufgabe darin, den Handwerksmeister wirtschaftlich unabhängig zu machen; dagegen setzte sie sich keineswegs allgemein das Ziel, ihm eine technische Selbständigkeit zu schaffen.

Die Auffassung, die in dem zünftigen Meister einen schlechthin selbständigen Handwerker sieht, geht zu sehr von den Verhältnissen einzelner mittelalterlichen Kleingewerbe aus. Das Kleingewerbe umschliefst wohl viele in ihrem Betrieb selbständigen Handwerker, die ohne jede äufserlich sichtbare Arbeitsteilung ihre Erzeugnisse verfertigten und vertrieben. Auch in dem Textilgewerbe, von dem wir oben sprachen, gab es, insbesondere in den kleinen Städten, die an dem Grofsverkehr nicht teilnahmen, technisch unabhängige Handwerker. Doch Zahl und Umfang dieser technisch selbständigen Gewerbe treten in den namhaften Städten verhältnismäfsig zurück gegenüber den grofsen arbeitsteiligen Gewerben, in denen die Meister stets von einer gröfseren Betriebseinheit abhingen, aber vermöge des Zunftwesens dennoch wirtschaftlich zu einer, wenn auch oft genug karg bemessenen, so doch im allgemeinen gesicherten Selbständigkeit gelangten.

Der Betrieb durch Unternehmer war im übrigen in einzelnen Gewerben bereits im dreizehnten Jahrhundert eingeführt[3] und nahm besonders in der Weberei den breitesten Raum ein. Tucher und Weber waren in den gröfseren Tucherstädten meist gänzlich getrennt und gehörten verschiedenen, social und wirtschaftlich oft in schroffen Gegensätzen befindlichen Organisationen an[4]. In den Tucherstädten hatten die Stadtbürger regelmäfsig das Recht, auf eigene Rechnung Tuch machen zu lassen; mitunter war ihnen auch gestattet, Webstühle und Arbeiter im eigenen Hause zu halten[5].

---

[1] Labande S. 212.

[2] Barthélemy, Histoire de Châlons, 2. Aufl., S. 155.

[3] S. oben S. 41.

[4] Vgl. die Darstellungen bei Giry S. 348, und Schmoller, Tucher.

[5] In Saint-Denis versuchten die Webermeister im Jahre 1224 vergebens, den Bürgern ihr auf Herkommen beruhendes Recht der Beschäftigung von Arbeitern zu bestreiten. Come contenz fust entre noz bourjois de la

Die Webermeister hatten schon damals über ungenügenden Verdienst und dessen nochmalige Schmälerung durch den Mifsbrauch der Warenzahlung zu klagen [1]. Im Jahre 1270 kam es in Paris zu gröfseren Zwistigkeiten zwischen „den kleinen Webern, die für andere arbeiten, einerseits, und denen, die ihre Ware durch andere herstellen lassen, andererseits“ [2]. Die Webermeister verlangten, dafs ein fester Arbeitslohn für die verschiedenen Tuchsorten festgesetzt werde [3]; ferner, dafs die ihnen höchst nachteilige Naturalzahlung abgeschafft werde und die Arbeitslöhne nicht anders als in hartem Gelde ausbezahlt werden sollten [4]. Beide Teile einigten sich dahin, dafs ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz des königlichen Prevosts zur Schlichtung der Streitigkeiten zusammentrete. Der Schiedsspruch, in vierzehn Artikeln abgefafst und von dem königlichen Prevost in rechtsverbindlicher Form bestätigt, erfüllte die Forderungen der Handwerker; ein fester Lohntarif wurde aufgestellt und die Warenzahlung wurde verboten.

Auch in St. Omer hatte der Rat mehrfach gegen die Warenlöhnung einzuschreiten. Den Tuchern wurde durch Ratsbefehl untersagt, die Forderungen der Handwerksmeister mit Waren zu begleichen, und wöchentliche Zahlung in hartem Gelde wurde vorgeschrieben [5]. In gleicher Weise wurde den Meistern anbefohlen, ihre Gesellen nicht anders als durch Geldzahlung abzulohnen [6]. Wir haben also hier bereits den ausgesprochenen, sog. kapitalistischen, Unternehmerbetrieb mit seinen typischen Erscheinungsformen, mit Warenzahlung und mit obrigkeitlichem Eingreifen zu Gunsten der Handwerker.

---

terre seint Denys et de la terre seint Marcel d'une part et noz toisserrans de la terre seint Denys et de la terre Seint Marcel d'autre part seur ce, ce est asavoir que les bourjois voloient avoir en leurs mesonz mestiers de toisserans communement et alouer ouvriers de toisserrans communement sanz contredit ausint comme leur devanciers bourjois avoient eu devant..... nous deismes nostre dit que li devant dit bourjois qui voudront avoir les devant diz mestiers et les ouvriers, les aient sanz contredit aussint comme li toisserant. Fagniez, Doc. S. 138.

[1] Vgl. Schmoller, Tucher S. 410 und 418.

[2] Comme contens et discort feust entre le commun des menuz mestres tessarans de Paris qui font euvres à autrui, d'une part, et de ceus qui font fere leurs euvres à autrui, d'autre part. Mét. 3 S. 140.

[3] Li menuz mestres requièrent aus preudeshommes qui leur dras font fere que l'en meist certain pris en la tisture des dras que l'en tistroit et feroit en la ville de Paris; ebenda.

[4] Que nus des menuz mestres dessusdiz, qui font et feront euvre à autruy, ne pevent prandre pour tistre les draps dessusdiz denrées nulles se deniers ses non. Mét. 3 S. 141 Art. 13.

[5] Ke li drapier paichent as maistres le samedi sus en deniers ses (= secs), chou ke leur est otroié de piecha et s'il ne le fesissent on puet tenir le saie u le drap duskes adont k'il soient paié. Giry S. 534 Art. 438. Et k'on paieche as folons en ses deniers et nient en autres denreies et k'on paieche as vallès cascun samedi sus. S. 545 Art. 541.

[6] Et ke li maistre folon paichent as vallès folon le samedi lor loier sus en deniers ses, en le maison en l'aire. S. 534 Art. 437.

Der Betrieb des Handwerks im einzelnen ist durch zahlreiche Vorschriften geregelt, die zumeist von grofser Gleichmäfsigkeit und grundsätzlicher Bedeutung sind. Einer der vornehmsten allgemeinen Grundsätze der Zunft geht dahin, dafs jede Arbeit offen und in leicht übersehbarem Raum vorgenommen werde [1]. Die Arbeit in abgelegenen oder unzugänglichen Kammern, bei verschlossenen Thüren und Läden ist untersagt [2].

Arbeit bei Nacht und künstlichem Licht ist regelmäfsig verboten; Ausnahmen bedürfen stets der ausdrücklichen Festsetzung. Zunächst wird das Verbot damit begründet, dafs zu brauchbarer Arbeit volles Tageslicht gehöre, und dafs zur Nachtzeit kein tüchtiges Werkstück gefertigt werden könne [3]. Alsdann, und dies ist der hauptsächlichste Grund, widerstreitet die Nachtarbeit der ersterwähnten Forderung der offenen und stets überwachbaren Thätigkeit [4]. Als dritter Grund tritt in einzelnen Fällen noch die Feuersgefahr hinzu [5]. Die Rücksicht auf die Nachtruhe der Nachbarn finde ich dagegen erst im fünfzehnten Jahrhundert als Untersagungsgrund angeführt [6]. Allgemeine Ausnahmen von dem Verbot der Nachtarbeit sind wiederum gestattet bei Aufträgen des Hofes und hoher Herrschaften [7]. Besondere

---

[1] Ainçois convient que il oevre seur rue, à fenestre ouverte ou à huis entr'overt. Et ce fu commendé très le tans le roy Phelippe, por aucuns maus qui en poient avenir. L.d.M. Tit. 22 Art. 3.

[2] Nus tisserans puet avoir mestier en cheliers ne en granges ne en autre lieu dedens son osteil s'on nel puet veoir quant on vient en son aire. Giry S. 516 Art. 182. On a commandei ke nule ostille soit sour solier. S. 545 Art. 542. On a commandei ke toutes les ostilles soient dedens les IIII seeus de le maison et hors cambre. S. 559 Art. 660.

[3] Que l'en ne puisse ouvrer de nuiz, pour ce que l'en ne peut mie fere si bone euvre de nuiz que de jours. L.d.M. Tit. 44 Art. 3. Nus ne puet ne ne doit ouvrer de nuiz, car la lumiere de la nuit n'est par souffisanz à ouvrer de leur mestier. L.d.M. Tit. 51 Art. 8. Nus Forbeur ne puet ne ne doit ouvrer de nuiz de nulle chose apartenant à leur mestier; quar la clarté de la nuit ne soufist pas à leur mestier. L.d.M. Tit. 97 Art. 3. Ke nus tisse par nuit Giry S. 545 Art. 542.

[4] Nus ne puet ne ne doit ouvrer par nuit ou mestier devant dit pour les fauses oevres que en i feit, et pour ce que la clartez de la chandoile ne souffist mie à leur mestier. L.d.M. Tit. 34 Art. 2. Ne ne pourront ouvrer que de la guete cornant au matin jusques à la nuit, sanz candele tant seulement, pour la decevance qui en peut estre faite. L.d.M. Tit. 40 Art. 5.

[5] On ne doit aporter point de feu en l'ostel la nuit qui foire faut se li maistre non. Tucherord. Châlons A. 1243. On ne doit aporter point de feu en l'ostel la nuit que foire faut se li esgardeur non. A. 1245. Vaterl. A. S. 105 bezw. 138.

[6] S. unten; doch ist möglicherweise das Verbot der Pariser Golddrahtzieher, des Nachts Hammerschlagarbeit zu verfertigen, aus diesem Grunde erlassen. L.d.M. Tit. 31 Art. 3.

[7] Nus Orfevres ne puet ouvrer de nuit, se ce n'est à l'euvre lou Roy, la Roine, leur anfans, leur freres et l'evesque de Paris. L.d.M. Tit. 11 Art. 6. Se ce n'est pour le Roy, la Royne et les hoirs de France. L.d.F. Tit. 40 Art. 5. Il convient que il taillent et cousent les robes aus haus houmes, ausi bien par nuit comme par jour, pour les essoines que

Ausnahmen werden einzelnen Gewerben wegen der Art ihres Betriebes zugestanden[1].

Das Arbeitsjahr zerfällt in die Zeit der langen Tage von Fastenanfang bis Remigiustag (le caresme genannt) und in die Zeit der kurzen Tage von Remigiustag bis Fastenanfang (le charnage). Die Arbeit soll mit dem lichten Tag anfangen und mit dem lichten Tag aufhören[2]. Der Arbeitstag beginnt deshalb stets mit Sonnenaufgang und endigt in der Regel während der kurzen Tage mit dem Vesperläuten (6 Uhr abends) und während der langen Tage mit dem Completorium (9 Uhr abends). Die nähere Bezeichnung der Arbeitszeit richtete sich im übrigen zumeist nach der kirchlichen Tageseinteilung, nach Horen, Prime, None, Vesper, Completorium; auch das Anhören der Frühmesse dient als Zeitbestimmung[3]. Daneben wurde eine Reihe allgemein wahrnehmbarer Zeichen angewandt, wie das Abblasen der Nachtwache[4], die Rundgänge der Ausrufer[5]. Mitunter wird auch schlechthin die Stunde, zu der Maurer und Zimmerleute an die

---

li haus houmes et les genz estranges ont à la foiz d'aler hors, et que il convient que il rendent la taille qu'i font au soir à l'endemain au matin. L.d.M. Tit. 56 Art. 9.

[1] Quiconques ert Moleres et Fonderes à Paris, il puet avoir tant d'aprentis come il li plaist, et ouvrer de nuiz se mestier en ont. L.d.M. Tit. 41 Art. 2. Die Fertigstellung eines begonnenen Gusses war allgemein erlaubt. Vgl. Tit. 24 Art. 5. — Einzelne vornehme Gewerbe, die nach ihren Angaben „nur den Adeligen und Rittern dienen“, beanspruchen das Vorrecht, nach Belieben des Nachts zu arbeiten, so die Waffenschmiede und die Armbruster. L.d.M. Tit. 26 Art. 2, Tit. 98 Art. 2.

[2] Il doit comencier à ovrer de biau jour et lesier oevre de biau jour. L.d.M. Tit. 42 Art. 13.

[3] On a trait sour un ke tisseran voisent à oevre tantost après le morghemesse de Saint-Denise duske à vespre de Saint Omer en iver del Saint-Mikiel duskes à le Paske; et de le Paske duskes à le Saint-Mikiel à le messe de Saint Nicolai de Saint-Denise duskes à vespres de Saint Omer. Giry S. 552 Art. 588. Ke nus tonderes ne oevre par nuit ne après complies de Saint-Omeir, del Bohourdich duskes à le feste Saint-Mikiel et k'on voist à oevre après le morghemesse de Saint-Denise. S. 562 Art. 677.

[4] Nus Chapelier de feutre ne puet ouvrer devant que la gueite ait corné le jour, ne ouvrer de nuiz. L.d.M. Tit. 91 Art. 5 und Tit. 40 Art. 5.

[5] Li mestres et li vallet ont leur vesprées pour eus reposer, c'est à savoir: en quaresme quant complie est sonée, et en charnage au segont crieur du soir. Et doivent aler les vallez chacun an I mois, en aoust, se il vuelent. L.d.M. Tit. 24 Art. 9. Li vallet ont leur vesprées, c'est à savoir: en quaresme si tost come complie S. Merri iert sonée, et hors quaresme si tost come il voit passer le segont crieur, par devant soi du soir. L.d.M. Tit. 22 Art. 9. Li mestre Atachier et li vallet ont leur vesprée, c'est à savoir que nul ne doit ovrer en quaresme puis que complie est sonée à St. Marri, et hors quaresme puis l'eure qu'il ara oï le segont crieur du vespre. L.d.M. Tit. 25 Art. 7. Li vallet Corroiers ont leur vespres c'est à savoir que il n'overront pas en quaresme puis le premier cop de complie, ne en charnage puis le premier crieur qui va du soir. L.d.M. Tit. 87 Art. 21.

Arbeit gehen, als mafsgebend für die übrigen Handwerker bezeichnet[1].

Den Gesellen wird die Einhaltung der vorgeschriebenen Arbeitsstunden streng zur Pflicht gemacht[2]. Feste Arbeitspausen zur Einnahme der Mahlzeiten werden im dreizehnten Jahrhundert allgemein nicht bewilligt, auch nicht den für sich wirtschaftenden Gesellen[3]. Im Statut der Pariser Walker wird bestimmt, dafs die sich selber beköstigenden Gesellen ihren Imbifs in der Werkstatt verzehren sollen. Ihr Mittagessen dürfen sie in der Stadt einnehmen; sie haben jedoch schleunigst und ohne einander abzuwarten zur Arbeit zurückzukehren[4, 5].

Die Länge und Anspannung der werktägigen Arbeit wurde in hohem Mafse gemildert durch die strenge Einhaltung der Sonntage und durch die zahlreichen Feiertage[6], an deren Vorabend übrigens schon die Arbeitsruhe begann. An den Sonn- und Festtagen ruht die Handwerksarbeit durchaus. Dagegen besteht allgemein die Einrichtung des sogenannten Reiheverkaufs; in jeder Zunft darf in wechselnder Reihenfolge jeweils ein Meister am Sonntag seinen Laden zum Zweck des Verkaufs offen halten[7]. Am Samstag wurde früher Feierabend gemacht, mitunter schon zur None (drei Uhr nachmittags); an den Vigilien der hohen Festtage wurde die Arbeit gleichfalls früher eingestellt[8].

Die Beschäftigung der Frauen für leichte und ihnen zukommende Verrichtungen ist allgemein üblich. In einzelnen Betrieben, wie Spinnen, Haspeln, Anfertigung von Kopftüchern und Putz, bildet die Frauenarbeit sogar die Regel, und die Frauen

---

[1] Li vallès Toisserans doivent venir à leur oevres au point et à l'eure que li autre menestereil i vont, c'est à savoir Charpentier et Maçon. L.d.M. Tit. 50 Art. 46. Li vallet conmandé à année sont tenu d'aler en l'oevre de leur mestres à l'eure et au point que li maçon et li charpantier vont en place pour eus alouer. L.d.M. Tit. 53 Art. 8.

[2] So schon in dem Weberstatut von Etampes von 1204. Mag. u. Frat. S. 238 Art. 3.

[3] S. oben S. 28.

[4] Li vallet Foulon se doivent desjeuner en charnage ciez leur mestres à l'eure de prime, s'il desjeuner se voelent; et il pueent aler disner hors de l'ostel à leur mestres, ou il leur plaist, dedenz la vile de Paris; et doivent venir après disner à l'oevre au plus tost que il porront par reison, senz banie et sans attendre li uns l'autre à desmesure. L.d.M. Tit. 53 Art. 19.

[5] Über die Arbeitspausen s. unten II. Teil 2. Abschn. 2. Kap.

[6] Die Pariser Bäcker zählen im L.d.M. bereits 27 Feiertage auf, neben den 52 Sonntagen. Vgl. L.d.M. S. 8 Anm.

[7] L.d.M. Tit. 88 Art. 8, Tit. 91 Art. 9 u. öfters. S. auch II. Teil 2. Abschn. 2. Kap.

[8] Et ke nus ne oevre le nuit d'apostle apres none u quant on june en samedie, u nuit de vigile. Giry S. 554 Art. 607. Et ke nus ne oevre le samedie apres miedi. S. 562 Art. 678. Il est acordé entre les mestres Patrenostriés d'ambre et de gest que il ne ouverront jamès de nuiz desdites patenostres, ne au(s) jours de festes foirables, ne au samedi emprès nonne ne a vegile jeunable; et que l'en ne ouverra les veilles de festes, et les samediz, fors jusques à nonne et tant comme elle sonnera. L.d.M. Tit. 29 Art. 1, Tit. 27 Art. 7 und öfters.

werden hier als Mitglieder der Zunft und als Meisterinnen bezeichnet[1]. Dagegen wird in Betrieben, die mit gröſserer körperlicher Anstrengung verbunden sind, die Frauenarbeit mitunter verboten. Das Statut der Pariser Teppichweber untersagt, weibliche Arbeiterinnen anzulernen, wegen der Beschwerlichkeit des Gewerbes[2].

Die Grenzen der Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Zünften sind im allgemeinen scharf gezogen. Gleichwohl fehlt es nicht an Gegenständen, die mehreren Zünften gemeinsam sind und zu deren Herstellung demnach die eine wie die andere Zunft berechtigt war. Insbesondere im Kleingewerbe findet sich öfters die gemeinsame Berechtigung mehrerer Zünfte zur Anfertigung ein und desselben Gegenstandes. Die Messergriffmacher und die Kammmacher von Paris nehmen gleichmäſsig die Anfertigung von Elfenbeinkämmen in ihre Statuten auf[3]. Zur Gürtelarbeit waren in Paris sowohl die Schnallenmacher wie die Gürtler berechtigt[4]. Rechtsstreitigkeiten wegen Überschreitung des Arbeitsgebietes kommen indes im dreizehnten Jahrhundert selten vor. Nur in den Teilgewerben der Textilindustrie sind Reibungen unter Zünften häufiger[5]. —

Der Straſsenhandel und Hausierbetrieb war vielfach üblich, jedoch zahlreichen Vorschriften und Einschränkungen unterworfen[6]. Eine Anzahl Zünfte gestattete das Ausbieten der Waren in den Straſsen nur an Markttagen[7]. Einzelne Zünfte untersagten den Straſsenhandel gänzlich[8]. Das Verbot wird mitunter gegründet auf die von den Händlern verübten Betrügereien[9].

---

[1] L.d.M. Tit. 35, 36, 37, 38 und 70. Vaterl. A. S. 135.

[2] Nule feme ne puet ne ne doit estre aprise au mestier devant dit, pour le mestier qui est trop greveus. L.d.M. Tit. 51 Art. 7.

[3] L.d.M. Tit. 17 Art. 1, Tit. 67 Art. 1.

[4] L.d.M. Tit. 87 Art. 41, Tit. 22 Art. 2.

[5] Jahrzehnte lang zog sich ein Streit hin zwischen den Webern und den Färbern von Paris. Den Ausgangspunkt bildete der Anspruch der Weber, in ihrer Zunft zwei Waidfärber halten zu dürfen. Vgl. L.d.M. Tit. 50 Art. 19, Tit. 54 Art. 16 und die späteren Urkunden Mét. 3 S. 116 f.

[6] De rechief veulent li conmun des Boursiers de Paris que nus ne puisse conporter par la ville de Paris, se n'est lui ou sa fame, se il ne tient ovrouer. Et se il tient ouvroer, il l'i puet envoier son valet; et se il ne tient ouvroer, il n'i puet envoier que lui ou sa fame, s'essoine n'i a. L.d.M. Tit. 77 Art. 4, Tit. 64 Art. 13, Tit. 59 Art. 7 und öfters L.d.M.

[7] L.d.M. Tit. 57 Art. 7, Tit. 52 Art. 6, Tit. 37 Art. 9.

[8] Nus Chapelier de feutre ne puet pourporter ses denrées par Paris. L.d.M. Tit. 91 Art. 15, Tit. 68 Art. 13b, Tit. 74 Art. 4.

[9] Nus Chauciers de Paris ne d'ailleurs ne puet conporter ne fere conporter par la ville de Paris chauces neuves de soie ne de toile, pour les frandes qui i sont teles: que li conporteeur ne sont conneu, ainz vendent les chauces fetes de bourre et d'autres mauveses estoffes; et quant li acheteeur cuident avoir acheté bones denrées et il vient à leur connoissance qu'il sont deceu, il ne sevent ou trouver les vendeeur conporteeurs, et einsi perdent leur argent: ce qu'il ne pourroient faire aus estaliers. Et pour la fraude fu ce establi. L.d.M. Tit. 55 Art. 7.

Als schlechthin unehrlich wird im dreizehnten Jahrhundert noch kein Betrieb bezeichnet. Erst in der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts sind Begriff und Äufserungen der zunftmäfsigen Unehrlichkeit in Frankreich nachweisbar [1]. Gewisse Betriebe gelten als unvereinbar; so der Betrieb des selbständigen Kaufmanns und des Maklers [2]. Auch darf kein Gastwirt den Unterkäufer für die bei ihm absteigenden Fremden machen [3]. Das Verbot, in Judenhäuser auf Arbeit zu gehen, wird im dreizehnten Jahrhundert nur vereinzelt ausgesprochen; die Pariser Waffelbäcker untersagen durch ihr Statut von 1270, bei Juden zu arbeiten [4].

---

[1] S. unten 2. Abschn. 2. Kap.

[2] L.d.M. Tit. 59 Art. 16, Tit. 89 Art. 3.

[3] Giry S. 509 Art. 99 und 100. S. 547 Art. 572.

[4] Nus des mestres ne des ouvriers du mestier dessusdit ne puent ne ne doivent aler chiez juyf pour mestier fere. Mét. 1 S. 370 Art. 8. Depping S. 351. Depping vermutet, das Verbot beruhe auf dem Aberglauben, dafs sich die Juden Hostien verschaffen wollten.

Viertes Kapitel.

Gewerbepolizei[1].

Die nachfolgende Schilderung der Institutionen der mittelalterlichen Polizei beruht auf lokalen Statuten insbesondere des dreizehnten Jahrhunderts, die selbstverständlicherweise den Ausdruck „Polizei“ nicht kennen. Materiell sind die hier behandelten Gebiete die gleichen, die in der Folgezeit, nach der Ausbildung der staatlichen Verwaltung, die Bezeichnung der Polizei empfingen. Die Erörterungen über die mittelalterliche Polizei erst mit dem Auftreten staatlicher Polizeibehörden und dem Gebrauch des Wortes Polizei beginnen zu lassen, erscheint ungerechtfertigt[2]; es ist bei solchem Vorgehen nicht möglich, die Entwicklung des Polizeirechts und seiner Organisationen nach dem thatsächlichen und geschichtlichen Zusammenhang zu verfolgen.

Für die Darstellung des Polizeiwesens kommen einerseits in Betracht die der polizeilichen Thätigkeit zugeschriebenen einzelnen Zwecke oder die ihr zugewiesenen Gebiete; andererseits das allgemeine Grundprincip, das für das polizeiliche Handeln in einem bestimmten Zeitalter mafsgebend ist. Die juristischen und historischen Untersuchungen über die mittelalterliche, wie über die ältere Polizei überhaupt, gehen im wesentlichen dahin, dafs sie den Begriff der Polizei durch den Umfang und das Gebiet der

---

[1] Vgl. Lamare, insbesondere Band 1 erstes Buch. Wegen historischer und begrifflicher Erörterungen vgl. Schilling, Beiträge zur Entwicklung des Polizeibegriffs nach preufsischem Recht, Verwaltungsarchiv 2. Band 1894 S. 474; Rosin, Begriff der Polizei, ebenda 3. Band S. 249 ff.; Funk, Die Auffassung des Begriffs der Polizei im vorigen Jahrhundert, Tübinger Zeitschrift Band 19 S. 517 ff.; E. Loening, Artikel Polizei in Conrads Handwörterbuch der Staatswissenschaften; Gg. Meyer, Lehrbuch des deutschen Verwaltungsrechts, 2. Aufl. Leipzig 1893; Ders., Lehrbuch des deutschen Staatsrechts, 4. Aufl. Leipzig 1895; Otto Mayer, Deutsches Verwaltungsrecht, Leipzig 1895; Lorenz Stein, Handbuch der Verwaltungslehre, 3. Aufl. Stuttgart 1888, S. 204 ff.

[2] Wie man auch die Erörterungen über den Staat nicht etwa erst mit dem Zeitpunkt des Aufkommens des Wortes „Staat“ beginnen läfst.

polizeilichen Thätigkeit bestimmen[1]. Eine solche rein formale Umgrenzung kann indes in diesem Falle nicht genügen. Die gröfsere oder geringere Ausbreitung des Polizeiwesens kann wohl für die Zustände eines bestimmten Zeitalters charakteristisch sein; sie besagt indes nichts über die Grundlage, aus der die polizeilichen Befugnisse und Institutionen im einzelnen erst hervorgehen.

Schon eine Gegenüberstellung der Polizei der Gegenwart und des alten Staats zeigt uns, dafs Gebiet und Ausdehnung nicht die allein genügenden Merkmale des Polizeiwesens abgeben. Nach Bereich und Umfang hat die polizeiliche Thätigkeit der Gegenwart in den festländischen europäischen Staaten längst das Mafs alles dessen überschritten, was das alte Staatswesen zu irgend einer Zeit je gekannt hat. Gleichwohl war der alten Polizei rechtlich eine viel breitere Grundlage gegeben, als der thatsächlich viel ausgedehnteren heutigen Polizei der festländischen Staaten[2].

Für die Ermittelung des Polizeibegriffs genügt es deshalb nicht, nach dem äufseren Umfang, Zweck und Gebiet zu fragen; das wesentliche Moment ist vielmehr der Rechtsgrund der polizeilichen Thätigkeit. Das Mittelalter statuierte ein Recht der präventiven Verwaltung und leitete hieraus die einzelnen verwaltungsmäfsigen Institutionen ab, in denen sich Recht und Pflicht des vorbeugenden Handelns verwirklichten. Die Polizei war darum in erster Reihe nicht zu abwartend-beaufsichtigender[3] und zu abwehrender, sondern zu vorschreibender Thätigkeit berufen; die Ordnung sollte durch sie nicht blofs aufrecht erhalten, sondern positiv geschaffen werden. Auf diesen Auftrag gründet sich die eigentümliche Stellung und der weitere Ausbau der alten Polizei.

Insbesondere ist aus dieser Rechtsanschauung heraus die gesamte Polizei im Gewerbewesen entwickelt, die als typisch für

---

[1] Da die ältere örtliche Polizei des Mittelalters noch wenig untersucht ist, bezieht sich diese Bemerkung im wesentlichen auf die Darstellungen der staatlichen Polizei. Vgl. Meyer, Staatsrecht S. 555/556; Schilling, Rosin, Loening a. a. O.

[2] Es erscheint deshalb wohl angezeigt, die Untersuchungen über die Polizei mehr auf die Grundlagen als auf die Formalien der Verwaltung zu richten. Der Umfang des Polizeiwesens der Gegenwart mufs in den festländischen Staaten (im Gegensatz zu England) unausgesetzt wachsen, solange hier an dem System festgehalten wird, fehlerhafte Zustände bestehen und sich fortentwickeln zu lassen und dann im Wege hinterher kommender Aufsicht und Repression auf sie einzuwirken; ein solches Princip mufs notwendigerweise immer weitgreifendere polizeiliche Institutionen hervorbringen und anhäufen. Es zeigt sich hier auf das deutlichste, dafs das Wesen der Polizei nicht allein durch äufsere Momente bestimmt wird. Vgl. meine Städtischen Bodenfragen, Berlin 1894.

[3] D. i. zur Beaufsichtigung fertiger Zustände und vollendeter Handlungen.

den älteren Polizeibegriff gelten kann. Die Rechtsordnung im Gewerbe soll in vorbeugender Weise gesichert werden. Es geschieht dies zum Teil durch Vorschriften über den marktmäſsigen Verkehr und Handel[1], zum Teil durch Bestimmungen über die ehrliche Beschaffenheit der Waren. Zu dem letzteren Zweck hat sich das Mittelalter die ihm eigentümlichen, dem heutigen Rechtsbewuſstsein fremd gewordenen Begriffe der gewerblichen Übertretung und des Falschwerks geschaffen, die wir bei der Besprechung der Gerichtsbarkeit näher kennen lernen werden[2]. Das erste Bestreben der gewerblichen Verwaltung des Mittelalters richtete sich nicht darauf, den Betrug zu bestrafen, sondern ihn zu verhindern. Strafbar war demgemäſs in erster Linie nicht die Übervorteilung des Käufers, sondern die Herstellung schlechter Ware. Der Schwerpunkt der Gewerbepolizei lag demnach in der Gewerbeschau.

Auf der Schau beruhte in der Hauptsache die Aufrechterhaltung von Treu und Glauben im gewerblichen Verkehr. Gemäſs dem oben ausgeführten Princip ist an der Ausübung der Schau der Konsument nur in den seltensten, örtlichen Ausnahmefällen beteiligt[3]; die Schau überwacht den Arbeitsprozeſs in seinen einzelnen Stadien und ist demnach Sache des Produzenten. Die Begriffe von der gewerblichen Übertretung und dem Falschwerk sind nicht auf der Seite der Verbraucher entstanden, sondern auf der Seite der Erzeuger. Die dauernden Institutionen, welche die Zunft zur Verbürgung eines ehrlichen Verkehrs im Anschluſs an die Gewerbeschau geschaffen hat — es sei hier nur an die noch heute bestehenden Teile der Schau, für Nahrungs- und Genuſsmittel, Heilmittel, Gold- und Silberwaren u. s. w., und insbesondere an das später zu besprechende Recht der Verkehrszeichen[4], erinnert —, sind durchaus das Werk der Produzenten. Die juristische Konstruktion dieser Einrichtungen ist nur aus der mittelalterlichen Anschauung herzuleiten, daſs es zuerst Sache des Produzenten ist, für die Wahrung der gewerblichen Rechtschaffenheit zu sorgen.

Vermöge dieser Auffassung wird die Stellung der zünftigen Schau im Mittelpunkt der gewerblichen Verwaltung begründet. Die eigentlichen strafrechtlichen Bestimmungen im mittelalterlichen Gewerberecht sind weit weniger entwickelt und besitzen eine weit geringere Bedeutung als die präventiven Vorschriften der Gewerbeschau. Die Strafbarkeit einer Handlung im gewerblichen Verkehr wird im wesentlichen durch das Urteil der Schaubeamten festgestellt. Zugleich bildeten die Schaubeamten das berufene, und

[1] S. unten S. 110 ff.
[2] S. unten S. 126.
[3] So vereinzelt bei der Schau über das Bäckergewerbe; s. unten S. 153.
[4] S. unten II. Teil 1. Abschn. 1. Kap.

in der Hauptsache auch das einzige ausführende Organ, welches das Mittelalter zur Ordnung der zahlreichen Verkehrsbeziehungen zwischen Käufer und Verkäufer besaſs.

Die Handhabung der Gewerbeschau lag bei den geschworenen Handwerksvorstehern, denen hierdurch eine auſserordentliche Machtfülle übertragen war. Die Entscheidung über die Arbeitsmethoden, über erlaubte oder unerlaubte Abweichungen, endlich über die taugliche Beschaffenheit und Verkehrsfähigkeit der Ware hing von den Geschworenen ab. Zu ihrer Aufgabe gehörte zunächst die Überwachung des Betriebs und des Anfertigungsprozesses in den Läden, in den Werkstätten und in den gemeinen Anstalten. Die Geschworenen hatten demnach regelmäſsig in bestimmten Zwischenräumen ihre Rundgänge zu machen, um die Warenvorräte und die in Arbeit befindlichen Waren zu prüfen.

Die Schau über die Nahrungsmittel war streng und bis in die Einzelheiten geregelt. Schlachthäuser waren in den Städten im dreizehnten Jahrhundert allgemein vorhanden. Der Schlachthauszwang bestand regelmäſsig nur für Groſsvieh; für Kleinvieh (Kälber, Hammel, Schweine) war das Hausschlachten unter Beobachtung gehöriger Reinlichkeit erlaubt[1]. Das Fleisch wurde genau untersucht, bevor es in den Verkehr gebracht wurde[2]. Für die Untersuchung der Schweine waren besondere Beschauer bestellt[3]. Den Garköchen und Wurstmachern war untersagt, frisches, d. i. ungesalzenes Fleisch länger als zwei oder drei

---

[1] Que tous bouchers quelzconques, désormais en avant, tous leurs bestaux gros et menu et tout moutons, pourcheaux, brebis et aultre quelconque menu bestail, ne soient sy hardi de les acorer, tuer ne faire acorer ou tuer en leurs maisons ne prez de leurs estaulx, ne du sang, boieles gecter ne faire gecter ou couler sur le pavement ou marquié ne ailleurs sur le cauchie; mais les accorront, feront acorer et tuer au lieu de l'escorcherie ordonné à tuer les boeufz et autre gros bestail, et non ailleurs, sur XX solz Parisis d'amende; et sauf pour lesdit bouchers que aucun menu bestail, comme moutons, pourcheaux, brebis, veaux, aigneaux ou courois tant seulement, et non aultre bestail, porront accorer et tuer en leurs maisons, par condicion expresse que chacuns d'iceuls est et sera tenu, sur les paines et amendes dessusdites, pour chacune fois que le cas s'offrera, de touteffois qu'il accorra ou tuera, fera acorer ou tuer les dictes bestes, de recevoir et mettre en ung vaissel de fust ou aultre vaissel le sang de toutes les dictes bestes, les fientes et ordures d'icelles, et quant ainsy recou l'aront, seront tenus à l'eure que tué l'aront, de les faire porter en l'escorcherie, et aller gecter en l'eaue. Thierry I S. 243 (A. 1282).

[2] On a commandei ke on ne venge char de moton ne de berbir s'il ne les aporte el markié à vente et s'il nel fait rewardeir as coriers s'il sont sain et ke li corier l'aient rewardei, Giry S. 532 Art. 415. On a commandé ke nus ne tue berbis à vendre dedens le banliewe devant chou ke corier l'aient rewardei. S. 527 Art. 345.

[3] Tout chiel ki vendent pors doivent doner I denier à chaus ki assis i sont par eskevins pour rewarder s'il est sains ou n'est. Giry S. 506 Art. 55, ferner S. 521 Art. 256. Vgl. de Lamare II S. 663.

Tage zum Verkauf zu halten[1]. Verdorbenes Fleisch wurde vernichtet[2].

Die Brotschau erstreckte sich ebenso auf die Beschaffenheit wie auf das Gewicht des Brotes[3]. Mitunter wurde den Bäckern erlaubt, unansehnlich gewordenes oder fehlerhaftes Brot auf gesonderten Bänken zum Verkauf zu bringen[4]. Der Verkehr mit Getränken stand in gleicher Weise unter Aufsicht. Bei dem Weinverkauf war jede unrichtige Angabe über Alter und Güte des Weins verboten[5]. In St. Omer war den Weinmaklern und Händlern überhaupt untersagt, Wein in einer nicht-zünftigen Stadt zu kaufen[6]. Strenge Vorschriften galten für die Herstellung des Bieres. Zu den verschiedenen Biersorten durfte ausschliefslich nur Getreide aller Art, insbesondere Gerste, und Wasser genommen werden[7]; jeder Zusatz fremder Stoffe war streng verpönt[8].

Die Werkstattarbeit war in allen ihren Teilen der Schau unterworfen. Die Zunft legte hierbei den gröfseren Wert auf die Schau während des Arbeitsprozesses. Den Geschworenen mufste deshalb jederzeit der Zutritt zu den Werkstätten offen stehen, und es war den Handwerkern bei Strafe untersagt, den Geschworenen die Besichtigung eines Raumes zu verwehren oder einen schaupflichtigen Gegenstand vor ihnen verborgen zu halten[9].

[1] Ke nus ne tiegne fresche char à vendre en estei à vente plus que deux jours. Giry S. 505 Art. 49. Que nulz ne puisse garder viande cuite jusques au tiers jour pour vendre ne acheter, se elle n'est salée souffissanment bien. L.d.M. Tit. 69 Art. 9.

[2] L.d.M. Tit. 69 Art. 11.

[3] L.d.M. Tit. 1 Art. 36 ff. Giry S. 502 Art. 1 ff. Thal. S. 126 ff. (A. 1232).

[4] L.d.M. Tit. 1 Art. 54.

[5] E meis an establit que degun home ny fempna no fassa cridar lo bin ny lausar si no que tal cum sara. So es assaver per bin tersen, per tersen o rey bin, per rey bin o bin bilh o tornat, o passat per la berenha que tal cum sera lo fassa cridar et no autrement. Statuten von La Réole, Gironde 2 S. 265 A. 1261.

[6] Ke nus couretiers ne marchans ne voise hors de le vile pour vin achateir se che ne soit en vile de loy. Giry S. 505 Art. 42; vgl. auch a. a. O. S. 332 ff.

[7] Nus brasseres d'ale ne puet metre en s'ale autre chose ke blei avoine et orge et autre grain et eawe. Giry S. 517 Art. 195.

[8] Nus Cervoisiers ne puet ne ne doit faire cervoise, fors de yaue et de grain: c'est a savoir d'orge, de mestuel et de dragie. Et se il y metoit autre chose pour efforcier, c'est a savoir baye, piment et pois reisine, et quiconques y metroit aucune de ces choses, il amenderoit au Roy de XX s. de parisis toutes les fois qu'il en seroit reprins. et si seroit touz li brasins qui seroit faiz de tex choses donez pour Dieu. Li Preud'ome du mestier dient que teuz choses ne sont pas bones ne leaus a metre en cervoise. quar elles sont enfermes et mauveises au chief et au cors et aus haytiez et aus malades. L.d.M. Tit. 8 Art. 3.

[9] Nus ne puet ne ne doit nule chose de son mestier veer à veoir au(s) mestres jurés gardeurs del mestier ne à autres, pour veoir se il i a à amender en la chose. L.d.M. Tit. 78 Art. 38. Nus ki se melle de draperie ne defenge as coriers à entrer en se maison pour le draperie à rewardeir. Giry S. 554 Art. 602.

Vielfach wurde das Material schon vor der Verarbeitung durch Schaubeamte untersucht. Die verschiedenen Ledersorten [1], die einzelnen Holzarten [2] unterlagen einer vorgängigen Prüfung. Für Gold und Silber war der Feingehalt [3], für Zinn war die Legierung [4] vorgeschrieben. Die Arbeitsmethoden selbst waren im übrigen durch Brauch und Herkommen des Handwerks oder durch Zunftstatut genau bestimmt, und die Schau sorgte für strenge Einhaltung [5]. In einzelnen Fällen wird sogar den Handwerkern vorgeschrieben, daſs sie ihre Ware nicht im voraus vollständig fertig stellen dürfen, weil sonst eine genaue Prüfung nicht möglich ist. Die Pariser Sattler bestimmen, daſs kein Sattel, die gewöhnlichen Sorten ausgenommen, fertig zugerichtet werden dürfe, bevor er nicht fest verkauft ist [6].

In der Tuchmacherei und in ihren Teilgewerben [7] ist die Schau mit besonderer Peinlichkeit geordnet. Für jedes Teilgewerbe besteht eine mindestens einmalige Schau. Die Geschworenen haben zunächst die Arbeit auf dem Webstuhl zu prüfen und darauf zu achten, daſs keine Kettfäden leer bleiben. Ein gewisser Spielraum war dem Weber nachgegeben; für jeden weiteren ausgelassenen Faden hatte er eine Buſse zu zahlen [8]. Bei gröſseren Fehlern hing es von dem Ermessen der Geschworenen ab, ob sie das Weiterweben des Stückes gestatten wollten [9]; Ware

---

[1] Ke nus taneires dehors le vile ne dedens ne autres ne venge quir ne ne soit mis à oevre devant chou ke li corier l'aient rewardei. Giry S. 569 Art. 751.

[2] Nus Chapuisieres ne puet ne ne doit chapuisier ne metre main à marrien nul apartenant à son mestier, devant que li marrien ait esté veus par les mestres du mestier, savoir mon se il est bons et loiaus pour metre en oevre. L.d.M. Tit. 79 Art. 3.

[3] Nus Orfevre ne puet ouvrer d'or à Paris, qu'il ne soit à la touche de Paris ou mieudres: la quele touche passe touz les ors de quoi en oevre en nulle terre. L.d.M. Tit. 11 Art. 2. In Montepessulano non fiunt vasa argentea vel aurea nisi fina. Thal. S. 16.

[4] Nus Potiers d'estain ne puet ne ne doit par droit ovrer de nul ovrage de son mestier, qui ne soit aloié bien et loialment selonc ce que l'euvre le requiert. L.d.M. Tit. 12 Art. 3.

[5] Vgl. etwa L.d.M. Tit. 62 Art. 5, Tit. 17 Art. 11, Tit. 81 Art. 7 und öfters L.d.M.

[6] Quar oevre qui est garnie ançois que ele soit vendue n'est ne bone ne souffisans, ne on ne garnist pour nulle loialté avant que ele soit vendue. L.d.M. Tit. 78 Art. 22.

[7] S. oben S. 93.

[8] S'on trovast plus de IIII fieus rompus d'une part et d'autre part, li maistres devant qui on le troveroit seroit à XII d. et ces vallés à VI d.; à autreteil fourfait seroit chil ki lancheroit plus de I fil ensamble et chil fourfait seront sans relais, et de plus de fius rompus de chacun I d. Giry S. 552 Art. 590. Vgl. L.d.M. Tit. 50 Art. 27; Vaterl. A. S. 139.

[9] Se aucun oevre est maagnée, c'est à savoir deroute, et cil à qui l'oevre est le fet savoir au mestres et aus jurez, li mestres et li jurez li pueent doner congié de tistre à plus de ros wis que XX, selonc ce que il leur samble bon. L.d.M. Tit. 50 Art. 28.

mit groben Mängeln wurde als Falschwerk behandelt[1]. Die vom Webstuhl genommenen Stücke wurden alsdann im ganzen auf ihre Beschaffenheit und auf das statutarische Gewicht untersucht[2]. Nach dem Walken und nach dem Strecken fand jeweils wiederum eine Prüfung statt[3]; schliefslich wurde das fertig zubereitete Tuch nochmals untersucht und gemessen und alsdann mit dem Zunftsiegel versehen[4].

Sache der Geschworenen war alsdann die Prüfung der zu Markte gebrachten fertigen Waren, gleichviel, ob diese Waren von Stadtfremden von aufserhalb eingeführt, oder von den in einem eximierten Bezirk innerhalb der Stadt ansässigen Handwerkern zum Verkauf gebracht wurden. Die Schau für den Markt nimmt keinerlei Rücksicht auf den Personenstand und die politische Zugehörigkeit der Gewerbetreibenden. Jeder in einem bestimmten Bezirk an dem Verkehr teilnehmende Handwerker ist für das von ihm in den Verkehr gebrachte Gut der für den betreffenden Bezirk angeordneten Schau unterworfen. Die auf den Exemtionen innerhalb der Stadt ansässigen Handwerker werden hinsichtlich der Schau als Fremde behandelt, wenn sie nicht im einzelnen Fall die Privilegien der städtischen Handwerker erworben haben[5].

Die Untersuchung der von aufserhalb kommenden Waren wird schon im dreizehnten Jahrhundert streng ausgeübt und in den Statuten häufig erwähnt[6]. Besondere Vorschriften über die Handhabung der Schau gegenüber den Stadtfremden, wie solche später notwendig wurden, werden zu jener Zeit noch nicht gegeben. Nur in Châlons wird den Geschworenen eingeschärft, dafs sie die Schau der in die Tuchhalle eingebrachten Waren schleunigst vornehmen sollen[7]. Im übrigen wird den Fremden lediglich vorgeschrieben, dafs sie die von ihnen eingebrachten Waren vor dem Verkauf zur Schau zu stellen haben. Allgemeine Verbote,

---

[1] Et s'on trovoit en aucun drap fausetei fust de moillier fust de sablon u de chendres u d'aucune autre fausetei pour mieus peseir, on l'arderoit devant le maison chelui là on le troveroit à tout l'ostil. Giry S. 550 Art. 579. Et s'ele est mauvaisement tissue on le caupe en III. S. 551 Art. 588.

[2] Si le doit on esgardeir anchois ke ele kieche de l'ansuel. Et se aucuns ostast le drap de l'ansuel sans I des esgardeurs il seroit à LX s. et si perdroit sen mestier I an et I jour. Giry S. 549 Art. 579. La saie quant ele kiet de l'ansuel doit estre porteie au pois (poids) pour peseir. S. 550 Art. 581; ferner S. 551 Art. 588.

[3] Giry S. 555 Art. 612, S. 545 Art. 553, S. 558 Art. 633, S. 562 Art. 687.

[4] Giry S. 556 Art. 620, S. 540 Art. 501.

[5] S. unten S. 140 und 143 und L.d.M. Tit. 1 Art. 1 ff.

[6] Goldschmiedestatut von Douay A. 1260. Taillar, S. 240 Art. 7. L.d.M. Tit. 71 Art. 8, Tit. 78 Art. 33, Tit. 52 Art. 8, Tit. 81 Art. 10, Giry S. 569 Art. 751.

[7] Li esgars (Schau) doit estre hastiz si que cil qui avera meffait ne s'en doie plaindre. Vaterl. A. S. 139. Dem Zusammenhang nach bezieht sich die Stelle nur auf die Stadtfremden.

durch welche die Einfuhr bestimmter Waren schlechthin untersagt wird, werden im dreizehnten Jahrhundert schon mehrfach erlassen und zwar mit Bezug auf solche Waren, die als minderwertig oder als Falschwerk bekannt sind. Die Pariser Leinenhändler verbieten die Einfuhr von Lein aus Spanien und aus Noyon, weil solcher Lein sich seit langer Zeit als falsch und schlecht erwiesen hatte[1]. Die Verwendung von Florettseide aus Montpellier war den Pariser Seidenbandwebern untersagt[2]. Den Wollwebern von Saint-Omer war verboten, ein gewisses Garn aus Arras, fil broke d'Arras genannt, zu verweben[3].

Ein Teil der Gewerbepolizei wird im dreizehnten Jahrhundert durch unmittelbare obrigkeitliche Verfügung geregelt. Wir haben hierbei zu unterscheiden zwischen den Befugnissen, die aus der ungeteilten Polizeigewalt fliefsen, und den Befugnissen, die auch nach der Ausbildung des Zunftwesens unmittelbar von der Obrigkeit weiter ausgeübt wurden[4].

Obrigkeitliche Vorschriften mit Bezug auf die Gewerbepolizei sind enthalten in einzelnen Stadtrechten, die gegen den Ausgang des zwölften und zu Beginn des dreizehnten Jahrhunderts erteilt wurden. Das Stadtrecht von Noyon vom Jahre 1181 bestimmt, dafs der Stadtrichter die Brotpolizei handhabt und untergewichtiges Brot beschlagnahmt[5]. In den Stadtrechten von Roye vom Jahre 1183 und von Saint-Quentin vom Jahre 1195 wird festgesetzt, dafs die Bäcker kein anderes Brot als zu einem Obolus backen sollen[6]. Das Stadtrecht von Athyes vom Jahre 1212

---

[1] Nus ne puet ne ne doit amener à Paris lin d'Espaingne ne de Noion pour vendre, car telle manniere de lin est fausse et mauvese, et a esté esprouvée dès pontans a. L.d.M. Tit. 57 Art. 9.

[2] L.d.M. Tit. 34 Art. 9; vgl. Einleitung L.d.M. S. 57 Anm. 2.

[3] Giry S. 555 Anm. 194.

[4] Der Ausbau der örtlichen städtischen Verfassung geht dem Zunftwesen voraus. Mag. u. Frat. S. 204.

[5] Si judex comprehenderit panificos qui parvum fecerint panem et illi inde placitare voluerint si fuerint convicti, juxta legem qua vivunt cum amissione panis emendabunt. Si vero placitare noluerint panes tantum amittent. Ord. 11 S. 224 Art. 5.

[6] Nullus panifex panem faciet nisi ad obolum. Ord. 11 S. 228 Art. 37, bezw. S. 273 Art. 40. — Beide Stadtrechte enthalten auch civilrechtliche Bestimmungen über die Verpfändung von Wolle und Tuch wegen rückständiger Arbeitslöhne. Spinnerinnen und Tuchbereiter dürfen die ihnen übergebenen Waren wegen rückständiger Löhne zu keinem höheren Betrage verpfänden, als der ihnen zukommende Arbeitslohn antrifft. Art. 47. Si aliquis burgensis vel uxor eius alicui filatrici lanam commiserit filandam sub mercede et filatrix filata pignori obligaverit ultra quam in filando deservierit, major communie pro debita tantum mercede filata reddi faciet ei cuius extiterit lana. Art. 48: Si quis pannos alicui paratori commiserit ad parandum non potest parator ponere eos in vadium pro majori precio ultra quam merces parandi se habeat; et si plus per invadiationem inde acceperit Major pannos reddi faciet salva tamen mercede paratoris. Ord. 11 S. 231 bezw. S. 274.

schreibt vor, dafs bei einer Klage über falsches Mafs oder über unehrliche Nahrungsmittel und Getränke der Bürgermeister mit den Schöffen den Fall besichtigen und alsdann nach dem Ausspruch der Schöffen verfahren soll[1]. In Noyon wie Athyes ist, da die städtische Obrigkeit sowohl die Schau als das Gericht handhabt, das Bestehen von Zünften ausgeschlossen. Im dreizehnten Jahrhundert ist diese ungeteilte Ausübung der Gewerbepolizei durch die Stadtobrigkeit selten.

Ein regelmäfsiges Mittel des obrigkeitlich-polizeilichen Eingreifens besteht in der Tarifierung, der die Arbeitslöhne und Warenpreise häufig unterworfen werden. Mitunter wird auch für einzelne Gewerbe, insbesondere für Bäcker und Fleischer ein fester Gewinnsatz vorgeschrieben, den sie nicht überschreiten durften. So wurde durch das Stadtrecht für Marziac vom Jahre 1298 der den Fleischern gestattete Gewinn auf einen Denar von jedem Solidus festgesetzt; die Bäcker sollten an jedem Sextarium Weizen nicht mehr als vier Denare verdienen[2]. — Von den Verordnungen, durch welche jede Absprache der Handwerker über Erhöhung der Arbeitslöhne und der Warenpreise untersagt wird, werden wir in einem späteren Abschnitt handeln[3].

Das hauptsächlichste Gebiet der obrigkeitlichen Regulierung bildeten indes die Marktversorgung und der Marktverkehr[4]. Die Ordnung des mittelalterlichen Marktwesens stellt

---

[1] Art. 40. Si quis de prava mensura fuerit accusatus vel de pravo potu Johannes major cum Scabinis debet illuc ire et facere quod scabini decreverint; si mensura fuerit comprobata falsa, mensura est Johannis majoris et forifactum est nostrum. Art 41. Si bolengarii convicti fuerint de pravo pane Johannes Major capiet panem et inde faciet quod scabini decreverint. Ord. 11 S. 302. Vgl. auch die unten S. 119 citierten Artikel des Stadtrechts von Rue.

[2] Carnifices qui carnes vendiderint in dicta villa, bonas carnes et sanas vendant; quae si bonae non fuerint, carnes pauperibus per Bajulum et Consules erogentur, et illis qui emerint pretium refundatur, et lucrentur carnifices in unoquoque solido unum denarium currentis monetae; et quicumque carnifex mandatum in hoc praedictum excesserit, in duobus solidis et uno denario Tholosano, Domini Regi sit incursus. Quilibet pistor seu pistoreza, vel quicumque alius panem faciens ad vendendum in villa praedicta, lucretur in unoquoque sextario frumenti quatuor denarios Turonenses et furfur tantummodo; et hoc secundum magis et minus; et si lucratus fuerit amplius, totus panis capiatur et pauperibus tribuatur. Ord. 12 S. 341 Art. 16 und 17.

[3] S. unten II. Teil 1. Abschn. 2. Kap.

[4] Wir handeln hier von dem regelmäfsigen Marktverkehr, die zeitweiligen Jahrmärkte bleiben in der Hauptsache aufser Betracht. Unter den mittelalterlichen Marktverkehr fällt indes nicht blofs der Verkehr mit Lebensmitteln, sondern mit allen marktgängigen Verbrauchsgütern und gewerblichen Erzeugnissen. — Vgl. hiezu Rathgen, Entstehung der Märkte in Deutschland, Darmstadt 1881, S. 62; ders., Art. Märkte in Conrads Handwörterb.; Schmoller, Umrisse und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, Leipzig 1898, S. 642 ff.

sich zunächst als recht verwickelt dar, und es ist nicht leicht, die verschiedenen Grundsätze unter wenige Gesichtspunkte zu bringen. Die Unausgeglichenheit und die Schwerfälligkeit der einzelnen Bestimmungen sind zum Teil eine notwendige Folge der zeitgenössischen Rechtszustände und Verkehrsverhältnisse, zum Teil auch das Ergebnis des Interessenstreits, der gerade auf diesem Gebiet in der vielfältigsten Weise zum Ausdruck kommt.

Den stets festzuhaltenden, einheitlichen Ausgangspunkt der mittelalterlichen Marktpolitik [1] bildet die Unterscheidung der Produktionsgebiete in zwei Kreise, den nächsten Umkreis der Stadt — das städtische Versorgungsgebiet — und die weiter abliegenden Gebiete; die rechtliche Behandlung beider ist völlig verschieden. Die Bezeichnungen für das städtische Versorgungsgebiet in den Urkunden sind sehr mannigfaltig; oft wird nur allgemein Bannmeile gesagt; mitunter wird der Amtsbezirk, in dem die Stadt liegt (die Präpositur, die Baillie), als Grenze angenommen [2]; häufiger wird eine topographische Abgrenzung durch Ortschaften und Flufsläufe gegeben [3]; auch ein Abstand in gerader Linie, ein Radius von zwei Stunden und darüber, dient als Grenzbestimmung [4]. Die marktpolizeiliche Regelung geht nun davon aus, dafs einerseits der Produzent aus diesem Versorgungsgebiet selber zu Markte kommen, und dafs andererseits der städtische Hauptverkehr an Markttagen sich auf dem Markte und unter öffentlicher Beaufsichtigung abspielen solle. Diesem Zweck dienen teils direkte, teils indirekte Mafsnahmen.

Unmittelbar wirken diejenigen Bestimmungen, die schlechthin eine Teilnahme am Marktverkehr vorschreiben. Ein allgemeiner und unbedingter Zwang hat in dieser Hinsicht jedoch keineswegs bestanden. Der im mittelalterlichen Marktverkehr angewandte Zwang erstreckt sich nach zwei genau zu trennenden Richtungen, die als persönlicher und als sachlicher Zwang zu bezeichnen sind. Unter dem persönlichen Zwang verstehe ich die bestimmten Gewerbetreibenden obliegende Pflicht, an gewissen Tagen den Markt zu beziehen und lediglich dort Geschäfte abzuschliefsen. Der sachliche Zwang dagegen besteht in der Vorschrift, durch welche der Geschäftsverkehr innerhalb des Marktbezirks an bestimmten Tagen und während der Marktdauer auf den offenen Markt verwiesen wird.

Der sachliche Zwang findet seine Grenze an dem Marktbezirk. Der persönliche Marktzwang läfst sich regelmäfsig nur auf solche Gewerbetreibende ausüben, die entweder a) infolge ihres politischen Verbandes (als Ortseinwohner u. s. w.) oder b) wegen ihrer Privilegien (als schutzbedürftige Ausländer) von

[1] Vgl. zu dem folgenden Mag. u. Frat. S. 223 ff.
[2] S. unten S. 116 Anm. 2.
[3] S. unten S. 117 Anm. 6, S. 119 Anm. 3.
[4] S. unten S. 115 Anm. 1.

dem Marktherrn oder von dem Aussteller des Marktprivilegs abhängig sind[1]. Der zu Gunsten des städtischen Marktes geübte persönliche Zwang ergreift deshalb die städtischen Gewerbetreibenden und Händler, nicht aber die ländlichen Produzenten[2]. Um die letzteren an den Markt zu ziehen, können im wesentlichen nur indirekte Mittel angewandt werden. Das Hauptmittel besteht in dem allgemeinen Verbot an die städtischen Gewerbetreibenden, innerhalb des städtischen Versorgungsbereichs Ankäufe außer dem Markte zu machen (Verbot des Aufkaufs).

Dieses Verbot wird aber von einer wichtigen Ausnahme durchbrochen. Nicht jeder Produzent ist willens oder in der Lage, seine Erzeugnisse auf den Markt zu fahren. Außerdem, wenn der Händler der einen Stadt nicht die Produzenten aufsucht, so wird es der Händler einer andern thun, und die streng verbietende Stadt ginge somit eines Teiles ihrer Zufuhr verlustig. Aus diesen Gründen ist einzelnen Zünften, die durch ihren Zunfteid gebunden sind, der Ankauf innerhalb des Versorgungsgebietes gestattet. Der Zunfteid giebt der Stadtbehörde die Handhabe, um den Geschäftsbetrieb dieser geschworenen Meister genau zu umgrenzen und zu ordnen, und nötigenfalls die Gewinne zu tarifieren. Doch auch dieser Ankauf durch zünftige Meister ist wiederum nicht schlechthin freigegeben, sondern durch eine Reihe allgemeiner Gebote, die wir im folgenden kennen lernen werden, beschränkt. — Ganz anders sind dagegen die Grundsätze, die für die weiter abliegenden Produktionsgebiete gelten. Wir werden hierauf später, bei der Besprechung des unerlaubten Zwischenhandels, zurückkommen.

Nach Darlegung dieser allgemeinen Voraussetzungen können wir die Vorschriften über den Marktverkehr nach einer dreifachen Richtung unterscheiden:

1. Sicherung der Zufuhren für den offenen Markt;
2. Verbot jedes Unternehmens, das die Umgehung des marktmäfsigen Geschäftsabschlusses zum Zweck hatte;
3. Unterbindung der gemeinschädlichen Gewinne aus unerlaubtem Zwischenhandel (Zwischenkauf).

1. Zu den Vorschriften der erstgenannten Gattung zählen zunächst das Gebot der Marktbeschickung, der persönliche und

---

[1] So sind — um drei verschiedene Formen des persönlichen Marktzwangs zu nennen — die Handwerker der königlichen Grundherrschaften in Paris zum Besuch des Marktes, dessen Marktherr der König selber ist, verbunden; s. oben S. 65. Ferner haben Pariser Handwerker, obwohl auf königlichem Grund und Boden ansässig, den Jahrmarkt von Saint-Germain und den Lendit zu beziehen; s. oben S. 66 und Anm. 5. Endlich werden Ausländer, wie die flandrischen Siebzehnstädte, bei der Erteilung ihrer Privilegien durch den König von Frankreich zum Besuch der Messen der Champagne und Brie verpflichtet. S. unten II. Teil 2. Abschn. 2. Kap.

[2] S. oben S. 76 Anm. 2.

der sachliche Marktzwang, und die Verbote des Vorkaufs und des Aufkaufs. Beispiele der persönlichen Pflicht Gewerbetreibender, den Markt wahrzunehmen, sind uns zuvor begegnet[1]. Ein sachlicher Marktzwang, der den Verkehr am Orte zeitweilig auf den offenen Markt beschränkt, besteht regelmäfsig für die Dauer des Marktes.

Die von aufserhalb kommenden Erzeugnisse sollten unmittelbar an den Markt gebracht und dort in einer offenen und jedermann zugänglichen Weise an die Verbraucher abgesetzt werden. Den städtischen Händlern, wie den Einwohnern überhaupt, war bei schwerer Strafe untersagt, den auf dem Wege zur Stadt befindlichen Zufuhren entgegenzugehen und sie abzufassen[2]. Den Warenführern, die sich innerhalb des Stadtbezirkes auf dem Wege zum Markte befanden, war bei Verlust ihrer Ladung vorgeschrieben, sich geradewegs nach dem Markte zu begeben und keinen Verkauf vorweg abzuschliessen[3]. Von dem Verbot des Aufkaufs auf dem umliegenden Lande war oben die Rede. Auf dem Markte selbst durften die Händler keine Ankäufe machen, bevor die Bürger sich mit ihrem Haushaltsbedarf versorgt hatten. Eine weitere Einschränkung erfuhr der Zusammenkauf der Vorräte durch das Teilungsrecht, das jedem Bürger den seinem Bedarf entsprechenden Anteil an einem marktmäfsigen Geschäftsabschlufs sicherte[4].

2. Diese Vorschriften über die Marktbeschickung finden ihre Ergänzung in den an zweiter Stelle zu nennenden Bestimmungen, durch welche jede Vereinbarung zur Umgehung des marktmäfsigen Geschäftsabschlusses untersagt wird. Die Hauptform, in der ein solches verbotenes Unternehmen zustande kam, war die Absprache eines städtischen Händlers mit einem auswärtigen Produzenten über die Lieferung und den Verkauf marktgängiger Waren. Die Urkunden bezeichnen eine solche Absprache als Compaignie à home de hors. Solche Abmachungen sind bei hoher Strafe verboten.

Jedes Einverständnis und jedes dauernde Gesellschaftsverhältnis zwischen einem städtischen Händler und einem aus-

---

[1] S. oben S. 65 uud 73. Der persönliche Marktzwang ist eine ältere Pflicht und im dreizehnten Jahrhundert bereits in der Rückbildung begriffen, wie die a. oben a. O. erwähnten Befreiungen und Ablösungen zeigen.

[2] L.d.M. Tit. 10 Art. 5 und 7. Giry S. 507 Art. 70 und 325. Quilibet piscinator qui defert pisces in villa ad vendendum deferat eos in foro nec recludat in domo nisi nox compellat recludere. Labande S. 283 A. 1220.

[3] Tout carbon grant et menu k'on amaine à vendre soient menei sou le markié avant k'on venge sor VI s. et le carbon perdu. Giry S. 519 Art. 232. On a commandei ke tout li bleis avaines et autre grains ki vient en sas à vendre dedens le vile et dedens le chengle k'il viegne dedans les IIII corons du markié à vendre. S. 539 Art. 486. Vgl. auch L.d.M. Tit. 100 Art. 12, Tit. 101 Art. 10.

[4] S. oben S. 91.

wärtigen Produzenten fällt unter dieses Verbot. Den Getreidehändlern von Saint-Omer war jede Gesellschaft mit den Stadtfremden untersagt[1]. Das gleiche Verbot ergeht für die Frucht- und Gemüsehändler und für die Garköche von Paris[2]. Verboten ist ferner jede Abmachung, derzufolge Gegenstände des allgemeinen Verbrauchs dem offenen Marktverkehr entzogen und an eine bestimmte Hand geliefert werden sollen. Das Statut der Pariser Fruchthändler untersagt jeden Abschluſs, durch den sich ein Stadtfremder verpflichtet, bei seiner Rückkunft oder zu irgend einem anderen Termine einem Pariser Händler unter Umgehung des Marktverkehrs Ware zu liefern. Für dieses Verbot giebt das Statut drei Gründe. Zum ersten wird der Fremde bei solchem geheimen Geschäft keine gute und ehrliche Ware liefern; zum zweiten, die groſsen Händler könnten auf solche Weise die Zufuhren an sich ziehen und die kleinen gingen leer aus; zum dritten, das Teilungsrecht könne bei solchem versteckten Geschäft nicht geltend gemacht werden[3].

3. Ein genaueres Eingehen beanspruchen die Vorschriften, die den unerlaubten Zwischenhandel betreffen. Die hierher gehörenden Verordnungen hat man bis jetzt auf den Zwischenhandel im allgemeinen bezogen. Eines der charakteristischsten Institute des mittelalterlichen Marktrechts ist deshalb der Wahrnehmung seither vollständig entgangen.

Das Mittelalter ist dem Zwischenhandel als solchem keineswegs feindlich gewesen; es hat auch niemals die Verwendung von Kapital zu Handelszwecken verhindert. Jeder Handel, der die Warenvorräte vermehrte und das örtliche Geschäft belebte, war dem Mittelalter willkommen und wurde mit allen Mitteln der Zeit unterstützt, gleichviel ob er von Groſskaufleuten oder von kleinen Händlern und Krämern betrieben wurde. Der Zwischenhandel, sowohl mit Nahrungsmitteln wie mit Gebrauchsgegenständen, beschäftigte regelmäſsig eine ganze Anzahl von Zünften.

Unerwünscht war dem Mittelalter dagegen derjenige Handel, der sich in den Besitz der erreichbaren und zur Hand

[1] Nus marchans de la vile de blei ait compagnie à estrange marchant de blei, sour LX S. Giry S. 503 Art. 16. Ebenso für Fische, S. 523 Art. 290.

[2] Que li regratiers de Paris n'ait compaignie à home de hors. L.d.M. Tit. 10 Art. 10. Et ne voisent encontre les marchans forains pour les acheter ne faire compaignie de marchandise. L.d.M. Tit. 69 Art. 7.

[3] Nus Regratiers de Paris ne puet ne ne doit achater de nul marchant charetée de oes ne de fromages ne some, à livrer à la revenue del marchant ne à nul terme; quar tex marchiez n'est ne bons ne loiaus, pour ce que en tex marchiés a trop de baraz, quar à envis les veut vendre cil qui les doit livrer, (ne) si bons ne si leaus que il devroit. Autre reson: li riche marchant auroient toutes les denrées, et li povre n'en porroient nule avoir. Autre reson: en tex achaz nus ne porroit demander part ne avoir au marchié, et ensi li riche auroient tout, et revendroient si chier come il leur plairoit. L.d.M. Tit. 10 Art. 6.

befindlichen Vorräte zu setzen strebte, um aus deren Wiederverkauf einen Gewinn zu ziehen. Ein solcher Handel vermehrte die Wirtschaftsgüter nicht, sondern er verteuerte sie nur. Die mittelalterliche Polizei trat dieser Form des Handels — der einzigen, die nach der damaligen Auffassung als unerlaubter Zwischenhandel zu bezeichnen ist — in jeder Weise entgegen.

Wir haben zuvor gesehen, dafs der handelsmäfsige Ankauf von Marktgut innerhalb der nächsten Umgebung der Stadt untersagt war. Die im Versorgungsbereich der Stadt wohnenden Produzenten sollten nach Möglichkeit selber zu Markte kommen und ihre Erzeugnisse ohne den Aufschlag einer Zwischenhand zum Verkauf bringen. Einzelne Zünfte waren unter bestimmten Voraussetzungen für den Ankauf bei Produzenten innerhalb des Versorgungsgebietes privilegiert[1]. Dagegen ist jeder Kauf vorhandener Waren mit der Absicht, lediglich aus der Besitzänderung und aus der Einschiebung einer Zwischenhand Gewinn zu schlagen, erschwert oder verboten.

Die Urkunden bezeichnen diesen unerwünschten Zwischenhandel nur mit einer allgemeinen Wendung als emere ad vendendum oder acheter pour revendre. Hieraus erklärt es sich, dafs bei diesen Verboten hinsichtlich des Zwischenhandels seither in der Litteratur kein Unterschied gemacht wurde[2]. In allen Fällen, in denen ein solches Verbot ergeht, handelt es sich indes nur um den Ankauf erreichbarer und vorhandener Vorräte, die bereits dem Verkehr zur Verfügung stehen, nicht aber um Waren, die erst durch den Handel dem Verkehr zugänglich gemacht werden sollen. Ich bezeichne daher diese Geschäftsform im nachfolgenden mit einem besonderen Ausdruck als Zwischenkauf und unterscheide sie dadurch von dem Zwischenhandel im eigentlichen Sinne.

Eine Reihe einzelner Vorschriften richtet sich gegen diese Einschiebung einer neuen Hand durch Zwischenkauf. Schon das Privileg Ludwigs VII. vom Jahre 1168 „zur Abschaffung einiger schlimmen Gebräuche in der Stadt Orléans“ untersagt Händlern und Krämern den Ankauf von Lebensmitteln innerhalb der Bannmeile zum Zweck des Wiederverkaufs[3]. Der Zwischenkauf von Brot wird allgemein, der Zwischenkauf von Wein den Wirten

---

[1] S. oben S. 112. Vgl. hierzu: Tot Regratier de Paris d'aigrun et de fruit pueent achater hors de la vile de Paris charetée ou some de fruit et de aigrun, et les puent amener à Paris tout franchement, soit que il soit chargiez pour venir à Paris ou en autre maniere; ne mais que li Regratiers de Paris n'ait compaignie à home de hors. L. d. M. Tit. 10 Art. 10. Se aucuns Poissonniers qui ait le mestier achaté au Roy et n'ait poiet les XX s. devanz diz, achate poison à Paris ou près de Paris, II lieu(e)s en touz sens, il pert le poison sanz autre amende poier. Tit. 100 Art. 3.

[2] S. auch unten 2. Abschn. 1. und 2. Kap.

[3] Regratarii non emant victualia infra banlivam ut vendant Aureliis. Ord. 1 S. 17 Art. 9.

und Ausrufern verboten[1]. Das Stadtrecht von Etampes vom Jahre 1179 verbietet, gewisse Nahrungsmittel, nämlich Fische und Brot, sowie Wein (diesen mit Ausnahme der Zeit der Weinlese) an Ort und Stelle anzukaufen, um sie daselbst wieder zu verkaufen[2]. In der Ordnung für den Marktverkehr von Beauvais vom Jahre 1220 wird verfügt, dafs niemand am Orte selbst Fische zum Zweck des Wiederverkaufs ankaufen darf[3]. Ein Ratsbefehl in Douai verordnet im Jahre 1246, dafs niemand Lebensmittel irgend welcher Art, wie Butter, Eier, Käse, Flufs- und Seefische, Fleisch, innerhalb der Stadt und Bannmeile ankaufen darf, um sie mit Gewinn weiter zu verkaufen[4]. Mitunter wird, um dem Zwischenkauf vorzubeugen, eine Wartefrist für die Wiederveräufserung des gekauften Gutes vorgeschrieben. Den Fleischern von Amiens wird durch Statut vom Jahre 1282 verboten, lebendes Vieh, das sie in Amiens selbst oder in der Bannmeile gekauft haben, innerhalb der ersten vierzehn Tage nach dem Ankauf weiter zu verkaufen[5]. Den Bürgern von St. Omer ist untersagt, auf dem Stapel von St. Omer Wein zu kaufen, wenn sie nicht den Wein, bevor sie ihn weiter verkaufen, zunächst in ihren Keller auf Lager nehmen[6]. Untersagt wird in St. Omer ferner, bereits am Markt befindliche Kohle zu kaufen, um sie wieder zu verkaufen[7]. Den Bäckern von Clermont wird verboten, Brot, das sie selber gekauft haben, zu verkaufen, ausgenommen an Markttagen[8].

Eingehend wird der Zwischenkauf in einer Pariser Prevotalverordnung des Jahrès 1299 behandelt, die das Geschäft in den

---

[1] Nullus emat panem Aureliis ut ibidem revendat. Ord. 1 S. 17 Art. 12. Tabernarii et preconiarii vinum non emant Aureliis ut ibidem revendent in taberna. Art. 6.

[2] Art. 2. Nullus emat pisces Stampis nec infra balivam ad revendendum Stampis exceptis harengis salitis et mangrelis salitis. Art. 3. Nemo emat vinum Stampis ad ibi revendendum in eadem villa nisi tempore vindemiae. Art. 4. Nemo ibidem ad revendendum panem emat. Ord. 11 S. 211.

[3] Quod nullus emat pisces recentes ad revendendum Belvaci. Labande S. 282.

[4] On fait le ban ke cocereaus ne cocerele ne venderes ne acateres de pisson de mer ne de douce aigue ne hom ne feme ne soit si hardis kil acace auwes ne capons ne bure ne oes ne froumages ne pisson de mer ne de douce eaue ne nule autre maniere de viande por rewaignier ne por revendre avant dedens ceste vile ne devens le banlieue de le vile sor le forfait de C s. et sor banir de le vile. Taillar S. 140. Das Regest bei Taillar ist nicht ganz richtig.

[5] Sy ne porra nulz machecriers revendre nulle beste qu'il ait accaté à Amiens ne dedans la banlieue pour tant que elle soit vive devant XV jours aprez ce que il l'ara accatée. Thierry 1 S. 244.

[6] Ke nus n'acache vin sor l'estaple s'il nel met anchois el chelier k'il le venge avant. Giry S. 504 Art. 28.

[7] Nus carboniers puet acateir carbons el markié pour vendre avant. Giry S. 510 Art. 120.

[8] A.d.P. I S. 119 No. 1326. A. 1268.

auf dem Wasserwege anlangenden Materialien regelt. Von Ostern bis Allerheiligen soll niemand an den Anlegeplätzen Kohle kaufen und aufspeichern, um sie wieder zu verkaufen[1]. Brennholz soll alsbald nach der Ankunft eines Schiffes ausgeboten werden, und in den ersten drei Tagen nach dem Ausbieten der Schiffsladung durfte überhaupt kein Wiederverkäufer von dem Holz kaufen. Nach Ablauf der drei ersten Tage soll jedermann das Holz zu dem gleichen Preise wie die Händler erhalten[2]. Der Zwischenkauf von Ziegeln[3] und ebenso der Zwischenkauf von Heu[4] wurden schlechthin verboten. Für den Verkauf aus geladenem Schiff bestand übrigens die Vorschrift, dafs beim Beginn des Ausbietens für die Waren ein bestimmter Preis festgesetzt wurde, den der Eigentümer bis zur Beendigung des Verkaufs unverändert einhalten mufste[5].

Während somit der Zwischenkauf, der sich nur der vorhandenen Vorräte zu bemächtigen suchte, als schädlich angesehen und möglichst eingedämmt wurde, war dagegen der Zwischenhandel, von dem eine Vermehrung der Zufuhren zu erwarten stand, durchaus unbehindert und gegebenenfalls durch Privilegien geschützt. Alle Beschränkungen, denen der handelsmäfsige Ankauf von Marktgut innerhalb des städtischen Versorgungsgebietes unterlag, waren aufgehoben für die weiteren Entfernungen, aus denen keine unmittelbare Verbindung der Produzenten mit der Stadt mehr unterhalten wurde. Der Zwischenhandel hatte hier vollständig freie Bahn[6].

An die Vorschriften über die Marktpolizei haben wir die Bestimmungen über die zu Markt kommenden **stadtfremden Händler** anzureihen.

---

[1] Que il sait deffendu et crié de par le Roy que nul n'achate charbon ne mette en granier pour revendre entre la Pasques et la Touzsainz sus poine de perdre le charbon. Depping S. 423.

[2] Que nul durant ces III jourz de vente ne puisse point achater pour meitre en garnier et que toutes manières de genz aient de la busche les III jourz passez pour leur user au feur (fur) que li marchant l'auront achetée avant que il l'aient faite enporter en leurs garniers. Depping S. 424.

[3] Que il sait deffendu que nul tuillier ne marchant de tuille n'achate tuil ne quarreaus pour revendre; et qui le fera la tuille et li quarreaus seront forfez et perdus. Depping S. 425.

[4] Que nul marchant de fein ne puisse aler contre navées de fein que l'en ameine à Paris pour vendre au port ne achater au port ansi pour revendre. Depping S. 425.

[5] Depping S. 424 und 425. Ferner L.d.M. Tit. 89 Art. 8. Nus marchanz de fein ne puet ne ne doit vendre fein II feurs en une meisme nef.

[6] Nus Poissonniers de mer, de Paris, ne puet ne ne doit aler encontre le poison pour achater, ce ce n'est dela la riviere d'Oise ou à ville ou il cuere marchié la ou il achetera le poison; et qui le fera autrement, il perdra tout le poison qu'il i achetera, toutes les foiz qu'il en sera repris. L.d.M. Tit. 101 Art. 3. Vgl. hierzu die Darlegungen über Durchfuhr bezw. Ausfuhr oben S. 66 und 68.

Während die Zunft des dreizehnten Jahrhunderts den stadtfremden Handwerker noch willig aufnahm[1], hat sie den Händler, der seine auswärts gefertigten Waren zu Markte brachte, stets mit Mifsgunst betrachtet. Zum Teil hing dies damit zusammen, dafs die Schau in demjenigen Abschnitt, dem die Zunft den Hauptwert beimafs, nämlich die Schau während des Arbeitsprozesses, hier nicht mehr auszuüben war; zum Teil auch damit, dafs die Händler Waren einführten, die nach Preis und Beschaffenheit von den in der Stadt üblichen und erlaubten abwichen, die aber gleichwohl nicht ohne weiteres als Falschwerk bezeichnet werden konnten. Schliefslich mufste der ansässige Meister den Wettbewerb des Händlers immer als eine Beeinträchtigung empfinden.

Die Stadtobrigkeit nahm dagegen nicht selten einen entgegengesetzten Standpunkt ein, und zwar aus einem doppelten Grunde: zunächst als Besitzerin der Markthallen und Zollrechte, und dann als Hüterin der Marktversorgung. Die Stadtbehörde sah den Händler im allgemeinen nicht ungern, weil er einen erheblichen Teil der Marktgelder und Verkehrsabgaben aufbrachte; im besonderen bedurfte sie des Fremden für den Zweck der Marktzufuhr, deren Erleichterung und Vermehrung eine Hauptsorge der Stadtbehörde bildete. Nur dann war auch das Stadtregiment dem Fremden unbedingt feindlich, wenn es sich darum handelte, die städtische Nahrung zu schützen, oder in einer Zeit des Niedergangs die Notlage des städtischen Gewerbes nicht noch durch fremden Wettbewerb zu verschärfen.

Allgemein hatte der stadtfremde Händler das Recht, an den Markttagen seine Waren nach der Stadt zu bringen und abzusetzen. Vor Beginn des Verkaufs hatte die Gewerbeschau stattzufinden[2]. Die offenbare Umgehung von Ordnungen, denen die städtischen Handwerker unterworfen waren, wurde hierbei mit Recht verhindert[3]; doch auch das Übelwollen und die Feind-

[1] S. oben S. 37.

[2] S. oben S. 108.

[3] So hatte der Stadtrat von Senlis „wegen gemeinen Nutzens" im Jahre 1260 verordnet, dafs in Senlis nur Brote zu einem Denar verkauft werden dürfen. Den auswärtigen Bäckern, die sonst Brot zu zwei und vier Denaren nach der Stadt brachten, wurde demgemäfs die Einbringung solchen Brotes untersagt. A.d.P. I S. 38. — Den normannischen Leinwandhändlern war in Paris der Verkauf ihrer Waren im Ausschnitt verboten, weil hierdurch die Zollpflicht für den Verkauf in ganzen Stücken umgangen wurde. L.d.M. Tit. 59 Art. 2 und 4. — Ein bemerkenswerter Streit bestand um die Wende des dreizehnten Jahrhunderts zwischen den Schwertfegern von Paris und den Scheidenmachern von St. Denis. Die Pariser Schwertfeger hatten gewisse Scheiden aus Leder und Holz als Falschwerk erklärt und einen bestätigenden Parlamentsbeschlufs ausgewirkt. Einige Scheidenmacher waren daraufhin nach St. Denis verzogen und brachten nunmehr, als Stadtfremde, ihre falschen Scheiden nach Paris zum Marktverkauf. Die Schwertfeger untersagten den Verkauf. Die Scheidenmacher von St. Denis erlangten zunächst (A. 1303) einen

schaft der Einheimischen fanden bei der Ausübung der Schau die beste Handhabe zur willkürlichen Beschwerung der Fremden. Grundsätzlich stand indes die Zulassung der fremden Händler an Markttagen fest.

Dagegen war das Recht der Fremden zum Verkauf an anderen Tagen als an den Markttagen in hohem Maſse bestritten und zweifelhaft. Ein allgemeines Verbot des Handels auſserhalb der Markttage besteht für die Fremden nicht; jedoch ebensowenig besitzen sie eine allgemeine Erlaubnis zum Handel; Verbot wie Erlaubnis unterliegen der Festsetzung im einzelnen Fall.

Im Nahrungsmittelgewerbe wird den Fremden, insbesondere für den Zweck der reichlicheren Brotzufuhr, häufiger die Zulassung auſserhalb der Markttage gewährt. So hatten in Bourges die Fremden nach einem Privileg von 1181 das Recht, gegen eine wöchentliche Abgabe Brot nach der Stadt zum Verkauf zu bringen[1]. In Paris war den auswärtigen Bäckern bis um die Wende des zwölften Jahrhunderts gleichfalls gestattet, auſserhalb der Markttage nach der Stadt zu kommen. Im dreizehnten Jahrhundert wurde ihnen jedoch dieses Recht durch Philipp II. Augustus entzogen, der das Verkaufsrecht der fremden Bäcker auf den Samstag (Markttag) beschränkte[2]. In Rue war es nach dem Stadtrecht von 1210 den stadtfremden Bäckern, die innerhalb eines näheren, durch die Städte Amiens und Doullens und den Canchefluſs gebildeten Umkreises wohnten, erlaubt, zu den gleichen Bedingungen wie die einheimischen Bäcker ihr Brot in der Stadt zu verkaufen. Den aus weiterer Entfernung kommenden Bäckern und Händlern wurden sogar — gemäſs den oben S. 111 ff. dargelegten Grundsätzen über die Zufuhr aus dem jenseits des städtischen Versorgungsbereichs liegenden Gebiete — noch gröſsere Freiheiten gewährt; sie durften ohne jede Beschränkung und wie es ihnen beliebte, ihr Brot zum Verkauf einbringen[3]. In Mont-

---

günstigen Parlamentsentscheid; im folgenden Jahre obsiegten jedoch die Schwertfeger und der Verkauf der beanstandeten Scheiden wurde verboten. A.d.P. II S. 22 und 24.

[1] Statuimus etiam ut omnibus hominibus liceat undecumque voluerint panem afferre et vendere Bituricis; et quicumque de foris panem Bituricis attulerit ad vendendum Nobis duas tantum denariatas panis in hebdomada persolvat et alius ab eo nihil accipiat. Ord. 11 S. 222 Art. 10. Auch in Pontoise hatten die Fremden nach einem Parlamentsentscheid des Jahres 1307 von altersher das Recht, an drei Tagen der Woche Brot nach der Stadt zu bringen. Olim III S. 231.

[2] Philipp II. Augustus gewährte das Privileg, als er — vermutlich im Jahre 1201 — die Pariser Bäcker von den grundherrlichen Diensten und Lasten befreite, wogegen die Bäcker verschiedene Geldzinse übernahmen. Mag. u. Frat. S. 77 und 78. Als die fremden Bäcker das Verbot späterhin zu umgehen suchten, bestätigte Ludwig IX. die Pariser im Genuſs ihres Privilegs. L.d.M. Tit. 1 Art. 53. Vgl. hierzu die späteren Verordnungen von 1305 Mét. 1 S. 197 und 1367 Mét. 1 S. 199.

[3] Bannum venalium ville meum est excepto banno panis quod est majori et scabinis ville ordinandum; et sicut ordinando de pane con-

pellier war den Stadtfremden der Kleinverkauf von Tuch untersagt; jedoch durfte ein fremder Händler (Packenträger) soviel Tuch, als er auf dem Rücken tragen konnte, im Kleinverkauf in der Stadt absetzen [1]. —

Die Händler, die mit gröfserem Warenvorrat zu längerem Aufenthalt kamen, bedurften einer besonderen Aufenthaltserlaubnis. Urkunden über die Behandlung dieser Wanderlager aus dem dreizehnten Jahrhundert sind selten [2]; erst späterhin hatten Gesetzgebung und Statuten sich eingehender mit ihnen zu beschäftigen [3].

---

siderabunt sic ad eamdem considerationem homines infra Ambianis manentes et rippariam Augi et Dullendium et Cancheiam vendent et non aliter. Si vero homines ultra predictos terminos manentes in villa panem adduxerint licebit eis vendere prout potuerint. Thierry 4 S. 659 Art. 14. Vgl. auch die Ratsverordnung für das Fleischergewerbe von Poitiers, Fagniez, Doc. S. 166 Art. 3 (A. 1247).

[1] Nec quis extraneus pannos aliquos in hac villa vendere debet ad tallium, nisi eos quos ad collum portaverit per villam. Thal. S. 48 Art. 1.

[2] Eine solche Urkunde teilt Fagniez, Ind. S. 375 mit; es ist eine von der Abtei Ste. Geneviève in Paris erlassene Ordnung für die Sarscheweber von St. Médard (Ende des dreizehnten oder Anfang des vierzehnten Jahrhunderts). Den Fremden ist der Verkauf ven Tiretaines und Sarschezeugen in den Herrschaften der Abtei allgemein verboten; nur wenn Fremde sich auf der Durchreise befinden, dürfen sie während eines Tages oder zwei, mit Erlaubnis der Handwerksgeschworenen, ihre Waren zum Verkauf stellen.

[3] S. unten II. Teil 2. Abschn. 3. Kap.

Fünftes Kapitel.

Gerichtsbarkeit.

§ 1. Die Grundzüge der gewerblichen Gerichtsbarkeit.

A. Die Zuständigkeit des Handwerksgerichts.

Das Gewerbegericht gehört zu der mittleren und niederen Gerichtsbarkeit, die bezüglich ihres Inhalts und Umfangs in der Litteratur — in der alten, wie in der neuen — bisher nur geringe Berücksichtigung erfahren hat. Schon Beaumanoir läfst die niedere Gerichtsbarkeit inhaltlich ganz unbeachtet. Im Kapitel 58 werden nur die Fälle aufgezählt, die zu der hohen Gerichtsbarkeit gehören; ebenso enthält das Kapitel 30 de Meffaits nichts Näheres. Auch in der modernen Litteratur ist, so heftig über die Bedeutung der Gerichtsbarkeit unter den Historikern gestritten worden ist, eine systematische Untersuchung des überaus reichen Urkundenmaterials noch nicht geführt worden. Für die Behandlung der Gerichtsbarkeit hatte ich deshalb nicht nur das Material in diesem und in den folgenden Kapiteln zusammenzutragen; es waren auch die notwendigen begrifflichen Scheidungen neu aufzustellen.

Das urkundliche Material, auf das ich meine Darlegungen stütze, ist überall auf das ausführlichste in den Anmerkungen beigefügt. Um eine rasche und zusammenhängende Übersicht der einschlägigen Fragén zu geben, habe ich überdies die von mir in den verschiedenen Kapiteln verarbeiteten Urkunden im Anhang in Tabellenform zusammengestellt [1], sodafs die sachliche Prüfung des Gegenstandes in jeder Weise erleichtert ist. —

Die Stellung des Handwerks selbst ist eine andere in der Gerichtsbarkeit, als in den zuvor behandelten Materien. In den voraufgehenden Kapiteln erschienen die Handwerkerschaften lediglich als das Organ, in welchem bestimmte verwaltungsmäfsige

---

[1] S. unten Anhang Nr. 3.

Institutionen allgemein ihre Vergegenständlichung finden. In der Gerichtsbarkeit dagegen tritt die Korporation selbständig und persönlich auf, als Besitzerin individueller, ihr im besonderen eigentümlichen Rechte. Wo eine ältere Handwerkerschaft eine Geschichte hat, ist es die Geschichte ihrer Gerichtsbarkeit.

Bei der Darstellung der Gerichtsbarkeit zeigt es sich ferner besonders deutlich, dafs die Periode, von der unsere vorliegende Schilderung ausgeht, nicht mehr die erste der Handwerkerverbände selbst ist, sondern dafs die Verbände sich im dreizehnten Jahrhundert schon im zweiten Stadium der Entwicklung befinden. Durch das gesamte Gerichtswesen der Handwerkerschaften zieht sich die Scheidung, auf der ich den Nachweis von der Entstehung des Zunftwesens im einzelnen gegründet habe; es ist die Scheidung zwischen dem Recht der alten, meist die Sechszahl umfassenden Ämter, und dem der später entstandenen Zünfte. Die gewerbliche Gerichtsbarkeit ist demnach mit der Entstehungsgeschichte des Zunftwesens auf das engste verknüpft; die Darstellung des Handwerksgerichts hat voraufgehende Untersuchungen über die Herausbildung des Zunftorganismus zur Voraussetzung [1].

In der Periode unserer gegenwärtigen Schilderung — d. i. um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts — bestehen die Handwerkerschaften alten und neuen Rechts noch unausgeglichen neben einander. Die den einzelnen Ämtern und Zünften zustehenden jurisdiktionellen Befugnisse sind durchaus verschieden und ungleichmäfsig abgegrenzt. Die erste Frage, die wir hier zu erörtern haben, betrifft demnach den Inhalt der dem Handwerksgericht zukommenden Zuständigkeit. Die Zuständigkeit des Gerichts scheidet sich für uns in dreifacher Richtung in die örtliche, in die objektive und in die subjektive Zuständigkeit. Über diese Einteilung ist zunächst folgendes zu bemerken.

Die heutige Rechtspflege, und demgemäfs die Rechtswissenschaft, kennt keine subjektive Zuständigkeit des Gerichts. Subjekt der Gerichtsbarkeit ist der Staat, und die Zuständigkeit des einzelnen Gerichts beruht auf der staatlichen Ermächtigung, eine Rechtssache zu entscheiden [2]. Nach dem heutigen Stande des öffentlichen Rechts bedeutet demnach die Zuständigkeit des Gerichts die demselben vom Staate zugeteilte Ermächtigung, einen gegebenen Fall zu behandeln [3]. Diese Zuständigkeit selbst kann

---

[1] Mag. u. Frat. im einzelnen.

[2] S. John, Strafprozefsordnung, Erlangen 1884, Bd. 1 S. 129: Es kommt alsdann die Frage in Betracht: Welche Art von Gerichten ist staatlich autorisiert, eine Rechtssache dieses Inhalts zu entscheiden? Das ist die Frage nach der sachlichen Zuständigkeit der Gerichte.

[3] Dasjenige Gericht, welches nach dieser Geschäftsverteilung berufen ist, einen gegebenen Fall zu behandeln, heifst das dafür zuständige (kompetente) Gericht. Zuständigkeit (Kompetenz) des Gerichts ist dem-

entweder nach nur zwei Gesichtspunkten in eine örtliche und in eine sachliche[1], oder nach drei Gesichtspunkten in eine örtliche, eine sachliche und eine funktionelle eingeteilt werden[2].

Ganz anders verhält es sich mit den von uns zu schildernden Zeiten und Zuständen. Das Recht des Staates ist auf dem von uns zu behandelnden Gebiete im dreizehnten Jahrhundert teils nur unvollkommen, teils noch gar nicht vorhanden. Ein grofser Teil der Ämter alten Bestandes, die uns im dreizehnten Jahrhundert und noch späterhin begegnen, und zwar gerade die an Umfang und Stellung hervorragendsten, übt die Gerichtsbarkeit kraft eigenen Rechts, nicht kraft übertragenen Rechts oder infolge einer Ermächtigung. Das Amt ist hier Subjekt der Gerichtsbarkeit; ihm steht die Gerichtsgewalt zu. Die hierbei zu Tage tretenden Gegensätze zweier Rechtssysteme habe ich zuvor (oben S. 6 ff.) erörtert, und habe dort ihre grundsätzliche Bedeutung für die Untersuchung der mittelalterlichen Rechtsentwicklung dargelegt.

Ich spreche demnach von einer subjektiven Kompetenz da, wo das Amt Subjekt der Gerichtsbarkeit und zur Vornahme jurisdiktioneller Handlungen nicht blofs objektiv, sondern subjektiv berechtigt ist. Die Unterschiede im Gericht der alten Ämter und der Zünfte, sowie die Abstufungen in dem Umfang der Gerichtsbarkeit selber hängen mit dem Besitz bezw. dem Mangel der subjektiven Kompetenz zusammen. Wir unterscheiden mithin im nachfolgenden die obenerwähnten drei Richtungen der örtlichen, objektiven nnd subjektiven Zuständigkeit.

I. Die örtliche Zuständigkeit des Handwerksgerichts fällt regelmäfsig mit den territorialen Grenzen eines Jurisdiktionsbezirks zusammen. In den Städten mit geteilter Gerichtsbarkeit besteht demnach grundsätzlich auch kein einheitliches Handwerks-

---

nach dessen Ermächtigung, einen gegebenen Fall zu behandeln, weil er innerhalb der sachlichen und örtlichen Grenzen seiner Gerichtsgewalt liegt. Die sachliche Zuständigkeit des Gerichts ist die Ermächtigung, Geschäfte solcher Art, wie das vorliegende, vorzunehmen; die örtliche Zuständigkeit ist die Ermächtigung, dieses so geartete Geschäft, weil es seinem Bezirk anfällt, vorzunehmen. Planck, Lehrbuch des deutschen Civilprozefsrechts, Nördlingen 1887, S. 25.

[1] S. die voraufgehende Anmerkung.

[2] Drei Gesichtspunkte sind es, von denen aus sich diese Gesamtorganisation der Gerichte in gerichtsbarkeitlicher Beziehung aufbaut: der gegenständliche (sachliche, objektive), der räumliche und der funktionelle. Die Gerichtsgewalt erscheint gegenständlich begrenzt, wenn sie nur geübt werden soll mit Beziehung auf bestimmte Arten von Sachen; sie erscheint räumlich begrenzt, wenn sie gebunden ist an einen bestimmten Raum (Gerichtssprengel), also beschränkt auf die ihm angehörigen Sachen; sie erscheint funktionell begrenzt, wenn sie nur geübt werden soll zur Erledigung einer bestimmten Rechtspflegefunktion mit Beziehung auf die dem Gericht objektiv bezw. räumlich zugewiesenen Sachen. Wach, Handbuch des deutschen Civilprozefsrechts, Leipzig 1885, Bd. I S. 347.

gericht. Doch finden sich schon im dreizehnten Jahrhundert häufig Ausnahmen und besondere Vereinbarungen mit Bezug auf die örtliche Zuständigkeit des Handwerksgerichts. Die Zünfte haben naturgemäfs das Bestreben, für den ganzen Umfang eines Stadtbezirks einen einheitlichen Verband mit einheitlicher Gewerbeschau und gleichmäfsigen Statuten zu schaffen. Andererseits beansprucht dagegen jeder Gerichtsherr allgemein, das fremde Gericht von seinem Grund und Boden auszuschliefsen und nur seinen eigenen Gerichten die Vornahme jurisdiktioneller Handlungen zu gestatten.

Für die örtliche Abgrenzung des Handwerksgerichts ergeben sich hieraus in den Städten mit geteilter Gerichtsbarkeit die folgenden drei Kombinationen:

1. Die Grundherrschaften innerhalb des Stadtbezirks schliefsen sich vollständig ab; die daselbst wohnenden Handwerker gehören den Stadtzünften nicht an. (Geistliche Bezirke in St. Omer[1], geschlossene Grundherrschaften in Paris[2].)

2. Die Handwerker der Grundherrschaften treten den Stadtzünften bei, das Gericht des Sonderbezirks bleibt jedoch als Vollstreckungsgericht und als Obergericht anerkannt. (Bischöfliche Bezirke in Amiens[3], Bäckerzunft in Beauvais[4].)

3. Die Handwerker der Grundherrschaften halten sich in allem zu den Stadtzünften und stehen in Gewerbesachen auch nur vor diesen zu Gericht. (Kleinere Grundbezirke zu Paris[5].)[6].

II. Ihrem Objekte nach umfafst die Zuständigkeit des Handwerksgerichts entweder alle Justizsachen oder nur die Gewerbesachen[7].

Als Ämter, die in der Entstehungszeit des Zunftwesens ein eigenes Recht bereits besafsen und es in der späteren Zeit behaupteten, sind hier zuerst die Magisterien zu nennen[8]. Das Gericht der magisterialen Ämter besteht in einer Exemtion

---

[1] Giry S. 124 ff.

[2] S. unten S. 139 ff.

[3] Unten S. 143.

[4] Unten S. 144.

[5] Unten S. 140.

[6] Weitere Beispiele s. unter den Quellenangaben der späteren Perioden.

[7] Es braucht kaum bemerkt zu werden, dafs das Zunftgericht innerhalb der Grenzen seiner objektiven Zuständigkeit sowohl über zünftige wie über unzünftige Handwerker urteilt. Über die Aburteilung auswärtiger oder dem politischen Bezirk des Zunftgerichts nicht angehöriger Handwerker vgl. hier unten die Bestimmungen für Paris S. 140 f., Amiens S. 143.

[8] Die hofrechtlichen Ämter, die sich nicht zu Magisterien auswuchsen, sind ohne organische Ausbildung in das Zunftwesen aufgegangen. Mag. u. Frat. S. 197|198. Den Fraternitäten wurde ihr öffentliches Recht überhaupt erst durch das Zunftprivileg geschaffen; bei ihnen kann von keiner Kontinuität des Rechts, sondern nur von einer Kontinuität der Personen die Rede sein. Mag. u. Frat. S. 171.

von dem allgemeinen Gericht. Die Zuständigkeit erstreckte sich auf alle Justizsachen, ausgenommen die Verbrechen, die an Hals und Hand gingen. Das Sonderrecht der Magisterien ist in der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts in der Hauptsache noch vollständig erhalten.

Den Magisterien zunächst stehen einige Zünfte, die während des ersten Viertels des dreizehnten Jahrhunderts neu gestiftet wurden. Die Zuständigkeit ist hier den Magisterien nachgebildet und umfaſst gleichfalls alle Justizsachen [1].

Bei den übrigen Handwerkerschaften ist die sachliche Zuständigkeit regelmäſsig auf die Gewerbesachen beschränkt. Dagegen bestehen hier zwischen den alten Ämtern und den Zünften groſse Abstände mit Bezug auf die subjektive Stellung und Befugnis des Gerichts.

Die sachliche Zuständigkeit des Handwerksgerichts scheidet sich im übrigen nach den zwei Graden straffälliger Handlungen, die in scharfer Scheidung das gesamte Gewerberecht des Mittelalters durchziehen; es sind dies 1. die Übertretung und das mindere Vergehen, und 2. das Falschwerk. Von diesen beiden Begriffen haben wir weiter unten genauer zu handeln.

III. Eine subjektive Zuständigkeit des Handwerksgerichts ist (im Mittelalter) da vorhanden, wo die Gerichtsgewalt nicht auf übertragenem (abgeleitetem) Recht, sondern auf dem eigenen Recht des Amtes beruht. Äuſserlich findet diese Kompetenz ihren prägnanten Ausdruck gemäſs der dem Gericht zustehenden Behandlung der Übertretung bezw. des Falschwerks.

Über die hiernach zu beurteilenden Kompetenzgrenzen ist zu bemerken, daſs jedes Handwerksgericht objektiv berechtigt ist, sowohl in Übertretungsfällen wie über Falschwerk zu erkennen, bezw. bei der Urteilsfällung mitzuwirken. Dagegen haben nur die alten Ämter die aus ihrem eigenen Recht hervorgehende subjektive Befugnis, alle zu ihrer sachlichen Zuständigkeit gehörenden Fälle, insbesondere auch Falschwerk selbständig und unter Ausschluſs des allgemeinen Gerichts [2] abzuurteilen und die gefällten Urteile über Falschwerk aus eigener Machtvollkommenheit zu vollstrecken. Diese Handwerkerschaften, die sich als die ältesten und bedeutendsten darstellen, besitzen also eine subjektive Kompetenz, die den später entstandenen, dem öffentlichen Gericht von Anbeginn angeschlossenen Zünften notwendigerweise fehlen muſste.

Das Recht, Falschwerk selbständig abzuurteilen, und ganz besonders das Recht, die Urteile eigenmächtig zu vollstrecken (die sogenannte justitia combustionis), wird den alten Ämtern

---

[1] S. unten S. 147.

[2] Der Ausdruck „allgemeines Gericht“ bezeichnet hier den Gegensatz zu dem Specialgericht (Handwerksgericht), der Ausdruck „öffentliches Gericht“ den Gegensatz zu dem nicht-öffentlichen (privaten) Gericht.

schon im dreizehnten Jahrhundert bestritten. Die hieraus hervorgehenden Kämpfe, von denen wir bei der Besprechung der einzelnen Statuten Näheres hören werden, kamen erst nach dem Ende des Mittelalters vollständig zum Abschlufs. —

Die beiden vorerwähnten Kategorien der Übertretung und des minderen Vergehens einerseits, des Falschwerks andererseits, werden während des Mittelalters genau auseinander gehalten, und ihre Unterscheidung bildet eine der notwendigen Grundlagen für die Behandlung der gewerblichen Gerichtsbarkeit. Wenn es in der Litteratur bisher schien, als ob es an einheitlichen Grundsätzen im mittelalterlichen Gewerbegericht fehle, so liegt dies daran, dafs die nötigen Scheidungen a) zwischen dem Recht der alten Ämter und dem der Zünfte und b) zwischen Übertretung und Falschwerk nicht aufgestellt waren. Aus ihrer wechselsweisen Kombination ergeben sich die verschiedenen Abstufungen der Gerichtsbarkeit der einzelnen Handwerkerschaften.

Die Übertretung (wir schliefsen im folgenden das mindere Vergehen in diesen abgekürzten Ausdruck mit ein) besteht in dem — absichtlichen oder unabsichtlichen — Zuwiderhandeln gegen die Vorschriften über gute und ehrliche Arbeit; sie setzt keine betrügerische Absicht, sondern im wesentlichen nur Fahrlässigkeit und übertriebene Gewinnsucht voraus. Der Begriff der gewerblichen Übertretung läfst sich vollständig nur aus der zuvor (oben S. 103 f.) dargelegten mittelalterlichen Auffassung von der Gewerbepolizei und der Gewerbeschau abnehmen. Die Entscheidung über die Ehrlichkeit der Ware ist zunächst nicht dem Käufer anheimgestellt, sondern der Polizei bezw. der die Polizei ausübenden Schau aufgetragen. Die gewerbliche Übertretung umgreift demnach jede Abweichung von den positiven Vorschriften über die Erfordernisse der ehrlichen Arbeit[1].

Auf dieser Ordnung des gewerblichen Verkehrs beruht die besondere Bedeutung, die dem Gericht über die Übertretungsfälle für das mittelalterliche Gewerberecht zukommt. Denn bei dem präventiven Eingreifen der Gewerbeschau bildet die Übertretung die weitaus häufigste Form der straffälligen Handlung im gewerblichen Verkehr überhaupt. Aus dieser Voraussetzung ergiebt sich dann weiter der hohe praktische Wert, den die Ausübung

[1] Hierunter fällt mithin jeder Verstofs gegen die gewerblichen Ordnungen und die Handwerksbräuche; also z. B. die Nichtbeachtung der Vorschriften über die Beschaffenheit des zu verwendenden Materials und über die Handwerkstechnik; die Anfertigung und die Feilhaltung nicht marktmäfsiger oder statutenwidriger Ware; ungenügende Sorgfalt in der Ausführung; nachweisbare (jedoch nicht geradezu betrügliche) Fehler und Mängel in der Ware u. a. m.; endlich die Überschreitung der vorgeschriebenen Arbeitszeit (Nacht- und Lichtarbeit, Sonn- und Feiertagsarbeit); die Umgehung der Bestimmungen über die Einstellung von Lehrlingen und Gesellen u. dgl.

des Gerichts durch die Handwerkerschaft selber besafs. In der Hand eines Beamten war die mittelalterliche Strafbefugnis vielfach nichts anderes als ein Mittel der Ausbeutung und Erpressung [1]. Erst die Mitwirkung im Gericht sicherte die thatsächliche Unabhängigkeit des Handwerks.

Die Feststellung der Übertretung erfolgte in den Ämtern und Zünften durch die Geschworenen, welche die Richtigkeit der von ihnen behaupteten Thatsache auf ihren Eid nehmen mufsten [2]. Äufserlich kennzeichnet sich hierbei die Behandlung der Übertretung, zum Unterschied vom Falschwerk, dadurch, dafs auch in den Fällen, in denen ein Objekt (fehlerhafte Ware) vorhanden war [3], dieses nicht dem Verkehr oder auch nur dem Besitz des Handwerkers entzogen wurde, während bei Falschwerk stets vorläufige Beschlagnahme erfolgte. Die Ansetzung der Bufse wird mitunter in das Ermessen der Geschworenen gestellt [4]. Häufiger enthalten jedoch die Statuten des dreizehnten Jahrhunderts genaue Angaben über die Höhe der zu verhängenden Bufse, und zwar wird für die Übertretung entweder ein feststehender Einheitssatz gegeben [5], oder es werden für einzelne Fälle abgestufte Sätze aufgestellt. Die Bufse beträgt bei den Magisterien, bei denen die Festsetzung aus älterer Zeit herrührt, meist vier [6], mitunter auch sechs Denare [7]; bei den Zünften in der Regel fünf Solidi [8].

Der gesteigerte Begriff des Falschwerks setzt auf der Seite des Handwerkers grobes Verschulden oder betrügerische Absicht voraus. Das als Falschwerk bezeichnete Gut mufs mit solchem Mangel behaftet sein, dafs seine Weitergabe im Verkehr sich als ein Unternehmen zu dem Zweck der unmittelbaren Schädigung des Erwerbers oder der Erlangung eines widerrechtlichen Vorteils darstellt. Hieraus rechtfertigt sich die gänzliche Entziehung oder wenigstens die starke Herabminderung der Verkehrsfähigkeit der falschen Ware und aufserdem die Verhängung einer Geldstrafe wider den schuldigen Handwerker. Der straffällige Thatbestand wird hergestellt lediglich durch die Anfertigung und durch den Besitz falschen Gutes. Das Feilhalten und die thatsächliche Umsetzung im Verkehr wird für die Strafbarkeit keineswegs gefordert, soll vielmehr gerade durch die vorbeugende Bestrafung verhindert werden.

---

[1] Mag. u. Frat. S. 62 am Ende. Vgl. auch des drastischen Ausdrucks wegen die Begründung des Bäckerstatuts von Provins, unten S. 148 Anm. 3.
[2] Über die Formen des Verfahrens s. unten S. 131.
[3] S. oben S. 126 Anm.
[4] Thierry 1 S. 226 Art. 7, Vaterl. A. S. 139.
[5] L.d.M. Tit. 61 Art. 11, Tit. 65 Art. 10, Tit. 67 Art. 6, Tit. 70 Art. 12, Tit. 71 Art. 13, Tit. 75 Art. 14, Tit. 83 Art. 11, Tit. 84 Art. 12 und öfters.
[6] L.d.M. Tit. 15 Art. 15, Tit. 76 Art. 13.
[7] Mag. u. Frat. S. 78.
[8] L.d.M. öfters.

Das von den Geschworenen aufgegriffene Falschwerk, sowohl das bei einheimischen wie das bei stadtfremden[1] Handwerkern vorgefundene, wurde vor Gericht geschafft, wo die endgültige Aburteilung stattfand. Bei Schuldigsprechung wird auf eine Hauptstrafe und eine Nebenstrafe erkannt. Die Hauptstrafe lautet auf die — in den Statuten weitaus am häufigsten angedrohte — Einziehung und eventuelle Vernichtung (Verbrennung) der falschen Ware (daher die Bezeichnung der entsprechenden Gerichtsgewalt als justitia combustionis); im einzelnen Fall kann jedoch diese Strafe vom Gericht auf die Minderung der Verkehrsfähigkeit (Zerschneidung, Zerstückelung) der Ware herabgesetzt werden[2]. Die Nebenstrafe geht auf eine (meist sehr hohe) von dem Handwerker zu entrichtende Geldbuſse, mitunter auch auf Untersagung des Gewerbebetriebs für Jahr und Tag[3]. Schlieſslich konnte auch auf Verbannung des Schuldigen erkannt werden.

In der subjektiven Befugnis des Urteilens über Falschwerk zeigt sich nun der Gegensatz zwischen dem Recht der alten Ämter und dem der Zünfte. Die Ämter alten Bestandes, gleichviel ob sie sich zu Magisterien umgebildet hatten oder ob sie diese Organisationsform nicht aufzeigten, beanspruchten durchgängig das Recht der eigenmächtigen Aburteilung von Falschwerk[4]. Wo das Amt seine selbständige Gerichtsbarkeit voll behauptet hatte, war ihm auch dieses tief in die Vermögensinteressen eingreifende Recht im dreizehnten Jahrhundert ungeschmälert verblieben. Den amtsfremden Behörden war dann auch bei der Vollstreckung des Urteils über Falschwerk jede Mitwirkung versagt. Die Statuten enthalten in solchem Fall mehrfach den ausdrücklichen Vermerk, daſs das Amt das Recht habe, die Verbrennung des abgeurteilten Gutes vorzunehmen, ohne einen Beamten des allgemeinen Gerichts zuzuziehen oder zu befragen[5]. Hatte das alte Amt seine Selbständigkeit verloren, so war ihm auch das Recht der eigenmächtigen Aburteilung von Falschwerk entzogen. So war es

---

[1] L.d.M. Tit. 18 Art. 6, Tit. 40 Art. 4.

[2] S. unten S. 133.

[3] Vaterl. A. S. 135 ff., Giry öfters.

[4] Daſs die objektive Zuständigkeit der Magisterien auſserdem über die Gewerbesachen hinausging und alle Justizsachen umfaſste, wurde oben S. 124 bereits bemerkt.

[5] Toutes les choses desus dites puet prandre cil qui garde le mestier de parle mestre chamberier lou Roy, en quelque lieu que il les truisse, et faire les ardoir en plain marchié par devant les preudeshomes du mestier et par leur conseill, sanz parler ent à prevost ne à voier. L.d.M. Tit. 76 Art. 7. Cum ex parte ducis Burgundie fuerint IV articuli propositi videlicet quod ipse et predecessores Francie camerarii fuerant in possessione per longum tempus usque ad quinque vel sex annos ultimo preteritos quod dominus Rex dessaisivit eumdem, habendi cognitionem et judicium et executionem falsi operis cordubanariorum et bazannariorum Parisius, ardendo dictum falsum opus. A.d.P. Bd. I S. 406 Nr. 639. Ebenso bei dem Gericht der Pariser Bäcker und der Schmiede. L.d.M. Tit. 1 Art. 36 und 39, Tit. 15 Art. 13 und 17.

bei den Pariser Wollwebern, deren Amt an das öffentliche Gericht gefallen war[1].

War dagegen der Besitz des Gerichtes streitig, so bildete die Justitia combustionis den Gegenstand heftiger Kämpfe. Das allgemeine Gericht suchte dann, wenn es nichts weiter erlangen konnte, wenigstens die Zuziehung bei der Urteilsvollstreckung als Zeichen seiner Gerichtsbarkeit zu behaupten. Dies war der Fall in den langen Streitigkeiten um das Tuchergericht in Châlons und in Beauvais, nach deren Austrag schliefslich den Tuchern das materielle Recht der endgültigen Aburteilung uneingeschränkt verblieb. Die bischöflichen Gerichte behielten eine rein formale Mitwirkung bei der Vollstreckung[2]. Wir werden in einem späteren Abschnitt sehen, dafs auch die Ämter der Tucher in Reims, Provins, Troyes und Rouen von altersher das Recht der endgültigen Aburteilung von Falschwerk besafsen[3].

Die weitgehende Befugnis, in schweren Fällen eigenmächtig zu erkennen, wird dagegen im dreizehnten Jahrhundert den Zünften nicht mehr zugebilligt, sondern als ihre normale Zuständigkeit überschreitend angesehen. Das allgemeine Gericht betrachtet es gegenüber den Zünften als feststehende Regel, dafs nur in seiner Gegenwart und unter seiner Mitwirkung die endgültige Aburteilung von Falschwerk erfolgen dürfe. Wir müssen diese Regel für die spätere Besprechung der Statuten in den einzelnen Städten genau festhalten. Die gewöhnliche Anordnung ging bei den Zünften dahin, dafs das verdächtige Gut durch einen der Geschworenen angehalten und dann durch das Zunftgericht (Kollegium der Geschworenen, Handwerksgemeine[4]) abgeurteilt wurde. Der Spruch des Zunftgerichts schuf in diesem Fall indes keinerlei endgültiges Recht. Zur Rechtskraft war immer die Bestätigung durch das allgemeine Gericht erforderlich. Bei den Zünften in Paris konnte demnach nur der königliche Prevost endgültig über Falschwerk entscheiden[5]. In Amiens soll nach dem Stadtrecht die Aburteilung von Falschwerk stets in Gegenwart des Stadtrats erfolgen[6].

Die Strafe der Verbannung konnte nur durch das öffentliche Gericht verhängt werden. Häufiger findet sich die Androhung dieser Strafe in St. Omer, wo sie durch den Rat ausgesprochen wird[7]. Der aus St. Omer verbannte Handwerker sollte in keiner der siebzehn hansierten Städte zur Arbeit zugelassen werden[8].

---

[1] L.d.M. Tit. 50 Art. 34.
[2] S. unten S. 144, 146 und 160.
[3] S. unten 2. Abschn. 1. Kap. und II. Teil 2. Abschn. 4. Kap.
[4] S. unten S. 131.
[5] L.d.M. Tit. 78 Art. 28, Tit. 60 Art. 10, Tit. 92 Art. 3. Tit. 64 Art. 12.
[6] Thierry I S. 159.
[7] Giry S. 552 Art. 588, S. 543 Art. 522.
[8] Über die siebzehn hansierten Städte s. unten II. Teil 2. Abschn. 2. Kap.

Vereinzelt wird die Verbannung auch in Paris angedroht. Den Goldschmied, der im Rückfall der Verarbeitung schlechten Goldes überführt wird, soll der Prevost auf Antrag der Geschworenen für drei oder sechs Jahre aus der Stadt verbannen[1]. Die Strafe der Verbannung wird sonst in den Pariser Statuten wenig erwähnt; daſs sie aber nicht allzu selten vorkam, ergiebt sich aus dem Verbot einzelner Statuten, verbannte Arbeiter zu beschäftigen[2]. Doch bezog sich das Verbot nur auf solche Handwerker, die wegen ehrenrühriger Handlungen mit Verbannung bestraft waren[3]. —

Wir schlieſsen hieran die Bestimmungen über die Verteilung der bei Übertretungen und Falschwerk zur Erhebung gelangenden Strafgelder.

Der Besitz des Ertrags aus den Strafgeldern, einer Zubehör der Gerichtsbarkeit, ist ein wesentliches Merkmal für die Stellung des Gerichts im dreizehnten Jahrhundert. Bei den Magisterien verblieben die Strafgelder ungeteilt dem Amte. Keine amtsfremde Behörde hatte hier einen Anteil an dem Erträgnis der Gerichtsbarkeit[4]. Ebenso verhielt es sich bei den obenerwähnten Ämtern, die von alters her das Recht hatten, Falschwerk endgültig abzuurteilen. Das Amt bezog hier die Strafgelder ungeteilt[5].

Bei den Zünften, die das Recht der selbständigen Aburteilung von Falschwerk nicht durch Herkommen besitzen, gehören dagegen die Strafgelder stets dem Obergericht, durch welches die Vereidigung und Einsetzung der Geschworenen[6] erfolgt[7]. Den Zunftgeschworenen wird jedoch für Bemühung und Zeitaufwand, auch für die gemeinen Zwecke des Handwerks, häufig ein Anteil an dem Ertrag der Strafgelder zugebilligt. Im dreizehnten Jahrhundert ist der Zunftanteil im allgemeinen noch gering[8] und beträgt etwa zwölf Denare auf fünf Solidi, also

---

[1] Se li III preud'ome treuvent I home de leur mestier qui ovre de mauvés or ou de mauvès argent, et il ne s'en voille chatoier, li III preud'ome ameinent celui au prevost de Paris, et li prevoz le punist si qu'il le banist à IIII anz ou à VI, selonc ce qu'il a deservi. L.d.M. Tit. 11 Art. 17; vgl. auch Tit. 50 Art. 37.

[2] L.d.M. Tit. 40 Art. 9, Tit. 53 Art. 7.

[3] So untersagt das Pariser Walkerstatut nur die Beschäftigung eines bani pour vilain cas.

[4] Mag. u. Frat. S. 19, 78, 94.

[5] Et dicti denarii erunt dictorum hominum qui de dicto ministerio curam gerent. Labande S. 306 Art. 23. Et s'il i avoit home nul qui meffeist à ces choses devant dites, il ne venderoit mie en la hale de Chaalons devant qu'il l'averoit amendé par les esgardeurs de la draperie par la raison des amendes devant dites. Vaterl. A. S. 139. Vgl. ferner unten die späteren Abschnitte.

[6] S. oben S. 35 f.

[7] Auch bei der neugestifteten Weberzunft von Etampes behält sich der König die Strafgelder vor. Mag. u. Frat. S. 238 Art. 5 und 6.

[8] Mag. u. Frat. S. 60.

etwa ein Fünftel der Bufse[1]. In einigen Fällen besitzen die Zünfte aber auch schon einen höheren Anteil bis zu einem Drittel[2], ganz vereinzelt auch bis zur Hälfte der Strafgelder[3].

B. Organisation und Verfahren des Handwerksgerichts. Berufung.

Der Verschiedenheit in den Abgrenzungen des Gewerbegerichts entspricht die Verschiedenheit in der Organisation und im gerichtlichen Verfahren.

In den Magisterien setzte sich das Gericht zusammen aus dem Magister oder seinem Stellvertreter als Vorsitzendem und den Geschworenen des Handwerks. Die Stellung des Magisters als des Richters und die Mitwirkung der Geschworenen sind in allen Magisterien gleich. Die Geschworenen fanden das Urteil; nur auf Grund ihrer Entscheidung durfte der Magister Recht sprechen[4].

Bei den Ämtern, die selbständig über Falschwerk erkennen, besteht das Gericht aus den geschworenen Vorstehern[5]. Die formale Mitwirkung des allgemeinen Gerichts bei der Vernichtung des falschen Gutes hatte auf die Urteilsfällung selbst keinerlei Einflufs[6].

In den Zünften wurde das Gericht durch den Zunftvorstand gebildet. Neben den Vorstehern wird in einer Reihe von Zünften bei schweren Fällen die Handwerksgemeine zur Abgabe ihres Urteils berufen.

Das gerichtliche Verfahren ist verschieden bei Übertretungen und bei Falschwerk. Für die gerichtliche Feststellung der Übertretungsfälle gilt allgemein die Regel, dafs der Thatbestand, den einer oder zwei von den Geschworenen eidlich erhärten, für Wahrheit genommen werden soll.

Mehrfach enthalten die Statuten die Vorschrift, dafs neben der eidlichen Aussage der Geschworenen überhaupt kein weiterer

---

[1] L.d.M. öfters.

[2] Giry S. 502 Art. 1 und 5, S. 554 Art. 602, S. 567 Art. 729 und 730; S. 509 Art. 112 und S. 551 Art. 588. Dreiteilung zwischen den Geschworenen, dem Meister der Tuchhalle (S. unten S. 147) und der Stadt.

[3] L.d.M. Tit. 50 Art. 53.

[4] Art. 37. Li mestre prant le pain et le baille as jurés, et les jurés reguardent se il est souffisans ou non. Et se il est souffisans, li juré le remestent seur la fenestre, et s'il n'est souffisans, li juré metent le pain en la main au mestre. Art. 39. Nul pains ne puet estre pris se li mestres et li juré n'i sont, ne li petis pains donés por Dieu fors la ou li mestres et li juré s'asentent, ne nus pains estre jugiez à trop petit se il n'i a de cele maniere de pain plus du petit que du grant. L.d.M. Tit. 1. Vgl. ferner Tit. 76 Art. 7, oben S. 128 Anm. 5 und Mag. u. Frat. S. 37 ff.

[5] S. unten S. 145 ff. und die späteren Kapitel. In Beauvais wurden bis zu zehn Geschworene bestellt. Labande S. 305 Art. 22.

[6] S. unten S. 144, 146, 160 ff. und II. Teil 2. Abschn. 4. Kap.

Beweis verlangt werden soll[1]. Diese Bestimmung besagt indes keineswegs, daſs der Widerspruch gegen die Behauptungen der Geschworenen unzulässig sei[2]. Es wird hierdurch vielmehr nur der Weg zur Feststellung der „gerichtlichen Wahrheit" angegeben. Der Eid der Geschworenen soll hierbei als voller Beweis gelten; es soll daneben weder ein Augenscheinsobjekt, noch ein weiteres Zeugnis gefordert werden. Der Geschworeneneid genügt also, um die rechtlich notwendige Überzeugung von der Wahrheit einer behaupteten Thatsache zu begründen. Selbstverständlicherweise steht es dagegen dem Beschuldigten frei, Widerspruch zu erheben und in der Berufung den Gegenbeweis zu führen[3]. Nur wenn kein Einspruch erfolgt, ist der Geschworeneneid an sich ausreichend, um ohne weitere Beweiserhebung und Verhandlung die Grundlage für das gerichtliche Urteil herzustellen[4].

Mit dem Eintreiben der Geldstrafen waren regelmäſsig die Geschworenen selber beauftragt. Die Geschworenen derjenigen Zünfte, bei denen die Strafgelder an das allgemeine Gericht fielen (s. oben S. 130), hatten von den verhängten Buſsen stets dem Obergericht Anzeige zu machen. In Paris sollten die Geschworenen der unter dem Prevotalgericht stehenden Zünfte dem Prevost von den von ihnen festgestellten Übertretungen Kenntnis geben „sobald, als sie billigerweise dazu imstande wären"[5]. Die eingezogenen Gelder wurden an den Prevost abgeliefert; aus seiner Hand empfingen dann die Geschworenen den Zunftanteil[6]. In St. Omer

---

[1] Et se li mestres le treuvent mauvès et il le dient par leur serement, il poiera V s. de parisis d'amende au Roy, toutes les foiz qu'il en sera repris. L.d.M. Tit. 57 Art. 8. Et s'il i trouvoient aucun ou aucune qui eust mespris ou erré encontre cest establisement, que les III ou les II en fussent creuz par leur seremenz, sanz autre preuve trere avant. L.d.M. Tit. 60 Art. 8. Que les deus preudeshommes qui seront pour ceus garde et jurez dudit mestier soient creuz par leur seremenz des meffez et des mesprentures que il trouveront ou dit mestier. Depping S. 407 A. 1277. Die Formel creuz par leur serment wird auch in anderem Zusammenhang gebraucht; so L.d.M. Tit. 78 Art. 41 und Tit. 91 Art. 14 bezüglich der von den Geschworenen gemachten Aufwendungen, Tit. 34 Art. 13 bezüglich der Wachtpflicht.

[2] Dies ist die Auffassung von Fagniez, Ind. S. 127.

[3] Hierfür giebt Fagniez selbst a. a. O. Anm. 2 aus späterer Zeit das Beispiel einer Berufung wegen angeblicher Überschreitung des Verbots der Nachtarbeit, wobei die ursprüngliche Behauptung über den Thatbestand überhaupt nicht aufrecht erhalten wurde.

[4] So auch in den Formeln aus späterer Zeit, unten II. Teil 2. Abschn. 4. Kap.

[5] Feront à savoir au Prevost au plus tost que il porront par raison; stehende Formel des L.d.M.

[6] Des amendes de XX s. li juré qui gardent le mestier auront IIII s. et de celes de X s., II s., et de celes de V s. XII d., et de celes de XII d. IV d. par la main du prevost de Paris, pour les mises et pour les despens qu'il font ès amendes pourchacier. L.d.M. Tit. 53 Art. 21; vgl. hierzu Art. 20. Toutes les amendes desus dites doivent estre paiées au prevost de Paris ou à son commendement. Et de la main au prevost ou de son commendement doivent avoir li mestre juré la moitié pour leur

hatten die Zunftgeschworenen sich jede Woche am Freitag, dem Gerichtstag, vor dem Stadtrat in der Stadthalle einzufinden und daselbst ein schriftliches Verzeichnis der von ihnen verhängten Bufsen einzureichen. Erst nach der Einregistrierung des Verzeichnisses durfte die Einziehung der Strafgelder seitens der Geschworenen vorgenommen werden[1].

Die Entscheidung über Falschwerk erfolgte stets in förmlichem Verfahren. Hierfür trat das Handwerksgericht in seiner gewöhnlichen oder in der erweiterten Besetzung zusammen. Die Geschworenen, die den Dienst in der Gewerbeschau hatten, belegten das fehlerhafte Gut vorläufig mit Beschlag und beriefen dann, je nach dem in der Zunft hergebrachten Rechte, ihre übrigen Amtsgenossen oder auch die Gemeine des Handwerks zur Abgabe des Urteils. Bei den Tuchern in Beauvais[2], bei den Webern, Gürtlern, Färbern, Schneidern in Paris[3] bestand das Gericht nur aus den Geschworenen. Bei den Pariser Sattlern und Nadlern wurde dagegen die Gemeine zusammenberufen[4]. Von der Mitwirkung des allgemeinen Gerichts bei der Urteilsfällung ist oben die Rede gewesen.

Nach dem strengen Recht hatte der Handwerker im Falle der endgültigen Verurteilung jede Verfügung über das beschlagnahmte Gut verloren, und zahlreiche Statuten des dreizehnten Jahrhunderts kennen bei Falschwerk überhaupt keine andere Strafe, als bedingungslose Vernichtung[5]. In einzelnen Fällen war jedoch schon seit der Mitte des Jahrhunderts die Milderung eingetreten, dafs das fehlerhafte Gut nur für den regelmäfsigen Verkehr unbrauchbar gemacht und dann dem Handwerker zur bestmöglichen Verwertung zurückgegeben wurde. So wurde bei den Webern mitunter nicht auf Verbrennung, sondern nur auf Zerreifsung (Zerschneidung) des ganzen Stücks in kleine Abschnitte erkannt. Der Weber durfte die Abschnitte dann im einzelnen verkaufen[6].

---

paines. Tit. 50 Art. 53; vgl. hierzu Art. 21. S. ferner Tit. 54 Art. 4, Tit. 35 Art. 12, Tit. 33 Art. 6.

[1] Commandeis sour le maistre de tisserans et les compaignons et les coriers, le maistre des folons et coriers, le meistre des tondeurs et coriers et sour tous autres coriers ki ont jurei core en le hale, ke de tout forfais qui affierent à le draperie de queil fourfait ke che soit, petit soit grant, k'il ne pregnent nul fourfait ne argent ne nuli, de chi adont k'il l'aront donei sus as eskevins et livrei par escrit et che cascun venredi à la hale au jour de plait, si k'on fait d'autres cores. Et quiconkes prenderoit fourfait ne amende petit ne grant ne argent devant k'il l'eust monstrei et aportei par son serement à le hale et donei sus et fait registrer, il seroient cascun LX s. et parjures et jamais ne porroit estre en core ne en offiche de le vile. Giry S. 540 Art. 496.

[2] Labande S. 305.

[3] L.d.M. Tit. 50 Art. 30, Tit. 87 Art. 38, Tit. 54 Art. 5, Tit. 56 Art. 5.

[4] L.d.M. Tit. 78 Art. 3 und 28, Tit. 60 Art. 10.

[5] Vaterl. A. S. 135; L.d.M. in einzelnen Statuten.

[6] Li mestre et li juré doivent le drap espaulé faire aporter en Chateleit quant il l'ont trové, et illuec doit estre le drap copé en V pieces,

Zumeist wurde jedoch das Falschwerk kurzerhand vernichtet. Die Zerstörung fester Gegenstände erfolgte regelmäfsig durch Feuer, gleichviel ob es sich um verbrennbares Gut, wie Kleidungsstücke und Spezereien, oder um unverbrennbares, wie Waffen und Eisenzeug, handelte. Nur Heiligenbilder durften, auch wenn sie als Falschwerk verurteilt waren, nicht verbrannt werden, „aus Ehrfurcht der Heiligen, zu deren Gedächtnis sie gemacht sind“ [1]. Die Zerstörung war dagegen überhaupt nicht üblich bei Nahrungsmitteln, wenn sie, obwohl Falschwerk, doch an sich geniefsbar waren; so wurde z. B. untergewichtiges Brot nicht verbrannt, sondern den Armen gegeben [2]. Ebenso verfuhr man mit den Fischen, die nur auf Grund der Vorschriften über die Laichzeit, Schonung der jungen Brut und den Markthandel beschlagnahmt wurden [3].

Die Berufung gegen die Urteile des Gewerbegerichts ist schon im dreizehnten Jahrhundert vorgesehen, und ein Instanzenzug ist vorhanden. Bei den Zünften ging die Berufung von dem Zunftgericht an das allgemeine Gericht, wenn letzteres nicht schon (wie bei der Aburteilung von Falschwerk in den Zünften) bei der Urteilsfällung mitgesprochen hatte. Als oberste Instanz bestand das königliche Parlament. Berufungen gegen die magisterialen Gerichte, wie überhaupt Rechtsstreitigkeiten gegen diese Ämter, wurden gleichfalls durch das Parlament entschieden. Das Parlament wurde bereits im dreizehnten Jahrhundert häufig zur Entscheidung von Streitigkeiten in Gewerbesachen angerufen. Eine Aufzählung abgeurteilter Fälle gebe ich in der Anmerkung [4].

---

chascune piece de V aunes, se tant en y a en drap. Et illuec li mestre et li juré rendent à celui qui le drap estoit ses pieces, par le commendement au prevost, par paiant les XX s. d'amende desus diz. L.d.M. Tit. 50 Art. 34 Pecie panni scisse reddentur illi cujus fuerit tali modo quod oportebit dictum pannum vendere ad dataillium in civitate Belvacensi. Labande S. 306 Art. 22.

[1] L.d.M. Tit. 62 Art. 7.

[2] Thal. S. 125, L.d.M. Tit. 1 Art. 38.

[3] L.d.M. Tit. 100 Art. 6 ff. Ebenso Tit. 70 Art. 11 (Geflügel).

[4] A. 1250 zwischen Bischof und Bürgern von Châlons s./M. wegen des Besitzes des Tuchergerichts A.d.P. I S. 310; 1248/1253 zwischen Abtei von St. Denis und Tuchern von Paris wegen Marktverkaufs I S. 321; A. 1259 für die Bürger von Lorris wegen der Walkmühlen I S. 33; A. 1260 zwischen Bischof und Rat von Senlis wegen Brotverkaufs I S. 38; A. 1270 Gewerbeschau der Walker und der Weber zu Paris I (Delisle) S. 320; A. 1273 Pariser Walker ebenda S. 327. A. 1277 Berufung von Everardus de Sancto Laudo wegen beschlagnahmten Tuches, Galebrune genannt. Olim II S. 81, A.d.P. I S. 187. A. 1281—1287 Magisteriumprozesse wegen der Magisterien der Bäcker II S. 369, der Fleischer Ord. III S. 260, der Fünfgewerke A.d.P. I S. 406, der Korduaner I S. 406.

§ 2. Das Handwerksgericht in den einzelnen Städten.

Nach Aufstellung der allgemeinen Scheidungen behandeln wir im folgenden Paragraphen das Gericht in den einzelnen Städten, aus denen uns Aufzeichnungen des dreizehnten Jahrhunderts erhalten sind. Es sind dies die Städte Paris, Amiens, Beauvais, Reims, Chartres, Châlons s./M., St. Omer, Etampes, Pontoise, Orléans, Provins[1].

Die verschiedenen Abstufungen des Handwerksgerichts, sowie die mannigfaltigen Verhältnisse der Jurisdiktionsbezirke finden sich vertreten in der Stadt Paris, von deren Gebiet im dreizehnten Jahrhundert der gröfsere Teil unter königlicher, der kleinere Teil unter geistlicher Gerichtsbarkeit stand. Auch weltliche Herren haben Grundbezirke geringeren Umfangs im Besitz[2].

Auf dem königlichen Grund und Boden hatten sich die alten Sechsämter erhalten und zu Magisterien umgebildet; einen Teil ihres Bestandes hatten sie in der Gestalt von selbständigen Handwerkerschaften an das Zunftwesen abgegeben. Neben den alten Ämtern bestanden hier zahlreiche neugestiftete Zünfte. Aufserdem waren auf den grundherrlichen Gerichtsbezirken gröfseren und geringeren Umfangs Handwerker und Handwerkerverbände vorhanden.

Von den alten Ämtern auf königlichem Boden haben die meisten den Besitz ihres Sondergerichts im dreizehnten Jahrhundert voll behauptet; einige dagegen sind in der Absorption durch das öffentliche Gericht begriffen.

Am erfolgreichsten in der Bewahrung seines Sonderrechts war das Magisterium der Fleischer. Hier geht die Exemtion so weit, dafs der vor dem öffentlichen Gericht verklagte Fleischer gehalten war, sich von da an das magisteriale Gericht abrufen zu lassen[3]. Den Fleischern zunächst in der Erhaltung ihrer Sonderstellung standen die Bäcker, deren Magisterium zu jener Zeit im allgemeinen die gleiche, alle Klagesachen umfassende Zuständigkeit besafs[4]. Der Übergang in das öffentliche Gericht wird in zweifacher Weise dargestellt. Zunächst durch diejenigen Ämter, von denen sich selbständige Zünfte absplitterten. Dieser Vorgang zeigt sich bei den Magisterien der Schmiede[5], der Alt-

---

[1] Vgl. hierzu aus den Jahren 1317 bis 1340 Troyes, Carcassonne, La Réole, Angers, unten 2. Abschn. 1. Kap.; aus der Zeit nach 1350 Arras, Le Puy, Rouen, Langres, Bellencombe, Bordeaux, Tours, Orléans, Issoudun, Caen, Bourges, Dun-le-Roy, Abbéville, unten II. Teil 2. Abschn. 4. Kap.

[2] Die Herrschaft des Hofkämmerers wird erwähnt L.d.M. Tit. 54 Art. 9.

[3] Mag. u. Frat. S. 37. Die Fleischer haben kein Statut vor Etienne Boileau abgegeben. Aufser ihnen fehlen im Livre des Métiers aus der Zahl der magisterialen Gewerbe die Gerber, Weifsgerber, Rindschuster und Kürschner.

[4] Mag. u. Frat. S. 78.

[5] Mag. u. Frat. S. 90.

händler und Kurschner[1] und der Wollweber[2]. In allen drei Fällen sind hier aus den alten Ämtern selbständige Handwerkerschaften herausgetreten (Messerschmiede, Schlosser, Handschuhmacher, Teppichweber; dazu noch die damals unzünftigen Leinenweber), die nur noch in gewissen gemeinsamen Verpflichtungen den Rest der früheren Zugehörigkeit zeigen, im übrigen aber dem öffentlichen Gerichte angegliedert sind. Von den Stammgewerben selbst haben dann im dreizehnten Jahrhundert die Schmiede und die Althändler ihre eximierte Gerichtsbarkeit behauptet, während die der Wollweber bereits zu jener Zeit in das öffentliche Gericht aufgegangen ist. Die zweite Form des Übergangs findet sich bei den Gesamtmagisterien der Fünfgewerke[3] und der Korduaner[4]. Ein Teil der unter diesen Ämtern zusammengefafsten Handwerkerschaften versuchte im Jahre 1268 — zunächst ohne dauernden Erfolg — das magisteriale Gericht mit einmal abzustreifen und sich unter das öffentliche Gericht zu stellen[5]. Bei der Rechtsprechung der Magisterien war jede Teilnahme des öffentlichen Gerichts ausgeschlossen. Auf die Einzelheiten der Gerichtsbarkeit bei den magisterialen Handwerkerschaften gehe ich an dieser Stelle nicht näher ein, verweise vielmehr auf meine Untersuchungen über das Magisterium.

Neben den alten Ämtern, denen die stärksten Betriebe angehörten, war in Paris um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts eine grofse Zahl von Zünften vorhanden. Unter diese sind zunächst die vorerwähnten elf Handwerkerschaften zu rechnen, die sich von den Magisterien abgetrennt haben, und die nunmehr den Zünften vollständig gleichstehen. Aufserdem bestanden zu jener Zeit noch weitere siebenundachtzig Zünfte und Handwerkerschaften. Wie diese grofse Zahl von Handwerkerschaften zu erklären ist, und dafs aus ihr keine einseitigen Schlüsse auf den damaligen Stand des Pariser Gewerbes zu ziehen sind, habe ich an anderer Stelle gezeigt[6].

Die Gerichtsbarkeit der Zünfte ist der öffentlichen Gerichtsbarkeit vollständig angegliedert, das Zunftgericht bildet einen Teil des öffentlichen Gerichts. Jede Sonderstellung und jedes eigene Recht des Amtes[7] ist hier geschwunden.

In der Sattlerzunft wurde zur Aburteilung von Falschwerk das gesamte Gewerk durch die Geschworenen aufgeboten. Jeder Meister war zum Erscheinen verpflichtet; die Ausbleibenden wurden durch einen Boten des Prevotalgerichts herbei-

---

[1] Mag. u. Frat S. 95.
[2] Mag. u. Frat. S. 60.
[3] Mag. u. Frat. S. 46.
[4] Mag. u. Frat. S 96.
[5] Mag. u. Frat. S. 51 bezw. 97.
[6] Mag. u. Frat. S. 104.
[7] Mag. u. Frat. S. 6.

geholt [1]. Die Vollstreckung des Urteils erfolgte durch den Prevost [2]. Von den Übertretungen hatten die Geschworenen, wegen der dabei verhängten Geldstrafen, dem Prevost Anzeige zu machen [3]. Bei den Nadlern wurde die Übertretung durch die Geschworenen festgestellt, das Falschwerk durch das gesamte Handwerk abgeurteilt und vor den Prevost gebracht [4].

Bei den Schneidern urteilten die Geschworenen, Wenn sie einen Meister schuldig fanden, dafs er ein Kleidungsstück verdorben oder schlechte Arbeit geliefert hatte, so verurteilten sie ihn zu Schadenersatz und Bufse [5]. War die Schuld des Gesellen, so hatte dieser den Schaden zu ersetzen und den Arbeitslohn eines Tages als Bufse an die Bruderschaft zu steuern [6]. Die gleichen Formen galten bei den Färbern. Wurde ein Meister wegen fehlerhafter Arbeit verklagt und von den Geschworenen schuldig gesprochen, so hatte er Schadenersatz zu leisten und zwei Solidi gerichtliche Bufse an die Geschworenen zu zahlen. Hatte aber der Kläger die Klage zu Unrecht erhoben, so hatte er seinerseits die Bufse von zwei Solidi zu entrichten [7]. Bei den

---

[1] Tout cil qui sont du mestier des Seliers à Paris sont tenuz de venir et d'asembler ensamble et à la requeste des III mestres ou des II quant il ont mestier d'avoir leur consueill, si comme quant il ont pris unne fause euvre, pour avoir le consueill de jugier le. Et se il n'i vuellent venir à leur requeste, le prevost de Paris leur baille I sergant qui les i fait venir par la force du prevost. L.d.M. Tit. 78 Art. 3.

[2] Li III mestre du mestier devant dit ou li II ou li I doivent chascun mois une fois aler au mains par les ostiex pour garder le mestier de Seliers devant dit, et doivent partout prendre la mauveise oevre la ou il la troveront et mostrer le aus preudeshomes du mestier; et se elle est trouvée et jugiée à mauveise, elle doit estre arse par le prevost de Paris. L.d.M. Tit. 78 Art. 28.

[3] Que il les mesprantures de leur mestiers feront savoir au prevost de Paris ou à celui qui en son lieu serra en la prevosté. L.d.M. Tit. 78 Art. 2.

[4] Se les preudeshomes qui seront gardes du mestier trouvoient ou mestier desus dit euvre qui ne fust loial ne soufisant, que se les preudeshomes ne povoient trouver serjant prestement, qu'il peussent prendre l'euvre et aporter la à veoir aus autres preudeshomes du mestier; et lors, s'il la trouvoient mauvese, il la porteroient au prevost de Paris ou à son commandement. L.d.M. Tit. 60 Art. 10.

[5] Quiconques est Tailliere de robes à Paris et il mestaille I robe ou I garnement par le drap mal ordené au taillier ou par l'innorance de son taillier, li meffaiz doit estre veuz et regardez par les mestres qui gardent le mestier. Et se li mestres dient par leur serement que le garnement soit empirrez par mestaillier, li Taillieres doit rendre le doumage à celui qui le garnement est, par l'egart des mestres du mestier, et si le doit amender au Roy de V souz de parisis d'amende, toutes les foiz qu'il en seroit repris. L.d.M. Tit. 56 Art. 5.

[6] Li valet couturier du mestier desus dit qui mesprandront ou mestier desus dit par leur cousture ou par leur fet, se leur mestres en est plaintiz aus mestres qui gardent le mestier, il l'amenderont par le dit des mestres en rendant le doumage à leur mestres, et l'amenderont d'une journée aus mestres qui gardent le mestier, pour les povres de leur conflarie soustenir. L.d.M. Tit. 56 Art. 6.

[7] Se pleinte est fete que aucun ait mestaint drap ou file ou lainne ou toiles, les choses desus dites doivent estre veues par les preudeshomes

Gürtlern entschieden die Geschworenen über Falschwerk; die Strafe lautete auf eine Geldbuße von fünfzehn Solidi und Zerstörung der falschen Ware[1]. Bei den Webern bestand das Gericht aus dem Amtsmeister und den Geschworenen[2]. Im Jahre 1271 kam es zu einem Streit zwischen den Wollwebern und den Walkern wegen des Gerichts über Falschwerk. Die Wollweber erhoben den Anspruch, daß das Recht, falsche Tuche abzuurteilen und die Strafe der Verbrennung auszusprechen, ihnen allein zukomme; die Walker dagegen behaupteten, daß dieses Gericht ihnen zustehe. Das Parlament entschied, daß zur Aburteilung des Falschwerks beide Zünfte je zwei Meister bestellen sollten und daß zu diesen noch ein fünfter Meister durch den königlichen Prevost berufen werde. Konnten sich diese fünf Meister über das Urteil nicht einigen, so sollte derjenige Spruch für Recht gelten, den zwei Meister und der von dem Prevost Berufene abgaben[3].

Die Pariser Baugewerke, in zwei Gruppen verteilt, hatten ihren Gerichtsstand vor zwei Magistern. Die eine Gruppe umfaßte die Maurer, Gipser und Steinmetze; die andere setzte sich

jurez et sermentez du mestier garder, li quel doivent veoir les choses que on dist qui sont mautaintes. Et se il veoient qui soient mautaintes, il doivent par leur seremens faire restorer le domage à celui à qui li domages de mautaindre a esté faiz: et doivent li doi juré du tainturier forfesant avoir II s. pour leur paines et pour leur travail et pour le delaiement de leur besoignes. Et se il est trouvez par les preud'omes jurez que les dras ou les choses devant dites sont bien souffisanment tains, cil qui se seroit plains à tort rendroit aus devant diz jurez les II s. devant diz. L.d.M. Tit. 54 Art. 5.

[1] Icil III preud'omes condempnent l'oevre à mauvaise, se elle l'est, et il gardent la droiture le Roy si come il est dit par desus. L.d.M. Tit. 87 Art. 38; vgl. eb. Art. 29.

[2] Nus ne puet avoir drap espaulé, c'est à savoir drap desquel la chayne ne fust ausi bone en milieu come aus lisieres, que il ne soit en XX s. d'amende, moitié au Roi et moitié au mestres et aus jurez, ou que li mestres et li juré le puissent trouver, ou as polies ou ailleurs. L.d.M. Tit. 50 Art. 33. ..... Et doivent li mestre et li juré prendre le serement de celui qui les pieces de drap sont devant dites, que il cel drap ne rasamblera en nule maniere, ne qu'il les pieces ne vandra à nule ame que il ne li die le mahaing qui dedenz le drap estoit. Art. 34.

[3] Orta questione inter textores Parisienses ex una parte et fullones ejusdem loci ex altera super eo quod textores dicebant pannos factos Parisius debere judicari per ipsos et eos qui pravi invenirentur pugniri per ipsos sive comburi, fullonibus hoc negantibus dicentibusque quod iudicium hujusmodi sive punicio pannorum ad ipsos et non ad alios pertinebat, ... ordinavit curia quod ad judicium hujusmodi seu punicionem pannorum ponerentur duo de textoribus et duo de fullonibus et prepositus Parisiensis unum ex parte regis poneret de quocumque ministeriorum ipsorum sibi placeret et si inter istos de punicione seu judicio panni alicujus esset discordia, judicia (-o?) seu sentencie instituti a preposito una cum duobus ex quatuor predictis staretur. Olim I S. 845; A.d.P. I S. 320 (Delisle) Nr. 70 (richtig regestriert); I S. 154 Nr. 1649 (Regest nicht ganz zutreffend); Fagniez, Doc. S. 274 (Druck weicht hier von dem der Olim mehrfach ab).

zusammen aus den Zimmerleuten und den ihnen angegliederten Handwerkern, wie Schreiner, Bauschreiner, Wagner, Dacharbeiter und allen, „die den Balken bearbeiten". Die beiden Magister wurden vom König ernannt und von dem öffentlichen Gericht vereidigt und eingesetzt[1].

Unter den Pariser Handwerkerschaften des dreizehnten Jahrhunderts befindet sich eine grofse Anzahl von Kleinzünften mit einem zum Teil minimalen Bestand. Der Apparat für die selbständige Rechtsprechung ist bei diesen kleinen Verbänden nicht vorauszusetzen, mitunter sogar durch die Angaben der Statuten ausdrücklich ausgeschlossen. So erklären die Messingdrahtmacher, dafs ihre Zahl zu gering ist, als dafs sie in ihrem Handwerk Geschworene bestellen könnten[2]. —

Gleichwie die schweren Strafen, wie Zerstörung von Falschwerk, Verbannung eines Handwerkers, nur durch den Prevost ausgesprochen werden konnten[3], so war auch die Bestrafung Rückfälliger Sache des Prevotalgerichts[4]. Ebenso hatte das Prevotalgericht die nötige Rechtshülfe zu leisten, wenn gegen widerspenstige Handwerker gewaltsames Einschreiten notwendig wurde[5]. —

Die Stadtmauer und Bannmeile von Paris umschlofs zahlreiche Grundherrschaften mit eigener Jurisdiktion[6]. Die gröfseren, geschlossenen Grundherrschaften innerhalb der Stadt Paris besafsen ihre eigene Verwaltung des Gewerbewesens und hielten ihre Sonderstellung mit grofser Hartnäckigkeit fest. In den einzelnen Grundherrschaften bestanden besondere Zünfte mit eigener Schau und eigenem Gericht, die von den Zünften der königlichen Herrschaft vollständig getrennt waren[7].

---

[1] Wegen der Einzelheiten vgl. Mag. u. Frat. S. 102 f.

[2] Li preud'ome Traifilier de Paris vos prient, sire prevoz de Paris, que, por ce qu'il sont poi de gens par quoi il ne puent mie avoir mestre, que vous faciés à chascun de eus jurer seur Sains, et à chascun de ceus qui venrront au mestier devant dit, que il le mestier desus dit garderont bien et loiaument, selonc les us et les coutumes devant dites. L.d.M. Tit. 24 Art. 11.

[3] S. oben S. 129.

[4] Et se il le feit, li mestre et li juré le doivent feire savoir au prevost de Paris, et li prevoz le doit punir très griement selonc que il li plera. L.d.M. Tit. 50 Art. 34; ebenso Art. 30. Se li Plastriers ne veut lessier le mestier pour le mestre, le mestre le doit faire savoir au prevost de Paris, et li prevoz doit celui Plastrier faire forjurer le mestier devant dit. L.d.M. Tit. 48 Art. 14.

[5] L.d.M. Tit. 48 Art. 20, Tit. 15 Art. 16, Tit. 76 Art. 14.

[6] Noch im Jahre 1473 wird ihre Zahl in einem Parlamentsentscheid auf 30 bis 40 angegeben; Fagniez, Ind. S. 334. Vgl. zu dem Folgenden auch Tanon, Histoire des Justices des anciennes églises. Paris 1883.

[7] Vgl. hierzu Fleischerstatut von Sainte-Geneviève, Mét. I S. 263; Fagniez, Ind. S. 330 ff., S. 375; Lamare Bd. II S. 183 ff., S. 557 ff. Die Selbständigkeit der grundherrlichen Bezirke wird auch in dem Privileg des Magisteriums der Fleischer von 1282 anerkannt. Mag. u. Frat. S. 32. Vgl. auch Mét. I S. 281—285, S. 288 ff.

Einen besonderen Eifer in der Behauptung ihrer Gewerbehoheit entwickelte die Abtei Sainte-Geneviève. Die königlichen Zünfte versuchten häufig in die Gerichtsbarkeit von Sainte-Geneviève überzugreifen, wurden aber stets zurückgewiesen. Im Jahre 1291 war ein Messerschmied, der auf dem Boden der Abtei wohnte, wegen Überschreitung der Arbeitszeit gepfändet worden; die Abtei verlangte und erreichte, dafs der Übergriff durch das königliche Gericht rückgängig gemacht wurde[1]. Der Zunftmeister der Leinenhändler hatte von einer auf dem Boden der Abtei ansässigen Leinenarbeiterin vier Denare erhoben als Beitrag zu den gemeinen Lasten der Zunft; er mufste das Geld zurückerstatten und anerkennen, dafs er unberechtigterweise gehandelt habe und dafs ihm keinerlei Gerichtsbarkeit in Sainte-Geneviève zustehe[2]. Zu dem gleichen Anerkenntnis mufsten sich der Meister der Zimmerleute und der Meister der Schmiede verstehen, weil sie Handwerker aus der Herrschaft der Abtei vor ihr Gericht geladen hatten[3]. Auch das Statut des Schmiedemagisteriums im Livre des Métiers bezeugt, dafs das Gericht des Magisters der Schmiede in allen Grundherrschaften von Paris, selbst in den bischöflichen, anerkannt wurde; nur Sainte-Geneviève und Saint-Martin des Champs widersetzten sich[4]. Die Abtei von Saint-Germain des Prés bildete gleichfalls einen gesonderten Bezirk[5].

Aus den Grundherrschaften geringeren Umfangs sind keine selbständigen Berichte aus jener Zeit erhalten, und wir sind hierfür auf die gelegentlichen Berichte im Livre des Métiers angewiesen. Nach den Angaben des Livre des Métiers steht es jedoch wenigstens für eine Anzahl von Gewerben fest, dafs in diesen kleinen Herrschaften keine besonderen Organisationen bestanden, und dafs die daselbst ansässigen Handwerker sich zu den gröfseren Stadtzünften gehalten haben. Das Bäckerstatut im Livre des Métiers zählt die Grundherrschaften auf, von denen die Jurisdiktion des Bäckermagisteriums ausgeschlossen ist[6]; es sind dies nur die zuvor erwähnten, gröfseren Herrschaften. Die zahlreichen kleineren Herrschaften werden

[1] Fagniez, Ind. S. 330 Nr. 1. Resaisine sur les métiers. Der gleiche Vorgang wiederholte sich im Jahre 1298; a. a. O. Nr. 6

[2] Fagniez, Ind. S. 330 Nr. 2.

[3] Fagniez, Ind. S. 331 Nr. 3 und 4. Ebenda Nr. 5 Regest einer Aburteilung von mindergewichtigem Brot durch die Beamten der Abtei in Gegenwart der Handwerksgeschworenen.

[4] De ces joustices a li mestres usé et use encore pesiblement en toutes les terres aus joustices de Paris, et en la terre l'evesque et en l'autrui, hors mise la terre Sainte Genevieve et S. Martin des Chans, qui li empeechent et destourbent à user ent, contre Dieu, contre droit et contre reson, puis V ans en ença, par la force de leur semonses. L.d.M. Tit. 15 Art. 14.

[5] Fagniez, Ind. S. 149. Wegen Notre-Dame vgl. Guérard, Cartulaire de Notre-Dame de Paris (Collection des Documents inédits), Paris 1844, I S. 122; Fagniez, Ind. S. 146 u. 148.

[6] L.d.M. Tit. 1 Art. 11.

dagegen weder namentlich noch im ganzen erwähnt; die dort wohnenden Handwerker waren demnach in das magisteriale Gericht einbezogen worden. Der Angabe, dafs das Gericht des Schmiedemagisters in den meisten Grundherrschaften, zwei der gröfseren ausgenommen, anerkannt wurde, haben wir bereits oben gedacht. Das Statut der Färber enthält keinerlei Bericht über das Handwerk in den geschlossenen Herrschaften; dagegen sind wiederum die Färber genannt, die auf den Herrschaften des Bischofs, des Hofkämmerers und der Tempelherren wohnen, und die Abgaben, die diese Handwerker an ihre Grundherren zu zahlen haben, werden verzeichnet[1].

Einzelne Statuten bestimmen geradezu, dafs alle Handwerker des betreffenden Gewerbes sich den Stadtzünften anschliefsen und sich deren Gerichtsbarkeit unterwerfen müssen. So schreiben die Gürtelschnallenmacher vor, dafs keiner in ihrem Gewerbe Meister werden dürfe, wenn er nicht unter der Herrschaft und Gerichtsbarkeit des Königs wohne[2]. Die Seidenwirker verlangen, dafs jeder Handwerker das Meistergeld ihrer Zunft zahle, gleichviel auf welcher Herrschaft er ansässig sei[3]. Ein Nachtrag zu dem Nadlerstatut verfügt, dafs jeder Lehrling bei seinem Eintritt schwören solle, er werde die Satzungen der Zunft allezeit unverbrüchlich halten und sich der Gerichtsbarkeit des königlichen Prevosts unterwerfen, gleichviel nach welcher Herrschaft innerhalb Paris er späterhin verziehen werde[4]. Diese Anordnungen sind indes nicht als rechtsverbindliche Vorschriften, sondern nur als unverbindliche Postulate anzusehen.

Der königliche Prevost war den Sondergerichten und der grundherrlichen Gerichtsbarkeit feindlich[5]; aus dieser Gesinnung heraus gelangten häufig Bestimmungen zur Aufzeichnung, die mit dem thatsächlichen Recht in Widerspruch standen und nachträglich zurückgenommen werden mufsten[6]. Auch die vor-

---

[1] L.d.M. Tit. 54 Art. 8, 9 und 10.

[2] Que nul ne soit mestre du mestier, qui ne demeure en la terre et en la joustice le Roi. L.d.M. Tit. 22 Art. 16.

[3] Et se il est trouvé souffisant, si comme dessus est dit, il convendra que il achate le dit mestier du Roy ou de son lieutenant, souz quele juridicion que il soit en la Chastelerie de Paris: et en paiera à nostre seigneur le Roy, pour l'achat dudit mestier, XX s., et aus dites gardes X s. pour leur paine. L.d.M. Tit. 40 Art. 1. Es handelt sich hier, trotz des gebrauchten Ausdrucks, nicht um den alten Gewerbekauf, sondern um das zünftlerische Meistergeld. Mag. u. Frat. S. 14.

[4] Que touz les mestres et les mestresses du mestier, sus peine de ladite amande, feront jurer sus Seinz à leurs aprantiz ou aprantices, quant il les recevront pour aprandre, que il garderont à tous jourz les convenances et ordenances du mestier; et que en quelconque lieu ou joustice que il se transporteront dedanz la viconté de Paris, obeiront aus mestres du mestier de Paris, et quant à ce se jousticeront par le prevost de Paris. L.d.M. Tit. 60 Art. 23.

[5] Mag. u. Frat. S. 50 letzter Absatz und f. und besonders S. 71 f.

[6] Mag. u. Frat. S. 52. S. 97. Auch späterhin wurden in den Zunftstatuten regelmäfsig derartige Ansprüche des königlichen Prevosts ver-

genannten drei Artikel sind willkürlich abgefaſst und in ihrer Allgemeinheit unzutreffend; für die geschlossenen Herrschaften war, wie wir oben sahen, das Gericht der Stadtzünfte in jedem Fall nicht zuständig.

Die vielgestalteten Pariser Jurisdiktionsverhältnisse geben demnach im dreizehnten Jahrhundert folgendes Bild. Auf dem königlichen Grund und Boden haben die alten Ämter mit Ausnahme des Weberamtes ihre Exemtion von dem öffentlichen Gericht voll behauptet. Dem Prevotalgericht sind unterstellt: aus der Zahl der alten Ämter das Weberamt, ferner die aus den Ämtern abgesplitterten Handwerkerschaften, und schlieſslich sämtliche Zünfte. Auf den gröſseren Grundherrschaften besteht eine gesonderte Verwaltung des Gewerbewesens mit eigenen Zünften, die von den Stadtzünften völlig getrennt sind. Die Handwerker der kleineren Herrschaften dagegen scheinen sich den Stadtzünften angeschlossen zu haben.

Weniger verwickelt als die Pariser Jurisdiktionsverhältnisse sind die von Amiens, gleichfalls einer Stadt mit geteilter Gerichtsbarkeit. Innerhalb des Stadtbezirks bestanden bischöfliche Immunitäten gröſseren Umfangs.

Die Zuständigkeit des Handwerksgerichts in Amiens beruht auf den grundsätzlichen Scheidungen zwischen Übertretung und Falschwerk. Allgemein hatten demnach die Stadtzünfte von Amiens das Gericht in gewerblichen Übertretungen, zu deren Feststellung und Bestrafung die Zunftgeschworenen ohne weiteres zuständig waren. Das Recht, in Übertretungsfällen zu erkennen, wird für die Zunftgeschworenen im allgemeinen in dem zweiten Stadtrecht von Amiens verzeichnet[1]. Im besonderen wird dieses Recht in den einzelnen Zunftstatuten des dreizehnten Jahrhunderts bestätigt. Das Statut der Fruchthändler vom Jahre 1268 besagt, daſs die Geschworenen die Übertretungsfälle aburteilen[2]. Das

zeichnet, ohne daſs ihnen eine thatsächliche Wirkung zukam. Vgl. die in den Statuten des sechzehnten Jahrhunderts aufgenommene Formel attendu qu'il est question de police. de laquelle la cognoissance appartient seullement a nostre Prevost de Paris. Mét. 2 S. 105 Art. 20, S. 150 Art. 25. S. unten II. Teil 2. Abschn. 3. Kap.

[1] Dreizehntes Jahrhundert, jedenfalls vor 1292, Thierry I S. 151. Belegstellen s. S. 143 Anm. 3 u. 4, S. 144 Anm. 1.

[2] Et se aucuns estoit atains qu'il eust vendu carette ou somme de fruit, qui eust embouquiés, dont li fruit fust pire dessoubz que desseur il l'amenderoit par l'eswart des wardes du mestier. Thierry I S. 226 Art. 7. Diese Stelle ist bei Neuburg, Zunftgerichtsbarkeit und Zunftverfassung, Jena 1880, S. 213 übersehen, wodurch sich die a. a. O. ausgesprochene Annahme Neuburgs, von einer eigentlichen Gerichtsbarkeit könne bei den Fruchthändlern nicht die Rede sein, von selbst erledigt. Die übrigen Schlüsse Neuburgs erklären sich z. T. dadurch, daſs in der Gerichtsbarkeit zwischen Übertretung und Falschwerk nicht unterschieden wird. S. auch unten S. 159.

Böttcherſtatut von 1286 schreibt vor, dafs die Übertretungen lediglich an die Zunft gebüfst werden[1].

Zur endgültigen Aburteilung von Falschwerk waren dagegen die Zünfte, wie gewöhnlich, nicht zuständig. Das bei der Gewerbeschau aufgegriffene Falschwerk wurde in üblicher Weise von den Geschworenen beschlagnahmt und vor Rat und Schöffen endgültig abgeurteilt[2].

Im Artikel 10 des zweiten Stadtrechts werden dann die Beziehungen zwischen den Stadtzünften und den bischöflichen Handwerkern ausführlich behandelt. Die Handwerker, die unter der Grundherrschaft des Bischofs standen, durften des Samstags in der städtischen Markthalle und an den übrigen Wochentagen in herkömmlicher Weise in den Strafsen der Stadt ihre Waren verkaufen und wurden hier als Einheimische betrachtet; um diese Vergünstigung zu erlangen, waren sie jedoch verpflichtet, in ihrem Betrieb sich nach den Statuten und Ordnungen zu richten, die für die Stadtzünfte galten[3]. Die Geschworenen der Stadtzünfte nahmen die Schau der auf städtischen Boden eingebrachten Waren vor und setzten für die dabei ermittelten Übertretungen die Bufsen selbständig fest. Weigerte sich ein bischöflicher Handwerker, die ihm von den Geschworenen auferlegte Bufse zu zahlen, so sollte das bischöfliche Gericht ihn dazu zwingen und die Strafe für die Geschworenen einziehen[4]. Falschwerk kam, nachdem die Geſchworenen darüber befunden hatten, zur endgültigen Entscheidung vor Rat und Schöffen. Das bischöfliche Gericht war dann berechtigt, die Auslieferung des bei bischöflichen Handwerkern aufgegriffenen Falschwerks zu beantragen[5]; jedoch mufste zuvor die von Zunft und Stadtrat verhängte Geld-

---

[1] Et qui en ces coses ou aucunes d'icelles entreprendra et actaint en fust, il l'amendera de XIII deniers à le baniere du mestier des cuveliers. Thierry 1 S. 253.

[2] Weitere Angaben aus den Jahren 1317, 1322 und 1327 s. unten S. 159.

[3] Le gent de mestier de le terre le vesque, soient bouleughier, bouchier, taneur, sueur, merchier, coriier, sont tenu de warder les estatus qui sont en leur mestier, au commandement des maieurs dez banières, Liquel commandement sont fait et le doivent estre du consel du grant maieur et les esquevins d'Amiens, et doivent avoir chele gent de mestier leurs tours as estaus, le samedi, par leur droiture paiant, et toute le sepmaine contreval vendre leurs denrées là où il ont ascoustumé, sans faire tort à autrui. Thierry I S. 158 Art. 10.

[4] Et s'il caioient en aucune amende par le raison de l'esward de leur mestier, et se li eswardeur des mestiers les voloient pugnir en levant l'amende, ou à faire che qu'il y appartient, et chil qui meffait aroient estoient rebelle, li eswardeur du mestier le doivent monstrer à le justiche le vesque, et le justice le vesque les doit pugnir en se terre et est l'amende leur. Thierry I S. 158.

[5] Die Reklamierung des Falschwerks batte den Zweck, die Zerstörung durch das bischöfliche Gericht vornehmen zu lassen, ein Recht, das als Ausflufs der allgemeinen Gerichtsbarkeit angesehen und, wie die verschiedenen Quellstellen zeigen, eifrig gehütet wurde. S. oben S. 129.

strafe bezahlt sein [1]. Versagte das bischöfliche Gericht die Rechtshilfe in den Fällen, wo solche verlangt wurde, so sollte den Handwerkern aus dem Grundbezirk des Bischofs nicht weiter gestattet werden, ihre Geschäfte in der Stadt zu betreiben. —

In Beauvais gab der königliche Bailli, der den abwesenden Bischof vertrat, im Jahre 1220 den Bäckern vier Geschworene, die in vierzehntägigen Zwischenräumen mit dem Prevost von Beauvais die Brotschau vornehmen sollten. Die Geschworenen beurteilten das mindergewichtige Brot, das nach ihrem Ausspruch durch den Prevost beschlagnahmt wurde [2]. Der schuldige Bäcker hatte ausserdem eine Bufse nach dem Recht, unter dem er lebte, zu zahlen [3].

Die Irrungen zwischen Rat und Bischof von Beauvais wurden im Jahre 1276 durch Schiedsspruch geschlichtet. Hierbei kamen auch die Streitigkeiten über den Besitz des Tuchergerichts durch Vergleich zum Abschlufs. Der Vergleich bestätigte materiell den Tuchern den uneingeschränkten Besitz des Gerichts, während dem Bischof eine rein formale Mitwirkung bei der Vollstreckung des Urteils über Falschwerk verblieb. Wenn die Geschworenen falsches Tuch zur Zerstörung durch Feuer verurteilt hatten, so liefs der Rat die zu verbrennenden Stücke auf dem Markt aufschichten und Holz und Feuer bereit stellen. Die Anzündung des Holzstofses war dagegen Sache des bischöflichen Gerichts, das zu diesem Geschäft vor der dritten Hora gehörig zu laden war. Erschien der bischöfliche Bote nicht bis nach dem Vesperläuten, so erlangte der Rat freie Verfügung und mochte nach Belieben die verurteilten Stücke auch den Armen geben [4]. Die gleichen Formen waren zu beobachten, wenn das Urteil der Geschworenen nicht auf Verbrennung, sondern nur auf Zerreissung der ganzen

---

[1] Et se li eswardeur des mestierz trouvoient as estaus par dedens le ville, ou sans estaus, denrrée appertement mises à vente, ou qui fuissent souspechonneusez sans mettre à vente, li eswardeur du mestier les porroient arrester et venir au maieur et as esquevins, et seroient les denrées pugnies selonc leur fourfaiture, et selonc che qu'il le converroit faire, si comme on a acoustumé d'usage; ne en chesti cas le gent le vesque n'aroient mie les derrées de leurs homez ne l'amende, fors pour l'amende paiant, lequele amende seroit à chiax à qui elle appartenroit selonc usage. Thierry I S. 159.

[2] Eligantur de consilio bolengariorum quatuor bolengarii probiores ville qui singulis quindenis eant cum preposito; et prepositus, de consilio eorum, capiat panes qui venduntur ad minus rationabiles. Labande S. 283.

[3] Et si inventi fuerint non esse rationabiles, emendet illud bollengarius lege qua vivit; et si secundo inventus fuerit in hoc deliquisse, similiter emendet ea lege qua vivit. Insuper ille qui secundo emendavit, non vendat in quindenam in villa in penam. Labande S. 283.

[4] Et si pannum inveniunt, in quo sit talis defectus quod secundum suum esgardium sit ardendus, major et pares dictum pannum afferri facient in mercato Belvacensi et ligna et ignem ad ipsum ardendum; et scire facient infra horam tertiam justitie episcopi apud Belvacum commoranti, ut veniat ignem in lignis positura pro dicto panno ardendo. Labande S. 305.

Stücke in kleine Abschnitte lautete[1]. Irgend ein materielles Einspruchsrecht stand dem bischöflichen Gericht nicht zu. —

In Reims haben die Vorsteher des Tucheramtes das Recht, fehlerhaftes Tuch selbständig und unter Zuziehung rechtschaffener Männer, die von den Tuchervorstehern selber berufen werden, abzuurteilen[2]. — In Chartres bestanden fünf alte Ämter, die nach Art der Pariser Magisterien jeweils die arbeitsteiligen Handwerke unter einem Amt zusammenschlossen. In derselben Weise wie dort sind dann aus den Ämtern die einzelnen selbständigen Zünfte herausgetreten[3]. Der Magister des Kürschneramtes wird in einer Urkunde des Jahres 1189 genannt. Nähere Angaben über den Umfang, den die mit den Magisterien verbundene Gerichtsbarkeit im dreizehnten Jahrhundert hatte, sind uns jedoch nicht erhalten.

In Châlons bildet das Gericht über das Tuchergewerk den Gegenstand eines endlosen Streites, von dem wir schon oben hörten[4]. Sowohl der Bischof wie die Tucher erhoben Anspruch auf ungeteilten Besitz des Gerichts, dem die gesamte Tuchmacherei, einschliefslich aller Teilgewerbe[5], unterstand[6].

Die Ordnung für das Tuchergewerbe wurde im Jahre 1243 aufgezeichnet[7]; im Jahre 1245 erteilte Bischof Gottfried von Châlons eine grofsenteils wortgetreue Bestätigung, die zugleich mit einer Reihe von Zusätzen, hauptsächlich über das Strafmafs und über den Strafvollzug, versehen wurde[8]. Bald darauf brachen die Streitigkeiten zwischen Bischof und Bürgerschaft aus. Die Schlichtung wurde dem königlichen Parlament aufgetragen, das an Ort und Stelle eine Untersuchung über den Stand der Gerichtsbarkeit vornehmen liefs[9].

Die Ordnung von 1243 unterscheidet wie üblich zwischen Übertretung und Falschwerk. Eine rein mechanische Abgrenzung beider Grade des gewerblichen Vergehens wird für die Fehler in der Kette gegeben. Die Zahl der Kettfäden ist bei den ein-

---

[1] Et si defectus panni non sit tantus quod propter hoc judicari debeat ad ardendum, si predicti probi homines dicant quod scindi debeat, major et pares dictum pannum afferri facient in mercato Belvacensi, et significabunt infra horam tertiam justitie episcopi Belvacensis, ut veniat scissura dictum pannum. Labande S. 305.

[2] Que se li maistres treuvent ung drap où il y ait à dire li maistre pouront prendre et jugier par eulx et par conseil de bonnes gens quelz que ilz vouront appeller et sans appeller celuy à qui le drap sera. Schiedsspruch in dem Streit zwischen Tuchern und Webern, Varin adm. I S. 1074 (A. 1292).

[3] Mag. u. Frat. S. 117.

[4] S. S. 33.

[5] S. oben S. 93.

[6] Es handelt sich also hier nicht um die geteilte Gerichtsbarkeit, sondern um den ungeteilten Besitz des Gerichts.

[7] Vaterl. A. S. 134 ff.

[8] Vaterl. A. S. 136 ff.

[9] A. d. P. I S. 310. Vgl. auch Mag. u. Frat. S. 114 f.

zelnen Tuchsorten nach Hunderten statutarisch vorgeschrieben, also zwanzig Hundert, sechszehn Hundert, zwölf Hundert u. s. w. Drei Kettfäden hatte nun der Weber frei; fehlten mehr als drei Fäden der Kette, so war für jeden weiteren ausgelassenen Faden eine Bufse von sechs Denaren zu zahlen. Wenn hundert Fäden oder darüber fehlten, so galt die Arbeit als Falschwerk und das Tuch sowohl wie das Arbeitsgerät des Handwerkers wurden verbrannt[1]. Geschulterte, d. i. an den Enden besser als in der Mitte gearbeitete Stücke wurden gleichfalls als Falschwerk angesehen und vernichtet[2]. Als Strafen werden genannt für die Übertretung fünf Solidi, bei Falschwerk Vernichtung der Ware, Untersagung des Gewerbes für Jahr und Tag und Bufse bis zu hundert Solidi[3].

Die Geschworenen urteilten selbständig und endgiltig in allen Gewerbesachen, sowohl bei Übertretung wie bei Falschwerk[4]. Falsche Ware wurde nach dem Wahrspruch der Geschworenen verbrannt. Bei der Vollstreckung des Urteils mufste jedoch ein Beamter des bischöflichen Gerichts zugezogen werden. Mit der Einschränkung, dafs diese Form beobachtet werde, erkennt die Ordnung von 1245 die selbständige Gerichtsbarkeit der Tucher an. Ebenso wird in der Untersuchung des Parlaments von 1250 durch Zeugenvernehmung festgestellt, dafs die Justitia combustionis von den Tuchern ausgeübt wurde, unter Zuziehung eines bischöflichen Beamten beim Urteilsvollzug[5]. In der Tucherordnung von 1245 bestätigt der Bischof selber, dafs ihm keinerlei materielle Gerichtsbarkeit und kein Anspruch auf Strafgelder gegenüber dem Tuchergericht zustehe[6].

---

[1] La laine en XX doit estre tout plaine III filz mains, et s'il en faut plus de III filz il est meffaiz et chascuns fiz doit VI den. et s'il en faut C fiz et plus il doit estre ars, es li mestiers et toz li harnes ausint. Vaterl. A. S. 137.

[2] On doit ardoir les dras espaulez de II parz. Vaterl. A. S. 137. S. dagegen oben S. 133 Anm. 6, S. 145 Anm. 1.

[3] Et cil qui auera meffait de perdre l'ostel, doit perdre l'ostel I an et I jor par les raisons deuant dites et doit rendre C solz as esgardeurs au rentrer ens. Vaterl. A. S. 139.

[4] Tuit tainturier qui taignent dras vers et brunetes doiuent metre VI lb d'alun au mains en chascun drap de mojson et chasque ij draf nouele eaue et nouele waudee, et qui no fait il doit rendre le damage par les esgardeurs ou on ne taint mie à lui. Vaterl. A. S. 138. Et s'il i auoit home nul qui meffeist à ces choses deuant dites, il ne uenderoit mie en la hale de chaalons deuant qu'il l'aueroit amendé par les esgardeurs de la draperie par la raison des amendes deuant dites, ne ces amendes ne puet on plus haut leuer. S. 139. Die Stelle ist im Druck der Vaterl. A. unverständlich infolge Auslassens einiger Trennungszeichen und Interpunktionen.

[5] Quod justiciam draparie burgenses exercuerint probatur per multos testes. Quod justiciam combustionis exercuerint mandato episcopi vocato probatur per VII. A. d. P. I S. 311.

[6] Et de toutes ces choses devant dites nos ni avons oquison amende ne justice. Vaterl. A. S. 139.

Die Streitigkeiten zwischen Bischof und Bürgern kamen während des dreizehnten Jahrhunderts nicht mehr zum Austrag und wurden erst im Jahre 1321 durch Schiedsspruch beigelegt[1]. —

In den Statuten von Saint-Omer wird die Gerichtsbarkeit der Textilgewerbe eingehend behandelt. Das Gewerbegericht ist dem öffentlichen Gericht in jeder Weise angegliedert und steht unter dem Stadtrat. Die Gerichtsbarkeit im Textilgewerbe ist eine zwiefache; die des Meisters der Tuchhalle, und die der Zünfte.

Das Gericht des Meisters der Tuchhalle (majeur du caltre[2], majeur des marchans[3]) war zuständig für Klagen wegen vorenthaltener Arbeitslöhne und rückständiger Forderungen im Tuchergewerbe[4]. Der Meister konnte das Erscheinen der Vorgeladenen durch eine Bufse von drei Solidi erzwingen[5]. Das Zunftgericht war zuständig in allen Gewerbesachen, insbesondere in den Fällen, die aus der Gewerbeschau hervorgingen. Die Strafgelder gehörten der Stadt; der den Zünften zugebilligte Anteil wurde den Geschworenen nach Ablieferung und Verrechnung der Gelder durch den Rat zurückgegeben[6]. —

Den bis hierher besprochenen Statuten und Urkunden haben wir noch die seit dem Anfang des dreizehnten Jahrhunderts vorgenommenen Neuprivilegierungen anzureihen.

Die erste völlig aus dem Neuen geschaffene Zunft ist die der Weber zu Etampes, denen im Jahre 1204 gegen einen festen Amtszins die Befreiung von den grundherrlichen Lasten und die Selbstverwaltung nach dem Vorbild der Magisterien gewährt wurde[7]. Das den Webern eingeräumte Gericht umfafst alle Klagesachen, ausgenommen das Gericht über Blutrunst. Die Haltung des Gerichts ist vier von der Handwerksgemeine gewählten Geschworenen übertragen[8]. — Mit den gleichen Vorrechten wurde im Jahre 1217 durch königliches Privileg in Pontoise eine Bäckerzunft gestiftet. Der Zunft wurde ein eigener Magister vorgesetzt, der allein das Gericht über die Bäcker haben sollte,

[1] S. unten S. 160.
[2] Giry S. 341.
[3] Giry S. 346.
[4] Quant plainte vient devant aus des saieurs, des tondeurs et de toutes autres gens ki à le draperie afierent, ke il ne puen avoir leur argent u leur serviche à le maison des osteliers, li maieur leur puent defendre leur ovrage et aresteir les dras à le maison des tainteliers, des tondeurs et des licheurs, et partout là u les troveroient; Giry S. 559 Art. 650. Vgl. auch Art. 651.
[5] Li maieur des marchans peut pandeir de III s. chaus ke ne vienent à leur mant. Giry S. 559 Art. 649. Vgl. auch Art. 652.
[6] Et vous dist on ke quant les amendes seront apertei à le hale et livrei as eskevins sus et registrei, li corier aront les amendes com on a usei duskes à ores. Giry S. 540 Art. 496. Vgl. auch oben S. 130.
[7] Mag. u. Frat. S. 121.
[8] Mag. u. Frat. S. 238.

unter gänzlichem Ausschlufs des Prevost oder irgend eines andern königlichen Beamten[1]. —

Den Fleischern von Orléans wurden im Jahre 1220 zwei Magistri gegeben; doch ist über deren Zuständigkeit nichts gesagt[2]. — In Provins hatten bis zum Jahre 1269 Prevost und Bürgermeister das Gericht über das Bäckergewerbe. Die Bäcker selbst hatten bis dahin keine zunftmäfsigen Organe. Prevost und Bürgermeister benutzten ihre Befugnifs, um die Bäcker in gewissenloser Weise zu bedrücken und auszubeuten. Das Privileg sagt, dafs „Prevost, Bürgermeister und ihre Beamten des öfteren das ausgelegte Brot beschlagnahmten, nicht zu Nutz und Besserung des Handwerks, sondern um der Strafgelder willen"[3]. Den Bäckern wurden deshalb drei Geschworene verliehen. Das Gericht wurde den Beamten abgenommen und diesen Geschworenen übertragen, die endgültig alle Gewerbesachen im Bäckerhandwerk aburteilen sollten[4]. An der Verteilung der Strafgelder selbst wurde nichts geändert; das Erträgnis verblieb denen, die vor dem Erlafs des Privilegs zum Empfang berechtigt waren. —

Die den Bäckern von Pontoise im Jahre 1217 bewilligte, den alten Ämtern nachgebildete Eximierung ist die letzte ihrer Art geblieben. Seit der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts findet eine derartige Verleihung von Jurisdiktionsrechten bei Neuprivilegierungen von Zünften in keinem Fall mehr statt. Die allgemeine Verwaltung und das öffentliche Recht hatten sich so weit ausgebildet, dafs es zur Herstellung einer selbständigen Rechtspflege für die Handwerker keiner Exemtion mehr bedurfte. Es beginnt jetzt die entgegengesetzte Bewegung, die eine Beseitigung der Sondergerichte anstrebt und das Gewerbegericht unmittelbar dem öffentlichen Gericht angliedern will.

Die Angaben der voraufgehenden fünf Kapitel seien hier kurz in einigen Sätzen zusammengefafst.

[1] Pro voluntate vero nostra providebimus eis magistrum cui respondeant et pro quo se justicient et pro nullo alio nec pro Preposito neque pro serviente aliquo salvis redditibus Prepositure nostre et salvo jure Droconis de Meriaco. Ord. 11 S. 308.

[2] Duo erunt magistri carnificum et qui erunt magistri uno anno non erunt magistri alio anno, nisi de voluntate carnificum. Ord. 11 S. 310.

[3] Comme li boulengier ou li Thalamerier de nostre ville de Provins feussent plaintif à Nous que l'en prenoit trop souvent leurs pains; ne mie pour le mestier amender ne pour le commun proffit de la ville; maix pour lez amendes avoir. Ord. 4 S. 534.

[4] Nous pour le commun bien . . . . . ordonnons que li prevoz ne li maires ne leurs sergens ne pranront plus le pain si comme il souloient; ains y seront establi trois preudomme de par Nous ou de par ceulx qui demoureront en nostre lieu; qui Nous jureront que bien et loyalment il garderont le mestier au prouffit des bonnes gens de la ville et des boulengiers; et que cil troys puissent prandre le pain toutes foiz que il sçauront et verront que il sera mestier. Ord. 4 S. 534.

Die hauptsächlichsten Träger des Gewerberechts um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts sind die Verbände der Handwerker, die sich nach ihrer Stellung und ihrem Recht in alte Ämter und in Zünfte scheiden. Im wesentlichen besitzen diese Handwerkerschaften gleichmäfsig das Recht, die Bedingungen für die Aufnahme in die Verbände, sei es für die Meister, Gesellen oder Lehrlinge, einseitig festzusetzen. Mifsbräuche sind hierbei noch nicht wahrnehmbar; die zuwandernden Handwerker werden willig aufgenommen; der Betrieb der aufserhalb des Verbandes stehenden Unzünftigen wird nicht mit Mifsgunst betrachtet. Der Eintritt in die Verbände ist durch keine übermäfsige Gebühr erschwert.

Das Handwerk besitzt das Recht der Selbstsatzung und der Selbstverwaltung. Vermöge dieser Stellung wird das Handwerk in erster Reihe zum Schöpfer des materiellen Gewerberechts. Der Betrieb des Gewerbes beruht auf Vorschriften, die nur zu einem geringen Teil aus einseitiger obrigkeitlicher Verordnung, in der Hauptsache aber aus der Selbstsatzung des Handwerks hervorgehen. Die Befugnisse der Selbstverwaltung erstrecken sich mit gleicher Machtvollkommenheit auf das Innere des Handwerks, wie auf die Gesamtheit der Verkehrsbeziehungen. Das weite Gebiet, das der Begriff der gewerblichen Polizei umfafst, ist im wesentlichen den Organen der Handwerkerschaft anvertraut, deren Thätigkeit für einen geregelten Verkehr unentbehrlich ist.

Die höchste Verkörperung findet das Verbandsrecht des Handwerks in der Ausübung der Gerichtsbarkeit. In der Stellung des Gerichts zeigt sich die Entstehung und Entwicklung des Zunftwesens am deutlichsten ausgeprägt. Der weite Abstand zwischen dem Recht der alten Ämter und dem der Zünfte tritt hier am schärfsten hervor; ferner wird auf diesem Gebiet zuerst der Umschwung erkennbar, der sich seit der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts in den Beziehungen zwischen der allgemeinen Verwaltung und den Handwerkerverbänden vorbereitet.

Die alten Ämter, auf einer Exemtion gegründet, umfassen durchweg die starkbesetzten, an Zahl und Bedeutung hervorragenden Betriebe. Sie haben ihr Sonderrecht, das ihnen unter ganz anderen administrativen Verhältnissen erteilt war, mehrfach behauptet und sehen sich deshalb während des dreizehnten Jahrhunderts wiederholten Angriffen des Beamtentums ausgesetzt. Die Zünfte dagegen sind dem allgemeinen Gericht angegliedert und üben die Gerichtsbarkeit aus als Specialgerichte für Gewerbesachen und Handwerksangelegenheiten. In den Städten mit königlicher Verwaltung stehen die Zünfte unter dem Prevotalgericht; in den übrigen Städten unter gräflichen und bischöflichen Beamten oder unter dem Stadtrat.

Zweiter Abschnitt.

Erstes Kapitel.

Gesetze und Statuten von 1301 bis 1350.

Die Verwaltung des Gewerbewesens, wie wir sie zuvor schilderten, giebt uns ein genaues Bild der administrativen Zustände im dreizehnten Jahrhundert. Nirgends besteht ein allgemeines Recht, wie es der Staatsgedanke verlangt; die gesamte Verwaltung beruht auf vereinzelten, persönlich und örtlich begrenzten Jurisdiktionsrechten.

In Frankreich beginnen seit der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts die Versuche, die Handwerkerverbände fester in den allgemeinen Amtsorganismus hereinzuziehen. Das Sonderrecht der alten Ämter wird bekämpft Die weitgehenden Privilegierungen von Zünften gelten nunmehr als unvereinbar mit dem Amtsrecht der allgemeinen Verwaltung. Andererseits aber versuchen die Handwerker seit dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts, eine unmittelbare Beteiligung am politischen Regiment zu erlangen und ihre Bestrebungen in immer von neuem wiederholten Zunftunruhen durchzusetzen. Mit dem Anbruch des vierzehnten Jahrhunderts standen sich Königtum und Handwerk in veränderter Stellung gegenüber. Es mufste sich nunmehr entscheiden, in welcher Form die gewerbliche Verwaltung mit dem herauswachsenden Staatsorganismus verbunden, in welcher Weise das Gewerberecht der aufstrebenden Staatsgewalt eingegliedert werden sollte. Die Entscheidung fiel unter der Herrschaft der ausgreifenden staatlichen Entwicklung, deren Gang und endliche Ziele wir zuvor [1] geschildert haben.

Auf dem Gebiet des staatlichen Gewerberechts war nunmehr noch Alles neu zu schaffen. Die dem Königtum gestellte Aufgabe war hier besonders schwierig: denn es fehlte an jedem

[1] S. oben S. 13 ff.

Rechtssatz, auf den sich die Regelung des Gewerbewesens im besondern hätte gründen lassen. Weder das alte Staatsrecht noch die fremden Rechtssysteme boten gerade für diesen Zweck eine unmittelbare Handhabe. Der mittelalterlichen Rechtsanschauung vollends war es in jeder Weise fremd, daſs man das Gewerbewesen einheitlich behandeln und ordnen könne. Jedes Recht und jede Ordnung im Gewerbe beruhte auf der Begründung für den einzelnen Fall und für das einzelne Gewerbe.

Gröſser als auf allen andern Verwaltungsgebieten waren deshalb im Gewerbewesen die Hindernisse, die sich einer staatlichen Bethätigung entgegenstellten. Es waren hier überdies nicht bloſs rechtliche Schwierigkeiten zu überwinden; sondern die thatsächlichen Verhältnisse und die allgemeine Überzeugung, die das Vordringen der Monarchie sonst auf vielen Gebieten förderten, waren hier der einheitlich-staatlichen Regelung durchaus entgegen. Allgemeine Verordnungen in der gewerblichen Verwaltung waren noch völlig unbekannt zu einer Zeit, als auf dem Gebiet der Rechtspflege und der Finanzen längst die Grundzüge einer staatlichen Gesetzgebung vorhanden waren.

Unter Philipp IV. kam es zu den ersten Zusammenstöſsen gröſserer Bedeutung zwischen Königtum und Handwerkern. Die Niederwerfung der lokalen Aufstände und die im Zusammenhang hiermit verfügte Aufhebung der Bruderschaften hatten indes keine dauernden Folgen. Auch boten diese Vorgänge nicht unmittelbar den Anlaſs zu Verordnungen allgemeinen Charakters.

Den Ausgangspunkt der staatlichen Eingriffe in die Verwaltung des Gewerbewesens bildet vielmehr eine Ordonnanz Philipps IV. vom 7. Juli 1307. Von der Ordonnanz war bis in die neuere Zeit nur die Thatsache ihrer Emanierung und der wichtige Artikel 57 bekannt. Der vollständige Text, im Jahre 1876 veröffentlicht[1], ist in den litterarischen Bearbeitungen bis jetzt fast gänzlich unbeachtet geblieben[2]. Die Ordonnanz ist indes nicht allein an sich von groſser Bedeutung, sondern ihre Einreihung gestattet erst, die Entwicklung der staatlichen Gesetzgebung über das Gewerbewesen in geschlossener Folge darzustellen. Insbesondere für die Beurteilung der bekannten Ordonnanz Johanns II. von 1351[3] bietet das Edikt von 1307 die wesentliche Unterlage.

Die Ordonnanz von 1307 umfaſst 58 Artikel; sie stellt sich hierdurch als eines der gröſseren Reformedikte Philipps IV. dar. Von den groſsen reformatorischen Verwaltungsgesetzen des Königs unterscheidet sich die Ordonnanz grundsätzlich durch die Absicht

---

[1] Durch Jules-Marie Richard, Hist. d. P. II S. 130 ff.

[2] Fagniez, Ind. erwähnt sie S. 60 Anm. Sie fehlt dagegen in der Ausgabe von Lespinasse Mét.; nur der Artikel 57 (Lehrlingswesen und Nachtarbeit) ist in einem Transsumpt des Jahres 1322 aufgenommen. Mét. I S. 1.

[3] S. unten 2. Kap.

rein örtlicher Fassung und Geltung. Nur die Zustände der Stadt und Umgebung von Paris sollten durch sie geregelt werden. Die äufseren Umstände, die zum Erlafs des Gesetzes führten, sind gekennzeichnet durch die fortdauernde, zu bedenklicher Höhe gestiegene Teuerung der Lebensmittel, der eine allgemeine Steigerung der Arbeitslöhne und der Waren gefolgt war. Über die beobachteten Formen ist insbesondere zu bemerken, dafs das Gesetz ausdrücklich auf die dringende Bitte der Pariser Bürger zurückgeführt wird, und dafs die einzelnen Bestimmungen auf den Vorschlag und das Gutachten des Prevost und der Bürger[1] gegründet werden.

Von den 58 Artikeln des Edikts beschäftigen sich 46 mit dem Gewerbewesen. Die übrigen zwölf enthalten Tarife für die Notare und Gerichtsdiener, deren Gebührensätze für schriftliche Ausfertigungen, Verträge, Zeugenvernehmungen und Wegegelder genau festgesetzt werden. Auch wird bestimmt, dafs eine Geldschuld, die der Gläubiger zehn Jahre nach Verfall nicht gemahnt hat, als verjährt gelten soll[2].

Die auf das Gewerbe bezüglichen Vorschriften sind hauptsächlich polizeilichen Inhalts. Das Gesetz will im wesentlichen eine Zusammenfassung solcher Bestimmungen geben, die geeignet sind, einer Teuerung zu begegnen und eine ausreichende und billige Marktversorgung zu gewährleisten.

Für den Marktverkehr werden die uns bekannten Vorschriften verzeichnet; es sind das Gebot der Marktbeschickung, und die Verbote des Aufkaufs[3]. Die Stadtfremden sollen ihre Waren unmittelbar nach den Hallen und Märkten bringen und sie nur dort, und nirgend anders verkaufen. Das Abfassen der auf dem Wege zur Stadt befindlichen Fremden ist verboten[4]. Der Zwischenkauf[5] wird insbesondere untersagt bei Brennholz, Kohle, Heu und Ziegelsteinen[6].

Unter den Nahrungsmitteln werden behandelt Brot, Getreide,

---

[1] Unten S. 154. Das Parlament hielt es bei der Ausfertigung für angezeigt, von seiner Gepflogenheit des Gebrauchs der lateinischen Sprache abzugehen und sich der französischen Sprache zu bedienen; es rechtfertigt diesen Bruch der Überlieferung durch besondere Gründe. — Auch im Jahre 1345 wurde bei dem gleichen Anlafs noch eine Verwahrung für notwendig gehalten. Mét. III S. 308.

[2] Que nul lombart ou usurier commun qui aura lettres de debtes sur aucunnes personnes dont le terme sera passé et l'aura gardé diz anz sanz demander sa debte, les diz anz passés, ne puisse estre ouis en aucunnes choses de riens, et que lors la debte de l'obligacion soit tenue pour nulle. Hist. d. P. S. 138 Art. 45.

[3] S. oben S. 112.

[4] Hist. d. P. 2 S. 136 ff. Art. 8, 9, 24, 31, 35 und 43. Die Bestimmungen sind im wesentlichen dem L. d. M. Tit. 100 und 101 und Depping S. 423 entnommen.

[5] S. oben S. 114 f.

[6] Art. 26, 28, 31, 34. Die Vorschriften sind fast wörtlich die gleichen wie die oben S. 117 Anm. 1 f. citierten.

Fische und Wein. Den Weinwirten wird ein fester Tarif vorgeschrieben, den sie nicht überschreiten dürfen [1]. Für den Fischhandel wird die Beobachtung der Statuten des Livre des Métiers eingeschärft, und eine Reihe von Zusätzen wird ihnen hinzugefügt [2]. Für die Getreidemüller wird ein fester Mahllohn angesetzt [3]. Brot soll nach Gewicht verkauft werden [4]; zur Ausübung der Brotschau sollen Bürger, die nicht dem Bäckerhandwerk angehören, den Bäckergeschworenen beigeordnet werden [5].

Es verdient hervorgehoben zu werden, dafs die Ordonnanz unter den notwendigen Nahrungsmitteln nur Brot, Getreide und Fische — die letzteren am ausführlichsten — behandelt. Fleisch wird gar nicht, Geflügel nur gelegentlich bei dem Verbot des Vorkaufs berücksichtigt. Der Vorgang ist nicht vereinzelt. Auch das früher erwähnte Verbot wider den Zwischenkauf im Stadtrecht von Etampes betrifft nur den Handel mit Fischen und Brot, bezw. mit Wein; die Marktordnung des königlichen Bailli für Beauvais behandelt ebenfalls nur den Marktverkehr in Brot und Fischen [6]. Die Fischnahrung war für jene Zeit von besonderer Bedeutung wegen der strengen Fastenvorschriften, wurde aber auch sonst reichlicher genossen in Folge des gröfseren Fischbestandes der Gewässer.

Der Tarifierung werden ferner unterworfen die Geschäftsgewinne und Arbeitslöhne der Schneidermeister und der Gesellen [7]. Die Unvereinbarkeit des Maklergewerbes mit dem Gewerbe eines selbständigen Händlers wird mehrfach ausgesprochen [8]. — Alle diese Bestimmungen enthalten keinerlei materielle Neuerung; bedeutungsvoll ist nur die formale Neuerung, die in dem einseitigen Erlafs des Gesetzes durch den König besteht.

Einen grundsätzlichen Eingriff in das Zunftrecht unternimmt

---

[1] Art. 4.

[2] Art. 5 bis 24.

[3] Art. 3.

[4] Art. 1 und 2. Ferner soll den stadtfremden Bäckern gestattet werden, an anderen als an Markttagen nach der Stadt zu kommen, „wofern nicht die Pariser Bäcker ein entgegenstehendes Privileg besitzen“. Dieses uns bekannte Privileg der Pariser Bäcker (s. oben S. 119) war von Philipp IV. selbst im Jahre 1305 aufgehoben worden (Mét. I S. 198 Art. 3). Die Aufhebung scheint also auf Widerstand gestofsen und nicht zur Durchführung gelangt zu sein.

[5] Gemäfs dem Parlamentsentscheid von 1281, s. unten S. 166 und Mag. u. Frat. S. 83. Eine ähnliche Bestimmung erging im Jahre 1307 für Pontoise wegen der Mifsbräuche der dortigen Bäcker. Defectus in panibus videbunt et corrigent duo probi viri, non bolengarii, una cum duobus probis viris bolangeriis super hoc a ballivo deputatis. Olim III S. 231.

[6] S. oben S. 116.

[7] Que nul taillieur de robe ne puisse avoir, ne prendre, de taillier, ne de queudre deus garnemenz à riches hoummes, que III souls, et de III guarnemenz V souls. et d'une robe à un vallet ou à un povre homme que II sous, et du plus à l'avenant. Et li vallet seront affeuré à l'avenant. Art. 4. Hist. d. P. 2 S. 138.

[8] Art. 36 und 58.

die Ordonnanz nur an einer Stelle; es ist dies der Artikel 57 des Gesetzes, der alle hergebrachten Beschränkungen im Lehrlingswesen aufhob. Jedem Meister wurde freigestellt, die Zahl der Lehrlinge, die er annehmen wollte, die Dauer der Lehrzeit und den Betrag des Lehrgeldes beliebig anzusetzen. Auch sollten alle Verbote, durch welche die Arbeitszeit bei Licht und bei Nacht untersagt wurde, wegfallen [1].

Es ist die erste königliche Verfügung, die das Zunftrecht in seinen Grundlagen angreift und ihm eine fremde Ordnung auferlegt. Die Beschränkung der Lehrlingszahl insbesondere war eines der wesentlichsten und am schärfsten durchgeführten Gebote des zunftmäfsigen Betriebs. Der Eingriff, den Philipp IV. in diese zünftigen Bestimmungen unternahm, entsprang nur einem vorübergehenden Bedürfnis, und eine dauernde Entscheidung über die Frage des Lehrlingswesens und der Arbeitszeit wurde weder beabsichtigt noch erreicht. Die Vorschrift wurde als ein Mittel der Regulierung des Arbeitsmarktes betrachtet und als solches während der nächsten Zeit in gemessenen Zwischenräumen wiederholt und eingeschärft [2]. Dennoch wurde die Verordnung Philipps IV. von bleibender Bedeutung durch den neuen Anspruch, der in ihr hervortrat. Es handelt sich hier nicht mehr um das anerkannte Recht der Mafsregelung eines bestimmten Gewerbes oder des Einschreitens gegen eine einzelne Zunft, also nicht mehr um eine vereinzelte und negative, sondern um eine allgemeine und positive Befugnis. Der König beansprucht aus Gründen des öffentlichen Nutzens, den inneren Aufbau der Zunft durch eigenmächtige Vorschrift allgemein zu bestimmen. Neben die Selbstsatzung der Zunft tritt demnach in ihren ersten Anfängen die unabhängige Gesetzgebung des Staates.

Der Abstand und die Fortentwicklung gegenüber den Handwerksprivilegien ist in entsprechender Weise durch die Rechtsförmlichkeit ausgedrückt. Der Erlafs des Gesetzes von 1307 erfolgt sowohl ohne Antrag wie ohne Anhörung der Zünfte. Dagegen bleibt auch die Ordonnanz Philipps IV. noch innerhalb der örtlichen Schranken stehen, die ihr durch den zeitgenössischen Stand des Gewerbes gezogen waren.

Zur Klarstellung des Verhältnisses der Ordonnanz von 1307 zu der von 1351 diene die beifolgende

---

[1] Des mestres des meitiers de Paris qui dient quel il ont, par leur anciens registres, que nus ne puisse ouvrer par nuit et que nus n'ait que I aprantiz qui soit ou fiulz de mestre ou d'aprantiz et que il les prangnent à certain tens et pour certainne summe, nous ordenons et voulons pour le commun profit que il puissent ouvrer et de jour et de nuit quant il verront que bon sera et que il puissent avoir pluseurs aprantiz autres, encore que fiulz ne soient de mestre et d'aprantiz, de quelque pais que il soient; pour quoy il appere que il soient bien condicionnez, et que il metent tel terme comme il voudront, et finent ensamble à tel summe d'argent comme il pourront. Hist. d. P. 2 S. 140 Art. 57.

[2] So in den Jahren 1322 (Mét. I S. 1) und 1351 (s. unten 2. Kap.).

Vergleichstafel.

Ordonnanz Philipps IV. von 1307.	Ordonnanz Johanns II. von 1351.
Art. 1 [1]	Tit. 2 Art. 1 und 5.
Art. 3	Tit. 5 Art. 1.
Art. 4	Tit. 6 Art. 1.
Art. 5 [2]	Tit. 8 Art. 1 bis 24 [2].
Art. 7 bis 22	Tit. 8 Art. 25 bis 39.
Art. 24	Tit. 9 Art. 1.
Art. 26 bis 31	Tit. 43.
Art. 32	Tit. 45.
Art. 34, 35	Tit. 40 Art. 1.
Art. 37	Tit. 40 Art. 2.
Art. 43	Tit. 11 Art. 1.
Art. 44	Tit. 33 Art. 1.
Art. 57	Tit. 51 Art. 1.

Im Jahre 1312 erliefs Philipp IV. eine Ordonnanz über den Verkehr mit Gewürz, Spezereien und Kramwaren, allgemein bezeichnet als Pfundwaren (denrées au poids, avoirs de poids; s. oben S. 61). Die Ordonnanz sollte für das ganze Königreich Geltung haben. Der Artikel 12 schreibt vor, dafs in jeder Stadt, in der sich die entsprechende Anzahl von Gewürzkrämern befindet, jährlich ein Vorsteher und drei Geschworene gewählt werden sollen, die das Gewerbe beaufsichtigen und verwalten [3]. Die Bestimmung ist nicht zur thatsächlichen Durchführung gelangt und wird auch, soweit mir bekannt, in der späteren Gesetzgebung nicht allegiert. Ich erwähne die Vorschrift nur deshalb, weil durch sie zum ersten Mal der

[1] Die Artikelnummern fehlen in der Richardschen Ausgabe der Ordonnanz vom 7. Juli 1307.

[2] Der Artikel 5 Ord. 1307 schreibt vor, dafs „die Ordonnanz Ludwigs IX. über den Seefischhandel gehalten und befolgt werden solle"; Tit. 8 Art. 1 bis 24 der Ordonnanz von 1351 übernimmt demgemäfs den Titel 101 des Livre des Métiers „L'Etablissement du poisson de mer" fast wörtlich, jedoch unter teilweise scharfer Erhöhung der alten Strafsätze, die bis auf 60 Sols gesteigert werden.

[3] Nous ordennons et commandons que en chascune bonne ville de nostre Royaume où il y aura plusieurs marchans d'avoir de pois, chascun an le commun de celui mestier soient éleues quatre personnes l'une qui sera mestre et les trois qui seront gardes doudit mestier avec le mestre. Et cil qui ainsi eleuz seront à ce faire ne le pourront refuser jusques à la fin de l'an passé et feront serment à la justice du lieu tel comme l'estat de chascun et les besoignes dudit mestier le requerront. Ord. 1 S. 514.

Versuch gemacht wird, für ein Gewerbe den zünftigen Zusammenschlufs allgemein anzuordnen[1, 2].

Eine königliche Ordonnanz, die der Brotteuerung entgegenwirken sollte, erging im Jahre 1343 für die Auvergne[3]. Die Ordonnanz, nur aus acht Artikeln bestehend, enthält das Gebot der Marktbeschickung[4] und das Verbot des Zwischenkaufs[5]. Hierzu tritt noch der Zwang für die Getreidebesitzer, ihre Vorräte, soweit sie den notwendigen Hausbedarf übersteigen, zum Verkauf zu stellen[6]. Auch wird, wie gewöhnlich in den Zeiten einer Teuerung, verboten, Versammlungen „unter dem Vorwand einer Bruderschaft oder sonstwie“ zu veranstalten[7]. —

Die Weiterbildung des Gewerberechts durch einzelne Zunftsatzungen nahm inzwischen ihren Fortgang. Die Statuten gewinnen allmählich an Umfang und Weitläufigkeit. In weit gröfserem Mafse, als während des dreizehnten Jahrhunderts, gelangen jetzt thatsächliche oder angebliche Bräuche des Handwerks zur Aufzeichnung. Wir entnehmen diesen Statuten eine Reihe von Angaben, die unsrer Schilderung des Gewerberechts im dreizehnten Jahrhundert zur Ergänzung dienen.

Die Bestimmungen, die darauf abzielen, den Eintritt in die Zunft zu erschweren, werden jetzt allmählich häufiger. Allgemein beginnt der Brauch sich einzubürgern, für die Aufnahme eines neuen Meisters ein Meistergeld[8] zu fordern. Die Gebühr beträgt in der ersten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts etwa zwanzig Solidi. Auch bei den kaufpflichtigen Gewerben wird, neben dem

---

[1] Vgl. hierzu die Ausführungen über den gleichen Gegenstand, unten III. Teil 2. Kap.

[2] In der gleichen Ordonnanz wird den Gastwirten der Zwischenkauf (s. oben S. 115) von Gewürz und Spezereien verboten. Que nuls hosteliers ne puisse acheter pour revendre, denrées d'avoir de pois qui seront venues en son hostel se ce n'est en marchiez ou places communes. Ord. I S. 513, Isambert 3 S. 32. Da das Institut des Zwischenkaufs unbekannt war, ist die Stelle bisher in den Ord. (Sommaire Bd. I S. 511 Art. 8) und bei Isambert (Bd. 3 S. 29 Art. 8) unrichtig und ohne jeden Sinn ausgelegt worden, nämlich dahin, dafs die Gastwirte die bei ihnen eingelagerten Waren nur kaufen dürften, um sie am offenen Markte wieder zu verkaufen (Nul hostelier ne pourra acheter des marchandises dechargées dans sa maison, si ce n'est pour les revendre au marché). Die Vorschrift besagt, dafs die Gastwirte kein Gewürz, das von Fremden bei ihnen eingelagert wird, zum Zweck des Wiederverkaufs an sich bringen dürfen; sie müssen vielmehr ihre Ankäufe stets am offenen Markte machen.

[3] Ord. II S. 189.

[4] A. a. O. Art. 1.

[5] Que aucun ne aucune ne soit si hardis d'achetter pain pour revendre c'est assavoir du pain que l'en ameine de dehors. Ebenda Art. 7. Que aucun marchant quel qu'il soit ne soit si hardis d'acheter aucuns grains pour revendre, excepté boulangers qui lesditz grains pourront acheter pour couvertir en pain et non ailleurs. Eb. Art. 2.

[6] Art 4; vgl. auch Art. 3 und 5.

[7] Art. 8; s. unten II. Teil 1. Abschn. 2. Kap.

[8] S. oben S. 87.

alten Gewerbekauf, ein Meistergeld zu Gunsten der Zunft auferlegt[1]. Das Meisterstück wird, für Paris wohl zum ersten Mal[2], in dem Statut der Sticker von 1316 erwähnt[3].

Auch gegenüber den zuwandernden Handwerkern[4] macht sich ein Umschwung in den freisinnigen Anschauungen und eine Neigung zum Abschlufs bemerkbar. Die Zunft verlangt mehrfach, dafs der Zuwandernde, gleichviel ob er aus einer zünftigen Stadt komme oder nicht, sich einer förmlichen Prüfung vor den Zunftgeschworenen unterziehe, damit man seine Fähigkeiten beurteilen könne[5]. In Montpellier verlangen die Krämer in ihrem Statut vom Jahre 1324, dafs ein neuer Meister, wenn er nicht vor Eröffnung seines Betriebes bei einem einheimischen Handwerksgenossen gedient habe, fünf Solidi an die Bruderschaft zahle[6]. Im Jahre 1317 wird in einem Zunftstatut — der erste mir auffindbare Fall — die Forderung des Bürgerrechtserwerbs[7] verzeichnet; die Tucher von Carcassonne schreiben in ihrem Statut von 1317 vor, dafs kein Bewerber Meister werden kann, wenn er nicht das Bürgerrecht erworben und Jahr und Tag in der Stadt gewohnt hat[8].

Mehrfach erhoben die Münzer vom Serment de France während des vierzehnten Jahrhunderts den Anspruch, die ausländischen Schwurgenossenschaften von den französischen Münzstätten auszuschliefsen. Sie erhielten auch in einer Reihe von königlichen Privi-

---

[1] Mét. 3 S. 309 Art. 5.

[2] S. oben S. 30 Anm. 3.

[3] Mét. 2 S. 168 Art. 1.

[4] S. oben S. 36.

[5] Que nuls ouvriers, soit maistres ou autres, qui voeille ouvrer dudit mestier à Paris, qui soit de dehors, ou viengne d'estrange pais pour ouvrer à Paris, ne puisse ouvrer en son hostel pour tenir ledit mestier, jusques à tant qu'il aura esté esprouvé souffisament par les maistres du mestier. Mét. II S. 101 Art. 10. Que se aucun venoit de dehors du pais, qui vousist ouvrer dudit mestier, qu'il n'y puist entrer sans appeller les mestres, pour savoir se il est souffisant ad ce et de estre receu oudit mestier et pour paier les ordenances comme dit est. Mét. II S. 696 Art. 4. Die Prüfung wird hier also auch von zünftigen Fremden verlangt. Im Jahre 1321 hatte das Parlament einen Rechtsstreit zu entscheiden, der sich darum drehte, dafs die Pariser Leinenhändler zwei Handwerker, die ihr Gewerbe schon seit zwölf Jahren selbständig ausgeübt hatten, der Prüfung unterwerfen wollten. Der Prevost entschied zu Gunsten der Zunft und das Parlament bestätigte auf eingelegte Berufung den Entscheid. In diesem Fall handelt es sich jedoch um Handwerker, die nicht zünftig gelernt hatten. A. d. P. S. 344.

[6] Germain Mont. III S. 479.

[7] S. oben S. 38.

[8] Quod nullus foraneus et de extra Regnum Francie oriundus ad artem Pararie exercendam aliqualiter admittatur, nisi prius doctus fuerit in eadem servata consuetudine patrie diucius approbata et nisi prius juramentum fidelitatis solitum prestari a civibus et habitatoribus civitatum et burgorum Carcassone et Narbone prestiterit ac marcham argenti puri solverit Domino nostro Regi ac domum pretio XX librarum Turonensium ad minus emerit in qua focum locum et familiam tenere inceperit et continuaverit per annum et diem continue in ea immorando. Ord. 11 S. 450 Art. 7.

legien die Zusicherung, daſs fremde Münzer nur bei erwiesenem Mangel an einheimischen Arbeitern beschäftigt werden sollten [1]. In dem Privileg des Serment de France von 1327 bestätigt Karl IV., daſs er ausländische Münzer nur ins Land berufen werde, wenn die französischen auſser Stande wären, die Münzstätten voll zu besetzen. Auch sollten die Fremden nur solange beibehalten werden, als man sie notwendig gebrauche. Im übrigen sollten sie ihre Arbeit getrennt von den Franzosen verrichten [2]. Zu den gleichen Zusicherungen verstand sich Philipp VI. in einem Vertrag, den er im Jahre 1339 mit der französischen Münzergenossenschaft über die Besetzung der Münzstätten schloſs [3]. Auch hier wurde versichert, daſs keine fremden Münzer eingestellt werden sollten, so lange die einheimischen Arbeiter ausreichten; zugleich wurde verfügt, daſs die französischen Münzer, um dem Mangel an Arbeitern zu begegnen, ausnahmsweise ihre Nach-Neffen (arrière-neveux) in das Amt aufnehmen dürften [4]. Doch blieb auch diese Maſsregel wirkungslos. Schon im Jahre 1343 war Philipp VI. zu neuen Berufungen fremder Münzer genötigt [5]. König Johann bestätigte bei seinem Regierungsantritt im Jahre 1350 die Freiheiten der deutschen Münzer aufs neue [6]. —

Besonders reichhaltig sind in den Statuten der ersten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts die Angaben über die Gerichtsbarkeit.

Im Jahre 1317 wurde in Troyes für die Schuhmacher aus vier verschiedenen Herrschaften eine Zunft mit gemeinsamem Gericht gestiftet. Der Bailli von Troyes urkundet in dem Privileg, daſs die Schuhmacher von Troyes, nämlich ebenso die Leute der Geistlichkeit, wie die Leute der Ritter, die Leute der niederen Adeligen und die Leute des Königs durch gemeinen Willen vier Handwerker zu Meistern der Zunft gewählt haben, die das Gewerbe verwalten sollen [7]. Der Bailli bestätigt ihnen ihre Zunft.

---

[1] Das gleiche Recht wurde 1297 den Münzern von Namur verbrieft. Guys cuens de Flandres et marchis de Namur faisons savoir à tous ke nous avons establi en nostre ville de Namur hyrétavlement (héréditablement) quatrevins ouvriers et vint monoiers pour ovrer et mouiier à nos monoies de Namur ou alleurs en nostre terre ..... Et ne poons ne devons metre autres ovriers ne monoiers à la dite monoie à Namur tant qu'il le poront bien garnier et furnier. Cartul. de Namur I S. 147.

[2] Ord. 1 S. 806.

[3] Ord. 2 S. 139.

[4] D. h. den Enkel einer Meisterstochter. Der Sohn einer Meisterstochter galt stets als aufnahmeberechtigt; s. oben S. 41 Anm. 3 u. 4.

[5] Comme pour le deffaut et la grant necessité que Nous avons eu, au temps passé, de ouvriers et monnoiers du Serment de France en toutes nos monnoies, Nous aions mandé ouvriers et monoiers du Serment de l'Empire tant du Roy Robert comme de pluseurs autres Princes et Barons qui ont pooir de faire monoie, pour venir garnir nos monnoyes etc. Ord. 2 S. 198.

[6] Ord. 2 S. 417.

[7] C'est asçavoir ainsi bien li hommes des Eglises, li hommes des Chevaliers, li hommes des Escuyers, comme li hommes de nostre Seigneur

Die vier Geschworenen urteilen selbständig, unter Ausschluſs jedes anderen Richters, in allen gewerblichen Vergehen [1]. Die Strafgelder werden von den Geschworenen eingezogen und an den Prevost abgeliefert.

Die Zunftgerichtsbarkeit in Amiens, die wir zuvor nach dem Stadtrecht und den Statuten der Fruchthändler und der Böttcher kennen lernten [2], wird behandelt in zwei Statuten für die Fleischer aus den Jahren 1317 und 1327 und in einem Statut für die Messerschmiede aus dem Jahre 1322.

Die Geschworenen der Fleischer haben von den bei Übertretungen verhängten Strafgeldern unter ihrem Eid dem Rat Anzeige zu machen. Ein Fünftel der Gelder verbleibt der Zunft [3]. Zur Entscheidung über Falschwerk tritt das erweiterte Zunftgericht [4] zusammen. Der Bannermeister darf zu diesem Zweck nach eingeholter Erlaubnis des Rats bis zu zwanzig Handwerksmeister, aber nicht darüber, einberufen. Das Urteil bedarf, wie üblich, der Zustimmung und Bestätigung durch das Ratsgericht [5]. Ebenso

---

le Roy, eussent accordé et éleu entr'eux par commun asseurement quatre preud'hommes de leur mestier. Ord. 12 S. 434.

[1] Art. 8. Et se aucuns dudit mestier mesprenoit ès Ordonnances dessusdites et estoit accusez, li quatre maistres en enquerroient la verité; et se il trouvoient le meffait, toutesfoiz que il le trouverroient ils le jugeroient et porteroient l'amende pas devers le Prevost de Troyes pour le Roy notre Seigneur. Art. 9. Ne en meffait dudit mestier nuls n'a pouvoir de voir ne de connoistre fors que li quatre maistres qui par leurs seremens ont juré de bien et loyaument garder le mestier et que toutefois et quantes fois qu'ils trouverront l'amende ils la pourteront pardevers le Prevost pour nostre Seigneur le Roy. Ord. 12 S. 434.

[2] S. oben S. 142.

[3] Et sy jugeront li maieur des bouchers, par eulx et par leur conseil, toutes les coses qui seront à juger en leur justice, par l'amendement du maieur et des eschevins d'Amiens. Et sy en feront scavoir au maieur l'Amiens les amendes, quant elles seront eskeues, par leurs seremens. Thierry I S. 372 Art. 24.

[4] S. oben S. 131.

[5] Se aucune cose avient que toucque au mestier des bouchers de quemun, pour ce que tout li boucher ne puent mie estre adez présent, li doy maieur du mestier poeuent prendre avec eulx, par le commandement du maieur et eschevins d'Amiens, dessy à xx hommes de leur banière des plus souffisans, et ce que li maieur, par eulx et par leur conseil, diront des meffais du mestier sera estable, sans rappel à tous ceux du mestier, sauve le volonté du maieur et eschevins d'Amiens. Thierry I S. 372 Art. 16 A. 1317. Hierauf folgt in dem Statut von 1327 der Zusatz Et de toutes les coses de le boucherie dont jugement appartenra à estre fais, li maieur des bouchers, par eulx et par leur conseil, auront advis; et à tel advis qu'il en auront, rapporteront pardevers le maieur es eschevins d'Amiens; et leur advis sur ce sceu, lesdicts maieur et eschevins en jugeront selon ce qu'il verront qu'il appardiendra à faire. A. a. O. I S. 423. Dieser Zusatz enthält eine Erweiterung bezw. Bestätigung des Zunftgerichts, nicht aber, wie Thierry a. a. O. S. 422 annimmt, eine Schmälerung desselben. Advis bedeutet im mittelalterlichen Französisch keineswegs Bericht, Nachricht, sondern Ratschlag, Beratung (Action de porter sa vue, ses regards, de regarder, de veiller sur, à; Godefroy, Dictionnaire de l'ancienne langue française, v. avis.); also avoir advis = Rat halten. Vgl.

wird nach dem Statut der Messerschmiede das von ihren Geschworenen aufgegriffene Falschwerk in den früher erwähnten Formen unter Vorsitz eines Ratsmitgliedes endgültig abgeurteilt[1].

Die Tucher von Carcassonne und Béziers empfangen im Jahren 1317 ein Privileg. Die zwölf Geschworenen des gesamten Gewerks ernennen einen Vorsteher, der den Titel Conservator führt und dem das Gericht in allen Gewerbesachen, sowie die Vollstreckung aller Urteile übertragen ist. Der Vorsteher, ein Berufsbeamter, bezieht ein festes Gehalt von vierzig Solidi Turonenses für den Tag, die aus dem Erträgnis der Gerichtsbarkeit zu entnehmen sind[2].

In Châlons fanden im Jahre 1321 die bald hundertjährigen Streitigkeiten um das Tuchergericht ihren Abschluſs durch einen vor dem Parlament geschlossenen Vergleich zwischen Bischof und Tucheramt. Der mehrere Spalten füllende Spruch[3] entscheidet die Streitigkeiten im groſsen und ganzen dahin, daſs in den mit der gewerblichen Technik und der Gewerbeschau zusammenhängenden Sachen das Tuchergericht zuständig sein soll, während dagegen die civilrechtlichen Klagen dem Bischof verbleiben. Die Vollstreckung der Urteile des Tuchergerichts erfolgt durch die Beamten des bischöflichen Gerichts, die hierbei die von dem Tuchergericht gefällten Urteile dem Wortlaute nach und ohne

hierzu die gleiche Anwendung von advis und conseil in der unten II. Teil 2 Abschn. 4. Kap. citierten Stelle des Tucherstatuts von Troyes vom Jahre 1361. Thierry hat den Ausdruck im heutigen Sinne genommen und daraus geschlossen, daſs den Fleischern das bis dahin innegehabte Gericht entzogen worden und daſs ihnen nur un simple conseil donnant des informations et des avis à l'autorité municipale geblieben sei. Dies ist nicht der Fall; die Stelle besagt, daſs die Fleischer, wie allgemein Rechtens, Falschwerk nicht selbständigerweise endgültig aburteilen können. Das Versehen Thierrys ergiebt sich schon aus der oben abgedruckten Textesstelle selbst, die den Ausdruck advis dreimal gebraucht; die Stelle wird unverständlich, wenn man, wie Thierry, avis im heutigen Sinne des Wortes (Bericht, Nachricht) nimmt. — Dasselbe ist gegenüber Neuburg (a. oben S. 142 Anm. 2 a. O.) zu bemerken, der, wie Thierry, nicht beachtet hat, daſs Falschwerk regelmäſsig nicht durch das Zunftgericht, sondern nur unter Vorsitz des allgemeinen Gerichts endgültig abgeurteilt werden kann.

[1] Et que les deux eswars qui seront establi oudit mestier puissent prendre tout l'ouvrage qu'ils trouveront et verront souspechonneux en le ville et en le banlieue, pour aporter devers le maieur et les eschevins, pour faire ent ce que de raison sera. Thierry I S. 379 Art. 14.

[2] Petunt procuratores prefati unum conservatorem fidelem in premissis expertum prout et quem procuratores paratorum ipsorum nominaverint ad vitam nominati per eos, non alium, prima vice et sic alias in futurum dum tamen Dominus Rex sibi per eos aliter nominatum idoneum reputet, sibi dari qui huiusmodi ordinationum generalem custodiam et eorum omnium qui aliquid contra eam attemptabunt inquisitionem cognitionem punitionem et executionem habeat plenissimam in premissis et vadia quadraginta solidos turonenses ad minus per diem habeat et percipiat pro predictis super forefacturis et emendis et quibus aliis capienda. Ord. II S. 457 Art. 35, S. 460 Art. 2.

[3] A. d. P. II S. 447 Nr. 6797.

Weigerung zu vollziehen haben[1]. Die Justicia combustionis[2] wird dahin geordnet, dafs das Tuchergericht Falschwerk endgültig aburteilt und gegebenen Falls die Vernichtung anordnet. Der Vollzug des Urteils, d. i. die Verbrennung selbst, ist wiederum Sache des bischöflichen Gerichts[3].

Die Bäcker von Angers empfangen im Jahre 1321 von Karl von Anjou ein aus einem einzigen Artikel bestehendes Privileg, das dem Handwerk Geschworene zur Wahrnehmung der Gewerbeschau und des Gerichts verleiht. Die Geschworenen urteilen selbständig und endgültig in allen gewerblichen Vergehen[4].

Die Geschworenen der Gerber und Schuster von La Reole haben nach ihrer Ordnung vom Jahre 1339 das Recht, unehrliche Ware zu beschlagnahmen und verbrennen zu lassen; jedoch müssen sie die als schlecht verurteilte Ware dem Stadtrat vorlegen, bevor zur Zerstörung geschritten wird[5].

Die Gerichtsbarkeit der Tucher von Reims wird beschrieben in dem Statut, das der Erzbischof von Reims im Jahre 1340 mit den dortigen Tuchern vereinbarte[6]. Die Tucher haben das selbständige Gericht in Übertretungsfällen und in Falschwerk.

Die Bufsen werden durch die Geschworenen festgesetzt. Die Strafsätze steigen von zwölf Denaren für jeden leer gelassenen Stift im Riet (Weberblatt, durch das die Kettfäden gezogen werden) bis zu zwanzig Solidi bei Falschwerk. Schlechte statutenwidrige Wolle wurde nach dem Ausspruch der Geschworenen zerschnitten[7]; Tuch oder Wolle, die mit Wollabfällen untermischt waren, wurden verbrannt[8]. Mängel in den statutarischen Abmessungen der Tuche — Länge und Breite — unterlagen einer Bufse nach der Willkür der Geschworenen[9].

---

[1] Et le jugement fait li baillis de l'Evesque sera tenus à faire l'Exeqution sans ce qui il ne preigne riens et ne le porra refuser. A. d. P. a. a. O.

[2] S. oben S. 128.

[3] S. oben den Vergleich für das Tuchergericht in Beauvais, S. 144.

[4] Lesquelz jurez visiteront le pain toutes les fois qu'il leur plaira. et se il le treuvent non souffisant et desavenant il le donront pour Dieu aus povres, si comme par leur Sermens le voudront ordener. Ord. 2 S. 430.

[5] Que li deit aissi eslegitz qui en so seran cascun an depputatz pusquen prener lodit obtratge et far ardre cum no sufficient; mostrat tot premeyrament al senhor et als juratz. Gironde 2 S. 295.

[6] De voulenté et assentement, et du conseil et délibération de la greigneur et la plus saine partie des drappiers de nostre cité de Reims et des drappiers de la ville d'Aubenton demourans à présent en nostre cité de Reims. Varin adm. II 2. Teil S. 844.

[7] Se les maistres du mestier treuvent drap ou pièce en une laine mauvaise ou fraudeuse qui ne soit faict selon l'ordonnance du mestier, le drap ou la pièce qui en telle laine sera trouvée sera à dix solz d'amende et sera la dicte laine brisée au regard des maistres. Varin adm. II S. 845.

[8] Se drap laine ou filé estoit trouvé où il eust bourre meslée, le drap laine ou filé seroient ardz; et paieront à nous archevesque dessusdict vingt solz d'amende. Varin adm. II 2 S. 845.

[9] Les maistres du mestier porteront les verges et mesures du mestier sur tous les draps faiz et labourez en la vile de Reims; et là où ilz

Die Geschworenen, denen die Wahrnehmung aller Gerichtsgeschäfte aufgetragen war, wurden in der Zahl von vier oder darüber durch die Gemeine des Handwerks gewählt[1]. Sie hatten zu schwören, daſs sie alle von ihnen verhängten Buſsen auf ihren Eid dem bischöflichen Gericht anzeigen würden[2]. Die eidlichen Angaben der Geschworenen sollten für Wahrheit genommen werden. Von den Strafgeldern nahm der Erzbischof zwei Drittel: ein Drittel fiel an die Geschworenen. Ausgenommen von dieser Teilung war jedoch die Buſse von zwölf Denaren (s. oben), die den Geschworenen ungeteilt verblieb[3]. — Aus dem übrigen Inhalt des Statuts sei noch vermerkt, daſs den Tuchern freigegeben war, für den eigenen Bedarf ihres Haushaltes auch andere als die statutarisch erlaubten Tuchsorten anzufertigen[4]. —

Die volle uneingeschränkte Selbständigkeit des Gerichts hatten die Tucher von Provins bewahrt. Die Tucher hatten von alters her das Recht, in allen Gewerbesachen zu erkennen. Sie waren befugt, die Urteile ihres Gerichts aus eigener Machtvollkommenheit zu vollstrecken und Falschwerk eigenmächtig zu zerschneiden oder zu verbrennen, ohne die Beamten des Königs beizuziehen oder ihnen irgend welche Anzeige zu machen[5]. Um das Jahr 1337 versuchte der Gouverneur des Baillage von Troyes, den Tuchern ihr weitgehendes Sonderrecht zu entziehen. Die Tucher wandten sich beschwerdeführend an König Philipp VI. und erlangten im Jahre 1337 die uneingeschränkte Wiedereinsetzung in ihr altes Recht.

---

trouveront malfaçon il sera puny et corrigé au regard des dictz maistres. Varin adm. II 2 S. 846.

[1] Pour lesdictes ordonnances faire garder quattre hommes ou plus seront esleuz chascun an en la feste de la Magdelaine ou le dimanche ensuyvant après. Il seront prins de la plus grande et plus saine partie des drappiers usant de l'art de drapperie en la cité de Reims. Varin adm. II S. 846.

[2] Desquelz nous ou nos gens pour nous prendront le serment qu'ilz garderont ou feront garder selon leur pouoir les ordonnances dudict mestier et qu'ilz rapporteront bien et loialement les amendes à nous ou à noz genz toutes fois qu'elles y escherront. Varin adm. II S. 847.

[3] De toutes les amendes là où elles escherront nous archevesque dessusdict en avons les deux pars et les maistres du mestier la tierce partie pour leur poène; excepté les amandes des roes et des lices wides, èsquelles nous ne prendrons rien; et seront creuz les maistres par leurs serment et leur relacion; et parmy ce nous ferons paier et exécuter les amendes là où elles escherront. Varin adm. II 2 S. 846, ebenso I S. 1073.

[4] Chascun pourra faire en la vile de Reims tel drap qu'il luy plaira pour luy et sa maisgnie vestir. Varin adm. II 2 S. 846; ebenso I S. 1073.

[5] A la supplication des maistres de la drapperie de la ville de Provins disans que comme eulx et leurs devanciers maistres aussi pour le temps passé soient et aient esté de long temps jusques à ore en paisible saisine et possession d'avoir le gouvernement de la drapperie de ladicte ville et des mestiers d'icelle et de faire prenre et jugier les draps par les drappiers de ladicte ville et de les condempner à coper et ardoir. Ord. 7 S. 627.

Zweites Kapitel.

Die Ordonnanz König Johanns von 1351.

Wir gelangen nunmehr zu dem zweiten Erzeugnis selbständiger staatlicher Gesetzgebung[1], das sich mit dem Gewerbewesen beschäftigt. Es ist die Ordonnanz König Johanns vom 30. Januar 1351. Die Ordonnanz umfaſst 252 Artikel; sie enthält in ihren 62 Titeln sowohl allgemeine Vorschriften für das gesamte Gewerbe, als auch förmliche Zunftstatuten für einzelne Handwerke.

Die hervorragende Stellung, die der Ordonnanz König Johanns in der gewerblichen Gesetzgebung zukommt, ist in der historischen Litteratur wohl erkannt und entsprechend berücksichtigt worden. Dagegen ist die seitherige Behandlung und Beurteilung des Inhalts in den wesentlichen Zügen als unzutreffend und verfehlt zu bezeichnen. Der Grundirrtum der litterarischen Darstellungen rührt daher, daſs die Ordonnanz als eine ursprüngliche, von neuen und eigentümlichen Grundsätzen getragene Schöpfung angesehen wurde. Die einzelnen Rechtssätze, deren Alter und Herkunft man nicht erforschte, wurden als der Ausfluſs der eigenen, innersten Überzeugung des Königs betrachtet. Von diesem Standpunkte aus muſsten die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes mehr oder minder als Neuerungen gelten, und die ganze Ordonnanz wurde als der Ausdruck einer neuen, mit ihrem Zeitalter im Kampfe liegenden Anschauung erfaſst und ausgedeutet. Nach der zumeist vertretenen Meinung soll König Johann die Mängel des Zunftwesens erkannt und durch sein Gesetz den Versuch zu ihrer Abstellung gemacht haben. Die thatsächliche Durchführung des Gesetzes soll dann an dem Widerstand der Zünfte gescheitert sein[2].

---

[1] S. oben S. 151.

[2] Levasseur I S. 395; Hubert-Valleroux, Les corporations d'Arts et Métiers, Paris 1885, S. 78 und 85; ders. im Noveau Dictionnaire d'Economie politique, Paris 1891, Band I S. 606; Schönberg, Handbuch der politischen Ökonomie, 4. Aufl., Tübingen 1897, Band II[1] S. 586;

Von alledem kann keine Rede sein. Ich habe zuvor bereits erwähnt, daſs die Ordonnanz von 1351 keineswegs als ein mit einem Male entstandenes Werk zu betrachten ist; sie beruht vielmehr durchaus auf dem Gesetz Philipps IV. vom 7. Juli 1307, als dessen Weiterführung nach der formalen wie nach der materiellen Seite sie sich darstellt. Wir werden überdies im Folgenden noch insbesondere sehen, daſs die Ordonnanz auch nicht einen einzigen neuen, zum ersten Mal ausgesprochenen Rechtssatz enthält; sondern daſs der König nur altes Recht zur Aufzeichnung und Anwendung bringt. Die groſse und bleibende Bedeutung der Ordonnanz liegt vielmehr nach einer anderen, klar vorgezeichneten Richtung. Von dieser werden wir abschlieſsend noch näher zu handeln haben. Wir wenden uns zunächst zu einer Einzelbesprechung des Gesetzes selber.

Über die äuſseren Umstände, unter denen das Gesetz von 1351 entstand, ist zu bemerken, daſs im Jahre 1348 im Gefolge des Krieges die Pest nach Frankreich gekommen war und in Paris die traurigsten Verheerungen angerichtet hatte. Das groſse Sterben, la grande mortalité, wie es die Ordonnanz nennt, hatte die Bevölkerung in Schaaren weggerafft. Als die Seuche endlich erlosch, war eine schwere Zerrüttung des wirtschaftlichen Lebens, ein allgemeiner Notstand, zurückgeblieben.

Die Zufuhren von auſserhalb waren ins Stocken geraten, und eine unerhörte Steigerung im Preise aller Waren und Lebensmittel trat ein. In der Stadt selbst herrschte Mangel an Arbeitern, und die Löhne erreichten eine auſserordentliche Höhe. Dieser allgemeine Schaden wurde nach Kräften zum Sondervorteil der Einzelnen ausgenutzt. Die Ansprüche der Handwerker und der Arbeiter stiegen ins ungemessene, und keine Absprache im Arbeitsvertrag wurde mehr gehalten. Die Ordnung im Gewerbewesen erschien vollständig aufgelöst.

Inmitten eines solchen Notstandes unternahm der König eine durchgreifende Regelung der auf das Gewerbe bezüglichen Verhältnisse, und so entstand ein umfassendes Gesetz, das fast jedes Gebiet der gewerblichen Verwaltung berührt. Von den 62 Titeln des Gesetzes gehören 57 dem formalen oder materiellen Gewerberecht an, während fünf Titel, in einem nur durch die äuſseren Umstände gegebenen Zusammenhang, sich mit der allgemeinen Landes- und Straſsenpolizei beschäftigen[1].

Farnam, Innere französische Gewerbepolitik von Colbert bis Turgot, Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, Leipzig 1898, Band I Heft 4 S. 2. — Es braucht kaum bemerkt zu werden, dass die Einwendungen gegen einzelne Ergebnisse in keiner Weise das Verdienst jener Darstellungen, insbesondere der Levasseurschen, als Ganzes herabmindern können.

[1] Ausgaben der Ordonnanz: Ord. II S. 350; Fontanon I S. 852; Isambert 4 S. 574; Mét. I S. 2.

Wir erwähnen zunächst kurz diese letztgenannten fünf Titel, die den Anfang (Titel I) und den Schlufs (Titel 59 bis 62) der Ordonnanz bilden. Titel I befiehlt, dafs alle Müssiggänger, Gaukler, fahrenden Leute und Bettler, wofern sie von gesunden Gliedmafsen sind, sich unverzüglich um nützliche Arbeit umsehen, sonst aber binnen drei Tagen Stadt und Grafschaft von Paris räumen sollen, bei schwerer Strafe im Fall der ersten Ergreifung und Verschärfung bei Rückfälligkeit. Auch soll von allen Kanzeln verkündet werden, dafs niemand an einen Erwerbsfähigen ein Almosen gebe, sondern nur an Bresthafte und Krüppel. — Die Schlufstitel 59 bis 62 handeln von der Reinigung und Instandhaltung der Strafsen und öffentlichen Wege. —

In der Besprechung der auf die gewerbliche Verwaltung bezüglichen Bestimmungen folgen wir den im vorigen Abschnitt[1] aufgestellten Kategorien. Das Gebührenwesen wird in der Ordonnanz nicht besonders behandelt; für unsere Erörterung bleiben demnach die Vorschriften für die Organisation des Handwerks, für Technik und Betrieb, Gewerbepolizei und Gerichtsbarkeit.

Für das Lehrlingswesen enthält die Ordonnanz eine allgemeine Bestimmung im Titel 51. Durch den Artikel I dieses Titels werden die Beschränkungen in der Lehrlingszahl aufgehoben. Jeder Meister soll berechtigt sein, Lehrlinge in beliebiger Zahl einzustellen; die Dauer der Lehrzeit und der Betrag des Lehrgeldes sollen nach vernünftigem Ermessen angesetzt werden[2]. Man hat diese Freigabe der Lehrlingszahl insbesondere als ein Beispiel der selbständigen Gewerbepolitik König Johanns angeführt. Wir haben indes bereits gesehen, dafs die Vorschrift von Philipp IV. im Jahre 1307 erlassen und dafs sie im Jahre 1322 erneuert wurde[3]. Eine Neuerung liegt also hier in keiner Weise vor. Das Erfordernis der Lehrzeit als solches wird übrigens durch diese Bestimmung nicht etwa beseitigt[4]; nur das Recht, neben den Meistersöhnen „fremde" Lehrlinge[5] einzustellen, wird erweitert.

Die Bedingungen der Zulassung zur Meisterschaft werden durch das Gesetz von 1351 nicht berührt. Dagegen erfährt das Amt der Geschworenen eine eingehende Berücksichtigung; an seiner Stellung und an seinen Befugnissen wird indes nicht das geringste geändert. Das Gesetz bleibt auch hier bei dem geltenden Rechte stehen und befestigt vielmehr dessen neuerdings arg vernachlässigte Anwendung.

---

[1] S. oben S. 24.

[2] Die Ordonnanz von 1307 stellt auch die Festsetzung der Lehrzeit und des Lehrgeldes in das freie Belieben der Kontrahenten; s. oben S. 154.

[3] S. oben S. 154 Anm. 2.

[4] Vgl. Tit. 13 Art. 1 und 2.

[5] S. oben S. 25.

Die Geschworenen werden in hergebrachter Weise durch das Handwerk gewählt oder vorgeschlagen und durch den königlichen Prevost vereidigt und eingesetzt[1]. Eine nur für das Magisterium der Bäcker bestehende, alte Specialbestimmung wurde in der Litteratur zu der irrtümlichen Annahme erweitert, König Johann habe die zünftigen Geschworenen beseitigt und sie durch obrigkeitlich ernannte Handwerksfremde ersetzt. Dies ist indes in keiner Weise der Fall. Vielmehr war der königliche Prevost gegenüber der Sonderstellung des Bäckeramtes im Besitz des Rechtes, erforderlichen Falls vier ehrbare Bürger, die nicht dem Bäckerhandwerk angehören durften, einzuschwören und mit der Vornahme der Brotschau zu beauftragen[2]. Diese Anordnung wurde bereits durch einen Parlamentsentscheid getroffen, der im Jahre 1281, zur Zeit der Magisteriumsprozesse, erging[3]. Die Bestimmung ist seitdem dauernd in Kraft geblieben und wird u. a. auch in der Ordonnanz Philipps IV. von 1307 verzeichnet[4]. König Johann hat hier weder einen neuen Grundsatz, noch auch nur eine neue Einzelbestimmung aufgestellt.

Die Behandlung der Technik und des Betriebs ist für die verschiedenen Gewerbe eine sehr ungleichmäfsige. Einzelne Handwerke erhalten Ordnungen von grofser Ausführlichkeit, die einem Zunftstatut an Umfang gleichkommen; anderer wiederum wird nur kurz mit einigen wenigen Bestimmungen gedacht. Vorschriften gröfseren Umfangs werden gegeben für die Fleischer, Lichtzieher, Schuster, Gerber, Lederbereiter, Gemüsehändler, Geflügelhändler, Seefischhändler, Flufsfischhändler, Kornmesser, Holzmesser, Salzhändler[5]. Die Arbeitsteilung im Sinne der Handwerkerzunft[6] wird streng festgehalten; das Gesetz kennt keinen anderen Betrieb als den zunftmäfsig geregelten und überwachten. Nirgends findet sich auch nur der geringste Versuch, die Teuerung und Knappheit durch ein Hinausrücken der Zunftschranken zu bekämpfen.

Im Betrieb des Handwerks wird die Milderung des Verbots der Nachtarbeit nur in einem einzigen Fall verfügt[7]. Das Ab-

---

[1] S. oben S. 32 und 35. Über die besonderen für den Seefischhandel bestehenden Einrichtungen vgl. de Lamare, III S. 201 ff. Nach einem von Fontanon gegebenen Zusatz zu der Ordonnanz von 1351 wird von den Geschworenen für den Seefischhandel vorausgesetzt, dafs sie ihr Gewerbe während ihrer Amtszeit nicht ausüben. Vgl. Tit. 8 Art. 50.

[2] Tit. 2 Art. 1 ff.

[3] Vgl. das Bäckerregest Mag. u. Frat. S. 216 ff., No. 3, 6 und 7.

[4] Oben S. 153.

[5] Tit. 4, 8, 9, 10, 11, 13, 39 und 43.

[6] S. oben S. 100.

[7] Tit. 13 Art. 2. Die Ordonnanz von 1307 hatte, wie oben erwähnt, alle Verbote der Nachtarbeit in ihrem Artikel 57 schlechthin aufgehoben. S. oben S. 154 und Anm. 1.

mieten der Gesellen durch das Angebot höherer Löhne wird verboten[1]. In den Zünften der Kornmesser, Weinverkäufer, Weinmakler und Holzmesser werden die Stellen, die den Charakter von Beamtungen hatten, auf eine feste Zahl begrenzt[2].

Die Unvereinbarkeit gewisser Betriebe[3] wird in der Ordonnanz mehrfach ausgesprochen. Kein Kornmesser soll zugleich Getreidehändler sein[4]. Kein Wirt soll ohne besondere Erlaubnis den Unterkäufer machen[5]. Die Makler für den Handel in Tuchen, Kürschnerwaren, Spezereien, Pferden, Kurzwaren u. dgl. dürfen keine Geschäfte auf eigene Rechnung, sei es für sich allein oder als Teilhaber, betreiben[6]. Den Lederbereitern ist der Handel mit Leder untersagt[7]. Die Ordonnanz enthält auch einen bemerkenswerten Beleg dafür, dafs der Begriff der Zunftehrlichkeit[8] sich festzusetzen begann, und dafs die Handwerker keinen Genossen dulden wollten, der eine unehrliche Arbeit angefafst hatte[9]. —

Von gröfster Ausführlichkeit sind die Vorschriften, welche die Gewerbepolizei betreffen. Der gesamte Handel und Verkehr wird durchweg der Tarifierung unterworfen durch das dreifache Mittel der Lohntaxen, Preistaxen und Gewinntaxen.

Soweit es angängig ist, setzt die Ordonnanz im einzelnen den Preis fest, der für eine Arbeitsleistung, für eine Dienstverrichtung oder für eine bestimmte Warengattung gefordert werden dürfe[10]. So wurde für Maurer, Steinmetzen, Zimmerleute, Dachdecker, Schnitter, Drescher, Weinbergsarbeiter, Dienstboten und

---

[1] Tit. 49 Art. 1.

[2] Tit. 4, 9 und 43. Die Vermehrung dieser Stellen wurde späterhin zu einem beliebten Mittel der Erhöhung indirekter Abgaben. Die Ordonnanz von 1351 untersagt übrigens mehrfach, diese Stellen an Weiber und an Kleriker zu vergeben. Tit. 4 Art. 5, Tit. 6 Art. 19.

[3] S. oben S. 101.

[4] Tit. 4 Art. 6.

[5] Tit. 55 Art. 1.

[6] Tit. 12 Art. 2.

[7] Tit. 13 Art. 1 und 3.

[8] S. oben S. 101.

[9] Pour ce que grant necessité est d'avoir plus ouvriers ès chambres basses que l'on dit courtoises que il n'a pas à present en la ville de Paris et ailleurs, toutes manières de gens maçons ou autres ouvriers, de quelque mestier que ce soit, pourront faire ledit mestier et retourner à leur mestier sans ce que pour cause de ce ilz puissent estre contrains par les ouvriers et jurez du mestier que ilz ne puissent et doyent ouvrer du mestier dont ilz seront paravant. Et quiconques leur dira villenie, il l'amendera d' mende voluntaire, selon les parolles. Tit. 53 (des maistres Fyfy).

[10] Tit. 5, 7, 13, 15, 16, 18, 20, 21, 25, 26, 27, 28, 29, 32, 33, 35, 36, 46 und 52.

Arbeiterinnen ein fester Arbeitslohn angesetzt[1]. Für die Gerber, Schuster, Böttcher, Wagner, Tuchscherer, Schneider, Kürschner u. a. m. wurde der feste Preis eines Werkstücks vorgeschrieben[2]. Im Bäckergewerbe wird ein genaues Verhältnis zwischen Kornpreis und Brotgewicht festgestellt[3]. Für diejenigen Fälle, in denen eine solche schematische Festsetzung unthunlich war, gab die Ordonnanz eine zweifache Begrenzung; für den Lohn einer Arbeit oder für den Preis einer Ware durfte nicht mehr gefordert werden, als ein Drittel über den Satz, der vor dem „grofsen Sterben“ üblich gewesen war; ferner sollten die Handwerker und die Händler auf die Gegenstände ihres Geschäftsbetriebs nicht mehr als je zwei Solidi Gewinn auf je zwanzig Solidi des Erwerbspreises aufrechnen. Der Lohn- und Preisaufschlag von nicht mehr als einem Drittel wird demgemäfs verfügt für die Schmiede, Hufschmiede, Zinngiefser, Wasserträger, Sackträger, Fuhrleute, Lohnbäcker und für die Teilgewerbe in der Tuchmacherei, wie Weber, Färber, Walker u. s. f. Die Begrenzung der Geschäftsgewinne auf höchstens zwei Solidi von zwanzig des Erwerbspreises wird vorgeschrieben bei den Fleischern, Lichtziehern, Kürschnern, Eisenhändlern, Krämern und allen Gewerbetreibenden, die nach Gewicht verkaufen.

Am Schlufs der Ordonnanz wird diese doppelte Grenze für Arbeitslohn, Warenpreis und Handelsgewinn nochmals für den gesamten Verkehr allgemein festgesetzt[4]. Die Tarifierung an

---

[1] Es mag von Interesse sein, die Lohnsätze tabellarisch zusammengestellt hier wiederzugeben:

Tit. 37 Art. 1	Maurer, Steinmetzen, Zimmerleute und Dachdecker	für den Tag	Von Martini bis Ostern 26 denare	Von Ostern bis Martini 32 denare
„	Gesellen	„	16 denare	20 denare
Tit. 16 Art. 1	Schnitter	„	Während der Ernte 30 denare	
Tit. 25 Art. 1	Drescher	„	Vom Remigiustag (1. Oktober) bis Ostern 18 denare, keine Verköstigung	
Tit. 15 Art. 1	Weinbergsarbeiter. . . .	„	Nach beendeter Weinlese bis Mitte Februar: Rebenschneider 18 den. Erdarbeiter 16 den. Gewöhnl. Arbeiter 12 den. (keine Verköstigung)	Von Mitte Februar bis Ende April: Rebenschneider 30 den., andere im Verhältnis
Tit. 20 Art. 1	Weinbergsarbeiterinnen . .	„	Bis Lichtmefs 8 den., keine Verköstigung	Lichtmefs bis Anfang August 12 den.
Tit. 27 Art. 1	Weibliches Gesinde in der Landwirtschaft	für das Halbjahr	Von Martini bis Johanni 20 sols nebst Schuhzeug	Von Johanni bis Martini 30 sols
Tit. 27 Art. 2	Weibliches Gesinde im Hausdienst	für das Jahr	30 sols nebst Schuhzeug	
Tit. 52 Art. 2	Arbeiterinnen im allgemeinen	für den Tag	12 den. ohne Verköstigung oder 6 den. mit Verköstigung.	

[2] Bei den Schneidern und Kürschnern galt dies jedoch nur für Kleider nach altem Schnitt. Wer Kleider anders als nach altem und gemeinem Schnitt verlangte, dem sollten Schneider und Kürschner mit Fleifs mehr abfordern.

[3] Tit. 2 Art. 6 bis 32.

[4] Que nulles personne ne preigne argent pour son sallère, pour journée ou pour ses euvres, ou pour sa marchandise que il face de sa

sich bietet nichts befremdliches; sie bildet das ständige Mittel zur Abwehr einer Teuerung, und ihre Anwendung in dem hier beliebten Umfang, der über die Ordonnanz von 1307 weit hinausgeht, erscheint durch die herrschenden Ausnahmezustände gerechtfertigt und erklärt. —

Die strenge Ausübung der Gewerbeschau wird durch die Ordonnanz mit besonderem Nachdruck anbefohlen. Bei den einzelnen Gewerben wird die sorgfältige Handhabung der Schau jeweils in den betreffenden Titeln verfügt[1]; schliefslich wird am Ende der Ordonnanz die Vornahme der Schau nochmals im ganzen für alle Waren vorgeschrieben[2]. Ebenso haben die Stadtfremden ihre von aufserhalb eingebrachten Waren in üblicher Weise vor dem Verkauf den Zunftgeschworenen zur Untersuchung zu stellen[3].

Die bekannten Bestimmungen über Marktverkehr und Zwischenhandel[4] werden mehrfach wiederholt und eingeschärft. Die Fremden sollen ihre Waren unmittelbar zum Markte bringen[5]; jeder Aufkauf und jeder Vorkauf ist untersagt. Kein Bürger oder Händler darf die auf dem Wege zum Markt befindlichen Zufuhren an Fleisch, Getreide oder sonstigen Lebensmitteln an sich bringen[6]. Am Markte selbst darf kein Händler Nahrungsmittel ankaufen, bevor nicht die Bürger sich mit ihrem Bedarf versorgt haben; in Paris ist hierfür als Zeitgrenze die Mittagstunde, in den Städten der Vicegrafschaft das Läuten der Primglocke angesetzt[7]. Die Bestimmung, dafs bei dem Verkauf von Waren aus dem Schiff der einmal festgesetzte Preis während des Verkaufs der ganzen Ladung eingehalten werden mufs und nicht erhöht werden darf[8], wird mehrfach verzeichnet[9].

Der Zwischenhandel als solcher[10] wird nicht erschwert; sondern es wird den Händlern, im Zusammenhang mit der allgemeinen Tarifierung, wie oben bemerkt, ein Höchstsatz für den Handelsgewinn — zwei von je zwanzig Solidi — vorgeschrieben.

---

main ou face faire en son hostel pour vendre, et desquelz il n'est ordonné en ces presentes ordonnances, ne pourra prendre pour sa journée, sallère ou denrées que le tiers plus qu'il avoit avant la mortalité, sur les peines dessus contenues. Tit. 51 Art. 3; vgl. auch Art. 2. Nulz marchans vendeurs de denrées qui vendent en leur hostel pour regaigner et ne les fait pas, desquelz il n'est ordonné par especial en ces presentes ordonnances, ne pourront prendre de xx sols que II sols d'aquest seulement et ce jureront. Tit. 52 Art. 1, vgl. auch Tit. 54.

[1] Tit. 2 Art. 1, Tit. 10 Art. 5, Tit. 11 Art. 5, Tit. 13 Art. 6.

[2] Tit. 53 Art. 1.

[3] Tit. 14 Art. 1.

[4] S. oben S. 111 ff.

[5] Tit. 4 Art. 12, Tit. 9 Art. 1 und 3, Tit. 11 Art. 1, Tit. 14 Art. 1.

[6] Tit. 4 Art. 11 und 12, Tit. 10 Art. 1, Tit. 14 Art. 1.

[7] Tit. 9 Art. 3, Tit. 10 Art. 1, Tit. 11 Art. 1.

[8] S. oben S. 117.

[9] Tit. 41 Art. 1, Tit. 43 Art. 5.

[10] S. oben S. 114.

Als Händler bezeichnet die Ordonnanz, unter Anführung von Beispielen, „solche Gewerbetreibende, welche die Waren, mit denen sie handeln, nicht selber herstellen, sondern Gewinns halber verkaufen“ [1]. Dieser Zwischenhandel wird in keiner Weise behindert. Verboten ist dagegen der Zwischenkauf, der, gemäfs den früher [2] entwickelten Grundsätzen, genau vom Zwischenhandel unterschieden wird.

Der Zwischenkauf wird namentlich untersagt in den aus der Verordnung von 1299 [3] und der Ordonnanz von 1307 [4] bekannten Gegenständen, wobei der Wortlaut der älteren Vorschriften meist unverändert in die Ordonnanz von 1351 übernommen wird [5]. Ferner wird der Ankauf von Salz zum Zweck des Wiederverkaufs an Ort und Stelle verboten; dagegen ist es jedermann erlaubt, Salz von aufserhalb zu Handelszwecken kommen zu lassen [6]. Ebenso wird der Zwischenkauf von Zinn untersagt [7].

Die Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit sind gleichfalls die hergebrachten. Die Ordonnanz unterscheidet zwischen Übertretung und Falschwerk. Zur Aburteilung von Übertretungen sind die Zunftgeschworenen ohne weiteres zuständig [8]. Falschwerk dagegen kann nur vor dem Prevotalgericht endgültig abgeurteilt werden.

Die Ordonnanz erwähnt die Aburteilung von Falschwerk an zwei Stellen. Den Geschworenen der Geflügel- und Wildbrethändler wird aufgegeben, dafs sie verdorbene Ware, wo sie dieselbe vorfinden, auf ihren Eid vernichten sollen und zwar soll die Hälfte der Ware vor dem Hause des schuldigen Händlers verbrannt, der Rest in den Seineflufs geworfen werden. Wenn der Besitzer Einspruch erhebt und die Tauglichkeit seiner Ware behauptet, so soll die Sache unverzüglich einem Richter in Châtelet vorgelegt und in dessen Gegenwart unter Mitwirkung der Zunftgeschworenen abgeurteilt werden [9]. Ferner wird allgemein verfügt,

---

[1] Les marchands de toutes marchandises et denrées lesquelles telx qui les vendront ne les font mye, maiz les vendent pour regaigner, Tit. 54 Art. 1.

[2] Oben S. 115.

[3] Oben S. 116.

[4] Oben S. 152.

[5] Tit. 40 Art. 1, Tit. 42 Art. 1, Tit. 43 Art. 7 f., Tit. 45 Art. 1.

[6] Nul Marchant de Paris qui achetera sel en la nef ou en grenier pour revendre à Paris, ne pourra acheter à une foiz ne tenir en son hostel ne ailleurs, que ung muy de sel, mais en pourra chascun acheter hors de Paris et le mectre au grenier pour revendre en la maniere que dessus est dit. Tit. 39 Art. 3.

[7] Ne pourra nul acheter à Paris euvre d'estaing ouvrée pour revendre à Paris sur peine de perdre le mestier et d'amende voluntaire. Tit. 44 Art. 1.

[8] Tit. 11 Art. 4.

[9] Ou cas ou ilz trouveront que lesdits poulaillers, ou aucuns d'eulx, ayent tenu et gardé pardevers eulx aucunes des choses dessusdites sans

dafs von aufserhalb eingeführte Waren, die als Falschwerk beschlagnahmt worden sind, bei Einspruch des Eigentümers nicht durch die Zunftgeschworenen allein, sondern nur vor dem Prevotalgericht endgültig abgeurteilt werden können [1]. Es ist dies lediglich das geltende Recht [2]; die Ordonnanz hat nicht etwa [3] den Zünften eine von ihnen bis dahin ausgeübte Befugnis entzogen [4]. —

In der neueren Litteratur findet sich nun allgemein die Annahme, König Johann habe durch dieses Gesetz, in dem jede Zeile von Polizeimafsregeln strotzt, die Gewerbefreiheit verkündet und sein Nachfolger Karl V. habe sich in einem Entscheid von 1358 zu den gleichen Anschauungen bekannt [5]. Die Meinung beruht auf der irrtümlichen Auslegung mehrerer Textstellen, nämlich der Titel 14 und 50 der Ordonnanz von 1351 und eines Patentes des Regenten Karl (Karl V.) von 1358.

Der Titel 14 bestimmt, dafs die Stadtfremden ihre Waren der Gewerbeschau zu unterwerfen und sie ausschliefslich auf den Märkten zum Verkauf zu bringen haben. Der Titel schliefst dann mit den Worten: et tous marchans de hors, qui marchandise vouldront ainsi faire, il pourront venir seurement et sans aucune doubte en la ville de Paris. Der Titel 50 lautet folgendermafsen: Toutes manières de genz quelzconques qui sauront eulx mesler et entremectre de faire mestier, euvre, labour ou marchandise quelzconques, le puissent faire et venir faire, mais que l'euvre et marchandise soit bonne et loyal (excepté ceulx dont il est par especial ordonné en ces presentes ordonnances), et leurs marchandises aporter vendre à Paris en la manière que dessus est ordonné.

---

vendre, tant que il leur appare icelles estre corrompues, ils seront tenuz, par leurs seremens et à peine d'estre repputez pour parjures, et d'amende voluntaire, de les prendre et les faire ardoir, partie devant l'ostel de celluy sur qui ilz seront trouvez, et l'autre partie gectée en la rivière ou portée aux champs; et ou cas que cellui sur qui ilz seront trouvez vouldroit maintenir que ilz feussent bonnes, que tantost, sans nul delay, il porte lesdites denrées devant le premier juge qu'ilz trouveront ou Chastellet, et illec appellez avec lesdiz jurez des autres marchans dudit mestier, en sera ordonné par la manière que dit est. Tit 11 Art. 5.

[1] Ou cas que l'on rappelleroit en doubte que aucunes des denrées et marchandises ne soyent loyaulx et souffisant, les maistres des mestiers n'en pourront congnoistre sans appeller le prevost de Paris, ung des auditeurs de Chastellet, le procureur du Roy et le prevost des Marchans. Tit. 14 Art. 1.

[2] S. oben, S. 129, S. 137 ff.

[3] Vgl. Levasseur I S. 395.

[4] Das selbständige Recht der Magisterien (s. oben S. 124 und 135), das bei einem Theil dieser Ämter zu jener Zeit noch ungemindert bestand, wird in der Ordonnanz nicht berücksichtigt und auch in keiner Weise geändert. Überhaupt ist die Ordonnanz von 1351 — wie jede Reformordonnanz des alten Staates — nicht als Quelle für thatsächliche Einzelheiten zu benutzen. Für diese bedarf es vielmehr einer genauen Vergleichung mit dem geltenden Recht und mit der — aus Specialgesetzen zu entnehmenden — wirklichen Durchführung.

[5] Litteraturangaben s. oben S. 163 Anm. 2.

Jeder der eines Handwerks kundig ist, darf nach Paris kommen, um sein Gewerbe auszuüben, vorausgesetzt, dafs er ehrliche Arbeit liefere (ausgenommen sind jedoch die besonders geordneten Betriebe [1]) und darf seine Waren zum Verkauf nach Paris bringen gemäfs den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzes [2].

Nach unsern voraufgehenden Darlegungen ist es nicht schwer, zu zeigen, dafs in diesen Titeln auch nicht die geringste Neuerung, geschweige denn, dafs in ihnen irgend ein Gedanke an die Gewerbefreiheit enthalten ist. Der König unterscheidet zwei Arten von Stadtfremden: solche, die nach Paris kommen, um zu arbeiten und solche, die nach Paris kommen, um zu verkaufen; das sind also Handwerker einerseits, Händler andererseits. Für beide wird lediglich das hergebrachte Recht, wie es bereits im dreizehnten Jahrhundert bestand, aufgezeichnet. Der stadtfremde Handwerker mufste seine Vorbildung und Befähigung gleich dem einheimischen nachweisen und den Eid auf ehrliche Arbeit leisten [3]. Hatte er diesen Erfordernissen genügt, so durfte ihm die Niederlassung nicht unter irgend einem Vorwand seitens der Zünfte verwehrt werden. Der fremde Händler dagegen durfte seine Ware nicht anders als in den Hallen und auf dem Markte zum Verkauf bringen [4]. Vor Aufstellung mufste das fremde Gut, gleich dem einheimischen, durch Schaubeamte untersucht werden. War es tauglich, so durften es die Geschworenen nicht unter einer willkürlichen Entscheidung zurückweisen.

Die Titel 54 und 50 enthalten also nichts weiter als die Wiedergabe des uns bekannten geltenden Rechts. Das Gesetz bringt nicht die geringste Erleichterung für die Stadtfremden. Nach wie vor mufs auch der auswärtige Handwerker, der zünftige Arbeit sucht, den zunftmäfsigen Anforderungen Genüge leisten; nach wie vor ist der auswärtige Händler auf den Marktverkauf beschränkt und der zünftigen Schau unterworfen. Man wird überhaupt nicht leicht ein zweites Gewerbegesetz des Mittelalters finden, dafs mit so rücksichtsloser Schroffheit die Grundsätze des zunftmäfsigen Betriebes durchführt, wie gerade die Ordonnanz von 1351 [5].

---

[1] Für die eine fest begrenzte Stellenzahl vorgeschrieben ist, wie Kornmesser, Weinmakler u. s. w., s. oben S. 167.

[2] Wegen des Patentes Karls V. s. die drittfolgende Anm.

[3] S. oben S. 37.

[4] S. oben S. 113 ff., S. 118 f.

[5] Ganz denselben Standpunkt nimmt auch die obenerwähnte Entscheidung Karls V. ein, die in einer Streitsache zwischen den Schneidern und den Steppdeckenmachern (Doubletiers) von Paris im Jahre 1358 erging (Mét. III S. 184). Die Doubletiers, die sich mit der Herstellung gefütterter Unterlagen (doublets) befafsten, hatten einen Gerichtsbeschlufs erwirkt, wonach die Anfertigung eines damals stark in Aufnahme gekommenen gefütterten Kleidungsstückes, ebenfalls kurzweg doublet genannt, ausschliefslich zu ihrem Gewerbebetrieb gehöre. Die Schneider hatten hiergegen Einspruch erhoben; sie behaupteten, dafs sie gleichfalls zur Anfertigung dieser Doublets berechtigt seien, der Gegenstand also beiden

Von einer Freigebung des Gewerbebetriebs ist also in der Ordonnanz von 1351 nicht entfernt die Rede; die zünftige Betriebsform wird vielmehr durch das Gesetz aufrecht erhalten und in allen Einzelheiten verstärkt. Die Notwendigkeit, hierbei die bestehenden Rechtssätze über die Behandlung der Stadtfremden aufzuzeichnen, ergab sich aus der veränderten Stellung der Zünfte. Die Zunft, ursprünglich auf den örtlichen Zusammenschlufs gegründet, begann seit dem Ablauf das dreizehnten Jahrhunderts, sich auf den örtlichen Abschlufs zurückzuziehen. Den stadtfremden Händlern war die Zunft von jeher feindlich gewesen [1]; jetzt suchte sie sich auch der zuwandernden Handwerker zu erwehren. Der alte Satz des Zunftrechts, dafs jede zünftige Stadt der andern gleichstehe [2], wurde im vierzehnten Jahrhundert seitens der Zunft selber nicht mehr voll anerkannt.

Zwischen Gewerberecht und politischem Recht besteht mit Bezug auf die stadtfremden Meister ein alter, bisher in der Litteratur nicht beachteter Gegensatz [3]. Während dem Zunftrecht ursprünglich jeder zünftig gelernte Handwerker gleich gilt, verlangt das politische Recht der Städte regelmäfsig, dafs der zuwandernde Meister vor seiner Niederlassung das Bürgerrecht erwerbe. Indes die Ordonnanz König Johanns thut nichts, um zwischen diesen Gegensätzen einen Ausgleich herbeizuführen. Das Gesetz beschränkt sich auf die allgemeine Vorschrift, dafs den zuwandernden Handwerkern keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollen. Auch an dieser Stelle macht das Gesetz keinen Versuch, irgend eine Neuerung an dem positiven Recht vorzunehmen [4]. —

Eine unzusammenhängende Lesung der Textstellen konnte zu der Annahme verleiten, das Gesetz von 1351 habe die Gewerbefreiheit verkündet. Bemerkenswerter jedoch als dieser Irrtum über den Wortlaut der Texte, erscheint mir der hierbei unterlaufende Irrtum über die Bedeutung des Begriffs der Gewerbefreiheit, wie der Freiheit überhaupt.

Gesetzt, König Johann habe thatsächlich das Zunftrecht aufgehoben; so hätte er damit nicht die Befreiung, sondern er hätte

Zünften gemeinsam sei (s. oben S. 100). Der Regent Karl entschied zu Gunsten der Schneider, indem er zugleich die monopolistischen Ansprüche der Zünfte scharf mifsbilligte. Er wiederholte den in der Ordonnanz von 1351 aufgestellten Grundsatz, wonach der gelernte und befähigte Handwerker, der den zunftmäfsigen Anforderungen in allem nachkommt, nicht am arbeiten gehindert werden dürfe. Von einer Verurteilung des Zunftwesens ist in dem Patent so wenig die Rede, dafs der Regent sogar die Schneider für ihre Arbeit ganz derselben Gewerbeschau unterwirft, wie ihre Widersacher.

[1] S. oben S. 118.

[2] S. oben S. 37.

[3] S. oben S. 38.

[4] Über die weitere Entwicklung des Niederlassungsrechts s. unten II. Teil 2. Abschn. 1. Kap. und III. Teil 1. nnd 2. Kap.

die Unterjochung des Gewerbes ausgesprochen. Wir können die Wirkung aus der Zeitgeschichte abnehmen; denn was hier versehentlich dem König Johann zugeschrieben wird, das wurde dreifsig Jahre später von seinem zweiten Nachfolger Karl VI. in Wirklichkeit ausgeführt. Nach seiner Rückkehr aus der siegreichen Schlacht von Roosebecke hob Karl VI. alle Zunftprivilegien in Paris[1], Rouen[2] und Amiens[3] auf, und jede der Mafsnahmen gegen das Zunftrecht, die man König Johann unterstellt, wurde nunmehr thatsächlich durchgeführt. Doch das Gewerbe wurde hierdurch nicht befreit; sondern es wurde rechtlos.

Das Zunftprivileg ist während des Mittelalters in keiner Weise als der Träger eines gewerblichen Vorrechts anzusehen; sondern es bildet nach seinem verfassungsrechtlichen Inhalt die Grundlage für die rechtliche Stellung des Handwerkerstandes; nach seinem gewerberechtlichen Inhalt umschliefst es die wesentlichsten der damaligen Einrichtungen für die Sicherung des gewerblichen Verkehrs. Selbst die Vernichtung eines einzelnen Zunftprivilegs war deshalb an sich nicht gleichbedeutend mit der Herstellung der Gewerbefreiheit[4]. Die Aufhebung der gesamten Zunftprivilegien vollends war zu jener Zeit keineswegs eine freiheitsfördernde Mafsregel; sie war vielmehr ein Akt der Unterdrückung bürgerlicher Rechte.

Jene irrtümliche Auffassung des Gesetzes von 1351 beruht demnach nicht blofs auf einem Versehen in der Textauslegung, sondern sie entspringt in ihrem letzten Grund einer unzutreffenden Vorstellung von dem Wesen der Freiheit überhaupt. Es besteht der Glaube, als ob die Freiheit fertig in der Luft liege; man braucht sie nur herunterzuholen. Auf die Zeitumstände wird keine Rücksicht genommen und so entstehen die historischen Unmöglichkeiten. Unter den Begriffen der Rechtsordnung aber ist keiner, der zu seiner Verwirklichung so zahlreicher und wechselnder Vorbedingungen bedarf, wie der der Freiheit; durch einseitigen Willensentschlufs, er gehe aus, von wo er wolle, kann eine freiheitliche Einrichtung niemals hervorgerufen werden.

Wir mufsten im voraufgehenden allen Meinungen entgegentreten, die in der Ordonnanz König Johanns ein mit einem Mal geschaffenes Werk oder den Ausdruck einer neuen, ihr Zeitalter überflügelnden Gesinnung erblickt haben. Von alledem ist in Wirklichkeit nichts zu finden. Fast jedes Gebiet des Gewerberechts wird in der Ordonnanz berührt, ohne dafs irgend ein neuer Rechtssatz aufgestellt wird. Das Gesetz erweist sich als

---

[1] Mét. III S. 50, 27. Januar 1383.
[2] Chéruel, histoire de la Commune de Rouen II S. 452.
[3] Warnkönig, St.G. I S. 422.
[4] Schmoller, Strafsburg zur Zeit der Zunftkämpfe, Strafsb. 1879, S. 10/11.

nichts anderes, denn als eine Kompilation, eine Zusammenfassung des geltenden Rechts an einer bestimmten Stelle. Gerade hierauf aber und auf nichts anderes gründet sich der Wert des Gesetzes von 1351 und sein hoher Einfluſs auf das Gewerberecht.

Ein Vergleich mit den legislatorischen Vorstufen läſst uns den Abstand, der zurückgelegt wurde, und damit die Bedeutung der Ordonnanz erkennen. Während in den Statuten des dreizehnten Jahrhunderts die Handwerker ihr individuelles Recht zur Aufzeichnung und Bestätigung bringen; während in der Ordonnanz Philipps IV. die ersten Grundsteine obrigkeitlicher Regelung gelegt werden, sehen wir in der Ordonnanz von 1351 die staatliche Gesetzgebung in selbständiger, eigenmächtiger Thätigkeit. Die Umwälzung, die sich hierbei vollzogen hat, können wir kurz dahin kennzeichnen: die Rechtssätze sind noch die alten geblieben, aber der Rechtsboden hat sich völlig verändert. Das Gewerberecht beruht nicht mehr, wie achtzig Jahre zuvor, auf Herkommen und autonomer Satzung des Handwerks, sondern als seine Quelle substitutiert sich jetzt die königliche Gewalt.

Im Zusammenhang dieser Entwicklung betrachtet, muſs uns das Gesetz König Johanns als ein groſses und folgenreiches Werk erscheinen. Es ist der vollendete Ausdruck jener centralen Bewegung, die wir zuvor in der Einleitung schilderten, jener Heranziehung bestehender Rechte an eine einzige Stelle, d. i. an die Staatsgewalt. Die Ordonnanz König Johanns hat an dem bestehenden Recht nichts geändert; sie hat mehr gethan, denn sie hat es auf eine neue Grundlage verschoben. Das Gesetz enthält den ersten umfassenden Versuch, das Zunftrecht in die staatliche Gesetzgebung und das Gewerbe in die Staatsverwaltung einzugliedern.

Zweiter Teil.

Von 1351 bis 1500.

Einleitung.

Die äufseren Ereignisse, insbesondere unter Karl VI. — Die Ausbreitung der Domanialität.

Die Periode, in deren Behandlung wir jetzt eintreten, bietet der Bearbeitung der Verwaltungsgeschichte eine unausgesetzte Folge bedeutsamer Erscheinungen. In dem hundertfünfzigjährigen Zeitraum von 1350 bis 1500 treten die entscheidenden Kräfte, die das hohe Mittelalter ausgebildet hatte, in bewufstem Handeln hervor und geben den öffentlichen Einrichtungen eine immer festere und bleibende Gestalt. Der Gang der Verwaltungsgeschichte wird allerwärts äufserlich leicht erkennbar und das Ziel, dem die Kulturvölker in ihrer Entwicklung zustreben, ist nunmehr fest bezeichnet. Zu ein und derselben Zeit wird in Deutschland die Goldene Bulle verkündet; empfängt in England das Verfassungssystem seine dauernden Formen; wird in Frankreich der Versuch des dritten Standes, am Regimente Teil zu nehmen, mit dem Aufruhr Etienne Marcels für die Dauer des alten Staates endgültig erstickt.

Die äufsere Geschichte der Völker ist während dieser Periode überreich an grofsen und wechselvollen Ereignissen, und ganz besonders wird Frankreich durch schwere Kämpfe und durch eine unheilvolle Regierung erschüttert. Doch was uns gerade darum am meisten auffallen mufs, das ist die völlige Unabhängigkeit der administrativen Entwicklung von jenen äufseren Vorgängen. Inmitten der Zerrüttung des Landes unter Karl VI. arbeitet das königliche Beamtentum unabläfsig weiter an der Fortbildung der staatlichen Einrichtungen. Eine Reihe ausgezeichneter Gesetze ist gerade unter der traurigen Regierung eines kranken Monarchen ergangen. Die allgemeine Landesverwaltung, die Organisation der königlichen Gerichtshöfe, die Finanzverwaltung, die Polizei, das Bergrecht wurden in einheitlicher Weise neu geordnet. Die — allerdings gewaltsamen und rechtswidrigen — Eingriffe in die Selbständigkeit der städtischen

Verwaltungen[1] brachten der Krone wiederum einen aufserordentlichen Zuwachs an Macht und Einkommen. Insbesondere auf dem Gebiet des Gewerbewesens hat die Steigerung des staatlichen Einflusses zu keiner Zeit so rasche Fortschritte gemacht, wie unter Karl VI. Inmitten des Wechsels der Ereignisse zeigt die Entwicklung der Staatsgewalt eine ununterbrochene Stetigkeit.

Die Ursache hierfür ist eine doppelte. Als die erste nennen wir die nunmehr selbständige Thätigkeit des königlichen Beamtentums, das jetzt zu einem eigenen Körper im Staate geworden war.

Die königliche Beamtenschaft hatte während der ersten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts eine starke Vermehrung erfahren. Unter Philipp IV., Philipp V. und nicht zum wenigsten unter Philipp von Valois zog sich das Netz der Verwaltungsbehörden immer dichter zusammen. Den stärksten Anstofs zu der Steigerung der königlichen Amtsorganisationen boten alsdann — ein Paradoxon der Geschichte — die unglücklichen Ereignisse des englisch-französischen Krieges unter König Johann. Nach der Schlacht bei Poitiers war das Lösegeld des Königs aufzubringen, das die für die damaligen Verhältnifse aufsergewöhnliche Summe von drei Millionen Goldthalern betrug. Die rasche Ausbildung eines vollständigen Besteuerungs- und Finanzverwaltungssystems wurde notwendig, um den weiteren Anforderungen des Krieges zu genügen. Als sich seit dem Jahre 1360 die teils neu-, teils umgeschaffenen Auflagen konsolidiert hatten, war ein neues Finanzsystem enstanden, das früher nicht gekannte Machtmittel in die Hand des Staates legte und zugleich die Zahl der Behörden wie ihren Wirkungskreis aufserordentlich erweiterte (s Anm. 2). Auch auf allen andern Gebieten der Verwaltung im

[1] Paris, Rouen, Amiens u. a.; s. die oben S. 174 Anm. 1, 2 u. 3 verzeichneten Litteraturangaben.

[2] Das französische Steuerwesen empfing damals die wesentlichsten Grundlagen, auf denen es bis zum Ende des alten Staates beruhte. Die von 1360 bis 1370 in Anknüpfung an überlieferte Formen ausgebildeten Steuern sind die folgenden: 1. Fouage, ursprünglich die grundherrliche Abgabe von jeder Feuerstelle. Aus dem im Jahre 1363 und 1369 umgestalteten Fouage ist die Taille Royale — späterhin schlechtweg la Taille genannt — unmittelbar hervorgegangen. 2. Abgabe vom Warenverkauf, hat ursprünglich die Form einer königlichen Verleihung (octroi), durch die den Städten die Erhebung einer Abgabe gestattet wird, um eine von der Stadt übernommene Beisteuer aufzubringen (so Ord. 1 S. 785). Der Charakter ist dagegen nicht mehr der einer Verkaufs-, sondern einer Verbrauchsabgabe. 3. Verkaufsabgabe vom Wein. Für Wein und geistige Getränke wurde die Verkaufsabgabe ad 2 zu einem höheren Satz erhoben. Die Erhebung wurde von Anfang an in Pacht gegeben. Die Bezeichnung „Aide“, die eigentlich dem ganzen zur Auslösung des Königs Johann ausgeschriebenen Subsidium zukommt, ist schliefslich allein an der Getränkebesteuerung haften geblieben. Die Steuerpachtung, welche die Erhebung der Getränkesteuern zum Gegenstand hatte, hiefs fernerhin die „Ferme des Aides“. 4. Salzsteuer, Gabella Salis, als örtliche Abgabe schon im dreizehnten Jahrhundert erwähnt, wurde während des vierzehnten Jahrhunderts allmählich zu

weiteren Sinne wurde der Einfluſs des Beamtentums, insbesondere unter der günstigen Regierungszeit Karls V., fortwährend vermehrt.

Die Beamtenschaft war somit stark genug, um, auf sich selbst gestellt und sich selber überlassen, einen vorgezeichneten Weg fortsetzen zu können. Die wesentliche Voraussetzung für dieses Fortschreiten war allerdings, daſs sich die Staatsgewalt im Aufsteigen und in der Ausbildung befand. Der Staatsgedanke besaſs werbende Kraft. Der Zeitpunkt war noch weit entfernt, wo mit der Sättigung der staatlichen Macht auch eine Erstarrung des königlichen Beamtentums eintrat. Die selbständige Staatsgewalt war erst in ihren Grundlagen hergestellt; sie war fähig und darauf hingewiesen, weitere Befugnisse und Rechte in sich aufzunehmen. Der gemeine Vorteil und der Vorteil eines Standes fielen damals zusammen. Das Beamtentum förderte die allgemeinen Interessen, indem es bewuſst seine eigenen Interessen vertrat.

Die Schwankungen der äuſseren Ereignisse übten unter solchen Umständen keinen hemmenden Einfluſs auf die Fortentwicklung der staatlichen Einrichtungen. Es genügt nicht einmal, wenn wir sagen, daſs der Verwaltungsapparat unter Karl VI. in gewohnter Weise selbstthätig fortarbeitete; wir müssen vielmehr hervorheben, daſs in dieser Zeit der rücksichtslosen und gewaltthätigen Mittel die Staatsgewalt als solche einen gröſseren Gewinn davon trug, als unter der ruhigen Führung Karls V. und Karls VII. —

---

einer allgemeinen Landessteuer ausgebildet. Die Methode ging von Anfang an dahin, in den Städten und Ortschaften des Landes Speicher zu errichten, aus denen die umwohnende Bevölkerung ihren Bedarf an Salz zu entnehmen hatte. Bereits unter Karl V. war die „Gabelle" zu einer der beschwerlichsten und drückendsten Steuern geworden. 5. Zölle, neben den älteren Zollgefällen (s. oben S. 15 und 49 ff.), 1369 unter der Bezeichnung Traitte foraine als eine Ergänzung der Abgabe ad 2 angeführt. Wenn nämlich die abgabepflichtigen Waren nicht im Inlande verkauft, sondern ins Ausland verschickt wurden, ging der Staat der Verkaufsabgabe verlustig; durch die im gleichen Betrag erhobene traitte foraine wurde diese Lücke ausgefüllt. Einzelne Provinzen im Süden Frankreichs schlossen sich dem hier bezeichneten Steuersystem nicht an, sondern richteten ein eigenes System ein; die dorthin gehenden Waren unterlagen deshalb gleichfalls der traitte foraine, die hierdurch der Anlaſs zu der bekannten Scheidung Frankreichs in innere Zollgebiete wurde. Von den Hauptzweigen des Steueraufkommens im alten Staat (über das Contrôle s. oben S. 21 Anm. 2) sind demnach taille, octroi des villes, aides, gabelles, douanes hier schon vollständig ausgebildet; auch die eigentümlichen Erhebungsformen sind in ihren Grundzügen genau vorgezeichnet. Es ist einleuchtend, wie die rasche Ausbildung eines solchen umfassenden Steuersystems und der damit verbundenen Rechtssprechung und Verwaltung auf die Stellung des Beamtentums zurückwirken muſste. Zu den einzelnen Steuern vgl. Vuitry Fin. N. S. 1. und 2. Bd.

Die andere Ursache, die den ununterbrochenen Fortgang der staatlichen Entwicklung sicherte, lag darin, dafs ein zweiter Krystallisationspunkt neben der Monarchie im öffentlichen Leben Frankreichs damals nicht bestand. Die wilden Kämpfe unter Karl VI. waren stets nur Kämpfe um die Krone, nicht aber gegen die Krone. Eine separatistische Bestrebung in dem Sinne einer Schwächung der monarchischen Gewalt, einer Absplitterung königlicher Rechte tritt während dieser ganzen Zeit nicht hervor. Zum Glücke Frankreichs fehlte es hierzu an einem Mittelpunkt von genügender Anziehungskraft. Die Kirche lag in Spaltung, die Städte waren niedergeworfen; der Adel aber, dem solche Zeitläufte vor allem günstig schienen, war tief geschwächt. Nach seinem Zusammenbruch im Felde und auf seinen Herrschaften, nach den Schlachten von Crécy und Poitiers und nach dem Aufruhr der Jacquerie, fehlte es dem Adel an Kraft zu selbständigen Unternehmungen. Seine Reihen wurden durch erbitterte Parteikämpfe nur noch mehr gelichtet. Ein Krieg des Adels und der Fürsten, wie ihn England wenige Jahrzehnte später sah, war in Frankreich damals unmöglich. Es dauerte lange, bis der französische Adel wieder genügende Kräfte gesammelt hatte, um eine Politik auf eigene Faust gegen die Monarchie zu wagen. Die königliche Gewalt war deshalb unter Karl VI. den Parteien preisgegeben; aber um ihr Recht zu spalten, war keine von ihnen stark genug.

Die Entwicklung der domanialen Rechte war inzwischen während des vierzehnten Jahrhunderts in der zuvor gekennzeichneten, doppelten Richtung — in der Heranziehung bestehender und in der Schaffung neuer Rechte[1] — weiter vorangeschritten. Mit der Verwaltung des Domaniums beschäftigen sich mehrfach eigene und ausführliche Ordonnanzen[2]. In der zweiten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts bestand bereits ein fest geschlossener Kreis von domanialen Rechten. Karl V. erliefs im Jahre 1378 ein Gesetz über die Domanialverwaltung, das eine — übrigens keineswegs vollständige — Aufzählung von als domanial bezeichneten Einkünften im einzelnen enthält[3].

Zu einem grofsen Umfang wuchsen die domanialen Angelegenheiten unter Karl VI., wobei sich zwei entgegengesetzte Strömungen unterscheiden lassen. Der thatsächliche Bestand des Domaniums wurde unter Karl VI. vielfach geschmälert, teils

---

[1] S. oben S. 20.

[2] Besonders häufig sind in dieser Zeit die Verordnungen, welche die Wiedereinziehung veräufserter Teile des Domaniums und den Widerruf von Schenkungen zum Gegenstand haben, vor allem gelegentlich der Ständeversammlungen unter König Johann, bezw. unter dem Dauphin Karl (Ord. 3 S. 127 und 223).

[3] Ord. VI S. 379 Art. 2.

durch die unglückliche Wendung des Krieges mit England, teils durch die Habsucht der sich bekämpfenden inneren Parteien, die sich während der Krankheit des Königs aus dem Krongut bereicherten [1]. Andererseits aber wurde der Kreis der Domanialität als solcher gerade unter Karl VI. stark erweitert.

Als eine der bedeutsamsten Maſsnahmen, die unter Karl VI. auf dem Gebiete des domanialen Rechts getroffen wurden, ist die Bergwerksordnung des Jahres 1413 zu bezeichnen; sie beruht auf einem gesetzgeberischen Eingriff, welcher in der dem französischen Domanium typischen Weise die fiskalischen mit den administrativen Zwecken verbindet. Auch hier rechtfertigt der König — wie vordem in einem anderen Falle Philipp IV. [2] — sein Vorgehen durch die Notwendigkeit, die vielfachen Miſsbräuche zu beseitigen, die auf dem zu reformierenden Gebiet infolge des Rechts der einzelnen Grundherrschaften bestanden. Unter Aufzählung der im Bergwerksbetrieb herrschenden Übelstände bestimmt das Gesetz von 1413, daſs dem König von nun ab allein der Bergwerkszehnt zustehe und daſs die Grundherrn künftighin von jeder Erhebung einer Bergwerksabgabe ausgeschlossen sind [3]. Durch die hiermit hergestellte Domanialität der Abgabe wurden zunächst die gleichartigen oder weitergehenden, grundherrlichen Ansprüche beseitigt, die den Bergbau beschwerten und oft unmöglich machten. Zugleich aber wurde hierdurch erreicht, daſs der König, im Zusammenhang mit der nunmehr domanialen Abgabe, das Bergrecht in einer den öffentlichen Interessen entsprechenden Weise allgemein ordnen konnte. Als wichtigstes Ergebnis brachte die Ordonnanz demgemäſs die Verkündigung der unbedingten Bergbaufreiheit. Das Recht des Schürfens auf fremdem Grund und Boden wurde für jedermann frei gegeben und gegen alle Hindernisse und Eingriffe der Grundherrn sicher gestellt. Daneben aber enthält das Gesetz die besondere Organisation für das Bergmannsgewerbe. Die Rechte, die Privilegien und der Gerichtsstand für die Bergleute werden in einheitlicher Weise für das ganze Reich geordnet [4].

---

[1] Zu wiederholten Malen erlieſs der König einen Befehl an die Rechnungskammer, daſs diese den königlichen Vergabungen von domanialen Einkünften keine Folge geben und die königlichen Schenkungsbriefe nicht beachten solle, da diese Briefe dem Könige auf unrechtmäſsige Weise abgewonnen würden (Ord. VII S. 586). Solche Verbote, königliche Schenkungen von domanialen Berechtigungen zu beachten, finden sich häufiger wieder im sechzehnten Jahrhundert; sie wurden von der königlichen Rechnungskammer selber ausgewirkt, die für die Erweiterung und Behauptung der domanialen Rechte besonders scharf eintrat. Vgl. über die Thätigkeit der Chambre des comptes die Zusammenstellungen bei Vuitry Fin. N. S. in den Anmerkungen Band II S. 556 bis 568.

[2] S. oben S. 21.

[3] Ord. X S. 141.

[4] S. unten 2. Abschn. 1. Kap.

Indes auch bei geringfügigeren Anlässen bediente man sich jetzt unter Karl VI. vielfach der Eigenschaften der Domanialität. In dieser gewaltthätigen Zeit wurde gerne zu dem Mittel gegriffen, beschlagnahmte Einkünfte und Rechte dem Domanium anzugliedern, um sie hierdurch in die ausschliefsliche und unbeschränkte Verfügung des Königs — oder der an seiner Statt handelnden Personen — zu bringen. So bestimmte die Reform-Ordonnanz von 1413, dafs die Beamtungen der Ausrufer von Paris, sowie die Conciergerie du Palais mit dem Domanium vereinigt werden sollten [1]. Das gleiche wurde für die Einkünfte aus dem Pariser grofsen Schlachthaus verfügt, als dieses im Jahre 1416 — vorgeblich aus gesundheitlichen Gründen, in Wirklichkeit wegen der politischen Haltung der Fleischer — abgerissen und von seiner alten Stelle wegverlegt wurde. Die gleiche Bestimmung erging in demselben Jahre für Chartres [2]. Eine Aufzählung domanialer Berechtigungen aus jener Zeit giebt die Ordonnanz von 1413, die in einem besonderen Abschnitt von der Domanialverwaltung handelt [3]. —

Somit hatte sich zu Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts der Begriff der Domanialität auf den verschiedensten Verwaltungsgebieten festgesetzt. Er bildete ein mächtiges Mittel zur Erweiterung der staatlichen Rechte. Bei dem Mangel eines jeden allgemeinen Verwaltungsrechtes im mittelalterlichen Staat war es von gröfster Bedeutung, dafs wenigstens ein — wenn auch noch unzureichender — Rechtsbegriff bestand, der dem Staat die unbedingte Durchsetzung seines Willens gestattete. Durch seine Ausschliefslichkeit war das domaniale Recht im Stande, jedes nicht-staatliche Recht zu überwinden und sich anzugliedern. Durch seine abstrakte Begründung war es der persönlichen Schwäche des Trägers der Krone und dem Mifsbrauch nach Möglichkeit entzogen. Vor allem lag in seiner Natur die selbstthätige Erweiterung und die unbedingte Festhaltung der staatlichen Rechte.

Im Gewerbewesen tritt die Ausbreitung der Domanialität in der vorliegenden Periode sowohl mittelbar als unmittelbar hervor. Des Eingriffs in das Bergrecht und in die Organisation des Bergmannsgewerbes wurde bereits oben gedacht. Die Königsanteile an den gewerblichen Gebühren nahmen an Bedeutung zu. Die regelmäfsigen königlichen Einkünfte aus dem Gewerbewesen werden — wie dies dem thatsächlichen Recht entsprach — mitunter als Teile des Domaniums angesprochen. Die Abgaben für die Stempelung der Tuche wurden im Jahre 1376, die Einkünfte aus der gewerblichen Gerichtsbarkeit im Jahre 1498 als domaniales Einkommen bezeichnet [4].

---

[1] Ord. X S. 70.

[2] Ord. X S. 375 bezw. 385.

[3] Das Verzeichnis ist gröfser, aber ebensowenig vollständig als das von Karl V. im Jahre 1378 gegebene (s. oben S. 182 Anm. 3).

[4] S. unten 1. Abschn. I. Kap. und 2. Abschn. 4. Kap.

Wir mufsten uns die allgemeinen Vorgänge gegenwärtig halten, um zu erkennen, dafs auch auf unserem Gebiet kein Bruch der Entwicklung eintrat, sondern dafs die vorhandenen Kräfte auf ihrem gegebenen Wege weiter schritten. Zugleich haben wir hiermit auf den Zeitpunkt hingewiesen, in dem ein specifisch französisches Staatswesen mit besonders gearteter Verwaltung sich herauszubilden beginnt. Im einzelnen hat unsere Schilderung nunmehr zu zeigen, in welcher Weise, unter der Fortbildung des Gewerberechts, das Beamtentum in das Recht der Zunft eindrang und deren einzelne Befugnisse dem Staatsgefüge angliederte. Wir behandeln in dem ersten Abschnitt die Specialmaterien und in dem zweiten die Entwicklung der früher besprochenen allgemeinen Institutionen.

Erster Abschnitt.

Das Eindringen des Beamtentums in das Zunftwesen.

Erstes Kapitel.

Das Recht der Verkehrszeichen.

I. Die Institutionen des Zeichenrechts[1].

1. Allgemeine Einteilung. — Repräsentationszeichen.

Zu den bedeutsamsten Einrichtungen des Verkehrslebens, die das Zunftwesen geschaffen und dem Staate fertig überliefert hat, zählt das Recht der Verkehrszeichen. Eine eingehende Untersuchung des Gegenstandes auf Grund der mittelalterlichen Urkunden ist bisher noch nicht geführt worden. Das reiche Material liegt ungesichtet in den einzelnen, wenig gelesenen Zunfturkunden. Durch den Mangel urkundlichen Materials ist aber auch eine juristische Darstellung behindert, und die Schilderung der Rechtsentwicklung wird dadurch vielfach auf die Weiterverarbeitung vorhandener Litteraturen beschränkt.

Für die nachfolgende Schilderung des Rechts der Verkehrszeichen ist zunächst die Terminologie für die Zeichen im allge-

---

[1] Vgl. Dietzel; Homeyer; Kohler; Lastig; Dunant; Braun, Nouveau traité des marques, Brüssel 1880; Goldschmidt, Handbuch des Handelsrechts, 2. Aufl. Stuttgart 1883, Band 2 S. 50; Maillard de Marafy, Grand dictionnaire international de la propriété industrielle, Paris 1892; Paul Schmidt, Zum Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Warenbezeichnungen in der Zeitschrift für gewerblichen Rechtsschutz, 1892, S. 225 ff., S. 352 ff.; Brun, Marques de fabrique et de commerce, Paris 1895; Pouillet, Traité des marques de fabrique et de la concurrence déloyale, Paris 1892; Vidal Naquet, Des marques de fabrique et de commerce, Paris 1898; H. Baecker, Zum Zeichenschutze, Remscheid 1876; Gierke, Deutsches Privatrecht, Leipzig 1895, I S. 726 ff.

meinen aufzustellen, da bei der fast unerschöpflichen Mannigfaltigkeit, die sich für die Verwendung des Zeichens als solchen bietet, eine grundsätzliche Einteilung der ganzen Materie voraufgehen mufs. Ich teile demnach zunächst die Zeichen insgesamt in Repräsentationszeichen und in Sachzeichen.

Unter einem Repräsentationszeichen verstehe ich ein solches Zeichen, das lediglich den Zweck hat, entweder a) eine durch innere Anschauung erfafsbare Idee oder b) eine (physische oder moralische) Person durch eine figürliche Zeichnung zu vergegenwärtigen. Mit der gezeichneten Sache steht ein derartiges Zeichen in keinem materiellen Zusammenhang; es besagt nichts über die Sache selbst.

Als Beispiele von Repräsentationszeichen sind zu nennen: Symbole, Merkzeichen, Wahrzeichen, Wappen. Das Chrismon, das an den Anfang der mittelalterlichen Urkunde gesetzt ist, will nicht eine einzelne bestimmte Urkunde kennzeichnen, sondern nur einen allgemeinen Gedanken (Anrufung Christi) anschaulich machen. Das Zeichen, das der Schriftunkundige anstatt seiner Unterschrift setzt, soll nicht das gezeichnete Schriftstück kenntlich machen, sondern die Person des Unterzeichners vertreten. Durch das Wappen auf dem Grenzpfahl wird nicht der Pfahl als solcher, durch das Schild über dem Stadtthor wird nicht das Thor als solches gezeichnet, sondern es wird durch sie nur ein Anspruch des Grund- und Landesherrn, bezw. der Stadtgemeinde, vertreten.

Der figürlichen Zeichnung nach besteht, wie noch hervorgehoben sein mag, zwischen Repräsentationszeichen und Sachzeichen kein Unterschied. Das Repräsentationszeichen giebt die Figur ab für das Sachzeichen, wenn es, wie wir später sehen werden, für die Form des Stempels oder des Zeichens im gewerblichen Verkehr benutzt wird. Das Stadtwappen z. B. ist, solange es lediglich als Symbol verwendet wird, ein Repräsentationszeichen; es wird zum Sachzeichen (Verkehrszeichen), wenn es auf Gold- und Silberwaren, auf Tuche u. dgl. aufgedrückt wird. Für die systematische Behandlung ist es deshalb nicht angängig, bestimmte Gattungen von Zeichen lediglich nach ihrer Form oder nach der persönlichen Zugehörigkeit aufzustellen. So ist für das Zeichenwesen z. B. das Steinmetzzeichen ebensowenig ein einheitlicher Begriff wie das Goldwarenzeichen. Die vorzunehmende Scheidung bezieht sich vielmehr auf die Verwendung des Zeichens und die sich hieraus ergebenden Rechtssätze.

Unsere vorliegende Darstellung hat sich mit dem Repräsentationszeichen und seinem Recht nicht weiter zu beschäftigen; wir handeln im folgenden nur von den Sachzeichen.

Das Sachzeichen hat die Bestimmung, die gezeichnete Sache selbst kenntlich zu machen. Der Zweck einer solchen Signierung kann nun ein doppelter sein. Die Absicht kann einmal dahin gehen, den Gegenstand nur als solchen, oder auch

ihn seiner Eigenschaft nach, zu zeichnen. Ich scheide demgemäfs die Sachzeichen in A) Stückzeichen und B) Verkehrszeichen. Das Stückzeichen hat die Aufgabe, die Identität eines einzelnen Stückes feststellbar zu machen. Das Verkehrszeichen dagegen hat die Aufgabe, gewisse Eigenschaften der Ware selbst, die für Verkehr und Umsatz von Bedeutung sind, zu verbürgen [1].

2. Die Sachzeichen.

A. Die Stückzeichen.

Das Stückzeichen dient im privaten und persönlichen Gebrauch zur Zeichnung beweglicher oder unbeweglicher Gegenstände [2], eine Verwendung, auf die wir hier nicht näher einzugehen haben, da für uns nur der Gebrauch des Stückzeichens im Handel und im Gewerbe in Betracht kommt.

a. Im kaufmännischen Handel findet das Stückzeichen ein weites Gebiet seiner Anwendung. Zunächst ist hier der ausgiebigste Gebrauch des Zeichens zu nennen, nämlich die Verwendung zum Zeichnen einzelner Frachtstücke. Schon frühzeitig im Mittelalter werden solche Stückzeichen in den Urkunden erwähnt [3]. Bei gemeinsamen Verfrachtungen bezw. bei gemeinsamen Unternehmungen der Kaufleute wird das Besitztum jedes einzelnen Teilnehmers durch das Stückzeichen kenntlich gemacht.

Zur Zeichnung der Frachtstücke wurden vorzugsweise angewandt das Kreuz in den verschiedensten Abwandelungen, sowie mehr oder minder einfache geometrische Figuren [4]. Die rechtliche Bedeutung des Zeichens für den Nachweis des Eigentumsverhältnisses zeigt sich nicht nur im regelmäfsigen Handelsverkehr, sondern ebenso bei unvorhergesehenen Ereignissen. So wurden gelegentlich eines Schiffbruchs an der Küste des französischen Flandern im Jahre 1332 die Eigentümer des geborgenen Gutes

---

[1] Für die Einteilung des gesamten Stoffes stelle ich demnach folgendes Schema auf, dem sich die gegenwärtige Darstellung anschliefst:
1. Repräsentationszeichen.
2. Sachzeichen.
   A. Stückzeichen. B. Verkehrszeichen.
      1. Haftungszeichen (Meisterzeichen),
      2. Prüfungszeichen (Schauzeichen),
         § 1. Prüfungszeichen der Metall- und Ledergewerbe,
         § 2. Prüfungszeichen der Tucher,
      3. Herkunftszeichen.

[2] Vgl. Homeyer im einzelnen.

[3] Lastig S. 76 ff.

[4] Vgl. die Abbildungen bei Lastig und Dunant.

auf Grund der auf den Frachtstücken angebrachten Zeichen ermittelt [1].

Alsdann wurde das Stückzeichen in den Handelsbeziehungen des Mittelalters angewandt, um bestimmte, von dem Käufer ausgewählte Waren zu kennzeichnen und somit einer Unterschiebung anderer Stücke vorzubeugen. Der Kaufmann besorgte häufig seine Einkäufe persönlich an den Produktionsstätten oder an den grofsen Stapelplätzen und führte dann das gekaufte Gut über weite Strecken weg. Es mufste ihm daran liegen, dafs er die ausgesuchte Ware am Einkaufsorte selbst auch richtig zugeteilt erhielt, und dafs nicht, sei es durch Zufall oder auch durch böswillige Absicht, eine Auswechselung der gewählten Stücke gegen andere stattfand. Der Käufer versah deshalb, wenn er es für nötig hielt, die von ihm ausgesuchten Waren mit seinem Handzeichen und sicherte sie dadurch gegen Vertauschung oder Unterschiebung.

Das Recht des Käufers, die von ihm gewählten Waren mit seinem Siegel zu versehen, wird in den Statuten ausdrücklich aufgezeichnet und damit unter gesetzlichen Schutz gestellt. Die Stadt Abbéville betrieb einen lebhaften Handel in den am Ort gefertigten Tuchen mit Spanien und Portugal. Im Jahre 1342 erliefsen Bürgermeister und Schöffen von Abbéville ein Statut zur Regelung des spanisch-portugiesischen Verkehrs. Es ist darin gesagt, dafs der fremde Kaufmann die Tuchstücke, sobald er sie ausgesucht hat, mit seinem eigenen Siegel versehen mag. Auch soll es mehreren Kaufleuten freistehen, gemeinsam mit nur einem Unterkäufer (Makler) zu gehen und an die gewählten Stücke ein Siegel anzulegen [2].

b. Im Handwerk ist die Bedeutung des Stückzeichens eine begrenztere. Unter die Stückzeichen ist insbesondere ein Teil der Steinmetzzeichen zu rechnen. Hierher gehören zunächst die sog. Versetzzeichen, durch die an einem vorher bearbeiteten Werkstück die bestimmte Stelle bezeichnet wird, auf die es im Bauwerk selber zu versetzen ist. Ferner würde ein weiterer Teil der Steinmetzzeichen als Stückzeichen zu betrachten sein, wenn man annimmt — was aber für das Mittelalter urkundlich nicht erwiesen ist — dafs die im Geding arbeitenden Steinmetzen und Maurer die von ihnen bearbeiteten Werkstücke bezw.

---

[1] Hamy, Un naufrage en 1332, Paris 1892. Vgl. auch Dietzel S. 264 f.

[2] Que nulz ne voit savoir à ses draps puis que ilz seront mis pardevant le marcant (= marchand) et que si tost que il seront acaté que li marcans les puist sceller de son seel et que li courratiers qui ira avecquez le marcant li puise auner en l'eure par quoy li marquans puist avoir le muyson de son drap. Thierry 4 S. 133 Art. 9. Que les marcans puissent aler deux ou trois ou tant comme il leur plaira aveuc le courretier et puissent seeller de leurs seaulx s'il leur plaist. A. a. O. Art. 13.

vermauerten Steine mit einem Zeichen zum Zweck der Lohnabrechnung versahen [1].

B. Die Verkehrszeichen.

Wenn wir von dem Zeichenrecht als einem besonderen Rechtsinstitut sprechen, so kommt in der Hauptsache nur das Recht der Verkehrszeichen in Betracht. Repräsentationszeichen und Stückzeichen unterstehen im wesentlichen den allgemeinen Rechtssätzen; die Verkehrszeichen dagegen haben ihr eigenes Recht. Es ist das Verdienst des mittelalterlichen Zunftwesens, dieses Rechtsinstitut, mit seinen für einen ehrlichen und angesehenen Verkehr uns heute unentbehrlich scheinenden Grundsätzen, geschaffen und bis ins einzelne ausgebildet zu haben.

Allerdings wird in der Litteratur der Zusammenhang der mittelalterlichen Einrichtungen mit den römischen, wie mitunter für das Zunftwesen überhaupt, so insbesondere für das Zeichenrecht teils positiv behauptet, teils wenigstens nicht geradezu in Abrede gestellt [2]. Für die Rechtsgeschichte ist jedoch ein solcher Zusammenhang nicht vorhanden. Nur wenn wir allgemeinen sociologischen Erwägungen nachgehen, finden wir Handwerkerverbände wie Warenzeichen in Rom wie im Mittelalter. In den rechtlichen Grundlagen wie in der thatsächlichen Entwicklung beider Einrichtungen besteht indes keinerlei Verbindung. Das mittelalterliche Zunftwesen kennzeichnet sich durch seine Aufgaben in der Verfassung und in der Verwaltung [3], nicht aber durch die allgemeine Thatsache, dafs hier Handwerker in einem Verbande zusammengeschlossen sind. In der rechtlichen Begründung ihrer Stellung haben Zünfte und Collegia nichts mit einander gemein; es sind Schöpfungen zweier in jeder Weise entgegengesetzten Rechtssysteme [4].

---

[1] S. unten Anhang, Abhandlung über das Verhältnis der mittelalterlichen zu den römischen Zeichen.

[2] Kohler, S. 33 ff.; Lastig, S. 7 und 131.

[3] S. oben S. 23.

[4] Ein thatsächlicher Zusammenhang zwischen Collegium und Zunft in einem einzelnen Falle ist sogar bis in die neueste Zeit noch behauptet worden (bezüglich des Magisteriums der Pariser Fleischer). Ich habe Mag. u. Frat. S. 22 und Anm. 3 gezeigt, dafs diese Annahme teils auf Nichtberücksichtigung der einschlägigen Urkunden (über das Weberamt), teils auf irrtümlicher Auslegung des Instituts der Amtsbürtigkeit beruht. — In ganz anderem Umfang stellt neuerdings Ernst Mayer die Ansicht auf, dafs die mittelalterlichen Zünfte allgemein mit den römischen Collegien zusammenhängen (Verf. I S. 328 ff.). Nicht die Spur eines Beweises wird von M. hierfür beigebracht. Die a. a. O. citierten Urkunden stehen mit der zu beweisenden Behauptung nicht in dem entferntesten Zusammenhang, und es ist schwer zu sagen, zu welchem sachlichen Zweck sie dort abgedruckt sind. Die Urkunde a. a. O. S. 328 Anm. 30 besagt, dafs der Graf von Barcelona — das Einkommen aus ihm gehörenden Handwerksbuden überträgt; die Urkunde Anm. 31 besagt, dafs die Amtmänner von Lourdes in Abwesenheit des Stadtherrn gewisse Handwerker einsetzen

Ganz wie mit dem Zunftwesen selber, verhält es sich mit dem Zeichenrecht, das, wie wir gleich sehen werden, mit der Zunft organisch und unlösbar verknüpft ist. Die Rechtsgeschichte hat bei der Untersuchung des Zeichenwesens im Mittelalter und im Altertum nur die Verschiedenheit und die völlige Unabhängigkeit beider Perioden hervorzuheben. Wegen aller Einzelheiten verweise ich auf die hier im Anhang beigegebene Abhandlung „über das Verhältnis der römischen Zeichen zu den mittelalterlichen“ und erwähne an dieser Stelle nur kurz die wesentlichsten allgemeinen Voraussetzungen. Bei den Formen, unter denen Handwerk und Gewerbe im Altertum betrieben wurden, konnten Rechtssätze, wie wir sie im nachfolgenden kennen lernen werden, überhaupt nicht entstehen; sie waren ausgeschlossen durch thatsächliche Zustände und Machtverhältnisse. Nur ein dominierender Stand von Handwerkern und Kaufleuten, wie ihn die Städte des Mittelalters besafsen, konnte eine derartige Gesetzgebung entwerfen und durchführen; erst durch die mittelalterlichen Begriffe von Standesrecht und Berufsehre konnte ein Rechtsbewufstsein, wie es in den Einrichtungen des Zeichenrechts hervortritt, sich herausbilden. —

Die Zunft hat grundsätzlich drei Arten von Verkehrszeichen unterschieden, die ich folgendermafsen benenne:

1. Haftungszeichen (Meisterzeichen).
2. Prüfungszeichen (Schauzeichen).
3. Herkunftszeichen (Ursprungszeichen, Ursprungsmerkmale).

Das Haftungszeichen ist ein Individualzeichen[1]; die beiden andern sind Korporationszeichen.

1. Haftungszeichen.

Das Haftungszeichen (Meisterzeichen) wurde durch den einzelnen Meister angebracht, der hierdurch die Haftung für die gute Beschaffenheit der von ihm gefertigten Ware übernahm. Das Zeichen hat lediglich die Aufgabe, den einzelnen Meister als

---

und aburteilen sollen; die Urkunden Anm. 32 und 33 handeln von einigen durch Gewerbetreibende aufzubringenden Abgaben (das Usaticum ist keineswegs eine rein gewerbliche Abgabe; s. die Belegstellen bei Ducange v. c.). Vgl. dann die an dieses Material geknüpften, gänzlich disparaten Schlüsse bei Mayer S. 328 bis 330 im Text. — Über den auch von M. a. a. O. befolgten Brauch, bei jeder Erwähnung von Handwerkern in den mittelalterlichen Urkunden ohne weiteres eine Zunft oder Innung anzusetzen, vgl. Mag. u. Frat. S. 4 und S. 221; über den Stand der Gewerbeorganisation im Süden Frankreichs eb. S. 107 ff. Über die Meinung, „der alles römisch ist“, vgl. die Bemerkungen Brunners D.R.G. II S. 2 Anm. 2. Es scheint, als ob die Voraussagungen Brunners, unter Wegfall der a. a. O. gekennzeichneten Methode, eintreffen sollten.

[1] Über den Ausdruck s. Kohler a. a. O.

Verfertiger der Ware feststellbar und verantwortlich zu machen. Dieser Zweck des Meisterzeichens wird in den Urkunden genau hervorgehoben. Bei schwerer Strafe ist es demgemäfs dem Meister verboten, sich der Haftung zu entziehen, sei es durch Ableugnung seines eigenen Zeichens, sei es durch Anbringung eines fremden Zeichens auf seine Erzeugnisse.

Das Meisterzeichen hat sich erst allmählich zu einer allgemeinen Einrichtung entwickelt. Zunächst war das Zeichen nur vorgeschrieben für solche Gegenstände, deren taugliche oder statutengemäfse Beschaffenheit nicht oder nicht sofort durch den Augenschein beurteilt werden konnte. Wir finden deshalb das Haftungszeichen urkundlich zuerst in dem grofsen Kreise der Textilgewerbe und der Metallgewerbe. Im Laufe der Zeit wurde der Kreis des Haftungszeichens immer mehr erweitert und die Zeichnung durch den einzelnen Meister wurde späterhin nahezu allgemein statutarisch angeordnet.

Ich verzeichne die Angaben der Quellen im nachstehenden nach Gewerbebetrieben geordnet. Die ersten urkundlichen Nachrichten über das Meisterzeichen entstammen der Weberei, in deren Betrieb die Zeichnung durch den einzelnen Meister schon im dreizehnten Jahrhundert gefordert wird.

Das Stadtbuch von St. Omer (dreizehntes Jahrhundert) schreibt das Haftungszeichen sowohl für die Tuchmacherei wie für die Seidenweberei vor. Ein jeder Seidenweber soll sein besonderes Meisterzeichen führen, damit man, wenn die Ware nicht recht und ehrlich[1] sei, erkennen möge, von wem sie herrührt[2]. Der Tuchmacher, der sein Zeichen ableugnet und dessen überführt wird, verliert sein Tuch, wird mit sechszig Sols gebüfst und geht des Gewerbes für Jahr und Tag verlustig[3]. Das Meisterzeichen wurde, nachdem die Ware durch den Makler verkauft war, verdeckt; ein besonderes, für Dritte sichtbar bleibendes Abzeichen durfte nicht angebracht werden[4]. Für

---

[1] Ehrlich (loyal), d. h. zunftgemäfs, statutengemäfs; s. unten S. 242.

[2] Chascuns maistres des molekins doit avoir se propre enseigne se l'oevre ne fust bone et loiale ke on peust conoistre savoir à qui elle fust. Giry S. 566 Art. 722.

[3] Et se aucuns noiast sen enseigne et atains en fust par bone veritei il perdroit le saie et LX s. et sen mestier an et jour. Giry S. 552 Art. 592. Hierzu a. a. O. Anm. 115: Chascun ki fait saie doit avoir une enseigne seule à toutes ses saies si que ele peut bien estre coneute quant ele seroit tainte sour LX s., et l'ele fust d'autre enseigne ele seroit perdue et le mestier an et jour.

[4] On a commandei ke chil ki font draperie ke nus fache enseigne fors ke le siene et en I lieu et k'il ne fachent leur enseigne plus lonc de VI paus; et ke nus faiche biteken en le commune teken ne nul lin en le saie ne vert fil ou d'autre enseigne par coi il le puisse connoistre ne autre après chou ke li corretiers aura son enseigne coverte. Giry S. 547 Art. 573. On a commandei ke tout li corretier quant il auront acatei les blankes saies en le hale k'il keuvrenchent l'enseigne dou drapier par coi on ne le puisse connostre l'enseigne. Art. 574.

Chartres wird das Meisterzeichen der Tuchbereiter im Jahre 1268 erwähnt[1].

Das Tucherstatut für Carcassonne vom Jahre 1317 schreibt das Meisterzeichen vor und bestimmt, daſs der Weber sein Zeichen am Ende des Tuches zwischen zwei Lilien einweben solle[2]. Die Tucherstatuten für Amiens von 1346 und 1413 verordnen die Zeichnung durch den einzelnen Meister[3]; das zweite Statut hebt den Zweck der Haftbarmachung durch das Zeichen besonders scharf hervor[4]. Der Weber von Bourges soll nach dem Statut von 1443 sein Zeichen in die Sahlleiste des Tuches einweben[5]. Für die Tuchscherer von Paris wird im Jahre 1483 das Meisterzeichen angeordnet[6]. Die Weber von Corbie werden durch Statut des fünfzehnten Jahrhunderts zur Zeichnung der Stücke angehalten, damit man auf solche Weise den einzelnen Meister erkennen und zur Verantwortung ziehen könne[7]. Mit der gleichen Begründung wird den Sayettewebern von Amiens im Jahre 1483 der Gebrauch des Einzelzeichens zur Pflicht gemacht[8]. Auch die Hautelisseweber von Amiens haben nach dem Statut von 1492 am Ende eines jeden Stückes ihr eigenes Zeichen einzuweben[9].

---

[1] Et est ordené qui li mestre des pareeurs est tenus de faire bailler et livrer seing de pareeur à quiconque bourgeois ou bougeoise de Chartres qui voudra devenir mestre ou mestresse deu mestier de paré. Ducange v. Parator.

[2] Belegstelle s. unten S. 218.

[3] Que nulz tisserans ne autres ne livre draps sans seel sur XL sols d'amende excepté les draps forains. Que tous pareurs et autrez ne rechoivent nulz draps sans seel excepté les draps forains et qu'ilz wardent le seel jusques adonc que on le devra seeller de chire sur XL solz Parisis d'amende Thierry 1 S. 522 Art 17 und 18.

[4] Que chacun tisserau de draps demourant en ledicte ville et banlieue d'Amiens sera tenus de avoir saing et mairque différente l'une de l'autre et de mettre en chacune pièce de drap par lui tissue son saing et merque par quoy l'en ait et puist avoir congnoissance du tisseran qui ara tissue le drap et que se par icellui tisseran y a faulte qu'il en soit et puist estre pugny selon raison. Thierry 2 S. 59.

[5] Belegstelle s. unten S. 209 Anm. 4.

[6] Que doresnavant chacun maistre dudit mestier sera tenu d'avoir marque de laquelle ilz seront tenus marquer chacune pièce de drap qu'ils tondront ou feront tondre sur ladite peine. Mét. 3 S. 110.

[7] Que tous aultres tisserans de draps en ladicte ville seront tenus de faire merque en tous les draps qui serons tissus en ladicte ville affin que se aucuns inconveniens escheoient sur aucuns d'iceulx draps que ou sceust recongnoistre la merque du maistre qui ce auroit faict; et qui fauldra à faire sa merque il sera à XII d. d'amende; et qui le contrefera aprés ce que le drap sera faict il sera echu en cinq sols d'amende. Thierry 3 S. 576 Art. 28.

[8] Ne porra nulz maistres dudit mestier faire ne faire faire saies que ilz ne aient premièrement mis et apporté leurs merques au pappier de ladite ville d'Amiens affin que se fraulde estoit trouvée en aucunes saies vendues ou autrement que les achetteurs puissent avoir leur recouvrer sur celluy dont la saie portera le mercque. Thierry 2 S. 382 Art. 22.

[9] Que les maistres et ouvriers dudit mestier ne porront ouvrer ne besongner d'icellui que ilz ne mectent et apposent au bout de chacune

In der Metallbearbeitung wird das Meisterzeichen seit dem Beginn des vierzehnten Jahrhunderts urkundlich erwähnt. Den Messerschmieden von Amiens wird im Jahre 1318 untersagt, das Zeichen eines andern Meisters auf ihre Erzeugnisse zu setzen[1]. Das Meisterzeichen für Schmiedearbeit begegnet uns im Jahre 1374 in Amiens[2], im Jahre 1463 in Paris[3]. Den Harnischmachern von Amiens wird die Zeichnung ihrer Waren im Statut von 1481[4], den Messerschmieden von Abbéville im Statut von 1494[5] vorgeschrieben.

Den Meisterstempel für die Goldschmiede verzeichnet das Pariser Statut vom Jahre 1355[6]. Das Goldschmiedestatut von Amiens vom Jahre 1376 verlangt die Stempelung durch den einzelnen Meister, damit jede unrechte Arbeit erkannt und bestraft werden könne[7]. Mit der gleichen Begründung werden die Gold-

pièce d'oeuvre qu'ilz feront leur merque ou ensaigne sans ce que nulz d'iceulx maistres et ouvriers mectent et apposent autre ensaigne ne merque esdites pièces d'oeuvre que leursdites merques ou ensaigne. Thierry 2 S. 457.

[1] Que nul dudit mestier ne puist faire en son ouvrage ne en ses aleumelles l'enseigne d'autruy sans aucune descongnissence. Thierry 1 S. 378 Art. 6.

[2] Le merque de chacun ouvrier sera empraiute en une piece de plonc qui sera mis ou huchel de le banière dudit mestier. Thierry 1 S. 678.

[3] Qu'ung chascun maistre dudict mestier aura marque ou enseigne particuliere et differente l'une de l'autre dont il sera tenu marquer son ouvrage sur peine de cinq sols par. d'amende; et pour ce faire aura en la chambre du procureur du Roy ou Chastellet de Paris une table de plomb en laquelle lesdiz maistres et touz ceulx qui seront ou tems advenir le jour de leur reception fraperont leur marque et enseigne laquelle ils ne pourront après muer ny changer. Met. 2 S. 438.

[4] Lesdites bringandines seront merquiés par celui ou ceulx qui les auront faictes d'une merque laquelle sera emprainte en plonc en l'ostel de ladicte ville affin que on puist sçavoir qui aura fait lesdites bringandines. Thierry 2 S. 390.

[5] Ne porront nulz maistres dudit mestier de coustelliers merquier sur ouvrage qu'ilz feront d'aultre merque que de celle dont ilz usent et ont accoustumé à merquier, laquelle merque sera emprainttc en plonb et le ballier et laissier en l'eschevinage de la dite ville, et s'ilz sont trouvez faisans aulcun ouvrage neuf ayant aultre merque que celle dont ilz usent ilz escherront en amende de XX solz. Thierry 4 S. 331.

[6] Il est à Paris orfevre qui veut et qui faire le scet pour tant qu'il est esté aprentis à orfevres à Paris ou ailleurs aus us et coustumes du mestier ou que il soit tel esprouvé par les maistres et bonnes genz du mestier estre souffisant d'estre orfevre et de tenir et lever forge et d'avoir poinçon à contre saing. Mét. 2 S. 9.

[7] Lesdits orfèvres chacun endroit lui est et sera tenu desormais de avoir un contresaing ou contremerque et tout different l'un de l'autre duquel l'empraiute sera mise et empraintée en deux taules de plonc desquelles l'une sera pardevers lesdis maieur et eschevins et l'autre pardevers lesdis eswars dudit mestier. Chacun orfevre sera tenu de signer ou merquer de son contresaing ou merque l'ouvrage que il ara fait comme fait de bon fin or ou argent tel comme dessus est dit et par avant qu'il soit eswardez par lesdis eswars ne que le saing ou merque de le ville y soit mis affin que cellui qui aroit fait ouvrage par aultre forme que dessus est dit, soit et doie estre pugnis et que le mauvais ouvrage puisse venir à congnoissance. Thierry 1 S. 686.

schmiede von Abbéville durch Statut des vierzehnten Jahrhunderts zur Stempelung ihrer Erzeugnisse angehalten[1].

Ausführlich wird in den Statuten der Haftungsstempel der Zinngiefser behandelt; indes gehören die meisten hierauf bezüglichen Urkunden erst einer späteren Zeit, dem fünfzehnten Jahrhundert, an. Noch dem vierzehnten Jahrhundert entstammt eine Vorschrift aus Abbéville, die den Meister verpflichtet, jedes Werkstück aus feinem Zinn zweifach mit seinem Zeichen zu stempeln[2]. Den Zinngiefsern von Amiens wird im Jahre 1408 aufgegeben, dafs zur gröfseren Ehrbarkeit des Handwerks jeder Meister ein Zeichen annehme und künftig damit seine Waren stempele[3]. In Montpellier erliefs der Rat im Jahre 1474 eine Ordnung für das Zinngiefsergewerbe. Schalen und Schüsseln aus Zinn dürfen darnach einen Zusatz von vier aufs Hundert, Kannen und Krüge von zehn aufs Hundert haben. Der Meister mufs das von ihm gefertigte Geschirr mit seinem Stempel versehen[4] Für die Zinngiefser von Angers wird das Meisterzeichen im Jahre 1487 vorgeschrieben[5].

Den Kardenmachern von Rouen wird im Jahre 1377 eingeschärft, dafs ein jeglicher seine Ware nur mit einem bestimmten Stempel zeichnen dürfe[6]. — Für die Papiermacher von Troyes wird[7] im Jahre 1398 verordnet, dafs ein jeder Meister besondere

---

[1] Belegstelle s. unten S. 199 Anm. 6.

[2] Que toute fine oeuvre d'estain sera merquié deux foiz par quoy cil quil' acateront le puissent apperchevoir. Thierry 4 S. 219; vgl. hierzu die unten S. 200 Anm. 3 citierte Stelle über das Prüfungszeichen.

[3] Affin que ledit mestier soit plus deuement et loyaument fait, est ordonné estre fait ung tabel de plonc lequel sera pardevers lesdis maire et eschevins ouquel seront mis et empreinté tous les noms de ceulx qui dudit mestier volront ouvrer en ladicte ville et banlieue et leurs signes et merques dont chacun d'eulx ara ung tout différent l'un de l'autre desquelz lesdis ouvriers seront tenus merquier et signer tout l'ouvrage qu'ilz aront fait. Thierry 2 S. 44. Vgl. auch eb. S. 470, Statut von 1495 Art. 5.

[4] So es assaber: que lestanh fin del cal se faran plach escudelas et escudelons, se poyra alliar de quatre lieuras per cent; e lestanh fin del cal se faran pintas aygadieras salieras tassas et tot autre obrage se poyra alliar de detz lieuras per cent; e que los ditz obrages avant que si vendon sian senhach e marcach premieyrament del senhal e ponchon del mestre que lo fara o far fara et apres del senhal o ponchon dela dicte villa et aisso per los consols del mestier dela potaria et obrages dessud. et un sobre pausat e sobre entendent coma vesitadors e gardas del dich mestier. Thal. S. 194.

[5] Que les maistres dudit mestier ne vendent ne feront vendre en vente aucun ouvraige plustot qu'il soit marché (marqué) de leur marc ou cun que à une poinsson. Ord. 20 S. 22.

[6] Et que [a] aucun dudit mestier ne puisse marquier son euvre chascun que à une merque. Ord. 6 S. 274.

[7] Nach einer von M. Briquet mitgeteilten und bei Dunant veröffentlichten Urkunde. Vgl. über die Wasserzeichen der Papiermacher Briquet, Mémoires de la Société nationale des Antiquaires de France.

Zeichen führen und damit die verschiedenen Papiersorten zeichnen solle[1]. — Das Meisterzeichen der Töpfer finde ich nur einmal im vierzehnten Jahrhundert in den Urkunden erwähnt; ein nicht genauer datiertes Statut aus jener Zeit schreibt für die Töpfer von Abbéville vor, daſs ein jeder sein Zeichen auf seine Ware setze[2].

Eine Reihe anderer Gewerbe verzeichnet die Stempelpflicht des Meisters erst seit dem fünfzehnten Jahrhundert. Den Gewürzkrämern in Paris wird im Jahre 1450 vorgeschrieben, künftighin auf Wachskerzen ein Meisterzeichen aufzudrücken[3]. Die Bäcker von Bordeaux müssen nach dem Statut von 1457 alles Brot mit einem Meisterzeichen versehen, damit bei Verfehlungen der Schuldige ermittelt und bestraft werden kann[4]. In Rouen darf nach einem Statut des Jahres 1491 von den Wirten kein Brot verkauft werden, auf dem sich nicht das Zeichen eines Bäckers findet[5]. Bei den Pariser Schreinern soll laut Statuts von 1467 jeder Meister ein Zeichen führen und jeden von ihm neu angefertigten Gegenstand stempeln[6]. Für die Schuhmacher von Tours wird im Jahre 1468 verordnet, daſs jeder Meister das von ihm verarbeitete Leder mit seinem eigenen Zeichen stempele, auf daſs man etwaige Fehler dem Schuldigen sicher nachweisen könne[7].

Band 46, Paris 1886; ders., Revue des bibliothèques, 4. Jahrg. Paris 1894 S. 209 ff.; Kirchner, Die Papiere des 14. Jahrh. im Stadtarchiv zu Frankfurt a/M., Frankfurt 1893.

[1] Pour ce que aulcuns d'eulx font meilleurs pappier que les autres chacun d'eulx aura saings differens pour signer son pappier et sy contresigneront le meilleur du moyen et le plus moindre l'un de l'autre affin d'en avoir congnaissance. Dunant S. 18.

[2] Que li potier de terre faicent pos tenans un lot et que li pot aient deux doiz de lisière par deseure le lot et que chascuns potiers faice se merque el pot et que taverniers ne prengnent ne acatent pos se il ne sont merquié de le merque az potiers et le viengnent les potiers renouveler chascun an devers nous. Thierry 4 S. 220 Art. 1.

[3] Doresenavant tous les espiciers de ladicte ville seront tenus de mettre leur marque et emprainte en toutes les torches et cierges qu'ils feront et vendront esquels aura une livre de cire et audessus ad ce que s'il y a aucune faulte ou fraude l'en puisse clerement savoir qui aura fait ledit ouvraige. Ord. 14 S. 115. Mét. 1 S. 507.

[4] Que nuls boulengiers ne vendront ne ne feront vendre pain qu'il ne soit marqué de sa marque à celle fin que se l'on trouve pain reprouchable que celuy qui aura faicte la faulte en soit pugny selon l'exigence du cas. Ord. 14 S. 441.

[5] Que tous taverniers et hostelliers de ladite ville ne puissent vendre aucun pain s'il n'est de la pleine moult d'icelle ville de Rouen et s'il ne porte le merc desdits boullengers ou l'un d'eux. Ord. 21 S. 383.

[6] Chascun maistre dudit mestier aura une marque laquelle sera frappée en plomb pour marquer leur ouvrage faict en leurs astelliers et ailleurs; et qui fauldra à marquer pourveu que ce soit besongne neufve il en sera en l'amende de vingt sols par. à appliquer comme dessus. Met. 2 S. 643.

[7] Et est ordonné que chascun desdicts cordonniers aura ung marc different l'un de l'autre dont chascun sera tenu marcquer le cuir qu'il aura courroyé soit pour luy ou pour autre affin que plus aisiement se faulte y a, que la faulte soit plustost et aisiement congneue et averée. Ord. 17 S. 164.

Die Brauer von Paris sollen nach dem Statut von 1489 ein Meisterzeichen annehmen und kein Bier anders als in den von ihnen gezeichneten Fässern und Gebinden liefern[1]. Die gleiche Verpflichtung wird den Brauern von Harfleur im Jahre 1495 auferlegt[2]. Den Wagenmachern von Paris wird im Jahre 1495 die Stempelung durch Einzelzeichen vorgeschrieben[3].

Die Handwerksmeister wählten im übrigen meist selber das von ihnen anzunehmende Zeichen[4]. Mehrfach bestimmen die Statuten, daſs der Handwerker gleich bei seiner Aufnahme in den Meisterstand das Zeichen, das er führen wolle, anzugeben habe[5]. Ein Bleiabdruck des Zeichens wurde dann in der Zunftlade oder im Rathaus niedergelegt und aufbewahrt[6].

2. Prüfungszeichen.

Das Prüfungszeichen hatte die Aufgabe, die stattgehabte Gewerbeschau zu gewährleisten; es ist demnach das bei weitem wichtigste Verkehrszeichen des Mittelalters. Das Zeichen hatte den doppelten Zweck, dem Käufer die Ehrlichkeit der Ware zu verbürgen und den Verkäufer mit einem anerkanten, marktgängigen Zeugnis zu versehen. Dieser hohen Bedeutung entsprach

---

[1] Chacun maistre dudit mestier aura une marque pour marquer les caques barilz et autres vesseaulx esquelz il mettra et livrera les bieres et servoises qu'il fera et vendra afin que on puisse facillement savoir et congnoistre à qui seront lesdites caques et barilz; laquelle marque sera frapée, en la presence desdits jurez, en ung plomb qui pour ce sera mis en la chambre du procureur du Roy. Mét. 1 S. 621.

[2] Que aucun brasseur ne pourra entonner cervoise ou bierre en barils ou hambourgs etrangers, mais entonnera ès siens qui seront marqués de son marcq si n'estoit ainsi qu'ils les empruntassent aux autres brasseurs à leur besoing; . . . . . . mais que tout ce que desdits brasseurs livreront aux taverniers ou boutiez et vivandez necessairement que se soit en barilz ou hambourgs marqués de leur mercq pour myeulx savoir dont viendront lesdits cervoises et bierres affin s'il y avoit faulte que l'on sceust par qui sur peine à chacune fois et pour chacun baril ou hambourg qui autrement sera trouvé, de trente sols. Ord. 20 S. 499.

[3] Que doresnavant aucun ne pourra faire ne faire faire vendre et debiter ballances et pois et autres choses deppendantes dudit mestier sanz avoir faict son chef d'œuvre...... et avoir eu et reçu des dits jurez supplians ou leurs suscesseurs en ceste ville de Paris la marque dont ils seront tenuz marquer leurs ouvrages et non d'autre marque. Met. 2 S. 521.

[4] S. auch unten S. 218 Anm. 7.

[5] Ne porront nulz maistres dudit mestier de coustellier merquer leur ouvrage synon de la merque qu'ilz ont prinse à lever leur mestier qui sera emprainte en plonc en l'ostel de ville. Thiery 2 S. 398. Que tous les ouvriers dudit mestier dudit pais d'Anjou qui vouldront lever et tenir ouvrouer d'icellui mestier seront tenus d'apporter avant toute euvre leurs mercs et poinssons et iceulx bailler à justice et aux maistres jurés de ladite ville d'Angiers. Ord. 20 S. 23.

[6] Vgl. zu dem obigen noch die bei Faguiez, Ind. S. 387 mitgeteilte Urkunde vom Jahre 1365, betr. die Privilegierung eines Zeichens in der Gestalt eines Hirschhorns zu Gunsten von Evrard de Boessay.

die Sorgfalt, mit der das Prüfungszeichen behandelt und ausgebildet wurde.

Der Wert des Prüfungszeichens ergiebt sich in syllogistischer Folge aus dem Polizeibegriff des Mittelalters, den ich oben (S. 103 ff.) entwickelt habe. Aus der mittelalterlichen Auffassung von der Polizei folgt die Stellung der Gewerbeschau. In demselben Mafse nun, wie die Verkehrsbeziehungen und die Güterbewegung zunahmen, wuchs die Notwendigkeit, die für den gröfseren Verkehr bestimmten Güter mit einem sichtbaren und gesicherten Nachweis der Gewerbeschau auszustatten.

Während die Gewerbeschau selbst sich auf alle Gegenstände des Handels und des Verbrauchs erstreckte, hat sich das Prüfungszeichen zunächst nur bei wertvolleren und versandfähigen Waren entwickelt. Je nach der Gewerbethätigkeit der Stadt sind die Waren, die man der amtlichen Stempelung unterzog, verschieden. Im wesentlichen handelt es sich bis in das vierzehnte Jahrhundert um die Gewerbe, die sich mit der Verarbeitung von Gold, Silber, Zinn und Stahl, von Leder und Schuhzeug und mit der Herstellung von Tuch befafsten. Die Tucherzünfte haben weitaus das meiste für die Entwicklung des Prüfungszeichens gethan.

§ 1. Prüfungszeichen, insbesondere in den Metall- und Ledergewerben.

Bei dem Gold- und Silberschmiedegewerbe[1] besteht die amtliche Stempelung bereits im dreizehnten Jahrhundert. Eine Ordonnanz Philipps III. vom Jahre 1275 schrieb vor, dafs in jeder Stadt des Reiches, in der Goldschmiede ansässig sind, ein eigener Stempel für Gold- und Silberwaren bestimmt werde und dafs kein Goldschmied mit dem Zeichen einer fremden Stadt stempeln dürfe[2].

Den Prüfungsstempel der Pariser Goldschmiede finde ich schon gegen den Ausgang des dreizehnten Jahrhunderts und zwar in Londoner Urkunden. Das Schatzverzeichnis von St. Paul zu London vom Jahre 1295 erwähnt „einen silbernen Kelch, innen und aufsen vergoldet, am Fufse mit einer Lilie versehen“[3]. Die Lilie ist das Pariser Amtszeichen. Im Jahre 1300 werden in einer Kammeraufnahme Edwards I. aufgezählt „acht silberne Löffel, am Halse mit dem Pariser Zeichen gestempelt, nämlich mit

---

[1] Vgl. zu dem folgenden noch Marc Rosenberg, der Goldschmiede Merkzeichen, Frankfurt 1890; Ris-Paquot, Dictionnaire des poinçons, symboles, signes figuratifs, marques et monogrammes des orfèvres, Paris 1890.

[2] S. unten S. 223.

[3] Calix argenteus deauratus intus et exterius, cum pede glegellato. Visitatio Thesaurariae aedis S. Pauli Londoniensis A. 1295. Ducange hält v. c. die Bezeichnung glegellatus für unverständlich, da ihm, wie es scheint, nur diese eine Belegstelle bekannt war; s. dagegen die nächste Anmerkung.

einer Lilienblume" [1]. Die Pariser Goldschmiede erfreuten sich demnach zu jener Zeit eines ausgedehnten und ansehnlichen Geschäftsverkehrs und ihr Zeichen war in den fremden Städten wohl bekannt. Auch der gute Ruf des Handwerks war weit verbreitet und seine Ehrbarkeit anerkannt; Edward I. von England schrieb im Jahre 1300 die Pariser Karatierung für die Goldschmiede seines eigenen Landes vor [2]. Die Pariser Goldschmiedezunft mochte somit wohl Grund haben zu dem selbstbewufsten Ausspruch, den sie in ihrem Statut im Livre des Métiers aufzeichnete: das Gold der Pariser Goldschmiede übertrifft an Feingehalt alles Gold, das man irgendwo auf Erden verarbeitet [3].

Für die Goldschmiede von Amiens wird die Anlegung des Zunftstempels nach vorgängiger Gewerbeschau durch Statut des Jahres 1376 geordnet [4]. Die Goldschmiede von Abbéville dürfen nach einem Statut des vierzehnten Jahrhunderts kein Werkstück im Werte von zehn Esterlingen [5] und darüber feil halten, wenn es nicht von den Schaubeamten geprüft ist und das Schauzeichen der Stadt neben dem Haftungszeichen des Meisters trägt [6]. Den Goldschmieden von Bordeaux wird die zünftige Stempelung ihrer Waren durch Statut vom Jahre 1451 anbefohlen [7].

Bei dem Zinn erschien, da es vielfach zur Herstellung von Efs- und Trinkgeschirr diente, schon aus gesundheitlichen Gründen eine genaue Prüfung und eine statutarische Begrenzung des Blei-

---

[1] VIII coclearia argenti signata in collo signo Parisius scilicet de quodam flore glegelli. Liber cotidianus contrarotulatoris Garderobae A. Regni Edwardi Primi vicesimo octavo, A. D. MCCXCI et MCCC, hrsg. v. d. Society of Antiquaries, London 1787 S. 352.

[2] E qe nul manere de vessele de argent ne parte hors de meins as overers tant qe ele soit assaié par les gardeins du mester e qe ele soit signée de une teste de leopart; qe nul ne overe pir or qe tuche de Parys. E qe les gardeins du mester allent de shope en shope entre les overers assaiant qe l'or soit tiele come le tuche avantdite; e s'il trovent nul pir qe la tuche qe l'overe soit forfet au Roi. 28th Edward I, Articuli super cartas Cap. XX; The Statutes at Large of England and of Great-Britain, London 1811, Band I S. 161.

[3] Nus orfevre ne puet ouvrer d'or à Paris qu'il ne soit à la touche de Paris ou mieudres laquele touche passe touz les ors de quoi on oevre en nulle terre. L d. M. Tit. 11 Art. 2.

[4] Que en la main d'iceulx eswars pour l'an qu'ilz seront esleuz eswars sera ledit saing ou merque de le ville à un tel signe AM duquel signe il signeront et merqueront l'ouvrage que chacun orfevre ara fait ou cas toutesvoies que premièrement l'aront veu et examiné bien et souffissamment. Thierry I S. 685; s. auch oben S. 194.

[5] Vgl. Ducange v. Esterlingus.

[6] Ne porra aulcune orfaverie de dix estrelins et pardesseure estre vendue ne delivrée par les orfevres se elle n'est passée par l'eswart et merquié de le merque de le ville avec le merque de l'orfevre. Thierry 4 S. 225.

[7] Nous voulons aussy que lesdicts orfevres de chascune desdictes cités et villes de nostredit pays de Bordelois ayent nouvel poinçon d'une fleur-de-lys et soubs icelle escrit Bordeaux: lequel poinçon lesdits orfevres seront tenus venir quérir en nostredit chasteaulx de Bordeaux à nostre connestable illec pour signer et marquer leur ouvrage. Ord. 14 S. 146.

zusatzes notwendig. Für die Verarbeitung zu Tischgerät wurde möglichste Reinheit des Zinns verlangt und Legierungen standen unter strenger Aufsicht. Die Pariser Zinnschläger[1] verordnen im Jahre 1305, dafs ein jeder nur die beste Legierung verarbeiten dürfe und dafs bei Strafe jedes Werkstück von den Zunftvorstehern für gut und ehrlich gestempelt sein müsse[2]. Ein Zinngiefserstatut für Abbéville aus dem fünfzehnten Jahrhundert verfügt, dafs jedes Gerät aus feinem Zinn nicht mehr als fünf aufs Hundert Zusatz haben dürfe, und dafs auf jedem Stück, neben dem doppelten Stempel des Meisters, das Stadtzeichen zweimal eingeschlagen werde[3]. In der Ratsordnung von Montpellier vom Jahre 1474 werden Legierung und amtliche Stempelung genau vorgeschrieben[4]. Das Zinngiefserstatut von Amiens vom Jahre 1495 verfügt die Anlegung des Zunftstempels neben dem Stempel des einzelnen Meisters[5].

Die Schwertfeger und Schilderer von Amiens haben das Prüfungszeichen nach ihrem Statut von 1377[6]. Für das Schlossergewerbe wird das Prüfungszeichen im Jahre 1478 in Abbéville erwähnt[7].

Einer scharfen Aufsicht unterstand die Gerberei, sowie der gesamte Lederhandel, der im Mittelalter sowohl von Stadt zu Stadt wie auch auf entfernte Strecken in grofsem Umfang betrieben wurde. Die Gerber- und Schusterordnung von La Réole bestimmt im Jahre 1339, dafs kein Leder zu Markte gebracht werde, das nicht geprüft und mit dem Schauzeichen versehen

---

[1] Ouvriers de peautre à martel. Über die Bedeutung von Peautre s. Godefroy v. c.

[2] Que touz euvrent d'un aloy du meilleur que l'an pourra et que l'euvre soit saigniée des mestres du mestier pour bonne et pour suffisant sus la peine desusdite. Mét. 2 S. 498. Mit den mestres du mestier sind, wie sich aus einer nachfolgenden Stelle ergiebt, die Zunftvorsteher gemeint.

[3] Que toute oeuvre de fin estain portera d'aloy cincq livres au cent et sera deux fois merquiée avec le merque de l'enseigne du martel du maistre qui l'aura faicte et laquelle merque sera assize auparavant que les deux enseignes de la ville y soient mises. Thierry 4 S. 220 Art. 6. Vgl. oben S. 195 (14. Jahrh.).

[4] Belegstelle s. oben S. 195 und unten S. 203.

[5] Seront tenus lesdis maistres dudit mestier en icelle ville mercquier avec leur mercque tout leur ouvrage d'une merque qui leur sera baillié que on appellera la mercque de la ville où il y aura ung A et une M qui scigniffiera Amiens laquelle mercque sera gardée par les eswars dudit mestier. Thierry 2 S. 471.

[6] Le saing ou merque qui est tel: A, aront lesdis eswars lesquelz sytost que requis seront ou qu'il leur plaira à aler seront tenus de merquer ou signer lesdites taloces couvertes de cuir quant trouvé les aront bien et souffisamment faiz; et aront pour leur peine et labeur de ce faire II deniers Parisis de chacune XII^ne de bouclers ou taloces qu'ilz aront eswardez. Thierry 1 S. 691.

[7] Que les ouvrages qui seront trouvez bons par les eswars seront merquiez du poinchon à eulx sur ce ordonné. Thierry 4 S. 310.

ist[1]. Auch darf kein Schuhzeug feil gehalten werden, das nicht den Prüfungsstempel aufweist[2]. Für Paris, Pontoise, Gisors und Beaumont wird die Stempelung des Leders durch Schaubeamte im Jahre 1345 angeordnet[3]. In Montpellier verfügt der Rat im Jahre 1348, dafs alles Leder mit dem Stadtzeichen gestempelt werde[4]. Das Gerberstatut von Sens von 1372 verlangt die Untersuchung alles zu Markt gebrachten Leders, wobei die vorschriftswidrigen Stücke mit einem besonderen Zeichen[5] zu versehen sind[6].

Den Gerbern und Schustern von Abbéville wird durch Statut aus dem vierzehnten Jahrhundert anbefohlen, kein Leder zu verarbeiten, das nicht den Stadtstempel trägt. Auch soll der Ausschnitt des Leders in der Weise erfolgen, dafs das mit dem Stempel versehene Ende bis zuletzt liegen bleibt[7]. Die Gerberordnung von Abbéville enthält zugleich die besonders hervorzuhebende Bestimmung, dafs der Stempel einer zünftigen Stadt im Lederhandel gegenseitig anerkannt wurde. Das von aufserhalb eingebrachte Leder soll, wenn es mit dem Stempel einer zünftigen

---

[1] Que degun sabatey ni degun afachador no sia tant ausart que ne portia coyranie en mercat n'il benda en la bila ny defora si no que sia yssut o correat gros ny menut et sia mercat de la deita marqua, en pena d'ardre l'obratge et de LXV s. de gatge partiduys cum dessus. Gironde 2 S. 297.

[2] Que degun obratge diffamat o no sufficient no's benda al mercat ny en la bila ni defora, mas aquet qui sera marchant tant solament et que sia mercat de la deita merqua, en pena d'ardre lodut obratge et de LXV s. de gatge loquel gatge se partit en la maneyra que deit es (d. h. 10 s. den Geschworenen, Rest an den Stadtherrn und an die Stadt je zur Hälfte). Gironde 2 S. 295.

[3] Que es villes de Paris, de Pontoise, de Gisors et de Baumont ait à chascune desdictes villes quatre preudeshommes jurez dudit mestier de tannerie pour garder et visiter toute maniere de cuir tanné pour savoir que il soit bon et loyal et bien souffisamment tanné avant qu'il soit mis en vente. Et se par eulx est trouvé bon et loyal et bien tanné, qui soit seigné d'un certain seing en chascune ville accoustumé. Mét. 3 S. 309.

[4] I. N. D. A. Anno eiusdem incarnationis MCCCXLVIII et die decima mensis febroarii domini consules pro utilitate rei publice ville Montispessulani convocatis pluribus conresariis dicte ville habito consilio tam cum officialibus regiis quam pluribus aliis probis viris in domo consulatus et de ipsorum concensu ordinaverunt per in perpetuum: quod omnes pelles abtate et abtande in dicta villa signentur signo communi dicte domus cujus forma inferius est signata. Thal. S. 158.

[5] S. unten S. 211 (Minderwertzeichen).

[6] Quant les cuirs auront esté portez en foire ou en marchié et il auront esté visitez et il y aura aucun cuir defendu il seront signez et marquez affin qu'il n'y puissent d'oresenavant estre venduz en decepcion du pueple pour bons et senz congié du maistre. Ord. 6 S. 120.

[7] Que nulz tannerres conrreres ne cordouaniers ou suerres ne puist taner ou décopper cuir conré on à conreier que il ne soit merquiés du fer de le ville et que le fer demeure jusques au derrain de le pièce de cuir. Thierry 4 S. 222. Que tout cuir soient merquié en la dite ville du fer est assavoir quant il sera bien et souffisaument tanés à l'eswart de le diete ville et non aultrement. A. a. O. S. 226.

Stadt versehen ist, zwar nach einer nochmaligen Durchsicht, jedoch ohne nochmalige Stempelung, zum Verkauf zugelassen werden [1]. — Für die Schuhmacher von Corbie wird das Prüfungszeichen durch ein Statut aus dem fünfzehnten Jahrhundert [2], für die von Bordeaux durch ein Statut von 1461 geordnet [3]. — Der Lederstempel gehört zu denjenigen Zeichen, die neuerdings wieder in Aufnahme kommen, und es ist von hohem Interesse, zu beobachten, wie gerade inmitten des hochentwickelten neuzeitlichen Verkehrslebens die mittelalterlichen Einrichtungen, die mit der Gewerbeschau zusammenhängen, sich Geltung verschaffen (s. Anm. [4]).

Im Sattlergewerbe begegnet uns der Prüfungsstempel in Amiens in einem Statut des Jahres 1390 [5]. — Nur vereinzelt findet sich der Prüfungsstempel noch für die Töpferei; in Abbéville wird neben dem Meisterzeichen für die Töpferwaren auch das

[1] Que tous cuirs tanés qui seront merquiés de merque de ville où il a eswart porront venir en le ville et estre vendus primes ychaux cuirs veux et eswardés par nos wardes et ychaux trouvés merquiés et ferés du fer et passez par l'eswart de le ville où il ara esté tanés. Thierry 4 S. 212. Que nulz coriers n'acate cuir tané pour faire coroies s'il n'est merquiés du fer de le ville là ù il a esté tanés et qu'i soit monstrés aux wardes de le ville et du cuir ardoir. A. a. O. S. 221.

[2] Item que tous cuirs thanez soient esgardés par deux thanneurs de mestier, par deux cordonniers et ung conrere avec eulx lesquels merqueront les cuirs qui seront bien thannez de sel (= scel) commis ad ce qui sera baillié en garde à deux cordonniers qui seront esleus esgardeurs. Thierry 3 S. 584.

[3] Que de nullhz marchands ou marchandas tant de la present ciutat que d'estrangeys de quauque estat ou condition que sian non pussan vendre per la ciutat en cheys ne autrement solames rogo onc greny vacant [?] que premairament no sio visitat per le deyt quatre mestres et marquat de la marque accoustumada laquel marca ayent à gardar chacun an lorsque feront contes et boiseys de la deytat confraria confermatz per los mayre et juratz. Ord. 15 S. 452.

[4] Ich entnehme die folgende Mitteilung einem Zeitungsbericht vom 7. Februar 1899: Der Verband der deutschen Treibriemenfabrikanten sucht sich gegen die Konkurrenz minderwerthiger Fabrikate dadurch zu helfen, dafs derselbe seinen Mitgliedern einen Verbandsstempel giebt, der nur angewendet werden darf, wenn ein gewisser Preis gezahlt wird, welcher aber dann auch dem Besteller eine Garantie bietet, dafs nur erstklassiges Leder sachgemäfs verarbeitet wird. Es ist anzunehmen, dafs namentlich die Behörden bei den Submissionen von dieser Einrichtung Gebrauch machen werden, und sind jetzt schon wiederholt seitens der Eisenbahnverwaltung Treibriemen mit Verbandsmarke ausgeschrieben worden. Auch von Südamerika sind erhebliche Aufträge eingelaufen, bei welchen die deutsche Verbandsmarke vorgeschrieben war.

[5] Que aucuns ouvrages soient selles ou autres ouvrages du mestier de sellerie ne soit mis en vente en ladicte ville et banlieue en le jurisdicion du maieur et eschevins jusques à ce que premièrement ait esté veux et eswardez bien et souffisamment fais [par] les eswars dudit mestier et que par yceulz comme bien et souffisamment fais pour estre vendus en ledicte ville soit signez et merquiez dudit fer à le fleur de lis. Thierry 1 S. 788.

Zunftzeichen verlangt[1]. Ferner wird in Saint-Omer vorgeschrieben, dafs alte Rauchwaren, zur Unterscheidung von neuen, durch einen besonderen Stempel kenntlich gemacht werden sollen[2].

Über die Form des Prüfungsstempels geben die Urkunden mehrfach genauere Auskunft. Bei den im vorstehenden behandelten, harten Waren wurde der Stempel einfach aufgeschlagen bezw. eingedrückt. Als Abzeichen kamen hierbei Wappen, Symbole und Buchstaben zur Anwendung. Die Goldschmiede von Paris stempelten mit der Lilie, der sie einen jährlich wechselnden Buchstaben des Alphabets hinzufügten[3]. Die Goldschmiede von Bordeaux bedienten sich gleichfalls der Lilie mit der Umschrift „Bordeaux“[4]. Die Goldschmiede von Amiens stempelten mit den Buchstaben A M[5]. Die Sattler von Amiens gebrauchten die Lilie[6], die Schwertfeger den Buchstaben A[7]. Für die Stempelung des Leders scheint der Gebrauch des Stadtwappens die Regel gebildet zu haben[8].

Mitunter werden auch Unterschiede in der Qualität durch abweichende Prüfungsstempel kenntlich gemacht[9]. In der Zinngiefserordnung von Montpellier wird als Prüfungszeichen das Stadtwappen festgesetzt. Bei dem sechsundneunzigprozentigen Schalenzinn[10] soll das Stadtwappen von drei F umgeben sein, je eines zur rechten und zur linken und eines zu Füfsen des Wappens. Bei dem neunzigprozentigen Kannenzinn wird dagegen an Stelle des dritten F zu Füfsen des Wappens ein P eingeschlagen[11].

§ 2. Prüfungszeichen der Tucher.

Die Tuchmacherei nimmt im Gewerbe und im Handel des Mittelalters eine besondere Stellung ein. Das Tuch bildete nach Wert und Umsatz eines der hervorragendsten Verkehrsgüter; seine Herstellung in verschiedenen Teilgewerben beschäftigte die

[1] Oben S. 196 Anm. 2.
[2] Et ke viel oevre de pelleterie ait descounisanche et l'enseigne contre novele. Giry S. 520 Art. 246.
[3] Mét. 2 S. 5 und 19.
[4] Oben S. 199 Anm. 7.
[5] Oben S. 199 Anm. 4.
[6] Oben S. 202 Anm. 5.
[7] Oben S. 200 Anm. 6
[8] Oben S. 201 und 202.
[9] S. über den gleichen Brauch bei den Tuchern unten S. 208.
[10] S. oben S. 200.
[11] E plus establem et ordenam que dos ponchons seran fach de novel an las armas dela villa, differentiach dels antiques ponchons, la ung per marcar e senhar plach, escudellas et escudelons, ont entorn las dichas armas de la villa seran tres letras, so es F a cascun costat, una letra F et una autra letra F al pe; et al pe de lautre, del cal seran marcadas las pintas, aygadieras e tot autre obrage destanh sera una letra P. Thal. S. 195.

zahlreichste Klasse im städtischen Handwerk und gab in manchen Städten die Hauptnahrung ab; die den Tuchhandel betreibenden Zünfte und Kaufleute zählten zu den angesehensten im gesamten Gewerbe. Es ist begreiflich, dafs in einer Einrichtung, die der Ehre und dem Vorteil eines solchen Gewerbebetriebs diente, mustergültiges geschaffen wurde.

Die hier zu erörternden Vorschriften für das Zeichenwesen der Tucher wollen ganz auf Grund der mittelalterlichen Produktionsweise betrachtet sein. Im Verkehr nach aufsen verschwindet der einzelne Meister des Tuchergewerbes nahezu vollständig[1]; der Käufer kennt und schätzt im wesentlichen nichts weiter als die Ware einer ganzen Stadt. In der Stadt werden bestimmte Tuchsorten gefertigt, die durch Statut festgestellt und für jeden einzelnen Meister die gleichen sind; andere als die statutgemäfsen Sorten dürfen nicht gearbeitet werden. Ein an dem Grofsverkehr teilnehmendes Handwerk mufs einesteils ein gleichmäfsiges, brauchbares Erzeugnis liefern; andernteils durch vorbeugende Einrichtungen Sicherheit gegen unredliche Machenschaften Einzelner gewähren. Auf der Zweckdienlichkeit der statutarischen Ordnungen und auf der Leistungsfähigkeit der gemeinsamen Anstalten einerseits, auf der Gewissenhaftigkeit der Gewerbeschau andererseits beruhte demnach in hohem Mafse der gute Ruf und der gesicherte Absatz der städtischen Tuchmacherei. Unter diesen Voraussetzungen wurde das Prüfungszeichen zu einer für Verkäufer und Käufer gleich wichtigen Urkunde, die ihren Hauptwert im Handelsverkehr zeigte und ihn parallel mit diesem fortwährend steigerte.

Das Prüfungszeichen der Tucher erscheint bereits im dreizehnten Jahrhundert in den Urkunden. Die Tuche von St. Omer, die nach jedem der Arbeitsprozesse, die sie durchzumachen haben, einer Besichtigung unterzogen werden[2], erhalten schliefslich nach endgültiger Gewerbeschau das Stadtzeichen. Ohne vorgängige Stempelung durfte kein Stück aufgeschlagen und verpackt werden[3]. Bei der Schau und Stempelung durfte kein an der Ware Beteiligter zugegen sein[4]. Das Prüfungszeichen in Reims wird im Jahre 1292 genannt[5].

---

[1] S. auch oben S. 94 und 192 Anm. 4.

[2] S. oben S. 107 und Giry S. 352 ff.

[3] Nus ne puet faire loier drap entir de le vile ne saie, se ele n'est anchois seeleie del seel de le draperie de le vile, sor X lib. Giry S. 558 Art. 636. On a commandei ke nus tonderes ne ploie saie tainte ne dras devant che ke li corier l'aient rewardei et mis leur enseigne, sor LX s. A. a. O. S. 562 Art. 687. Auch für die Molekinweber (Seidenstoffweber) wird das Schauzeichen vorgeschrieben: Chascuns molekins doit avoir à l'un coron l'enseigne de le vile. A. a. O. S. 565 Art. 716.

[4] Ke nus soit en le maison là on poise et rewarde les dras et les saies tant ke corier poisent u rewardent son drap ou le saie. Giry S. 556 Art. 620.

[5] Que chascun puist faire drap pour lui et lui et sa maisgnie vestir tant et de tel affaire comme luy plaira; mais qu'il soit toutesvois en bon

In Amiens wird das Schauzeichen zuerst in der Tucherordnung von 1308 erwähnt. Die Tuche sollen an einem sichtbaren (d. h. nicht geheimen) und dem Hause des Tuchmachers benachbarten Orte untersucht werden, und die Schaubeamten sollen kein Siegel anlegen, bevor sie nicht das Tuch mit dem Meſsstabe Elle bei Elle geprüft haben[1]. Ein späteres Tucherstatut vom Jahre 1368 fügt hinzu, daſs der Weber am Ende des Stücks einen Abschlag in der Breite von acht Rieten weben solle, auf dem dann das Bleisiegel der Tucherzunft seinen Platz finden soll[2]. Beim Ausschnitt eines Stückes Tuch muſs das gesiegelte Ende bis zuletzt bleiben[3].

Die Tucherordnung für Carcassonne von 1317, die unter den älteren Statuten das Zeichenwesen am ausführlichsten behandelt[4], verordnet die Anlegung des Bleisiegels nach gehöriger Schau. Jedoch dürfen nur Stücke von mindestens sechszehnhundert Kettfäden[5] den Prüfungsstempel erhalten[6]. Die Tucher von Châlons s./M., die sich durch die unbefugte Nachahmung ihrer Tuchsorten schwer geschädigt fanden, erwirkten im Jahre 1339 ein königliches Privileg für die Stempelung der Tuche[7].

compte et en bonne laine, et que le seing de la ville de Reims n'y soit mie. Varin adm. I S. 1073.

[1] Il est accordé que tout le drap escru et paré seront veu et esgardé diligemment à perche et en lieux veaules ou en lieux voisins ès maisons et ès hosteulx de ceulx qui les auront, et que li scelleur n'y mesche nul scel, sy aront esté veux et eswardez à perche. Thiery 1 S. 343. Vgl. auch a. a. O. S. 523 Art. 23.

[2] Que aucuns tisserans aux draps qu'ilz tistront ne fachent nulle lizière queue, mais au bout des muisons en le fin d'icelle muison sera fait ung parquet de quatre filz de coton de VIII ros dedans oeuvre ouquel parquet, aprez le drap examiné et passé par les eswars du mestier, sera mis en plonc li seaux de le drapperie et s'aucuns le voeult faire ou quief de drap faire le porra par le manière que dessus est dit. Thierry I S. 632.

[3] Que aucuns drapiers ou aultres vendans draps ès halles là ù se vendent les draps d'Amiens ne vendent ès dittes halles aucun drap, demy-drap ou telle quantité qu'il y avoit, mais que seullement les draps qui sont fais à Amiens et qui sont passez par les eswars et scellez en plonc et en chire du scel d'Amiens; et que combien que li détailleur en vendent que tousjours détiengnent à vendre au derrain le quief là ù ara esté mis ledit scel. Thierry 1 S. 633.

[4] Haftungszeichen oben S. 193; Herkunftszeichen unten S. 214 u. 218.

[5] S. unten S. 215 Anm. 2.

[6] Et licet per predicta signa lanea ubi et per quem panni crudi facti fuerint evidentius designetur ut etiam in qua civitate burgo villa castro vel loco parati fuerint et perfectius adaptati cunctis possit similiter apparere, ultra et preter predicta signa lanea in pannis ipsis apposita si tamen legitimi fuerint et habeant intrensecam bonitatem de qua superius est expressum imponatur aliud signum (unicum tamen) plumbeum, commune pararie loci illius in quo parati fuerint et totaliter adaptati et hoc cum de tinctis seu tinctoriis panni quilibet extrahentur; sane nullus pannus minorem numerum filorum quam mille et sexcentorum in stamine continens tanquam minus idoneus sic signabitur quoquomodo. Ord. 11 S. 452.

[7] Comme de par nos amez les gardeurs de la drapperie de Chaalons nous eust esté signifié jadis pour eulx et pour les drappiers de ladite ville que

Es ist indes keineswegs vorauszusetzen, dafs der Tuchstempel in Châlons erst damals eingeführt wurde. Châlons war eine der ältesten und bestregulierten Tucherstädte mit einer genauen, der Bedeutung der Stadt entsprechenden Schau und Aufsicht. Auch mufste schon im Jahre 1245 der gleiche Mifsbrauch, über den sich die Tucher jetzt beschweren — der Verkauf von fremdem Tuch auf den Namen von Châlons — verboten werden[1].

In Abbéville verbietet im Jahre 1342 die für den spanisch-portugiesischen Verkehr erlassene Ratsordnung die Vorzeigung und den Verkauf alles Tuches, das nicht mit dem Stadtstempel versehen ist[2]. Auch darf bei der Schau und Siegelung niemand aufser den Schaubeamten anwesend sein[3]. Die gleichen Bestimmungen werden durch Statut des Jahres 1399 wiederholt[4]. Für die Tucher von La Grasse wird das Prüfungszeichen im

---

ladite drapperie d'icelle ville avoit esté d'ancienneté devant toutes autres drapperies faite et introduite sur certaine fourme de loy de loyal et tresgrant bonté pourquoy les draps avoient accoustumé estre plus vendus que draps d'autre drapperies communes: et que depuis peu de temps en ça, plusieurs de nostre royaume et dehors estoient entrepris de contrefaire leurs draps et les vendoient pour draps fais de Chaalons de laquelle fraude et malice le peuple et les bonnes gens qui les achetoient pour leurs usages et cuidoient avoir vrais draps de Chaalons avoient esté griefvement dommagiez et baretez quant il trouvoient la fausseté de petite durée en iceulx draps faus et contrefaits. et que pour ce ladite drapperie estoit moult avalée et diffamée . . . . Nous avons donné et octroyé . . . . qu'il aient un signet de plon tel comme il leur plaira pour mettre en leurs draps à la fin devant dite lequel signet sera pris et tenus par la main desdits gardeurs. Ord. 12 S. 551, Isamb. 3 S. 452. — Die Verleihungsformel besagt nicht, dafs die Tucher jetzt erst ein Siegel annehmen dürfen, sondern nur, dafs der König es seinerseits bestätigt und schützt. Vgl. das Stempelprivileg für die Draperie foraine zu Rouen von 1381 (unten S. 225 Anm. 4), das auch nur schlechthin von der Stempelverleihung spricht, während die Zunft das Recht der Stempelung auf Grund königlichen Privilegs schon seit 1373 besafs (unten S. 207 Anm. 4).

[1] S. oben S. 90 und Anm. 5. Das Privileg für Châlons ist im übrigen nicht, wie Isambert a. a. O. annimmt, das erste, das der König für die Stempelung der Tuche und deren Schutz erlassen hat. Das älteste ist vielmehr das für Carcassone vom Jahre 1317.

[2] Que tout li drap que on mettera pardevant le marcant pour acater soient marquié du fer de le ville et que seel de plone soit en cascun drap et jureront li courretier que il ne seront où drap soit vendu qui n'ait les deux merques avant toute oeuvre. Thierry 4 S. 132.

[3] Nulz ne soit en le sale où on rewarde les draps fors les wardes seulement. Thierry 4 S. 132 (s. oben S. 204 Anm. 4.)

[4] Que tous marchans Pareurs tixerans et autres faisans draps soit tenus de faire eswarder les draps qu'ilz feront et iceulx seeller bas et hault ainçois qu'ilz les puissent exposer en vente à quelque personne sur l'amende de soixante solz par. et de perdre le mestier an et jour. Et soyent prins bonnes et loyaulx personnes sans aucune faveur tant au regart de l'escruerie comme des draps parez lesquelz estroictement seront sermentez de faire bien et loyalment leur devoir . . . . et ne souffriront que aucun de quelque estat ou condicion qu'il soit soit present à regarder ses draps, et ne seelleront aucuns draps qui ne soient dignes de porter le fer de la ville. Ord. 8 S. 335 Art. 1 und 16.

Jahre 1350 erwähnt[1]. Eine Reihe von Urkunden erging wegen der Siegelung der Tuche in Rouen. Das Siegel der (alten) städtischen Tucherzunft von Rouen wurde durch ein Privileg des Jahres 1361 geordnet[2]. Zu jener Zeit liefsen sich normännische Weber, die durch die Ereignisse und Folgen des englisch-französischen Krieges aus ihren Wohnsitzen vertrieben wurden, in Rouen nieder. Die altstädtische Tucherzunft suchte indes unter allerhand Vorwänden den Gewerbebetrieb der Eingewanderten zu hindern[3]. Diese erwirkten sich nunmehr im Jahre 1373 einen königlichen Schutzbrief, der die neuen Weber zu einer eigenen Zunft zusammenschlofs, mit eigener Gewerbeschau und einem besonderen, von dem altstädtischen verschiedenen Tuchstempel[4]. Beide Zünfte bestanden längere Zeit nebeneinander. Der neuen Tucherzunft — draperie foraine genannt — wurde ihr Privileg nebst Stempelvorschrift im Jahre 1379[5] und 1381[6] erneuert; die Stempelpflicht der alten Zunft wurde im Jahre 1378 aufgezeichnet[7]. Im Jahre 1424 erfolgte die Verschmelzung beider Zünfte zu einer einzigen Zunft, die einen die Vereinigung bekundenden Stempel empfing[8].

Das Siegel für die Tuche von Commines wird in einer Urkunde des Jahres 1362 erwähnt[9]. Die Stempelung für Marvejols

---

[1] Belegstelle s. unten S. 219.

[2] Que doresenavent tous les plains draps qui seront faiz aus genz dudit mestier ès mettes dudit boujon soient scellez et merchiez de par Nous et les Maires qui pour le temps seront en ladicte ville et as draps dessusdiz sceller et merchier avons commis et par ces presentes lettres commettons les boujonneurs de ladite drapperie qui pour le temps seront . . . . lesquelz seront tenuz à faire serment des choses dessusdites garder bien et loyaument que curieusement veritablement et diligemment il deliveront et scelleront les draps qui vendront au scel aussitost au povre comme au riche, sanz faveur ne sanz haigne ne sanz acception de personne et avons accordé et par ces presentens accordonz ausdiz boujonneurs et à toute la communauté de ladicte drapperie que eulx gouverneront ledit scel par Nous et les Maires qui pour le temps seront en la fourme et maniere que eulx ont accoustumé à gouverner ledit boujon. Ord. 3 S. 495.

[3] S. unten S. 253.

[4] Et pour la difference des diz mestiers et ouvrage auxdiz supplians soit baillié de par Nous pour ledit temps une merche de laquele en leur dit ouvrage ilz puissent user pour oster toute souspeçon. Ord. 6 S. 463.

[5] Ord. 6 S. 463

[6] Belegstellen unten S. 225 Anm. 4.

[7] Par les dictes ordonnances et statuz quant les draps sont prests et appareillez il doivent estre rapportez aus jurez et gardes dessus diz; et se il sont trouvez bons il doivent estre signez du plain signe de la ville; et sinon il doivent estre acquis moitié à Nous et moitié à ladicte ville; et ne doivent les diz jurez signer aucun drap se yceulz draps ne sont à aucun du mestier de ladicte drapperie et se il n'ont esté drappez en ycelle ville et par les drap(iers) de l'aprise (Ord. druckt de la prise; s. unten S. 246) d'icelle drapperie. Ord. 6 S. 368.

[8] S. unten S. 212 Anm. 4.

[9] S. unten S. 222 Anm. 2.

wird durch Privileg von 1366[1], für Caen im Jahre 1367[2], für Saint-Lô im Jahre 1374[3], für Sens im Jahre 1376[4], für Montpellier im selben Jahre geordnet[5]. — Seit dieser Zeit, etwa seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts, wird in den Urkunden mehrfach der Brauch verzeichnet, die verschiedenen statutarischen Tuchsorten einer Stadt nicht gleichmäfsig zu stempeln, sondern durch abweichende Siegelung kenntlich zu machen. Im Jahre 1369 liefs sich die Stadt Châlons das Privileg erteilen, neben ihren alteingeführten Tuchen mit drei Tritten auch Sorten mit zwei Tritten machen zu dürfen, wie man sie in Brüssel, Mecheln, Louviers und Warennes fertigte. Die neuen Tuche mufsten indes mit einem andern Stempel als die alten gesiegelt werden[6]. Der Stadt Harfleur werden im Jahre 1376 sogar drei Qualitätssiegel, zur gesonderten Stempelung der feinen, mittleren und geringen Tuche, verliehen[7]. In einer Urkunde von St. Omer vom Jahre 1383 wird die gleichmäfsige Stempelung verschiedener Tuchsorten bereits als unehrlich bezeichnet[8].

Wie eine mehrmalige Schau der Tuche nach den einzelnen Arbeitsprozessen, so war auch eine mehrmalige Siegelung üblich,

---

[1] Qui duo probi viri prestito primitus in manibus predictorum bajuli et judicis aut eorum locatenentium vel eorum alterius, juramento quod circa premissa fideliter se habebunt pannos sufficientes numerum dictorum fillorum et mensuram predictos in se continentes certo signeto ad hoc auctoritate nostra predicta per predictos officiarias nostros ordinato signabunt. Ord. 4 S. 673.

[2] S. unten S. 225 Anm. 2.

[3] S. unten S. 212 Anm. 1.

[4] Nous . . . avons donné et octroié . . . . congié licence povoir et auctorité de faire constituer et ordener un propre seel perpetuel pour seeler en plonc par ledit maistre dudit mestier et par tous les autres maistres qui après lui seront touz les draps qui de cy en avant seront faiz en ladicte ville et qui seront visitez et trouvez estre bons et loyaux. Ord. 6 S. 307.

[5] Pro parte burgensium et habitatorum ipsius ville fuit nobis nuper humiliter supplicatum ut . . . . . . pannos hujusmodi aliquo signo vel sigillo plumbeo aut alio consigare seu sigillare sive consignari vel sigillari facere per custodes super hoc deputandos quorum ordinacio et institucio eis nichilominus committatur possint et valeant impune. Germain Montp. III S. 489.

[6] Nous avons pour ce, à la supplicacion dez dessus dis Seigneurs bourgois et habitans ordené et establi . . . . que en ladicte ville de Chaalons l'en face draps à trois pas selon l'ancien usage signés du signet de la ville et du pois accoustumé; et autres draps aussi filez au tour cardez et fais à deux pas et de certain pois comme l'en fait à Broisseles Malinez Louviers Warennes et autres bonnez villes; les quelz seront signez d'un autre signet de ladicte ville. Ord. 5 S. 193.

[7] Nous leur octroyons . . . . qu'il puissent avoir trois signez de plonc ou d'estainc telz et à tel signe qu'il leur plaira par l'advis et ordenance de nostre dit viconte et des diz visiteurs pour signer touz les draps qui desormais seront faiz tissus et lavez en ladicte ville de Harfleu; c'est assavoir l'un pour les draps de pure graine l'autre pour demie graine et l'autre pour les autres draps communs. Ord. 6 S. 197.

[8] S. unten S. 242 Anm.

und zwar wurde für die Zwischenprüfung ein Wachssiegel, für die endgültige Untersuchung ein Bleisiegel verwendet. Für Amiens wird das Wachssiegel in dem Tucherstatut von 1368 erwähnt [1]. Nach der Tucherordnung für Chartres von 1418 wird nach beendigtem Strecken und Walken ein Wachssiegel auf die Tuche aufgedrückt; nur wenn sich dieses Wachssiegel ordnungsgemäfs an der Ware befindet, darf das Bleisiegel angelegt werden [2]. In Montivilliers werden nach dem Statut von 1435 die Stücke, wie sie vom Webstuhl kommen, zunächst auf das Stadthaus gebracht und dort geprüft. Sind die Stücke gut, so bekommen sie ein Wachssiegel. Nach dem Walken und Scheren findet eine zweite Untersuchung statt. Die richtig befundenen Tuche werden dann mit Blei gesiegelt, und zwar wird bei feinen Tuchen neben dem Hauptstempel noch ein zweiter Qualitätsstempel angelegt [3].

In Bourges sind nach der Ordnung von 1443 drei statutarische Tuchsorten vorgesehen. Die schweren Tuche von zweitausend Kettfäden und die mittleren Tuche von sechszehnhundert Kettfäden werden mit dem grofsen Siegel, die leichten dagegen mit dem kleinen Siegel gestempelt [4]. Bei den Sayettewebern von Amiens empfängt nach dem Statut von 1480 jedes in der Stadt auf den Webstuhl gebrachte Stück zunächst das kleine Siegel, um es von den aufserhalb gewebten zu unterscheiden [5]. Nach vollständiger

---

[1] S. oben S. 205 Anm. 3.

[2] Belegstelle s. unten S 212 Anm. 2; s. auch S. 193 Anm. 3.

[3] Quant les draps sont faiz et tissuz par les tisserans doyvent estre apportez en l'ostel commun de nostreditte ville pardevant certains jurez en ce cognoissans . . . . . . pour ce que lors peut mieulx apparoir male tissure ou coture de drap qu'elle pourrait faire quant ilz seroient foulez. S'ilz sont trouvez bons et loyaulx au visiteur seront scellez d'un seel de cire à ce ordonné sans lequel seel nul foulon ne les peut ou doit appareiller. Aprés lesdits draps foulez et appareillez par les foulons doivent de rechef estre apportez oudit hostel commun de nostreditte ville de devant les gardes du seel de plomb à ce commis par nostredit vicomte . . . . . Et s'ilz sont trouvez bons et loyaulx seront seellez dudit seel de plomb; et en escarlates qui sont de pure graine est mis avec ledit seel ung autre seel different; et ès demy graines ung autre seel d'autre difference afin que nul marchant ne soit deceu d'acheter demy graine ou lieu de pure graine. Ord. 15 S. 31.

[4] Que tous draps qui seront en compte de vingt cens et au-dessus seront séelés en la teste d'un séel de plomp tel que cy-aprés est dit, à peine de V sols par; et seront signez du sing du tixerant qui les tiltra de son seing qu'il a accoustumé de faire de liziere rouge, pour cognoistre qu'il est en vingt cens et au dessus. Que tous les gris qui seront en leur estain en dix-huit cens et au-dessus seront séellés dudit séel et signez du seing du tixerant en liziere rouge. Que tous les gris bastars seront seellez d'un petit séel de plomb tel que cy-aprés est declaré. Ord. 13 S. 379.

[5] Ne porra nulz mectre jus les saies du mestier qu'elles ne soient signées du petit sceau à ce ordonné armoié des armes de ladicte ville en demonstrans qu'elles aront esté faictes en icelle ville; et se ilz en font aucunes aportées de dehors elles ne porteront point ledit fer. Thierry 2 S. 380.

Fertigstellung erhält die schwere Ware zwei große Siegel, die leichte Ware dagegen nur ein Siegel[1]. Die Stempel werden mit einem jährlich wechselnden Buchstaben des Alphabets versehen und jedes Jahr erneuert, damit man bei nachträglichen Beschwerden feststellen kann, welche Schaubeamte in dem betreffenden Jahr mit der Schau betraut waren und die fehlerhaften Stücke unbeanstandet haben durchgehen lassen[2]. — Bestimmungen über die Stempelung enthalten ferner noch Statuten der Tucher von Evreux vom Jahre 1406[3]; von Angers vom Jahre 1461[4], sowie der Goldstoff-Weber von Tours vom Jahre 1489[5].

Der Stempel wird in der Regel nur angebracht, um die gute Beschaffenheit der Ware zu bezeugen. Schlechte Ware darf den Stempel überhaupt nicht empfangen. Mitunter kommen indes in der Fabrikation Verfehlungen vor, die zwar der Ware die volle Marktmäßigkeit benehmen, aber doch nicht schwer genug wiegen, um einen unbedingten Ausschluß vom Verkehr zu rechtfertigen. In solchen Fällen wurde die bedingt zugelassene Ware öfter durch ein Zeichen kenntlich gemacht, das sich hierdurch als Minderwertszeichen charakterisiert.

Als vollwertig und marktgängig gilt im Mittelalter nur das ungeteilte, die statutarische Stücklänge[6] enthaltende Tuch. Das zerteilte Stück wird als minderwertig betrachtet. Wir haben in früheren Kapiteln mehrfach gesehen, daß die Zerschneidung eines ganzen Stückes in kleine Abschnitte eine der schweren Strafen bei Falschwerk war, die in ihrem Range gleich hinter der härtesten Strafe, der Verbrennung, folgte[7]. Die Zerstückelung konnte indes auch auf einer inneren, in der Ware selbst liegenden

---

[1] Que toutes saies bonnes justes et lealles faictes en ladite ville d'Amiens tant en fachon comme en coulleurs quelles qu'elles soient porteront deux grans seaulx en la monstre de desseure ainsy que on faisait en ladicte ville de Franchise et ailleurs. Item et les autres saies qui seront mendres par faulte de fillé ne porteront que ung seau. Thierry 2 S. 381.

[2] Avons aussy ordonné que lesdis eswars renouvelleront chacun an leur fer et que le vielz sera rompu mesmes que au fer de l'année présente sera mise A et ès aultres années enssievans B C D et aultres lectres comme il sera ordonné afin que se aucunes faulte est trouvé ès saies des années courans sur lesdites lectres on puist congnoistre qui avoit esté les eswars pour l'année de ladite faulte commise. Thierry 2 S. 383. Vgl. auch a. a. O. Art. 30 bis 32 über die Formalitäten der Schau.

[3] Tous les draps faiz en ladicte ville, banlieue et boujon d'Evreux tantost qu'ils seront prests pour ploier seront apportez aux jurez au lieu ordonné pour estre visitez et seellez. Ord. 9 S. 170.

[4] Que iceulx draps seront visitez par gens à ce congnoissans et ordonnez par entre eulx et seront scellez du scel de nostredite ville et que ledit scel soit mis en la garde d'un homme de bien marchant drappier ou autre de nostredite ville. Ord. 20 S. 94.

[5] Belegstelle s. unten S. 212 Anm. 6.

[6] S. unten S. 219.

[7] S. oben S. 128 und 133.

Ursache beruhen. Es war dies der Fall, wenn ein Stück das Strecken auf dem Spannrahmen[1] nicht aushielt und dabei durchriſs. Ein solches gerissenes Stück galt als unterwertig; es war bei hoher Strafe verboten, die Teilstücke wieder zu einem Ganzen zusammen zu nähen[2].

Das Stadtbuch von St. Omer sagt mit Bezug hierauf, daſs man ein schlecht gewebtes Stück nicht zerschneiden soll, wenn der Weber „das Wagnis des Spannrahmens" auf sich nehmen will. In solchem Fall sollen die Schaubeamten das Stück mit einem Zeichen versehen, damit es bei der Schau nicht übergangen werde[3]. Bricht das Stück auf dem Rahmen, so zahlt der Weber Strafe; will er das Wagnis des Spannens gar nicht erst versuchen, so zerschneidet man das beanstandete Stück in drei Abschnitte[4]. — In Abbéville wird nach dem Statut von 1342 der Stadtstempel als Minderwertszeichen auf jeden Abschnitt eines zerrissenen oder zerschnittenen Stückes gesetzt. Wenn ein Stück in der Spannanstalt gerissen ist, oder wenn es Fehler hat, wegen deren es der Zerschneidung verfällt, so wird jedes Teilstück mit dem Stadtzeichen gestempelt[5].

Eine andere Form des Minderwertzeichens ist die Lochung wegen Untergewichts. Nach der Weberordnung von La Grasse vom Jahre 1350 wurden mit dem Stempel des Schauamtes in ein untergewichtiges Stück so viele Löcher geschlagen, als dem Stück Pfunde an dem statutarischen Stückgewicht fehlten[6].

Als Form des Tuchstempels wird in den Urkunden zumeist nur mit einer allgemeinen Wendung das Stadtzeichen, das Stadtwappen, ohne weiteren Zusatz angegeben. Mitunter werden indes auch eigene Tuchersiegel beschrieben. Den Tuchern von Saint-Lô

---

[1] S. oben S. 94.

[2] S. oben S. 138 Anm. 2 und unten drittfolgende Anm.

[3] Et se le saie n'est bien tissue on ne le caupera mie se li faiseur veut prendre l'aventure des liches sor lui; et s'il veut prendre l'aventure sor lui, li esgardeur doivent metre une enseigne par quoi ele ne puisse escapeir d'estre rewardeie as liches. Giry S. 551 Art. 588.

[4] Giry a. a. O. und S 557 Art. 631.

[5] Que li draps qui seront rempu en le poulie demourront en deux pièches et que chascune pièce soit merquié de le merque de le ville et se en plus de pièccz ront on merquera cascune pièce et les porront les drappiers vendre la ù il vaulront les pièces merquiés. Thierry 4 S. 132 Art. 2. Et se li draps qui sera trouvés ors ou ensaynnés soit restaurés et depuis rapportés as wardes ou qui ne soit bien tains partout se il est trouvés en aucunes de ces teches en toutes ou en pluiseurs, soit coppés en troix pièches et cascune pièce sera merquée de le merque de le ville, et sera en amende. Art. 4. Vgl. auch Art. 6; s. unten S. 218 Anm. 4.

[6] Et néanmoins que à chacun drap soient faits autant de trous au chef premier avec le coin qui est au consulat de La Grasse par celui qui est commis à marquer lesdits draps par lesdits consuls comme sera en moins de livres ledit drap c'est à sçavoir pour chaque livre en moins un trou. Mahul II S. 499.

wurde im Jahre 1374 ein Siegel verliehen, das als Abzeichen den Krummstab zwischen S und LO aufwies[1]. Die Chartrainer Tucher führten ein Siegel, das auf der Rückseite einen Wappenhalter mit dem Stadtwappen zeigte[2]. Die beiden Rouener Tucherzünfte, die fremde und die altbürgerliche[3], empfingen bei ihrer Vereinigung ein Bundessiegel mit den Buchstaben F (foraine) und R (Rouennaise)[4]. Bei den Tuchern von Bourges bestand die Form des grofsen Siegels aus drei gehörnten Hämmeln, die des kleinen Siegels aus den von einer Krone überragten Buchstaben B, I und T[5]. Das Siegel der Goldstoffweber von Tours hatte auf der Vorderseite eine Krone über drei Lilien, auf der Rückseite einen Thurm[6].

3. Herkunftszeichen.

Der Herkunftsort einer Ware ist vielfach von Bedeutung für den handelsmäfsigen Wert einer Ware. Die Hervorbringung von Gütern in einer bestimmten Beschaffenheit ist häufig beschränkt auf gewisse Landstriche und Städte, die durch ihre natürliche Lage ausgezeichnet sind. Das Geschick und die Erfahrung der Bewohner sind ferner von grofsem Einflufs auf die Verarbeitung und die Brauchbarkeit ihrer Erzeugnisse. Endlich trägt die öffentliche Verwaltung oft in hohem Mafse zu der Wertschätzung bei, die einer Ware im Handel und Verkehr zugemessen wird.

[1] Et après ce qu'il auront esté visitez par les jurez et deputez à ce et selon ce qu'il est acoustumé à faire et auront esté trouvez bons et loyaulz seront signez ou bout d'un signet de plont où il aura une S à un titre dessuz une Croce Lo. Ord. 6 S. 96.

[2] Que tous les draps qui doresenavant seront fais en ladicte ville par maniere de draps marchans de la façon moison et labourage d'icelle ville auront un marc et saing publique de plom; ouquel marc aura d'un costé en l'emprainte l'ymage de Nostre-Dame et au dessoubz aura escript Chartres, et de l'autre part dudit marc aura en l'empraınte un Chartain qui contient les armes de ladicte ville; lequel marc et plommet sera imprimé et attaché en chascun tel drap après ce que par lesdiz jurez à ce commis et ordonnez il aura esté visité approuvé et passé à la foulerie jurée du Roy qui est en ladicte ville, mis à la poulie et signé par lesdiz jurez d'un séel et espraınte de cire à ce specialement ordonnée. Ord. 11 S. 13.

[3] S. oben S. 207.

[4] Au séel de ladicte drapperie a un aignel d'un costé et à l'autre costé une F et une R et une couronne dessus et deux fleurs-de-liz costians (côtoyans) l'F et l'R, en signe et conjonccion de deux drapperies. Ord. 13 S. 72.

[5] Et seront les seaux dont seront séellez lesdits draps, ronds; le grand séel marqué de trois moutons cornus et le petit séel d'un B, d'un I et T, couronnez. Ord. 13 S. 379. BIT bedeutet Bituricae.

[6] Que en chacune piece de drap d'or, d'argent, de velours, damas et satins ainsi faitz après que chacune piece aura esté trouvée bonne et lealement ouvrée sera mise une marque en laquelle aura d'un costé une couronne et trois fleurs de lix et de l'autre costé une tour; et semblablement seront marquez lesdits taffetas. Ord. 21 S. 119.

Insbesondere war im Mittelalter, wie wir mehrfach gesehen haben, der gute Ruf der örtlichen Polizei in vielen Fällen entscheidend für den marktmäfsigen Absatz eines Handelsgutes[1]. Die Kongruität der Herkunftsbezeichnungen wurde deshalb schon früh unter rechtlichen Schutz gestellt.

Das Gewerbe jedoch, von dem wir in dieser Richtung die eingehendste Auskunft erwarten dürften — nämlich die Krämer —, läfst uns mit älteren Nachrichten hier vollständig im Stich. Die Krämer gaben allerdings von jeher den von ihnen vertriebenen fremdländichen Waren gern die Bezeichnung der auswärtigen Herkunft; in welcher Form indes der Nachweis des fremden Ursprungs geführt wurde, ist aus den älteren Statuten nicht zu ersehen. Bis zu dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts war mir kein Krämerstatut auffindbar, das sich mit der Sicherstellung der Herkunftszeichen beschäftigt[2]. Erst das ausführliche Pariser Krämerstatut vom Jahre 1408 enthält einige Vorschriften über die Ursprungsbezeichnungen der Handelswaren[3].

Das Statut stellt zunächt zwei allgemeine Bestimmungen auf: die Waren müssen gut, ehrlich und handelsmäfsig, dem Lande der Herkunft gemäfs, in den Verkehr gebracht werden, und die Kaufleute, fremde wie einheimische, sind bei hoher Strafe verpflichtet, den Ursprungsort der Ware wahrheitsgemäfs und ohne Täuschung anzugeben[4]. Verboten ist also jede Verschleierung der Herkunft, sowie die Einfuhr von Waren von statutenwidriger und nicht marktmäfsiger Beschaffenheit.

Das Statut verlangt deshalb von den einheimischen Kaufleuten und Krämern, dafs sie die fremdländischen Waren nur in den marktgängigen, üblichen Mafsen und Stücken und in der herkömmlichen Güte und Beschaffenheit, halten sollen. Für den Grofshandel wird bestimmt, dafs die Verpackung und Aufmachung des Ursprungslandes nicht entfernt werden dürfe. Die fremden Händler sollen die nach Paris eingeführten Waren „unter ganzem

---

[1] Dies gilt auch für die heutige Zeit im Umfang des heutigen Polizeibegriffs. Von dem Stande der Gewerbepolizei und der Gesundheitspolizei des Ursprungslandes ist zunächst die Zulassung, alsdann die Behandlung und schliefslich die Bewertung der Erzeugnisse des betreffenden Landes im weiteren Handelsverkehr auch heute oft durchaus abhängig.

[2] Vgl. das Pariser Krämerstatut von 1324, Mét. 2 S. 242 ff.

[3] Que tous marchans quelconques tant forains comme autres demeurans à Paris qui s'entremectront doresnavant de la marchandise de mercerie à Paris seront tenuz de vendre denrées et marchandise de mercerie bonnes, loyales et marchandes selon le païs où elles seront et auront esté faites sur peine de perdre icelles denrées qui ne seront trouvées telles et d'amende arbitraire. Mét. 2 S. 249.

[4] Que tous marchans merciers quelconques desdictes denrées de mercerie seront tenus avouer leurs denrées et marchandises de mercerie qu'ils auront ou envoieront en ladicte ville de Paris pour vendre c'est assavoir qu'elles seront des villes lieux et pays où icelles denrées auront esté faites et non d'autre part, sur peine de cent sols parisis d'amende. Mét. 2 S. 249.

Seil und Ballen, in der Verpackung wie sie aus dem Ursprungslande kommen", an die Pariser Kaufleute und Krämer absetzen [1]. Ein Näheres über die Ursprungszeichen selbst und das dafür geltende Recht erfahren wir indes nicht.

Wir sind deshalb hier im wesentlichen auf den Bericht der Tucherzünfte angewiesen, die mit dem Stolz und der Selbständigkeit, die dieses Gewerbe während des ganzen Mittelalters auszeichneten, den Ursprung ihrer Erzeugnisse kenntlich machten. Schon das Schauzeichen trug Wappen oder Namen der Stadt und falsche Herkunftsangaben waren bereits im dreizehnten Jahrhundert verboten [2]. Daneben hatte jede Tucherstadt eine doppelte Form des Ursprungszeichens: 1. Das an der Seite des Stückes herlaufende Sahlband oder auch den am Anfang des Stückes vorgewebten sog. Vorschlag; und 2. das in jeder Stadt feststehende Ellenmafs der Stücke.

Die mit dem Tuch auf seiner ganzen Länge verbundene, dabei doch nicht zu dem Stoffe selbst gehörende Leiste, das Sahlband, erschien dem Mittelalter für die Zwecke der Zeichengebung ganz besonders tauglich. Mit den einfachsten Mitteln liefsen sich hier Abzeichen und Merkmale herstellen, die sich dem Käufer leicht einprägten und deren Abänderung oder gänzliches Fehlen sofort bemerkt wurde. Das Sahlband wurde hierdurch zu einem wertvollen Verkehrszeichen und seine Form wurde bereits im vierzehnten Jahrhundert gesetzlich geschützt.

Das Tucherstatut von Carcassonne vom Jahre 1317 schreibt vor, dafs die leichten weifsen Tuche, Blanchets genannt [3], zur Unterscheidung von den schweren Tuchen mit einem für jedermann kenntlichen Abzeichen versehen sein müssen; es sollen deshalb bei Blanchets im Sahlband je zwei und an dem Kopfende je drei blaue Fäden eingewebt werden [4]. Eine ganze Reihe

---

[1] Tous marchans quelzconques demourans hors la ville de Paris qui s'entremettent de vendre et faire vendre à Paris les denrées et marchandises appartenant à la mercerie dont cy aprés est faite mention seront tenus doresnavant de vendre icelles denrées en la maniére qui s'en suit, c'est assavoir, fustaines qui se font en Allemaigne, toiles taintes d'Allemaigne, coustelleries de quelques pays que ce soit, pignes de boys de Lymons, de Lymoges et des pays d'environ, euvre de forge de Thoulouze, de Retingues et autres marchandises, en balles ou en ballons, tonneaulx, barils, casses, en la manière qu'ils viennent du pays à présent et ont accoustumé de venir: et que les fustaines dessus declarées d'Allemagne soient de douze aulnes largement et du lé qu'ils ont accoustumé et non autrement. Mét. 2 S. 250. Semblablement tous marchans demeurans hors de la ville de Paris qui s'entremetteront de vendre et faire vendre à Paris serges qui appartiennent à la mercerie, c'est assavoir d'Arras, d'Angleterre, d'Irlande ou d'ailleurs, seront tenus de icelles vendre soubs cordes et les balles entières, ainsy comme elles viennent du pays et des longueurs accoustumées. Mét. 2 S. 251.

[2] Oben S. 90.

[3] Blanchet = drap leger à camisoles; Godefroy v. c.

[4] Quod panni minores albi et in albo parati more solito et perfecti qui blanqueti dicuntur ut ab omnibus et ubilibet cognoscantur ante quam

von Abstufungen für das Sahlband wird in der Tucherordnung von Amiens vom Jahre 1346 gegeben. Die waidfarbenen Tuche und die weifsen Kammgarne[1] von mindestens sechszehnhundert Kettfäden[2] hatten ein Sahlband von sechs Rieten[3] Breite[4] und in der Farbe des Tuches selber. Die Halbtuche[5] von mindestens sechzehnhundert Kettfäden hatten dagegen ein blaues Sahlband, das auf einer Seite durch zwei Garnfäden abgeteilt war[6]. Den geringen Tuchen von Lammwolle[7] endlich wurde ein schwarzes Sahlband gegeben, das zu beiden Seiten des Tuches durch einen doppelten Faden geteilt war[8].

Zwei bemerkenswerte Urkunden über den Schutz des Sahlbandes ergingen in den Jahren 1375 und 1379 zu Gunsten der Brüsseler Tucher. Das Tucheramt von Brüssel hatte sich im Jahre 1375 sein Sahlband durch ein Privileg König Karls V. schützen lassen[9] und zwar nach folgendem Muster: bei den grofsen

---

in albo parentur in qualibet parte longitudinis panni ejusdem duo et in quolibet capite tria fila dupplicia livida sive blava imponantur qui dum sic signati et perfecti fuerint in albo de Regno possunt extrahi sine fraude solvendo pro utrisque alia deveria consueta. Ord. 11 S. 449.

[1] Blans pigniez de sain. Über die Blancs genannten Tuche vgl. Bourquelot 1 S. 238.

[2] Die Anzahl der Kettfäden, die ein Tuch haben mufste, war durch Statut vorgeschrieben und galt als Qualitätsbestimmung. Das Auslassen von Kettfäden (Leerlassen der Riete) war strafbar. S. oben S. 146.

[3] „Riet oder Weberblatt. Alle Riete zusammen nehmen die ganze Breite der Kette ein, deren Fäden durch die Zwischenräume der Riete gezogen sind. Ihre Anzahl hängt ab von der Fädenanzahl der Kette und davon, wie viel Fäden durch den Raum zwischen zwei Zähnen gehen." Karmarsch, Handbuch der mechanischen Technologie. — Wie aus der vierten der nachfolgenden Anmerkungen hervorgeht, wurden hier je zwei Fäden durch das Riet gezogen, sodafs also das Sahlband zwölf Kettfäden breit war.

[4] Et ayent chilz drapz lizière de sis ros de lé et non plus. Thierry 1 S. 521.

[5] Demy-drap de blancquet d'estain aquis sans sain, d. h. aus Wolle, die beim Kämmen nicht gefettet wurde; s. oben Anm. 1 pigniez de sain.

[6] Et qu'il y ait à chil blancquet lizières bleus du pris de IIII deniers le livre, et soit l'une des lizières reffendue de deux fielx de cotton en ung ros. Thierry 1 S. 521.

[7] Blanqués d'aignelins. Über die Aignelins vgl. L. d. M. Einleitung S. 63 Anm. 3.

[8] Et que chilz blancqués ait noires lizières de waide et soit chacune lizières reffendue de ung rost de coton. S. 522.

[9] Voulons et ordonons que d'oresenavant aucuns vendeurs de draps en gros ou à détail tant en nostre bonne ville de Paris comme ailleurs en quelconque ville ou lieu que ce soit en nostre royaume ne puissent en vendant les draps que il vendront d'oresenavant tesmoignier ou affermer que il soient de la façon ou de la moison grant ou petite que ont les propres draps de Brouxelle se il n'en sont veritablement; et que il aient les cognoissances derrenierement faictes et ordonnées par les Eschevins les Doyans Jurez et par les marchans de la drapperie et du commun Conseil de Brouxelle pour ce que chascuns puist d'oresenavant clerement cognoistre les draps de Brouxelle et que il n'y ait fraude; c'est assavoir que en chascun drap de Brouxelle de la grant moison aura les deux lisieres au lonc du drap royées de divers filz et desparaux sur peine de perdre et confisquer à Nous les drap entier. Ord. 6 S. 175.

Tuchen von Brüssel[1] bestand das Sahlband zu beiden Seiten des Tuches aus gestreiften und abstechenden Fäden, bei den kleinen Tuchen war nur die eine Seite gestreift. Im Jahre 1379 beschwerten sich die Brüsseler, dafs die Tucher von Montivilliers[2] das gestreifte Sahlband nachahmten zur Täuschung und Irreführung des gemeinen Mannes[3]. Der König verfügte darauf, dafs den Brüsselern allein zustehen solle, ein Sahlband aus gestreiften und abstechenden Fäden an ihren Tuchen anzuweben, als Kennzeichen der ächten Brüsseler Tuche. Jeder andern Tucherstadt wird verboten, sich eines Sahlbandes nach Brüsseler Muster zu bedienen oder entsprechend ausgestattete Stücke in Verkehr zu bringen[4].

Den Tuchern von Rouen wurde im Jahre 1458 ein eigenes Sahlband geschützt. Die Zusammenstellung war die folgende: drei Fäden von der Farbe des Tuches an dem äufseren Rande der Leiste; daneben nach innen vier doppelte gezwirnte Fäden von abstechender Farbe; darunter drei einfache tuchfarbene Fäden und zwei einfache Fäden von abstechender Farbe[5]. Zugleich

---

[1] Über das grofse und kleine Mafs der Tuche s. unten S. 221.

[2] Département Seine Inférieure.

[3] Comme par noz dictes lettres dessus transscriptes Nous aiens voulu et ordené pour le proffit et utilité de toute la chose publique de nostre Royaume et afin que chascun peust dès lors en avant congnoistre telement les draps de Brouxelles et qu'il n'y eust aucune fraude que chascun drap de Brouxelles de la grant moison auroit les deux lisieres au long du drap royées de filz divers et desparaux, et en chascun drap de la petite moison auroit une lisière au long du drap royée de divers filz et desparaux;..... et néantmoins Nous avons n'agaires entendu par l'umble supplication des diz de Brouxelles que aucuns de Monstiervillier ou autres se sont efforciez de faire de jour en jour draps à lisiere de filz divers et desparaux au long de la lisiere ou lisieres si prés de la façon ou à la semblance des lisieres des draps de Brouxelles que simples gens n'en pevent ou pourroient bonnement avoir cognoissance. Ord. 6 S. 454.

[4] Nous voulons, ordenons et octroions aux dessus diz de Brouxelles que les diz de Brouxelles facent et puissent faire les lisieres de leurs draps tant de la graut moison comme de la petite de filz divers differens et desparaux au long de la lisiere ou lisieres; c'est assavoir à ceulx de la grant moison au long des deux lisieres: et à ceulx de la petite moison au long de l'une des lisieres. Et en oultre voulons et ordenons que aucuns de Monstiervillier ou d'ailleurs de quelque païs ou ville que ce soit en nostre dit Royaume ne puisse faire d'oresenavant aucune lisiere ou lisieres royées où il ait de filz divers et desparaux en drap ou draps par dedens drap, joignant de drap ou en lisiere soit ou milieu au long de lisiere ou au bort dessus ou dessoubz ou autrement, fors d'une couleur seulement; mais que les diz de Brouxelles qui les pourront faire à filz desparaux et differens par la maniere que dit est par quoy on puisse clerement congnoistre d'oresenavant les draps de Brouxelles et ceulz qui n'en seront pas et senz ce que aucuns de nostredit Royaume ne aucun forain d'icellui de quelque lieu qu'il soit puisse vendre ne faire vendre oudit Royaume en gros ne à detail aucuns draps à lisiere royée de fil ou filz divers ou despareil fors seulement les diz de Brouxelles. Ord. 6 S. 455.

[5] Et pour eviter aux fraudes et abus qui se pourroient faire et commetre en ladicte drapperie ayent accoustumé en oultre les drappiers et labourans en icelle mettre et apposer en chascun desdiz draps en signe

wurde allen Gerichtsbehörden befohlen, den Tuchern und Kaufleuten ihres Bezirkes von dem Rouener Privileg Kenntnis zu geben, mit der Auflage, binnen eines Monats alle etwa mit dem gleichen Sahlband gewebten Tuche mit einem Stempel zu versehen, aus dem ersichtlich ist, dafs sie nicht aus Rouen stammen [1]. — In Saint-Lô war in Folge des Krieges mit England und der Verheerung der Normandie das Tuchergewerbe im fünfzehnten Jahrhundert in Verfall geraten. Das Sahlband, das ehedem die grofsen Tuche [2] von Saint-Lô kennzeichnete, wurde von jedermann benutzt und zur Unehre der Stadt nachgeahmt [3]. Nach der Wiederkehr friedlicher Zustände unter Karl VII. traten die Tucher von Saint-Lô zusammen und vereinbarten ein neues Sahlband, dem sie folgende Anordnung gaben: am Rand der Leiste sieben Fäden, innen gegen das Tuch hin einen Faden; dazwischen ein Rietvoll (d. i. zwei Fäden [4]) von der Kette des Tuches [5]. Das Muster wurde im Jahre 1460 vom König privilegiert. — Für Montivilliers wurde im Jahre 1461 ein Sahlband bestätigt. Es sollten darnach aufsen an der Leiste zwei gezwirnte Fäden, welche

---

et afin que on les puisse connoistre une lisiere qui est de 3 filz de la couleur du drap au bord dehors; et oultre y a après 4 filz doubles retuers différens de la couleur dudict drap et au-dessous trois filz sangles de la couleur d'iceluy drap et après deux autres filz sangles de la couleur des diz 4 filz retuers. Ord. 14 S. 472. Hier wird also ein viel genauer specialisiertes Muster verlangt als bei dem achtzig Jahre älteren Privileg für Brüssel.

[1] Nous derechief donnons en mandement ausdits bailliz seneschaulx ou à leurs lieuxtenans qu'ils facent on facent faire exprès commandement de par Nous à tous les drappiers et marchands vendant draps en leurs bailliages et seneschaussées que dedans un mois aprés le commandement à eulx faict ils apportent par devers la justice des lieux où lesdicts marchands seront demourans tous les draps qu'ils auront par devers eulx, faiz à ladicte lisière de Rouen autre part que en icelle ville afin que par ladicte justice soit esdicts draps mise contre-marque ou autre enseigne telle que par ladicte justice sera advisé en maniere que on puisse connoistre que iceulx draps n'ont esté faicts en ladicte ville de Rouen. Ord. 14 S. 473.

[2] S. unten S. 221.

[3] A l occassion duquel liz dont chacun use à présent taut en estranges parties comme dict est que ez villages d'environ le pays et mesme en la petite drapperie de Sainct-Lô, les jurez qui sont gardes des seaux de ladicte drapperie ne savent ou peuvent connoistre se les draps que l'en leur apporte sont de la façon visitation et bougon de ladicte ville ou non; et se il advient que en les visitant l'on y trouve aucune faute, ceux qui les apportent dient que l'en ne peut asseoir aucun jugement pugnition ou amende et qu'il n'y a point de liz propre ne arrêté en ladicte ville pour la grande drapperie pour ce que, chascun use du liz ancien et autre liz. Ord. 14 S. 494.

[4] S. oben S. 215 Anm. 3 am Ende.

[5] Es draps qui seront faiz en ladicte ville et qui porteront le séel d'icelle ville auront lisiere de sept fils tout au bord dudict drap et un fil par-dedans, une rosée d'estrain dudict drap entre ladicte lisiere qui est au bord dudit drap et ledit fil de lisiere qui est au dedans. Ord. 14 S. 494.

die gleiche Farbe wie das Tuch selber hatten, eingewebt werden [1]. [2] —

Die Abtrennung des Sahlbandes galt als ein Strafmittel. Das Tuch, dem die Leiste an einer Seite fehlte, war hierdurch als fehlerhaft gekennzeichnet. Die Urkunden erwähnen die entsprechende Prozedur häufig. In Abbéville sollte bei fehlerhaftem Tuch entweder ein Stück von fünf Ellen abgeschnitten und auf die Teilstücke der Minderwertstempel [3] aufgedrückt, oder es sollte die Sahlleiste an einer Seite abgerissen werden [4]. In Amiens wird von statutenwidriger Ware das Sahlband an einer Seite abgetrennt [5]. Die gleiche Strafe verhängten die Tucher von Troyes über unehrliches Tuch [6].

Weniger zahlreich als die Urkunden über das Sahlband sind die über den Vorschlag. Der Vorschlag wird von dem Weber an dem Anfang des Stückes gewebt, bevor mit dem Weben des Stoffes selber begonnen wird. Als statutgemäfse Einrichtung ist mir der Vorschlag im vierzehnten Jahrhundert nur in einigen südfranzösischen Urkunden bekannt geworden; dort gilt er als ausführlich behandeltes Herkunftszeichen.

Die Tucher von Carcassonne weben als Vorschlag zu Anfang des Stückes zunächst die Figur einer Wurzel aus weifsem Garn, drei Finger breit; darauf folgen drei blaue Lilien. In Narbonne dagegen setzt sich das eingewebte Zeichen zusammen aus einem Doppelkreuz auf der rechten Seite, einer Lilie in der Mitte und einem Schlüssel zur Linken des Vorschlags [7]. In La Grasse

---

[1] Est et doit estre mis esdits draps faiz et drapez en nostredite ville et ès trois parroisses seulement tout au long de la lisiere ou dehors d'icelle deux filz retours de la propre laine et coture du drap et sont lesdittes lisieres des couleurs accoustumées sans ce que nulle autre ville ou pays puissent ne doyent draper au semblable marque et lisiere. Ord. 15 S. 31.

[2] Vgl. noch über Abänderungen des Sahlbandes in Amiens. Thierry 2 S. 58 Art. 3 und S. 462 Art. 16.

[3] S. oben S. 211.

[4] Que le drap qui n'ara sen droit poix ou qui n'ara se longueur ou qui n'ara sen lé tel comme il doit estre, comment qu'il soit accomplis des aultres coses, se il y faut de cestes ou à toutes ensemble, sera coppés du premier bout chincq aunes, et les deux pièces seront merquiés du fer de le ville ou on li ostera le lisière de l'un bout jusques à l'autre. Thiery 4 S. 132.

[5] Et qui ne les fera à celle ordonnance, que il l'amende de V solz et en oste une lizière de drap. Thierry 1 S. 522.

[6] Belegstelle s. unten 2. Abschn. 3. Kap.

[7] Quod ut omnes et singuli panni qui in senescallia Carcassone et in aliis partibus Occitanis fient in posterum ubi et per quem facti fuerint evidentius cognoscantur et per hoc singuli ad meliorandos pannos melius excitentur quilibet pannus signum suum proprium continebit videlicet in Carcassona et ejus suburbiis et toto Carcassesio in primo capite cujuslibet panni fiet una radicula sive vista de cotonno albissimo latitudinis ad minus trium digitorum communium, sed in primo capite cujuslibet panni pro signo erunt tres flores lilii unum in quolibet latere et alterum in medio contexendo; in ultimo vero capite cujuslibet panni in latere quolibet erit unus flos lilii qui flores lilii de colore blavo seu livido contexentur et in

wird nach dem Tucherstatut von 1350 auf den schweren Tuchen als Vorschlag zuerst ein Krummstab gewebt, das Zeichen des Abtes, darnach das Stadtwappen, bestehend aus einem roten und zwei weifsen Balken [1]. Bei geringen Tuchen darf dagegen weder ein Vorschlag noch ein Sahlband von besonderer Farbe gewebt werden; Tuch, Vorschlag und Sahlband müssen vielmehr von ein und derselben Farbe sein [2].

Das Mafs der Stücke endlich — das heifst die statutarische Ellenzahl, die ein Stück Tuch enthält, la moison des draps [3] — bildete ein weiteres Herkunftsmerkmal der Tuche. Für jede Tucherstadt [4] war das Stückmafs durch Statut festgestellt [5]; andere als die vorgeschriebenen Grundmafse durften nicht angefertigt werden [6].

Zwischen der Vorstellung von der Stücklänge und von der Qualität der Tuche bestand während des Mittelalters ein enger Zusammenhang [7]. Die Entstehung dieses Zusammenhangs ist

medio signum textoris quale voluerint imponetur: in Narbona vero et ejus suburbiis et in toto Narbonesio in primo capite cujuslibet panni fiet ut predictum est una radicula sive vista de cotonno albissimo, latitudinis ad minus trium digitorum communium in parte vero dextra ejusdem primi capitis panni texetur signum id est crux duplex in medio unus flos lilii et in sinistra parte una clavis et ista signa omnia fient de colore livido sive blavo; in ultimo vero capite panni fiet in quolibet latere unus flos lilii coloris lividi sive blavi et in medio signum textoris quale voluerit imponetur. Ord. 11 S. 452.

[1] En outre afin que les bons draps soient connus entre les mauvais et pour le contraire, qu'à tous les draps qui seront quatorzains ou de plus de mesure de peigne il soit fait au telier au premier bout, une crosse, indiquant la marque dudit Mr l'Abbé; et aprés dessous la crosse, la la marque de la ville; c'est à savoir une barre rouge, ample de douze ou de seize ou de vingt doigts environ et deux barres blanches; et après deux [barres] blanches de chaque côté de la rouge lesquelles entre toutes ayent autant de ampleur comme ladite barre rouge environ. Mahul II S. 499.

[2] Et si tant sera qu'aucun veuille faire draps de palmela (?) treize ou de moins de mesure de peignę qu'il n'ose y faire aucun chef ni aucune lisière sous ladite peine, mais tant seulement qu'ils se fassent tout unis; en telle façon que entre le drap, le chef et les lisières il n'y aye aucune variation de couleur. Mahul II S. 500.

[3] Moison ist der alte Ausdruck für Stücklänge; vgl. Fontanon I S. 1033.

[4] Ville de draperie, d. h. eine Stadt, in der das Tuchergewerbe zünftig, nach Statuten und unter zünftiger Gewerbeschau ausgeübt wurde. Die Zahl der französischen Tucherstädte betrug ursprünglich siebzehn; s. unten 2. Abschn. 2. Kap.

[5] Dafs jede Qualität zu jener Zeit für das ganze Gewerk einer Stadt gleichmäfsig und verbindlich war, wurde oben bereits gesagt. S. S. 204.

[6] Für das Einlaufen der rohen Ware beim Walken wurde ein gewisser Spielraum gelassen. Vgl. Giry S. 553 Art. 596 und 600; Thierry I S. 340 und 521.

[7] Dafs sich Wertvorstellungen überhaupt mit der Qualität der Tuche verknüpfen, hat zuerst Schmoller nachgewiesen, Tucher S. 370 f.

m. E. darin zu suchen, daſs auf einer Kette von einer bestimmten Länge ein statutarisch bestimmtes Quantum Wolle verwebt sein muſste; Stücklänge und Stückschwere standen demnach in unmittelbarer Wechselwirkung. Die älteren Statuten halten diesen Zusammenhang noch genau fest und geben die Qualitätsbestimmung für die Tuchmacherei durch ein bestimmtes Verhältnis zwischen Gewicht und Ellenmaſs.

Das Stadtbuch von St. Omer ordnet an, daſs das Tuch, wie es vom Webstuhl kommt, neununddreiſsig Pfund wiegen, und nach dem Strecken auf dem Spannrahmen mindestens achtunddreiſsig, höchstens neununddreiſsig Ellen in der Länge und zweiundeinhalbviertel Ellen in der Breite messen soll[1]. In Beauvais muſs nach dem Vertrag von 1276 das Tuch eine Länge von vierzig Ellen für das ganze und von zwanzig Ellen für das halbe Stück und dabei das entsprechende statutarische Gewicht haben. Ein Mindergewicht von zwei Pfund bei den groſsen, von einem Pfund bei den kleinen Tuchen galt als Übertretung; ein gröſseres Mindergewicht als Falschwerk[2]. Die Tuche von Abbéville sollen nach der Ordnung des Jahres 1300 zwanzighundert Kettfäden, eine Stücklänge von dreiſsig Ellen und ein Stückgewicht von zweiundvierzig Pfund haben[3]. Die Tucherordnung von La Grasse von 1350 bestimmt, daſs die Tuche von vierzehnhundert Kettfäden 37 Pfund, die von dreizehnhundert Fäden 34 Pfund Gewicht und fünfzehn Cannae[4] und sechs Palmae Länge haben müssen[5]. Die Pariser Weber sollen nach der Ordnung von 1351 ihre Tuche von sechzehnhundert Kettfäden zwanzig Ellen lang und dreiſsig Pfund schwer machen. Das Tuch aus grober Wolle soll bei zwanzig Ellen Länge zweiunddreiſsig Pfund wiegen; und die halben Stücke sollen auf zehn Ellen die Häfte des Gewichts der ganzen Stücke haben[6].

---

[1] S. oben S. 90 Anm. 7.

[2] S. oben S. 90 Anm. 6.

[3] S. oben S. 90 Anm. 3.

[4] Die Canna, altes Längenmaſs, nach Ducange v. c. etwa anderthalb Ellen (hier aber wohl gröſser) anzunehmen, zerfällt in acht Palmae (pans).

[5] Que lesdits draps quatorzains et trezeins pèsent et tiennent la forme du poids qui est ordonné au consulat de La Grasse lorsqu'ils doivent être marqués du plomb; c'est à savoir de trente et sept livres ou de XXXIIII livres qu'ils pèsent au moins; ..... Que tout homme et toute personne de ladite ville draps faisant ..... fassent lesdites draps de telle mesure et de telle longueur que quand ils sortiront du telier ils contiennent par les deux lisières quinze canes et six pans. Mahul II S. 499.

[6] Que ils puissent faire drap de vint alnes en seize cens de fines lainnes que peseront cheaus du mestier avant que ils soient parez chacun trente livres en balance; et drap ou dit compte de grosses laines sans vilain gart qui peseront cheaus du mestier aincois que il soient, chacun trente et deux livres en balance; et draps de trame tainte en lainne, en chaienne tainte en fillé, ou dit compte, chascun du pois de trente et deux livres, en la maniere dessusdicte; et demi draps oudit compte contenans dix alnes et poisens comme dit et chascun la moitié du pois desdictes de vint alnes dessusdiz. Mét. 3 S. 143.

Es hatte sich demnach für eine bestimmte Tuch*sorte* auch eine bestimmte Tuch*länge* herausgebildet, sodafs die von einer Tucherstadt angefertigte, feststehende Qualität auch ein feststehendes Stückmafs bedingte. Allgemein unterschied man hierbei zwischen der grant moison und der petite moison, den grofsen und den kleinen Tuchen. Das Stückmafs jeder Stadt war auf den Messen und Märkten bekannt und gehörte zu den marktgängigen Eigenschaften der Ware. Die Mannichfaltigkeit der Mafse war, entsprechend der Verschiedenheit der Qualitäten, sehr grofs. Eine Mafstafel des Jahres 1284 zählt 47 Städte auf, für deren Tuche im ganzen zwanzig verschiedene Abmessungen gelten[1].

Die Festsetzung gültiger Stückmafse und der Übergang zu abweichenden Stücklängen konnten nur durch Statut und Privileg erfolgen. Die Tucherstädte hatten zumeist schon im dreizehnten Jahrhundert ihre festen und bekannten Mafse. Doch kommt vereinzelt der Fall vor, dafs noch im vierzehnten Jahrhundert einer Stadt durch Privileg ein Stückmafs neu verliehen wird. Die Stadt Caen wandte sich im Jahre 1367 an den König Karl V., weil ihr bis dahin jede Ordnung für das Mafs der Tuche gefehlt hatte und liefs sich bestimmte Abmessungen durch den König privilegieren[2]. — In den gleichen Formen des Privilegs vollzog sich die Abänderung eines einmal angenommenen Stückmafses. Das statutarische Mafs der Tuche von Louviers betrug 19½ Ellen. Im Jahre 1408 fühlten sich die Tucher von Louviers beschwert, weil ihnen, wenn an einem Stück eine Kleinigkeit zu 19½ Ellen fehlte, von den Käufern gleich ein grofser, unverhältnismäfsiger Abzug gemacht wurde. Die Tucher wünschten deshalb, dafs ihr Tuchmafs künftig auf 19 Ellen festgesetzt werde und erwirkten sich ein entsprechendes Privileg, das im Jahre 1409 die königliche Bestätigung fand[3].

---

[1] Abgedruckt bei *Bourquelot* 1 S. 254. Es kommen folgende Stückmafse vor: 14 Ellen dreimal, 15 E. zweimal, 18 E. einmal, 19 E. dreimal, 20 E. einmal, 21 E. einmal, 24 E. dreimal, 25 E. dreimal, 26 E. dreimal, 27 E. fünfmal, 28 E. viermal, 29 E. sechsmal, 30 E. neunmal, 31 E. zweimal, 34 E. dreimal, 36 E. einmal, 37 E. einmal, 38 E. dreimal, 40 E. einmal, 48 E. zweimal.

[2] Comme en plusieurs bonnes villes de nostre Royaume soit ordené que chascun drap soit de certaine moison et signée de certain signe de plomb pour eschiver toutes fraudes et deffaus que l'en y pourroit commectre; et en ladite ville de Caen où l'en euvre d'ensiennete grant foison du mestier de drapperie et de sarger, n'a en jusques à ores aucune ordenance de moison ne point de signet ès draps et sarger qui y sont faictes, ou grant dommage du peuple et de ceulz qui les achetent qui cuident que iceulx draps et sarger soient tous d'une moison en long et en lés; et il y en a plusieurs qui sont mendres que les autres et pour pourveoir à ce et aussi aux fraudes malices et inconveniens qui s'en pourroient ensuiir ont les diz supplians ou aucuns d'eulx avisé certaine ordenance sur ce. *Ord.* 5 S. 105.

[3] Que ilz avoient accoustumé ou temps passé vendre et livrer les grans draps entiers faiz en ladicte ville et sous le boujon de la drapperie d'icelle par le nombre de dix-neuf aulnes et demie à l'aulne de Paris; et pour ce que quant il avenoit que ilz vendoient et livroient yceulx draps

Es fehlte schliefslich nicht an Kollisionen in der Bestreitung und Behauptung der Stückmafse. Von besonderem Interesse hierfür ist ein Streit, der in den Jahren 1361 und 1367 zwischen den Tuchern von Commines und denen von Ypern[1] geführt wurde. Die Tucher von Commines hatten sich im Jahre 1361 ein Privileg ausgewirkt, wonach es ihnen zustehen sollte, neben ihren Tuchen kleinen Mafses auch Tuche grofsen Mafses von 13¹/₂ Viertel Breite und vierzig Ellen Länge anzufertigen[2]. Es waren dies aber die Mafse von Ypern. Die Tucher von Ypern wandten sich unter Darlegung des Sachverhalts an den König Karl V. Der König zog darauf das zu Unrecht erlangte Privileg zurück, untersagte den Tuchern von Commines die Anfertigung grofser Tuche nach den Stückmafsen von Ypern und beschränkte sie auf die ihnen von alters her zustehenden Tuche kleinen Mafses[3].

---

par le nombre dessusdit en ladicte ville de Paris la foire du Landit ou ailleurs et il escheoit que lesdiz draps ou aucuns d'iceulx estoient trouvez plus cours de demi quartier de moins ou de très-peu de chose les marchans qui achetoient ou avoient achettez les draps dessusdiz en vouloient grandement plus rabatre de l'argent de cellui ou ceulx qui avoient vendus lesdiz draps, dont il se mouvoit souvent plusieurs debas noises et descors entre les vendeurs et les achecteurs ..... Pourquoi nous (bailli) avons ordonné et ordonnons entant que faire le povons que d'oresenavant les draps de ladicte ville et qui seroient faiz soubz le boujon d'icelle ne seroient vendus plevis ne livrez pour plus graut nombre que de XIX aulnes de Paris en quelque lieu ou lieux qu'ilz seroient vendus ou livrez. Ord. 9 S. 442.

¹ Dafs Ausländern der gleiche Schutz wie Inländern gewährt wurde, haben wir schon oben S. 215 bei Brüssel gesehen.

² Nous a esté exposé que comme par avant le temps du conflet qui avint entre Nous et les Anglois devant Poictiers. de si lonc temps qu'il n'est mémoire du contraire, lesdits drappiers et les prédecesseurs d'iceulx ayent tousjours faict et accoustumé faire paisiblement sans aucun contredict ou empeschement, bons. loyaulx et souffisants draps: c'est assçavoir ceulx de la grande moison de treize quartiers et demy de let et de quarante aulnes de long en l'ostille et soixante et quinze portées chascune portée de vingtquatre fuils; de la petite moison en certaine autre fourme et maniere en avenant par eulx accoustumée: les quielz draps sitost comme faicts estoient bons vrays ou loyaulx de la façon dessusdite estoient ou devoient estre scellez ou signez du séel ou signet de laditte ville en la manière accoustumée. Ord. 12 S. 570.

³ Oye la supplicacion de noz bien amez l'Advoué Eschevins et communauté de la ville d'Ippre requerrans que comme aucuns drappiers de la ville de Commines soient traiz pardevers Nous ou nostre court et aient fait extraire de noz registres une certeinne charte ou lettres adreçans au Gouverneur du souverain baillage de Lille de Douay et de Tournesis ou son Lieutenant: laquelle Chartre ou lettres il disoient à eulx avoir esté octroiée par feu nostre trés chier Seigneur et pere que Dieux absoille: par vertu dezquelles disoient et maintenoient avoir licence de faire et povoir faire draps de la grande moison; c'est assavoir de trese quartiers et demi de large et quarante aunes de long et par ainsin seroient lesdiz draps samblables et paraulx aux grans draps de la ville d'Ippre; ..... Nous, oy ledit rapport, par la deliberation et advis de nostre conseil avous ordené et ordennons et octroions de nostre auctorité Royal et de certeinne science par cez presentes que dores-en-avant lezdiz de Commines et leurs successeurs ne pourront faire ne faire faire lez draps dessusdiz de treze quartiers et demi de large et de quarante aunes de long; maix

II. Die Einbeziehung des Zeichenrechts in die königliche Gesetzgebung.

Die Einbeziehung des Rechts der Verkehrszeichen in die königliche Gesetzgebung gehört dem vierzehnten Jahrhundert an; während des dreizehnten Jahrhunderts fand das Königtum noch wenig Anlafs zum Eingreifen.

In das Jahr 1275 fällt indes der Versuch Philipps III., dem Gold- und Silberstempel eine einheitliche Ordnung zu geben. In einer Ordonnanz über das Münzwesen schrieb der König vor, dafs 1. das Silber in allen Städten des Reiches in der Lötigkeit wie in der Stadt Tours (bekannt wegen ihrer Münze) verarbeitet werden solle und 2. dafs im übrigen jede Stadt einen eigenen Stadtstempel für Silberwaren annehmen solle und dafs künftig kein Silberschmied den Stempel einer fremden Stadt auf seine Ware setzen dürfe, bei Verlust des also gezeichneten Gegenstandes[1].

Mit dieser Ordnung hängt ein im gleichen Jahre 1275 erlassenes Rundschreiben zusammen, das allen Gerichtsbehörden des Reiches befiehlt, den Goldschmieden ihres Bezirks den Gebrauch des Stempels der Goldschmiede von Tours zu untersagen[2]. Den Anlafs zu diesem Rundschreiben gaben aber nicht, wie bisher angenommen wird[3], Beschwerden der Goldschmiede von Tours über die Nachahmung ihres Stempels; sondern die Verfügung verfolgt den gleichen Zweck wie die eben erwähnte Ordonnanz, nämlich die Ordnung eines besonderen Stempels für eine jede Stadt des Reiches, bei im übrigen gleicher Lötigkeit des Silbers. Aus diesem Grunde verbietet das Rundschreiben, den Stempel von Tours auf aufserhalb der Stadt gefertigte Gegenstände zu setzen[4]. Die Vorschrift steht in Verbindung mit einer gleich-

---

feront et pourront faire petis draps en la maniere qu'il faisoient en ladicte ville paravant leurdicte impetration. Ord. 5 S. 9.

[1] Volumus quod in omnibus villis ubi argentarii operabuntur de argento quod operentur de argento affinato de Calis scilicet quemadmodum operatur apud Tur. Et quod quelibet villa habeat signum suum proprium et quod nullus faciat signum alterius et quicumque contra hoc fecerit amittet argentum. Ord. 1 S. 814.

[2] Quum nobis datum sit intelligi quod nonnulli aurifabri in locis et potestatibus vestris commorantes in vasis argenteis que fabricant ponunt signum simile signo quod aurifabri castri Turonensis in operibus suis ponunt et ponere consueverunt, mandamus vobis quatinus districte percipiatis predictis aurifabris in potestatibus vestris commorantibus quod de cetero facere talia non presument illos qui contra fecerint graviter punientes. In Abschrift erhalten bei Dom Housseau, Chartes d'Anjou et Touraine VII No. 3276, citiert bei Chauvigné, histoire des corporations d'arts et métiers de Touraine, Tours 1885.

[3] Chauvigné a. a. O. S. 23 und Giraudet, histoire de Tours 1873, Band 1 S. 132.

[4] Die Bestimmung bezüglich der Annahme eines Stadtstempels für die Goldschmiede wurde im Jahre 1313 in einer Münzordnung Philipps IV.

zeitigen Regelung des Münzwesens und wurde nicht von den Zünften erbeten. Die Zünfte selbst scheinen zu jener Zeit noch keinen weitergehenden königlichen Schutz für die Abzeichen und Merkmale ihrer Waren nachgesucht und sich mit der örtlichen Bestätigung ihrer eigenen Satzungen begnügt zu haben [1].

Mit dem vierzehnten Jahrhundert beginnen die Verhältnisse sich zu ändern. Die Verkehrsbeziehungen steigerten sich fortwährend. Der örtliche Schutz wurde bald ungenügend und wirkungslos; die Zünfte beginnen, die königliche Bestätigung für ihre Verkehrszeichen einzuholen oder sich unmittelbar königliche Privilegien auszuwirken. Im Jahre 1317 ergeht das königliche Stempelprivileg für die Tucher von Carcassonne. Im Jahre 1330 bestätigt der König die Zeichen der alten Tucherstadt Châlons und schützt sie gegen Nachahmung. Die Stempelung des Leders wurde im Jahre 1345 für Paris und andere Städte vom König geordnet. In rascher Folge ergehen von jetzt ab die königlichen Stempelprivilegien, insbesondere für das Tuchergewerbe. Seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts waren die Tucher aufser Stande, ein Verkehrszeichen ohne königliches Privileg aufrecht zu erhalten, während andererseits, mit der Ausbildung der Zunftehrlichkeit (s. unten S. 242), die amtlich gesicherte Stempelung für einen geordneten Betrieb und Absatz unentbehrlich geworden war.

Das königliche Beamtentum verstand es, diese Gunst der Verhältnisse geschickt auszunutzen. Seit der zweiten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts tragen die Stempelprivilegien, die wir zuvor im einzelnen kennen lernten, fast durchweg die königliche Unterschrift, sei es, dafs sie als örtliche Vereinbarungen dem König zur Bestätigung unterbreitet, sei es, dafs sie unmittelbar vom König erbeten wurden. Inländer wie Ausländer stellten ihre Zeichen unter königlichen Schutz [2]. Die Statuten jener Zeit erkennen durchweg an, dafs nur der König die zünftigen Verkehrszeichen — insbesondere Stempel und Stückmafs — in gültiger Weise verleihen könne.

Bald wurde das Ergebnis mit der dem französischen Beamtentum eigenen Schärfe auch äufserlich bekundet und festgelegt. Im

---

wiederholt: Et voulons et ordennons que en chascune ville où il aura orfevre, ait un seing propre pour seigner les ouvrages qui y seront faits et sera gardé par deux prud'hommes establis et esleus à ce faire et que un seing ne ressemble l'autre. Ord. 1 S. 522 Art. 10.

[1] S. oben die Belegstellen des 13. Jahrhunderts. Auf die Pariser Walker bezieht sich ein kurzes Regest vom Jahre 1273, das bei Delisle, Restitution d'un volume des Olim wiedergegeben ist: Aux foulons de Paris es hales assigné lieu près des tixerans non pas ensemble et que autre novelleté ne se feroit quant aux draps de layne soit pour le pris ou marque (A. d. P. I, 327). — Die Tucher von Carcassonne erklären im Jahre 1335, dafs sie ihr Zeichen (s. oben S. 205) „schon seit dreifsig Jahren oder länger“ führen. (Ord. 2 S. 114).

[2] S. oben S. 215 und 222.

Jahre 1376 wird zum ersten Mal in einem königlichen Privileg der Rechtssatz ausgesprochen, dafs nicht die Zunft, sondern der König allein das Siegel, das die rechte Schau und den ehrlichen Ruf der Ware verbürgt, mit verbindlicher Kraft anordnen könne[1]. Das wichtige Recht war hiermit dauernd der königlichen Gesetzgebung eingegliedert.

In derselben Richtung wie das administrative wirkte nun bei dieser Entwicklung das fiskalische Moment. Die Stempelung gab Anlafs zur Erhebung einer Abgabe, die zuerst nur als eine Gebühr für die Auslagen und die Mühewaltung der Schaubeamten auftrat, bald aber schrittweise gesteigert wurde. Wie nun die Zünfte unfähig waren, aus eigener Macht ein Zeichen zu behaupten, so war es ihnen auch nicht möglich, selbständig eine Abgabe aufzulegen oder zu erhöhen. Auch hierfür bedurfte es der königlichen Verleihung. Diese Privilegienerteilung wurde frühzeitig benutzt, um den Ertrag aus dem Stempel — das droit de marque — anteilig oder ganz dem König zuzuwenden.

In dem Stempelprivileg für Caen vom Jahre 1367 wird dem König von jedem zu siegelnden Stück Tuch eine Abgabe von zwei Denaren, von jedem Stück Sarsche ein Denar vorbehalten[2]. In Harfleur beansprucht der König von jedem halben Stück Tuch zwei Denare[3]. Die neue Tuchmacherei von Rouen entrichtet dem König laut Privilegs von 1381 vier Denare für jedes Siegel, wogegen die Zunft das Recht empfängt, für ihre eigene Rechnung gleichfalls vier Denare zu erheben[4]. Da es sich hier-

---

[1] Afin que par ledit seel, qui est tesmoignage de bonne visitacion et que les diz draps soient tenuz pour bons et bien faiz, lesdictes ordennances qui sont bonnes et proffitables puissent estre tenues, laquelle chose il (les drapiers) ne pourroient faire et ordener, se sur ce par Nous ne leur estoit pourveu et donné auctorité et licence, si comme ilz (drapiers) dient. Ord. 6 S. 307.

[2] C'est assavoir que les diz sarger fais et faicte à ladicte ville de Caen soient signés et signées à un des bous de certain signe de plomb qui sera ordené sur ce; et que d'oresenavant Nous aurons et prendrons sur chascun drap II deniers et sur chascun sarge I denier qui seront levez en nostre nom et à nostre prouffit par celui qui portera ou mettera ledit signet. Ord. 5 S. 105.

[3] Et par ce Nous seront deuz et paiez d'oresenavant à tousjours mais pour chascun demi drap qui sera fait tissuz lavé et foulé en ycelle ville comme dit est deux deniers tournois qui par ledit vicomte ou ses commis et deputez sur ce de par Nous seront receuz et mis à nostre proffit et demaine (domaine). Ord. 6 S. 197.

[4] Et se il plaisoit au Roy nostre S. que eulz eussent un sel duquel tous les draps de la drapperie foraine dessus dicte grans et petits bons et loialz feussent seellez et marquez quant bons et loyalz seroient trouvez par paiant au Roy nostre S. quatre deniers par. de chascun drap ainsi seellée contenant dix-neuf aulnes de Paris et des mandres mains à la value. Item eussent lesdictes gens maison convenable pour ce faire et quatre deniers par. de chascun drap comme dessus tant pour le plon que pour le loyer d'icelle maison et le service des diz jurez. Ord. 6 S. 660. Ge-

bei um eine dauernde, regelmäfsig zu entrichtende Abgabe handelte, traten die hieraus hervorgehenden Bezüge von selber unter die domanialen Einkünfte, wie dies übrigens in dem Privileg für Harfleur ausdrücklich gesagt ist.

Ein breiter Weg hatte sich hiermit dem Königtum geöffnet, um in das Zunftrecht einzudringen, und zwar wurde hier keine formale, sondern eine materielle Einwirkung auf das Gewerberecht begründet. Die Regelung des Zeichenwesens überlieferte dem Königtum den Mittelpunkt des zünftlerischen Betriebes, die gewerbliche Technik und die Gewerbeschau, und eröffnete zugleich eine — später allerdings über alle Gebühr angespannte — Quelle des Einkommens. Die Tragweite der hiermit erworbenen Befugnisse trat bald genug hervor; in der steigenden Zahl wie in dem veränderten Inhalt der Privilegien zeigt sich die Herrschaft der staatlichen Gesetzgebung[1].

bühren für die Stempelung werden ferner erwähnt Ord. 6 S. 95 Saint-Lô; Ord. 11 S. 11 Chartres; Ord. 13 S. 68 Rouen; Ord. 13 S. 378 Bourges; Ord. 19 S. 395 Rouen; Ord. 20 S. 93 Angers.

[1] Aus der späteren Entwicklung der im obigen behandelten Materie sei hier noch eine besondere Einzelheit hervorgehoben. Auf dem von der Zunft ausgebildeten und vom Staate übernommenen Schau- und Stempelwesen beruht unmittelbar das staatliche Gewerbeinspektorat des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts, nebst den damit verknüpften Verkehrsabgaben, die unter ihrem alten Namen droits de marque in der Gewerbe- und Finanzgeschichte Frankreichs eine hervorragende Stelle einnehmen. Unter den droits de marque des achtzehnten Jahrhunderts sind, neben dem Tuchstempel, die bekanntesten:

der Lederstempel (marque des cuirs),
der Eisen- und Stahlstempel (marque de fer),
der Gold- und Silberstempel (marque d'or),
der Papierstempel (marque sur les papiers et cartes, zu unterscheiden von dem Spielkartenstempel),
der Leinwandstempel (marque des toiles).

Es sind dies sämmtlich Fabrikatstempel, die mit der Gewerbeschau zusammenhängen. Die in der Litteratur des achtzehnten Jahrhunderts vertretene Meinung, dafs der Eisenstempel auf dem Bergwerksregal beruhe, bedarf kaum der Zurückweisung; vgl. übrigens die Edikte Karls IX. v. 1563, Fontanon 2 S. 445, Heinrichs IV. v. 1601, Isambert XV S. 253 Art. 2 und Band XVI S. 184, Ludwigs XIII. v. 1626, Isamb. XVI S. 183 und die späteren Reglements. Über einige andere droits de marque vgl. Savary, v. Marque. Ein Jahrzehnt lang hat auch eine Marque des Chapeaux bestanden, die im Jahre 1690 eingeführt wurde, als unvermeidlicher Begleiter einer damals erlassenen Betriebsordnung, die den Hutfabriken verbot, Vigogna mit Bieberhaar gemischt zu verarbeiten. Vorschrift und Marke wurden im Jahre 1701 aufgehoben, Forbonnais II S. 54 und 104. — Ueber die Stempelung der Tuche und der Wirkwaren im achtzehnten Jahrhundert vgl. Savary v. Reglement.

Zweites Kapitel.

Das Versammlungsrecht der Handwerker und der Handwerkerschaften.

Zu einer Versammlung, welche die Behandlung von Gewerbeangelegenheiten zum Gegenstand hat, können einerseits einzelne Handwerker, gleichviel ob sie im übrigen organisiert sind oder nicht, andererseits organisierte Handwerkerschaften als solche zusammentreten. Von dem Versammlungsrecht der Handwerker ohne jede Rücksicht auf ihre Organisation werden wir in dem vorliegenden Kapitel nur zu Anfang, weiterhin dagegen hauptsächlich von dem Versammlungsrecht der Handwerkerschaften (Ämter, Zünfte, Gesellenverbände, Bruderschaften) zu sprechen haben.

Eine grundsätzliche Regelung der gesamten Materie hat in Frankreich während des dreizehnten und bis zur Mitte des vierzehnten Jahrhunderts nicht stattgefunden und läfst sich auch im einzelnen aus den Quellen nicht entnehmen. Gelegentlich der vereinzelten Aufhebungen von Zünften und Bruderschaften wurden regelmäfsig allgemeine Versammlungsverbote für alle Handwerker ausgesprochen[1]; diese Verbote schufen jedoch keinerlei dauerndes Recht. Es handelte sich hierbei lediglich um Mafsregeln eines vorübergehenden Eingriffs, die man in erregten Zeiten anordnete und nach Herstellung ruhiger Zustände wieder verliefs.

Die Rechtsanschauung, wie sie sich im dreizehnten Jahrhundert ausgebildet hatte und bis zur Mitte des vierzehnten Jahrhunderts erhielt, anerkennt keine allgemeine, subjektive Berechtigung der Handwerker, sich zu versammeln; ebensowenig aber besteht ein unbedingtes Versammlungsverbot. Das Recht jener Zeit betrachtet die Handwerksversammlungen überhaupt stets nur indirekt; direkt wird immer nichts weiter erfafst als der Zweck, zu dessen Erreichung die Versammlung stattfindet. Je nach dem Inhalt der zu treffenden Absprachen werden die Versammlungen

[1] Vgl. Ord. 1 S. 428 (A. 1305).

selbst unterschieden in solche zu erlaubten und in solche zu unerlaubten Zwecken.

Gemeines Recht bestand im dreizehnten Jahrhundert nur mit Bezug auf die Versammlungen zu unerlaubten Zwecken. Mit vieler Schärfe und mit einer Charakterisierung, die noch heute des Interesses nicht entbehrt, wird der Begriff der unerlaubten Absprachen von Beaumanoir entwickelt. Eine Verbindung wider den gemeinen Nutzen ist nach Beaumanoir dann vorhanden, wenn Handwerksleute sich untereinander verpflichten, Preise und Arbeitslöhne zu erhöhen, unter gleichzeitiger Anwendung von Zwang und Drohungen wider die nicht beistimmenden Genossen. Solches Vorgehen widerstreitet dem gemeinen Recht. Die Behörden sind deshalb gehalten, gegen derartige Verbindungen auf das nachdrücklichste einzuschreiten, durch Einkerkerung der Beteiligten und durch Verhängung hoher Geldstrafen [1].

Versammlungen zu dem Zweck der zuvor bezeichneten Absprachen, gleichviel ob von organisierten oder nicht organisierten Handwerkern veranstaltet, sind unbedingt und überall unerlaubt und straffällig. Die Urkunden erwähnen die unerlaubten Absprachen und Versammlungen überaus häufig. Die angewandten Bezeichnungen für die Absprachen lauten Monopolia, conjuraciones, dann gueude, takehan (Nordfrankreich), rassa vel trassa (Südfrankreich). Der Ausdruck assemblée wird vielfach gebraucht, um in prägnanter Weise eine Versammlung zu unerlaubten Zwecken zu bezeichnen [2]. — Die von Beaumanoir hierfür kundgegebene Anschauung ist für das ganze Mittelalter die herrschende geblieben.

Für die Versammlung zu erlaubten Zwecken besteht dagegen zunächst kein gemeines Recht, sondern nur die vereinzelte, oft noch örtlich ungleichmäſsige Übung, die erst nach der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts durch eine einheitliche — jedoch dem Versammlungsrecht durchweg ungünstige — Auffassung verdrängt wurde [3]. Die erlaubten Zwecke umgreifen die gesamte normale

---

[1] Aliance qui est fete contre le commun porfit, si est quant aucunne maniere de gent fiancent ou creantent ou convenencent qu'il ouverront plus à si bas fuer comme devant ains croissent le fuer de lor auctorité et acordent qu'il n'ouverront por mains et metent entr'ax peine ou manaces sor les compaignons qui lor aliance ne tenront; et ainsi qui se lor souferroit, seroit ce contre le droit commun, ne jamès bons marciés d'ouvrages ne seroit fes; car cil de çascun mestier s'efforceroient de penre plus grans loiers que reson et li communs ne se pot soufrir que li ouvrages ne soit fet. Et porce si tost que tix aliances vienent à le connissance du sovrain ou des autres segneurs il doivent geter le main à toutes les persones qui se sunt assenties à tix aliances et tenir en longe prison et destroite; et quant il ont eu longe painne de prison on pot lever de cascunne personne soixante saus d'amende. Beaumanoir Cap. XXX § 62 S. 430.

[2] S. unten die Belegstellen.

[3] Die Annahme Puibaraud's (Législation sur le droit de réunion en France, S. A. aus der Revue générale d'Administration S. 5): La jurisprudence ne cessa pas de consacrer comme droit commun „que toute as-

Thätigkeit des Handwerkerverbandes, soweit hierbei ein unmittelbares Zusammenwirken der Genossen in Erscheinung tritt. Das Versammlungsrecht bildet demnach, was hier nicht näherer Ausführung bedarf, eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Selbständigkeit der Handwerkerschaft.

Ich verzeichne hier zunächst die urkundlichen Berichte des dreizehnten Jahrhunderts und bis zur Mitte des vierzehnten Jahrhunderts, d. h. also bis zu dem Zeitpunkt, der, wie wir später sehen werden, einen Abschnitt in der Entwicklung des Versammlungsrechts bildet. Die Angaben sind nach Städten geordnet, sodafs die Vorschriften über die beiden Kategorien von Handwerksversammlungen jeweils nebeneinander stehen.

Unter den Quellen des dreizehnten Jahrhunderts behandeln die Statuta Massiliae das Versammlungsrecht der Zünfte am ausführlichsten. Die Statuta unterscheiden die Absprachen, und dementsprechend die Versammlungen der Handwerker in erlaubte und in geheime. Als unerlaubt gelten die Absprachen, die ohne den ausdrücklichen Willen und die Zustimmung des Rektors von Marseille und aller Ratsherrn, oder zum mindesten der Mehrzahl derselben, getroffen werden[1]. Diesen geheimen Absprachen der Handwerker soll auf das eifrigste nachgeforscht werden; strafbar ist insbesondere jede Verbindung zum Zweck von Verabredungen über Kauf und Verkauf, über die Bedingungen oder über die Niederlegung der Arbeit[2]. Im übrigen kennt aber die Verfassung von Marseille einen allgemeinen Handwerker-Ausschufs von hundert Meistern, die centum capita ministeriorum, die von den Handwerkern selbst gewählt wurden. Die Capita Ministeriorum hatten das Recht, sich jederzeit zu versammeln, des Sonntags regelmäfsig und in der Woche, wenn es den Septimanarii (Wochenvorstand) erforderlich schien; sie durften ferner zu einer rechten Sache selbständig ihre Zünfte zusammenberufen, mit oder ohne Glockengeläut[3]. Wir haben also hier ein verfassungsmäfsig gewährleistetes

---

semblée qui ne se faisait pas dans le dessin de porter aucun trouble ne devait pas être punie" ist nicht quellengemäfs, wie sich aus der folgenden Darstellung ergeben wird.

[1] Constituimus ut rector vel consules Massilie qui pro tempore erunt omnes teneantur diligenter inquirere coniuraciones et rassas seu sacramenta facta super pactionibus vel statutis improbandis qualitercumque factis inter homines civitatis Massilie ministeriales seu officiales alicuius ministerii seu aliquos alias et illa inventa quam citius dissolvant sive dissolvi faciant . . . . Et hec intelligimus de illis sacramentis que sine voluntate et permissione rectoris aut consulum Massilie cum consilio et voluntate omnium consiliariorum Massilie vel maioris partis eorumdem publice electorum fierent. Stat. M. IV S. 159.

[2] Si qui conjuracionem illicitam vel promissionem inter se facerent cum sacramento de emendo vel vendendo rem aliquam vel de operando vel non operando et hec faciant sine voluntate expressa rectoris vel consulum Massilie vel maioris partis eorum qui pro tempore fuerint et eorum consiliariorum singuli in XX sol. regal. puniantur. Stat. M. IV S. 161.

[3] Qui predicti centum capita ministeriorum habeant potestatem conveniendi et teneantur convenire singulis diebus dominicis in domo hospitali

Versammlungsrecht, das seine Grenze nur an dem Verbot des Mifsbrauchs zu unerlaubten Zwecken fand.

In Montpellier sind nach dem Stadtrecht von 1204 alle Abreden unter Gewerbetreibenden, als Monopolien, auch mit dem Doppelausdruck rassa vel trassa bezeichnet, untersagt[1]. — In Douai verbieten die Stadtschöffen im Jahre 1244 jede geheime Verbindung der Handwerker[2]. — Eigenmächtige Versammlungen von Handwerkern ohne Erlaubnis der Vorsteher oder des Stadtrats werden in Toulouse im Jahre 1288 untersagt[3]. — Den Walkerknechten von Paris wird im Livre des Métiers jede Versammlung und Absprache verboten[4]. Die Sattler dagegen verzeichnen in demselben Statutenbuch, dafs die Geschworenen das Gewerk aufbieten und versammeln, wenn sie des Rats der Handwerksmeister bedürftig sind; und dafs der Prevost ihnen auf Verlangen einen Gerichtsdiener stellt, um die Säumigen herbeizuholen[5]. — In St. Omer wird durch einen Ratsbefehl allen Angehörigen des Handwerkerstandes untersagt, Versammlungen zu veranstalten, bei sechszig Livres Strafe oder Verbannung auf Lebenszeit[6]. Ferner wird den Handwerkern verboten, sich über irgendwelche Beschlüsse zu verständigen, die von den Beteiligten geheim zu halten waren[7]. Obwohl in dem Ratsbefehl ganz

---

sancti Spiritus Massilie vel alibi infra Massiliam ubicumque voluerint et ad hoc faciendum et conveniendum se in dicto loco vel alibi ad pulsacionem campane ipsorum vel cum per nuncios requisiti fuerint teneantur speciali sacramento venire. Si vero aliqua utili causa et necessaria videretur septimanariis ipsorum capitum ministeriorum quod convenirent dicta capita ministeriorum infra ebdomadam quod liceat eis hoc facere eciam omnibus vicibus quibus eis visum fuerit et placuerit ubicumque voluerint septimanarii de nocte vel die scilicet omnia capita ministeriorum vel partem ipsorum mixtim cum alliis probis viris civitatis Massilie vel sine aliis ad sonum campane eorum vel sine campana. Stat. M. 2 S. 178.

[1] Monopolium vel rasza vel trasza nullatenus fiat. Thal. S. 44 Art. 67. Die Bezeichnung rassa vel trassa ist in Montpellier und Marseille vielfach üblich. Vgl. auch Ducange vv. citt.

[2] On fait le ban ke nus ne soit si hardis en toute ceste vile borgois ne borgoises ne serjans ne baissielle ki face takehan et kicunques le feroit il kieroit el fourfait de LX lib. et seroit banis ung an de le vile. Et se nus a fait takehan kil le defface sour le fourfait de LX lib. et sour banir ung an de le vile; et kicunques feroit asenlée encontre le vile de quel mestier ke ce fust il seroit en cel meisme fourfait. Taillar S. 119.

[3] Quod aliquis frenarius non sit ausus amassare congregationem aliquam ratione seu occasione dicti ministerii absque voluntate baiulorum dicti ministerii vel consulum Tholosae, Du Bourg S. 24.

[4] Li vallet doivent aler à la place devant dite sanz asamblée et sanz banie à l'heure devant dite. L. d. M. Tit. 53 Art. 9; s. auch eb. Art. 8.

[5] Belegstelle s. oben S. 137 Anm. 1.

[6] On a commandéi ke nul homme de mestier fachent asambleie, sour lx lib., et s'il ne peusent paiier, on les baniroit hors de le vile à tousjours. Giry S. 537 Art. 474.

[7] On a commandei sor tous tainteliers ke il ne fachent nul acort ne core ke se on puet savoir par temoins et par leur entendement. Giry S. 532 Art. 420.

allgemein von Asambleie gesprochen wird, so betrifft das Verbot doch nur die Versammlungen zu unerlaubten Zwecken. Im Gegensatz hierzu haben die Zunftvorsteher von St. Omer das Recht, zur offenen Behandlung von Handwerksangelegenheiten die Handwerksgenossen zu laden und die Ausbleibenden mit sechs Denaren zu büſsen[1]. — Den Webern von La Grasse wird im Jahre 1302 das Versammlungsrecht gewährt ad negotia dictae artis[2].

Mehrfach findet sich die Vorschrift, daſs zur Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten, und insbesondere der Gerichtsgeschäfte, nicht das ganze Gewerk, sondern nur eine bestimmte Anzahl von Handwerkern versammelt werden darf. So wird bei den Tuchern von Carcassonne im Jahre 1317 bestimmt, daſs die Zunftvorsteher nur zwölf Meister aus der Zunft zusammenberufen sollen; was sie mit diesen gemeinsam entscheiden, soll für das ganze Handwerk bindend sein[3]. In Amiens wird im gleichen Jahre für die Fleischer verfügt, daſs die beiden Zunftmeister zu ihren Gerichtsgeschäften nicht mehr als zwanzig Handwerksgenossen, und diese nur mit Erlaubnis der Ratsbehörde, versammeln dürfen[4]. Die Einberufung der Zünfte konnte in Amiens nur auf Grund eines Befehls von Bürgermeister und Schöffen erfolgen[5]. Durch eine Ratsverordnung aus dem vierzehnten Jahrhundert wird insbesondere jede Verbindung der

---

[1] Li corier ont pooir de eslire un d'eus pour conistable et li conistables a pooir de mander chaus du mestier k'il viengnent à lui pour faire et traitier les besoignes du mestier et ki n'i verroit, seroit à VI d., s'il ne pooit monstreir k'il eut loial ensoigne par sen serment. Giry S. 563 Art. 700.

[2] Quod omnes magistri dicte artis in villa Crasse teneantur convenire ad consilium pro negociis dicte artis et non pro aliis ad requisitionem prepositorum dicte artis vel alterius ipsorum vel eorum nuncij specialis: contrarium vero facientes pena duodecim denariorum puniantur. Mahul 2 S. 468.

[3] Petunt quod pro bono statu patrie in posterum conservando ipsis paratoribus et arti pararie concedatur de gracia speciali quod quicquid suprapositi ministerio pannificii et arti pararie de consilio duodecim paratorum quos secum duxerint evocandos, seu major pars eorum, super factis bonum statum et utilitatem publicam ministerii pannificii et artis pararie tangentibus auctoritate regia sibi in hac parte commissa concorditer non aliter ordinabunt nullam tamen juridictionem seu juridictionis exercitium propter hoc exercendo, hoc similiter ab omnibus aliis paratoribus et aliis quibuscumque in arte pararie constitutis servabitur sine contraditione vel infractione quacumque ac si ab omnibus paratoribus esset more solito concorditer ordinatum. Ord. 11 S. 453.

[4] S. oben S. 159.

[5] Korduanerstatut von 1345: Que au marquié chascun tourne à sen tour et viengne à toutes semonses d'assamblées qui du command du maieur et eschevins seront faictes. Thierry I S. 517. Fluſsfischereistatut von 1348: Que toutes les fois que le maieur d'Amiens commandera aux maieurs de ledite baniere que ilz assamblent leur comun que tous ceulx de ladite baniere viennent au mandement de leursdits maieurs quant fait sçavoir leur ara sur XIII den. d'amende à estre applicquiez au prouffit de ledite baniere. Thierry I S. 536 Art. 5.

Tucher, sowie jede Zusammenkunft von mehr als vier Personen verboten[1]. —

Für die Versammlungen zu dem besonderen Zweck der Vorsteherwahl, von denen wir später mehr hören werden, geben die Urkunden für die Zünfte keine näheren Vorschriften. Die magisterialen Handwerkerschaften wählten ihre Geschworenen in Gegenwart des Magisters, in einer von ihm zu diesem Zweck berufenen Versammlung[2]. Bei den Zünften, die das Wahlrecht besitzen[3], verzeichnen die Urkunden entweder schlechthin dieses Recht[4] oder sie sagen, daſs die Geschworenen du commun assentement, par le commun du mestier, gewählt werden[5].

Ob bei den Zusammenkünften der Bruderschaften damals eine ständige Aufsicht geübt wurde, mag zweifelhaft erscheinen; für eine später[6] zu erwähnende Aufzeichnung der Pariser Tucher steht nicht fest, ob sie thatsächlich — wie dort gesagt ist — das alte Herkommen genau aufzeichnet. —

Wenn wir die voraufgehenden Angaben zusammenfassen, so zeigt sich eine Gleichartigkeit der Vorschriften nur mit Bezug auf die Versammlungen zu den als gemeinschädlich geltenden Zwecken. Solche Versammlungen sind unbedingt verboten; die örtlichen Statuten stimmen darin durchweg überein. Für die Versammlungen zu erlaubten Zwecken, wie die Erledigung von Korporationsgeschäften und Handwerksangelegenheiten im weiteren Sinne, besteht dagegen ein örtlich verschiedenes Recht, dessen Grenzen in Marseille am weitesten, in Amiens am engsten gezogen erscheinen. Öfters wird den Zunftvorstehern das Recht zugebilligt, die Handwerksgenossen vollzählig oder auch in beschränkter Zahl zu laden und die Ausbleibenden mit Buſse zu belegen. Das Versammlungsrecht der Zünfte wird regelmäſsig nicht als ein ursprüngliches, sondern als ein abgeleitetes dargestellt. Im ganzen läſst sich indes sagen, daſs man die Versammlung innerhalb der üblichen Grenzen unbehelligt gewähren lieſs, solange die Zusammenkünfte nicht benutzt wurden, um geheime, dem Nutzen

---

[1] Que nulz dudit mestier de draperie ne autre ne facent gueude ne assemblée ne ne se assemblent plus de IIII personnes ensamble ne ne fassent assiette coeillette se n'est de le licence desdis maieur et eschevins. Thierry I S. 459.

[2] Bäcker Paris L. d. M. Tit. 1 Art. 22. Fleischer Wahl des Magisters Mét. 1 S. 266 Art. 2 (das Statut ist vom Jahre 1358, s. Mag. u. Frat. S. 35 Anm.); Wahl der Geschworenen Mét. 1 S. 269 Art. 15 und Mag. u. Frat. S. 41; Kürschner Mét. 3 S. 370 Art. 1; ebenso noch bei den zu dem gleichen Magisterium gehörigen Althändlern A. 1441, Mét. 3 S. 424 Art. 1.

[3] Über das Wahlrecht s. oben S. 32 ff.

[4] S. oben S. 34 Anm. 3.

[5] Ou mestier desus dit a II preud'ommes qui sont esleu par l'assentement du commun. L. d. M. Tit. 11 Art. 11; s. ferner Tit. 20 Art. 3, Tit. 22 Art. 15, Tit. 28 Art. 16, Tit. 42 Art. 18, Tit. 60 Art. 8, Tit. 75 Art. 14, Tit. 78 Art. 12, Tit. 87 Art. 38.

[6] S. unten S. 234.

oder dem Frieden der Stadt zuwiderlaufende Abreden zu treffen. Ein solcher Verdacht der „geheimen Absprachen“ wurde stets erhoben, wenn am Markte eine Teuerung der Lebensmittel und Waren eintrat, oder wenn aus irgend einem Grunde die Handwerkerschaft selber sich in Gährung befand. Ein Verbot der Handwerkerversammlungen wurde dann leicht verhängt. Im allgemeinen aber konnten in ruhigen Zeiten die Versammlungen zu geschäftsmäfsigen Zwecken unbehindert stattfinden.

Seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts wurde dagegen strenge Aufsicht geübt. Die Erfahrungen, die Karl V. als Dauphin gemacht hatte, erfüllten ihn mit Mifstrauen gegen die Versammlungen der Handwerker. Die seit 1357 emanierten Statuten behandeln häufig das Versammlungsrecht der Zünfte, und stets in einschränkendem Sinne. Grundsätzlich wird jetzt vorgeschrieben, dafs die ordentlichen Versammlungen der Zünfte nur in Gegenwart eines königlichen Beamten stattfinden dürfen; die unbeaufsichtigte Versammlung gilt jetzt als unerlaubt.

Unter der Regentschaft des Dauphin Karl wurde im Jahre 1359 ein hierfür bemerkenswertes Verfahren gegen die Tucher in Troyes eingeleitet. Den Tuchern wurde der Vorwurf gemacht, dafs sie etliche Male Versammlungen und Absprachen veranstaltet, insbesondere auch selbständiger Weise Vorsteher ernannt und gerichtliche Beschlagnahmen und Strafen ausgesprochen hätten[1]. Die Tucher erklärten sich hierauf bereit, obschon sie nur ihrer herkömmlichen Rechte gebraucht und nichts verbrochen hätten[2], zweihundert Golddenare zu den Kosten des Krieges mit England zu zahlen. Hierfür wurden die erhobenen Anklagen niedergeschlagen und den Tuchern wurde das Recht bestätigt, die Wahl ihrer Geschworenen ohne behördliche Aufsicht vornehmen zu dürfen. Dagegen soll bei der Rechnungsablegung, welche die Geschworenen in Gegenwart der Handwerksgemeine vornehmen, der Bailli oder sein Vertreter anwesend sein[3]. Die selbständige Versammlung

---

[1] Comme le procureur de mesdiz Seigneurs ou Bailliage de Troies ait fait appeller et poursuiz pardevant nos amez et feaulx les Genz du Conseil de mesdiz Seigneurs . . . . . les Maistres de la Draperie de la ville de Troyes . . . . . contre eulz ait proposé que eulx et les autres du mestier de ladite draperie ont fait plusieurs fois assemblées unions monopoles et conspirations encontre mesdiz Seigneurs et le bien publique; item, que esdites assemblées senz licence ou auctorité de mesdiz Seigneurs ou de leurs genz ils ont creez et ordenez chascun an maistres nouveaux, sergenz ou gardes et autres officiers pour ledit mestier garder et gouverner, lesquelz à ce tiltre ont faiz en la haute Justice de mesdiz Seigneurs à Troies plusieurs prises, condempnations et autres exploitz de Justice tant en cas criminels comme en cas civilz sur le fait de ladite draperie etc. Ord. 3 S. 410.

[2] Ja soit ce qu'ils n'eussent de riens mespris. A. a. O. S. 412.

[3] Excepté aussi que aus comptes qui en seront renduz le Baillie de Troies ou son Lieutenant . . . . seront presens et appelez. Ord. 3 S. 416.

wird also hier bereits als dem gemeinen Recht zuwiderlaufend und als Vergehen behandelt.

Die Leinenweber von Troyes empfangen im Jahre 1357 ein Statut, worin gesagt ist, dafs sie für ihre Versammlungen zur Vorsteherwahl die vorgängige Erlaubnis des königlichen Prevost einzuholen haben, sowie dafs zur Überwachung stets ein Gerichtsdiener anwesend sein mufs[1]. Den Fleischern von Bourges wird im Jahre 1359 vorgeschrieben, dafs allen ihren Zusammenkünften der königliche Bailli oder ein von ihm bestellter Vertreter anwohnen mufs[2]. Der mit der Überwachung betraute Beamte hat insbesondere darauf zu achten, dafs in den Versammlungen keine gemeinschädlichen Absprachen getroffen und keine dem Gemeinwohl abträglichen Beschlüsse gefafst werden[3]. Eine enge Umgrenzung erfuhr das Versammlungsrecht der Färber in Paris durch Statut von 1375. Wenn die Geschworenen in Angelegenheiten der Gewerbeschau des Rats der Handwerksgemeine bedürfen, so müssen sie die Einberufung einem königlichen Gerichtsdiener übertragen; es dürfen hierbei ferner nicht mehr als höchstens sechs Handwerksgenossen zusammentreten[4]. Die alte Bruderschaft der Tucher zu Paris, die Philipp IV. aufgehoben und im Jahre 1309 wieder zugelassen hatte, liefs im Jahre 1362 ihre Gewohnheiten aufzeichnen und bestätigen. Auch für die Zusammenkünfte dieser Bruderschaft ist die vorgängige Erlaubnis

---

[1] Art. 1. Que eulz toutesfoiz qu'il leur plaisoit se assembloient au lieu de la Trinité ou ailleurs ou mielx leur plaisoit, par le congié du Prevost de Troies, pour eslire entre eulz un maistre oudit mestier et un vallet qui est appellez sergent dudit mestier. Art. 10. Que toutesfois que l'en donra congié d'eulz assambler pour faire la eslection desdiz maistre et sergent dudit mestier ou pour autres causes justes et necessaires touchans ledit mestier on leur banrra un des sergens du Roy nostre seigneur pour estre avec eulz à leur assamblée, et autrement ne se pourroient assembler. Ord. 3 S. 590.

[2] Concedimus dictis carnificibus seu macellariis bituricensibus quod assistente eis baillivio aut preposito bituricensi vel alicuius eorum locatenenti seu procuratore Regio generali dicte baillivie pro causis hujusmodi seu exactionibus aut aliis causis ipsos carnifices in communi tangentibus, valeant congregari et convenire insimul, colloquium ac tractacionem facere et habere et super hoc disponere seu talliam ac collectam imponere, in loco honesto et competenti, tociens et quociens fuerit opportunum. Ord. 3 S. 395.

[3] Ita tamen quod prefatus baillivus vel ejus locumtenens aut procurator predictus seu alii ad hoc specialiter deputandi eisdem assistentes caveant studiose ne in congregationibus hujusmodi conspiratio machinatio vel aliud interveniat quod juri Regio vel alieno derroget aut in reipublice detrimentum redundet. Ord. 3 S. 395.

[4] S'il avenoit que les maistres dudit mestier esleus par justice eussent ou aient affaire de conseil pour faire aucune visitation appartenante audit mestier, ils pourront faire assembler par un sergent du Roy les maistres et varlets dudit mestier tel comme bon leur semblera, jusques au nombre de six seulement; et se aucun en est deffaillant sans vraie essoine, il paiera pour chascun deffault dix sols d'amende. Mét. 3 S. 120.

des Prevost und die jedesmalige Anwesenheit des königlichen Prokurators erforderlich[1, 2].

Die Konsolidierung der neuen Rechtsauffassung vom Versammlungsrecht zeigt sich vollendet in den Verhandlungen, die im Jahre 1378 in Rouen zum Zweck der Aufzeichnung eines Tucherstatuts geführt wurden. Die alten, bisher ungeschriebenen Rechte der Tucher wurden hierbei festgestellt. Bei dem Tuchergewerk bestand zur Erledigung der Zunftgeschäfte ein Ausschuſs von vierundzwanzig geschworenen Meistern, von denen jeweils sechs während einer Woche amtierten. Die Geschworenen hatten bis dahin das Recht ausgeübt, ohne besondere Erlaubnis für den einzelnen Fall, das ganze Gewerk zu versammeln[3]. Der Aufzeichnung dieses Rechts widersetzte sich der königliche Prokurator; er verlangte, daſs die Tucher nur nach vorgängiger obrigkeitlicher Erlaubnis zusammentreten dürfen, und die entsprechende Verfügung wurde in das Statut aufgenommen[4].

Unter Karl VI. und seinen Nachfolgern werden diese Bestimmungen allgemein festgehalten und zur weiteren Geltung gebracht. Den Statuten der Pariser Barbiere wird bei der Neuredaktion von 1383 eingefügt, daſs die Barbiere keinerlei Versammlung ohne Erlaubnis des königlichen Prevost abhalten dürfen[5]. Für die Wahlversammlungen der Schneider von Troyes wird im Jahre 1400[6], für die Weber von Vierson im Jahre 1419 die Gegenwart eines königlichen Beamten vorgeschrieben[7]. Für die

[1] Ladite confrarie doit seoir le premier dimenche après les estrainnes, se celle de Nostre-Dame ny escheoit, demandé sur ce et obtenu congié de nostre prevost de Paris et à ycellui siége appellé nostre procureur. Mét. 3 S. 146 Art. 3. Ob die Vorschrift gleich den übrigen Bestimmungen des Statuts althergebracht ist, ist nicht festzustellen.

[2] Vgl. zu den vorigen Angaben noch die Vorschriften über den Gebrauch der den Webern von Commines A. 1359 verliehenen Glocke. Ord. 4 S. 208.

[3] Et pourroient lesdiz jurez assembler ou faire assembler avecques eulz des gens de ladicte drapperie tant comme il leur plaira et tant de foiz comme mestier sera, pour avoir conseil sur les choses dessus dictes et pour faire les choses plus seurement. Ord. 6 S. 368.

[4] Les protestations et retenues que le procureur du Roy nostre S. a touzjours faictes, demourans saines de et sur aucuns poins contenuz esdictes lettres; c'est assavoir . . . . . que les genz de ladicte drapperie ne puissent assembler sanz licence de justice. Ord. 6 S. 370.

[5] Que lesdiz barbiers ne pourront faire aucune assemblée sanz le congié du prevost de Paris. Mét. 3 S. 647. Ord. 7 S. 15. — In dem vom Bischof von Langres im Jahre 1381 bewilligten und von Karl VI. bestätigten Statut werden dagegen den Fleischern von Langres unbeaufsichtigte Wahlversammlungen gestattet. Ord. 6 S. 607 Art. 1.

[6] Pour laquelle eleccion et mutacion faire se pourront chacun au ledit jour assembler appellé et present avec eulx ung sergent Royal lequel ledit Mons le Bailli ou son lieutenant leur baillera chacun an, et non autrement. Ord. 8 S. 385.

[7] Avons donné et octroyé de grace especial par ces presentes, congié et licence qu'ilz puissent et leur loise eulx assembler toutesfoiz que mestier sera en la presence d'un de noz officiers et eslire en leurs consciences ung ou tant que besoin sera d'iceulx ouvriers experts et souffisans pour voir et visiter les ouvraiges desdicts ouvriers. Ord. 17 S. 323.

Pariser Tucher wird im Jahre 1407 die Gegenwart des Prevost bei der Vorsteherwahl gefordert[1]. Die Fleischer von Béziers dürfen sich nach dem Statut von 1408 ohne besondere Erlaubnis zu ihren Handwerksgeschäften versammeln, sowohl unter Dach wie unter freiem Himmel; wenn sie binnen eines Hauses zusammenkommen, dürfen sie jedoch nur bei offenen Thüren verhandeln[2]. Die Tucher von Bourges mögen sich nach dem Statut von 1443 zu geschäftlichen Zwecken zwar ohne besondere Erlaubnis versammeln, doch mufs bei ihren Zusammenkünften stets ein königlicher Beamter anwesend sein[3]. Die Weber von Issoudun müssen nach ihrem Statut von 1447 für jede Versammlung eine behördliche Ermächtigung nachsuchen und dürfen überdies nur in Gegenwart eines königlichen Beamten tagen[4]. Die Hufschmiede von Paris werden nach dem Statut von 1463 zu ihren Wahlversammlungen durch den königlichen Prokurator nach dem Chatelet zusammenberufen[5]. Nur vereinzelt findet sich bei den Pariser Walkern im Jahre 1443 die Bestimmung, wie sie die Sattler im Livre des Métiers aufgezeichnet hatten[6]; die Geschworenen rufen das Gewerk zusammen und belegen die Ausbleibenden mit Strafe[7].

---

1 Doresenavant pour visiter ledit mestier et ladite drapperie de Paris seront esleuz en la presense du prevost de Paris ou ses commis par les drappiers de Paris chascun an trois drappiers preudommes et expers en ladite marchandise; par les teinturiers de Paris, un teinturier; par les foulons, un foulon, et par les tondeurs, un tondeur. Mét. 3 S. 159 Art. 28.

2 Quod de more et observancia dicte ville fuit toto dicto tempore incessanter observatum et adhuc de presenti observatur quod dicti suprapositi ad premissa seu ad quecumque alia tangencia dictum officium seu ministerium macellarie una cum eorum consilio seu cum gentibus predicti officii se possunt congregare insimul et ita facere consueverunt vel intra domum, januis tamen appertis, vel extra domum, pure et impugne, dictis Dominis Curialibus seu quibuscumque aliis presidentibus minime requisitis. Ord. 9 S. 358.

3 Que lesdits bourgeois et marchans pourront s'assembler pour le faict de la drapperie toutesfois que bon leur semblera hors juctice appellant fors seulement ung sergent de Roy là où bon leur semblera, sans autre instance. Ord. 13 S. 382.

4 Lesdiz maistres ouvriers et aprentis ne feront nulles assemblées sans licence et auctorité de justice sur peine d'amende arbitraire à applicquer au Roy nostredit Seigneur; et se ilz se veulent assambler pour leurs negoces et affaires ilz seront tenuz de demander licence à justice et que avecques eulx en leur assemblée soit ung sergent royal commis par ladicte justice. Ord. 13 S. 532.

5 Pour garder les constitucions et ordonnances dessusdiz et faire tenir en leurs termes seront creez commis preposez instituez et establis par election des maistres de la communauté dudit mestier pour ce assemblez par le procureur du Roy oudit Chastellet, quatre preud'hommes. Mét. 2 S. 439 Art. 10.

6 S. oben S. 230.

7 Tous ceulx dudit mestier sont et seront tenus venir et assembler à la requeste des quatre maistres dudit mestier, des trois ou des deux d'iceulx, toutesfois que ils auront mestier (= besoin) d'avoir conseil ensemble, et qu'ils seront par eux mandez pour veoir juger et visiter aucune euvre

Gegen den Ausgang des vierzehnten Jahrhunderts begannen die Handwerker, sich mit lebhafter Theilnahme der Pflege der Bruderschaften zuzuwenden. Die Frömmigkeit drängte während der großen Kirchenspaltung zu äußerer Bethätigung; die Kriegsnot und die ihr folgende Zerstörung von Eigentum nötigten zur Fürsorge für verarmte Handwerksgenossen. Zahlreiche Bruderschaften wurden damals im Handwerk neu errichtet, bestehende wurden erneuert und mit Beiträgen reichlicher ausgestattet[1]. Aber auch diese Bruderschaften der Zünfte entbehren jetzt grundsätzlich des freien Versammlungsrechts. In einzelnen Fällen wird es ihnen unter Karl VI. gewährt. So wird den Säcklern von Paris im Jahre 1398 erlaubt, sich „zu den Geschäften ihrer Bruderschaft", jedoch nur in der Kirche zu versammeln[2]. Die Bruderschaft der Schuster von Carcassonne soll nach dem Statut von 1402 bei Versammlungen zu wichtigeren Geschäften, wie für die Umlegung der Bruderschaftsbeiträge und ähnlichem, die behördliche Erlaubnis einholen. Zur Erledigung geringerer, dabei erlaubter und ehrbarer Angelegenheiten bedarf es dagegen für die Bruderschaft keiner obrigkeitlichen Ermächtigung[3]. Der Bruderschaft der Pariser Kürschnerknechte wird, ebenso wie zuvor den Tuchern, im Jahre 1394 die Zuziehung eines königlichen Beamten bei ihren Zusammenkünften auferlegt[4]. —

---

prinse par lesditz maistres et pour autres affaires sur peine de deux sols parisis à appliquer au prouffit de ladite confrarie; et qui aura essoine souffisant, il sera creu par son serement. Mét. 3 S. 102 Art. 35. Vgl. noch Ord. 19 S. 704 und 714.

[1] Vielfach wurden die Gelder, die man sonst für den Willkomm der Gesellen oder für den Meisterschmaus verausgabte, in Beiträge zu Gunsten der Bruderschaft umgewandelt. (Die Sitte der Handwerkergelage blieb indessen gleichwohl bestehen; die Beiträge für die Bruderschaft traten nur den Aufnahmekosten hinzu.)

[2] A iceulx avons donné et donnons de grace especial par ces presentes congié et licence d'eulx assembler toutes et quantes fois et en icelle eglise de nostredicte ville que bon leur semblera, pour le fait de ladicte confrarie. Ord. 8 S. 317.

[3] . . . quam pro diversis aliis negociis et necessitatibus dictum ministerium tangentibus et que de die in diem evenerunt dicti suprapositi vocatis cum eis aliis probis viris magistris dicti ministerii possint et valeant semel et pluries ac tociens quociens eis placuerit, cum licencia tamen duorum Vicarii et Judicis ordinarii dicti burgi seu alterius eorumdem . . . sese adinvicem congregare et de eorum causis et negociis tractare et concordare imponereque et inducere super omnes dicti ministerii tam magistros quam alios operarios et famulos . . . justas et racionabiles indiciones . . . . . Si vero pro aliis causis et negociis levibus licitis et honestis ubi non esset indicio nec tractaretur de magno negocio dicti suprapositi cum aliquibus de magistris dicti ministerii volebant interdum semel vel pluries congregare quod hoc facere eis liceat sine licencia curie et alterius persone cuiuscumque libere et impune. Ord. 8 S. 559.

[4] Aussi que lesdiz confreres se puissent assembler chascun an une fois pour le fait de ladicte confrarie et disner ensemble ainsi qu'il est accoustumé ès autres confraries de nostre dicte ville pourveu que auxdictes assemblées qu'il feront ilz y appellent un de noz officiers. Ord. 7 S. 686.

Das Versammlungsrecht des Gewerbes war demnach mit dem Ablauf des vierzehnten Jahrhunderts in vollständige Abhängigkeit geraten. Die Zusammenkünfte bedurften der vorgängigen Erlaubnis; die Versammlungen selbst standen unter obrigkeitlicher Aufsicht. Unter dem Eindruck der Volksbewegungen der Jahre 1357 und 1358 setzte das Beamtentum dem örtlich zersplitterten Versammlungsrecht eine einheitliche Auffassung entgegen. Nur wenige Jahrzehnte später sind die neuen Grundsätze gemeines Recht geworden und die stillschweigend oder statutarisch gewährte zünftige Versammlungsfreiheit ist bis auf wenige Ausnahmen beseitigt. Das königliche Beamtentum erlangte hierdurch einen weitgehenden Einfluſs auf die laufende Geschäftsführung der Zünfte. Die Anwesenheit eines königlichen Beamten bei allen wichtigen Handlungen und Beratungen benahm den Zünften äuſserlich jede Selbständigkeit und gab dem Beamtentum eine sichere Handhabe zur fortwährenden Einmischung in die zünftlerische Verwaltung. Die Bevormundung der Zünfte wurde hier zuerst angebahnt.

Drittes Kapitel.

Erteilung von Zunftprivilegien.

Die von dem Königtum erteilten Zunftprivilegien scheiden sich in Privilegienerneuerungen, welche die Bestätigung bereits bestehender Zünfte, und in Zunftstiftungen, welche die Gründung neuer Zünfte zum Gegenstand haben.

Die Privilegienerneuerung sollte grundsätzlich bei Thronwechsel stets stattfinden; doch wurde die Formalität von den Zünften gerne umgangen und von den Behörden bis in das vierzehnte Jahrhundert nicht allzu streng gefordert. Seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts beginnen die königlichen Finanzbehörden wegen der dabei abfallenden Gebühren darauf zu achten, dafs die Bestätigung seitens der Zünfte ordnungsgemäfs eingeholt wurde. Zunächst liegt hier ein einfaches Finanzgeschäft vor. Es ist deshalb begreiflich, dafs die Zunft diesen Anlafs gern benutzte, um eine ihr vorteilhaft scheinende Erweiterung ihrer statutarischen Rechte durchzusetzen. Seitdem geht eine Bestätigung fast nie vorüber, ohne dafs dem alten Zunftstatut eine Reihe neuer Artikel auf Antrag der Zunft hinzugefügt wird.

Dieses bei der damaligen Gesinnung der Zünfte erklärliche, aber höchst kurzsichtige Bestreben hat zu einem nicht geringen Teil zu der allmählichen Zerstörung der zünftlerischen Selbstverwaltung beigetragen. Wir haben zuvor[1] darauf hingewiesen, dafs das ältere Zunftstatut die schriftliche Aufzeichnung so eng als möglich begrenzte. Der Gewerbebetrieb beruhte in der Hauptsache auf Brauch und Herkommen, die der Handwerkerstand erzeugte und ungeschrieben bewahrte. Im wesentlichen wurde demnach das Recht in lebendigen Formen überliefert und, unbehindert von Schriftlichkeit, durch das Handwerk selber weiter gebildet. Mit der Vermehrung der Aufzeichnung in den Statuten änderte sich dies vollständig. Die Zunftbriefe der vorliegenden Periode sind allerdings noch weit entfernt von dem unförmlichen Umfang, den wir im sechzehnten Jahrhundert finden werden.

---

[1] S. oben S. 90.

Aber die selbständige Fortbildung des Rechts durch das Handwerk war schon jetzt unterbunden. Die Erweiterung der Statuten war nur ein Gewinn des Augenblicks. Auf die Dauer fand sich die Zunft festgelegt in ihren eigenen Satzungen, die sie nunmehr selbständig weder verlassen noch umändern konnte, und jede Vermehrung der Artikel verstärkte nur die Abhängigkeit der Zunft von dem privilegierenden Beamtentum.

Die Bestätigung der alten Statuten und die Verleihung von erweiternden Zusätzen wird schon unter Karl V. vielfach vorgenommen. Die umfafsendste Thätigkeit auf diesem Gebiete wurde indes während der Regierungszeit Karls VI. entfaltet. Die Zusätze erweitern sich jetzt schon zu förmlichen Neuredaktionen der alten Satzungen. Die Zahl der Privilegierungen wächst rasch und steigert sich insbesondere während der Jahre 1402 bis 1410 zu einer ungewöhnlichen Höhe[1]. Für die Ausfertigung der neuen Statuten oder Zusätze hat sich eine bestimmte Form herausgebildet. Die Handwerker reichen eine Bittschrift ein, auf welcher die von ihnen erbetenen Artikel verzeichnet sind. Nach Begutachtung durch die zuständige Behörde erfolgt dann die Bestätigung durch den König[2].

Neben der Privilegienerneuerung gewann von jetzt ab auch die Verleihung von Zunftstatuten an Handwerkerschaften, die bis dahin noch keine Statuten besessen hatten, an Wichtigkeit. Diese Errichtung neuer Zünfte wurde von den königlichen Behörden ebenso eifrig gefördert, wie von den Handwerkern nachgesucht. Das Bestreben des Beamtentums ging allgemein dahin, das gesamte Handwerk in zünftlerische Verbände einzubeziehen und ihm hiermit eine geschlossene, zugleich den Zwecken der Landesverwaltung dienstbare Organisation zu geben. Die Handwerkerschaften andererseits bedurften des Zunftprivilegs ebensosehr, um die mit der stastutarischen Ordnung verbundenen Vorteile zu erlangen, als um den Schädigungen zu entgehen, die das ungeregelt betriebene Handwerk[3] trafen. Die Zahl der unzünftigen Betriebe[4] ging fortwährend zurück[5].

Während dieser Vorgänge wurde zugleich die Vereinheitlichung der Zunftstatuten betrieben und mit steigendem Erfolge durchgesetzt. Das Übergewicht der Centralstelle machte sich immer mehr geltend und kam zu treffendem Ausdruck in der Verpflanzung der Pariser Statuten nach den Provinzen des Reiches.

---

[1] Die Verzeichnung von Quellenangaben wäre hier überflüssig. Ich verweise auf die betreffenden Jahrgänge der Ord., sowie auf Chéruel, Band II S. 491 ff.; Thierry Band I von S. 785 ab und Band II öfter (im Jahre 1390 empfing Amiens das erste vom König bestätigte Zunftstatut); Boutiot Band II S. 285, 289, 290, 331, 340 und weiter öfters.

[2] Vgl. hierzu etwa Ord. 7 S. 480, 8 S. 149.

[3] S. unten S. 242.

[4] S. oben S. 24 und 42.

[5] Ord. Bd. 8 S. 384, Bd. 9 S. 35 und öfters.

Eine Zusammenstellung der Übertragungen von Pariser Statuten gebe ich in der Anmerkung[1].

Schon unter Karl V. findet sich diese Bewidmung der Provinzialzünfte mit Pariser Statuten; unter Karl VI. wird sie allgemein üblich. Oft sind es die Handwerker selbst, die um Verleihung der Pariser Ordnungen bitten, um ihr Gewerbe nach diesem jetzt als mustergültig anerkannten Vorbild betreiben zu können[2]. Seit dem fünfzehnten Jahrhundert finden sich dann auch Bewidmungen mit Provinzialstatuten, indem die Statuten einer gröſseren Provinzstadt nach kleineren Städten übertragen werden[3]. Diese immer mehr vorschreitende Schablonisierung ist wiederum ein sicheres Kennzeichen dafür, daſs dem Handwerk das Recht und die Gewohnheit der Selbstsatzung abhanden kam. —

So wirkten alle Umstände zusammen, um den alten Handwerkerverband äuſserlich und räumlich auszubreiten, während er zugleich innerlich umgestaltet wurde. Das Zunftwesen erreichte jetzt den Höhepunkt seiner rein gewerberechtlichen Bedeutung. Der Begriff der Zunftehrlichkeit hatte sich gebildet. Nur der zünftige Handwerker galt als ehrlich, nur das zünftige Gewerbe als rechtschaffen. Diese Auffassung entsprang indes noch keineswegs der Unduldsamkeit oder der Ausschlieſslichkeit der Zünfte. Der Grund liegt vielmehr darin, daſs damals die Zunft im wesentlichen allein die Organisation besaſs, um die Rechtschaffenheit im Verkehr aufrecht zu erhalten. Staatliche Organe fehlten noch fast vollständig;

---

[1] Bewidmungen mit Pariser Statuten: 1369 Goldschmiede Troyes Ord. 5 S. 188; 1376 Goldschmiede Amiens Thierry 1 S. 684; 1380 Schneider Pontoise Ord. 2 S. 603; 1389 Tucher Auxerre Ord. 7 S. 285; 1391 Lichtzieher Pointoise Ord. 10 S. 28; 1393 Schneider Chartres Ord. 19 S. 486; 1395 Schreiner Troyes Boutiot II S. 289; 1399 Schneider Rouen Ord. 8 S. 339; 1400 Barbiere Carcassonne Ord. 8 S. 399; 1404 Schneider Meaux Ord. 9 S. 23, Hosenmacher Pontoise Ord. 9 S. 35; 1412 Goldschmiede Tours Ord. 17 S. 379; 1447 Barbiere St. Jean d'Angely Ord. 13 S. 506; 1447 Hosenmacher Touraine Ord. 14 S. 27; 1448 Krämer Touraine Ord. 14 S. 27; 1451 Kesselschmiede Amiens Thierry 2 S. 203; 1461 Tapeziere Amiens Thierry 2 S. 245; 1465 Spielleute Amiens Thierry 2 S. 301; 1484 Schuhmacher Chartres Ord. 19 S. 332; 1487 Nadler Amiens Thierry 2 S. 427; 1495 Zinngieſser Amiens Thierry 2 S. 471. — Für die Waffenschmiede wurde im Jahre 1452 ein Statut erlassen, das für das ganze Königreich Geltung haben sollte; Mét. 2 S. 327.

[2] Paris wird von den Königen gerne als Spiegel und Vorbild des Reiches bezeichnet, das den andern Städten als Beispiel guter Ordnung voranstehen soll: Ycelle ville de Paris qui est la capital du royaume de France et en laquelle toute policie sur l'ordenance de tous mestiers a tousjours jusques cy esté trouvée plus bonne et notable que ez autres bonnes villes dudit royaume. Mét. 2 S. 469; vgl. auch Mét. 2 S. 557 Art. 8, S. 469, S. 255 I S. 50. Am weitesten in dieser Umschmeichelung der Pariser geht wohl Heinrich VI. von England als König von Frankreich, Ord. 13 S. 171.

[3] 1419 Weber Vierson, Statuten von Bourges, Ord. 17 S. 323; 1447 Weber Issoudun, ebenso, Ord. 13 S. 531; 1481 Schneider Amboise, Statuten von Tours, Ord. 18 S. 627.

die allgemeinen Strafbestimmungen waren ungenügend. Auf der Gewerbeschau und den mit ihr zusammenhängenden Einrichtungen beruhte in der Hauptsache die Sicherung der Rechtlichkeit in den Verkehrsbeziehungen. Hieraus erklärt sich das Zusammenfallen von ehrlich und zünftig im Deutschen, und die Vereinigung beider Begriffe in dem französischen „loyal“ [1].

Der Grundsatz der Zunftehrlichkeit stand gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts fest; besonders im Tuchergewerbe wurde er mit rücksichtsloser Schärfe durchgeführt. Die Siegelung mit dem Stempel einer zünftigen Stadt war die Vorbedingung, unter der die Tuche überhaupt zum marktmäfsigen Verkauf zugelassen wurden [2]. Das unehrliche Handwerk wurde ausgesperrt. Die alte Tucherstadt Saint-Omer wird im Jahre 1383 wegen Unredlichkeit in Verruf erklärt, weil von da betrügerisch gearbeitete Tuche auf den Markt gebracht wurden [3]. Der Verkauf der Tuche von Saint-Omer blieb so lange untersagt, bis die Stadt nachgab und sich ihre neugeordnete Schau und Stempelung vom König privilegieren liefs. Die Gemeinschaft mit unzünftigen, keiner Satzung unterworfenen Handwerkern machte unehrlich. Die Wollweber von Andely wirkten sich im Jahre 1412 die Bestimmung aus, dafs kein Leinenweber sich mit ihrem Gewerbe befassen dürfe, weil sonst kein Wollenweber von Andely in einer guten Stadt Arbeit finden würde [4].

Die Zunft umschlofs jetzt das gesamte Handwerk, sofern es nicht für einen beschränkten Hausbedarf arbeitete, sondern an dem allgemeinen Verkehr teilnehmen wollte. Was die Zunft in

---

[1] Ebenso in dem Ausdruck „ville de loi“, zünftige Stadt.

[2] Semblablement soit édité et publié que aucuns draps faiz au dehors de ladicte ville et banlieue d'Abbeville qui ne seront ferez et marquez de plons et marque de ville de loy et eswardez comme dit est, ne soient souffers estre venduz en ladite ville d'Abbeville et se aucun est trouvé vendant telz draps, il les perdra, paiera LX sols et sera puniz de prison. Ord. 8 S. 335 (A. 1399); vgl. Ord. 9 S. 438 (A. 1409).

[3] Enguerran Flomenes drappier et bourgois de ladite ville qui avec ce qu'il estoit drappier, estoit tondeur, licheur, pareur de draps et comme à l'esgart do la drapperie de ladicte ville et soubs umbre desdicts estas, estoit si grand et si puissant oudit fait, qu'il y fit moult de mauvaistiez, fut reprins et convaincu que pour ce que les fins draps et les petits draps estoit séellez et signez d'un séel et d'une marque sans difference et d'une largeur et longueur, et si les faisoit tout d'une couleur, il vendoit esdictes foires tout ensemble ledicts petis draps avec les fins à autel pris l'un que l'autre, feignant et donnant à entendre aux marchans que c'estoit tout un; lesquels les achettoient de bonne foy tout un pris par ce qu'ils estoient semblables en séel, en marque, en largeur et longueur. Ord. 9 S. 536.

[4] Car se ainsi estoit que les teliers en linge ou en teles le peussent faire tous ceulx de ladicte ville d'Andely ne ceulx de l'aprinse dudit mestier ne seroient plus doresenavant receuz à besongner en nulle bonne ville de drapperie et ne seroient pas tenuz de bonne apprinse. Ord. 10 S. 43; vgl. hierzu das Tucherstatut von Amiens von 1308, Thierry I S. 341 Art. 13.

ihrer ersten Periode für die Entwicklung der Verfassung, das hat sie in dieser Zeit ihrer breitesten Herrschaft für die Entwicklung des Gewerbewesens geleistet. Zunftmäfsiger Betrieb wurde gleichbedeutend mit geordnetem Verkehr; Ausbreitung des zünftigen Organismus gleichbedeutend mit Stärkung und Hebung des Gewerbes[1].

Doch während die Zunft fortwährend an Ausdehnung zunahm, wurden ihre alten Grundlagen allmählich verändert. Das Königtum hatte sein Gewerberecht über das Zunftrecht gesetzt, und die Handwerkerverbände gerieten in thatsächliche und bald auch in rechtliche Abhängigkeit. Das alte Recht der Selbstsatzung ging hierbei bald im wesentlichen verloren, zum Teil allerdings schon durch das Unvermögen der Zunft, ihrem Willen die notwendige allgemeine Geltung zu geben. Was der Zunft jetzt noch verblieb, war das wichtige Recht der Verwaltung des Gewerbewesens, die auf ihren Organen beruhte. Der Kampf um die gewerbliche Selbstverwaltung, im weitesten Begriff des von ihr eingenommenen Gebietes, gelangte während des Verlaufs der vorliegenden Periode zur Entscheidung.

---

[1] Vgl. hierzu den dritten Abschnitt.

Zweiter Abschnitt.

Die Fortbildung der gewerberechtlichen Institutionen.

Erstes Kapitel.

Organisation und Gebühren.

§ 1. Das zünftige Gewerbe.

Die frühere Scheidung in der Behandlung der gewerblichen Organisation und der Abgaben und Gebühren (oben S. 24 bezw. 47) fällt für unsere fernere Darstellung weg. An die Stelle der örtlichen Zölle und Abgaben ist ein System von Landessteuern getreten; die allgemeine Besteuerung wurde zu einem eigenen, selbständigen Verwaltungszweig ausgestaltet, der mit dem Gewerbewesen nicht mehr im besonderen zusammenhängt[1]. Die gewerblichen Gebühren dagegen erscheinen zumeist unmittelbar an die Organisation und an die Aufnahme in den Zunftverband geknüpft. Die Bestimmungen über beide Materien haben sich parallel entwickelt und sind deshalb im folgenden gemeinsam zu besprechen. —

Im Lehrlingswesen sind in dieser wechselvollen Zeit so gut wie gar keine Veränderungen eingetreten, abgesehen von einer allgemeinen Erhöhung der Einschreibegelder. Die zuletzt durch die Ordonnanz von 1351 verfügte Freigabe der Lehrlingszahl wurde von einzelnen Zünften praktisch erprobt[2]. Es ist also nicht zutreffend, daſs, wie in der Litteratur häufig gesagt wird, die Ordonnanz keinerlei Wirkung gehabt habe und daſs ihre Durchführung gerade von den Zünften hintertrieben worden sei. Das Ergebnis der Lehrlingsfreigabe war jedoch kein günstiges und die Beschränkung wurde bald wieder allgemein

---

[1] S. oben S. 180 Anm. 2.

[2] Der Wortlaut der Bestimmungen lehnt sich offenbar an die Vorschriften der Ordonnanzen von 1307 und 1351 an. Vgl. Mét. 3 S. 383 (A. 1351) und S. 210 (A. 1382): „chacun maistre dudit mestier pourra avoir autant d'apprantis à tel terme et pour le pris que bon luy semblera."

eingeführt[1]. Einen dauernden Erfolg hat jener Eingriff jedoch insoweit gehabt, als jetzt den Meistern häufig gestattet wird, zwei fremde Lehrlinge, statt früher einen, anzunehmen[2].

Die Stellung der Gesellen veränderte und verschlechterte sich in dieser Periode infolge der Hindernisse, mit denen der Eintritt in den Meisterstand umgeben wurde. An solchen Erschwerungen sind hier vor allem zu nennen die starke Erhöhung der Aufnahmekosten — insbesondere für Meistergeld und Meisterstück — verbunden mit einer den Meistersöhnen eingeräumten Bevorzugung; sowie die in dieser Periode allmählich zur Anerkennung gelangte Forderung der Sitz- und Mutjahre.

Das Meistergeld wurde von den bescheidenen Anfängen, die wir zuvor fanden[3], während des vierzehnten Jahrhunderts rasch auf vierzig und sechzig Solidi gesteigert. Im fünfzehnten Jahrhundert wurde das Meistergeld schon nach Livres angesetzt, und Beträge von 10 Livres sind nichts seltenes mehr[4]. Vereinzelt wird selbst ein Betrag von vierzig Livres[5] genannt. Das Königtum gab gerne seine Einwilligung zu diesen fortwährenden Erhöhungen, da von dem Ertrag der gesteigerten Sätze meist ein Drittel, mitunter auch die Hälfte an die königliche Kammer abzuliefern war. Die Geschworenen hatten von den Meisteraufnahmen wegen dieses Königsanteils — als droit du Roy bezeichnet — dem königlichen Einnehmer Anzeige zu machen[6].

---

[1] Vgl. insbesondere die ausführliche Darlegung der Pariser Zinngiefser Mét. 2 S. 528, A. 1382: Combien que ès anciens registres dudit mestier soit contenu expressement que nul maistre dudit mestier n'auroit que un apprentis qu'il prendroit à huit ans et à xl sols et non à moins, ou à dix ans sans argent, lequel registre a esté depuis delaissé par aucuns tems, pour ce qu'il estoit grief el prejudiciable ou commun peuple, et que depuis chascun a voulu avoir et tenir tant d'apprentis par tel temps à tel pris que bon lui a semblé, dont aussi plusieurs inconveniens sont advenus oudit mestier, si comme ceulx d'icelui mestier trestous ont tesmoingné et affermé par leurs seremens: ordené est, par advis et deliberation de tout le commun dudit mestier, et pour le prouffit d'icelui mestier et de la chose publique, que doresnavant aucun dudit mestier ne pourra prendre ne tenir que deux apprentis à une fois, et chacun apprentis ou terme de six ans et non à moins. Vgl. ferner Ord. 4 S. 136 und Thierry 2 S. 194, 4 S. 251 Art. 5.

[2] Erwähnenswert ist hierbei ferner die stark erweiterte Definition, die im Jahre 1447 für den Begriff des „fremden“ Lehrlings (s. oben S. 25) in dem Statut der Pariser Scheidenmacher gegeben wird. Der Sohn eines zünftigen Meisters soll darnach niemals als fremder Lehrling gezählt werden; auch dann nicht, wenn er nicht bei seinem Vater, sondern bei einem andern Meister in die Lehre tritt. Vielmehr soll der aufnehmende Meister berechtigt sein, neben einem solchen Meistersohn noch einen fremden Lehrling einzustellen. Mét. 3 S. 487. Thatsächlich lief dies auf eine Erhöhung der Lehrlingszahl, von einem fremden Lehrling auf zwei, hinaus.

[3] S. oben S. 87.

[4] Vgl. etwa Ord. 7 S. 98 A. 1384; Ord. 8 S. 339 A. 1399; Ord. 9 S. 45 A. 1404; Ord. 9 S. 210 und 269 A. 1407; Ord. 13 S. 81 A. 1424; Mét. 2 S. 502 A. 1484; Ord. 19 S. 559 A. 1485.

[5] Ord. 19 S. 522 A. 1452.

[6] Mét. 2 S. 258.

Die Gebühr lastete hauptsächlich auf den Gesellen; denn die Meistersöhne wurden entweder stark bevorzugt — im Höchstfalle zahlten sie die Hälfte des Grundbetrags — oder sie blieben vollständig frei[1]. Seit dem fünfzehnten Jahrhundert wurde die Gebühr im übrigen öfters benutzt, um in mittelbarer Weise den Zuzug stadtfremder Handwerker fernzuhalten. Die Zünfte setzten häufig die Beträge für das Meistergeld verschieden an, je nachdem der Aufzunehmende am Orte selbst gelernt hatte[2] oder von aufserhalb zuwanderte. So verlangen die Pariser Zeugschmiede von dem einheimischen Gesellen zwanzig, von dem stadtfremden vierzig Solidi Meistergeld[3]. Bei den Webern von Issoudun hat der am Ort geschulte Meister sechzig Solidi und vier Pfund Wachs zu entrichten; der zuwandernde Meister giebt dagegen zehn Livres in baar, dazu fünf Pfund Wachs und ein Fäfschen Wein[4]. Die Pariser Kefsler belegen den Meistersohn mit nur zehn Solidi; der Geselle, der seine Lehrzeit am Orte bestanden hat, zahlt vier Livres; der Stadt- oder Landesfremde[5], der nicht in Paris gelernt hat, mufs dagegen seine Aufnahme mit zwölf Livres erkaufen[6].

Das Meistergeld ist in seiner bekannten späteren Entwicklung zu einem der schlimmsten Auswüchse des Zunftwesens geworden. Demgegenüber möchte ich hier darauf hinweisen, dafs sowohl die Gebühr an sich, wie auch ihre Ermäfsigung zu Gunsten der Meistersöhne, ursprünglich eine durchaus berechtigte Grundlage hatten, und dafs beide Bestimmungen unmittelbar auf dem alten genossenschaftlichen Charakter der Zunft beruhen. Die Begründung dieser Auffassung ist mit knappen Worten in einem der besten französischen Statuten ausgesprochen; es ist das Statut der normännischen Kaltschmiede, auf das wir weiter unten noch genauer zurückkommen werden[7]. Im Artikel 5 des dem vierzehnten Jahrhundert entstammenden Statuts erklären die Schmiede, dafs sie ein Meistergeld darum verordnet und vereinbart haben, „weil kein Meister erstehen kann ohne die Hilfe der andern Meister und der Gesellen und des Werkzeugs der andern“. Darum soll der neue Meister, der keines Meisters Sohn ist, einen Beitrag von sechzig Sols in den Zunftkasten zahlen. „Ist er aber eines Meisters Sohn, so gebe er nur vierzig Sols, weil ihm ein Vorteil gebührt beim Gewerk, und weil sein Vater vordem auch gezahlt hat“[8].

---

[1] Ord. 7 S. 116 (A. 1385), Ord. 8 S. 384 (A. 1400), Ord. 8 S. 557 (A. 1402), Ord. 9 S. 35 (A. 1404), Ord. 10 S. 253 (A. 1415).

[2] Die Urkunden sagen hierfür de l'aprise (apprise) de la ville; in der Ausgabe Ord. ist statt dessen öfters de la prise de la ville gedruckt.

[3] Mét. 2 S. 457.

[4] Ord. 20 S. 221.

[5] Tant forains estrangers que autres lesquels n'auront esté apprentis à Paris à icelluy mestier.

[6] Mét. 2 S. 502.

[7] S. unten S. 259.

[8] Il est ordonné et accordé entre eulx que s'aucun veult lever mestier et estre maistre de nouvel parce que nul maistre ne se peut

Der alte tüchtige Zunftgeist spricht aus diesen Worten, in denen dem neuen Meister vor Augen geführt wird, dafs er nichts ist ohne den Beistand seiner Genossen. Die Zunft sagt hier, dafs es die gemeinsame Arbeit der Meister und ihrer Vorgänger ist, die den gegenwärtigen Stand des Handwerks geschaffen hat. Dem neuen Meister wird diese alte Kenntnis und Erfahrung gleich einem Geschenk überliefert; er soll dies anerkennen und sich einkaufen in die Gemeinschaft, der er sein Handwerk verdankt. Dem Meistersohn räumt die Zunft einen Vorzug ein, und zwar mit scharfer Folgerichtigkeit. Die Arbeit des Vaters ist der Gemeinschaft zu gute gekommen; in der gewährten Ermäfsigung empfängt darum der Sohn sein berechtigtes Erbe. —

Parallel mit der Entwicklung des Meistergeldes geht die des Meisterstücks. Die Forderung des Meisterstücks findet ihre rechtliche Grundlage in der Verpflichtung des neuen Meisters, seine gewerbliche Befähigung nachzuweisen[1]. Während des dreizehnten Jahrhunderts bestand hierfür keine allgemeingültige feste Form; es wurde eine Prüfung, eine Besichtigung durch die Geschworenen, mitunter auch eine bestimmte Arbeitsleistung verlangt. Im wesentlichen begnügte man sich mit dem eidlichen Zeugnis von Zunftgenossen, die für die Fähigkeit des Bewerbers gutsagten[2]. Seit dem Beginn des vierzehnten Jahrhunderts findet dagegen der Brauch Eingang, den Befähigungsnachweis förmlich zu führen durch Anfertigung eines Werkstücks, das dem Gewerbebetrieb des Aufzunehmenden angehörte.

Die Forderung des Meisterstücks gelangte seitdem rasch zu allgemeiner Durchführung. Nur vereinzelt findet sich noch in der zweiten Hälfte des vierzehnten Jahrhunderts der heftige Widerstand eines Handwerks, das sich auf die alte formlose Aufnahme berief. Die überwiegende Mehrzahl[3] der Schreiner von Paris widersetzte sich der von den Geschworenen und von einer Minderheit von Meistern erhobenen Forderung des Meisterstücks. Die Schreiner behaupteten, dafs sie das Recht hätten, nach abgedienter sechsjähriger Lehrzeit ohne weitere Prüfung selbständig das Gewerbe zu betreiben. Die Geschworenen bestanden auf dem Meisterstück. Es kam zu einem Prozefs, der im Jahre 1382 vor

---

elever sans l'ayde des autres maistres et des varlets et des outils des autres, il paiera audit tresor soixante solz se ainsi qu'il ne soit fils de maistre; et s'il est fils de maistre, il en paiera pour XL solz, pour ce qu'il doit avoir plus grant avantaige audit mestier et que son pere paia aussi; et partant aura cellui qui aura paié lesdits LX solz l'aide des maistres et des varlets et des outils de ladite paeslerie. Ord. 18 S. 676.

[1] S. oben S. 29.

[2] S. oben S. 29 f.

[3] La plus grant et saine partie des ouvriers et varletz dudit mestier, heifst es in dem vor dem Parlament abgeschlossenen Vergleich. Mét. 2 S. 639.

dem Parlament durch Vergleich der Parteien beendet wurde. Die Schreiner gaben nach, das Meisterstück wurde in die Statuten aufgenommen; jedoch sollte der Wert des Stücks vier bis sechs Franken nicht übersteigen [1].

Im übrigen ist das Meisterstück um jene Zeit allgemein eingeführt. Die Anfertigung erfolgte zumeist in der Werkstatt eines der Geschworenen [2]. Der Prüfling durfte sein Werkstück während der Feierstunden unter Verschlufs halten, damit ihm nichts daran durch Übelwollende beschädigt werde. Auch hier bestanden von Anfang an ähnliche Ungleichheiten, wie bei dem Meistergeld. Gegenüber den Gesellen wurden die Ansprüche der Zunft fortwährend gesteigert; den Meistersöhnen hingegen wurde das Meisterstück häufig ganz nachgelassen, oder es wurde von ihnen nur eine Probeleistung, essai oder expérience genannt, verlangt. Solange die geforderten Aufwendungen an Zeit und baren Auslagen für die Anfertigung des Meisterstücks nicht übermäfsig grofs waren, fiel hier der Unterschied zwischen Meistersöhnen und Gesellen nicht allzu schwer ins Gewicht. Während des fünfzehnten Jahrhunderts begannen indes schon die Mifsbräuche schärfer hervorzutreten. Die Bewerber wurden ungebührlich beschwert durch die Forderung teurer Werkstücke, deren Anfertigung grofse Auslagen für das Material und eine lange Arbeitszeit beanspruchte. Mitunter gefiel sich die Zunft auch darin, dem Prüfling die Herstellung eines Gegenstandes aufzutragen, der gänzlich aufser Gebrauch und fast unbekannt war [3]. Die öffentlichen Behörden traten solcher Ungebühr und den hohen Belastungen, wie überhaupt dem übertriebenen Aufwand bei Meisteraufnahmen frühzeitig entgegen [4]. Doch konnte das Einschreiten im einzelnen Fall die Mifsbräuche, die mit der ganzen Einrichtung getrieben wurden, nicht aufhalten.

Die Ansprüche für die Aufwendungen beim Meisterschmaus wurden während des vierzehnten und fünfzehnten Jahrhunderts gleichfalls unaufhörlich gesteigert. Der alte Brauch, beim Eintritt in die Genossenschaft einen Willkomm zu bieten, war schon im dreizehnten Jahrhundert bei einzelnen Handwerkerschaften zu einer festen Verpflichtung geworden [5]. Späterhin wurde die Leistung allgemein gefordert und zur Herrichtung eines Meister-

---

[1] Mét. 2 S. 639.

[2] Die Anfertigung des Meisterstücks wird in den Statuten häufig beschrieben; vgl. etwa Thierry 1 S. 785. Die Waffelbäcker von Paris beschreiben noch im Jahre 1397 das Meisterstück genau, ohne jedoch den Ausdruck selbst anzuwenden. Ord. 8 S. 149.

[3] Vgl. den Ratsentscheid von Amiens A. 1442. Thierry 2 S. 154.

[4] Parlamentsentscheid von 1473, der den Pariser Strumpfwirkern verbietet, die Bewerber mit übermäfsigen Auslagen zu beschweren und ihnen für das Meisterstück mehr als eine Ausgabe von 4 Livres, und für den Meisterschmaus mehr als 8 Livres, aufzuerlegen. Mét. 3 S. 247.

[5] S. oben S. 88.

essens, bald auch zu Gelagen und Festlichkeiten erweitert[1]. Seit der Wiederaufrichtung und besseren Ausstattung der Bruderschaften[2] wurde in den Statuten häufig bestimmt, dafs die Aufwendungen für den Meisterschmaus in eine feste Abgabe zu Gunsten der Bruderschaft umgewandelt werden sollten[3]. Indes die Handwerkssitte erwies sich mächtiger als alle Vorschriften, und der kostspielige Brauch des Meisteressens blieb bestehen. Um dem immer weiter greifenden Aufwand zu begegnen, bestimmen die Statuten seit dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts mehrfach, dafs die Kosten des Meisterschmauses einen bestimmten Betrag, wie dreifsig, vierzig bis hundert Solidi, nicht übersteigen dürfen[4].

Wir haben nunmehr von dem Anspruch der Mut- und Sitzzeit zu handeln, der späterhin von einschneidendster Bedeutung für das Gewerberecht und für das Zunftwesen wurde. Die im dreizehnten Jahrhundert nur selten hervortretende Forderung wurde in der vorliegenden Periode in ihren wesentlichen Grundsätzen zur Ausbildung gebracht.

Die Ausdrücke Mutjahre und Sitzjahre werden im deutschen Gewerberecht synonym gebraucht[5], während das französische Gewerberecht hierfür überhaupt nur eine Bezeichnung kennt. Der französische Ausdruck lautet servir les maîtres, servir comme valet oder auch nur schlechtweg servir. Wenn wir indes in den Urkunden genau unterscheiden, so finden wir, dafs die Dienstzeit der Gesellen, wie der deutsche Doppelausdruck zeigt, einen zweifachen Ursprung hat; nämlich die der älteren Zeit entstammende, bei einzelnen Handwerkerschaften nachweisbare Pflicht eines jeden Gesellen, das Amt zu muten (heischen, fordern); und späterhin die zumeist in Betracht kommende, anfänglich aber nur die Stadtfremden betreffende Ersitzungsfrist für das Meisterrecht.

Eine Mutzeit für jeden Gesellen besteht bei dem Magisterium der Pariser Bäcker. Der Bäcker hatte, nachdem er den Gewerbekauf entrichtet hatte, sein Amt noch vier Jahre zu muten; nach Ablauf der Frist wurde er mit einer symbolischen Handlung in die Genossenschaft aufgenommen. Er trat, geleitet von dem Zöllner und den Handwerksgenossen, vor das Haus des Magisters und erklärte, dafs er seine vier Jahre vollbracht habe. Dann zerbrach er einen mit Gebäck gefüllten Topf wider die Mauer

---

[1] Vgl. die Schilderung des Meisterschmauses bei den Pariser Fleischern, die sich für ihre Festlichkeiten einen eigenen Spielmann hielten. Mag. u. Frat. S. 39.

[2] S. oben S. 237.

[3] Ord. 8 S. 513, 14 S. 27, 15 S. 544, 16 S. 645, Mét. 2 S. 531.

[4] Ord. 20 S. 75, 84 und 239.

[5] Vgl. Ortloff, Recht der Handwerker, Erlangen 1818, S. 244 Nr. 6 und S. 250.

und wurde hierauf unter Rede und Gegenrede in das Haus des Magisters geführt [1]. Das Statut der Pariser Nadler im Livre des Métiers (1268/1270) schreibt vor, dafs jeder Geselle vor dem Meisterwerden ein Jahr dienen müsse [2]. Die Bäckergilde von Arras brachte im Jahre 1355 ihr aus alter Zeit stammendes Recht zur Aufzeichnung. Auch hier besteht eine Mutpflicht für jeden Gesellen. Nur wer Bürger von Arras und Mitglied der Bäckergilde ist, darf Brot verkaufen und Backofen halten. In die Gilde aber darf keiner aufgenommen werden, er habe denn zwei Jahre als Geselle in Arras gedient [3].

Die Verpflichtung zur eigentlichen Sitzzeit ist dagegen hervorgegangen aus der unterschiedlichen Behandlung der stadtfremden und der einheimischen Handwerker bei der Zulassung zur Meisterschaft und betrifft zunächst nur die Stadtfremden. Die Zunft mufste der Würdigkeit des neuen Bewerbers versichert sein; sie verlangte deshalb, wie wir wissen, den Nachweis der Lehrzeit, der gewerblichen Befähigung und des guten Leumunds [4]. Seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts hielt man die Kundschaft, die der zuwandernde Handwerker eventuell durch Brief oder Zeugnis einer zünftigen Stadt erbrachte [5], nicht mehr durchweg für ausreichend; es findet sich jetzt mehrfach die Vorschrift, dafs der fremde Arbeiter, der sich in einer Stadt niederlassen wollte, eine bestimmte Zeit bei einem einheimischen Meister als Geselle arbeiten müsse, „damit man seine Art und Zuverlässigkeit kennen lerne“ [6].

Eine äufsere Stütze fand dieser Anspruch in dem Rechtssatz, dafs der fremde Zuwanderer vor seiner Niederlassung das städtische Bürgerrecht erwerbe, wozu regelmäfsig ein Aufenthalt von Jahr und Tag erforderlich war. Wir haben zuvor darauf hingewiesen, dafs dieser Satz während des dreizehnten Jahrhunderts nicht von den Zünften angerufen wurde, sondern dafs er, wo er sich in Handwerksordnungen zu jener Zeit findet, auf einer Verfügung der städtischen Behörden beruht [7]. Während des vierzehnten Jahrhunderts ändert sich dies Verhältnis gründlich, und die Zünfte sind es nunmehr, welche die Ersitzung des Niederlassungsrechts in ihren Statuten verlangen.

---

[1] Mag. u. Frat. S. 80.

[2] Quant il aura fet son service, li aprentiz ne pourra commancier son mestier devant qu'il aura servi et gaaingnié une année acomplie. L. d. M. Tit. 60 Art. 4.

[3] Et ne peut nuls faire pain à vendre ne tenir four en le juridicion des esquevins d'Aras qu'il ne soit bourgois ou bourgoise d'Aras. Et ne peut nuls ne nulle faire boulengherie ne tourterie ne pain à vendre ne tenir four s'il n'est en le gheude; et ne puet nuls entrer en le gheude pour faire le mestier s'il n'a esté varlez prendans loier deux ans en le ville d'Aras. Ord. 5 S. 508.

[4] S. oben S. 29.

[5] S. oben S. 157.

[6] Pour savoir de ses meurs et de son euvre. Mét. 2 S. 11 Art. 23.

[7] S. oben S. 38.

Insofern die Zunft eine Sitzzeit von dem Stadtfremden, der sich als Meister niederlassen wollte, forderte, hatte sie offenbar einen allgemeinen — wenn auch keineswegs dem Gewerberecht angehörenden — Rechtssatz für sich. Die Anwendung dieses Satzes haben wir schon im Tucherstatut von Carcassonne A. 1317 gefunden[1]. Dafs die Ordonnanz König Johanns an dem bestehenden Recht nichts geändert, sondern sich auf eine allgemeine Vermahnung beschränkt hat, haben wir oben[2] gezeigt. Die Zunft fand denn auch keine Schwierigkeit, das Sitzjahr während des vierzehnten Jahrhunderts allmählich in den Statuten zur Aufzeichnung zu bringen.

Zuerst verordnet das Statut der Pariser Goldschmiede im Jahre 1355, dafs der Stadtfremde Jahr und Tag in Paris arbeiten müsse, bevor er sich als selbständiger Meister niederlassen darf[3]. Die gleiche Vorschrift ergeht im Jahre 1357 für die Pariser Kleinschmiede, denen zu diesem Zweck geradezu die Aufnahme eines neuen Artikels in ihr altes Statut bewilligt wird[4]. In den Statuten wird nunmehr die Forderung des Bürgerrechtserwerbs oder eines bestimmten Aufenthalts in der Stadt für die Handwerksmeister häufig aufgezeichnet. Ein Privileg Karls V. für Caen von 1366 schreibt vor, dafs zum Handel aufserhalb der Markttage, d. h. also zum regelmäfsigen Gewerbebetrieb, nur zugelassen werde, wer Jahr und Tag in der Stadt gewohnt und zu den Steuern beigetragen hat[5]. Den Aufenthalt von Jahr und Tag vor der Zulassung zur Meisterschaft verlangen die Schuhmacher von Harfleur im Jahre 1408[6], die Tucher von Montivillier im Jahre 1435[7]. Das Bäckerstatut von Bordeaux vom Jahre 1457 bestimmt einfach, dafs der Erwerb des Bürgerrechts der Aufnahme in die Zunft vorauszugehen habe[8]. Die Hutmacher von Toulouse

---

[1] S. oben S. 157.

[2] S. 173.

[3] Se aucun forain vient à Paris, il ne pourra tenir ne lever forge, se il n'a servi an et jour à Paris pour savoir de ses meurs et de son euvre. Mét. 2 S. 11 Art. 23.

[4] Se aucuns varlez forains ont esté apprentiz en bonne ville le temps accoustumé en ladite ville qu'ils soient receuz à ouvrer à Paris en gaignant argent; et quant il auront comme vallez gaignans argent servi par un an à aucun maistre dudit mestier ils pourront comancier et lever ledit mestier par paiant les droitures accoustumées; mes qu'il soit trouvez souffisans par les maistres dudit mestier. Ord. 3 S. 185 Art. 10.

[5] Belegstelle s. unten Anhang, Anmerkung über den Erwerb des Bürgerrechts.

[6] Se aucun maistre du mestier dessusdit veult lever ouvrouer en ladicte ville fauxbours et parroisse il le pourra faire pourveu qu'il ait demouré en ladicte ville un an et un jour et non autrement. Ord. 9 S. 333.

[7] Que tous les habitans en laditte ville et troys parroisses pourveu qu'ilz aient demouré ung an et ung jour sans interruption pevent draper. Ord. 15 S. 31.

[8] Que nul ne pourra estre boulengier que premier il n'ayt faict le serement aux maire soubs-maire et jurez de ladicte ville et cité de Bourdeaulx et qu'il n'ayt payé le droict à ladicte cité pour l'entrée et recepcion desdicts bourgeois. Ord. 14 S. 441.

schreiben einen Aufenthalt von fünf Monaten vor, die Gürtler wiederum ein Jahr[1].

In ihrer seitherigen Entwicklung hatte sich die Forderung der Sitzzeit lediglich gegen die Stadtfremden gerichtet. Die Erinnerung an die Begründung des Anspruchs begann indes während des fünfzehnten Jahrhunderts allmählich zu schwinden, und zwischen fremden und einheimischen Handwerkern wurde zuletzt bezüglich der Verpflichtung zur Mutzeit kein Unterschied mehr gemacht. Im Jahre 1441 schreibt das Statut der Pariser Althändler vor, dafs ein jeder — Estranger ou autre — vor dem Meisterwerden vier Monate als Geselle dienen müsse[2]. Die Weber von Dun-le-Roy bestimmen im Jahre 1485, dafs schlechthin jeder, gleichviel wo er gelernt habe, ein Jahr am Orte als Geselle arbeiten müsse, bevor er als Meister zugelassen wird[3]. — Von jetzt ab gestaltet sich die Sitzzeit zu einer zünftigen Forderung, welcher nicht mehr der stadtfremde Handwerker, sondern der Gesellenstand als solcher unterworfen erscheint. In dieser Richtung wurde die Pflicht der Sitzjahre während der folgenden Zeit allgemein ausgebildet[4].

Im Anschlufs an die Ausbildung der Sitzzeit tritt gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts, zunächst noch vereinzelt, eine Forderung hervor, die sich wiederum nur gegen die fremden Zuwanderer richtet, aber schliefslich doch dazu diente, das Fortkommen der Gesellen und das Aufsteigen in den Meisterstand noch weiter zu erschweren. In Rouen, Amiens und Beauvais wollen die zünftigen Handwerker niemanden als Meifter aufnehmen, der nicht am Orte selbst seine Lehrzeit bestanden hat[5].

Zuerst wurde der Anspruch in Rouen erhoben. Eine Anzahl Tuchmacher, die durch die Kriegsläufte vertrieben worden waren, hatten sich in Rouen niedergelassen. Der Bürgermeister und die Vorsteher der Tucherzunft hatten ihnen indes ihr Gewerbe verboten, da in Rouen keiner Tuch machen dürfe, der nicht dort seine Lehrzeit abgedient habe. Die Fremden zogen sich in die Vorstädte zurück, wo die Rouener sie jedoch ebensowenig dulden wollten. Die Heimatlosen wandten sich nunmehr an den König

[1] Du Bourg S. 58.

[2] Que aucun varlet de Paris estranger ou autre ne sera receu oudit mestier et marchandise de freperie s'il n'a servy l'un des maistres jurez dudit mestier par l'espace de quatre mois. Mét. 3 S. 427.

[3] Si lesdits maistres veullent avoir ung apprentiz, à moins de quatre ans ne le pevent avoir. Ledit apprentiz ne peut ouvrer ne lever son ouvrouer et mestier jusques qu'il ait esté ung an accomply par les ouvrouers. Ord. 19 S. 604 Art. 8 und 10.

[4] S. unten III. Teil 1. und 2. Kap.

[5] Dafs in der Ansetzung des Meistergeldes Unterschiede mit Bezug auf die örtliche Lehrzeit gemacht wurden, haben wir oben S. 246 gezeigt.

(Karl V.), der ihnen im Jahre 1373 bewilligte, dafs sie sich auf zehn Jahre in Rouen niederlassen dürften. Jedoch sollten sie eine eigene Zunft bilden, draperie foraine genannt, eine besondere Tuchsorte machen und ein eigenes Tuchsiegel führen [1].

In gröfserem Mafsstabe machten die Rouener Zünfte zu Beginn des fünfzehnten Jahrhunderts den Versuch, die auswärts angelernten Meister fernzuhalten. Den Fremden, die damals infolge des Krieges besonders zahlreich nach Rouen einwanderten, wurden in allen Gewerken Schwierigkeiten in den Weg gelegt; zur selbständigen Ausübung des Gewerbes wurde allgemein eine in Rouen selbst bestandene Lehrzeit gefordert [2]. Infolge zahlreicher Beschwerden berief der königliche Bailli zunächst eine Versammlung von Ratsherren, Kaufleuten, Bürgern und Handwerkern und berichtete über die Sache an den königlichen Gerichtshof der Normandie, den Echiquier, der wiederum den Bailli mit einer nochmaligen Untersuchung der Angelegenheit beauftragte. Die erneuten Ermittelungen des Bailli ergaben, dafs die Zulassung der Fremden, sofern diese regelrecht in einer zünftigen Stadt gelernt hatten, allgemein gewünscht werde und dem Gemeinwohl förderlich sei. Gleichwohl hielt es der Echiquier zur gröfseren Sicherheit für angezeigt, die Zünfte vor Gericht zu laden und sie über ihre Ansprüche zu hören. Die Zünfte fügten sich nunmehr alle, ausgenommen die Kaltschmiede, die ansässigen Fleischer (bouchers non-forains) und die grofse (d. h. die alte, s. oben) Tucherzunft. Die Fleischer und die Tucher beschränkten ihren Widerspruch darauf, dafs die Fremden unter den üblichen Bedingungen in Rouen zwar zugelassen, von den alten Zünften der Fleischer und Tucher jedoch ausgeschlossen sein sollten. Die Kaltschmiede bestanden auf ihrem Privileg, wonach nur Abkömmlinge der Schmiedemeister das Handwerk betreiben dürfen, im übrigen aber hinsichtlich des Geburtsortes in ihrem Gewerk kein Unterschied gemacht wird [3]. Das königliche Gericht gab

---

[1] Ord. 6 S. 462. Das Privileg wurde bereits im Jahre 1379 auf zehn Jahre nach Ablauf des ersten Privilegs — also im ganzen zwanzig Jahre — verlängert. Ord. 6 S. 463.

[2] Par ce que sur le fait des mestiers d'icelle ville dont il y a grand nombre et encores souloit plus avoir, a aucunes ordonnances statutz et autres observances riguoreuses par lesquelles aucuns desdiz habitans ont voulu dire et maintenir que nulle personne quelle que elle feust ne peust ouvrer d'aucun mestier en ladicte ville s'il ne l'avoit apprinz en icelle ville et servi le temps qui y appartenoit selon l'ordonnance d'un chascun mestier. Ord. 9 S. 413.

[3] Sauf les Dinans (dinandiers, s. unten S. 264), les Bouchers de Roan non forains et les drappiers de la grant drapperie de Rouen lesquels requistrent certaines modifications à eulx estre faictes; c'est assavoir les Dinans en ce qu'ilz disoient que partout nostre Royaume et ailleurs nul ne peut estre maistre oudit mestier se il n'est de la ligne de maistre d'icellui mestier sans ce toutesvoyes qu'ilz voulsissent aucunement contredire que tous ouvriers qui seront de ladicte ligne ne peussent venir ouvrer et lever mestier en ladicte ville; lesdits bouchiers en ce qu'ilz con-

diesen drei Verwahrungen statt, und verfügte, daſs im übrigen der ehrliche fremde Handwerker unter den für die Einheimischen bestehenden Vorschriften in Rouen zuzulassen sei.

In Amiens lieſs die Zunft zu St. Lucas — Maler, Bildschnitzer, Sticker und Illuminatoren — im Jahre 1400 in ihr Statut einschalten, daſs keiner ihr Gewerbe als selbständiger Meister betreiben darf, der nicht in Amiens selbst seine vorgeschriebenen Lehrjahre abgedient hat[1]. — In Beauvais hatten die Weber, Kardierer, Färber und Tuchscherer die zugewanderten Handwerker behindert und ihnen insbesondere das Halten von Lehrlingen untersagt. Der Bischof schritt hiergegen ein und verfügte im Jahre 1424, daſs die in einer fremden Stadt geprüften Meister, wofern sie ihre Befähigung nachweisen, sich gleich den einheimischen niederlassen dürfen[2].

In den meisten dieser dem Ende des vierzehnten und dem Beginn des fünfzehnten Jahrhunderts angehörenden Fälle wirkt neben der örtlichen Abschlieſsung der Zünfte noch ein allgemeines, zeitgeschichtliches Moment mit. Es ist der Zustrom der durch die kriegerischen Ereignisse vertriebenen Arbeiter, den die ansässigen Handwerker von sich ferne halten wollen. Die einheimischen Meister hatten ohnedem schon unter der schweren

---

sentoient que un chascun bouchier expert et souffisant en la maniere dessusdicte feust receu à vendre char en ladicte ville en nostre hale du vieux marchié et autres lieux où les bouchiers appellez forains ont accoustumé de vendre seulement; et lesdiz drappiers lesquelz ne contredisoient aucunement que un chascun expert et souffisant à exercer ledit mestier ne feust receu à ouvrer et lever mestier en ladicte ville par la forme et maniere que estoient les drappiers forains d'icelle ville. Ord. 9 S. 414.

[1] Deffence seront faite à tous estrangers de passer maistre à moins qu'ils n'eussent fait leurs apprentissage dans ladite ville. Thierry 2 S. 6. In dem gleichen Statut werden auch Eintritts- und Austrittsgelder von den Geschworenen verlangt: eine Forderung, die in späteren Zeiten, als die finanzielle Bedeutung im Geschworenenamt überwog, allgemein gestellt wurde: Lesdits esgards qui entreront en charge le lendemain de Saint-Luc seront tenus de paier chacun six livres pour leur entrée et six livres pour leurs sorties, et les antiens qui auront esté esgard paieront chacun soixante sols pour leurs entrées et soixante sols pour la sortie; a. a. O. Art. 5.

[2] Par la fortune des guerres et mortalitez depuis que les guerres furent ès parties de Flandres ladicte ville a esté moult diminuée; et entre autres choses estoit et est ladicte ville moult diminuée de bons ouvriers faisant ladicte drapperie et principalement à l'occasion de ce que les ouvriers archonneurs, tixerans, lenneurs, tainturiers et tondeurs qui en icelle ville ont aprins leurs mestiers soubz umbre d'aucuns usaiges ou pour leurs voulentez ont empeschié et empeschent tous autres ouvriers quelzconques d'autres villes qui y sont venuz et viennent pour ouvrer et gangnier leurs vies quelques bons ouvrages qu'ilz aient sceu faire, en telle maniere qu'ilz n'ont peu ou pevent estre receuz à faire lesdits ouvrages ne en iceulx aucune chose gangnier pour leur vivre en ladicte ville et pour augmenter le fait de ladicte drapperie en icelle; et avec ce ont voulu et veulent les maistres desdiz mestiers, soustenir et de fait ont usé et usent soubz umbre d'aucuns estatuz qu'ilz ont mis sus à leur prouffit ou autrement que aucun ne a eu ou peu avoir aucuns apprentis desdits mestiers en ladicte ville, fors ceulx des dessusdits maistres seulement qui auront puissance de les tenir sur leur ouvrages un an. Ord. 13 S. 52.

Zeit zu leiden, und der unwillkommene Zuwachs erschien ihnen jetzt doppelt lästig. Die Verordnungen für Beauvais und Rouen heben diesen Zusammenhang ausdrücklich hervor. Einen dauernden Erfolg hatten die Bestrebungen der Handwerker für jetzt noch nicht[1]. Erst im sechzehnten Jahrhundert wurde die Forderung der einheimischen Lehrzeit häufiger durchgesetzt[2]. —

Als eine charakteristische Neuerung bei den Bedingungen für die Meisteraufnahme ist noch zu erwähnen, daſs seit der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts der Treueeid für den König gefordert wird. Es war dies eine Folge der inneren Wirren und Unruhen unter Ludwig XI. Der Treueeid wurde durch die Ordonnance des Bannières im Jahre 1467 allgemein für alle Pariser Handwerker vorgeschrieben[3]; im besonderen wurde dann noch bei einzelnen Zünften die Pflicht zur Eidesleistung in die Statuten eingefügt[4].

Die gröſsten Veränderungen hat in dieser Periode das Geschworenenamt erfahren, auf dem die zünftlerische Selbstverwaltung in erster Reihe beruhte. Hier zuerst erlahmte auch die selbständige Kraft und der Gemeinsinn der Handwerker. Die Geschworenen sonderten sich ab von der Gesamtheit des Handwerks. Langsam und sicher bereitete sich jetzt der Umschwung vor, in dessen Verlauf die Stellung der Zunftgeschworenen in Frankreich zu einer vom Staate abhängigen Beamtung wurde, mit der eigene Einnahmen und Vorrechte, und schlieſslich auch besondere Abgaben, verbunden waren.

Die Veränderungen im Geschworenenamt vollzogen sich parallel mit den Verschiebungen, die in den Grundlagen des Zunftwesens eintraten. Die steigende Exklusivität der Handwerkerverbände hatte zur notwendigen Folge, daſs sich innerhalb der

---

[1] Ein vereinzelter Fall von Bewilligung der örtlichen Lehrzeit findet sich bei den Leinenwebern von Orléans A. 1485; Ord. 19 S. 591 Art. 1.

[2] Erwähnenswert ist noch ein miſsglückter Versuch der Weber des damals unter französischer Herrschaft stehenden Tournay. In Tournay bestand von alters her der Brauch, daſs die flandrischen Weber dort ohne weitere Förmlichkeit arbeiten durften, mit alleiniger Ausnahme solcher Handwerker, die wegen eines ehrlosen Verbrechens aus ihrer Heimat verbannt worden waren. Die einheimischen Weber hatten sich nun im Jahre 1365 von Karl V. ein Privileg ausgewirkt, dem zufolge die Zuwandernden Brief und Siegel einer zünftigen Stadt vorweisen muſsten. Auf Grund dieses Privilegs suchten die ansässigen Weber die zuwandernden Fläminge am arbeiten zu hindern. Die Stadtschöffen von Tournay erhoben Einspruch und wiesen nach, daſs das Privileg wider Recht und Herkommen erschlichen worden sei. Der König zog darauf das Privileg zurück und die alte Ordnung wurde wieder hergestellt. Ord. 4 S. 588 bezw. 648.

[3] Mét. 1 S. 56.

[4] Mét. 3 S. 508: et aussi sera tenu le dessusdit faire le serement d'estre bon et loyal envers Nous. Ord. 19 S. 603 (Dun-le-Roy) toutes et quantes foiz que ung homme est passé maistre dudit mestier, doit faire serment selempnel qu'il ne sera point contre la couronne de France.

Zünfte ein Patriziat bildete, das die Geschäfte an sich rifs und sie im Sinne des beschränkten Interesses führte. Von grofsem Einflufs wurde ferner die Hinaufschraubung des Gebührenwesens. Die Geschworenen erlangten die Verfügung über hohe Einkünfte, denen wiederum die stark vergröfserten Leistungen für die der Zunft teils aufgebürdeten, teils von ihr neu übernommenen Lasten gegenüberstanden. Die Thätigkeit der Vorsteher nahm hierdurch eine völlig veränderte, von den rein gewerblichen Aufgaben immer weiter ablenkende Richtung. Die finanzielle Seite des Amtes rückt in den Vordergrund.

Von den Einkünften, welche durch die Hand der Geschworenen gingen, haben wir einige bereits genannt. Mit der Aufnahme in den Zunftverband hängen zusammen die Aufdinggebühr für Lehrlinge und das Meistergeld. Ein Anzugsgeld für zuwandernde Gesellen wird in dieser Periode allgemein gefordert, meist in der Höhe von fünf Solidi und darunter, vereinzelt aber auch in einem höheren Betrag[1]. Für die Bruderschaft werden Wochenbeiträge allgemein von Meistern und Gesellen geleistet.

An die Gewerbeschau knüpfen sich zahlreiche Gebühren, von denen die der Tucher bereits erwähnt wurden[2]. Auch in den andern Gewerben finden die Schaugebühren immer mehr Eingang, zunächst nur, indem für die Untersuchung der zu Markt oder in Verkehr gebrachten Waren eine Abgabe erhoben wird[3]. Doch tritt gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts schon die zweite Form der Schaugebühr hervor; den Geschworenen wird für ihre Rundgänge, die sie zur Beaufsichtigung des Betriebes in den Werkstätten auszuführen haben, eine feststehende Gebühr zugebilligt. Mitunter wird für die Werkstattbesichtigung eine feste Jahresgebühr angesetzt, die jeder zünftige Meister den Schauleuten zu entrichten hat. So empfingen die Geschworenen der Zinngiefser in Paris von jedem Meister jährlich zwölf Denare[4]. Häufiger jedoch — insbesondere in der späteren Zeit — nehmen die Geschworenen eine Einzelgebühr für jede Besichtigung[5]. Von

---

[1] Pariser Tuchscherer zwanzig Sols A. 1384. Mét. 2 S. 106.

[2] S. oben S. 225.

[3] Mét. 3 S. 281 Art. 28; Mét. 2 S. 769 (Pariser Hutmacher bezw. Töpfer). Die Untersuchungsgebühr wird hier nur erst von den Stadtfremden erhoben. Ord. 18 S. 678 Art. 2 (Normännische Kaltschmiede): von jedem Zunftgenossen jährlich 20 sols, von jedem Händler, der mit Pferd zu Markte zieht, 10 sols, von der Traglast 5 sols.

[4] Pour faire la visitation accoustumée de faire par lesdits jurez qu'ils seront tenuz faire souvent et à dilligence sur les poix et ballances des maistres dudit mestier, appellé avec eulx ung maistre ballancier, iceulx jurez auront pour leur salaire de chascun maistre tenant ouvrouer douze deniers parisis par chascun an. Mét. 2 S. 533.

[5] Quant les eswars d'icelle ensseigne yront par les maisons aux jours accoustumez deux fois l'an et non plus pour visiter la chausseterie, sera tenu baillier chacun maistre aus dis eswars pour ladite visitation six deniers. Thierry 4 S. 334.

den Einkünften aus den Strafgeldern und Bufsen wird unten[1] die Rede sein.

Eine feste Verwendung war nur für einen Teil dieser Gelder vorgeschrieben, nämlich für diejenigen Beiträge, die ausdrücklich als Einkünfte der Bruderschaft bezeichnet werden. Im übrigen war den Geschworenen ebenso die Verwaltung des gesamten Zunfteinkommens übertragen, wie sie andererseits für die Verteilung und die Aufbringung der zünftigen Lasten zu sorgen hatten. Ein Recht der Geschworenen, für ihren Aufwand an Zeit und Mühe eine Vergütung aus dem Einkommen der Zunft zu empfangen, war schon früher anerkannt. In der vorliegenden Periode hat jedoch das Amt schon seine festen Bezüge, und für einen Teil der Gebühren wird in den Statuten ausdrücklich anerkannt, dafs sie eine persönliche Entschädigung für die Thätigkeit der Zunftgeschworenen bilden[2].

Der Charakter des Geschworenenamtes als eines der Reihe nach von den Handwerksgenossen zu übernehmenden Ehrenamtes war nunmehr im wesentlichen geschwunden. Im dreizehnten Jahrhundert verzeichnen die Statuten, dafs der Gewählte das ihm aufgetragene Amt übernehmen müsse, dafs er es aber auch nicht über die vorgeschriebene Amtsdauer hinaus fortzuführen brauche[3]. In dieser Periode trat das umgekehrte Verhältnis ein; das Amt wurde gesucht und von den führenden Familien festgehalten. Ein Teil der Geschworenen bleibt regelmäfsig nach Ablauf des Amtsjahres weiter im Amte[4].

Unter den nicht örtlich geschlossenen Handwerksverbänden haben wir bisher nur den der Münzer besprochen[5]. Die Freiheiten der Münzer erfuhren in dieser Periode in einem Punkt eine, übrigens notwendige und berechtigte, Einschränkung. Die den Münzern gewährte alte Abgabenfreiheit[6] wurde von ihnen auch gegenüber den späteren Landessteuern behauptet, die seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts aufgelegt wurden[7]. Hierdurch entstand zu Gunsten der Münzer ein überaus wertvolles Vorrecht. Die Münzer waren keiner unter den hohen Ab-

[1] Viertes Kapitel.

[2] So für einen Teil des Meistergeldes, der Schaugebühren, der Bufsen u. s. w.

[3] S. oben S. 36.

[4] Mét. 2 S. 255 Art. 32; Ord. 14 S. 125 Art. 2. Se à ladite éllection est delibéré par les elisans que ce soit le prouffit dudit mestier de laisser deux ou trois des anciens gardes, ilz le pourront faire. Ord. 20 S. 621. Lesquelz gardes demeureront oudit estat par l'espace de troys ans sauf que se l'un d'eulx s'en veult descharger et oster au bout de l'an, faire le pourra et en sera mys et esleu ung autre en son lieu. Ord. 21 S. 287.

[5] S. oben S. 39 ff.

[6] S. oben S. 47.

[7] S. oben S. 180 und Anm. 2.

gaben unterworfen, die seit Karl V. den gesamten Verkehr belasteten. Noch im Jahre 1396 wurde ihnen diese Freiheit bestätigt [1].

Es konnte denn auch nicht ausbleiben, dafs diese einträgliche Sonderstellung mifsbraucht wurde, und schon zu Beginn des fünfzehnten Jahrhunderts waren die königlichen Behörden zum Einschreiten genötigt. Eine Verordnung, die Heinrich VI. von England, als König von Frankreich, im Jahre 1425 erliefs, beschreibt mit vieler Ausführlichkeit die von den Münzern betriebenen Praktiken. Der Vorschrift der Amtsbürtigkeit entgegen, hatten die Münzer mehrfach amtsfremde Kaufleute in ihre Genossenschaft aufgenommen. Der Zweck, den die Kaufleute bei dieser Aufnahme unter die Münzerschaft verfolgten, war lediglich der, für ihre Handelsgeschäfte die Freiheiten der Münzer zu erlangen, insbesondere die Befreiung von den Verkehrsabgaben auf Waren und Wein. Der König verfügt deshalb, dafs künftig das Erfordernis der Amtsbürtigkeit streng eingehalten werde, und dafs nur Meistersöhne und Enkel nach gehöriger Lehrzeit und Prüfung zur Aufnahme gelangen. Doch wäre auch dann noch der Mifsbrauch möglich, dafs sich rechte Abkömmlinge der Münzer in die Genossenschaft aufnehmen liefsen, lediglich zu dem Zweck, um nun, unter Genufs der Befreiung von den Verkehrssteuern, den Warenhandel zu betreiben [2]. Um dem vorzubeugen, bestimmt der König, dafs die Abgabenfreiheit der Münzer künftig beschränkt werde auf die Verkäufe von Gegenständen ihres eigenen Wachstums, Vorrats und Gewerbes; für Handelsgeschäfte dagegen sollen sie nur den Betrag von 12 Livres jährlich frei von Abgaben umsetzen dürfen [3]. Es ist dies der erste Eingriff, der vom Königtum in das Sonderrecht der Münzer unternommen wurde. —

---

[1] Ord. 8 S. 103.

[2] Et pour ce que soubz umbre du contenu en ladite clause contenant les moz dessusdiz: marchandans et non marchandans, pluseurs fraudes et malices se pourroient commettre par ce que aucuns gros marchans publiques venuz de ligne de monnoyer se pourroient fere recevoir et fere leurs espreuves non pas pour servir et emploier leurs corps en l'ouvrage de nosdictes monnoyes mais seulement pour joïr desdiz privileges et eulx exempter de payer les impositions de douze deniers pour livre des denrées qu'ilz acheteroient et venderoient pour fait de marchandise comme marchans publiques et de IIII[e] du vin vendu à détail. Ord. 13 S. 112.

[3] Seront francs quittes et exemps desdiz impositions et IIII[e] de ce qu'ilz venderont et feront vendre venant de leur creu estorement et mestier; et avec ce que eulx et chascun d'eulx soient francs quittes et exemps desdiz impositions et IIII[e] de tout ce qu'ilz acheteront et venderont par fait de marchandise jusques à la somme de douze livres parisis pour nostre droit de IIII[e] et imposicions et au dessoubz pour chascun an. Ord. 13 S. 112. Die Urkunde erwähnt hierbei noch, dafs auch die berufsmäfsigen Münzer nicht immer Arbeit haben, sondern nur, wenn sie vom König dazu berufen werden. Vgl. oben S. 39.

Das zweite Gewerbe, das nicht den örtlich, sondern den landsmännisch geschlossenen Verband aufzuweisen hat, ist das der normännischen Kaltschmiede. Die Nachrichten, die ich über dieses merkwürdige Gewerk zusammentragen konnte, geben ein vollständiges Bild der auf eigenen Rechtsgrundlagen beruhenden Verfassung eines grofsen mittelalterlichen Wandergewerbes.

Im Kefslergewerbe des Mittelalters sind zwei gesonderte Betriebsformen genau zu unterscheiden; nämlich der Betrieb der kleinen, sefshaften Handwerker, die Kupfergeschirr und kleinere Küchenkessel für den örtlichen Hausbedarf herstellen; und der der gröfseren Meister, die den Handel mit Kaltschmiedewaren und Messinggerät auf weite Strecken betreiben. Beide Gewerbe sind während des Mittelalters in Frankreich stets getrennt. Von diesen beiden Betrieben ganz abgesondert bestehen aufserdem als drittes Gewerbe noch die Kesselflicker, die ihr gering geachtetes Handwerk im Umherziehen ausüben. In Frankreich waren es hauptsächlich die Auvergnaten, die sich mit solcher landfahrenden Arbeit beschäftigten [1]; wir haben von ihnen im folgenden nicht weiter zu sprechen.

Handwerker, welche die Kefslerei am Orte selbst betrieben, gab es in den meisten französischen Städten. Zum Teil waren diese ansässigen Kefsler den Schmiedeämtern angegliedert, wie in Châlons s/M. und in Chartres [2]; zum Teil bildeten sie besondere Zünfte, wie in Paris [3] und in Rouen [4]. Die Bezeichnung für diese Kefsler war Chaudronniers. Der hauptsächlichste Bedarf an Kaltschmiedewaren wurde dagegen während des hohen und späteren Mittelalters nicht am Platze erzeugt, sondern im Handelswege aus dem Norden eingeführt. Den umfangreichsten Handel mit diesen Waren betrieb die Stadt Dinant im Lande Lüttich, weit berühmt wegen ihrer Schmiedearbeit; von ihr hat auch das Kaltschmiedegewerbe den Namen Dinanderie erhalten. Die Kaltschmiede selbst wurden Dinandiers oder Paesliers genannt [5].

Im Königreiche Frankreich selbst waren es die normännischen Kaltschmiede, die den Vertrieb ihrer Erzeugnisse auf weite Strecken besorgten. Von ihnen und ihrem Sonderrecht haben wir im folgenden näher zu handeln.

Nachrichten über die Kaltschmiede der Normandie sind erhalten aus Rouen und aus Villedieu de Saulchevrel, ein durch seine Schmiedearbeit bis auf den heutigen Tag bekannter Ort [6]. Aus Rouen besitzen wir eine Anzahl von Angaben und Er-

---

[1] Vgl. über diese Savary v. Chaudronniers.
[2] Mag. u. Frat. S. 115 und 119.
[3] Mét. 2 S. 497; s. auch unten S. 295.
[4] Ord. 9 S. 313; s. auch unten S. 261.
[5] Chaudronnier und Dinandier sind während des Mittelalters streng geschiedene Betriebe.
[6] Im Mittelalter Villa Dei de saltu capreoli, das heutige Villedieu-les-Poêles, Depart. Manche, Arrondiss. Avranches.

wähnungen, die in Statuten und allgemeinen Urkunden eingeschaltet sind[1]; aus Villedieu ist uns eine Reihenfolge selbständiger Urkunden erhalten[2].

---

[1] Ord. 9 S. 313, S. 412, 18 S. 683.

[2] Der Abdruck, der in den Ord. Band 18 zwölf Folioseiten füllt, erscheint auf den ersten Anblick wegen der zahllosen Einschachtelungen und Einschiebungen, zu denen überdies noch eine falsche Datierung tritt, geradezu unentwirrbar. Das nachfolgende Schema wird deshalb als Leitfaden willkommen sein. Ich habe hierbei die einzelnen Akte zur Kenntlichmachung mit Buchstaben versehen, die von dem letzten Akte **h** rückwärts laufen bis zu dem ersten Akte **a**. Einschiebungen in einen Akt sind durch Verdoppelung des Buchstabens (**ee**, **dd**) bezeichnet. Das Schema beginnt demnach mit dem jüngsten Vidimus **h** von 1481 und geht rückwärts durch die Einschachtelungen der Transsumpte bis zu dem ältesten Statut **a**; von da an wieder vorwärts. Die Fortsetzung eines Transsumpts ist also daran leicht zu erkennen, dafs der betreffende Buchstabe (**h**, **a**, **ee**, **dd** u. s. w.) wiederkehrt.

		Ord. Band 18
h.	Vidimus Ludwigs XI. von 1481	S. 676.
g.	Vidimus Karls VII. von 1434	S. 676.
ee.	Vidimus Karls VI. von 1408 über die	S. 676.
dd.	Urkunde des Roger Faucon, Vicomte von Villedieu, der bezeugt, dafs die Kaltschmiede von Villedieu die drei Meister Colin von Rennes, Jean Davy den Sohn und Rogier le Roy zu Vertretern ihres Gewerks bestellt haben. Datum 1406	S. 676.
e.	Vidimus Karls VI. vom Jahre 1407 über das älteste Statut der Kaltschmiede (a) in folgender Form:	S. 678.
d.	Jehan Davy, Bailli von Rouen, vidimiert 1407 die Urkunden, die ihm Colin von Rennes u. s. w. (s. **dd**) vorgelegt haben, nämlich	S. 678.
c.	Vidimus des Raoul Roillart, Bailli von Villedieu, vom Jahre 1406 über ein	S. 679.
b.	Vidimus des Vicomte von Villedieu, welcher seinerseits bezeugt, dafs ihm vorgelegen hat, eine	S. 679.
a.	Urkunde des Thomas de la Fosse, Bailli von Villedieu (also eines Amtsvorgängers des ad **c** genannten Roillart), enthaltend das mit der Kaltschmiedegemeine von Villedieu vereinbarte älteste Statut in 9 Artikeln. Als Datum ist in den Ord. irrtümlich 1428 angesetzt (s. unten)	S. 679.
b.	Schlufs des Vidimus des Vicomte von Villedieu; Datum in den Ord. irrtümlich 1429 (s. unten)	S. 681.
c.	Schlufs des Vidimus des Bailli von Villedieu von 1406, unter Beifügung eines Zusatzstatuts, welches der Bailli in 9 neuen Artikeln mit den Kaltschmieden von Villedieu vereinbart	S. 681.
d.	Schlufs des Vidimus des Bailli von Rouen, welcher die Zusatzstatuten ad **c** der Kaltschmiedegemeine von Rouen zur Begutachtung vorgelegt hat und auf deren Antrag einen weiteren Zusatz einschaltet;	S. 683.
e.	Schlufs des Vidimus Karls VI. von 1407	S. 684.
ee.	Vidimus Karls VI. von 1408 über	S. 684.
f.	Urkunde des Rouger Faucon, Vicomte von Villedieu,	

Die Kaltschmiede, die in den einzelnen Städten der Normandie ansässig waren, standen in einem festgeschlossenen Verband, dessen Spitze in der Hauptstadt des Landes, zu Rouen, war. Die Vorsteherschaft des Rouener Gewerkes galt als dem gesamten Verband vorgesetzt; bei ihr lag die Entscheidung über Recht und Herkommen des Handwerks. Die Überordnung des Rouener Amtes war durchaus anerkannt; sie ging so weit, daſs die Schmiede von Villedieu ihre vor dem dortigen Bailli vereinbarten Statuten im Jahre 1406 zunächst nach Rouen[1] zur Prüfung einsandten. Die Rouener Meister sollten urteilen, ob die Satzungen dem Handwerksgebrauch entsprechen, und ob bei ihnen nichts hinzuzufügen oder hinwegzunehmen sei. In der That verlangte das Rouener Gewerk die Einschaltung eines Artikels über den Erzguſs, der denn auch demgemäſs dem Statut von Villedieu hinzugeschrieben wurde[2]. Im übrigen bestätigten die Rouener Meister, daſs die Satzungen von Villedieu mit ihren eigenen übereinstimmen und den Rechten und Gewohnheiten des Handwerks gemäſs seien.

Ebenso wurden die Kaltschmiede von Rouen befragt, als im Jahre 1407 die Rouener Keſsler (Chaudronniers; s. oben) ihre Ordnung erhielten. Das Verhältnis der beiden Gewerbe der Keſsler und der Kaltschmiede wird bei diesem Vorgang deutlich erkennbar. Die Kaltschmiede, das bei weitem angesehenere Ge-

		Ord. Band 18
	welcher im gleichen Jahre 1408 mit der Kaltschmiedegemeine von Villedieu drei Zusatzartikel technischen Inhalts zu ihren Statuten vereinbart	S. 684.
ee.	Schluſs des Vidimus Karls VI. von 1408	S. 686.
g.	Schluſs des Vidimus Karls VII. von 1434, unter Hinzufügung eines Zusatzstatuts in 12 Artikeln	S. 686.
h.	Schluſs des Vidimus Ludwigs XI. von 1481, der die Baillis von Vermandois, Senlis, Maine, Touraine, Rouen und die Seneschalle von Poitou und Saintonge mit der Vollziehung des Statuts beauftragt. —	S. 688.

Welche Datierung für das älteste Statut und dessen Vidimus (a und b) anzusetzen ist, läſst sich nicht feststellen; jedenfalls gehören beide Schriftstücke dem vierzehnten Jahrhundert an. Das Zusatzstatut von 1406 (c, nebst den beiden Vidimus d und e) nimmt in seinem Artikel 7 auf das ältere Statut Bezug und ändert dessen Artikel 5 dahin ab, daſs die Aufnahmegebühr für Meistersöhne von 40 Sols auf 5 Livres, und für andere Bewerber von 60 Sols auf 10 Livres erhöht wird. Zwischen der Abfassung beider Statuten muſs deshalb ein erheblicher Zeitraum liegen. Vermutlich fällt das Statut a unter die Regierungszeit Karls V.

[1] S. vorige Anm. Urkunde d. Ord. 18 S. 679.

[2] Urkunde d, Ord. 18 S. 684. Pour le bien et augmentation d'icelle estoit bonne et convenable chose que en ladite ordonnance, feust mis et adjousté ung article dont ils avoient et ont accoustumé à user audit lieu de Rouen duquel la teneur est telle: C'est assavoir que nul ne puisse fonder forge sur forge; et ledit article comprins et declairé en ladite ordonnance leur sembloit icelle estre bonne et loyale sans plus y mectre ne y ajouster. Der kurze Artikel wurde dann in Villedieu ausführlich kommentiert; Urkunde f, Ord. 18 S. 685 Art. 2.

werbe, geben ihr Gutachten dahin ab, daſs sie gegen die Artikel des den Keſslern zu erteilenden Statuts vom Standpunkte ihres eigenen Gewerbes (nämlich der Dinanderie) nichts einzuwenden haben; ferner, daſs ihnen der Inhalt des Statuts als dem Keſslergewerbe (Chaudronnerie) nützlich und förderlich erscheint [1].

Während das Rouener Gewerk die Stellung eines Oberhofs für die ganze Provinz einnahm, hatten die in den einzelnen Städten ansässigen Kaltschmiede nach dem Statut von 1406 überdies ihre örtliche zunftmäſsige Organisation. In den zünftigen Orten waren vier Geschworene bestellt, zwei Meister und zwei Gesellen, die vor dem zuständigen Richter vereidigt wurden [2]. Nach dem Statut von 1434 sollte für das ganze Gewerk ein Oberwart (garde général) eingesetzt werden, dessen Zuständigkeit sich über das gesamte Königreich erstreckte [3]. Der Oberwart hatte für die regelrechte Vornahme der Schau zu sorgen. Zu diesem Zweck konnte er in jedem zünftigen Ort des Reiches einen Vertreter ernennen, der in dem ihm zugewiesenen Bezirk die Gewerbeschau ausübte [4]. Der Oberwart sollte das gesamte Gewerk jährlich einmal zu einer Versammlung berufen, auf der jeder Meister sich einzufinden hatte. Wer durch echte Not am

---

[1] Ord. 9 S. 313. Die Namen der Vorsteher des Rouener Kaltschmiedegewerbes sind die gleichen, wie die bei dem vorigen Gutachten für Villedieu erwähnten; vgl. Ord. 18 S. 685. — In dem Keſslerstatut findet sich in Art. 4 die im Mittelalter sehr seltene Bestimmung zum Schutz der Nachtruhe. Den Keſslern wird das Hämmern zur Nachtzeit verboten, pour ce que l'en ne pourroit dormir jouxte de lez eulx.

[2] Que ne pourront faire ne ouvrer dudit mestier en aucune ville qu'il ne y ait quatre gardes de la nation des mestiers, c'est assavoir deux maistres et deux varlets jurez pardevant la justice du lieu, tant pour denoncer à la justice les fraudes et malices qu'ils pourroient appercevoir audit mestier ou en l'euvre d'icellui, que pour faire et accomplir les autres points contenus en leurs ordonnances, comme il est accoustumé en ladite ville de Villedieu et aussi en la ville de Rouen. Ord. 18 S. 682 Art. 2. Für Rouen werden die Geschworenen auch Ord. 9 S. 313 erwähnt.

[3] Que tant par les maistres et ouvriers dudit mestier lesquels souloient demourer et resider audit lieu de la Villedieu de Sauchevrel, comme par ceulx des bonnes villes de nostre royaume et obeyssance, ou la plus grant et saine partie d'iceulx, sera esleu un garde general lequel après qu'il aura esté présenté par lesdits maistres aux officiers royaux plus prouchains de l'habitation et domicille dudit garde ainsi esleu, et qu'il aura fait le serment en leurs mains de bien et loyaument exercer ledit office de visiteur, aura la visitacion sur les gens d'icellui mestier et pourra faire corriger et pugnir les deffaulx vices et mauvaisetez commises audit mestier par les plus prouchains juges des lieux; et se feront lesdictes visites par ledit garde sur la bourse commune et aux despens d'icelle. Ord. 18 S. 686 Art. 2.

[4] Ord. 18 S. 686 Art. 5. Ob diese Einrichtung auch nur in beschränktem Umfang zur Durchführung gelangte, läſst sich nicht feststellen. Zu einer Durchführung in gröſserem Maſsstabe bezw. für das ganze Reich ist es sicher nicht gekommen.

Erscheinen verhindert war, mufste einen gehörig bevollmächtigten Vertreter senden[1].

Von dem Meistergeld, seiner Begründung und seinen Beträgen haben wir bereits oben S. 246 gesprochen. Für die Bruderschaft waren im übrigen noch einige andere Einkünfte vorgesehen. Von jedem Erzgufs hatte jeder Meister ein halbes Pfund Erz zu den Ausgaben der Altarbezündung abzugeben[2]. Die Gesellen zahlten wöchentlich einen Denar an den Kasten der Bruderschaft[3]; neu eintretende Gesellen gaben zehn Solidi Anzugsgeld[4]. Als Aufgaben der Bruderschaft werden insbesondere genannt die Unterstützung verarmter und kranker Meister oder Gesellen[5], sowie die Ausstattung unbemittelter heiratsfähiger Töchter aus dem Handwerk[6].

An den Strafgeldern hatte die Zunft nach den älteren Statuten keinen fest normierten Anteil; dem Richter war anheimgestellt, dem Bruderschaftskasten der Zunft eine Verehrung, wie er sie für schicklich hielt, zu machen[7]. In dem Zusatzstatut von 1434 wird der Zunft dagegen die Hälfte der eingehenden Bufsen zugewiesen[8].

Die normännischen Kaltschmiede betrieben keinerlei Kleinhandel im Umherziehen[9]. Sie besuchten nur die Messen und Märkte, sowie die herkömmlichen Kaufmannsstädte. Im übrigen war der Kleinverkauf dem Kaltschmied nur in derjenigen Stadt erlaubt, in der er seinen eigenen ständigen Wohnsitz hatte[10]. Der Vertrieb des normännischen Kaltschmieds war demnach zu einem erheblichen Teil Grofsgeschäft. Im Kleinen verkaufte er an seinem Wohnort, und auf den Messen und in den Marktstädten; sonst setzte er seine Waren im grofsen ab an die städtischen Krämer und Kaufleute, die er auf seinen Handelsreisen aufsuchte.

Mit Bezug auf den inneren Betrieb erklären die Kaltschmiede im Statut von 1406, dafs sie feste Arbeitspausen haben wegen der Härte ihres Handwerks, das sonst nicht zu ertragen

---

[1] Ord. 18 S. 686 Art. 3.
[2] Ord. 18 S. 679 Art. 1.
[3] Ord. 18 S. 680 Art. 4.
[4] Ord. 18 S. 680 Art. 3.
[5] S. 680 Art. 2.
[6] S. 680 Art. 6.
[7] Qui en ferait telle courtoisie au tresor dudit mestier comme il verroit que bon seroit. Ord. 18 S. 679 Art. 1, S. 682 Art. 1 und 8.
[8] Ord. 18 S. 687 Art. 12.
[9] Auch hierin unterscheiden sie sich von den Kefslern.
[10] Que aucun ouvraige neuf dudit mestier ne soit aucunement vendu en détail, sinon aux foires et aux marchiez ou ès villes coustumieres et marchandes, ou ès lieux où les vendeurs soient demourans et residans, sous peine de dix livres tournois d'amende à lever pour chascune foiz sur chascun vendeur qui sera trouvé faisant le contraire. Ord. 18 S. 682 Art. 9.

wäre[1]. Für die langen Tage von Ostern bis Michaeli sind drei, für die kurzen Tage von Michaeli bis Ostern zwei Arbeitspausen vorgesehen. Nachtarbeit unter Gebrauch des Hammers ist verboten; doch wurde sie späterhin in beschränktem Maſse zur Aufarbeitung eines Gusses erlaubt[2].

Die eigentümliche Verfassung des normännischen Kaltschmiedegewerks wird indes vorzugsweise durch ein Recht gekennzeichnet, das wir hier in seiner schärfsten und einseitigsten Ausbildung wiederfinden; es ist das Recht der Amtsbürtigkeit. Nur Söhne und Enkel von zünftigen Meistern wurden in das Amt aufgenommen; fremdbürtige waren unbedingt ausgeschlossen. In einer ganzen Reihe von Urkunden wird der strenge Abschluſs des ganzen Handwerks vorgeschrieben und bestätigt.

Für Rouen erklären die Kaltschmiede in dem oben[3] erwähnten, im Jahre 1408 eingeleiteten Verfahren, daſs sie nur amtsbürtige Genossen aufnehmen, ohne im übrigen hinsichtlich des Geburtsortes einen Unterschied zu machen, und das königliche Gericht bestätigt ihren Anspruch. Die Schmiede von Villedieu verzeichnen das Recht der Amtsbürtigkeit in jedem ihrer aufeinanderfolgenden Statuten[4]. Fremdbürtige konnten nur als Lohnarbeiter eintreten[5]. In den Statuten von 1406 und 1434 ist noch besonders gesagt, daſs keiner gelehrt werden darf, den Hammer mit einer Hand zu führen, bevor er nicht seine Abkunft vom rechten Stamm des Gewerks nachgewiesen hat[6].

Dies Privileg in Verbindung mit anderen Angaben der Urkunde von 1406 gestattet uns, die Verfassung der Kaltschmiede noch einen Schritt weiter hinauf zu verfolgen. In dem Statut von 1406 erklären die Kaltschmiede, daſs ihr Handwerk rechtlich wie technisch dem der Münzer gleichstehe. Die Organisation der normännischen Kaltschmiede stimmt in ihren Grundzügen voll-

---

[1] Pour ce que leur mestier est estrange et que les gens qui en ouvrent ne sauroient vivre d'autre mestier, et qu'il est si greveux et penible que, si eulx ouvroient au long du jour, eulx seroient destruits et mors, il est ordonné que eulx n'ouvreront point jusques à leurs heures establies et accoustumées anciennement entre eulx, de quoy il a troys au jour devant Pasques et la Saint-Michiel et deux au jour d'entre la Saint-Michiel et Parques, en la maniere que acoustumé l'ont. Ord. 18 S. 679 Art. 1. Vgl. unten 2. Kap.

[2] Ord. 18 S. 685 Art. 1.

[3] S. 253.

[4] Ord. 18 S. 680 Art. 3, S. 682 Art. 1, 3, 4 und 6; Artikel 3 bezeichnet als zum rechten Stamm des Gewerks (propre ligne du mestier) gehörig: fils de maistre ou fils de fils ou de propre fille de maistre.

[5] Ord. 18 S. 680 Art. 3.

[6] Que aucun ne soit mis à apprendre à ouvrer du martel à une main audit mestier, jusques à ce qu'il ait duement enseigné (d. h. prouvé) pardevers la justice de la ville en la presence des gardes que il soit de la droicte ligne dudit mestier, né en loyal mariage. Ord. 18 S. 682 Art. 3; s. auch S. 687 Art. 6.

ständig mit der der Münzer überein. Münzer wie Kaltschmiede gingen zum Betrieb ihres Gewerbes von ihrem festen Wohnort aus auf Wanderung; beide waren in landsmännische Genossenschaften zusammengeschlossen; beide gründeten ihr Sonderrecht auf die Amtsbürtigkeit. Während somit die rechtlichen Grundlagen beider Handwerkerschaften die gleichen sind, ergiebt sich die gewerbliche Zusammengehörigkeit aus dem Statut von 1406.

Artikel 1 dieses Statuts besagt, „dafs zu dem Kaltschmiedehandwerk die Kenntnis des Giefsens, Schmiedens und Ausglühens der verschiedenen Erze gehört, weshalb die Meister im besonderen Kenntnis der Münzkunst besitzen, auch in ihrem Handwerk die hierzu nötigen Werkzeuge führen; ihr Handwerk darf deshalb nur in den herkömmlichen zünftigen Städten betrieben werden“ [1]. Recht, Organisation und Handwerksübung sind demnach den Kaltschmieden und den Münzern vollständig gemeinsam. Es ergiebt sich hieraus, dafs die Kaltschmiede der Normandie nur die Abzweigung eines gröfseren Amtes sind, das neben ihnen noch eine Münzerschaft umfafste [2].

Wir dürfen annehmen, dafs dieses gemeinsame Amt, dem Münzer und Kaltschmiede angehörten, ein normännisches Schmiedeamt gewesen ist. Als dritter Bestandteil geben sich durch ihr gemeinsames Recht die normännischen Eisenschmiede zu erkennen, denen Karl VI. im Jahre 1405 ihr altes Herkommen bestätigte [3]. Die übereinstimmenden Grundlagen sind landsmännischer Verband, Gewerbebetrieb durch Wanderung, Abschlufs durch Amtsbürtigkeit. Das Recht der normännischen Eisenschmiede, „die zwischen den Flüssen Orne und Avre angesessen sind“ [4] ist folgendes. Die Schmiede haben das Recht der Amtsbürtigkeit; nur Söhne und Schwiegersöhne von Meistern dürfen das Gewerbe ausüben. Sie versammeln sich jährlich einmal zu Glos-la-ferrière [5], um ihren Magister zu wählen. Der Magister richtet in allen Klagesachen, ausgenommen das Gerüfte [6]. Die Strafgelder fallen zu einem Drittel an den König, zu zwei Dritteln an das Handwerk.

---

[1] Pour ce que audit mestier appartient la cognoissance de fondre batre et recuire tout airain quelconque par quoy les maistres et ouvriers dudit mestier peuent avoir greigneure cognoissance sur le faict des monnoyes que aultres et ont en leurs mestiers plusieurs oustils necessaires pour icellui fait, parquoy est ordonné que ledit mestier ne soit faict ne mené fors seullement ès bonnes villes accoustumés et marcheandes et où il s'assemble foires et marchés. Ord. 18 S. 681 Art. 1.

[2] Von der normännischen Münzerschaft selbst haben sich keine Urkunden erhalten. Die alte Münzstätte der Herzöge von der Normandie befand sich zu Rouen. Vgl. Ducange v. Moneta Rotomagensis.

[3] Ord. 15 S. 541.

[4] Der Kreis umfafste das heutige Département de l'Eure und Teile der Départements de l'Orne und Calvados.

[5] Im heutigen Département de l'Orne.

[6] Que nul ne fereit le fer excepté les fils des ferrons et ceux qui espouseroient leurs filles; lesquels ferrons assembleroient et doivent

Die Schmiede sind berechtigt, ihre Erzeugnisse innerhalb des ganzen Königreichs zu vertreiben; sie dürfen jedoch kein anderes Eisen als das in ihrem eigenen Bezirk gewonnene verarbeiten[1]. Zur Anerkenntnis ihres Rechts ist den Schmieden eine Amtsabgabe[2] auferlegt; sie haben jährlich 150 Fufs Eisenstangen an die königlichen Ämter zu Breteuil und Orbec abzuliefern[3].

Die Geschichte und die Zersetzung solcher Gesamtämter habe ich in meinen früheren Untersuchungen mehrfach beschrieben und dort gezeigt, wie aus alten grundherrlichen Ämtern selbständige freie Zünfte herausgetreten sind[4]. Das Hofamt entläfst hierbei die ausscheidenden Handwerker in der freien Zunftverfassung, wobei jedoch das Band des alten Rechtes erhalten bleibt. Um den gleichen Vorgang handelt es sich auch hier, jedenfalls bei den Kaltschmieden, mit aller Wahrscheinlichkeit auch bei den Eisenschmieden. Die Kaltschmiede der Normandie haben sich von dem Schmiedeamt abgetrennt und einen gesonderten Verband gebildet. In ihrem Recht wie in ihrer Hantierung hat sich jedoch der Zusammenhang, insbesondere mit den Münzern, noch im fünfzehnten Jahrhundert erhalten[5].

Von der Ordnung des Bergbauwesens durch Karl VI. haben wir bereits oben S. 183 gesprochen. Die Ordonnanz von 1413 übertrug den Bergleuten mit Bezug auf den besonderen Gerichtsstand und die Abgabenfreiheit die gleichen Privilegien, wie sie

assembler une fois l'an le dimanche après la Saint-Jean-Baptiste en la chapelle de la maladerie de Glos-la-Ferriere ouquel lieu ils eslisent ung maistre pour l'année et quant la greigneur partie dedits ferrons ont esleu ledit maistre ils le présentent au Viconte de Breteuil qui de lui reçoit le serment que il fera garder les ordonnances dudit mestier; et après ce ledit maistre reçoit le serment des autres ferrons; lequel maistre a et doit avoir court et usaige du fait de ladicte ferronnerie et peut et doit cognoistre des discords des ouvriers dudit mestier, minieurs et charbonniers touchant le fait de ladite ferronnerie excepté le cry de haro, qui seroit déterminé en la court du Roy. Ord. 15 S. 541 Art. 1.

[1] Ord. 15 S. 542 Art. 3 und 4.

[2] Mag. u. Frat. S. 11.

[3] Pour lesquels previlleiges dessusdits lesdits ferrons sont tenus faire chacun an au Roy nostredit seigneur cent et cinquante piez de fer aux receptes de Breteuil et d'Orbec. Ord. 15 S. 542.

[4] Mag. u. Frat. S. 69, 89, 95, 97, 104 und 138.

[5] Es ist von Interesse, hiermit die Verfassung der süd- und südwestdeutschen Kefsler zu vergleichen. S. hierüber Pfeffinger, Vitriarius illustr. III. Aufl. II S. 636. III S. 915 ff.; Buck, Verhandl. d. Vereins f. Kunst und Altert. in Ulm und Oberschwaben 1872 S. 9 ff., Württemberg. Vierteljahrsh. VII S. 101, Württemberg. Jahrb. II Band 1886 S. 262 ff., Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds, Strafsburg 1892, S. 410 ff. Der irrtümlichen Annahme Bucks, als ob die süddeutschen Kefslerkreise daraus entstanden seien, dafs die Kefsler ursprünglich ein verachtetes Gewerbe gewesen, ist bereits Gothein mit Recht entgegengetreten.

die Münzer besafsen, wie denn das Bergwesen überhaupt damals der Münzverwaltung unterstellt wurde[1].

Das Sondergericht der Bergleute umfafste demgemäfs alle Klagesachen, mit Ausnahme der drei schweren Fälle[2]. Der Richter wurde vom König ernannt; die Berufung ging an die Grofsmeister der königlichen Münzstätten[3]. Die Freiheit von Abgaben erstreckte sich, ebenso wie dies bei den Münzern im Jahre 1425 verfügt wurde, gegenüber den neuen Landessteuern nur auf die Verkäufe, welche die Bergleute aus ihrem eigenen Betriebe und Besitztum bewirkten; nicht auch auf die rein handelsmäfsigen Umsätze. Ebenso wie für das Münzergewerbe[4] wurden auch für den Bergbau deutsche Handwerker nach Frankreich gezogen. Ein Privileg Ludwig XI. von 1483 setzt sich im besonderen das Ziel, deutsche Bergleute zur Einwanderung zu bewegen „wegen ihrer Kenntnis und Erfahrung und weil mit ihrer Hilfe besser als durch andere die Erschliefsung und Ausbeutung der Gruben geschehen könne“[5].

Für die die Messen und Märkte besuchenden Krämer war in einzelnen Provinzen des Reiches ein Vorsteher bestellt, der den Titel eines Krämerkönigs (Roi des merciers) führte[6]. Ausführlich sind seine Befugnisse in dem Krämerstatut für die Touraine vom Jahre 1448 beschrieben[7]. Der Krämerkönig stellte innerhalb seines Bereichs Meisterbriefe aus und hatte den Vorsitz im Gericht; an den einzelnen Orten seines Bezirks konnte er Vertreter ernennen. Die Krämer führten ihr Recht auf ein hohes Alter zurück. Bei der Errichtung eines neuen Marktes hatte der Marktherr den Krämern verschiedene Naturalabgaben zu reichen. Darnach erfolgte die Eröffnung des neuen Marktes, und die Krämer sollten alsdann ihre Waren verkaufen, wie das Statut

---

[1] Vgl. auch Ord. 19 S. 106.

[2] Auront en nosdiz bailliage et seneschaulcée tant en deffandant comme en demandant un juge bon et convenable ou commissaire et tel comme nous leurs ordonnerons, lequel cognoistra et determinera de tous cas meus et à mouvoir qui lesdiz marchands et ouvriers pourra toucher; et auquel seront baillées noz ordonnances et instructions par nosdix generaulx-maistres des monnoyes, sur le fait desdictes mynes; excepté de meurdre rapt et larrecin; et duquel juge ou commissaire l'en appellera qui se sentira grevé quant le cas y eschera, devant noz generaulx-maistres de noz monnoyes. Ord. 10 S. 142 Art. 3.

[3] Generaux-maitres des monnaies, vgl. Warnkönig, St.G. S. 458.

[4] S. oben S. 40 und 158.

[5] Pour ce que les Allemans ainsi que l'on dit sont expers et cognoisseurs à ouvrer et besoigner esdictes mynes et par le moien d'eulx l'ouverture ouvraige et labouraige d'icelles se pourra mieulx faire que par autres, Nous afin que lesditz Allemans soient plus curieux d'y venir besoigner et demourer, leur avons octroyé et octroyons qu'ilz etc. Ord. 19 S. 105.

[6] Für Auvergne, Berry, Maine, Anjou, Touraine, Maconnais, Franchecomté. Vgl. Pigeonneau I S. 342, Levasseur I S. 509 ff.

[7] Ord. 14 S. 27 ff. Das Statut enthält 52 Artikel, von denen 32 den Pariser Statuten nachgebildet sind; die übrigen 20 enthalten die den Krämern der Touraine eigentümlichen Bestimmungen.

von 1448 sagt, „nach den rechten Gewohnheiten und Bräuchen, die der heilige Karl der Grofse und Ludwig der Heilige den Krämern verliehen haben“ [1]. Die Altersberufung entspricht ganz der Neigung der mittelalterlichen Sage, „Karl dem Grofsen allgemein jede alte Rechtseinrichtung beizulegen“ [2]. Das Amt des Krämerkönigs zerfiel schon während des fünfzehnten Jahrhunderts infolge der verminderten Bedeutung der meisten Provinzialmärkte, die von den sefshaft gewordenen gröfseren Kaufleuten nicht mehr aufgesucht wurden [3].

Schliefslich ist noch ein kleineres Gewerbe zu nennen, dessen örtlich nicht vereinigte Angehörigen eine einzige Zunft bildeten; es ist das der Tuchscherenmacher, die sich im Jahre 1407 zu einem allgemeinen, auch die Meister der angrenzenden, landesfremden Städte umfassenden Verband zusammenschlossen.

Das gemeine Statut für die Tuchscherenmacher wurde unter Karl VI. vereinbart mit den Meistern von Paris, Brügge, Tournay, Bourges, St. Simphorien le Chastel (im Lande Lyonnais), Salins (Burgund), Rouen, Amiens und Abbéville; die Verkündigung erfolgte für Paris und die andern guten (zünftigen) Städte des Königreichs und der umliegenden Länder [4]. Sitz des Verbandes war Paris. Die zünftigen Meister sollten sich von drei zu drei Jahren in Paris einfinden, um ihre Geschworenen zu wählen. Wer durch echte Not am Erscheinen verhindert war, mufste, bei Strafe von einer Mark Silbers, rechtzeitig seine beglaubigte Entschuldigung und zugleich den von ihm ausgefüllten Stimmzettel für die Geschworenenwahl einsenden [5]. Der Verband der Tuchscherenmacher ist eine Neugründung ohne jede Vorgeschichte.

§ 2. Das unzünftige Gewerbe.

In der Stellung der Unzünftigen ist in der vorliegenden Periode eine wesentliche Verschiebung eingetreten. Die Zahl der an sich unzünftigen Gewerbe [6] ist infolge der Ausbreitung des Zunftverbandes [7] erheblich zurückgegangen. Dagegen begann in den zünftigen Gewerben rasch die Zahl der Handwerker zu

---

[1] Que après ce le Roy des merciers ou sondit lieutenant et ses compaignons puissent estaler et vendre toutes manières de denrées et marchandises qui affierent et appartiennent audit mestier et fait de mercerie en leur conscience et selon ce que les coutumes et usaiges dudit mestier et fait de mercerie le veulent et contiennent de raison et tout ainsi comme Saint Charles le grant et Saint Loys de France noz predecesseurs l'ont ausdiz Roy des Merciers et sesdiz compaignons donné et octroyé d'ancienneté. Ord. 14 S. 35 Art. 43.

[2] Grimm, R.A. S. 830.

[3] Vgl. Pigeonneau II S. 95.

[4] Ord. 9 S. 269.

[5] Ord. 9 S. 269, Mét. 2 S. 402.

[6] S. oben S. 42.

[7] S. oben S. 240 ff.

steigen, denen infolge der Erschwerungen der Aufnahmebedingungen der Eintritt in den Zunftverband unmöglich wurde.

An den Grundsätzen über die Hausbedarfsarbeit[1] änderte sich nichts. Das Recht des Adels, der Geistlichkeit und der Stadtbürger, ihren eigenen Bedarf im Hause herstellen zu lassen, blieb anerkannt[2]. Vereinzelt findet sich der Anspruch, dafs zu solcher Hausarbeit die Erlaubnis der Zunftgeschworenen eingeholt werden soll[3].

Auch in den Vorschriften für die Arbeit bei Zunftfremden und Wiederverkäufern[4] ist keine Neuerung von Belang eingetreten. Die Pariser Waffenschmiede verlangen im Jahre 1364 nur, dafs kein Geselle bei einem Zunftfremden arbeiten dürfe ohne vorgängige Erlaubnis der Zunftgeschworenen[5]. Die Pariser Seidenweber gestatten im Jahre 1475 ausdrücklich, für Wiederverkäufer zu arbeiten, wenn dies mit Vorwissen einiger Zunftmeister geschieht[6]. Die Seidenweber hatten indes bis dahin keine Ordnungen und Statuten besessen und waren erst im Jahre 1475 zu einer Zunft zusammengetreten[7]. Die Pariser Schneider verbieten dagegen im Jahre 1467 schlechthin jede Arbeit für Händler und Wiederverkäufer[8].

Anders gestaltete sich indessen die Stellung der Zunft gegen-

---

[1] S. oben S. 43.

[2] Toutes fois par cette augmentation il n'est pas entendu que les gens de ladicte ville ne puissent pour eulz si leur semble sans fraude faire besongner en leurs maisons de leurs étoffes et à leurs journées par qui il leur plaira, ainsi qu'ils faisoient apparavant du jourd'huy et des ordonnances dudict mestier demourront toujours en leur force et vertu. Ord. 18 S. 44. Vgl. auch Mét. 2 S. 641 Art. 24 und Anm. folgende Seite.

[3] Nuls ouvriers dudit mestier qui n'en sont point passés maistres ne pourront ouvrer à personne s'il n'est maistre dudict mestier, ou femme vefve de maistre; et aussy nul maistre dudit mestier ne pourra ouvrer à nully s'il n'est dudit mestier si ce n'estoit oeuvre pour un bourgeois pour son user au congié de justice et des gardes, sans user de marchandise. Ord. 14 S. 126 Art. 6.

[4] S. oben S. 44.

[5] Que nulz compaignons dudit mestier ne puissent aller ouvrer, se ce n'est sur les maistres et ouvriers d'iceluy mestier, sans le congié des maistres et gardes dudit mestier. A. 1364. Mét. 2 S. 320 Art. 3. Über die späteren Streitigkeiten zwischen Waffenschmieden und Waffenhändlern vgl. Mét. 2 S. 323 und 326.

[6] Que aucuns ouvriers dudit mestier ne se pourront doresnavant alouer pour ouvrer ès hostels des marchans bourgois et autres, ne illec faire ouvrage au prouffit d'iceulx marchans, bourgois ne autres, se iceulx marchans, bourgois ou leurs femmes ne soient dudit mestier, appropriez et reçeuz, et qu'ils aient paié les devoirs comme dessus, se ce n'estoit par l'adveu d'aucuns desdiz maistres du mestier, ouquel cas faire le pourront. Mét. 3 S. 22 Art. 15.

[7] Die alte Organisation aus früherer Zeit war bei ihnen verfallen und gänzlich in Vergessenheit geraten. Mét. 2 S. 20 Anm.

[8] Que nul ne recelle malicieusement et pour refrauder ledit mestier aucuns d'icelluy mestier besognans en sa maison, se ce n'est pour luy et pour ses gens. Mét. 3 S. 189 Art. 2.

über dem selbständigen Gewerbebetrieb der Unzünftigen [1]. Hier vollzog sich allmählich ein völliger Umschwung, und an die Stelle der früheren Gleichgültigkeit und Duldung trat eine Gegnerschaft, die sich mit der Zeit immer schärfer zuspitzen mufste. Die Voraussetzungen für die Unzünftigkeit waren gänzlich andere geworden; fortwährend vermehrte sich jetzt die Zahl der Handwerker, die trotz der Zünftigkeit ihres Gewerbes aufserhalb des Zunftverbandes blieben. Die Zunft begann den Kampf gegen das Pfuschertum, das sich mit der Erhöhung der Zunftschranken immer weiter ausbreitete und darum unausrottbar blieb. Gegen Ende der vorliegenden Periode ist die Entwicklung so weit gediehen, dafs der Betrieb der Unzünftigen, gegen den Staat und Zunft die Augen nicht mehr schliefsen konnten, als Produktionsform anerkannt ist.

Einen eigenen amtlichen Ausdruck zur Bezeichnung der unzünftigen Arbeit hatte das fünfzehnte Jahrhundert noch nicht. Das Verbot der Pfuscharbeit wird vielmehr äufserlich angeknüpft an die alte Vorschrift, dafs der zünftige Meister im offenen Laden, für jedermann sichtbar, arbeiten müsse [2]. Die „Arbeit in Stuben und Kammern“, auf der früher stets der Verdacht der Unredlichkeit lastete, giebt jetzt den technischen Ausdruck ab, mit dem in den Statuten allgemein der Betrieb der Unzünftigen bezeichnet wird [3]. Dieser Betrieb wird in den Statuten regelmäfsig verboten, insofern er auf eigene Rechnung des Handwerkers oder auch für Wiederverkäufer (Händler) ausgeübt wird. Die Pariser Scheidenmacher stellen im Jahre 1457 jede Arbeit in geheimen Stuben und an abgelegenen Orten unter Strafe [4]. Das Zusatzstatut der Wammsschneider vom Jahre 1467 verbietet jedem Handwerker in einer Stube zu arbeiten, es geschehe denn für Rechnung eines zünftigen Meisters [5]. Die Schlosser von Angers untersagen im Jahre 1489 schlechthin die Arbeit in Kammern [6].

Neben diesem amtlichen Ausdruck der Kammerarbeit hatte sich auch die französische Zunftsprache ihr eigenes Wort zur Be-

---

[1] S. oben S. 45.

[2] S. oben S. 97.

[3] Auch hierin zeigt sich die Verbindung von zünftig und ehrlich zu einem Begriff; s. oben S. 241. — Später wurde nach dem ouvrer en chambre der gleichfalls amtlich gebrauchte Ausdruck chambrelans gebildet; s. unten III. Teil 1. Kap.

[4] Que nuls doudit mestier, quel qu'il soyt, ne pourra besongner en chambre secrete ne en lieu destourné, se ce n'est en l'ouvrouer de l'un des maistres, pour les fraudes et deceptions qui s'en pourroient ensuir. Mét. 3 S. 487 Art. 7.

[5] Que desoremais aucuns varletz oudit mestier ne besongnent en chambre, secretement ne autrement pour aultruy, sinon ès hostelz et pour les maistres tenant ouvrouers d'icelluy mestier, en ladite ville. Mét. 3 S. 213 Anm.

[6] Varletz dudit mestier ne pevent ouvrer en chambre en aucune manière, pour suspection que ne facent faulses clefs ne autres faulx ouvrages. Ord. 20 S. 189 Art. 7.

zeichnung der Pfuscher gebildet; man nannte sie crochechats (Katzenbuckel). In kräftiger Sprache verordnen die Schneider von Saintes im Jahre 1486, dafs solche Pfuscher jedesmal, wenn die Zunftgeschworenen sie aufstöbern, um fünfzehn sols gebüfst werden sollen; „denn sie stiften der gemeinen Sache keinen Nutzen, sondern nehmen den armen [1] Meistern das Brot weg, die doch des Königs Steuern und der Stadt Lasten tragen“ [2].

Indes weder die Verbote in den Statuten, noch das Aufstöbern durch die Zunftgeschworenen konnten dem immer mehr um sich greifenden Betrieb der Unzünftigen Einhalt thun. Auch das Arbeitsgebiet der Unzünftigen erweiterte sich. Die Besiedelung der Vorstädte nahm zu; ungeprüfte Gesellen liefsen sich vor den Thoren nieder und fanden ihre Arbeitsgelegenheit in der Vorstadt, wo allerdings auch die zünftige Gewerbeschau sich bemühte, ihnen nachzufolgen.

Gegen Ende des fünfzehnten Jahrhunderts ging denn auch die Zunft dazu über, in einigen Betrieben ein festes Verhältnis zu den Unzünftigen herzustellen. Als eines der ersten giebt das Statut der Strumpfwirker von Bourges im Jahre 1484 eingehende Vorschriften über den Geschäftsbetrieb der Unzünftigen. Artikel 10 des Statuts bestimmt ausdrücklich, „dafs es einem in der Stadt gelernten Handwerker erlaubt sein solle, in einer Kammer zu arbeiten, ohne offenen Laden zu halten.“ Doch soll ein solcher Handwerker nur für die zünftigen Meister der Stadt arbeiten, eine thatsächlich undurchführbare und wirkungslose Bestimmung. Insbesondere aber darf er — und dies wird von jetzt ab eine der wesentlichen Beschränkungen des unzünftigen Handwerks — weder einen Lehrling noch einen Gesellen bei sich haben [3]. Der zünftigen Schau sind auch diese unzünftigen Handwerker unterworfen [4].

---

[1] Arm ist hier nur eine Demutsformel und hat nichts mit den Vermögensverhältnissen zu thun. Vgl. Ducange v. pauper 2.

[2] Que se aucuns cousturiers appellez crochechatz qui besoignent en chambre et maisons secretement et ne paient aucuns devoirs au Roy ne à la ville ne ne font aucun bien à la chose publicque, mais tollent la vie aux autres pouvres maistres et compaignons qui paient les tailles, subcides au Roy nostre Seigneur, biens, corvées à ladicte ville, seront prins ou convenuz par lesdits gaigiers et maistres jurez dudit mestier et retenus en l'amende de quinze solz tournois. Ord. 19 S. 713.

[3] Art. 10. Que les apprentilz qui auront servi en ladite ville en ladite manière que dit est pourront besoigner en une chambre se bon leur semble sans tenir ouvroier ouvert. Art. 11. Que lesdits apprentilz après qu'ilz auront servy comme dit est, s'ilz besoingnent en chambre ilz ne feront ouvrage que pour les maistres ou maistresses dudit mestier demourant en icelle ville ou pour l'un d'eulx. Art. 12. Que s'il y a aucun après qu'il aura achevé sondit apprentissaige qui besoingne en chambre il ne pourra ne lui sera loisible tenir ne laisser besoingner avecques lui aucun ou aucuns autres compaignons ou apprentilz. Ord. 19 S. 477.

[4] Ebenda Art. 13.

Zweites Kapitel.

Technik und Betrieb.

Die technischen Vorschriften in den Statuten verbreiten sich mit immer gröfserer Ausführlichkeit über die Herstellungsmethoden. Die Ordnungen der Tucher mit ihrer peinlichen Specialisierung des Materials und des Arbeitsprozefses sind längst nicht mehr die umfangreichsten; sie werden schon häufig an Ausdehnung übertroffen durch die Statuten von Gewerben einfacherer Hantierung, wie Schreiner, Gerber, Krämer.

Während das zünftige Handwerk im allgemeinen am Hergebrachten festhielt, so war es doch in dieser Periode keineswegs einem gesunden Fortschritt entgegen. Es ist hierbei von Interesse — auch wegen der dabei beobachteten Formen — eine Verhandlung zu erwähnen, die im Jahre 1377 in Châlons vor dem dortigen Bailli stattfand. Zwischen den Bürgern und Einwohnern von Châlons und den Geschworenen des Tucheramtes drohte ein Prozefs, weil die Bürger es für vorteilhaft und notwendig hielten, zu der Anfertigung anderer als der herkömmlichen Tuchsorten überzugehen, während die Geschworenen keine anderen, als die statutarischen Sorten zulassen wollten. Der Bailli berief die streitenden Parteien zu einer Versammlung, in welcher die mafsgebenden Persönlichkeiten und die Behörden mit Einschlufs der bischöflichen vertreten waren. Allseitig war man der Ansicht, dafs es besser sei, einen Vergleich zu schliefsen, als einen Rechtsstreit zu beginnen. Die Bürger schlugen deshalb vor, dafs die Herstellung der neuen Tuchsorten zunächst versuchsweise für sechs Jahre gestattet werden solle. Die Geschworenen, hierüber befragt, gaben zur Antwort, dafs sie in ihrer amtlichen Eigenschaft sich auf nichts einlassen könnten; als Privatpersonen aber seien sie allerdings der Meinung, dafs der vorgeschlagene Weg der richtige sei[1]. Der Bailli schlofs daraufhin unter all-

[1] Lesquelx comme gardeurs et sergens ne consentirent aucune chose et toutevoies leur fu demandé comme à privées personnes qu'il leur en sembloit; à quoy il respondirent comme privées personnes qu'il leur sembloit la voie dessus dicte estre la meilleur que demourer en tel debat ne plaides l'un à l'autre. Ord. 7 S. 80.

gemeiner Zustimmung den Vergleich, daſs die Anfertigung der neuen Tuche zunächst auf sechs Jahre freigegeben wurde, und daſs den Zunftgeschworenen die Schau über die neue Tuchmacherei gleich der alten zustehen solle. Im Jahre 1384 wurde dann die Abmachung von neuem bestätigt. —

Im Betrieb wird der Grundsatz: ein Meister, eine Werkstatt[1] mit vieler Schärfe behauptet und in den Statuten häufig hervorgehoben. In Abbéville soll kein Bäcker mehr als einen Verkaufsstand haben (Statut aus dem vierzehnten Jahrhundert)[2]; kein Kummetmacher darf in der Stadt mehr als einen Laden halten (A. 1458)[3]. In Bordeaux darf kein Schuster für seine eigene oder für eines andern Rechnung zwei Werkstätten betreiben (A. 1461)[4]. Bei den Tuchbereitern und Walkern in Corbie ist es untersagt, daſs zwei Meister auf gemeinsame Rechnung arbeiten (Statut aus dem fünfzehnten Jahrhundert)[5]. In Amiens darf ein Weber auf nicht mehr als zwei Stühlen arbeiten (A. 1442)[6]; zwei Tuchscherer dürfen keine gemeinsame Werkstatt halten (A. 1464)[7]; den Hautelissemachern wird die Arbeit in gemeinsamer Werkstelle oder auf gemeinschaftliche Rechnung untersagt (A 1492)[8]. Die Holzschuhmacher von Tours dürfen nicht mehr als einen Laden halten (A. 1452)[9]. Bei den Pariser Walkern wird das alte Verbot, in gemeinsamer Werkstatt oder auf gemeinsame Rechnung zu arbeiten, erneuert (A. 1443)[10]. Den

---

[1] S. oben S. 93.

[2] Que nulz boulenguiers ait que un estal aveuc se maison. Thierry 4 S. 217 Art. 6.

[3] Ne porra aucun maistre du dit mestier tenir en ladite ville que ung seul ouvroir. Thierry 4 S. 262 Art. 5. Die gleiche gegen den Groſsbetrieb zielende Richtung verfolgt die Bestimmung des Schiffbauerstatuts von 1488, daſs kein Schiffszimmermann mehr als zwei Schiffe mit einmal zu bauen übernehmen dürfe: Que nulz maistres dudit mestier ne porront marchander ne prendre à faire quelque navire que ce soit plus de deux l'un sur l'autre. Thierry 4 S. 319 Art. 5.

[4] Que degun mestre deudeyt mestey de quauque condition ny manyera que sera no pussa tenir dos obraduys per se ne per autre. Ord. 15 S. 452.

[5] Il est ordonné par les maistre des mestiers de pareurs et foullons que deux maistres ne poeuvent ouvrer ensemble. Thierry 3 S. 578.

[6] Nulz d'icellui mestier ne povoit ouvrer en sa maison que à deux mestiers Thierry 2 S. 150.

[7] Deux maistres dudit mestier de tondeur ne porront ouvrer en ung ouvroir ensemble. Thierry 2 S. 281 Art. 14.

[8] Ne pourront deux maistres dudit mestier ouvrans tenir ouvroir ensemble en commun prouffit ne faire à part, mais chacun à par soy, pour éviter aux frauldes qui s'en porroient enssievir. Thierry 2 S. 455.

[9] Que nul maistre ne pourra tenir que ung ouvrouer de patinerie en la ville et banlieue de Tours et vendra ses denrées en icellui tant seulement sans en porter ne faire porter ailleurs en la ville par manière de vente, se ce n'estoit que aucune personne mandast que on luy portast de ladite besogne. Ord. 14 S. 234 Art. 18.

[10] Deux maistres dudit mestier ne pourront ouvrer ne besongner dudit mestier en ung ouvrouer ensemble à commun prouffit. Mét. 3 S. 99.

Pastetenbäckern wird nur eine Werkstelle und an den Markttagen nur ein Verkaufsstand auf dem Markte gestattet (A. 1489)[1]. Den Leinenwebern von Tours wird das Halten von zwei Werkstätten untersagt, wenn der Meister nicht, ohne sein Haus zu verlassen, von einer in die andere gehen kann[2] (A. 1481). Das gleiche Verbot wird bei den Leinenwebern von Orléans damit begründet, daſs die unbeaufsichtigten Gesellen leicht eine Unterschlagung begehen könnten (A. 1485)[3]. Die Bäcker von Rouen dürfen nur einen Backofen und im gleichen Hause einen Verkaufsstand haben (A. 1491)[4]. Die Schuster von Amboise untersagen das Halten von zwei Werkstätten (A. 1492)[5].

Während der Jahrmärkte wurde die Beschränkung mitunter nachgelassen. Die Strumpfwirker und die Kürschner von Bourges bestimmen, daſs kein Meister mehr als einen Laden halten dürfe, ausgenommen die Zeit der Jahrmärkte, während deren jeder Meister beliebig viel Verkaufsstellen einrichten möge (A. 1484 bezw. 1486)[6].

Eine vereinzelte Ausnahme findet sich dagegen zu Ende dieser Periode im Jahre 1498, und zwar bemerkenswerter Weise für die Goldstoffmanufaktur von Tours, die Ludwig XI. durch Berufung ausländischer Arbeiter begründet hatte[7]. Den Goldstoffarbeitern wird freigestellt, in den vier von ihnen gefertigten Hauptsorten soviel Stühle, als sie ermöglichen können, aufzustellen und zu betreiben[8].

---

[1] Oye la requeste aujourd'hui faicte avons ordonné et ordonnons ...... que inhibition et defense sera faicte de par nostredit seigneur, à touz les pasticiers de ceste ville de Paris, de ne tenir doresenavant que ung ouvrouer ou estal pour vendre leurs denrées de pasticerie, excepté ez jours ordinaires de marchié, c'est assavoir le mercredi et le samedi, ausquels jours ils pourront avecque leurdit ouvrouer, avoir et tenir un estal seullement pour vendre leursdites denrées ez halles ou aultres marchez et lieux à ce ordonnez. Mét. I S. 382.

[2] Que nul dudit mestier ne pourra avoir ne tenir deux ouvrouers s'il ne peut [passer] de l'ung autre sans yssir de la maison où il fera son domicile. Ord. 20 S. 193. Der Text ist unvollständig; vgl. Ord. 18 S. 622.

[3] Que nul maistre ou maistresse de ladicte ville et banlieue ne pourra tenir ne occuper deux ouvrouers dudit mestier en deux maisons séparées pour ce que ung ouvrier pourroit coupper ou emporter une piece de toille ou de filet, sans le sceu du maistre; Ord. 19 S. 591 Art. 24. — Man sieht, die Leinenweber suchten die üble Meinung, die das Mittelalter von ihnen hatte, selber zu rechtfertigen.

[4] Nul Boullenger en ladicte ville de Rouen ne pourra avoir qu'un four et un étal en la maison où son four est assis. Ord. 21 S. 380.

[5] Que nul maistre dudit mestier de ladicte ville et banlieue ne pourra tenir deux ouvrouers, mais ung tant seulement sur peine de dix livres tournoys d'amendes. Ord. 20 S. 371 Art. 18.

[6] Que nul maistre ou maistresse ne tiendra en ladicte ville et faulxbourgs que ung seul ouvrouer dudit mestier; fors ès foires, pendant lesqueles chascun pourra tenir tant d'ouvrouers que bon lui semblera. Ord. 19 S. 481 und 662.

[7] S. unten 3. Abschnitt.

[8] Que tous les maistres et ouvriers dudit mestier pourront avoir et retenir mestiers de draps de pris des quatre mestiers (d'or, d'argent,

Mehrfach bestimmen die Statuten, dafs ein Meister nicht zwei Gewerbe zugleich betreiben dürfe. Die Pariser Fellfärber erlassen diese Vorschrift im Jahre 1357[1]; die Tuchscherenmacher verordnen das gleiche im Jahre 1407, fügen jedoch hinzu, dafs die Beschäftigung mit Schmiedehandwerk jedem Meister gestattet sei[2]. Bei den Fellfärbern handelt es sich im übrigen um ein bis dahin nicht zünftiges Gewerbe, bei den Tuchscherenmachern um eine neuorganisierte Zunft[3]. Die Lichtzieher bestimmen im Jahre 1392, dafs ein zunftfremder Handwerker, der in die Zunft einheiratet, auch nach dem Tode seiner Frau das Gewerbe selbständig weiter betreiben dürfe, wenn er es versteht und wenn er sein früheres Handwerk aufgiebt[4]. Die Zimmerleute und Schreiner von Angers verlangen im Jahre 1487, dafs kein Meister ein zweites Gewerbe ausübe, er thue es denn für seinen eigenen Hausbedarf oder um einem andern behilflich zu sein[5].

Andererseits findet sich aber auch die Erlaubnis, einen zweiten mit keiner Herabminderung des Ansehens verbundenen Erwerb als Nebenbeschäftigung auszuüben. Die Tuchscherer von Rouen verbieten im Jahre 1447 den Zunftgenossen zwar, sich mit einem zweiten unvereinbaren Gewerbe zu befassen; aber einen ehrenhaften, mit dem Gewerbe verträglichen Handel mag der Meister wohl betreiben[6]. Die Bäcker von Dun-le-Roy untersagen im Jahre 1456 ihren Genossen, sich mit dem Streichen von Wolle zu befassen, da dies für einen Bäcker kein geziemendes

---

velours, satin et damas) tel nombre qu'il leur plaira et qu'ilz auront pouvoir de ce faire; mais au regard des mestiers de tafetas, nul n'en pourra avoir ne tenir que ung mestier ou deux pour le plus. Ord. 21 S. 119.

[1] Nuls qui saura autre mestier dont il saura gaingner sa chevance ne soit receus à faire ledit mestier se il ne renonce à l'autre dont il se sera entremis. Ord. 3 S. 360.

[2] Les maistres ouvriers dudit mestier ne aulcuns d'iceulx ne pourront faire deux mestiers, de quelque mestier que ce soit, sinon eulz entremectre de vendre, ou de la forge, qui faire le saura avec ledit mestier d'esmouleur. Mét. 2 S. 401 Art. 14.

[3] S. oben S. 268.

[4] Que femme qui aura esté femme d'aucuns desdiz chandelliers pourra, sondit mary trespassé, faire et joir dudit mestier de chandellier ou cas ou elle le saura faire, autrement non; et s'elle se marie à homme d'autre mestier, laditte femme trespassée, il pourra user dudit mestier ou cas où il le saura faire en renonçant à l'autre mestier. Mét. 1 S. 548.

[5] Aucun desdits maistres tenant ouvrouer et astellier esdite ville et faulxbourgs ne besoignera et ne se pourra mesler ne entremectre d'aucun autre mestier que charpentier de menuyserie et s'il fait le contraire et y veult continuer sinon que la besoingne qu'il feroit d'autre mestier fust et soit pour son usage ou que ce fust et soit pour soulagier celluy qui seroit dudit austre mestier, il sera tenu de renoncer audit mestier et de non plus besoingner, au moins en ladite ville et faulxbourgs de Tours, et n'y sera receu, mais du tout débouté. Ord. 20 S. 80 Art. 26.

[6] Que aucun maistre dudit mestier ne se entremettra d'autre mestier incompatible, à la peine d'un marc d'argent d'amende; mais il pourra user de marchandise honneste et compatible à icellui mestier. Ord. 13 S. 535.

Gewerbe sei[1]. Gegen die Nebenbeschäftigung im allgemeinen hatte die Bäckerzunft demnach nichts einzuwenden. In gleicher Weise untersagen die Bäcker und die Brauer von Abbéville den Zunftgenossen, in ihren Häusern Tuch zu machen[2]. — Die Grundsätze über die unvereinbaren Betriebe[3] sind im übrigen die alten[4].

Der Unternehmerbetrieb in der Tuchmacherei[5] wird in den Statuten öfters erwähnt. In den Tucherstädten hat jeder Bürger regelmäſsig das Recht, Tuch zu machen, d. h. das Tuchergewerbe als Unternehmer auszuüben[6]. Nach der Tucherordnung von Troyes von 1361 darf jeder Bürger, der sich auf Brauch und Herkommen des Gewerbes verpflichtet und die zünftigen Aufnahmegelder zahlt, einen Webstuhl und einen Spannrahmen in seinem Hause aufstellen. An dem Stuhle weben darf jedoch nur ein zünftig gelernter Handwerker[7].

Unter den Vorschriften über die Arbeitszeit erfährt das Verbot der Arbeit bei Nacht und künstlichem Licht[8] öfters eine Zurückdrängung. Das Verbot der Festtagsarbeit dagegen gelangt zu weiterer Ausdehnung infolge der Einfügung neuer kirchlicher Feiertage. Die an Zahl und Umfang gewachsenen Bruderschaften feierten zudem die Tage ihrer Schutzheiligen mit besonderem Gepränge. — Für die Aufnahme neuer Feiertage ist grundsätzlich obrigkeitliche Genehmigung erforderlich. Das Zunftprivileg verpflichtet den Handwerker zur regelmäſsigen Wahrnehmung seines Betriebes. Insbesondere waren Bäcker und Fleischer verbunden, genügende Vorräte in ihrem Gewerbebetrieb zu halten und ihrem Handwerk in gehöriger Weise nachzugehen[9].

---

1 Nul bolengier en ladicte ville en façon quelconque ne cardera laine pour ce que c'est un mestier qui n'est pas honneste avec l'exercice dudit mestier de bolengerie; et s'il est trouvé que aucun des bolengiers le face de carder laine sera, admendable de telle amende que de raison. Ord. 14 S. 410.

2 Que nulz boulenguiers ne faiche drapperie en se maison. Thierry 4 S. 218 Art. 10. Que nulz cambiers ne faiche drapperie en se maison. Eb. S. 328 Art. 4 (14. Jahrh.).

3 S. oben S. 151, 153 und 167.

4 Vgl. Ord. 7 S. 323; Thierry 4 S. 133 Art. 16.

5 S. oben S. 95.

6 S. u. a. die Belegstelle oben S. 251 Anm. 7; s. auch nächste Anmerkung.

7 Se aucuns bourgoys ou autres veult drapper aus us et coustumes de ladite drapperie, draps pour revendre et continuer le mestier, il est tenu de venir faire son serement en la main desdiz maistres que bien loyaulment il tendra et gardera tous les poins de ladite drapperie et paiera des fraiz et emoulumenz du fait de ladite drapperie. Et parmi paient les vins et redevances desdiz maistres un chascun puet lever un mestier en son hostel à tixtre draps et aparchis pour couroier lesdiz draps, senz ce que il n'en ouvreront point de leurs mains, tant do tixtre comme de courroer se il ne sont ouvrier desdiz mestiers. Ord. 3 S. 517 Art. 24.

8 S. oben S. 97, 154 und 166.

9 Vgl. Lamare II S. 584.

Auf diese Verpflichtung bezieht sich ein den Fleischern von Langres im Jahre 1381 erteiltes Privileg. Der Bischof bewilligt darin „auf Fürbitten der Bürger von Langres und zu Ehren unseres Herrn und aller Heiligen des Paradieses“, dafs die Fleischer von der Pflicht, ihre Stände besetzt zu halten, künftig an Pfingsten, Fronleichnam und Allerheiligen entbunden sein sollen; doch müssen sie an den Vorabenden dieser Tage hinreichende Vorräte für die Festtage bereit stellen[1].

Wegen der Einhaltung der Arbeitsstunden selbst kam es in dieser Zeit zu heftigen Kämpfen im Handwerk. Insbesondere versuchten die Gesellen und Lohnarbeiter seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts zur Einnahme der Mahlzeiten feste Arbeitspausen, die bis dahin nicht üblich gewesen waren[2], zu erlangen. Als Hauptträger der Bewegung werden genannt die Weber und die übrigen Teilgewerbe der Tuchmacherei, ferner die Maurer und die Zimmerleute.

Ein längerer Streit, dessen schliefslicher Ausgang nicht bekannt ist, wurde wegen der Arbeitsstunden und Arbeitspausen um das Jahr 1357 in Amiens geführt. Im Jahre 1335 hatten Rat und Schöffen von Amiens mit königlicher Bewilligung auf dem Belfried der Stadt eine besondere Glocke anbringen lassen, deren Geläut den Beginn und das Ende der Arbeitszeit, sowie die Zeit für das Mittagessen anzeigte[3]. Eine andere, als die Mittagspause, war nicht vorgesehen[4]. Zugleich wurden Strafen festgesetzt für die Überschreitung der Arbeitszeit durch Arbeit bei künstlichem Licht vor Tagesanbruch oder nach Feierabend. Die Ordnung erstreckte sich jedoch nur auf diejenigen Handwerker, die auf Taglohn arbeiteten, für alle übrigen Arbeiter

---

[1] Nous à la supplicacion et requeste de pluseurs de noz bourgois et citoyens de Langres et à l'aneur (honneur) et reverence de nostre S. et de touz les Sains de Paradix, avons octroié et octroions par ces presentes aus bouchiers de Langres noz subgez que ilz se puissent abstenir d'oresenavant de vendre ou tenir à leurs estaulx chars vendables le propre jour de la Feste de la Penthecouste, de la Feste du corps nostre S. et de la Toussains; pourveu touteffoiz que ilz les tuent, vendent et tiennent vendables les veilles desdictes Festes pour les necessitez desdiz jours. Ord. 6 S. 609. Vgl. hierzu auch Lamare I S. 381.

[2] S. oben S. 99.

[3] Comme li maire et eschevin de nostre ville d'Amiens nous eussent requis que il peussent faire une ordenance quand les ouvriers en ladicte ville et banlieue d'icelle iroient chascun jour ouvrable à leurs ouvrages au matin, quand il deveroient aler mengier et quand il deveroient repairier à leurs ouvrages après mengier et aussi au soir quand il deveroient laissier oevre pour la journée; et que par ladicte ordenance que il feroient il peussent sonner une cloche que il ont fait pendre au beffroy de ladicte ville laquele se diffère des autres cloches. Thierry I S. 456.

[4] Et ne comprent ceste ordenance fors les ouvriers qui euvrent à journée, et cil qui en taque ouverront pourront ouvrer à telle heure et tant comme il leur plaira. Thierry 1 S. 459.

hatte sie keine Gültigkeit[1]. Im Jahre 1357 klagten die Meister und Gesellen der Textilgewerbe (Weber, Walker, Tuchkarder und Tuchscherer) vor dem königlichen Bailli zu Amiens wider Rat und Schöffen. Die Handwerker erklärten, dafs die Ordnung in ihrem Gewerbe Tag für Tag übertreten werde, weil die Strafen wegen Arbeitsüberschreitung nicht in der gehörigen Weise erhoben würden. wie in Saint-Omer, Douay und andern Tucherstädten[2]. Die Zünfte verlangten, dafs die in Douay geltenden Bestimmungen über die Arbeitszeit in Amiens eingeführt und gehalten werden sollten[3]. Der Stadtrat dagegen wollte es bei den seitherigen Ordnungen belassen. Der Bailli fällte seine Entscheidung dahin, dafs zwar jede Arbeit bei künstlichem Licht allgemein verboten sein solle; dagegen sollten die durch die Glocke angezeigten Arbeitsstunden, d. h. Arbeitsbeginn, Mittagspause und Feierabend, nach wie vor nur für die Lohnarbeiter, nicht aber für die andern Arbeiter, Geltung haben[4]. Die Handwerker gaben sich mit dem Spruch nicht zufrieden, sondern legten Berufung an das Parlament ein, deren Ergebnis nicht bekannt ist.

Während es sich in Amiens sowohl um Arbeitszeit wie um Arbeitspausen handelt, drehen sich die im folgenden zu schildernden Streitigkeiten im wesentlichen um die Erlangung fester Pausen für die Mahlzeiten der Arbeiter.

Im Jahre 1358 hatte der königliche Bailli von Troyes eine Beschwerde der dortigen Tucher und Webermeister wider die Webergesellen zu entscheiden. Aus dem Entscheid ergiebt sich, „dafs die Gesellen verpflichtet waren, von Tagesanbruch bis in

---

[1] Il est ordonné que le cloque aux ouvriers qui sonne au beffroy sonnera quatre fois le jour, est à sçavoir au matin à aler à l'ouvrage, à l'eure que li ouvrier verront disner, à l'eure qu'ils retourneront à l'ouvrage après disner, à l'eure qu'ilx pourront laissier l'ouvrage; . . . . . et ne pourront li ouvrier que une fois aler menger hors de leur ouvrage. Thierry I S. 458.

[2] Lesqueles oevre et ordenances estoient chascun jour corrumpues, parceque les amendes n'estoient levées deuement, si comme il est accoustumé à faire à Saint-Omer, à Douay et ès austres boines villes là ù il a cloque Thierry I S. 579.

[3] Thierry I S. 581.

[4] Que nuls ne nulle dudict mestier de le drapperie, ne ouvrera ne ne fera ouvrer en auquns des poins d'icelli mestier de le drapperie, fors que par jour et sans candeille, soit à le heure du matin ou à le heure du vespre, et sur teles peines et amendes comme il est contenu ès anchiennes ordenances, à appliquier à chelli à cui il appartenra ou doit appartenir, selonc lesdictes ordenances; et porra chascuns ouvrer, se il li plaist, depuis le heure que on i porra ouvrer par jour sans candeille, jusques à tant que om porra ouvrer dudict jour sans candeille, nonobstant le son ou ordenance de la cloque nouvelle, saulf et réservé que les ouvriers ouvrans à journée pour salaire oudit mestier de le draperie, en quel point que ce soit, ne seront tenu ne constraint de aler ouvrer ne revenir de l'ouvrage à autres heures que ordené est selon l'ordenance et le son de le cloque nouvelle, lesqueles quant ad ce demourront en leur force et vertu. Thierry I S. 583.

die Nacht zu arbeiten, unter Benutzung von Kerzenlicht, ohne Pause für die Mahlzeiten. Ihr Brot für den ganzen Tag brachten die Gesellen mit, und die Suppe wurde ihnen von ihren Frauen an den Webstuhl gebracht, damit die Arbeit nicht unterbrochen werde; und war das Gewerbe hierbei wohl gediehen"[1]. In der jüngsten Zeit aber wollten die Gesellen keine Ordnung mehr einhalten. Unter dem Vorwand, dafs sie neuerdings eine Frühmesse singen lassen, kommen sie zu spät zur Arbeit. Wenn sie einem verstorbenen Meister oder Gesellen das Geleit geben, feiern sie gleich einen ganzen Tag. Endlich aber verlangen sie eine feste Zeit, um ihr Mittagessen aufserhalb der Werkstatt zu nehmen. Auch fordern sie zwei oder drei Sols für eine Arbeit, die sie vordem zu sechs oder acht Denaren machten, und widersetzen sich dabei der Beschäftigung auswärtiger Arbeiter[2]. Der Bailli entscheidet darauf, dafs es den Meistern frei stehen solle, ihre Tuche aufserhalb des Weberviertels, wo es ihnen beliebt, anfertigen zu lassen, was die widerspenstigen Gesellen wohl zur Vernunft bringen werde.

Ähnliche Ansprüche erhoben die Arbeiter zu Châlons s/M. im Jahre 1369. Die Stadt Châlons hatte durch die Pest und das Kriegsunglück schwer gelitten; ihr Wohlstand war gesunken, ihr Hauptgewerbe, die Tuchmacherei, lag gänzlich darnieder[3].

[1] Les tixerrens doient et sont tenu de aler et entrer en euvre dès le point du jour dès caresmes prenant jusques à la Saint Remi et de ouvrer aus flamerons et continuer en l'euvre par tout le jour jusques à la nuit; et de Saint Remi jusqu'à caresmes doient monter dès le point du jour jusques à la nuit et puissent pardevers le matin ouvrer aus flamerons, sens ce qu'il aient accoustumé d'avoir aucunes heures (d. h. de repas) et doivent porter ledit tixerrant leur quartier de pain dès le matin qu'il vont en euvre pour toute la journée et se il veullent du potaige, leurs femmes leur en doivent porter aus mestiers où il euvrent afin que il ne se destourbent en l'euvre; et pour ce ait esté bien servi ledit mestier. et encores dès la St. Remi jusques à Caresme prenant puissent et doivent après ce qu'il ont laissié l'euvre, ploier et nouer draps et pieces bouter avant, tixtre les estoupes et fausses traymes à la chandelle. Ord. 5 S. 595.

[2] Neantmoins lesdiz tixerrans soubs la couverture et umbre d'une Messe qu'il font chanter de nouvel, s'efforce de retarder toutes manieres de gens soient apprentiz varlez ou ouvrieres de leur dit mestier, à aller en euvre, jusques à tant que ladicte Messe est chantée; mesmement on a avant chanté la messe des Confreres en l'Eglise de St. Gille, que ce que l'en commence celle que il faut chanter haustement à grant deliberacion; et d'autre part que se il meurt un Chief d'ostel ou un ouvrier de leur mestier ils veulent cesser leur ouvrage entierement, jusques à tant que le corps soit enterrez; qui seroit journée perdue. Car après convient aler boire; et si s'efforcent d'avoir heures d'aler disner et autre part et de prendre II sols ou III de ce qui il faisaient devant pour VI et pour VIII d, et contre dient à mettre en euvre les compaignons estranges. Ord. 5 S. 595.

[3] Die Ordonnanz sagt, dafs die Zahl der in Châlons angefertigten Tuche von 36000 Stück auf 800 Stück zurückgegangen sei. Es ist auf solche Zahlen, wie bekannt, nicht allzuviel zu geben. Die Tucher waren indes, wenn sie sonst wollten, infolge ihrer Einrichtungen für die Siegelung recht wohl imstande, genau zutreffende Ziffern anzugeben.

Die Ordonnanz von 1369 bemüht sich zunächst, dem Tuchergewerbe wieder aufzuhelfen und behandelt hierbei auch die neuen Forderungen der Arbeiter. Die Webergesellen verlangten einen übermäſsig gesteigerten Lohn und drei feste Arbeitspausen für Frühstück, Mittag und Vesper [1]. Der König weist die letzteren Ansprüche entschieden zurück und verfügt, daſs die Gesellen ohne Unterbrechung durcharbeiten sollen. Ebenso sollen Maurer, Zimmerleute und andere Handwerker von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang arbeiten und ihre Stärkung an Essen und Trinken in gewohnter Weise zu sich nehmen, wie es in Paris und andern guten Städten der Brauch [2].

Den gleichen Standpunkt nimmt grundsätzlich noch die Tucherordnung ein, die im Jahre 1378 für Rouen aufgezeichnet wurde. Die Gesellen im Tuchergewerbe, Weber, Walker, Tuchscherer muſsten durcharbeiten; wenn sie Mittag machten, wurden ihnen zwei Denare abgezogen [3].

Die Forderungen der Arbeiterschaft erscheinen dagegen erfüllt in dem Statut, das die Pariser Tuchscherer im Jahre 1384 vor dem königlichen Prevost vereinbarten. Die Pariser Tuchscherer hatten bis dahin noch keine geschriebenen Ordnungen gehabt und empfingen damals ihr erstes Statut. Die Arbeitsstunden werden hierbei genau geregelt. Die Tuchscherer unterscheiden, wie es der Sache entsprach, zwischen Gesellen, die bei dem Meister in Kost stehen und an dem Haushalt des Meisters teilnehmen; und den Gesellen, die für sich selber wirtschaften. Den beköstigten Gesellen werden keinerlei feste Arbeitspausen gewährt; sie haben durchzuarbeiten und nehmen ihre Mahlzeiten mit der Familie des Meisters ein [4]. Den für sich wirtschaftenden Ge-

---

[1] Pour ce que on dit que les ouvriers ouvrans ou fait de drapperie en ladicte ville ont accoustumé de prendre salaire excessif et de cesser leurs ouvrages à certainne heure par jour appellées au liou prisme, dinée et relevée et par ce font petit profit à ceux pour cui il oeuvrent, voulons et ordenons que il euvrent d'ores en avant et soient tenus de ouvrer tout le jour continuelement. Ord. 5 S. 193.

[2] Semblablement tous maçons charpentiers couvreurs vignerons et autres ouvriers de quelque estat qu'il soient (soient tenus de ouvrer) dès soleil levant jusqu'à soleil couchant pour salaire competent et raisonnable et en prenant leur recreation de boire et manger competemment selon ce que ouvriers doivent faire et qu'il ont usé et accoustumé faire en la ville de Paris et ès autres bonnes villes de nostre Royaume. Ord. 5 S. 194.

[3] Le laveur doit labourer jusques à midi sonné en l'Abbaye de Saint Ouein de Rouen et lors peut prandre sa disnée jusques à l'aumosne Saint Ouen en rabatant deux deniers de son salaire et se il veult demourer sanz prendre sa disnée du consentement du maistre il aura les diz deux deniers en la maniere accustumée. Ord. 6 S. 367. Ebenso für die Tuchscherer und Weber. — Die Annahme in der Anmerkung z der Ord., der ganze Tagelohn habe nur vier Denaren, der halbe nur zwei Denaren betragen, beruht auf einem Versehen.

[4] Quant aux varlez allouez par an et demourans avecques leurs maistres, ilz seront tenuz d'ouvrer bien et diligemment en la maniére qu'ilz ont acoustumez, sanz avoir lesdictes heures ordennées pour lesdiz varlez à journées. Mét. 3 S. 107 Art. 12.

sellen werden dagegen genau bestimmte Zwischenpausen eingeräumt; je nach der Dauer der Beschäftigung (kurze bezw. lange Tage[1]) sind dies eine halbe Stunde für das Frühstück, je eine Stunde zum Imbiſs und zum Mittagessen, und an den langen Tagen eine halbe Stunde zum Vespern[2].

Die Meister betrachteten indes die festen Arbeitspausen der Gesellen noch lange als eine Ungebühr. Noch im Jahre 1395 erging in Paris ein königlicher Befehl, der den Webern, Walkern, Wollwäschern, Maurern, Zimmerleuten und anderen Handwerkern vorschrieb, ohne Unterbrechung durchzuarbeiten und ihre Mahlzeiten in gehöriger Weise nach dem alten Brauch einzunehmen[3]. — Die Pariser Tuchscherergesellen erreichten übrigens im Jahre 1415 durch eine Prevotalentscheidung die Einsetzung von Werkstattaufsehern. Die Geschworenen der Zunft wählten zwei für sich wirtschaftende Gesellen (varlez receans et tenans hostel et menage), die zusammen mit einem der Zunftgeschworenen den Betrieb in den Werkstätten auf die Einhaltung der Arbeitsstunden bei Tag und Nacht überwachen sollten[4].

Bei diesen Kämpfen um feste Arbeitspausen handelt es sich nicht so sehr um eine Auflehnung der Arbeiter wider übermäſsige Arbeitszeit. Die werktägigen Arbeitsstunden waren

---

[1] S. oben S. 98.

[2] Que les varletz à journées d'icellui mestier, qui seront allouez chiez aucun maistre, seront tenus de entrer en euvre à douze heures de nuyt, depuis la Saint-Remy jusques à la Chandeleur, et ouvrer bien et diligemment jusques au jour que l'en puist veoir; et aprés pourront aller boire ou faire ce que bon leur semblera et demourer demye heure qui leur est ordenée pour leur boire de matin, et après, revendront en besongne et ouvreront jusques à neuf heures; et puis auront une heure pour prendre leur repas à desjeuner, ou faire ce que bon leur semblera; et icelle heure passée, retourneront en besongne et ouvreront diligemment jusques à une heure après-midi, et après ce auront une heure pour aller disner ou faire ce que bon leur semblera; et icelle heure passée, retourneront en besongne et ouvreront jusques à soleil couchant. Et depuis la Chandeleur jusques à la Sainct-Remy, lesdiz varlez seront tenuz de venir en besongne à heure de soleil levant et là ouvrer diligemment jusques à neuf heures, et après auront une heure pour aller desjeuner ou faire ce que bon leur semblera, et ladicte heure passée, revendront en besongne et ouvreront jusques à une heure après midy, et après auront une heure ès jours moyens et deux heures ès plus grans jours de l'an pour aller disner ou faire ce que bon leur semblera; et ce fait, revendront en besongne et lesseront euvre à heure de soleil couchant, mais ils auront demie heure pour boire et remontée en l'ostel du maistre. Mét. 3 S. 107 Art. 12. Vgl. auch das Statut der Walker von Corbie, Thierry 3 S. 579.

[3] Nous avons ordené que doresenavant toutes manieres de gens desdits mestiers gaignans et ouvrans à journées, aillent en besongne pour ouvrer d'iceulx mestiers dès heure de soleil levant jusques à heure de soleil couchant, en prenant leurs reppas à heures raisonnables selon les ordonnances faites sur chacun d'iceulx mestiers. Mét. 1 S. 52.

[4] Lesquels deux varlez ainsy esleuz, appelé avecques eulx l'un des jurez dudit mestier, pourront visiter tous les maistres et varlez ouvriers dudit mestier, tant de jour que de nuit. Mét. 3 S. 109 Art. 3 und 4.

lang; indes die Sonn- und Feiertage umfafsten zusammen zu jener Zeit weit über den vierten Teil des Jahres. Die lange Wochentagsarbeit entsprach auch vollständig den Gewohnheiten eines Zeitalters, das seine Erholung im wesentlichen in den reichlich bemessenen, gemeinsamen und öffentlichen Feiern und Lustbarkeiten suchte[1]. Der Anspruch der Gesellen bedeutete vielmehr eine organisatorische Neuerung, und gerade deshalb erschien er den Meistern wie den Behörden als unberechtigt und unzulässig.

Die ununterbrochene Arbeitszeit beruhte noch auf der Annahme, dafs der Geselle zu dem Hausstand des Meisters gehöre. Die Gesellenschaft war aber im fünfzehnten Jahrhundert zu einem eigenen Stand geworden, dessen Interessen und dessen Einrichtungen[2] sich von denen der Meister immer mehr absonderten. Immer gröfser wurde die Zahl der Gesellen, die zeitlebens in ihrem Stand verblieben und garnicht auf das Einrücken in eine Meisterstelle rechneten. Gleichwohl wurde in der ununterbrochenen Arbeitszeit noch allgemein die Fiktion aufrecht erhalten, als ob der Geselle zu der Familie des Meisters zähle und sich mit ihr zu Tisch setze. Dem widersprach jetzt das Standesbewufstsein der von dem Haushalt des Meisters losgelösten Gesellen, während andererseits der Meister das alte Herkommen festhalten wollte, das die Eingliederung des Gesellen in den Betrieb des Meisters zum Ausdruck brachte.

Dafs diese Verhältnisse ebenso die Grundlage für die Forderung der Gesellen als auch die Ursache für den Widerstand der Meister bildeten, ergiebt sich aus dem obenerwähnten Statut der Pariser Tuchscherer. Das Statut giebt nur den für sich wirtschaftenden Gesellen die festen Arbeitspausen und entläfst sie damit auch äufserlich aus dem Hausverband des Meisters. Für die beköstigten Gesellen bleibt dagegen der alte Brauch noch weiter bestehen. —

Die Nutzung der Lehrlingsarbeit zu den Zwecken der Produktion findet in den Statuten jetzt häufiger Erwähnung. Der gewinnsüchtigen Verwendung von Lehrlingen für den Betrieb des Handwerks war durch die Beschränkung der Lehrlingszahl schon einigermafsen vorgebeugt. Die Statuten traten im übrigen den Versuchen einer einseitigen Nutzung der Lehrlingsarbeit noch besonders entgegen. Die Hosenmacher von Amiens bestimmen im Jahre 1448, dafs künftig jeder Meister nur einen Lehrling halten solle; denn es sei dahin gekommen, dafs einige Handwerker den gröfseren Teil ihrer Arbeit durch Lehrlinge aus-

[1] Vgl. Kriegk, Deutsches Bürgertum im Mittelalter, Frankfurt 1868, Band I S. 338 ff., 412 ff.

[2] Besonders deutlich zeigt sich dies in der zunehmenden Errichtung eigener kirchlicher Bruderschaften der Gesellen seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts. Vgl. hierüber auch Schanz, Deutsche Gesellenverbände.

führen lassen und infolge dessen eine Anzahl tüchtiger Gesellen keine Beschäftigung mehr finden könne[1].

Schwieriger lag die Frage jedoch in solchen Fällen, in denen der Meister selber Beschäftigung (als Geselle) aufser dem Hause annahm und seine Lehrlinge im Hause für sich fortarbeiten liefs, da hier nicht ohne weiteres zu entscheiden war, ob gewinnsüchtige Absicht vorlag. Im allgemeinen hielt die Zunft an der Annahme fest, dafs ein Meister, der nicht genügend Beschäftigung für sich selber habe, auch keine Lehrlinge halten dürfe; denn der Lehrling sollte beständig unter Aufsicht sein. Das Statut der Tuchscherer von Rouen vom Jahre 1402 bestimmt demgemäfs, dafs schlechterdings kein Meister, der Lehrlinge hält, sich als Geselle verdingen dürfe[2]. Eine etwas mildere Entscheidung wurde im Jahre 1448 durch den Rat zu Amiens auf eine Beschwerde der Tuchbereiter hin getroffen. Einige Meister hatten Beschäftigung als Gesellen angenommen und die Zunft hatte, wegen der allgemeinen Teuerung und Kriegesnot, eine Zeit lang Nachsicht geübt. Schliefslich hatten es indes einzelne Handwerker so weit getrieben, dafs sie nach Feierabend zu anderen Meistern auf Arbeit gingen und ihre Lehrlinge zu Hause allein weiter arbeiten liefsen[3]. Die Zunft verlangte ein unbedingtes Verbot. Der Rat fällte seine Entscheidung dahin, dafs kein Meister, solange er für sich Arbeit habe, sich einem andern verdingen dürfe; auch ist ihm die Nachtarbeit untersagt. Wenn er aber zu Hause gar keine Beschäftigung hat, so mag er aufserhalb arbeiten und sich damit seinen Unterhalt verdienen[4]. — Die Weber von Dun-le-

---

[1] Car de présent plusieurs dudit mestier baillent le plus grant partie de leur ouvrage à faire ausdis apprentis, parquoy aucuns autres compagnons qui bien scevent ouvrer ne ont que faire et ne gaignent comme riens en ladicte ville. Thierry 2 S. 194.

[2] Quel nul maistre qui ait apprentiz ne se pourra louer à la place. Ord. 8 S. 507.

[3] Depuis V ou VI ans en chà, aucuns des maistres dudit mestier oeuvrent comme varlez devant aultruy ce qu'ilz ne poeuent ne doivent faire de raison car ilz se doivent tenir maistres ou varlez; et leur a ce esté toleré et souffert pour le grand chierté des blez qui lors estoit et aussy pour la guerre qui estoit; et meismes qui plus est, les maistres ouvrant devant aultruy ont prins autre moien de faire depuis peu de temps en ça et oeuvrent à présent comme maistres et tenans leurs mestiers en leurs maisons et ont les aucuns apprentis et oeuvrent avec leursdits apprentis depuis le cloque au jour jusques à le cloque du vespre et aprez ce s'en vont ouvrer comme varlès devant aultruy et en la maison des autres maistres et oeuvrent lesdis apprentis tous seuls pluiseurs fois et pareillement oeuvrent au disner et au vespre aprez le cloque jusquez à le première (= première de le nuit I S. 581). Thierry 2 S. 196.

[4] Finablement nous leur avons ordonné que tant que les maistres dudit mestier aront à ouvrer c'est assavoir parer fouler et laner en leurs maisons ilz ne pourront aler ouvrer dehors de leurs dites maisons et sy ne ouveront point seulz et meismement ne ouveront point par nuit; mais quant ilz ne aront que ouvrer véritable en leurs maisons ilz porront bien

Roi verbieten dagegen im Jahre 1485 dem Meister unbedingt, aufser dem Hause auf Arbeit zu gehen, so lange er einen Lehrling bei sich hält[1, 2].

Eigentümlich erscheint in den Statuten jener Zeit die Anwendung der Zahl siebzehn zur Bezeichnung einer geschlossenen Gesamtheit. Die Statuten sprechen von den siebzehn hansierten Städten, von den siebzehn Markthandelsstädten, von den siebzehn Tucherstädten, von den siebzehn Zünften. Die Zahl hat hierbei jeden Zahlenbegriff vollständig verloren und bedeutet nichts anderes als alt, althergebracht, zum Gewerbe berechtigt. Für die betreffende Stadt oder Zunft hatte es eine besondere Bedeutung, wenn sie unter die Siebzehner gerechnet wurde, da sich hierauf stets ein bestimmtes Recht gründete[3].

In Flandern hatte sich seit dem zwölften Jahrhundert, mit den Vororten Brügge und Ypern, eine Hanse gebildet, die den Handel nach London betrieb und darnach die Londoner Hanse genannt wurde[4]. Die Zahl der dieser Hanse angehörenden Städte wird in zwei, allerdings zeitlich auseinander liegenden, Zeugnissen auf siebzehn angegeben[5]. Es wurde seither angenommen, dafs diese Londoner Hanse gleichbedeutend sei mit der sogleich zu erwähnenden „Hanse der 17 Städte“, der ebenfalls eine Anzahl flandrischer Städte — und zwar zum Teil dieselben wie die der Londoner Hanse — angehörten. Die Ansicht ist neuerdings mit guten Gründen widerlegt worden[6].

Die Hanse der siebzehn Städte, „welche die Messen

---

se bon leur semble aler ouvrer devant aultruy et gaigner leur vie. Thierry 2 S. 197. Die gleiche Bestimmung wurde schon früher in einem ähnlichen Falle für die Weber von Montivilliers getroffen. Se les maistres teliers leurs fins, leurs aprentis, n'ont oeuvre à leurs hosteix, que ils puissent aller gaaigner par la ville leurs journées oudit mestier sans contredit nul. Ord. 12 S. 456 Art. 9 A. 1321.

[1] Ledit maistre ne peut aller ouvrer par les ouvrouers tant comme il tiengne apprentiz. Ord. 19 S. 604.

[2] Bezüglich des Hausierbetriebs (s. oben S. 150), über den in dieser Periode nichts weiter zu bemerken ist, vgl. als Belegstellen etwa Mét. 1 S. 545; S. 371 ff., insbes. 383; Mét. 2 S. 398, S. 503 Art. 10 und 11 u. a. m.

[3] Eine ältere symbolische Bedeutung kommt dieser Zahlenbestimmung nicht zu. Grimm, R.A. (S. 207 ff.) giebt kein Beispiel für die Zahl 17.

[4] Köhne, Hgr. S. 205 ff.; Pirenne, La Hanse Flamande de Londres, Bulletin de l'Académie Royale de Bruxelles, Classe des lettres 1899 S. 65 ff.

[5] Warnkoenig-Gheldolf 2 S. 506 ff.

[6] Pirenne a. a. O. S. 104 ff. Jedoch möchte ich bei den Vorschriften über den Ausschlufs der Handwerker der Lesart Pirennes, der ultra Meusam statt ultra mensem setzen will, nicht ohne weiteres zustimmen. Es ist m. E. eher anzunehmen, dafs die mildere Bestimmung des älteren Statuts, die den Handwerker zum Ankauf bezw. Verkauf von Gegenständen seines eigenen Betriebes während höchstens eines Monats zuliefs, erst in dem späteren Statut durch einen schärferen Ausschlufs verdrängt wurde.

der Champagne und Brie beschicken" — les dix-sept villes frequentans les foires de Champagne et de Brie, wie sie in den Urkunden genannt werden — wird seit dem Ende des dreizehnten Jahrhunderts häufig erwähnt. Die Grundlage dieser Hanse bildeten gemeinsame Handelsprivilegien, und die ihr angehörenden Kaufleute genossen eines besonderen Schutzes während ihrer Fahrten nach den Märkten[1]. Schon im dreizehnten Jahrhundert giebt ein Verzeichnis die Zahl dieser Städte auf vierundzwanzig an; ein Teil derselben war in Flandern, die übrigen waren zumeist in der Picardie, im Artois und in der Champagne belegen. Es sind die folgenden: Châlons, Reims, Saint-Quentin, Cambrai, Lille, Ypern, Douay, Arras, Tournay, Péronne, Huy, Provins, Valenciennes, Gent, Brügge, Saint-Omer, Montreuil, Abbéville, Amiens, Beauvais, Dixmuyden, Bailleul, Poperinghen, Orchies[2].

Als ein fester Verband erscheinen die siebzehn Städte bereits in einem Befehl Philipps IV. vom Jahre 1292. Der König verfügt darin, dafs die Waren der zu Markte ziehenden Kaufleute aus den siebzehn Städten nicht angehalten werden dürfen[3]. In dem Privileg der die Messen der Champagne beziehenden Lombarden und Italiener vom Jahre 1294 werden die siebzehn Markthandelsstädte gleichfalls erwähnt[4]. Während der späteren Versuche, die seit den flandrischen Kriegen Philipps IV. zurückgegangenen Märkte der Champagne wieder emporzubringen, erging im Jahre 1349 ein Edikt Philipps VI. Den siebzehn Städten wird darin die Beschickung der Märkte in der Champagne „in der früheren Weise und wie sie dazu verbunden waren" aufs neue eingeschärft. Der Artikel 6 des Ediktes besagt, dafs die Kaufleute aus den siebzehn Städten innerhalb des Königreichs Frankreich kein Stück Tuch absetzen dürfen, bevor sie es nicht zunächst auf den Messen der Champagne ausgeboten hatten[5].

---

[1] Über die Messen in der Champagne und Brie — bis zu Anfang des vierzehnten Jahrhunderts die gröfsten Europas — vgl. Bourquelot, Levasseur, Pigeonneau a. a. O.

[2] Roisin S. 151. Ein etwas abweichendes Verzeichnis, 22 Städte umfassend, s. bei Fagniez, Doc. S. 206.

[3] Inhibemus ne decetera dictos mercatores seu alios liberos burgenses de dictis decem et septem villis seu bona eorum eundo ad nundinas foros vel mercata regni nostri vel redeundo ab eisdem arrestent. Roisin S. 327.

[4] Quod mercatores deferentes pannos de decem et septem villis vel aliunde ad vendendum in dictis nundinis ipsos pannos monstrare debeant quatuor diebus continuis operire et aperire ad sonum campanae que pulsetur mandato dictorum magistrorum dicto capitaneo requirente vel ejus vicario. Ord. 11 S. 379 Art. 13. Vgl. Köhne, Hgr. S. 210.

[5] Les drapiers et marchands des dix-sept villes lesquels sont tenus d'aller esdites foires meneront leurs draps en icelles si comme ils souloient et estorient tenus anciennement, et ne les pourront vendre en gros ne menu autre part pour mener hors nostre royaume sur peine d'iceux estre à nous acquis, jusques à tant qu'ils les ayent premierement envoyez en une desdites foires. Ord. 2 S. 309 Art. 6.

Unter den siebzehn Tucherstädten des Königreichs (dix-sept villes de draperie du Royaume) werden diejenigen Städte verstanden, die von alters her ein zünftig betriebenes Tuchergewerbe besitzen. Genau ist die ursprüngliche Zahl und die Liste dieser Städte nicht festzustellen. Bei Pardessus[1] werden folgende alte Tucherstädte genannt: Rouen, Louviers, Saint-Lô, Caen, Amiens, Beauvais, Arras, Saumur, Châlons s/M., Troyes, Lagny, Provins, Nogent s/Seine, Paris, Saint-Denis, Etampes, Montivilliers, Montreuil, Bourges, Cambrai, Reims. Indes behaupteten noch andere als die vorgenannten Städte, daſs sie zu den Siebzehnern gehörten, um hiermit ihren Anspruch auf Gleichstellung in der Erteilung der Zunftprivilegien zu begründen.

Noch in der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts berufen sich die zünftigen Tucherstädte gern auf ihre Zugehörigkeit zu den alten Siebzehnstädten; die Stadt Saint-Lô lieſs sich im Jahre 1460 sogar ihre Rangordnung als die dritte unter den Tucherstädten des Reiches verbriefen[2]. Die Stadt Dun-le-Roy lieſs sich im Jahre 1485 bestätigen, daſs sie sowohl unter die siebzehn Tucherstädte des Reiches wie unter die siebzehn Markthandelsstädte der Champagne zähle[3]. Ein noch weiterer Anspruch wurde in Chartres erhoben, von dem gleich unten die Rede sein wird. —

Als die siebzehn Zünfte wird eine groſse Anzahl Pariser Handwerkerschaften bezeichnet, ohne daſs ich feststellen konnte, wo dieser Ausdruck herstammt. Der Gebrauch der Bezeichnung findet sich seit dem vierzehnten, häufiger seit dem fünfzehnten Jahrhundert[4]. Eine Aufzählung der Gewerke, die unter die Siebzehner gerechnet wurden, giebt eine Urkunde über den Pariser Wachtdienst[5] in den Ordonnances Royaux sur le faict et jurisdiction de la Prevosté des marchands et echevinge de la ville de Paris. Die Urkunde bildet einen Nachtrag zu der von mir Mag. u. Frat. S. 210 ff. veröffent-

---

[1] Lois maritimes, Band II Einl. S. 73.

[2] Saint-Lô qui est la tierce ville de drapperie de nostre pays et duchié de Normandie et des dix-sept villes de drapperie de nostre Royaume. Ord. 14 S. 493.

[3] Comme ladite ville de toute ancienneté soit l'une des dix-sept villes de notre royaume jurées sur le fait de drapperie et la unziesme ès foires du Lendit, de Champaigne et de Brie. Ord. 19 S. 603.

[4] Eine bei Guérard, Cartulaire de Notre-Dame 3 S. 273 (Collection de Doc. Inédits) veröffentlichte Urkunde aus dem vierzehnten Jahrhundert besagt: Ledit evesque a à Paris XVII personnes qui ont XVII de ses mestiers comme drappiers pelletiers espiciers orfevres etc. lesquels doivent estre frans et quittes de toutes tailles. In dem Vergleich von 1222, wo die Handwerker des Bischofs namentlich genannt werden, sind indes nur 15 Gewerbe aufgezählt; a. a. O. 1 S. 122.

[5] Vgl. Mag. u. Frat. S. 16 ff.

lichten Pariser Wachtordnung. Ich teile das Schriftstück in der Anmerkung mit[1].

Aus dieser Aufzählung würde sich kaum irgend ein fester Begriff für die „siebzehn Zünfte“ als Bezeichnung dieser zahlreichen Handwerkerschaften entnehmen lassen. Indes auch die königlichen Ordonnanzen gebrauchen zu Anfang des fünfzehnten Jahrhunderts den Ausdruck und zwar einmal in einem Zusammenhang, der wenigstens den Sinn erkennen läfst, der mit der Bezeichnung verbunden wurde. In der Beschränkung der Steuerfreiheit der Münzer[2] sagt Heinrich VI. von England, als König von Frankreich, dafs die Wechsler und Goldschmiede, Tucher und Gewürzkrämer nicht zu den siebzehn Zünften der Stadt Paris gehören[3]. Die vorgenannten Gewerbe Goldschmiede, Tucher und Gewürzkrämer zählten nun zu den vornehmen Genossenschaften, die unter dem bekannten Namen der „sechs Kaufmannszünfte“ (les Six-Corps marchands) sich damals von den Handwerkerzünften (später stets als communautés d'artisans bezeichnet) absonderten[4]. Unter den siebzehn Zünften wird also hier das eigentliche Handwerk verstanden, im Gegensatz zu jenen Genossenschaften, die ein mehr kaufmännisches Gewerbe betreiben. Die hier erwähnte Stelle ist damit zugleich als die früheste, wenn auch indirekte Nachricht zu betrachten, die wir von der Absonderung der Six-Corps marchands besitzen[5].

Eine merkwürdige Verdoppelung der Siebzehner-Zahl findet sich dann in einem Statut von Chartres. Als die dortigen Kürschner sich im Jahre 1485 ein Statut erbitten, berufen sie sich darauf, dafs „Chartres eine der siebzehn geschworenen (d. h. zünftigen) Städte des Königreichs ist, allwo siebzehn geschworene

---

[1] Les dix-sept mestiers de la ville de Paris. sujets au guet.

Taverniers et Hosteliers qui n'est qu'une mesme chose; Selliers, Lormiers, Bourreliers, Cordonniers, Chauffecires qui sont tenneurs, sueurs, baudroyeurs, mesgiciers, boursiers qui doivent ensemble treize livres onze sols quatre deniers par an, et dont y a procez pour les faire payer. Et font tous ces cinq mestiers le guet ensemble en une nuict.

Cousturiers et Chaussetiers, Charpentiers d'oulouere qui sont Huchers, Poullailliers, Fevres, Mareschaux et Serruriers. Boulengers, Pasticiers. Le guet de l'Escurie qui sont les Savetiers doivent ensemble quatre livres dix sols par an. Tassetiers, Courroyers, Potiers d'estain et de terre. Chauderonniers, Chandeliers de suif et Fondeurs. Pelletiers et Gantiers Fripiers, Lanterniers, Bouchers de la grande boucherie qui doient pour guet trente sols.

Bibliothèque nationale, Département des Imprimés F 1070. Vgl. auch die Statuten der Pariser Armbruster von 1443, Mét. 2 S. 347 Art. 16.

[2] S. oben S. 258.

[3] Pour ce que changeurs orfevres drappiers espiciers ne sont pas comprins ez XVII mestiers de nostre bonne ville de Paris. Ord. 13 S. 112.

[4] Hierzu gehört vor allem die grofse Körperschaft der Gemischtwarenhändler (Merciers); s. unten S. 292. Vgl. Savary v. Corps.

[5] Die erste direkte Nachricht über die Six-Corps wird auf das Jahr 1431 angesetzt. Fagniez, Ind. S. 51. Martin Saint-Léon. Les corporations de Métiers S. 217.

Zünfte bestehen" [1]. Auf welcher Grundlage diese Formel von den siebzehn zünftigen Städten mit siebzehn Zünften beruht, läfst sich nicht vermuten. Die Verwendung zur Begründung eines Privilegs zeigt indes, dafs sich mit dem Ausdruck die Vorstellung eines bestimmten Rechts, das die Handwerker hiermit anriefen, verband.

Schliefslich sei noch erwähnt, dafs in einem Privileg von Tours aus dem Jahre 1473 das Schlossergewerbe als un des sept arts mécaniques de grant peine angesprochen wird [2]. Auch mit diesem Ausdruck, wie mit den vorerwähnten, ist eine rechtliche Bedeutung verknüpft. Wir werden später sehen, dafs das Buchdruckergewerbe einen ganz bestimmten Anspruch darauf gründete, dafs es nicht unter die artes mechanicae zähle [3].

---

[1] Que la ville de Chartres est l'une des dix-sept villes jurées du royaulme de France en laquelle a dix-sept mestiers jurez lesquelz et chacun d'eulx ont privileiges dont ilz ont joy et usé, joyssent et usent. Ord. 19 S. 633.

[2] Ord. 20 S. 227.

[3] S. unten III. Teil 1. Kap.

Drittes Kapitel.

Gewerbepolizei.

An der grundsätzlichen Stellung der Gewerbeschau im gewerblichen Verkehr[1] hat sich in der vorliegenden Periode nichts geändert. Von der gesetzgeberischen Behandlung der Schau im einzelnen war bereits zuvor[2] die Rede. In der thatsächlichen Anwendung vollzieht sich dagegen eine wesentliche Änderung insofern, als die Gewerbeschau immer häufiger versucht, über die Grenzen der alten politischen Bezirke hinauszugreifen und sich den Einrichtungen der allgemeinen Landesverwaltung einzugliedern.

Zunächst waren für diese Ausdehnung allgemeine Ursachen mafsgebend. Bei dem engen Zusammenhang der Schau mit dem Gericht war es selbstverständlich, dafs die Gewerbeschau von der Erweiterung der königlichen Gerichte, die sich auf Kosten der grundherrlichen Gerichtsbezirke fortwährend ausbreiteten, den entsprechenden Nutzen zog. Im besonderen aber war die Zunft darauf hingewiesen, die immer mehr anwachsende Gewerbethätigkeit in den Vorstädten und auf dem flachen Lande unter ihre Aufsicht zu bringen. Während wir von der Schau auf dem flachen Lande bisher nichts weiter hörten, als dafs die zu Markte kommenden Handwerker ihre eingebrachten Waren zur Untersuchung zu stellen haben, beginnt jetzt die Zunft, der Produktion auf dem flachen Lande selber ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Die Zunft bringt hierbei allmählich den Satz zur Anerkennung, dafs das Landhandwerk in seinem Betrieb sich nach den Ordnungen der nächstgelegenen zünftigen Stadt zu richten habe. Allgemein zeigt sich deshalb jetzt das Bestreben, für den gesamten Stadtbezirk, die Vorstädte und das umliegende Land eine einheitliche Gewerbeschau durchzuführen.

Den Tuchern von Troyes wurde im Jahre 1377 bewilligt, dafs ihre Geschworenen die Gewerbeschau auf zwei Stunden im Umkreis um die Stadt ausüben dürfen, und dafs sie berechtigt

---

[1] S. oben S. 105.
[2] S. oben S. 198 ff.

seien, mit dem dort aufgegriffenen Falschwerk gemäfs den städtischen Ordnungen zu verfahren[1]. Bei der Wiederaufrichtung der Tucherzunft zu Bourges im Jahre 1443 wurde den städtischen Zunftgeschworenen das Recht der Gewerbeschau in dem Kirchspiel Saint-Sulpice verliehen. Die Geschworenen hatten dem dortigen geistlichen Gericht zuvor Anzeige von der Vornahme der Schau zu machen und das Gericht mufste die Erlaubnis unverzüglich gewähren[2]. Die Gerber von Angers erwirkten sich im Jahre 1487 das Recht, die Schau in den Städten und auf den Dörfern des ganzen Gerichtsbezirks von Angers auszuüben[3].

In Saint-Omer kam es im Jahre 1385 zu groben Ausschreitungen wegen des Landhandwerks. In dem der Abtei St. Bertin gehörigen Nachbardorfe Arques hatten sich zahlreiche Weber angesiedelt, die das Tuchsiegel und die Sorten von Saint-Omer nachmachten. Eines Tages zogen die Städter hinaus nach Arques, schlugen die Webstühle der dortigen Weber in Stücke und zerbrachen die Spannrahmen und alles übrige Handwerkszeug. Die Stadt mufste der Abtei hierfür zunächst volle Genug-

[1] Pour ce que pluseurs drappiers usans de fait de drapperie à II lieues environ la ville de Troyes, font draps à lisiere de graturse, de seurtonture, d'aignelins et autres mauvaises matières et ne les font que en VIII ou X c . . . . . . que les diz Maistres dudit mestier puissent visiter les diz draps comme ceulx de ladicte drapperie; et se il sont trouvé mauvaiz et de mauvaise matière et en moins de compte que il ne doivent estre que les diz drappiers soient contraints de paier ladicte amende et que des diz draps les dix maistres puissent oster la lisière au long, comme de draps diffamez. Ord. 6 S. 283 Art. 5. S. oben S. 218.

[2] Art. 29. Que les esleuz à visiter demanderont quand ilz visiteront au bourg Sainct-Sulpice obéissance à la justice dudit bourg pour faire ladicte visitation; laquelle demande leur sera octroyée sans délay. Art. 30. Et seront lesdits statutz sans préjudice en autres choses de la Jurisdiction desdits Religieux laquelle ils ont de toute ancienneté en leurdit bourg et laquelle jurisdiction leur demeurera en toutes autres choses telle qu'ilz l'ont et ont eue de toute ancienneté avec le profit des amendes espaves et autres emoluments et profit de justice. Ord. 13 S. 378.

[3] Et pour ce que ès autres petites villes et villages du pays et ressort d'Angers y a plusieurs qui s'empeschent dudit mestier de tannerie lesquelz par faulte de visitacion police et correction y pourroient commectre plusieurs faultes et abuz, soit par le Roy donné et octroyé ausdits maistres dudit mestier de tannerie en ladite ville d'Angiers que deux ou l'un d'eulx appellé avec eulx le chastelain ou sergent de la justice et sergenterie en laquelle ils feront la visitation ou en l'absence refuz ou delay ung des sergens ordinaires du Roy notre seigneur audit ressort d'Angiers, ils puissent visiter les denrées et marchandises dudit mestier de tannerie qu'ils trouveront tant ès foires et marchez que aultrement esdites villes et villaiges dudit ressort d'Angiers pour des faultes et abuz qui s'y trouveront faire rapport à ladite justice et juridicion qui aura droit de chastellenie ou à la justice ordinaire d'Angiers si ladite visitacion est faicte par ledit sergent royal et d'en poursuivre par lesdits maistres la pugnicion correction et amende sur ceulx qu'ils en trouveront coupables par les peines et amendes cy-dedans contenus à estre applicquées moitié à court et moitié à la confrarie dudit mestier. Ord. 20 S. 8 Art. 21.

thuung leisten und schlofs dann mit der Abtei einen Vertrag über den Schutz des städtischen Siegels und der Tuchsorten[1].

In Paris beginnen die Bestrebungen, eine Vereinheitlichung der Gewerbeschau innerhalb der Stadt und Bannmeile herbeizuführen, schon im dreizehnten Jahrhundert[2]. Seitdem gelangten die Kämpfe, die hauptsächlich von der königlichen Beamtenschaft geführt wurden, bis in das achtzehnte Jahrhundert nicht mehr zum Stillstand. Grundsätzlich behauptete der königliche Prevost, dafs seinem Amt die Anordnung der Schau für ganz Paris gebühre, und dafs sie demgemäfs durch die Schaubeamten der unter dem Prevotalgericht stehenden Zünfte vorgenommen werden müfse. Während des vierzehnten Jahrhunderts ergingen mehrere Ordonnanzen, welche diese Auffassung gesetzlich festlegten[3]. Am schärfsten geschah dies durch eine Ordonnanz Karls V. von 1372, die jedes Sonderrecht auf dem Gebiete der Gewerbeschau ausdrücklich als dem Recht der Krone zuwiderlaufend zurückwies und nur die von dem königlichen Prevost eingesetzten zünftigen Schaubeamten als für die Vornahme der Schau zuständig erklärte[4].

Thatsächlich wurde indes während der vorliegenden Periode kein durchgreifender Erfolg erzielt. Die unmittelbare Wirkung der Ordonnanzen beschränkte sich im wesentlichen auf vereinzelte Eingriffe während einer Teuerung oder während politisch erregter Zeiten[5], wenn auch im allgemeinen die unter dem Prevotalgericht stehenden Hauptzünfte durch ihr eigenes Übergewicht ihren Einflufs auf den Betrieb der grundherrschaftlichen Zünfte immer mehr ausdehnten. Im übrigen blieben die grofsen geschlossenen Herrschaften[6] formell in ihrem Recht erhalten. Auch die gröfseren unter den magisterialen Ämtern behaupteten während dieser Periode noch ihr Sonderrecht.

In einzelnen, besonders begründeten Fällen wird für das vorstädtische Handwerk auch eine eigene, von der städtischen unabhängige Schau eingerichtet; und zwar geschieht dies dann, wenn es sich um die Neuansiedelung eines Gewerbes handelt, dem die städtischen Handwerker Schwierigkeiten in den Weg legen. Den Tuchern, die im Jahre 1373 in Rouen Zuflucht suchten und sich in den Vorstädten niederliefsen[7], wurde eine

---

[1] Giry S. 358.

[2] Mag. u. Frat. S. 71 ff.

[3] Lamare Band I S. 179 ff.

[4] . . . Nous aions entendu que plusieurs nos subjectz s'efforcent de entreprendre la visitacion et congnoissance de aucuns desdiz mestiers, vivres et marchandises en nostredite ville, lesquelles choses appartiennent mieulx estre tenues et gardées par un juge compettant que par plusieurs et diverses personnes et ce nous appartient de nostre droit royal pour le bien de la chose publique. Mét. I S. 50.

[5] Vgl. hierzu das Bäckerregest, Mag. u. Frat. S. 216 f.

[6] S. oben S. 139 ff.

[7] S. oben S. 252.

eigene Schau und Stempelung bewilligt[1]. Die Handwerker, die sich in der Neustadt Orléans ansiedelten, empfingen im Jahre 1468 das Recht, eine besondere Schau einzurichten[2]. —

Mit Bezug auf die Ausübung der Gewerbeschau erging im Jahre 1413 ein Privileg, das bis jetzt in der Litteratur gänzlich unbeachtet geblieben ist, für die gewerbliche Entwicklung aber eine hohe Bedeutung besitzt. Karl VI. befreite die Pariser Merciers[3] (Gemischtwarenhändler, Kaufleute) im Jahre 1413 von der Überwachung ihres Betriebes durch die Geschworenen der Handwerkerzünfte, denen bis dahin das Recht der Gewerbeschau bei den Händlern zugestanden hatte.

Es ist ein breites Stück Gewerbegeschichte, dessen erster Abschnitt hier seinen Abschluſs findet; es handelt sich um den Kampf, den der Magazin- und Verlegerbetrieb, wie ihn die Mercerie vertrat, inmitten des Zunftwesens gegen das Handwerk führte, ein Kampf, dessen späteren Verlauf ich an anderer Stelle dargelegt habe[4].

Aus den bescheidenen Pariser Krämern des dreizehnten Jahrhunderts[5] waren im Laufe des vierzehnten Jahrhunderts ansehnliche Handelsleute geworden, die im Jahre 1324 schon ein Statut von achtunddreiſsig, einen ausgedehnten Handel bezeugenden Artikeln empfingen[6]. In der nächsten Zeit gelang es den Gemischtwarenhändlern, ihre Stellung bedeutend zu heben. Im Jahre 1408 empfingen sie ein neues ausführliches Statut, das sie selber späterhin als ihre erste Urkunde bezeichneten[7]. Um diese Zeit vollzog sich die äuſsere Wandlung, auf die wir zu Ende des vorigen Paragraphen hinwiesen und in der der Gegensatz zwischen den zu Vermögen gelangten, handelsmäſsigen Betrieben und dem eigentlichen Handwerk offen hervortritt; die Gemischtwarenhändler, ein kaufmännisch betriebenes Gewerbe mit Magazin- und Verlagsgeschäft, sonderten sich ab von den handarbeitenden Zünften und legten sich einen höheren Rang bei[8].

Das alte Verhältnis zwischen Krämer und Handwerker zeigte sich indes noch in der Gewerbeschau. Die Handwerkerzünfte beanspruchten das Recht, diejenigen Gegenstände, deren Herstellung zu ihrem Betrieb gehörte, durch ihre eigenen Geschworenen bei den Händlern untersuchen zu lassen. Das Privileg von 1413 zählt eine ganze Reihe von Zünften auf, welche diese

[1] Ord. 6 S. 462.
[2] Ord. 17 S. 260.
[3] Die Merciers führten sowohl Kurzwaren jeder Art wie auch (von auſserhalb eingeführte) Schnittwaren; s. oben S. 214 Anm. 1. Vgl. auch Mét. 2 S. 232.
[4] Königsm. S. 829 u. 837.
[5] Statut L. d. M. Tit. 75.
[6] Mét. 2 S. 242.
[7] Mét. II S. 249.
[8] S. oben S. 287 und Anm. 4.

Gewerbeschau bei den Händlern ausübten. Es werden namentlich aufgeführt die Geschworenen der Handschuhmacher, Sticker, Säckler, Gürtler, Strumpfwirker, Messerschmiede, Scheidenmacher, Schnallenmacher, Nadler, Maler, Kleinschmiede[1]. Diese Einmischung in ihren Betrieb mufste den Händlern nach jeder Richtung hin unerträglich erscheinen. Der Warenhandel war nunmehr stark genug, um sich von einer Beaufsichtigung zu befreien, die ebenso sehr seiner neuerworbenen Stellung widersprach, wie sie der freien Bewegung im Handelsgeschäfte hinderlich war. Er erreichte die volle Unabhängigkeit durch das Privileg Karls VI.

Die Tragweite des Aktes ist eine ungemein grofse. Zunächst ist hiermit die erste Periode des Kampfes zwischen Handel und Handwerk abgeschlossen. Der Handel hat sich als der stärkere Teil erwiesen; er hat sich von der Aufsicht des Handwerks losgemacht. Zugleich wird aber ein Grundpfeiler des Zunftwesens verschoben; nämlich die Gewerbeschau. Äufserlich allerdings bleibt die Forderung der Gewerbeschau unverändert bestehen. Die Körperschaft der Gemischtwarenhändler ist von ebenso starrer Zünftigkeit, wie irgend eine Handwerkerzunft. Sie hat ihre regelrechte, strenge Gewerbeschau; aber sie übt sie nach den Grundsätzen und Vorteilen des Handels. Die Auffassungen von der ehrlichen Beschaffenheit einer Ware sind andere bei dem Händler wie bei dem Handwerker. Die beste Waffe, die der Handwerker in dem schon ungleichen Kampfe besafs, ist ihm mit dem Verlust der alten Schau entwunden. Das gröfste Hindernis, das dem Händler im Vertrieb einheimischer und im Bezug fremder Waren entgegenstand, war beseitigt.

Für die weitere Entwicklung des Pariser Warenhandels ist demnach das Privileg von 1413 als die Grundlage zu betrachten. Die Ausdehnung des Handels vollzog sich von jetzt ab zwar unter fortwährendem Streit mit dem Handwerk, aber in stetig aufsteigender Linie. In wenig mehr als zwei Jahrhunderten nach der Erteilung des Privilegs war die alte Handwerkerzunft durch ihren überlegenen Gegner weit überflügelt und nach weiteren fünfzig Jahren war sie vollständig in ihrer Bedeutung herabgedrückt[2]. Wir sehen hier, wie alt der Kampf zwischen Handel und Handwerk ist, und wie er auch innerhalb des Zunftwesens in voller Schärfe zum Ausdruck kam.

Das Pariser Privileg von 1413 wurde späterhin in der gewerblichen Gesetzgebung allegiert. Im Jahre 1507 wandten sich

---

[1] Ce nonobstant, les jurez et gardes des mestiers de ganterie, bourserie, tassetterie, corroyerie, aumusserie, coustellerie, gaignerie, eguilletterie, espinglerie, peintrerie, lormerie et autres, de leur autorité singulière ou autrement indeuement, sous umbre d'aucuns statuz ou registres par eux faits à leur poste et plaisir, et sans à ce avoir appellé aucuns desdits merciers, se sont par longtemps ingerez, et encore de jour en jour s'ingerent de veoir et visiter les denrées desdits supplians. Mét. 2 S. 256.

[2] Königsm. S. 829 und 837.

die Kurzwarenhändler von Rouen an das königliche Gericht, weil die dortigen Strumpfwirker ihnen den Verkauf von Mailänder Hauben, ohne vorgängige Untersuchung durch das Handwerk, untersagt hatten. Demgegenüber beriefen sich die Kurzwarenhändler auf die Stellung ihrer Pariser Genossen, wie sie durch das Privileg von 1413 geschaffen worden war. Das königliche Gericht schloſs sich diesen Ausführungen an und nahm sie in seinen den Strumpfwirkern günstigen Entscheid auf[1].

In der Markt- und Verkehrspolizei sind grundsätzliche Neuerungen, die unserem Gebiete angehören, in dieser Periode nicht hervorgetreten[2]. Für die stadtfremden Händler, die zum sofortigen Absatz ihrer Erzeugnisse nach der Stadt kommen, werden die Vorschriften über die Marktbeschickung[3] mehrfach verzeichnet. Den fremden Bäckern wird in Paris im Jahre 1367 eingeschärft, daſs sie die eingebrachten Waren im kleinen abzusetzen haben und sie nicht etwa im ganzen an Wiederverkäufer ablassen dürfen[4]. Den fremden Fischern wird im Jahre 1484 vorgeschrieben, den Verkauf nur selber oder mit Hülfe ihrer Angehörigen zu besorgen. Der Vermittlung eines Händlers dürfen die Fremden sich nur bedienen, wenn sie hierzu eine besondere obrigkeitliche Erlaubnis haben; denn, sagt das Statut, Händler verteuern die Ware um ein Drittel des Marktpreises[5, 6].

---

[1] Aussi à nostre bailly eussent remonstré que dès l'an 1412 (1413) le roi Charles lors regnant avoit de sa certaine science puissance et autorité royale statué et ordonné par édit statut et ordonnance irrevocable que lesdicts merciers de Paris pouroient de lors en avant vendre toutes denrées et marchandises appartenant au fait et estat de mercier sans ce que les gardes des mestiers particuliers de ladicte ville de Paris pussent faire ne avoir aucune visitation sur icelles denrées et marchandises depuis qu'elles seroient en la saisine et possession desdicts merciers. Ord. 21 S. 365.

[2] Über die Ordonnanz von 1415 vgl. unten S. 310.

[3] S. oben S. 113.

[4] Que lesdiz boulengiers, tout le pain qu'ilz apporteront ou feront apporter en ladite ville de Paris, pour vendre, seront tenus de vendre et detaillier en leurs personnes, ou par leurs femmes et genz, sans qu'ilz en peussent aucune partie vendre en gros, pour le revendre ne detaillier. Mét. 1 S. 200 Art. 2.

[5] Que nul marchant forain qui amenera poisson pour vendre à Paris, ne pourra icelui poisson faire vendre à detail, parmy ladite ville de Paris, ne en Place publicque, par regratiers ne regartières, vendans poisson à detail en cestedite ville de Paris, mais le pourront lesdits forainz eulx mesmes vendre ou faire vendre par leurs gens et serviteurs domesticques et non autres, pour obvier aux grans faultes, abus, encherissements, qui se pourroyent faire oudit poisson, qui seroit chose prejudiciable à la chose publicque, car lesdits regratiers et regratières le regratènt et vendent le tiers plus chers que si tout venoit au marché. Mét. 1 S. 454 Art. 4.

[6] Ich erwähne hier noch eine Fischmarktordnung von Abbéville vom Jahre 1394, welche die früher erörterten grundsätzlichen Bestimmungen über den Marktverkehr — Marktbeschickung, Zwischenkauf, Zwischenhandel u. s. w. — kurz zusammenfaſst. Thierry 4 S. 190.

Häufiger als in der vorigen Periode werden jetzt Bestimmungen aufgezeichnet über solche Händler, die mit gröfserem Warenvorrat zu längerem Aufenthalt in der Stadt eintreffen. Diese Wanderlager waren der Zunft ganz besonders unwillkommen und man suchte sie mit immer gröfseren Beschränkungen zu umgeben. Die Zeit, während deren ein durchreisender Händler seine Vorräte zum Verkauf stellen durfte, war schon in der früheren Periode begrenzt[1]. Die Zunft suchte jetzt allmählich die Forderung durchzusetzen, dafs die Wanderlager entweder sofort bei Eintreffen oder nach Ablauf einer kurz bemessenen Frist auf den Verkauf der Vorräte im grofsen beschränkt wurden.

Den Pariser Kleinschmieden wurde in ihrem im Jahre 1320 erteilten, 1357 erweiterten Statut bewilligt, dafs die fremden Händler im ganzen nur sechs Tage feil halten dürften. Der Verkauf an Geistliche, Adelige und Stadtbürger war den Fremden in Höhe des häuslichen Bedarfs gestattet. Im übrigen durften sie ihre Waren nur im grofsen an die ansässigen Kleinschmiede ablassen[2]. Einen Schritt weiter ging schon das Statut der Pariser Gewürzkrämer vom Jahre 1450. Dem fremden Händler wird hier der Verkauf an jedermann nur während dreier Tage und nur in der Höhe des Hausbedarfs gestattet. Im übrigen durften die Fremden ihren Vorrat nur im grofsen an die ansäfsigen Gewürzkrämer absetzen[3]. Die Pariser Kesselschmiede empfingen im Jahre 1420 ein Statut, das noch keinerlei Beschränkung der Fremden, ausgenommen die stets vorgeschriebene Gewerbeschau, enthielt[4]. Im Jahre 1484 erwirkten sie sich bei der Bestätigung ihres Privilegs einen Zusatz, der den fremden Kaltschmieden verbot, ihre Waren anders als im grofsen und in einem Mindestgewicht von vierzig Pfund zu verkaufen[5]. —

---

[1] S. oben S. 120 Anm. 2.

[2] Que nulz marchans de hors aportant euvre de lormerie en la Ville de Paris ne puisse tenir chambre à Paris, ne deslier leurs denrées devant que les quatres mestres dudit mestier ou les trois ou les deus les auront veues et regardées que l'euvre ne soit fausse et mauvaise, et devant ce que lesdiz mestres y ayent esté appelez, et ne la pourront vendre fors que aux ouvriers lormiers de la Ville de Paris; se ce n'est à clerc, à chevalier ou à bourgois pour son user. Et convient que iceuls marchans de hors aient vendu toutes leursdites denrées dedens sis jours. Mét. 3 S. 448 Art. 23.

[3] Nuls marchans forains admenans denrées et marcheandises d'espicerie à Paris ne pourront icelles vendre à detail à Paris, synon par trois jours entresuyvans seullement, à compter du jour que icelles denrées auront esté visittées par lesdits jurez, ad ce que le peuple en puist avoir pour son user seullement et non pour revendre, et lesdiz trois jour passez ne les pourront plus vendre à detail. Mét. 1 S. 507 Art. 5.

[4] Mét. 2 S. 505 Art. 22.

[5] Nul marchant forain dinandier ou autre, s'il n'est reçeu et passé maistre dans la Ville, ne pourra doresnavant vendre, debiter ne distribuer, en la Ville et forsbourgs de Paris, aucunes denrées et marchandises du

Von den Verboten, welche die Einfuhr der als minderwertig bekannten Waren untersagten, war bereits oben[1] die Rede. Auf die Grundlage dieser Verbote stellt sich auch ein Einfuhrverbot, das im Jahre 1399 in Provins zum Schutz des einheimischen Gewerbes erlassen wurde. Die betreffende Urkunde schildert die traurige Lage des Tuchergewerks von Provins, das von ehedem 3200 Webstühlen auf nunmehr dreifsig zurückgegangen sei[2]. Als Hauptursache des Verfalls wird angegeben, dafs die am Orte ansässigen Tuchhändler und Schneider grofse Mengen fremden Tuches kommen liefsen, das nach Güte und Beschaffenheit den für die Tucher von Provins gültigen Ordnungen nicht entspricht[3]. Das Privileg bestimmt deshalb, dafs künftig in Provins nur noch Tuche verkauft werden sollen, die am Orte selbst gefertigt oder aus den zünftigen Tucherstädten Mecheln, Brüssel, Montivilliers, Lyere und Douay eingeführt sind[4].

---

mestier de chaudronnerie et batterie, sinon en groz; et n'en pourra debiter ne vendre soubz mendre poids de quarante livres, icelles denrées et marchandises premierement veues et visitées par les jurez d'icelluy mestier. Mét. 2 S. 507 Art. 1.

[1] S. oben S. 109. Vgl. auch die Aussperrung der Tuche von St. Omer oben S. 242.

[2] Vgl. oben S. 279 Anm. 3.

[3] Ord. 8 S. 332.

[4] Que nulz marchans de draps demourans audit lieu appellez détailleurs et faisans chausees ne autres de quelque estat au condition qu'il soit ne soit si hardi que d'ores enavant .... ne voist acheter ne admener pour revendre en ladicte ville ne autre part nulles escarlattes ne autrez draps quelz qu'ilz soient se ilz ne sont faiz et drappez en ladicte ville de Prouvins et selon la loi et ordonnance d'icelle; excepté toutesvoies draps des villes de Malines, Bruisselles, Monstievillier, Lyere et Douay. Ord. 8 S. 333.

Viertes Kapitel.

Gerichtsbarkeit.

Im Gericht ist die Verschiedenartigkeit in den Abgrenzungen der Zuständigkeit[1] noch nicht ausgeglichen. Allerdings vertritt das königliche Beamtentum jetzt allgemein die Auffassung, dafs das Handwerksgericht nur in Gewerbesachen zuständig sein und nur die Übertretungen und geringeren Vergehen selbständig aburteilen soll, und dafs jede darüber hinausgehende Befugnis als irregulär zu gelten hat. Die thatsächliche Durchführung dieses Anspruchs ist indes während der vorliegenden Periode noch keineswegs gelungen.

Von den Magisterien, die ihre Gerichtsbarkeit in allen Klagesachen über das dreizehnte Jahrhundert hinaus bewahrt hatten, wurde das Magisterium der Fünfgewerke in Paris zunächst auf die Gewerbesachen zurückgedrängt und dann im Jahre 1405 durch Rückkauf gänzlich beseitigt[2]. Auch das Magisterium der Kürschner und der Althändler wurde auf die Handwerkssachen beschränkt[3]. Die übrigen Magisterien blieben in ihrem Bestande erhalten; das der Fleischer empfing sogar im Jahre 1358 für seine ausführlichen Statuten erstmalig die königliche Bestätigung[4].

Zünfte, die das Recht der selbständigen Aburteilung von Falschwerk[5] behauptet haben, sind, neben den in den früheren Abschnitten bereits erwähnten, noch in erheblicher Zahl vorhanden. Im Jahre 1335 brachten die Bäcker von Arras ihr Recht zur Aufzeichnung. Der Vorsteher und die Jahresschöffen der Bäckergilde erkannten endgültig über Falschwerk; das beschlagnahmte Brot wurde den Armen gegeben, und der schuldige Bäcker hatte zudem noch eine Bufse zu zahlen. Die Strafgelder verblieben dem

[1] S. oben S. 122 ff. und 158 ff.
[2] Mag. u. Frat. S. 52.
[3] Vergleich von 1369, Mét. 3 S. 370; von 1441 Mét. 3 S. 426.
[4] Mag. u. Frat. S. 35.
[5] S. oben S. 127.

Vorsteher und dem Schöffen gemeinsam[1]. Bei Streitigkeiten unter Angehörigen der Bäckergilde konnte der Vorsteher, wenn er von den Parteien angerufen wurde, als Schiedsmann eintreten; brachte er einen Vergleich zu stande, so empfing er hierfür eine Gebühr von 12 Denaren[2].

Von dem Vorgehen der königlichen Beamtenschaft wider das selbständige Gericht der Tucher zu Provins und zu Troyes ist bereits oben die Rede gewesen[3]. In Provins wiederholte im Jahre 1356 der Nachfolger des im Jahre 1337 abgewiesenen Bailli den Angriff auf das Tuchergericht, jedoch wiederum ohne Erfolg[4]. Zum drittenmal wurde den Tuchern von Provins ihr unabhängiges Gericht im Jahre 1394 durch Karl VI. bestätigt[5]. Bei dem Verfahren, das im Jahre 1359 gegen die Tucher von Troyes wegen selbständigen Gebrauchs des Versammlungsrechts eingeleitet wurde, gelangte auch das ihnen bestrittene Recht der Gerichtsbarkeit zur Feststellung. Die Tucher wiesen nach, dafs sie seit unvordenklicher Zeit das Gewerbe unabhängigerweise verwaltet und Falschwerk selbständig abgeurteilt, auch alle daraus fälligen Bufsen für sich vereinnahmt hatten[6]. In diesem Fall mufsten sich die Tucher indes eine uns von früher bekannte,

---

[1] Art. 2. Puet ly maires des boleughiers aler entour à tous les compaignons au pain par toute le ville et dedans l'Esquevinage d'Arras et chius qui il y prent à mauvaises denrées, chinc solz doit; et doivent li maires et si compaignon donner le pain pour Dieu. Art. 24. Tout chil fourfait devant nommé sont de commun au majeur et à tous ses compaignons qui sont Esquevins s'anée; excepté les douze deniers du darrain article (Art. 23; s. nächste Anm.). Ord. 5 S. 508.

[2] Art. 23. Se li maires est enfourmés (informé) de homme ne de femme de sen mestier ne de varlet prendant loier ne de garchon ne de four ne d'autre, pour l'accort qu'il en fait, douze deniers en li maistres à chelui qui tort a, si il les veult prendre. Ord. 5 S. 508.

[3] S. oben S. 162 und 233.

[4] Que de tout temps dès ce que ladicte ville et marchandise (de la drapperie) furent fondées ou au moins de tel temps et si long que mémoire d'omme n'est pas du contraire, continuelment eulx et leurs predecesseurs maistres de ladicte drapperie avoient esté et encor estoient en bonne saisine possession et estat de avoir seulz et pour le tout la cognoissance, le examen, les jugemens et les exécutions de leurs jugemens en qnelconque maniere que ce puist avoir esté et soit de tout le fait de ladicte drapperie tant de laines aignelins et filez comme de draps tixus et à tixtre, de les copper, essouiller et ardoir et faire tout ce que bon leur a semblé et semble par tout en ladicte (ville) de Provins là où mieulx leur a pleu à le faire sans en parler ou appeller à ce faire en aucune manière les gens du Roy ou aucuns d'iceulx. Ord. 7 S. 626.

[5] Ord. 7 S. 627.

[6] Que lesdiz maistres sont en possession et ont esté par le temps dessusdit (que memoire n'est au contraire) de garder et gouverner ledit mestier de drapperie et faire touz les frais et avoir toute la charge et gouvernement d'icelui mestier, de cognoistre des forfaitures et malefaçons qui y sont faites, d'en avoir la cognoissance et punicion et en lever les amendes et forfaitures touteffois que les cas y sont advenuz. Ord. 3 S. 411.

formale Einschränkung[1] gefallen lassen. Die Tucher behielten das materielle Recht, Falschwerk endgültig abzuurteilen. Wenn sie indes auf Zerstörung durch Feuer erkannt hatten, sollten sie die abgeurteilten Stücke vor den Prevost bringen, der dann das Urteil unverzüglich und unweigerlich zu vollstrecken hatte[2]. Das Recht der Aburteilung wurde den Tuchern dann im Jahre 1361 nochmals bestätigt[3].

Den Goldschmieden von Le Puy-en-Velay (Haute-Loire) wird im Jahre 1367 ihr altes Herkommen aufgezeichnet. Die Goldschmiede hatten darnach von alters her das Recht, Falschwerk, das sie bei einem Meister zum ersten und zum zweitenmale aufgriffen, zu zerbrechen. Fanden sie den Meister zum drittenmale rückfällig, so wurde er zu weiterer Bestrafung dem Bailli überwiesen.[4]. — Das unbeschränkte Gericht über Falschwerk wurde im Jahre 1378 den Tuchern von Rouen bestätigt; die Tucher sollen verdächtige oder betrügerische Waren aburteilen, wie es sich gebührt, auf ihr Gewissen[5]. — Die Fleischer von Langres haben nach ihrem im Jahre 1381 aufgezeichneten Statut die

---

[1] S. oben S. 129, 144, 146 und 161.

[2] Que ledit serment fait yceulx maistres et gardes puissent ledit mestier de drapperie garder, gouverner et ordener par la maniere dessus esclarcie et faire les prises jugemens condempnacions tailles et impositions dessusdites sur ledit mestier de drapperie toutes fois que le cas y eschairont et lesdites amendes forfaitures tailles et impositions lever et recevoir; excepté que quant il auront jugié à ardoir aucuns draps laines ou autres choses dudit mestier il les apporteront touz jugiez au prevost de Troies ou son lieutenant lequel en fera et sera tenuz de faire l'execution sans delay ou contredit; et s'il en est refusant ou delaiens le bailli de Troies ou son lieutenant la faront et seront tenuz de faire au deffault dudit prevost; et excepté aussi que aus comptes qui en seront renduz le bailli de Troies ou son lieutenant ou celui ou ceulx que ycelui bailli ou son lieutenant y voudra commettre seront presens et appellez pour nozdiz seigneurs et leurs successeurs. Ord. 3 S. 416. Art. 14. . . . les gardes dudit mestier prennent le drap et l'emportant pardevers les maistres dudit mestier liquel par le conseil et avis des preudommes dudit mestier jugent ledit drap à ardoir; et puis requierrent lesdiz maistres au prevost de ladite ville de Troies que il leur livre place pour celui drap ardoir et icelui prevost la leur livre parmi cinq solz tournois lesquiex lidiz maistres li baillent et puis font lesdiz maistres ledit drap ardoir en executant leurdit jugement. Ord. 3 S. 512 Art. 4.

[3] Art. 17. Se aucunes autre faussetez ou deffaux estoient trouvez esdiz draps, couvertures ou laines de la dite drapperie lesdiz maistres les jugeroient par l'advis et conseil des preudomes dudit mestier selon ce que bon leur sembleroit. Ord. 3 S. 516.

[4] Quiquidem gardiatores habeant visitare opera artificum predictorum et si reperiant minus bene et legaliter operata, prima vice et secunda eadem opera frangere possunt; si vero tertio eisdam bajulo vel judici denunciare ad finem quod talis operator qui minus legaliter tertio correctus reperitur fabricasse per ipsum bajulum vel judicem prout est rationis puniatur. Ord. 5 S. 7.

[5] Et pevent les diz jurez et gardes prandre et arrester les draps pour cause de soupeçon ou meffait et seront les diz draps puniz jugiez condempnez ou delivrez par eulz, si comme il appartendra, en leurs consciences. Ord. 6 S. 368.

selbständige und endgültige Rechtsprechung in allen Gewerbesachen. Die Zunftvorsteher urteilen über das bei der Gewerbeschau aufgegriffene schlechte Fleisch, das durch Feuer vernichtet oder auf den Anger geworfen wird[1]. Zur Vollstreckung ist zunächst der Prevost aufzufordern, der das Urteil gemäfs dem Ausspruch der Zunftvorsteher zu vollziehen hat. Zögert der Prevost oder säumt er länger als einen halben Tag, so fällt auch die Vollstreckung dem Zunftgericht zu[2]. Den amtsfremden Behörden ist jede Gerichtsbarkeit über das Handwerk ausdrücklich entzogen; nur bei offenbarem Verschulden und strafbarem Verfehlen der Zunftvorsteher soll das allgemeine Gericht, jedoch erst nach vorgängiger Aufforderung und Ladung, einschreiten[3]. — Die Schmiede von Bellencombe, die den Draht zu Panzerhemden verfertigten, empfangen im Jahre 1418 die Aufzeichnung ihres alten Rechts. Kein Schmied darf darnach wegen eines gewerblichen Vergehens anders als durch die Geschworenen des Handwerks abgeurteilt werden[4].

In der im Jahre 1443 durch Karl VII. neuprivilegierten Tucherzunft zu Bourges[5] wird den Geschworenen das Gericht in allen Gewerbesachen übertragen. Die Geschworenen sprechen selbständig Strafen aus bis zur Höhe von sechzig Solidi[6] und

---

[1] Que bien en loyaument visiteront toutes chars vives et mortes que vendre se devront en boucherie et aussi celles qui seront à estaulx pour vendre et touz poissons d'aigue doulce à ce que aucunes chars ou poissons corrompuz infectueux ou de murie ne soient vendu; et se aucunes en tiennent telles les panront et jugeront à ardoir, getier ès champs ou autrement selon ce que bon leur semblera. Ord. 6 S. 607 Art. 2.

[2] Et ledit jugement fait ils seront tenus de monstrer à nostredit Prevost ou à son lieutenant liquelx sera tenuz de mettre à exécucion le jugement des diz maistres; et se sur ce il estoit negligens ou remis oultre demi jour, les diz maistres pourront faire faire ladicte execucion. Et ne pranra pour ce ledit Prevost point d'amende fors que ès cas cy-après declairiez. Ord. 6 S. 607 Art. 2. Die letztgenannten Fälle sind die hartnäckige Verweigerung des Meistereides und die Vornahme von Schlachtungen durch einen eidverweigernden Fleischer. S. a. a. O.

[3] Oudit mestier ne pourra aucun avoir aucune visitacion ne correction que ledit maistre li deux ou li un d'eulx se n'estoit pour leur evident coulpe ou dempnable deffaut, et yceulx premierement sommez; ouquel deffault, sommacion precedent, la Justice pourroit visiter et corriger par les forme et maniere dessuz dictes. Ord. 6 S. 698 Art. 6.

[4] Nul ne sera jugé de meffait qu'il face contre lesdictes ordonnances se ce n'est par les maistres dudit mestier. Ord. 10 S. 390.

[5] S. unten S. 311.

[6] Art. 2. Que tous les gris qui seront en leur estain en dix-huict cens et au dessus seront seellés dudit Seel et signet du seing du tixerant en liziere rouge; et si ledit tixerant faict le contraire il sera condamné par les marchans et jurez et payera d'amende pour la premiere fois soixante Solz tournois; c'est assavoir la quarte partie au Roy, la quarte partie aux jurez, l'autre quarte partie à la Confrairie des foulons et l'autre quarte partie à la Confrairie des Tixerans de Bourges; et pour la seconde fois d'un marc d'argent à apliquer comme dessus; et pour la tierce fois il perdra la franchise de son mestier. Art. 9. Que nul ne soit si hardy de mettre drap en vingt cens et au-dessus à parer ne

befinden über die Schadenersatzpflicht bei fehlerhafter Arbeit[1]. Die Strafe der Verbrennung von Falschwerk wird in dem Statut erwähnt; über die Formen der Vollstreckung wird jedoch nichts Näheres bemerkt[2]. — Die Zinngiefser von Bordeaux halten nach ihrem Statut von 1486 jährlich vier Morgensprachen zur Erledigung aller Handwerksgeschäfte; zur Aburteilung von Verfehlungen im Handwerk wird aufserdem das Gewerk, so oft als es nötig erscheint, durch die Vorsteher zusammenberufen[3].

Den Webern von Dun-le Roy, einem altbegründeten Gewerbe, waren ihre Privilegienbriefe im Jahre 1430 bei der Eroberung und Plünderung der Stadt durch die Engländer vernichtet worden. Die Weber wandten sich im Jahre 1436 wegen Erneuerung ihrer Statuten an König Karl VII, der den Bailli von Berry und den Prevost von Dun-le-Roy beauftragte, die Rechte, Freiheiten und Ordnungen der Weber festzustellen und nach gehöriger Prüfung zu bestätigen. Im Jahre 1485 unterbreiteten die Weber diese Satzungen erstmalig der königlichen Bestätigung. Der Meister der Weberschaft hat nach Art. 18 des Statuts das Gericht in allen Gewerbesachen, unter ausdrücklichem Ausschlufs jedes anderen Richters[4]. (Durch eine infolge falscher Lesart bisher unerklärte Bestimmung des Statuts werden die Weber ferner, gegen die Verpflichtung, jährlich eine Wiese, die Königswiese genannt, zu heuen, von der [unehrlich machenden] Verbindlichkeit befreit, bei der Hinrichtung eines Übelthäters Hand anlegen zu müssen[5].)

---

fouler jusques à ce qu'il soit visité par les maistres jurez, s'il est bien tixu ou non . . . . . . Et s'il fait le contraire l'amendra à l'ordonnance des Jurez. Ord. 13 S. 380.

[1] Et si faute y est trouvée, ilz esteront au dommage au dit et ordonnances desdits jurez et des marchands qui à ce seront appellez et qui les auront veuz et visitez; et amenderont l'interest de la partie à l'ordonnance des Jurez et l'amendront de cinq sols tornois. Ord. 13 S. 380 Art. 13.

[2] Toutes truffles et blondelez se feront doresnavant en laine ronde et non autrement sur peine de vingt sols à apliquer comme dessus; et s'il est en plat, sera brulé. Ord. 13 S. 381 Art. 11.

[3] Art. 5. Ont ordonné que le jour que lesdits bayles feront l'essay dudit estain qui sera à toutes foiz et quantes que leur plaira et semblera bon, et à tout le moins quatre foiz l'an, lesdits bayles et maistres dudit mestier seront tenuz ledit jour que sera fait ledit essay eulx assembler affin de savoir l'estat et gouvernement dudit mestier. Et en oultre seront tenuz lesdits bayles toutes foiz et quantes qu'il se trouvera faulte audit mestier faire assembler lesdits maistres là ou bon leur semblera afin de en ordonner ainsi qu'il appartiendra. Ord. 19 S. 704.

[4] Ledit maistre de leur confrarie doit avoir la congnoissance des amendes et forfaictures qui escheent à cause dudit mestier sans ce que autre juge y ait que veoir ne que congnoistre. Ord. 19 S. 605 Art. 18.

[5] Über diese Verpflichtung selbst vgl. Grimm, R.A. S. 883. — Der Art. des Weberstatuts lautet: Doivent lesdits tisserans fener chacun an ung pré appellé le pré le Roy et à ceste cause par don et octroy de noz predecesseurs tous maistre tisserans ayans la franchise dudit mestier ne sont tenuz ne doivent estre contrains d'aller à jugement d'aucun malfaicteur. Ord. 19 S. 605. — Die Ord. druckt „feuer" und der Herausgeber des Bandes

Das selbständige Gericht und die Formen der Aburteilung durch die Zunft werden eingehend beschrieben in dem Statut der Fleischer von Rouen vom Jahre 1497. Wenn die Geschworenen der Fleischer verdorbenes Fleisch antreffen, so sollen sie es ohne weiteres in die Seine werfen. Widerspricht aber der Besitzer und behauptet er, das Fleisch sei tauglich, so tritt ein förmliches Verfahren ein, und das ordentliche Gericht wird benachrichtigt. Wenn dann die Geschworenen bei ihrem ersten Urteil bleiben, so wird das Fleisch nach dem Pranger geschleppt, dort zerhackt und dann ins Wasser geworfen. Der schuldige Fleischer hat alsdann noch eine gerichtliche Bufse zu zahlen, von der ein Drittel an die Geschworenen und zwei Drittel an den Richter fallen [1]. —

Bei den Ämtern und Zünften, die das Recht der endgültigen Aburteilung nicht besitzen, findet die Verhandlung über Falschwerk unter Vorsitz eines Beamten des allgemeinen Gerichts statt [2]. Aus Amiens ist aus der vorliegenden Periode wiederum eine Anzahl von Statuten und Berichten überliefert. Die Geschworenen der Kleinschmiede bringen nach ihrem Statut von 1354 das aufgegriffene Falschwerk vor den Rat [3]. Dieselbe Vorschrift ergeht im Jahre 1369 für die Hosenmacher [4]. Ein Eintrag in den Stadtrechnungen vom Jahre 1399 meldet von einer Zahlung von fünf Solidi, als Gebühr für den Henker, der falsche Wolle auf dem Markte verbrannt hatte „gemäfs dem Entscheid des Webergewerks und nach Befehl von Bürgermeister und Schöffen“ [5].

---

erklärt infolge dessen den Artikel für unverständlich (für feuer werden a. a. O. die Bedeutungen fouiller, louer, mettre à prix gegeben). Es ist indes fener zu lesen = couper les foins; vgl. Godefroy v. c.

[1] Si les gardes treuvent chair qui soit trop gardée et qui ne doive estre exposée en vente, elle sera gectée en la rivière aux despens du boucher qui en sera trouvé saisy; et s'il voult contredire et soustenir qu'elle soit bonne, elle sera par lesdiz gardes ou aucuns d'iceulx mise en l'ostel d'un des prouchains voisins jusques à ce que par justice en soit ordonné, et se elle est jugée mauvaise par lesdiz gardes ou la pluspart d'iceulx elle sera portée au choquet, hachée et gectée en la riviere de Saine aux despens du boucher qui en sera trouvé saisy et l'amendera ledit boucher à la discrecion de justice dont le Roy aura les deux pars et lesdiz gardes le tiers. Ord. 20 S. 624.

[2] S. oben S. 129 und 159.

[3] Ou cas que les dis eswars ès dites denrées aroient trouvé aucune faussetée, iceulx eswars seront tenus de venir devers li maieur et eschevins dénoncher ce que trouvé aroient pour iceuls estre veux et sur ce terinner et ordonner ainsy qu'il seroit affaire. Thierry 1 S. 566 Art. 5.

[4] Et se trouvé estoit que les semelles fussent viezes les cauches par lesdis eswars seroient prinses et apportées pardevers lesdis maieur et eschevins pour en faire copper le viez ou ordonner ainsy que bon leur samblera. Thierry 1 S. 639 Art. 3.

[5] Au bourrel (bourreau) pour se desserte de avoir ars en fu sur le marquié d'Amiens le laisne de Adam de Flandre, thisseran de draps, trouvée fausse et en moins de compte qu'elle ne devoit avoir par les briefs du mestier des thisserans de draps de ledite ville d'Amiens, pour ce par mandement des maieur et eskevins d'Amiens du Ier jour de mars l'an mil CCC IIII XX XVIII . . . . . V sols. Thierry 1 S. 523.

Das Verfahren selbst wird in dem Statut der Schuhmacher vom Jahre 1407 genau bestimmt. Die Zunftgeschworenen berichten dem Rat über das von ihnen gefundene Falschwerk; auf Grund dieses Berichts trifft der Rat die endgültige Entscheidung und zwar „summarisch und kurzer Hand, ohne prozessualische Formen“ [1]. Es ist dies eine der wenigen Angaben, die wir über die Technik des Verfahrens in Gewerbesachen aus jener Zeit besitzen.

In Abbéville wird nach einer Aufzeichnung des Jahres 1384 Falschwerk vor den Rat gebracht und dort abgeurteilt [2]. Bei den Fleischern von Reims berichten die Geschworenen, nach dem Statut von 1466, an das zuständige Gericht; die von mindestens drei Meistern gestützte Aussage soll für Wahrheit genommen werden. Gemäfs dem Ausspruch und Bericht der Geschworenen hat das Gericht Recht zu sprechen [3].

Bei den Goldstoffwebern von Tours, die im Jahre 1498 ein Statut empfingen [4], ist dagegen nur von der Befragung der Geschworenen durch den urteilenden königlichen Bailli die Rede. Die Strafgelder fallen hier zu zwei Dritteln an die Zunft, zu einem Drittel an den König. Der Königsanteil wird in dem Statut als Einkommen des Domaniums bezeichnet [5]. — In dem den Kürschnern von Orléans im Jahre 1499 erteilten Statut wird keine thätige Mitwirkung der Geschworenen bei der Rechtsprechung erwähnt [6]. —

---

[1] Art. 29. Les maieur et eschevins par les eswars avec aucuns prodommes du mestier des cordonanniers et autrez en ce cognoissans non suspects, ferent veir et adviser les cuirs et tout ce qui à veir sera; et sur ce que par iceulx leur en sera rapporté, sommèrement et de plain, sans procès en détermineront et ordonneront les dessusdit Maire et Eschevins ainsy qu'il leur plaira et que bon leur semblera. Thierry 2 S. 36.

[2] Le IXe jour de décembre l'an MCCCLXXXIV un demi drap de couleur de ganet fu trouvé en le possession de Jehan le Fevre tisserant auquel il faloit III fieux du compte qu'il devoit avoir et pour cheste cause fu jugié par les eskevins à ycellui estre ars et fu ars le dit jour, sire Jehan Landée adonc maieur. Thierry 4 S. 72.

[3] Que lesdits cinq maistres gouverneurs dudit mestier puissent faire à ceste cause toutes poursuites arrests saisines et exploitz nécessaires et de tout faire raport et relation à la justice à qui la connoissance appartiendra; au raport et relation desquels maistres et gouverneurs et de chacun d'iceulx foy entière soit ajoutée, sauf tant que pour visiter les denrées suspectées soient trois desdits maistres au moins ou leurs lieuxtenans ou commis en leur absence; et que selon leurs advis et raport en soit jugié par justice ainsy qu'il apartiendra. Varin lég. I S. 996 Art. 12.

[4] Ein neues Gewerbe; s. unten S. 318.

[5] Que aucun dudit mestier ne fera aucun ouvraige d'icelluy, soit drap d'or, d'argent, velours, satin, damas ou autre, qu'il ne soit bon et loyal, sur peine de l'amende, telle qu'elle sera avisée, tauxée et ordonnée par nostredit bailly de Touraine ou son lieutenant, appelez les dits jurez dudit mestier, ainsi que le cas le requerra, dont le tiers de ledite amende nous appartiendra et sera receue et recouvrée à nostre prouffit par le receveur de nostre domaine audit lieu de Tours et les deux autres tiers seront pour la boiste et confrairie. Ord. 21 S. 121.

[6] Que ung chacun an les pelletiers de ladite ville d'Orléans se assembleront en aucun lieu qui sera par eux advisé par congié de justice

Die Aburteilung der Übertretungen und minderen Vergehen erfolgt in den hergebrachten Formen. Die Geschworenen stellen die Übertretung fest, setzen die Bufse an und besorgen, falls von seiten des Beschuldigten kein Widerspruch erhoben wird, regelmäfsig die Einziehung der Strafgelder. Von den ausgesprochenen Bufsen haben die Geschworenen dem Gericht, vor welchem sie vereidigt sind, in bestimmten Zwischenräumen, die von den Statuten meist im einzelnen festgesetzt werden, Anzeige zu machen. Die eidlichen Angaben der Geschworenen gelten statt Beweises.

Bei den Pariser Gürtlern urteilen nach dem Statut von 1371 die Geschworenen, drei an der Zahl, gemeinsam über die Übertretungsfälle, die durch den mit der Schau beauftragten Meister festgestellt werden[1]. Das Statut der Pariser Schlosser von 1393 bestimmt, dafs die von den Geschworenen wahrgenommenen und von ihnen eidlich erhärteten Übertretungen ohne weiteres für erwiesen gelten sollen, wenn der Angeschuldigte nicht Einsprache erhebt[2]. Im Statut der Leinenweber von Rouen vom Jahre 1398 wird bestimmt, dafs die Geschworenen über die von ihnen festgestellten Übertretungen dem Bailli Bericht erstatten und dafs ihren eidlichen Angaben voller Glaube beigemessen werden soll[3].

---

et là seront par eux esleux (fehlen einige Worte) presens nos advocat et procureur, faire serment par-devant le prevost d'Orleans de bien et loyalement eux acquicter de faire ladite visitation et de faire saisir et de mectre en nostre main toute la pelleterie qu'ils verront qui ne sera bonne et où il y a aura soupçon de malfaçon, et la faire mettre en main de justice, et de bien et loyalement en rapporter les faultes et malfaçons qu'ils trouveront en ladite pelletrie, laquelle ilz seront tenus sceller et mettre en garde au plus prochain lieu [chez] gens de bien du lieu où elle aura esté prise jusques au lendemain auquel se assembleront les dits jurez pour en faire incontinent bon et loyal rapport à justice pour en ordonner ainsy que de raison. Ord. 21 S. 250.

[1] Iceux trois prud'hommes eslisent un homme que ils admènent devant nous jurer que il prenra bien garde et diligemment, par la Ville de Paris et d'ailleurs, des entreprises et forfaitures du mestier, et rapportera par son serment, aus trois maistres ou à l'un d'eulx, des forfaitures et mesprentures dudit mestier, et ces trois maistres condampneront l'euvre mauvaise si elle l'est, et y garderont la droiture le Roy. Mét. 3 S. 385.

[2] Art. 10. Et seront les jurez dudit mestier creuz de leur rapport, se il n'est debatu par le serrurier qui ainsi aura destourné ses bans. Mét. 2 S. 471. Falschwerk dagegen wird von den Geschworenen vorläufig beschlagnahmt und dann zur Aburteilung vor Gericht gebracht. Ebenda Art. 21 S. 472.

[3] Pour le bien et utilité de la chose publique et avoir cognoissance des choses dessus dictes seront esleuz par le conseil des gens du mestier quatre preudes hommes bons et loiaulx maistres dudit mestier au terme de Nouel lesquelz seront commis de par le Roy et jurez devant justice qu'ilz feront tenir et garder les ordonnances dessusdictes et déclairées, et le rapporteront à nous et à noz successeurs Bailliz de Rouen toutes les amendes mauvaistiez faulx ouvrages offenses et mesprentures pour en ordener si comme il apartendra; et auront iceulx gardes toute la visitation et pouvoir de garder et visiter sur tout l'ouvrage dudit mestier et sur

In Abbéville urteilen nach einer Gerberordnung des vierzehnten Jahrhunderts die Zunftgeschworenen über die bei der Schau festgestellten Übertretungsfälle. Bei der Urteilssprechung müssen mindestens drei von den vier Geschworenen der Zunft zugegen sein [1]. Nach dem Böttcherstatut von 1451 sollen dagegen die beiden Geschworenen der Böttcherzunft, ohne selbst in der Sache zu erkennen, lediglich die von ihnen festgestellten Übertretungen an den Rat treu und ehrlich berichten [2]. Bei den Sattlern wiederum wird nach dem Statut von 1476 vor dem Rat gemäfs dem Ausspruch der Geschworenen Recht gesprochen [3]. Bei den Kefslern entscheiden nach dem Statut von 1478 die Zunftgeschworenen und bestimmen den Betrag des Schadenersatzes und der Bufse [4]. Bei den Scheidenmachern wird nach dem

les circonstances et deppendances d'icellui par toute la ville banlieue et vicomté de Rouen, tant en lieux exemps que non exemps; et seront tenus yceulx gardes visiter une fois la sepmaine au mains; et seront creuz iceulx quatre jurez, les trois ou les deux ensemble par leurs sermens de ce qu'ilz rapporteront devant nous et noz successeurs bailliz de Rouen des choses touchans le dit mestier et les articles dessus dis. Ord. 8 S. 300 Art. 17. Vgl. auch Art. 14.

[1] Et ne poent condempner le cuir se les quatre ou les trois du mains n'i sont ensemble. Thierry 4 S. 226 Art. 7. Eine nicht ganz verständliche Aufzeichnung des Jahres 1329 besagt: Que toutes les amendes jurées queles que eles soient, soient cheles faites contre les eswards de le vile ou autrement, soient nommées et bailliées par devers les maieurs des vaides quant ils s'assembleront pour tauxer icheles et que li maires die premiers che que boin li sanllera de obtenir ou amennistier de ichelles et li maieur de banieres qui yleuc sont diront après et li eskevin diront après et che que li plus accordera sera tenus. Thierry IV S. 130 Art. 11. Thierry nimmt (a. a. O. S. 128) an, dafs diese Bestimmung sich auf die gewerblichen Übertretungen beziehe und dafs demnach die Strafgelder durch die Waidmeister und die Zunftvorsteher gemeinsam abgeschätzt würden. In den einzelnen Zunftstatuten finden sich indes keine hierauf bezüglichen Angaben.

[2] Avons ordonné et estatué que deux des maistres du dit mestier seront par nous commis jurés et sermentés à ce viseter et de faire boin juste et léal eswart sur icellui mestier et de ce qu'ilz y trouveront de faulte nous faire juste rapport sans prendre congnoissance de cause et que des amendes qu'ilz feront venir au pourfit de la ville ilz aront la tierche partie. Thierry 4 S. 257 Art. 2. Die gleiche Bestimmung ergeht im Jahre 1497 für die Hosenmacher: et seront tenus de faire leur rapport se ilz y troeuvent faulte, sans prendre cognoissance de cause. A. a. O. S. 334 Art. 8.

[3] Que l'ouvrage dudit mestier de sellerie qui en ladite ville et banlieue sera trouvé fait contre les ordonnances dessus dites et qui sera mis en vente sans avoir esté eswardez signez et marquiez par lesdits eswards il sera prins et apporté par devers nous pour en faire raison ainsy que droit le requerra et par le conseil desdits maistres et eswars. Thierry 4 S. 301 Art. 16.

[4] Ou cas que lesdits eswars troeuvent ès dits pièces treux, fentes ne autres méhaing apparent ou couvert par verdure craisse ou autrement les dits vendeurs seront tenus de quictier à l'acheteur son dit achat ou de mettre pièce à la fente trou ou mehaing qui seroit trouvé en ladite piece de noeuf ouvrage vendu et de rabattre à l'acheteur le dommage qu'il y auroit au dit des dits eswars. Thierry 4 S. 306 Art. 5.

Statut von 1494 die Übertretung nach der Feststellung der Geschworenen gebüſst[1].

Die Geschworenen der Schneider von Troyes haben nach dem Statut des Jahres 1400 dem königlichen Prevost lediglich ein Verzeichnis des Königsanteils an den von ihnen verhängten Buſsen mündlich oder schriftlich zu übermitteln, worauf ohne weitere Beweiserhebung die Einziehung der dem König zustehenden Beträge verfügt wird[2]. Bei den Webern von Issoudun empfängt nach dem Statut von 1447 der mit der Schau beauftragte Geschworene eine Buſse von zwei Denaren für jede Übertretung, die er durch seinen Eid glaubhaft machen muſs[3]. Die Geschworenen der Schneider von Caen strafen nach dem Statut von 1455 selbständig die Übertretungen; gleich den Geschworenen von Troyes wird ihnen vorgeschrieben, mündlich oder schriftlich die von ihnen verhängten Buſsen dem königlichen Bailli aufzugeben, und zwar soll dieser Bericht zweimal jährlich zu Weihnachten und zu Johanni erfolgen[4].

In dem Statut der Zimmerleute und Schreiner von Tours vom Jahre 1487 wird lediglich bestimmt, daſs die Geschworenen die von ihnen ermittelten Übertretungen und Vergehen dem königlichen Prokurator, der über die Strafen ein Register führt, und dem Bailli anzuzeigen haben[5]. Die Geschworenen der

---

[1] Ne porront les dits gainguiers couvrir ne faire gaingnes de cuir de basenne, mais seront tenus les faire de bon cuir de veau, et s'il est trouvé aultrement par les dits eswars seront condempnez en amende de dix solz. Thierry 4 S. 331.

[2] Art. 18. Lesdis maistres (jurés) seront tenu de bailler par escript ou rapporter de bouche' au Prévost de Troyes ou à son lieutenant lesdictes amendes; c'est assavoir la porcion qui en compettra au Roy et la cause d'icelle, pour le faire lever au prouffit dudit Seigneur par rapport d'iceux quatre maistres sanz autre preuve, à peine de dix solz d'amende sur chascun à appliquier audit Seigneur. Ord. 8 S. 384.

[3] Art. 11. Se ledit maistre visiteur trouve ung des maistres ouvrans à vuide il aura pour chacune vuide II parisis et en sera creu par son serement fait judicièrement devant le juge du Roy audit lieu. Ord. 13 S. 532.

[4] Que les gardes seront tenus à apporter par escript ou par bouche, deux fois l'an, aux termes de Noel et Sainct-Jehan, devers le Bailly ou son lieutenant toutes les amendes et malefaçons qu'ils auront trouvées le temps dudit demy-an, sans en receler aucunes. Ord. 14 S. 363.

[5] Lesdits IV maistre ouvriers seront présentés au bailly de Touraine en la présence du procureur du Roy lequel leur fera faire serement de bien et loyaument visiter et rapporter audit procureur du Roy et à justice les faultes et abus et mesprentures qu'ils trouveront durant le temps avoir esté fais et commis contre la teneur de ces presentes ordonnances en ladite cité ville et faulxbourgs de Tours, par les maistres dudit mestier leurs varlets et apprentils, ou les aucuns d'culx, duquel rapport ledit bailly ou sondit lieutenant présent et apellé ledit procureur du Roy sera tenu d'en faire faire registre afin que les infracteurs et transgresseurs d'icelles ordonnances en soient ou puissent en estre punis à l'exemple des autres et comdempnés en telles peines et amendes qui au cas appartiendra. Ord. 20 S. 75.

Schlosser von Angers haben nach ihrem Statut von 1489 monatlichen Bericht zu erstatten[1].

Schliefslich sei hier noch das im Jahre 1486 erlassene Statut der Kürschner von Bourges erwähnt, das zugleich genauere Vorschriften über die Berufung[2] enthält. Die Geschworenen der Kürschner haben zur Aburteilung der von ihnen ermittelten Übertretungen und Vergehen das gesamte Gewerk zu laden. Von dem Urteil des Zunftgerichts steht dem Angeschuldigten die Berufung an den königlichen Bailli, dem in jedem Fall die Bestätigung des Urteils zukommt, offen. Der Bailli ist befugt, dem bei der Berufung unterliegenden Teil eine Bufse von sechzig Sols aufzuerlegen[3]. —

Im Laufe des vierzehnten Jahrhunderts ergab sich allgemein die Notwendigkeit, die Strafgelder einer Neuordnung zu unterwerfen. Die alten Bufsen des dreizehnten Jahrhunderts, nach wenigen Solidi und oft nur nach Denaren angesetzt, waren durch die Veränderungen des Münzfufses wirkungslos geworden. Der unredliche Handwerker fand sogar seinen Vorteil dabei, wenn er es auf die Zahlung der alten Bufse ankommen liefs, dafür aber untergewichtige oder minderwertige Ware lieferte. Eine starke Heraufsetzung der Strafgelder war demnach erforderlich und wurde während des vierzehnten Jahrhunderts allgemein vorgenommen[4].

Bei diesem Anlafs gelangte eine Neuaufteilung der Strafgelder zur Durchführung. An dem Ertrag der alten Bufse waren die Zünfte selber nur mit einem geringen Satz beteiligt,

---

[1] Pour faire les visitacions des ouvraiges dudit mestier et en faire rapport à justice, seront commis et depputez deux ou trois ouvriers d'icellui mestier expers et souffisans qui seront esleuz par les autres ouvriers et presentez à justice qui seront nommez et dictz gardes dudit mestier et pourront estre muez chacun an, lesquels gardes seront tenuz faire leurs rappors de leurs visitacions à justice par chacun mois sur peine d'amende. Ord. 20 S. 191.

[2] S. oben S. 134.

[3] Les deux maistres jurez qui seront le temps advenir feront le serment à leur institucion de faire loyaulment les visitacions et rapports aux autres maistres des faultes, abuz et obmissions qu'ilz auront trouvées afin que par iceulx maistres en commun lesdites amendes soient déclairées et condampnées dont celluy qui sera condampné pourra appeller s'il se sent grevé, au bailly de Berry ou à son lieutenant auquel appartiendra la confirmacion du jugement desdits maistres, et pourra multer lesdits maistres s'ils ont mal jugé d'une amende de soixante s. par. à appliquer au Roi et aussi l'appellant, s'il a mal appellé qui sera tenu de payer l'amende de soixante s. par. à appliquer à la communauté des dits maitres. Ord. 19 S. 665.

[4] Die Pariser Hosenmacher steigerten im Jahre 1346 ihre Bufse von fünf auf zwanzig Solidi (Ord. 12 S. 86); die Lichtzieher im Jahre 1392 auf sechzig Sols (Mét. 1 S. 546), die Schneider im Jahre 1402 von acht auf sechzehn Sols (Ord. 8 S. 548); die Tucher von Troyes im Jahre 1377 von zehn auf sechzig Sols (Ord. 6 S. 281); die Pariser Sticker im Jahre 1483 von zwei auf zehn Sols (Mét. 2 S. 172).

der regelmäſsig etwa ein Fünftel des erhobenen Betrages ausmachte[1]. Bei den Neuredaktionen der Statuten und den Neustiftungen von Zünften im vierzehnten Jahrhundert wurde, während dia Strafsätze selbst auf zwanzig, in einzelnen Fällen auch auf vierzig und sechzig Solidi stiegen, zugleich den Zunftgeschworenen ein höherer Anteil an den vereinnahmten Beträgen zugebilligt. Die Beteiligung der Zunft wird jetzt in der Regel auf ein Drittel bemessen[2]. Eine weitere Spaltung des Erträgnisses der Strafgelder trat mit dem Ablauf des vierzehnten Jahrhunderts ein. indem den neubelebten Bruderschaften[3] häufiger ein Anteil zugewiesen wurde[4]. Unter Karl VII. geht, bei einer fortwährenden absoluten Steigerung der Sätze, der Anteil des Königs öfters auf die Hälfte[5], in seltenen Fällen selbst noch weiter zurück[6]. Unter Ludwig XI. wird dann die Beschränkung des Königsanteils auf die Hälfte fast zur allgemeinen Regel[7].

---

[1] S. oben S. 130.

[2] Vgl. etwa Ord. 12 S. 75, 3 S. 589 Art. 11, 6 S. 281 Art. 1, 8 S. 297, S. 367 Mét. 2 S. 446 Art. 3.

[3] S. oben S. 237.

[4] Vgl. Mét. 3 S. 505 Art. 2; Ord. 8 S. 384, 399, 548.

[5] Ord. 14 S. 360 und 413.

[6] Ord. 13 S. 378.

[7] Besonders deutlich zeigt sich dies in den von Ludwig XI. verliehenen Zusätzen zu älteren Statuten und in den von ihm neu emanierten Statuten. Vgl. die Zusätze zu dem Statut der Pariser Schreiner Art. 1. Que doresnavant des amendes qui vendront à cause des rapportz que feront les jurez dudit mestier Nous aurons et prendrons la moictié; et au regart de l'autre moictié, elle sera aux jurez et à la confrairie et pour soustenir les fraiz de la bannière de leurdit mestier. Mét. 2 S. 643. Vgl. ferner Mét. 3 S. 85 Art. 2, Ord. 16 S. 631, Mét. 1 S. 748, 3 S. 189. — Die in der Litteratur bestehende Annahme, Ludwig XI. habe sich einen Teil der Strafgelder vorbehalten, ist also ganz unzutreffend und gehört zu jenen Behauptungen, die von der Gewerbepolitik Ludwigs XI. ein vollständig unrichtiges Bild geben. Vgl. auch unten S. 309 Anm. 3.

Dritter Abschnitt.

Anfänge einer staatlichen Gewerbepolitik.

Wenn wir bis hierher das unausgesetzte Anwachsen der staatlichen Gewalt und ihr Eindringen in alle Gebiete des Gewerbewesens schildern konnten, so hatten wir doch von einer eigentlichen Gewerbepolitik des Staates noch nicht zu berichten. Das Ziel und der Erfolg der seither dargestellten Entwicklung war die Angliederung gewerberechtlicher Befugnisse an den Staat. Dagegen fehlt es noch an einem einheitlichen Gebrauch der erworbenen Berechtigungen. Der Staatswille, der die Machtmittel und die allgemeinen Kräfte des Landes nach bestimmten Plänen verwendet, ist im Gewerbewesen noch nicht hervorgetreten.

Aus der Zeit Karls VI. ist zu erwähnen, dafs ein königliches Recht, das späterhin zu einem der hervorragendsten Mittel der französischen Gewerbepolitik wurde, damals zuerst auf einer breiteren Grundlage nachweisbar ist; es ist das Recht der Ernennung von Königsmeistern [1]. Von den amtsbürtigen Genossenschaften ausgehend, hat dieses nur in Frankreich zu weiterer Ausbildung gebrachte Recht während des vierzehnten Jahrhunderts die sich immer mehr abschliefsenden Zünfte allgemein ergriffen [2]. Nach einer von mir aufgefundenen Urkunde des Jahres 1388/89 stand schon unter Karl VI. dem König allgemein das Recht zu, bei seinem Regierungsantritt in jeder Zunft des Reiches einen Königsmeister zu ernennen [3]. Unter den Nachfolgern Karls VI. wurde die Anwendung des Rechts allmählich erweitert [4]. Bis zum Ausgang des Mittelalters wurde das Ernennungsrecht jedoch

---

[1] Wegen des Ursprungs und der Entwicklung dieses Institutes verweise ich auf meine Untersuchung Königsm. und gehe deshalb an dieser Stelle hierauf nicht näher ein.

[2] Königsm. S. 815 ff.

[3] Königsm. S. 817. Die bisher bestehende Annahme, dafs das Recht der Meisterernennung von Ludwig XI. willkürlich geschaffen worden sei, ist von mir a. a. O. als ganz irrtümlich zurückgewiesen worden.

[4] Königsm. S. 819.

lediglich als ein Gnadenrecht und als ein Beweis der königlichen Gnade gehandhabt. Es hat noch nicht die Bedeutung eines gröfseren und administrativen Mittels erlangt, als welches wir es in der späteren Periode wiederfinden werden[1]. —

Ein äufserst umfangreiches Gesetz, das nicht weniger als 700 Artikel enthält, wurde unter Karl VI. im Jahre 1415 zur Regelung der Nahrungsmittel- und Verkehrspolizei von Paris erlassen[2]. Das Gesetz, dessen Inhalt in keinem Verhältnis zu seinem Umfang steht, enthält keinerlei grundsätzliche Neuerung. Es sei hier nur erwähnt, dafs dies die zweite Abzweigung ist, die aus der Ordonnanz Philipps IV. von 1307[3] hervorgewachsen ist. Die Ordonnanz von 1307 behandelt die gewerbliche Verwaltung und Polizei und daneben noch das Gebührenwesen der Notare und öffentlichen Schreiber. Die auf dem Gesetz von 1307 zunächst beruhende Ordonnanz König Johanns von 1351 läfst die zweite Materie vollständig aus und führt die Gesetzgebung über die gewerbliche Verwaltung und Polizei weiter. Die Ordonnanz Karls VI. von 1415 nimmt eine nochmalige Scheidung vor und behandelt lediglich das Gebiet der Polizei im engeren Sinne. —

Im Jahre 1422 endete die zweiundvierzigjährige Regierungszeit Karls VI. Sein Nachfolger Karl VII. empfing das Reich in der traurigsten Verfassung; fünfzehn Jahre wechselnden Kriegsglücks vergingen, ehe der König in seine Hauptstadt Paris einziehen konnte. Von da ab war der hundertjährige Krieg entschieden, und bald wurde Frankreich von seinen äufseren Feinden befreit. Langsam begann das Land, sich in ruhiger und stetiger Entwicklung zu erholen.

Die Förderung des Gewerbewesens wurde nunmehr von dem Königtum eifrig in die Hand genommen und die Anfänge einer staatlichen Gewerbepolitik werden erkennbar. Die Thätigkeit Karls VII., wie die seiner Nachfolger Ludwig XI. und Karl VIII., bewegt sich in einer gleichmäfsigen und aufsteigenden Richtung, die durch die Wiederherstellung geordneter Zustände, Ausbreitung des Gewerbefleifses und schliefslich Einführung fremder Kunstfertigkeiten gekennzeichnet wird. Für die Mafsnahmen des Königtums auf dem Gebiete des Gewerbewesens bleibt indes die zunftmäfsige Organisation die fast ausschliefslich angewandte Form.

Die Bestrebungen Karls VII. für die Reorganisation des Gewerbes beginnen im wesentlichen seit der Wiedereinnahme von Paris (1437). Es galt, dem erschöpften Lande aufzuhelfen, die zerfallenen Zünfte und Bruderschaften herzustellen, den gestörten Verkehr neu zu kräftigen. Die alten Zunftprivilegien wurden nunmehr planmäfsig erneuert und neue Organisationen wurden

[1] S. unten III. Teil 2. Kap.
[2] Ord. 10 S. 257.
[3] S. oben S. 151.

ins Leben gerufen. Zahlreiche Privilegien waren überdies in den Stürmen des Krieges vernichtet, verschleudert, verloren worden. Manche Zunft hatte sich von dem Engländer ihr Statut ausstellen lassen, das jetzt keine Gültigkeit mehr besafs.

Die Zahl der unter Karl VII. in den Jahren 1437 bis 1460 emanierten Statuten ist deshalb überaus grofs; sie verteilen sich über alle Provinzen des Reiches. Über die Verarbeitung dieser Privilegierungen in der historischen Litteratur ist hier eine kurze Bemerkung einzuschalten. Ein erheblicher Teil der aus der Zeit Karls VII. herrührenden Statuten ist in der Collection des Ordonnances erst unter den späteren Regenten abgedruckt, denen sie zur einfachen Bestätigung vorgelegt wurden. Wenn man nun — wie dies in anderen Darstellungen geschehen ist — lediglich die Zahl der unter der Regierung eines bestimmten Königs bestätigten Privilegien anführt, so erhält man ein völlig falsches Bild. Die Bestätigung als solche ist eine reine Formalität der Kanzlei, die mit der Regierungsthätigkeit nicht zusammenhängt. Das Statut selbst ist vielmehr den Regierungsakten desjenigen Königs zuzurechnen, der es ursprünglich erteilt hat. Unterscheiden wir bei den Privilegien, die in der Collection des Ordonnances unter Ludwig XI. und Karl VIII. abgedruckt sind, zwischen Entstehungszeit und Bestätigung, so ergiebt sich eine vollständige Verschiebung zu Gunsten Karls VII.[1]. Es ist ferner darauf hinzuweisen, dafs, wie das oben (S. 301) besprochene Privileg der Weber von Dun-le-Roy zeigt, Karl VII. die Ermächtigung zur Ausstellung von Statuten gab, die erst unter seinen Nachfolgern erstmalig zur königlichen Bestätigung gelangten.

Aus der Reihe der von Karl VII. erteilten Privilegien ist für uns insbesondere eines hervorzuheben, das für die Gewerbepolitik des Königs wie für die gewerblichen Zustände seiner Zeit kennzeichnend ist; es ist das Statut für die Tucher von Bourges, das im Jahre 1443 erging, zu einer Zeit, als die Engländer noch einen Teil des Reichs besetzt hielten.

Der König wollte das infolge des Krieges gänzlich zerfallene Tuchergewerbe in Bourges wiederherstellen. Die Zeitlage, wie die Absichten Karls VII. sind in dem Statut so treffend dargelegt, dafs ich, an Stelle einer Schilderung, die bemerkenswerte Einleitung des Statuts hier wiedergebe:

„1. Nachdem das normännische Land, woselbst Gewerb und

---

[1] Neben den Bestätigungen alter Statuten enthalten die Ord. folgende unter Karl VII. neu emanierte Statuten (in chronologischer Folge): Band 15 S. 60, Bd. 18 S. 680, Bd. 15 S. 30, Bd. 13 S. 265, Bd. 16 S. 636, Bd. 13 S. 378 und 393, Bd. 16 S. 666, Bd. 13 S. 506, 531, 535, 537, Bd. 14 S. 27, 114, 125, 145, 152, 157, Bd. 16 S. 679, Bd. 14 S. 229, 231, Bd. 19 S. 522, Bd. 14 S. 281, Bd. 16 S. 615, Bd. 14 S. 360, 419, 421, 427, 434, 440, Bd. 15 S. 403 und 474.

Übung des Tuchmachens gröſseren Lauf hatte als sonst in irgend einem Teil unseres Reichs, gegenwärtig wegen der Kriegsnöte fast gänzlich verwüstet liegt und darum in jenem Gewerbe die vordem gepflegte gute Arbeit sich nicht mehr vorfindet; 2. und nachdem wir aus diesen und andern das gemeine Wohl des Reichs betreffenden Ursachen untersagt und ausdrücklich verboten haben, Tuche, die aus der Normandie nach den Landen unsrer Herrschaft gebracht werden, zu verwenden oder anzukaufen; 3., und weil vermöge dieses Verbots manche Einwohner des normännischen Landes, die des besagten Gewerbes kundig sind, bewogen werden möchten, das vorgenannte Land zu verlassen und sich in den Städten und Ortschaften unsrer Herrschaft anzusiedeln; 4. und ferner weil das bare Geld — das durch die Arbeit, den Betrieb und Handel der besagten Handwerker und Kaufleute, die jetzt in der Normandie unter der Herrschaft unsrer Erbfeinde und Widersacher, der Engländer, wohnen, dorthin seinen Weg nimmt — auf solche Weise künftig den Einwohnern und Unterthanen unsrer eignen Lande verbleiben würde: deshalb und wegen bewiesener Treue und Anhänglichkeit der Bewohner von Bourges wollen, befehlen und verfügen wir, daſs jetzt und in alle Zukunft das Tuchergewerbe in Bourges betrieben und ausgeübt werde[1]." — Zu diesem Zweck bestimmt der König, daſs Statuten und Ordnungen, wie sie in den zünftigen Tucherstädten des Reichs bestehen, für Bourges in Kraft treten sollen.

Das Statut zeigt in knappen Zügen den damaligen Stand der gewerblichen Verhältnisse. Der König will — mit einer Begründung, die einem Merkantilisten Ehre machen würde — dem Tuchergewerbe zu Bourges aufhelfen; seine Zeit hat hierzu kein anderes Mittel, als die Einreihung von Bourges unter die zünftigen Tucherstädte[2] und die Ordnung des zunftmäſsigen Betriebes. Die üblichen Einrichtungen werden in der bekannten Weise vorgesehen. Die Stadt fertigt drei statutgemäſse Tuchsorten, für welche die Fadenzahl und das Längenmaſs bestimmt werden. Die Schau wird vor und nach dem Walken ausgeübt. Ein groſses und ein kleines Siegel, sowie das Zeichen des Webers, dienen zur Unterscheidung der Qualitäten. Jede technische Einzelheit wird in den 38 Artikeln des Statuts festgestellt.

Die gleichen Anschauungen über den Gewerbebetrieb liegen den meisten organisatorischen Statuten aus der Zeit Karls VII. zu Grunde. Durch zunftmäſsige Ordnung soll das Gewerbe aus Niedergang und Verfall emporgehoben werden. Hierzu bedarf es keiner neuen, sondern nur der gesteigerten Anwendung der alten Grundsätze. Es fehlt unter der Regierung Karls VII. an

---

[1] Ord. 13 S. 378.

[2] Bezw. Wiederaufnahme. Das Gewerbe wurde schon früher in Bourges betrieben, war jedoch verfallen.

jedem einseitigen oder gewaltthätigen Eingriff in das Gewerberecht. Der Fortschritt vollzieht sich lediglich durch die systematische Wiederaufrichtung und Ausbreitung der gewerblichen Organisationen. —

Ludwig XI. entwickelte auf allen Gebieten des Gewerbefleifses und Verkehrs eine umfassende, von weitsichtigen Grundsätzen getragene Thätigkeit. In der Richtung der Politik des Königs lag eine entschiedene Begünstigung des Bürgerstandes und des bürgerlichen Erwerbs, und die verschiedensten Mittel wurden, vielfach in einer dem Zeitalter voraneilenden Weise, genutzt. Unter den von Ludwig XI. für das Gewerbewesen angewandten Mafsnahmen erwähnen wir zunächst die Förderung des zünftlerischen Zusammenschlusses und die Gewährung von Privilegien an das Handwerk. Es sind hier sowohl Generalprivilegien, als auch einzelne Statuten zu nennen.

Der König suchte sich in den Städten eine sichere Stütze zu schaffen, und er betrieb deshalb mit vielem Eifer die Reorganisation der städtischen Verwaltungen. Alte Privilegien wurden erneuert und der Politik des Königs gemäfs umgeformt; einzelnen Städten, die noch keine eigene Stadtverwaltung hatten, wurde eine solche verliehen. Das Urteil französischer Historiker (Giry und Sée) über das Vorgehen Ludwigs XI. lautet dahin, dafs der König im Grunde genommen der Gewährung politischer Freiheiten an die Städte durchaus feindlich gegenüberstand; er förderte die materiellen Interessen der Bürgerschaft, bekämpfte aber auf das nachdrücklichste die politische Unabhängigkeit der Städte[1]. In dieser Auffassung ist die Handlungsweise Ludwigs XI. gegenüber den Städten richtig gekennzeichnet; es ist indes hervorzuheben, dafs diese Politik des Königs durchaus auf dem Boden der wirklichen Verhältnisse stand und der geschichtlichen Entwicklung entsprach. Der Unabhängigkeitssinn der altfranzösischen Städte hat seit dem zwölften Jahrhundert niemals auf die Dauer vorgehalten; der freiheitlichen Aufwallung folgte stets ein um so stärkerer Rückschlag. Die gewaltthätigen Eingriffe Karls VI. (s. oben S. 179) hatten schliefslich in den namhaftesten Städten selbst die Kontinuität des alten Rechts zerstört. Für eine selbständige Gemeindeverwaltung fehlten unter Ludwig XI. in den meisten Städten Frankreichs alle Voraussetzungen, und der König hatte bei seinen Unternehmungen mit gegebenen Zuständen zu rechnen. Die Reformen Ludwigs XI. haben thatsächlich eine stark gesteigerte Leistungsfähigkeit der Gemeinden

---

[1] En somme dans toutes ces créations les villes ne sont guère dotées de franchises politiques; on ne s'occupe vraiment que de leur situation matérielle. Louis XI. favorise le progrès de la bourgeoisie, mais attaque sans relache l'indépendance communale. Sée, Louis XI. et les villes, Paris 1892, S. 58. Vgl. hierzu das übereinstimmende Urteil von Giry, Etablissements de Rouen I S. 218 ff.. S. 441 f.

zur Folge gehabt; andererseits haben sie allerdings die schädliche Bildung einer vom Volke getrennten Bürgerklasse — der sogenannten Bourgeoisie — in hohem Maſse gefördert.

Gelegentlich solcher Neuorganisationen wurde mehrfach den Städten das Recht erteilt, allen städtischen Handwerken die Organisation geschworener Zünfte zu geben[1]. Im Jahre 1462, dem ersten Regierungsjahr Ludwigs XI., wurde der Stadt Tours dieses Privileg übertragen. Der König wollte der ihm besonders lieben Stadt, in der er lange Jahre als Dauphin verbracht hatte, einen Gnadenbeweis geben und verlieh ihr durch Patent vom Februar 1462 eine Reihe von Rechten und Freiheiten. Der Artikel 18 des Patents giebt der Stadt das Recht, alle dortigen Handwerke als geschworene Zünfte zu organisieren[2]. Die Handwerker machten hiervon der Reihe nach Gebrauch, und unter ausdrücklicher Berufung auf das königliche Privileg von 1462 gaben sich in der Folge die Bäcker im Jahre 1467[3], die Schlosser im Jahre 1473[4], die Weiſsgerber und Handschuhmacher im Jahre 1478[5], die Leinenweber im Jahre 1481[6] die zunftmäſsigen Einrichtungen.

In der Stadt Angers errichtete der König 1474 eine eigene Stadtverwaltung. Dem Bürgermeister und den Schöffen wurde die Aufsicht und das Gericht über das Gewerbe — bisher zur Zuständigkeit des Prevost von Angers gehörig — übertragen, und es wurde ihnen das Recht erteilt, die Handwerke der Stadt sämtlich zu geschworenen Zünften zu machen[7]. Der Stadt Clermont wurden im Jahre 1480 auf ihre Fürbitten die städtischen Verwaltungseinrichtungen gegeben[8], und ihr das Recht verliehen, ihre Handwerke zünftig zu machen[9]. Im Jahre 1482 empfing die Stadt Le Mans die gleichen Rechte wie Angers, unter An-

---

[1] Der Ausdruck métier juré dient von jetzt ab immer häufiger zur Bezeichnung des zunftmäſsig organisierten Handwerks.

[2] Afin d'entretenir plusieurs mestiers estans en nostredite ville de Tours qui ne sont jurez, nous voulons et ordonnons qu'il le soient doresnavant. Ord. 15 S. 337.

[3] Ord. 16 S. 99.

[4] Ord. 20 S. 227.

[5] Ord. 20 S. 319.

[6] Ord. 18 S. 622.

[7] Que ledict maire d'Angiers qui à présent est et ses successeurs maire ou leurs soubz-maire ou commis . . . . . ayent la cognoissance de tous faiz de marchands et de marchandises de tous les mestiers et les puissent faire jurez s'ils ne le sont et pareillement telle justice ou jurisdiction tant sur lesdicts mestiers que autrement que avoit par cy-devant le prevost d'Angiers . . . . . soubz le ressort toutefois de nostre cour de parlement à Paris sans ce que lesdictes causes et matières après que d'icelles aura esté cogneu en première instance par ledict maire ou soubzmaire, puissent ressortir ailleurs qu'en nostredicte cour et sanz moien quelzconque. Ord. 18 S. 92 Art. 14.

[8] Sée a. a. O. S. 59 und 168.

[9] Avons à la tres-humble supplication et requeste desdits consuls et habitans, ladite ville et cité de Clairmont fait, créée, ordonnée et establie

wendung einer dem erstgenannten Privileg von Tours wörtlich entlehnten Formel[1].

In dieser gnadenweisen Übertragung von Generalprivilegien für das Handwerk kennzeichnet sich nicht nur die gewerbliche Bedeutung, sondern ebenso auch die juristische Auffassung des Zunftprivilegs zu Ende des fünfzehnten Jahrhunderts. In letzterwähnter Hinsicht ergiebt sich aus diesen Verleihungen, daſs das Königtum bis dahin kein Recht auf den zunftmäſsigen Zusammenschluſs allgemein anerkannte; andererseits aber galt ebensowenig der Grundsatz, das Handwerk müsse zünftig organisiert sein. Obwohl das Zunftprivileg thatsächlich das Grundgesetz des gesamten Handwerkerstandes bildete, wurde es rechtlich immer noch als Einzelgesetz betrachtet, das freiwillig nachgesucht und nach Gutdünken verliehen wurde[2]. Es bestand weder ein Recht auf die zunftmäſsige Verfassung, noch wurde ein Zwang zu deren Annahme ausgeübt. Erst das sechzehnte Jahrhundert brachte hier andere Grundsätze zur Anerkennung. —

Die Erteilung einzelner Zunftprivilegien erreicht unter Ludwig XI. einen auſserordentlichen Umfang. Alte Statuten wurden in groſser Zahl zur Bestätigung gebracht. Bei diesem Anlaſs wirkten sich die Zünfte regelmäſsig kürzere oder längere Zusätze aus, zu deren Gewährung der König sich gerne bereit finden lieſs. Daneben gaben sich zahlreiche Handwerkerschaften neuerdings die zunftmäſsige Organisation. Durch die Zahl der erteilten Privilegien ragt insbesondere das Jahr 1467 hervor; in diesem Jahr erging die bekannte Ordonnance des Bannières, die für Paris den Versuch machte, die ehemalige militärische Bedeutung der Zünfte zu erneuern[3]. Eine gewerberechtliche Bedeutung hat die Ordonnanz nur insofern, als die Pariser Zünfte zugleich allgemein die Bestätigung und teilweise Erweiterung

---

de grace speciale pleine puissance et authorité royale par ces présentes ville jurée, et voulons qu'elle soit désormais dite, censée et reputée ville jurée (= Stadt mit kommunalen Körperschaften, mit städtischen Verwaltungseinrichtungen; vgl. Sée) et que les affaires d'icelle ville et desdits habitans presens et avenir touchant le fait des mestiers et autres choses quelconques, soient traités conduits et demenés en toute police ordre et manière de ville jurée etc. Ord. 18 S. 588.

[1] Afin de mieulx entretenir plusieurs mestiers estans en nostredicte ville du Mans, qui ne sont jurés, nous voulons et ordonnons qu'ils le soient doresnavant; et que lesdits maire et pers puissent corriger boulangiers, bouchiers, poissonniers, meusniers et poulailliers; et avec ce avons voulu et ordonné, voulons et ordonnons que lesdicts maire et pers ayent la cognoissance des causes civiles des marchands de marchandise faicte en ladicte ville et forsbourgs, et que les procès qui en seront faicts soient vuidés sommairement et de plain, et en sera fait registre par le clerc ou greffier desdits maire, pers et conseillers, pourveu toutes voyes que de leur sentence ou appoinctement definitif pourra estre appellé devant le juge ordinaire. Isambert 10 S. 852.

[2] Vgl. auch das Privileg Karls VIII. für Narbonne. Tissier, Les corporations d'arts et métiers à Narbonne, Revue des Pyrénées 1891 S. 16.

[3] Mét. 1 S. 53.

ihrer Statuten empfingen, und eine Anzahl bis dahin unzünftiger Handwerkerschaften zünftig gemacht wurde[1].

Die von Ludwig XI. emanierten Statuten und Zusätze enthalten wenig grundsätzliche Neuerungen. Im Mittelpunkt steht immer die Stärkung des zunftmäfsigen Betriebs und die Einschärfung der Gewerbeschau. Die einzelnen Bestimmungen sind der Vermehrung der zünftigen Rechte und der Erhöhung der Zunfteinkünfte fast durchweg günstig[2]. Zur Hebung der Gewerbethätigkeit wird der zünftlerische Apparat von Ludwig XI. in gleicher Weise wie von Karl VII. angewandt[3]. —

Wir gelangen jetzt zu einer Regierungshandlung Ludwigs XI., die zunächst noch vereinzelt bleibt, deren Prinzip indes einen Wendepunkt für das französische Gewerbe bedeutet; es ist die Berufung fremder Arbeiter von Staatswegen, um Industrien des Auslandes nach Frankreich zu verpflanzen.

Von demselben Gedanken, den Karl VII. in dem Tucherstatut von Bourges ausspricht[4], wurde auch Ludwig XI. bei seinem neuen Unternehmen geleitet. Der König wollte dem Abflufs baren Geldes für die vom Auslande bezogenen Waren vorbeugen und zugleich die Anzahl fleifsiger Hände im Inlande vermehren. Als besonders wünschenswert erschien es deshalb dem König, die Herstellung der hochwertigen Goldstoffe, Silberstoffe und Seidenzeuge (drap d'or, drap d'argent, drap de soie) von Italien nach Frankreich herüberzuziehen. Der für den Ankauf dieser Stoffe nach Italien abgeführte Betrag wird von Ludwig XI. schätzungsweise auf vier- bis fünfmalhunderttausend Goldthaler jährlich angegeben[5].

---

[1] Vgl. Ord. 16 S. 596, 607, 627, 631. 632.

[2] Von der Erhöhung der Aufahmegebühren und der Strafgelder, sowie von der Steigerung des Zunftanteils an diesen, ist schon oben die Rede gewesen.

[3] Vgl. die Statuten hauptsächlich in den Bänden 16, 17 und 18 der Ord., sowie Germain, Comm. II S. 387 ff.

[4] S. oben S. 312.

[5] Nous considerans la grant vuidange d'or et d'argent que chacun an se fait de nostre royaume ou moyen et occasion des draps d'or et de soye qui sont debitez et exploictez en nostredit royaume en diverses manieres qui peut monter par chacun an ainsi que remonstré nous a esté à la somme de quatre à cinq cens mille escus ou environ et pour donner ordre que l'art et ouvraige de faire lesdits draps d'or et de soye soit commencé et introduit en nostre dite ville de Lion en laquelle comme l'on dit en y a jà aucun commencement. Ordonnanz von 1466; de Valous S. 8. — Consideré que c'est chose honnorable et honneste et à quoy se pourront occuper licetement hommes et femmes de tous estaz que dix mille personnes tant de ladite ville que des environs et tant gens d'eglise nobles femmes de religion que autres qui à present sont oiseux y auront honneste et prouffitable occupation. A. a. O. S. 13. Die Schrift von Valous trägt das hübsche Kennwort (nach Menestrier) Il faut que les os et les nerfs paroissent dans le corps de l'histoire. — Vgl. zu dem folgenden Hintze, Die preufsische Seidenindustrie III S. 10 ff. (Acta Borussica, Denkmäler der preufsischen Staatsverwaltung); Pariset, Les industries de la soie, Lyon 1890, S. 363 ff.

Im Jahre 1466 gewannen die Pläne des Königs für die Verpflanzung der Goldstoffweberei festere Gestalt. Zur Aufnahme der neuen Industrie wurde zunächst die Stadt Lyon ausersehen, wo schon einige private Versuche, über deren Verlauf indes nichts näheres bekannt ist, stattgefunden hatten[1]. Eine königliche Ordonnanz und ein daran anschliefsendes Patent vom 23. bezw. 24. November 1466 stellten die Grundzüge des ganzen Unternehmens fest. In Anbetracht der für Lyon zu erwartenden Vorteile hat die Stadt eine Summe von zweitausend Livres einmalig aufzubringen für die ersten Kosten des Betriebs und für die Arbeitslöhne[2]. Den fremden Handwerkern, die nach Lyon einwanderten, wurden erhebliche Freiheiten bewilligt. Insbesondere wurde ihnen für den einmaligen Umsatz (erstmaligen Verkauf) aller Gegenstände ihres Gewerbebetriebs, sowie der von ihnen hergestellten Waren, die Verkaufsabgabe von zwölf Deniers auf die Dauer von zwölf Jahren erlassen[3] und im übrigen für diesen Zeitraum allgemeine Steuerfreiheit zugesichert[4]. Ein königlicher Finanzrat, Wilhelm Cusinot, der den voraufgehenden Beratungen beigewohnt hatte und mit den Absichten des Königs genau vertraut war[5], wurde mit der Durchführung der gesamten Anord-

[1] Vgl. die in der voraufgehenden Anmerkung gegebene Belegstelle der Ordonnanz von 1466, am Ende.

[2] Pour laquelle cause nous desirans nostre dite ordonnance estre mis à execution et considerant le grant bien et utilité qui en pourra venir à la chose publique especialement en nostredite ville de Lyon avons ordonné et voulu la somme de deux mille livres tournois estre mise sus et levée en icelle pour ceste foiz et pour l'année qui commencera le premier jour de Janvier prouchain venant icelle somme estre couvertie et emploiée tant au paiement et salaire desdits maistres ouvriers comme des utilz calement et descheutes des soyes et autres choses qui seront neccessaires pour l'introduction et commancement de l'ouvraige dessusdit. De Valous S. 9.

[3] Wegen der Verkaufsabgabe von 12 den. auf das Livre s. hier oben S. 180 Anm. De Valous S. 11 Anm. 8 nimmt hiernach an, es sei auf die Goldstoffe eine Steuer gelegt worden, bevor überhaupt die Manufaktur im Gang war. Das ist nicht der Fall; die Imposition de douze deniers war von allen Verkäufen zu zahlen; für die neue Manufaktur bedurfte es also einer ausdrücklichen Befreiung, die der König denn auch in dem hier citierten Patent gewährte.

[4] Avons octroyé et octroyons que tous les ouvriers et ouvrieres qui viendront demourer au dit lieu de Lion pour faire exercer ledit ouvraige et artiffice de drap d'or et de soye et autres dependans d'icelluy soient et demourent francs quittes et exemps de toutes les tailles et imposts qui sont et pourront estre mis sus en ladite ville de Lion de par Nous ou autrement et aussi de l'impost de douze deniers pour livre de tous les draps d'or et de soye qui seront faits et de toute la soye qui y sera faitte et appareillée et de l'or qui sera mis en appareil pour mettre en ouvre dont ils ne aucuns d'eulx ne paieront point d'imposision pour la premiere vente qu'ils en feront, mais seulement du huitieme du vin vendu à detail et des autres denrées dont ils seront tenus paier l'imposition s'ils se meslent d'autres marchandises. De Valous S. 11.

[5] Qui pour autres causes vous envoyons par de là, avez esté present à deliberer ladite matiere et estes instruit des causes qui nous ont meu à ce faire par quoy le sçaurez mieulx dire et remonstrer là où il appartiendra. De Valous S. 9.

nungen beauftragt. Zur Leitung der Verwaltungsgeschäfte des Unternehmens selbst wurde ein rechtsgelehrter Beamter, Jean Grand mit Namen, bestellt.

Der Stadtrat von Lyon war indes dem Vorhaben des Königs durchaus abgeneigt und erhob einen Einwand nach dem andern. Zunächst sollte nach dem Gutachten Sachverständiger die Summe von zweitausend Livres für den Betrieb nicht entfernt ausreichen; es würden mindestens vierzigtausend Livres, über deren Beschaffung man vollständig im Dunkeln sei, erforderlich sein[1]. Eine spätere Denkschrift wies darauf hin, daſs nur arme und unzuverlässige Handwerker sich einfinden würden, denen niemand die teuren Fabrikationsmaterialien anvertrauen würde; denn vermögliche Handwerker würden nicht ihr Hab und Gut durch das Wagnis einer Auswanderung nach Lyon aufs Spiel setzen[2]. Es bedurfte der Ausübung eines energischen Druckes, um den Stadtrat willig zu machen; Ludwig XI. gab sich den Anschein, als wolle er auf die Vorschläge des Grafen von Savoyen eingehen, der damals (1467) die Rückverlegung von zwei unter den vier Lyoner Jahresmessen nach Genf betrieb[3]. Die Sorge um den Verlust der beiden Messen brachte den Stadtrat zu einer augenblicklichen Nachgiebigkeit; durch eine königliche Ordonnanz vom 18. April 1467 wurde übrigens die Zahlung des geforderten Betrages von zweitausend Livres auf drei Jahresraten von achthundert und zweimal sechshundert Livres verteilt[4].

Indes bald nach der Ablieferung der ersten achthundert Livres gerieten die Zahlungen wieder ins Stocken. Im März des Jahres 1469 sah sich deshalb Ludwig XI. zur Ausfertigung eines in den heftigsten Ausdrücken abgefaſsten Zahlungsbefehls an den Stadtrat veranlaſst. Aus dem Schriftstück geht hervor, daſs der König zur Leitung und Besorgung der Geschäftsangelegenheiten der neuen Manufaktur ein festes Abkommen mit dem obenerwähnten Magister Jean Grand und mit einem gewissen Perroquet geschlossen hatte[5]. Die Stadt gab weitere 785 Livres in drei Teilzahlungen während des Jahres 1469, als mit dem Ausgang des Jahres die ganze Angelegenheit plötzlich eine neue Wendung nahm.

Ludwig XI. faſste den Entschluſs, die Manufaktur von Lyon hinweg nach Tours zu verlegen. Sei es, daſs er des fortgesetzten Widerstandes der Lyoner Stadtverwaltung müde war, sei es, daſs er

---

1 De Valous S. 14.

2 S. ebenda.

3 S. auch unten S. 320.

4 De Valous S. 19.

5 Et pour ce faire avons fait certain appoinctement avecques nostre chier et bien amé maistre Jehan Grant docteur en loicz et lieutenant de nostre bailli de Lion, et avec ung appellé Perroquet lesquels selon la fourme dudit appoinctement ont fait besoignier audit ouvraige et fourny à ce que a esté necessaire. De Valous S. 23.

in der von ihm besonders bevorzugten Stadt Tours[1] einen geeigneteren Boden für die Durchführung seiner Absichten zu finden glaubte — zu Anfang des Jahres 1470 gab der König seinen festen Willen kund, dafs das ganze Unternehmen in Tours fortgeführt werde und dafs die in Lyon angesetzten Arbeiter unverzüglich mit ihrem gesamten Handwerkszeug dorthin übersiedeln sollten[2]. Vergebens bot nunmehr der Lyoner Stadtrat alles auf, um die neue Industrie, die jetzt gerade ihre ersten Wurzeln zu treiben begann, in der Stadt festzuhalten. Ludwig XI. blieb unzugänglich[3].

Zur Betreibung des Unternehmens in Tours wurde ein Vertreter des Königs, Macé Picot, Schatzmeister von Nimes, mit besonderen Vollmachten ausgestattet[4]. Wie zuvor in Lyon stiefs die Gründung zunächst wiederum auf Schwierigkeiten in der Stadt Tours selber. Der König verlangte unter anderem, dafs die ersten Einrichtungskosten für die Unterbringung der Manufaktur von der Stadt getragen würden. Weiterhin stellte der König die Forderung, dafs die leistungsfähigen Einwohner der Stadt eine Gesellschaft bilden und ein Kapital von 6000 Goldthalern zusammenschiefsen sollten, um den Betrieb für die erste Zeit sicherzustellen[5]. Die Stadt widersetzte sich diesen Zumutungen. Die Bevölkerung nahm offen Partei und ging mit Thätlichkeiten gegen die fremden Handwerker vor. Die Italiener, die man in einzelnen Bürgerhäusern untergebracht hatte, wurden beschimpft und mifshandelt[6].

Indes aller Widerstand fruchtete nichts. Ludwig XI. liefs sich nicht beirren und setzte seine Forderungen durch. Mit dem Schutz der Fremden wurde zunächst ein königlicher Beamter, Wilhelm Briconnet, beauftragt. Im Jahre 1472 war die Manufaktur in Gang gebracht und nach weiteren acht Jahren, im Jahre 1480, hatte sie sich soweit befestigt und ausgedehnt, dafs die Wirker sich als selbständige Zunft konstituieren und ein regelrechtes Zunftstatut nachsuchen konnten.

Das Privileg von 1480 nennt die in dem Betrieb beschäftigten Meister mit Namen. Von dem alten Arbeiterstamm sind einige bereits verstorben; die Überlebenden sind sechzehn Italiener, ein Grieche (Goldzieher) und zwei Burgunder. Sechs Italiener sind nachträglich hinzugekommen. Zu ihnen treten siebzehn Fran-

---

[1] S. oben S. 314.
[2] De Valous S. 25.
[3] Über die spätere Entwicklung der Lyoner Manufaktur unter Franz I. s. unten S. 330 f..
[4] Champoiseau, im Congrès scientifique de France, 15. Sitzung, Tours 1847 (1848), Band 1 S. 504.
[5] Champoiseau S. 505; Giraudet, Histoire de Tours, Tours 1873, Band 2 S. 240 ff.; Chauvigné, Arts et métiers de Touraine, Tours 1885, S. 9 ff.
[6] Champoiseau S. 506.

zosen, die in dem Gewerbe angelernt worden sind. Der Bestand der Manufaktur erscheint darnach gesichert; auch für den Nachwuchs ist durch Lehrlinge gesorgt[1]. Die Manufaktur gelangte bald zu hoher Blüte. Eine spätere Denkschrift des Stadtrats von Tours besagt, daſs in der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts 800 selbständige Meister und 3—4000 Gesellen, ungerechnet die mit Nebenarbeiten beschäftigten Kinder und gebrechlichen Leute, in der Manufaktur thätig waren[2]. — Das Unternehmen Ludwigs XI. bildet den ersten Fall, daſs eine Industrie einschlieſslich der mit ihr verbundenen Nebenindustrien im ganzen und durch staatliche Initiative vom Auslande nach Frankreich übertragen ward. —

Wie der Hebung des Gewerbes, widmete Ludwig XI. auch der Ausdehnung des Verkehrs und des auswärtigen Handels die eifrigste Thätigkeit. Der umfassende Blick und die politische Geschicklichkeit des Königs treten auf diesem Gebiet ganz besonders hervor. Die Messen von Lyon, die Karl VII. begründet hatte, wurden durch Ludwig XI. zu ihrer nachmaligen Bedeutung erhoben. Die angewandten Mittel waren allerdings gewaltsame; die Förderung von Lyon erfolgte lediglich auf Kosten der Stadt Genf, die damals mit den Grafen von Savoyen um ihre Freiheit stritt. Ludwig XI., im Einverständnis mit Savoyen, untersagte den französischen Kaufleuten den Besuch der groſsen Genfer Messen und verbot jede Durchfuhr von Genfer Meſsgut durch französisches Gebiet.

Die zahlreichen Bewilligungen neuer Messen in anderen Provinzstädten haben meist nur eine lokale Bedeutung[3]; ausgenommen etwa die Ausdehnung der Rouener Messe, des sogenannten Pardon St. Romain, von zwei Tagen auf sechs[4], und die Errichtung von Messen in der Stadt Caen[5].

Am unermüdlichsten aber zeigt sich der König in seinen Bestrebungen, den auswärtigen Handel Frankreichs zu entfalten. Nach den damaligen Verhältnissen im Seehandel galt es zu

---

[1] Ord. 20 S. 592.

[2] La pauvreté est causée par le défaut et entretenement des ouvraiges et manufactures de soye, estant le dit estat et art tellement demouré anéanty que du grand nombre de maistres ouvriers qui y estaient auparavant les troubles, de huit cents et de plus de quatre à cinq mille mestiers et de trois à quatre mille compaignons, avec infini nombre de personnes de tous âges et jusqu'aux petits enfants de quatre ou cinq ans et aultres invalides ne pouvant en autres vacations gagner leur vie, tous lesquels néantmoins trouvoient secours suffisant dudit art pour leur nourriture; maintenant que fort peu de maistres et de compaignons sont de reste. Denkschrift von 1598. Champoiseau S. 508.

[3] Vgl. Ord. 15 S. 469, 16 S. 91, 109, 528, 17 S. 109, 206, 18 S. 242, 300.

[4] Ord. 17 S. 161.

[5] Ord. 17 S. 344; errichtet mit den gleichen Privilegien wie Lyon, weil der Herzog von Burgund französische Kaufleute aufgreifen lieſs.

solchem Zweck, die seefahrenden Nationen nach den französischen Häfen zu ziehen. Ludwig XI. gab ihnen Privilegien, die weit über die Anschauungen seiner Zeit hinausgehen, und in denen sich ein neuer Geist ankündet. Den Holländern und Flamändern wurden neue Vorrechte erteilt, um ihre alten Verbindungen mit Bordeaux und La Rochelle zu heben. Mit der deutschen Hansa wird ein regelrechter Staatsvertrag abgeschlossen und mehrfach erneuert. Schliefslich erscheint als denkwürdigstes Instrument der Vertragspolitik Ludwigs XI. das Abkommen vom Jahre 1475, durch das die feindselige Behandlung der Engländer in den Häfen der Guyenne aufgehoben wurde[1]. Nach mehr als hundertjährigem Streit traten die beiden Nationen wieder in friedliche Beziehungen, und die vielumstrittene Guyenne öffnete ihre Häfen den Schiffen ihres ehemaligen Landesherrn. —

Unter Karl VIII. mehrten sich die fremdländischen Verbindungen und besonders der Verkehr mit Italien. Der Kriegszug, der den König bis nach Neapel führte, vermittelte den Franzosen die Kenntnis hochstehender italienischer Gewerbe. Neue Künste und neue Fertigkeiten kamen aus Italien herüber, und der Einflufs zeigte sich bald in dem französischen Gewerbe, das die neuen Vorbilder willig aufnahm[2].

Mit dem Ablauf des fünfzehnten Jahrhunderts hat das Königtum seine Herrschaft auf allen Gebieten des Gewerberechts befestigt. In der hundertfünfzigjährigen Periode, die wir hier schilderten, haben glückliche Waffenruhe, erbitterter innerer und äufserer Krieg, und endlich friedlicher Aufschwung sich der Reihe nach abgelöst. Das Wachstum der königlichen Gewalt aber schritt gleichmäfsig fort.

Das Königtum handhabt nunmehr selbständig den zünftlerischen Organismus; es ist die treibende Kraft in allen Änderungen und Neuerungen im Gewerbewesen; es giebt den Anstofs zu jedem Fortschritt. Das königliche Beamtentum hält die Hand über die Geschäftsführung im Handwerk, es übt die Aufsicht über die gesamte gewerbliche Verwaltung. Die königliche Macht ist die Grundlage der gewerberechtlichen Privilegien; nur wenige alte Ämter stehen noch auf ihrem eigenen Recht.

Bei diesem Ergebnis der Entwicklung müssen wir jedoch für die Geschichte der Verwaltung und der staatlichen Rechte eines festhalten: in dieser ganzen Periode hat das Königtum kaum eine einzige Institution neu geschaffen. Die ganze Thätigkeit des Beamtentums richtete sich darauf, die bestehenden Be-

[1] Ord. 18 S. 160.
[2] Vgl. Levasseur Bd. II; Pigeonneau Bd. II.

rechtigungen an die Krone heranzuziehen, die vorhandenen Organismen von ihr abhängig zu machen. Das Bestreben des Handwerkerstandes dagegen ging nicht weiter, als dafs er statt seines alten Rechts ein immer enger zusammengezogenes Vorrecht zu behaupten suchte. Die grofse Selbstverwaltung des Mittelalters ging hierbei zu Grunde. Die königliche Macht aber trat in das neue Zeitalter hinüber, zwar befreit von ihrer ehemaligen Gebundenheit, aber doch ausgestattet mit nichts anderem als dem Besitz rein mittelalterlicher Rechte.

Dritter Teil.

Das sechzehnte Jahrhundert.

Erstes Kapitel.

Die Fortbildung des Gewerberechts im sechzehnten Jahrhundert.

Die Voraussetzungen, unter denen sich die administrative Entwicklung des sechzehnten Jahrhunderts vollzog, sind durch die Schlufsbemerkungen des voraufgehenden Kapitels gekennzeichnet. Das sechzehnte Jahrhundert übernahm von seinem Vorgänger ein neuzeitliches Königtum und eine mittelalterliche Verwaltung. Inmitten dieser Gegensätze wirkte in Frankreich ein festgegliederter Beamtenstand, der den hohen Begriff des Staatsabsolutismus in sich trug und in der mächtigen Erhebung des Staatsgedankens, die dieses Zeitalter auszeichnet, sein Ideal zu verwirklichen suchte.

Die Entwicklung des Gewerberechts von innen heraus war nunmehr abgeschnitten; die Bestimmung über die Fortbildung der gewerblichen Einrichtungen lag jetzt beim Staat und seinen Organen. Unter diesen Umständen ändert sich auch das Material, das wir für unsere Schilderung in Betracht zu ziehen haben. Die Handwerksurkunden und Zunftstatuten besitzen nicht mehr die frühere Bedeutung, durch die sie zuvor den Mittelpunkt unserer Erörterung bildeten. Wir haben vielmehr unsere Aufmerksamkeit vorzüglich auf die Akte der selbständigen staatlichen Gesetzgebung zu richten, unter denen insbesondere das Edikt Heinrichs III. von 1581 hervorragt. Wir werden die Besprechung dieses Gesetzes in einem zweiten Kapitel gesondert durchführen, und zunächst in dem vorliegenden Kapitel die bemerkenswerteren Veränderungen, die in den einzelnen gewerblichen Einrichtungen eintraten, erörtern.

An erster Stelle haben wir eine grundsätzliche Neuerung zu verzeichnen, die für das Gewerbewesen von gröfstem Einflufs wurde; es ist die Spaltung des Privilegs. Das gewerbliche Privileg scheidet sich von jetzt ab in Personalprivileg und Korporationsprivileg. Teils rechtliche, teils gewerbegeschichtliche Momente sind es, die in diesem Vorgang ihren Ausdruck finden.

Von dem Betrieb der an sich unzünftigen (freien) Gewerbe ist zuvor mehrfach die Rede gewesen [1]. Seit dem Ausgang des dreizehnten Jahrhunderts nehmen diese örtlich oder auch allgemein unzünftig betriebenen Gewerbe immer mehr den Zunftverband an. Wo die Zahl der selbständigen Meister zur Bildung einer eigenen Zunft nicht hinreichend ist, oder wo der Stand der örtlichen Verfassung die Errichtung neuer Zünfte nicht zuläfst, treten die einzelnen Meister einer der bestehenden, gröfseren Zünfte bei. Ein persönlich und materiell befähigter Handwerker bleibt nicht leicht dem Zunftverbande fern, nicht sowohl aus gewerblichen Gründen, sondern weil regelmäfsig erst der Zunftverband den Vollgenufs der bürgerlichen Rechte und der socialen Stellung gewährt. Mit dem Ablauf des fünfzehnten Jahrhunderts tritt hier nach beiden Richtungen ein Umschwung hervor.

Der allgemein-staatliche Charakter der Verwaltung, im Gegensatz zu der korporativen Selbstverwaltung der Zünfte, hatte sich während des fünfzehnten Jahrhunderts, und nicht etwa in Frankreich allein, immer stärker ausgebildet. Der genossenschaftliche Schutz und Zusammenschlufs war für das zwölfte und für das dreizehnte Jahrhundert eine Notwendigkeit, wenn bei dem damaligen Stande des öffentlichen Rechts eine Rechtsbesserung für den Handwerker erreicht werden sollte. Seitdem aber hatten sich die Rechtsverhältnisse von Grund auf geändert, und für die Stellung des einzelnen Handwerkers waren andere Voraussetzungen gegeben. Für das persönliche Privileg, im Gegensatz zu dem Korporationsprivileg, waren die rechtlichen Grundlagen geschaffen.

In den allmählich umgestalteten Rahmen des öffentlichen Rechts wurde das fortschreitende Gewerbewesen in einer gegen früher veränderten Weise eingegliedert. Die neuen Erfindungen und Betriebsformen, die seit der zweiten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts auftraten, die neuen Kunstfertigkeiten, die von Land zu Land verpflanzt wurden [2], standen abseits vom Zunftverbande; sie suchten zunächst den persönlichen Schutz und nicht den genossenschaftlichen.

Die Wandlungen des Zunftwesens, die unsere Darstellung zu verfolgen hatte, gelangen hier an einen tiefgehenden Abschnitt. Die Grundlage der Zunft in ihrer ersten verfassungsrechtlichen wie in ihrer späteren gewerberechtlichen Bedeutung war eine rein genossenschaftliche. Diesem korporativen Recht sahen wir in ununterbrochenem Vorschreiten das absolute Recht des Staates entgegentreten. Die nach neuen Richtungen und Formen drängende Gewerbethätigkeit fand nunmehr eine gesicherte und ehrenvolle Stellung aufserhalb des Zunftverbandes. Eine neue Unzünftigkeit bildete sich aus, die der mittelalterlichen Verfassung

[1] S. oben S. 42, 240 und 268.
[2] S. oben S. 316.

fremd war und die jetzt, durch individuelles Privileg geschützt, der Zünftigkeit an Recht und Ehre nichts nachgab. Der Gegensatz, in den die Zunft hier zu den gewerblichen Künsten und Fertigkeiten trat, war nicht mehr ein äufserer, sondern er war grundsätzlicher Natur. Die Zunft, eine ständische Institution, beruhte durchaus auf der gemeinsamen Kenntnis, auf der gemeinsamen Arbeit, auf der gemeinsamen Erfahrung. Die neuen Betriebe und Betriebsformen verkörperten von alledem das Gegenteil; sie gewährten den individuellen Schutz; sie wurden die natürlichen und bleibenden Gegner des genossenschaftlichen Zusammenschlusses.

Während demnach die Unzünftigkeit bis dahin nur äufsere und subjektive Ursachen hatte, wurde sie nunmehr getragen von neuen Bildungen der Verfassung und des gewerblichen Lebens. Eine neue Gewerbethätigkeit entstand, die gerade vermöge der ihr zugewiesenen Stellung unzünftig sein konnte, und die teils unter persönlichem Privileg, teils als freie Kunst ausgeübt wurde. Allerdings haben die neuen Kunstfertigkeiten, nachdem sie sich weiter verbreitet hatten, späterhin vielfach den Zunftverband angenommen; zum Teil mufste dies schon wegen der dem Gewerbe obliegenden gemeinnützigen und mildthätigen Verpflichtungen und der allgemeinen Verwaltungsaufgaben geschehen[1]. Indes das Personalprivileg und die Freiheit vom Zunftverband gestalteten sich von jetzt ab zu einer der wichtigsten Grundlagen für das Gewerbewesen und zu einem Träger der gewerblichen Neubildungen.

Die vorerwähnte Bezeichnung freie Kunst hängt weder mit dem Begriff der sogenannten artes liberales, noch überhaupt mit dem Begriff der Kunst im heutigen, gesteigerten Sinn des Wortes zusammen[2]. Das Handwerk wird schon seit dem dreizehnten Jahrhundert in den Urkunden als ars und scientia bezeichnet, und diese Benennung ist ihm durch das ganze Mittelalter und bis weit in die Neuzeit hinein verblieben[3]. Die freie Kunst (auf dem Beiwort frei liegt der Nachdruck) ist nichts anderes als eine zu Ende des Mittelalters gebildete Bezeichnung für das nicht-zünftige Handwerk, wobei der Nichtzünftigkeit — im Gegensatz zu den schlechthin unzünftigen Gewerben; s. nächste Seite Punkt 2 —

---

[1] S. oben S. 319 und unten S. 329 und 334. Vgl. ferner Geering S. 335/336.

[2] Auch Geering vertritt jene Ansicht S. 323, 327 und 333, richtiger dagegen S. 267.

[3] Noch der Reichsschlufs wegen der Handwerksmifsbräuche von 1731 bedient sich gleichmäfsig des Ausdrucks Künstler und Handwerker: „. . . . . Damit die gute Künstler und Handwercker nicht dergestalten mit denen Zunfft- oder Aufnahms-Kosten übernommen, auch dadurch die Orte selbsten mit kunstreichen und geschickten Leuten sich zu versehen gehindert werden, inmassen einem ieden Stand (d. h. Reichsstand, status imperii) ohne das unbenommen bleibt, mit einem oder andern guten Arbeiter und Künstler nach Gewohnheit der Sache zu dispensiren" u. s. w. Schmaufs, Corpus juris publici S. R. Imperii acad. Aufl. von 1794 S. 1387. Ebenso in den französischen Urkunden.

keinerlei Anrüchigkeit anhaftet. Die freie Kunst ist ebenso ehrlich wie das zünftige Handwerk.

In den sprachlich gleichstehenden Worten ars liberalis und freie Kunst sind zwei dem Sinne nach gänzlich verschiedene Begriffe enthalten. Der römische Begriff der ars liberalis bezeichnet die (nach damaligen Anschauungen) eines freien Mannes würdige Beschäftigung; der gegen Ausgang des fünfzehnten Jahrhunderts gebildete Begriff der freien Kunst dagegen bezeichnet ein nicht-zünftiges Handwerk. Den Gegensatz zur römischen (bezw. scholastischen) ars liberalis bildet das um des Lohnes willen betriebene Gewerbe (ars illiberalis, quaestus illiberalis oder sordidus, Beschäftigung der Sklaven und der niederen Stände); den Gegensatz zu der mittelalterlichen freien Kunst bildet einerseits das zünftige, andererseits das schlechthin unzünftige und deshalb unehrliche Handwerk.

Die Bezeichnung „freie Kunst“ ist also nur ein technischer Ausdruck, der in einer Zeit der strengen Zünftigkeit besagt, dafs ein bestimmtes, obwohl frei betriebenes Handwerk den zünftig organisierten ebenbürtig sein soll. Der Ausdruck Kunst bedeutet hierbei keineswegs etwa ein höheres Ziel oder ein höheres Ansehen gegenüber dem Handwerk; die Kunst im gesteigerten Sinne des Wortes stand am Ende des fünfzehnten Jahrhunderts in Frankreich und Deutschland in keiner Weise über dem Handwerk, noch auch nur getrennt von ihm.

Mit Rücksicht auf die Zünftigkeit unterscheiden sich demnach seit dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts Handwerk und Gewerbe nach drei Richtungen:

1. das zünftige Handwerk, die zünftige Kunst, ars, scientia,
2. das unzünftige und darum unehrliche Gewerbe (Schäfer, Abdecker, an einzelnen Orten Leinenweber, Müller u. a.),
3. die freie Kunst, d. i. das zwar unzünftige, aber gleichwohl ehrliche Handwerk [1].

Der Begriff der freien Kunst bildet also die aus den veränderten Zeitverhältnissen hervorgegangene Ergänzung zu dem Begriff der zünftigen Ehrlichkeit, der seit dem vierzehnten Jahr-

[1] Geering, dessen Arbeit sonst nur volle Zustimmung verdient, kommt mehrfach auf die fehlerhafte Ableitung der freien Kunst von den artes liberales zurück. In Basel, von dessen Verhältnissen G. ausgeht, wurden die Buchdrucker, dann die Papierer und weiterhin die welschen Sammet- und Seidenweber als freie Künste bezeichnet. G. gelangt deshalb zu der Annahme, dafs das Wort freie Kunst eine wechselnde Bedeutung gehabt und zu verschiedenen Zeiten (es handelt sich um einen Zwischenraum von ca. 80 Jahren) geradezu entgegengesetztes bezeichnet habe (S. 334). Das ist aber für jene Zeit nicht der Fall; die Schwierigkeit, auf die G. hier stöfst, entspringt nur der Zusammenziehung der artes liberales und der freien Kunst zu einem Begriff. Die Buchdrucker, Papierer und Samtweber übten durchweg keine artes liberales aus; dagegen betrieben sie sämtlich eine freie, d. h. zu damaliger Zeit unzünftig ausgeübte Kunst oder ein freies Gewerbe.

hundert zur Herrschaft gelangt war (s. oben S. 241). Auch gegenüber solchen freien, aber trotzdem ehrlichen Hantierungen gebrauchen die Urkunden ganz gleichmäfsig die Bezeichnung Kunst, Handwerk, Gewerbe im deutschen, art, métier, artifice im französischen[1]. Kunst und Handwerk sind hier noch eines[2].

Als eine der ersten unter den neuen Erfindungen, die teils mit Personalprivileg, teils als freie Kunst ausgeübt wurde, ist die Buchdruckerkunst zu bezeichnen. Die ersten deutschen Drucker kamen im Jahre 1470 auf Veranlassung von Johann Heinlin, Prior der Sorbonne, und Wilhelm Fichet, nach Paris; es waren Ulrich Gering aus Konstanz, Martin Krantz und Michel Freiburger aus Kolmar. Ihnen folgten im Jahre 1473 Peter Kaiser und Johann Stoll und später noch Berthold Remboldt aus Strafsburg. Gering und seine Genossen stellten ihre Pressen zunächst in der Sorbonne selbst auf, verlegten ihre Officin indes schon im Jahre 1473 nach dem Hause zur goldnen Sonne in der Rue Saint-Jacques[3].

In Paris bestand eine Buchhändlerzunft von vierundzwanzig Mitgliedern, die von alters her der Universität angegliedert waren[4]. Schon zu Beginn des sechzehnten Jahrhunderts hatte ein Teil dieser Buchhändler den Buchdruck unternommen[5]. Späterhin wurde das gesamte Pariser Buchdruckergewerbe zünftig; Buchdrucker und Buchhändler bildeten, unter der Bezeichnung Libraires-Imprimeurs, eine einzige Zunft[6]. Zu Ende des sechzehnten Jahrhunderts, im Jahre 1583, beanspruchten die Pariser Drucker, dafs sie nicht zu den Mestiers méchaniques[7] zu rechnen seien und dafs ihr Gewerbe deshalb von der im Jahre 1581 verfügten Schaffung von Königsmeistern[8] zu be-

---

[1] Vgl. bezüglich der Buchdruckerkunst: „angesehen, dafs dieser Gewerb frei und der Stadt nützlich sei". A. 1508. Geering S. 334; ferner hier unten S. 335 Anm. 3.

[2] In diesem Zusammenhang mit der Standesauffassung der Handwerker sei hier bemerkt, dafs die Handwerker gerne darauf hinzeigten, wie Gott selber ihren Beruf unter die vornehmsten erhoben und besonders geheiligt habe. Deus loquitur formulis opificum, heifst es bei Struvius (Systema jurisprudentiae opificiariae, Lemgo 1738, Band I S. 15), und zahlreiche Belegstellen aus der Schrift werden hierfür gegeben, so 1. Mos. 3 v. 21, Ps. 8 v. 4, Jes. 45 v. 9, 64 v. 8, Klagl. 4 v. 2, Spr. 8 v. 30, Sir. 33 v. 13. Vgl. hierzu noch Ps. 19 v. 2: die Veste verkündiget seiner Hände Werk.

[3] Histoire de l'Imprimerie (Paris 1689) chez de la Caille S. 53 ff.; Félibien, Histoire de Paris, Paris, Bd. 4 S. 851 ff.; Mét. 3 S. 696; Lorck, Handbuch der Geschichte der Buchdruckerkunst, Leipzig 1882, 1 S. 65.

[4] Félibien a. a. O. Mét. 3 S. 694 ff.

[5] Ihre Namen, sowie die aller anderen Pariser Drucker von 1469 bis 1689 giebt die in der vorletzten Anmerkung citierte Schrift Histoire de l'Imprimerie. Vgl. auch das Privileg von 1513, Mét. 3 S. 705.

[6] Mét. 3 S. 696.

[7] S. oben S. 288.

[8] S. unten 2. Kap.

freien sei[1]; ein Anspruch, der wenig später auch von den Six Corps marchands[2] erhoben wurde[3].

Das Personalprivileg bildete im übrigen von jetzt ab die zumeist angewandte Form, in der das Königtum neue Gewerbe heranzog. Bei den Unternehmungen, vermittelst deren die Könige von Frankreich seit dem sechzehnten Jahrhundert neue Kunstfertigkeiten in das Land einführten, gelangte regelmäfsig das Personalprivileg zur Anwendung. Der Gewerbebetrieb durch persönlich privilegierte Unternehmer wuchs seitdem zu immer gröfserer Bedeutung[4].

Unter den Unternehmungen aus der ersten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts ist insbesondere hervorzuheben die Wiederaufnahme und glückliche Durchführung der im Jahre 1470 abgebrochenen Versuche zur Herstellung der Luxusstoffe (drap d'or, drap de soie) und Seidensammete in Lyon[5].

Nach der von Ludwig XI. befohlenen Wegverlegung der Manufaktur waren einige wenige Seidenweber in Lyon zurückgeblieben, die einen kleinen Betrieb ihres Gewerbes fortsetzten, wie denn auch schon vor Beginn des Unternehmens Ludwigs XI. die Weberei in kleinem Umfang in Lyon vorhanden gewesen war[6]. In einer an den König gerichteten Denkschrift des Jahres 1528, worin der Stadtrat über die schweren Zeitläufte klagt, ist ausgesprochen, dafs in der Stadt keinerlei Manufaktur, sei es von wollenem Tuch oder von Seidenstoffen, Kram- und Wirkwaren, Teppichen u. dgl. bestehe[7]. Aus anderweiten Berichten ergiebt sich, dafs die Seidenweberei, wenn auch ohne gänzliche Unterbrechung, so doch nur in kleinem Mafsstabe fortbetrieben wurde[8]. In den dreifsiger Jahren des sechzehnten Jahrhunderts, unter Franz I., wurden die Veranstaltungen getroffen, welche die Stellung Lyons in der Seidenindustrie begründeten.

Die hierfür unter Franz I. ergriffenen Mafsnahmen sind verschieden von dem zuvor geschilderten Verfahren Ludwigs XI.

---

[1] Isamb. 14 S. 548.
[2] Oben S. 287.
[3] Königsm. S. 60.
[4] Vgl. Levasseur II, Pigeonneau II S. 61 ff. und die daselbst gegebenen Beispiele.
[5] S. oben S. 317. Vgl. Hintze und Pariset a. oben S. 316 Anm. 5 a. O.
[6] S. oben S. 317 Anm. 1.
[7] Ladicte ville n'a aulcune magniffacture soit de drapperye de laine, de soye, de mercerye, bonneterye, quinquanerye, tapisserye, ni aultres que ont les aultres bonnes villes et pays de ce royaulme comme Paris Rouen Bourges Tours Anjou Champaigne Languedoc Provence et aultres. De Valous S. 30.
[8] De Valous S. 31 und 51. Nach einem von Valous beigegebenen Anhang (troisième Note sur les origines de l'Industrie de la soie en France) wurden im Jahre 1493, also 24 Jahre nach der Wegverlegung unter Ludwig XI., in Lyon sechzehn Seidenweber gezählt.

Die Anregung zur Errichtung der Manufaktur ging diesmal von Lyon selbst und insbesondere von privaten Unternehmern aus. Zwei eingewanderte Piemontesen, Etienne Turquet, Grofskaufmann und einer der Vorsteher der allgemeinen Armenpflege, und neben ihm Barthélemy Naris, fafsten den Plan, die Anfertigung von Goldstoffen und von Sammet in Lyon heimisch zu machen. Turquet, der als die treibende Kraft bei dem Unternehmen erscheint, wandte sich im Jahre 1536 an den Lyoner Stadtrat mit dem Vorschlag, italienische Arbeiter heranzuziehen, vorausgesetzt, dafs denselben gewisse Privilegien, insbesondere die Freiheit von Abgaben, zugesichert würden [1]. Der Stadtrat, bei dem insbesondere Mathieu de Vauzelles, Doktor der Rechte und Ratsadvokat, als Fürsprecher Turquets auftrat, ging auf die Anerbietungen ein und beschlofs, eine Eingabe an den König zu senden und seine Zustimmung zu erbitten, „dafs die Aufrichtung des Gewerbes der Goldstoff- und Seidenzeugweberei durch Berufung fremder Arbeiter nach Lyon ins Werk gesetzt werde". Franz I. zeigte sich dem Vorhaben Turquets um so eher geneigt, als hierdurch ein schwerer Schlag gegen die damals dem König feindliche Stadt Genua, einen Hauptsitz der Weberei von Luxusstoff, geführt werden konnte.

Im Oktober 1536 erging das königliche Privileg, auf dessen Grundlage die Lyoner Seidenmanufaktur errichtet wurde [2]. Das Privileg ist der Eingangsformel zufolge ausgestellt auf die Fürbitte der Ratsherren von Lyon. Franz I. erinnert zunächst an die gleichartigen Bestrebungen Ludwigs XI. zu Gunsten von Tours und an die damals erteilten Privilegien und Freiheiten für die aus Genua und anderen italienischen Städten einwandernden Arbeiter. Der grofse Erfolg dieser Mafsnahmen, sowie die Erwägung, dafs „die aufrührerischen und unbotmäfsigen Genuesen durch den Verkauf der hochwertigen Stoffe Jahr für Jahr gegen eine Million Goldthaler aus dem Königreich ziehen", veranlassen den König, dem Etienne Turquet, Bartholomeus Naris und deren Genossen ein von ihnen erbetenes Privileg zu erteilen. Es sollen darnach die fremden Handwerker und Arbeiter die volle Rechtsfähigkeit der Inländer haben in dem Erwerb beweglichen und unbeweglichen Vermögens, in der Vergabung zwischen Lebenden und auf den Todesfall, unter Befreiung vom Fremdlingsrecht. Sie sollen ferner auf Lebenszeit [3] befreit sein von allen Auflagen und Abgaben, von der Verkaufsabgabe von zwölf Denaren und von der Weinsteuer [4] für die Verkäufe ihres eigenen Besitzes und Wachstums, so lange sie in Lyon selbst ihren Wohnsitz haben. Wegen der grofsen Auslagen, welche Turquet, Naris

[1] De Valous S. 36 f.
[2] Abgedruckt bei de Valous S. 38 ff.
[3] In dem Privileg Ludwigs XI. für Lyon war s. Z. nur eine zwölfjährige Befreiung vorgesehen; s. oben S. 317.
[4] S. oben S. 180 Anm. 2.

und Genossen für die Übersiedelung zu leisten haben, sollen die von ihnen herangezogenen Arbeiter verpflichtet sein, für die Dauer des vereinbarten Arbeitsvertrags ausschliefslich für die vorgenannten Unternehmer und für niemand anders zu arbeiten [1]. Die von der Manufaktur hergestellten Stoffe sollen mit dem Stadtsiegel gestempelt werden.

Von den älteren Verordnungen für Lyon und Tours unterscheidet sich das vorliegende Privileg sowohl durch die Form wie durch den Inhalt. Ein königlicher Befehl zur Errichtung der Manufaktur liegt hier überhaupt nicht mehr vor. Nachsuchende des Privilegs sind die Ratsherren von Lyon; als Privilegierte erscheinen zunächst Turquet, Naris und Genossen, ohne dafs diesen indes ein ausschliefsliches Recht auf die Anfertigung der Luxusstoffe erteilt wird [2]. Diesen Verhältnissen entsprechend, fehlt sowohl der königliche Finanzrat wie die königlichen Verwaltungsbeamten, die wir zuvor unter Ludwig XI. mit der Errichtung der Manufaktur beauftragt fanden [3]. Die — auch jetzt unentbehrliche — Anteilnahme und Thätigkeit des Königs besteht nunmehr in der Gewährung des Privilegs selber, in der Förderung des Unternehmens durch die Landesverwaltung und in der Verleihung von Freiheiten und Vorrechten für die Unternehmer und für die Arbeiter [4].

Die Stadt wird jetzt nicht mehr durch den König unmittelbar zu Leistungen herangezogen. Dagegen verlangen jetzt die Unternehmer sowohl die moralische wie die materielle Unterstützung der Stadt. Turquet ersuchte um Übernahme der Kanzleigebühren für die Privilegienausfertigung auf den Stadtsäckel, eine Bitte, auf die der Stadtrat wegen der auf seinen Antrag umgeänderten Fassung des Privilegs einging [5]. Mit Rücksicht auf die grofsen Vorschüsse, sowie auf die erheblichen Auslagen, welche für die Betriebseinrichtungen, als Farbkessel, Spinn- und Zwirnmühlen, sowie für den Ankauf der Seide zu leisten waren, beantragten Turquet und Genossen ferner die Hingabe einer entsprechenden Geldsumme seitens der Stadt zur Unterstützung des schwer belasteten Unternehmens. Turquet

---

[1] Et pour ce que lesdits Turquet Naris et compaignons feront grans frais pour avoir et faire venyr lesdits ouvriers en nostredite ville de Lyon voullons et entendons que lesdits ouvriers ne puyssent besongner que pour lesdits Turquet Naris et compaignons qui les auront faict venir mesme dedans le temps qu'ilz auront accordé et convenu avec eulx. De Valous S. 40.

[2] S. unten S. 333 Anm.

[3] S. oben S. 317.

[4] Vgl. auch de Valous S. 55.

[5] In der Begründung der Bitte heifst es: attendu qu'il (Turquet) avoit obtenu lesdites lectres à son nom et le Consulat a voullu qu'elles soient au nom du Consulat ce que à esté fait; de Valous S. 47. Für die Ausfertigung wurden 91 livres 17 sols 10 den. Gebühren bezahlt. A. a. O. S. 48 Anm. 87.

veranschlagte die ihm zur Durchführung des Betriebs notwendigen Gelder auf 500 bis 600 Thaler als Rückerstattung seiner baren Vorschüsse für die Übersiedelung der Arbeiter und für die Erlangung des Privilegs, ferner 600 Thaler zur Bezahlung der Einrichtungskosten und 1000 Thaler für die Materialankäufe. Nachdem dem Stadtrat einige in Lyon angefertigten Stücke Seidensammet vorgelegt worden waren, verstand er sich unter ausdrücklicher Anerkennung, dafs Turquet der erste Erfinder und Urheber der neuen Manufaktur sei, zu der Bewilligung von fünfhundert Goldthalern, zahlbar in fünf jährlichen Raten[1, 2].

Von grofser Wichtigkeit für das Gedeihen des Unternehmens war es ferner, dafs die Anstalten der allgemeinen Armen- und Waisenpflege in den Dienst der Manufaktur gestellt wurden. Auf Antrag Turquets wurde für die Rechnung der Armenpflege zunächst im Viertel Saint-Georges ein Raum gemietet und eine Lehrerin angestellt, welche die Mädchen des Stadtviertels im Haspeln unterwies[3]. In der Folge wurden in den übrigen Stadtvierteln und in den Spitälern gleichfalls Lehrerinnen angenommen, um die Mädchen im Seidenhaspeln anzulernen. Eine ganze Reihe von Beschlüssen der Armen- und Waisenverwaltung beschäftigte sich in den ersten Jahren der Einrichtung der Manufaktur (1537 und folg.) mit den Angelegenheiten der Seidenhaspelei. Insbesondere untersagte ein Beschlufs des Jahres 1539,

---

[1] Considerans lesdits seignieurs conseilliers que ledit Turquet a esté premier inventeur et aulteur d'avoir faict dresser lesdits mestiers, faict venir lesdits ouvriers qui jà commencent à besoigner et ont faict quelques pieces de draps de veloux qui ont esté aportées cy esté veues au present Consulat. De Valous S. 47.

[2] Einige Monate später liefs der Stadtrat auch drei Sammetwebern, die ein von ihnen gefertigtes Stück Sammet vorlegten, eine Belohnung auszahlen pour le vin et donner couraige de continuer ladite facture de veloux. De Valous S. 48. — Im Jahre 1539 wandte sich ein Handwerker Namens Gilbert aus Cremona an die Stadtbehörde mit der Angabe, dafs er nebst seinem Vater Christoph schon seit zwanzig Jahren in Lyon Sammet arbeite, und ersuchte um Gewährung der den fremden Arbeitern zustehenden Abgabenfreiheit. Auf die Befürwortung Turquets wurde das Gesuch Gilberts bewilligt. De Valous nimmt S. 51 an, dieser Gilbert sei eigentlich ein Rival Turquets in der obenerwähnten Eigenschaft des ersten Erfinders und Urhebers der neuen Manufaktur. Dies ist indes nicht der Fall. Gilbert war nur ein Webermeister, wie deren seit den ersten Versuchen unter Ludwig XI. stets einige in Lyon geblieben waren (s. oben S. 330); vermutlich arbeitete er für Turquet selbst, wie sich aus dessen Befürwortung des Gesuchs schliefsen läfst. Gilbert liefs seine Seide noch im Jahre 1538 in Saint-Chamond haspeln und zwirnen, s. unten S. 334 Anm. 3.

[3] Après ceque le sieur Estienne Turquet a remonstré auxdits sieurs qu'il est tous les jours après de remectre sus la manufacteure des veloux en ceste ville ce qu'il ne peult bonnement faire sans quelque petite aide de l'aulmosne et qu'il est très necessaire louer une chambre au couste de Sainct George pour mectre une maitresse qu'il est deliberé faire venir de Sainct Chaulmont pour monstrer aux filles dudit cartier à devuider la soye. De Valous S. 44.

die für Etienne Turquet arbeitenden Kinder und Mädchen während der Dauer ihrer Verpflichtung diesem wegzunehmen[1]. Öfters wurden auch Waisenknaben als Lehrlinge bei einem der für Turquet arbeitenden Meister untergebracht[2].

Seit dem Jahre 1538 nahm die Manufaktur immer gröfseren Aufschwung. Neue Unternehmungen wurden am Orte gegründet; Handwerksmeister aus anderen Webereistädten verlegten ihren Wohnsitz nach Lyon. Die königlichen Steuerfreiheiten wurden jedem zugestanden, der an der Manufaktur unmittelbar beteiligt war, gleichviel ob als Verleger oder als Handwerksmeister oder Arbeiter. Die Stadt gewährte aufserdem in einzelnen Fällen Umzugskosten[3] oder unterstützte die Zuziehenden durch Hergabe von Grundstücken zum Bau von Seidenmühlen und Werkstätten[4]. Die für den Verlag erforderlichen gröfseren Kapitalien wurden durch Beteiligung und Einlagen bei den einzelnen Unternehmungen beschafft. Turquet selbst nahm im Jahre 1538 achttausend Livres auf, die ihm von verschiedenen Geldbesitzern in Anteilen von tausend Livres und darunter ins Geschäft gegeben wurden[5]. Die Gesellschaft wurde indes schon in den folgenden Jahren wieder aufgelöst[6]. Die Geldversorgung war auch in den nächsten Jahren ungenügend und mit Schwierigkeiten verknüpft[7].

Bis hierher waren Meister, Arbeiter und Unternehmer nur einzeln privilegiert worden. Im Jahre 1540 trat die Sammet- und Seidenweberei in die Reihe der zünftigen Gewerbe. Die Sammetweber (veloutiers), wie sie nach dem von ihnen zumeist hergestellten Erzeugnis bezeichnet wurden, empfingen ein Zunftstatut und wurden als die vierte unter den Zünften, hinter den Tuchern, Notaren und Kaufleuten, eingereiht[8]. Im Jahre 1553 beschäftigte die Lyoner Manufaktur mehr als zwölftausend

---

[1] A esté ordonné que l'on ne porra hoster au sieur Estienne Turquet faisant le trainct des veloux en ceste ville aucung enfant qui aura esté soulz sa charge durant ce qu'il fera ledit trainct ny pareillement les filles de Sainte-Catherine Bourgneuf Sainct George ni du grant hospital. De Valous S. 46.

[2] . . . ont esté mis à maistre avec le sieur Estienne Turquet à cinq ans pour apprehendre à faire les veloux ordonné que durant ledit bail ils seront habillés aux despans de l'aulsmosne selon leur estat. De Valous S. 49.

[3] So an Christoph aus Cremona und seine Söhne Gilbert und Andreas für die Verlegung ihrer Zwirnmühlen von Saint-Chamond nach Lyon; de Valous S. 35 Anm. 108. Unter den Zugezogenen wird im Jahre 1541 auch ein deutscher Seidenmühlenbauer, Nicolaus Leyderel mit Namen, erwähnt; eb. S. 55.

[4] De Valous S. 57.

[5] De Valous S. 53.

[6] Vgl. das erste Supplément zu de Valous S. 69, sowie S. 59 Anm. 121.

[7] De Valous S. 54 und Anhang S. 70. Über die Vermögensverhältnisse Turquets vgl. eb. S. 69.

[8] De Valous S. 58.

Köpfe[1]. — Die Nachrichten über Turquet selbst brechen mit dem Jahre 1543 plötzlich ab. Es bestehen Gründe für die Vermutung, daſs Turquet gleich anderen Zeitgenossen, denen Frankreich groſse Fortschritte im Gewerbewesen verdankt, wie Bernhard Palissy u. a., zum Protestantismus übergetreten und daſs dieser Glaubenswechsel nicht ohne schwere Folgen für sein Leben geblieben ist[2].

Erwähnenswert ist noch ein Personalprivileg aus der Zeit Heinrichs II. für zwei italienische Fayence-Töpfer, Julien Gambyn und Domenge Tardessir, gebürtig aus Faënza, eingewandert nach Lyon. Gambyn und Tardessir hatten unternommen, in Lyon Fayence-Töpferwaren anzufertigen „als eine freie Thätigkeit, die allezeit jedem Fremden erlaubt ist, der nach Frankreich Mittel und Übung irgend einer ungekannten Kunst oder Fertigkeit mitbringt“[3]. Dem Gewerbebetrieb jener beiden widersetzte sich Jehan Francisque aus Pesaro auf Grund eines älteren Privilegs. Francisque hatte s. Z. vor dem König angegeben, daſs die Erfindung der Kunst und Fertigkeit der Fayencerie durch ihn in Frankreich gemacht worden sei[4]. Daraufhin hatte er ein königliches Privileg erhalten, das ihn zur alleinigen Anfertigung jener Töpferwaren in Lyon berechtigte. Es sei hierbei darauf hingewiesen, daſs nach dem Sprachgebrauch jener Zeit das Wort Erfindung, invention, nicht nur die erstmalige Auffindung und Hervorbringung einer neuen Kenntnis überhaupt bezeichnet, sondern ebenso auch die erstmalige Übertragung nach einem Lande, dem die Kenntnis bis dahin noch fremd war. Wie hier Jehan Francisque aus Pesaro, wurde auch, wie wir zuvor sahen, Etienne Turquet als Erfinder angesprochen[5].

Francisque behauptete ferner, daſs er in den verflossenen zwanzig Jahren, seit denen er sein Gewerbe in Lyon ausübte, groſse Aufwendungen und Auslagen zu machen hatte; die Urkunde Heinrichs II. stellt dagegen fest, daſs er sich in Wirklichkeit vermöge seines Alleinrechts Reichtum erworben habe. Da nun Gambyn und Tardessir die vollste Kenntnis der Kunst von Faënza besitzen, und durch ihr Unternehmen die Waren billiger,

---

[1] De Valous S. 59.

[2] De Valous S. 59 und 63.

[3] . . . ont pratiqué la commodité de dreisser le trein et mestier de ladicte veisselle comme chose libre et de tout temps permise aux estrangiers apportans en nostre royaulme moyen et pratique de quelque art ou mestier encores peu cogneu en icelluy. Urkunde Heinrichs II. (1547—1559), veröffentlicht durch den Grafen de la Ferrière-Percy, Une fabrique de Fayence à Lyon sous le Règne de Henry II., Paris 1862, S. 13.

[4] Le dict (Francisque) de Pezaro nous auroit faict entendre l'invention du dict art et mestier avoir esté par luy trouvé en nostre dict royaulme.

[5] S. oben S. 333.

auch infolge des Wettbewerbes schöner und reicher ausgeschmückt werden würden [1], so vernichtet der König, nach dem Gutachten des Lyoner Stadtrats, das Alleinrecht des Francisque. Den beiden Handwerkern aus Faënza aber wird das persönliche Privileg erteilt, dafs „sie des Standes, der Kunst und Fertigkeit eines Töpfers gebrauchen mögen gleich den übrigen (d. i. einheimischen) Töpfern der Stadt Lyon“ [2].

Im Jahre 1555 wandte sich ein gewisser Sebastian Griffo aus Genua an die Stadtbehörden von Lyon mit dem Erbieten, er wolle sich in Lyon niederlassen und italienische Arbeiter herüberziehen, um die Töpferei — bemerkenswerter Weise hier manufacture de terre genannt — einzurichten. Wegen der Kosten und Vorschüsse verlangte Griffo die Freiheit von allen Steuern, Abgaben und Lasten. Mit Rücksicht auf die für die Stadt zu erwartenden Vorteile entschlofs sich der Rat, dem Griffo ein Privileg mit voller Steuerfreiheit für zwei Jahre zu erteilen, unter der Bedingung, dafs er die Übersiedelung italienischer Arbeiter übernehmen und die Manufaktur in Gang bringe und im Betrieb erhalte [3].

(Von dem gewerblichen Personalprivileg, das im alten Staat die Person des Privilegierten schützt und seinen Stand begründet, ist zu unterscheiden das persönliche Privileg, das lediglich das Recht an einer Sache schützt. Frühzeitig wurde Druckern und Verlegern Schutz gegen den Nachdruck der von ihnen herausgegebenen Werke gewährt [4]. Das Urheberrecht des Verfassers steht hierbei zunächst nicht oder nicht vorzugsweise in Frage; häufig wurde der Schutz für den Druck und den Verlag

[1] En quoy oultre la decoration et proffit que tel traffict apporte, ladicte veisselle sera vendue à meilleur pris et l'un à l'envy de l'aultre mettront peyne à la decorer et embellir. A. a. O. S. 14.

[2] Nous permettons accordons et octroyons aux dictz exposans qu'ilz puissent exercer ledict estat, art, mestier de potier de terre, doresenavant dresser train, oeuvres et autres choses necessaires audict mestier ayant la mesme liberté et faculté que les autres artisans de nostre dicte ville sans qu'ils puissent estre troublez ne empeschez au moyen des deffences pourtées par nos dictes lettres obtenues par le dict (de) Pezaro lesquelles comme contraires à la liberté de nos dictz subjectz et contre autres privillèges des dictes foyres et pour autres consideracions susdictes nous avons levés et ostés de nostre plaine puissance et auctorité royale. A. a. O.

[3] A esté ordonné et accordé avec ledict Griffo présent et acceptant, le tenir franc quicte et exempt durant deux ans prochain venant de tous aydes subsides gabelles et aultres droictz et debvoirs accoustumez lever en ceste dicte ville pour raison d'icelle manufacture, mesmes de l'entrée du vin pour huict battes pour chacun an, durant lesdictz deux ans que le dict Griffo sera tenu comme il a promis et promect, besoigner et ouvrer actuellement en ceste dicte ville et y attraire la dicte manufacture et ouvraige de terre et pour ce faire venir en ceste dicte ville des ouvriers du pays d'Ytallie et prendre des enfans de l'haulmosne pour faire besoigner esditz ouvraiges de terre à ce que par cy après la dicte manufacture soit entretenue en ceste dicte ville. Veröffentlicht bei de la Ferrière-Percy a. oben S. 335 Anm. 3 a. O.

[4] Vgl. O. Wächter, Das Verlagsrecht, Stuttgart 1857, Band 1 S. 7.

von Werken längst verstorbener Autoren erteilt. Ein Privileg, das den Verlegern den Alleinverkauf der von ihnen im Jahre 1509 herausgegebenen Werke des Lucas de Penna [um 1350] für drei Jahre zusicherte, bringe ich in der Anmerkung zum Abdruck[1]. Vgl. ferner das Privileg für den Druck und ausschliefslichen Verkauf der Coutumes de France auf drei Jahre zu Gunsten des Jean de Lagarde A. 1516, Isambert Band XII S. 103; ferner das dreijährige Privileg zu Gunsten der Kalandrierer Peter Gestin und Robert de la Roche für Neuerungen an einem Kalander A. 1544, Thierry Band 2 S. 620.)

Während somit für die individuellen Unternehmungen sich immer freiere Formen herausbilden, schwillt das Korporationsprivileg, das Privileg der Zünfte, in dieser Zeit zu unförmlicher Breite an. Ich habe früher hervorgehoben[2], dafs die Erweiterung der schriftlichen Aufzeichnung ein sicheres Kennzeichen für das Schwinden der Selbstsatzung im Handwerk ist. Während des sechzehnten Jahrhunderts hatte das Recht der Selbstsatzung thatsächlich aufgehört; die schriftliche Aufzeichnung der Zunftrechte wurde zu einer Notwendigkeit. Das Zunftstatut giebt nunmehr eine peinlich genaue Aufzählung aller einzelnen Gegenstände und Fabrikationsmethoden, die zu dem Betrieb des Handwerks gehören. Auch die geringfügigste Einzelheit scheint der Niederschrift und der obrigkeitlichen Bestätigung bedürftig. Wir können sagen, dafs das Zunftstatut bis ins vierzehnte Jahrhundert in der Hauptsache aufzeichnete, was verboten war; im sechzehnten Jahrhundert mufs alles aufgezeichnet werden, was erlaubt ist[3].

Zu den einzelnen Materien unserer Darstellung haben wir den Zunftstatuten die folgenden Annahmen zu entnehmen.

Die Vorschriften über das Lehrlingswesen, über die Zahl und Dienstjahre der Lehrlinge, zeigen wenig Veränderung. Die Pariser Statuten erwähnen jetzt häufiger die nichtzünftigen

---

[1] Perpendens Parrhisiensis consistorij venerabilis curia novitatem operis excellentissimi domini Luce de Penna in tres ultimos libros codicis pro quo characteribus impressoriis exarando innumerabiles pecunias effuderunt mercatores Johannes Parvus Parrhisiensis et Petrus de Sartieres Bitturicensis qui (ut opus ipsum diligenti previa castigatione imprimeretur) nummis nullo pacto pepercerunt. Diversa quesierunt exemplaria. Impressores et correctores quos hac in arte peritos censuerunt mercede condigna conquisierunt. illos non sine magna consilij maturitate visis inhibitionibus et arrestis in simili casu antea concessis tali donavit privilegio. Inhibuit enim et inhibet ipsa curia regio nomine ut nullus huius regni gallicani impressor aut alius quicunque opus hoc imprimere aut imprimi facere seu alibi impressum vendere audeat seu presumat ante lapsum trium annorum a data presenti computandorum sub pena publicationis seu confiscationis dictorum librorum et mulcte seu emende arbitrarie. Ausgabe Paris 1509, Schlufsblatt.

[2] Oben S. 90 und 239.

[3] Vgl. als Beispiele der Zunftstatuten jener Zeit etwa Mét. 2 S. 645, S. 146 und Mét. 1 S. 386.

Handwerker in den Vorstädten. Diesen mangelte die Fähigkeit, Lehrlinge heranzubilden; wenn der vorstädtische Handwerker gleichwohl einen Lehrling annahm, so mufste dem eintretenden vorher bekannt gegeben werden, dafs ihm diese Lehrzeit nicht angerechnet werde, wenn er etwa späterhin zur zünftigen Arbeit übertreten wolle[1].

Gegenüber den Gesellen gelangen zwei zünftige Forderungen, deren Anfänge wir im voraufgehenden Abschnitt kennen lernten, jetzt zu voller Durchführung; es sind dies die beiden Ansprüche der örtlichen Lehrzeit und der Mut- und Sitzjahre.

Die ersten, der Wende des vierzehnten Jahrhunderts entstammenden Versuche, eine örtlich bestandene Lehrzeit zu fordern, hatten zu keinem dauernden Erfolge geführt[2]. Noch bis in die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts wurden die zünftigen Städte mit Bezug auf die Lehrzeit allgemein als gleichwertig behandelt.[3] Seitdem aber verlangt die Zunft häufiger, dafs der Geselle seine Lehrjahre am Orte selbst abgedient habe, und es gelingt ihr, mit diesem Anspruch allmählich durchzudringen. In Paris wie in den Provinzstädten wird die örtliche Lehrzeit in einzelnen Statuten vorgeschrieben[4]. Mehrfach werden die älteren Statuten während des sechzehnten Jahrhunderts kurzerhand in diesem Sinne abgeändert. Die Pariser Talglichtzieher hatten von früher her nur die Forderung der allgemein zünftigen Lehrzeit[5]; im Jahre 1564 erwirkten sie bei der Bestätigung ihrer Statuten einen Zusatz, der die örtlich bestandene Lehrzeit vorschrieb[6]. Die Pariser Paternostermacher stellten noch in ihrem Statut von 1566 alle zünftigen Städte einander gleich[7]; ein Zusatz des Jahres 1583

---

[1] Ceulx qui usent dudit mestier de fourbisseur, demeurans aux faulxbourgs et banlieue hors Paris, qui ne sont maistres, ne pourront recepvoir, prendre ne retenir aucun apprenty, pour luy aprendre ledit mestier, qu'ils ne luy declarent paravant que le temps qu'il demeurera avecques eulx ne leur pourra profiter nour gaigner la franchise, aux fins d'acquerir puis après la maistrise en la Ville de Paris. Mét. 2 S. 366 Art. 3. Vgl. ferner a. a. O. S. 365 Anm. Art. 3 und S. 385 Art. 4.

[2] S. oben S. 252 und 255.

[3] Mét. 2 S. 544 Art. 7.

[4] Nul ne sera receu maistre dudit mestier de chaussetier, s'il n'a esté apprenty audit Reims l'espace de deux ans entiers. Varin lég. II S. 196 Art. 8. Vgl. ferner a. a. O. II S. 318 Art. 19; für Amiens vgl. Thierry II S. 592 Art. 1.

[5] Qu'il ayt esté apprenty oudit mestier et marchandise à Paris ou ailleurs six ans ou plus. Mét. 1 S. 557 Art. 1.

[6] Vous mandons de fere deffenses aux jurez et maitres de plus recepvoir aucuns maitres dudit mestier qui ayent fet leur apprentissage ailleurs qu'en nostre ville de Paris. Mét. 1 S. 560.

[7] S'il n'a esté apprentis soubs les maistres de ladite ville ou autres villes jurées, le temps et espace de cinq ans entiers. Mét. 2 S. 102 Art. 2.

bestimmte dagegen, dafs nur Gesellen mit örtlich bestandener Lehrzeit angenommen werden dürfen[1].

Die Mut- und Sitzjahre wurden jetzt allgemein gefordert. Den Ursprung der Dienstjahre habe ich zuvor dargelegt und gezeigt, dafs die Sitzzeit zunächst nur gegenüber dem Stadtfremden vorgeschrieben war und dafs sie erst während des fünfzehnten Jahrhunderts auch auf den einheimischen Gesellenstand ausgedehnt wurde[2]. In dem Streben nach schärferer Abschliefsung werden auch hier seit der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts die älteren Statuten einfach abgeändert. So hatten die Goldzieher von Paris in ihrem Statut von 1551 noch keine Bestimmung über die Sitzjahre; der Artikel 20 des Statuts gestattete dem zünftigen Gesellen ausdrücklich den unmittelbaren Erwerb der Meisterschaft[3]. Sechs Jahre später, im Jahre 1557, wurde der Artikel dahin abgeändert, dafs der stadtfremde Geselle künftighin vor dem Meisterwerden ein Jahr am Orte dienen müsse[4].

Die alte Sitzzeit von Jahr und Tag wird jetzt allgemein auf zwei und drei Jahre erhöht, während zugleich der einheimische Gesellenstand regelmäfsig den Sitzjahren unterworfen wird. Der Zeitraum, den der Geselle nach abgelegter Lehrzeit noch zu dienen hat, ist in den einzelnen Städten und Gewerben während des sechzehnten Jahrhunderts noch verschieden. Die Dienstzeit beträgt mitunter ein Jahr, zumeist zwei bis drei, in einzelnen Fällen selbst vier oder fünf Jahre[5].

Schon finden wir zu dieser Zeit die ersten Spuren eines weiteren Mittels, das den Zudrang neuer Meister fern halten sollte; es besteht in der Beschränkung der Meisterzahl. Für die Pariser Goldschmiede wurde im Jahre 1555 vorgeschrieben, dafs die Zahl

---

[1] Que nul maistre dudict mestier ne pourra et ne luy sera loisible de mectre aulcune personne en besongne audit estat, s'il n'y a prealablement fait apprentissaige avec ung maistre de cestedicte ville de Paris. Mét. 2 S. 106 Art. 2.

[2] S. oben S. 249 f.

[3] Quiconque vouldra estre reçeu et passer maistre oudit mestier, estre le pourra s'il est idoyne et sufisant, et pour congnoistre de sa sufisance sera tenu de faire chef-d'oeuvre, tel qu'il lui sera ordonné par lesdits jurez, et si sera par eulx examiné sur les matières, façons, allois et autres choses concernant ledit mestier. Mét. 2 S. 72 Art. 14.

[4] Et oultre, où ung aporentif aura fait sondit temps d'apprentissaige en autre ville jurée et vouldra estre reçeu maistre en ceste ville de Paris, sera tenu au prealable servir chez ung maistre de ceste ville par l'espace d'un an, avant que d'estre reçeu à faire chef-d'oeuvre, afin de connoistre sa preud'homme et experience. Mét. 2 S. 76 Art. 21; s. auch Mét. 3 S. 27 Art. 22, S. 28 Anm. und S. 29 Art. 10.

[5] Mutzeit von einem Jahr: Varin leg. II S. 286 Art. 2 und S. 298 Art. 5; von zwei Jahren: Mét. 2 S. 88 Art. 9; von drei Jahren: Mét. 3 S. 412 Art. 4; von vier Jahren: Mét. 3 S. 286 Art. 1; von fünf Jahren: Mét. 3 S. 457 Art. 1. Varin leg. II S. 378 Art. 2.

der damals vorhandenen Meister künftig als Normalzahl[1] gelten solle. Für die mit Tod abgehenden Meister konnten neue aufgenommen werden; aufserdem durften jährlich nur noch höchstens sechs neue Meister, unter Bevorzugung von Meistersöhnen, zugelassen werden[2]. Das Mittel kam im folgenden Jahrhundert häufig zur Anwendung. —

Die Erhöhung der zunftmäfsigen Gebühren nahm ihren Fortgang. Die Ausgaben, die bei der Aufnahme in die Zunft für Meisterstück, Meistergeld und Meisterschmaus zu leisten waren, überstiegen jetzt längst mehrere hunderte von Livres. Das gesamte Gebührenwesen der Zünfte, die Aufdinggelder, die Beiträge zu den Bruderschaften, wurden schärfer angespannt. Schaugebühren für die Vornahme der gewerblichen Schau wurden jetzt allgemein gefordert[3].

Das Amt der Geschworenen hat indessen an Bedeutung weiter zugenommen und sich zugleich von der Gemeine des Handwerks immer weiter abgesondert. Die Geschäfte der geschworenen Vorsteher, der Jurande, wuchsen stetig an Umfang, je mehr der zünftlerische Betrieb in seinen Einzelheiten reglementiert wurde, und je mehr die Zunft sich gegen die Aufsenstehenden abschlofs und die unzünftigen Arbeiter aufstöberte und verfolgte. Den eigentlichen Verwaltungsgeschäften waren die Geschworenen immer mehr entfremdet worden, wie ihnen denn auch auf diesem Gebiet nahezu alle Selbständigkeit benommen war. Die Thätigkeit der Geschworenen wurde nunmehr in hervorragender Weise in Anspruch genommen durch die Wahrung der sogenannten „Rechte und Privilegien des Handwerks“ und durch die Sorge um das Kassenwesen und die Gebühren. Im einzelnen ist hierüber folgendes zu bemerken.

Die Reglementierung des Gewerbewesens durch unförmliche Statuten, von denen wir oben S. 337 sprachen, führte zu zahllosen Prozessen zwischen verwandten Zunftbetrieben. Bei einer erheblichen Anzahl von Gegenständen war die Herstellung von jeher mehreren Zünften gemeinsam gewesen[4]; bei anderen war es nicht näher bestimmt oder streitig, welche Zunft zu ihrer Herstellung berechtigt war. An Mifshelligkeiten hatte es deshalb auch bis dahin nicht gefehlt. Indes erst die übertriebene Specialisierung in den Statuten des sechzehnten Jahrhunderts brachte die eigentliche Prozefssucht zum Ausbruch. Bei dieser Aufzählung einzelner Berechtigungen in den Statuten geschah es immer häufiger, dafs eine Zunft einzelne Gegenstände, bei denen das Recht der Anfertigung ungewifs war, als zu ihrem ausschliefs-

[1] Nach Lespinasse Mét. 2 S. 4 wäre diese Normalzahl auf etwa 300 anzusetzen.
[2] Mét. 2 S. 26.
[3] Über die verschiedenen Formen der Schaugebühren s. oben S. 256.
[4] S. oben S. 100.

lichen Betrieb gehörig aufzeichnen liefs. Auf Grund der Aufzeichnung erwirkten dann die Geschworenen ein Anfertigungsverbot wider die konkurrierende Zunft und die Sache kam zum gerichtlichen Austrag. Die Sucht des Prozessierens war seit der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts zu einem solchen Mifsstand gediehen, dafs seitdem in die Zunftstatuten regelmäfsig die Vorschrift aufgenommen wurde, die Geschworenen dürften keinen Prozefs ohne die Genehmigung der Handwerksgemeine beginnen[1].

Auch die unzünftigen Arbeiter machten den Geschworenen jetzt weit mehr zu schaffen als früher. Die Zahl der aufserhalb des Zunftverbandes stehenden Handwerker war ungemein gewachsen, parallel mit den Schwierigkeiten, die der Aufnahme in die Zunft entgegengesetzt wurden. Gesellen, denen die Mittel zum Meisterwerden unerschwinglich waren, arbeiteten insgeheim in Kammern, statt in offenen Läden; man nannte sie deshalb erst spottweise, dann auch amtlich, mit dem hohen Titel „Kammerherren“ (Chambrelans)[2]. Die Besiedelung der Vorstädte nahm zu. Den Handwerkern, die sich vor den Thoren niederliefsen, war das Halten von Gesellen und Lehrlingen untersagt oder doch erschwert; auch sollten sie in ihrem Betrieb sich nach den städtischen Satzungen richten und standen deshalb unter einer — allerdings oft nur nominellen — Schau und Aufsicht der städtischen Zünfte. Die Überwachung all dieser unzünftigen Arbeit füllte ein gut Teil der Thätigkeit der Zunftgeschworenen aus.

Die mit der Gewerbeschau verbundenen Geschäfte hatten aus den vorerwähnten Ursachen zugenommen. Gegenüber den Zunftgenossen wurde die Schau allerdings immer mehr zu einer inhaltlosen Form, die man nur noch äufserlich einhielt. Um so mehr machte dagegen die Gewerbeschau gegenüber den konkurrierenden Zünften, gegenüber den Unzünftigen und den Stadtfremden zu schaffen. Die Stellung der Geschworenen in der Gerichtsbarkeit, von der gleich unten die Rede sein wird, war inzwischen eine völlig andere geworden. — Im Geschworenenamt selbst hat sich während des sechzehnten Jahrhunderts eine Scheidung zwischen Altgeschworenen und Junggeschworenen allgemein eingebürgert; die Hälfte der Geschworenen bleibt jetzt nach Ablauf des Amtsjahres, unter dem Titel anciens, noch ein weiteres Jahr in dem zu einer gesuchten Stelle gewordenen Amte[3]. —

---

[1] Varin lég. II S. 301 Art. 25, Mét. 2 S. 332 Art. 14, S. 421, Bd. 3 S. 30.

[2] S. oben S. 270. Bei den Pariser Schustern gelangten die Chambrelans zu amtlich anerkanntem Dasein und waren der Schau und Aufsicht der Junggeschworenen der Schuhmacherzunft unterstellt. Mét. 3 S. 351.

[3] S. oben S. 257. Die allgemeine Formel in den Statuten lautet: Pour la conservation des presentes ordonnances, y aura quatre jurez dudict

Mit Bezug auf Technik und Betrieb enthalten die Zunftstatuten jener Zeit (wegen der staatlichen Maſsnahmen s. unten) keine materielle Neuerung oder Fortbildung des Gewerberechts. — Dagegen haben wir ein allgemeines Edikt von 1572 zu erwähnen, das von den Verkehrszeichen handelt.

Das Edikt enthält eine allgemeine Regelung der Längenmaſse der Tuche und der Gebühren für die Tuchstempelung. Den Anlaſs zu dem Gesetz gaben Miſsbräuche in der Streckung der Stückmaſse. Jede Tucherstadt hatte, wie früher bemerkt, ein feststehendes, der Qualität der Tuche entsprechendes Längenmaſs[1]. Nach den Angaben der dem Edikt von 1572 voraufgeschickten Einleitung hatte sich im Laufe der Zeit der Miſsbrauch herausgebildet, das Maſs der Stücke zu verlängern. Da das Gewicht der Stücke, und somit das Quantum der zu verwebenden Wolle, statutarisch feststand, so hatte die Verlängerung des Maſses lediglich die Folge, daſs die Qualität des Tuches leichter und geringer wurde. Die hierbei erzielte Streckung betrug ein Viertel des Grundmaſses, indem ein Stück von vierundzwanzig vorgeschriebenen Ellen bis auf dreiſsig Ellen in die Länge gezogen wurde. Der Beweggrund für diese Fälschung ist nach dem Edikt von 1572 darin zu suchen, daſs die Tucher durch diese Verlängerung des Stückmaſses die Eingangsabgaben in den Städten zu umgehen, oder richtiger gesagt, abzuschwächen suchten[2].

Das Edikt schrieb deshalb vor, daſs bei schwerer Strafe die statutenmäſsigen Stückmaſse künftig nicht mehr überschritten werden dürften. Die Grundmaſse für die einzelnen Tucherstädte und die von ihnen gefertigten Tuchsorten werden in dem Edikt nach Breite und Stücklänge einzeln genau aufgezählt.

Zugleich wurde die Siegelgebühr[3] allgemein als staatliche Abgabe eingeführt. Ein dem Edikt angehängter Tarif verzeichnet die in jeder Stadt zu erhebende Gebühr für die Siegelung der

---

mestier, dont seront esleuz et changez deux par chascun an, en la place de ceux qui auront vacqué deux anz au preceddant; et les deux aultres demeureront avecq les nouveaulx esleuz, et sera l'election faicte en la presence du procureur du Roy par la communaulté ou la plus grande partie d'icelle. Mét. 2 S. 423 Art. 23. — In Abbéville wurde aus besonderen Gründen im Jahre 1511 und 1512 die Amtszeit aller Bannermeister (Zunftvorsteher) ausnahmsweise um je ein Jahr verlängert. Es war dies jedoch nur eine vorübergehende Maſsregel. Thierry 4 S. 355 ff.

[1] S. oben S. 219.

[2] Et au regard de la longueur ancienne qu'on appelle moison au lieu qu'elle souloit estre de vingt à vingt quatre ou vingt cinq aulnes au plus principalement aux estamets et serges, elle est à present de trente aulnes ou plus comme à Rouen Beauvais Lormoye et autres lieux: ce qui se fait (comme ils disent) pour sauver les impositions des entrées des villes. Et que pour la façon marchandent à la piece qui leur couste aussi peu longue que courte, mais les draps n'en sont si loyaux ni si aisez à demener. Fontanon 1 S. 1033.

[3] S. oben S. 225.

einzelnen Tuchsorten[1]. Das Edikt hatte im übrigen noch eine mittelbare Folge; zur Überwachung seiner Ausführung wurden im Jahre 1582 unter Heinrich III. besondere Controlleurs de la Manufacture de la draperie eingesetzt, deren Aufgabe übrigens trotz der ihnen der Form halber beigelegten gewerberechtlichen Befugnisse eine rein fiskalische war[2]. Die Durchführung der Edikte stiefs indes in einzelnen Tucherstädten auf heftigen Widerstand[3]. In Amiens erreichten die Sayettweber im Jahre 1572 und, nachdem einige gefährliche Zusammenrottungen der Weber stattgefunden hatten, auch im Jahre 1583, dafs sie von der staatlichen Siegelgebühr befreit wurden[4]. —

In der Gerichtsbarkeit hat das sechzehnte Jahrhundert jede Selbständigkeit des Handwerks grundsätzlich beseitigt. Das Beamtentum hatte hier einen leichten Sieg. Wir hören nichts mehr von jenen Kämpfen um das eigene Gericht, die wir früher kennen lernten. Die innere Kraft der Selbstverwaltung im Handwerk war gebrochen, und wir erfahren kaum von einem nachhaltigen Widerstand gegen das übermächtige Beamtentum.

Das Sonderrecht der alten Ämter wurde — soweit ich feststellen konnte, mit nur einer einzigen Ausnahme — während des sechzehnten Jahrhunderts abgeschafft. Das Magisterium der Fleischer zu Paris wurde im Jahre 1551, das der Althändler, Handschuhmacher und Kürschner, sowie das der Korduaner wurde im Jahre 1545 aufgehoben[5]. Den Münzern wurde ihr altes Recht, die Vorsteher, vor denen sie zu Gericht standen, zu wählen, im Jahre 1548 entzogen, und das Vorsteheramt wurde zum Staatsamt erklärt[6]. Nur das Magisterium der Bäcker in Paris konnte seine Sonderstellung festhalten; es hat sie bis zum Jahre 1711 behauptet[7].

Aus den weitschichtigen Zunftstatuten verschwinden nunmehr fast lautlos und unvermittelt die Vorschriften über das Handwerksgericht. Es ist dies einer der charakteristischsten Unterschiede, durch die sich das Zunftstatut des sechzehnten Jahrhunderts gegenüber dem der älteren Zeit abhebt. Selbst Städte, die uns früher die genauesten Aufzeichnungen über die Gerichtsbarkeit boten, wie Paris, Amiens, Reims u. a. m., bringen jetzt nur kurze, schablonisierte Angaben über die Bestrafung der gewerblichen Vergehen[8]. Von einem Recht der endgültigen Aburteilung durch das Handwerk ist nicht mehr die Rede. Nur vereinzelt finden sich noch Bestimmungen,

---

[1] Fontanon S. 1034 f.
[2] Fontanon I S. 1039 f.
[3] Thierry II S. 805.
[4] Thierry II S. 805 und 925.
[5] Mag. u. Frat. S. 156.
[6] Isamb. XIII S. 61.
[7] Mag. u. Frat. S. 86.
[8] Vgl. die lange Folge von Statuten bei Varin lég. Band II, Thierry Band II, Mét. I, II, III.

die überhaupt von den Gerichtsgeschäften des Handwerks sprechen. Der Artikel 12 des Leinenweberstatuts von Amiens vom Jahre 1502 erwähnt den Zusammentritt der Handwerksmeister, die bei Streitigkeiten über die Beschaffenheit der Waren entscheiden[1]. Das Pariser Sattlerstatut vom Jahre 1577 verzeichnet noch die Berufung der Handwerksgemeine, die über beschlagnahmtes Falschwerk urteilt[2]. Doch dies sind seltene Ausnahmen. Im allgemeinen kann das selbständige Gericht der Zünfte mit Ablauf des sechzehnten Jahrhunderts als beseitigt gelten.

Das Verfahren des Gerichts in Handwerkssachen zu jener Zeit können wir aus zwei, im wesentlichen gleichlautenden Ordonnanzen entnehmen, die unter Karl IX. im Jahre 1567 und unter Heinrich III. im Jahre 1577 für die allgemeine Landesverwaltung entworfen wurden[3]. Die Ordonnanzen behandeln in einem besonderen Titel die Stellung und die Rechte der zünftigen Meister und Geschworenen.

Die Zunftgeschworenen hatten darnach von den bei der Gewerbeschau von ihnen ermittelten Übertretungen, sowie von den vorgenommenen Beschlagnahmen von Falschwerk, verbotenen Stoffen oder Werkzeugen stets an dem auf die Feststellung folgenden Tage dem öffentlichen Gericht Anzeige zu machen. Das Gericht war gehalten, sofort in die Verhandlung einzutreten. Wenn es zur Klarstellung der Sache notwendig schien, sollten Parteien und Zeugen, jedoch nur summarisch, gehört werden. Das Urteil mufste unverzüglich, ohne Vertagung und ohne Einhaltung prozessualischer Förmlichkeiten, ergehen[4].

Gegen das Urteil des Gerichts war Berufung zulässig. Jedoch durften die Zunftgeschworenen selber keine Berufung einlegen und nicht die Sache im Prozefswege anhängig machen. bevor sie nicht die Ermächtigung der Handwerksgemeine hierzu nachgesucht und erhalten hatten[5]. — Das alte selbständige

[1] Et quant le cas escherra qu'il convinra visiter aucunes pièces de toille ou nappes dont il sera question et débat entre parties, lesdicts eswars et ceulx qu'ilz assembleront avec eulx auront pour leurs paynes et sallaires V solz parisis que payera la partie qui sera trouvée en tort. Thierry 2 S. 492 Art. 12.

[2] Que tous ceulx dudit mestier seront tenus de venir et assembler à la requeste desdits jurez de trois ou de deux, touteffois qu'ils auront mestier de conseil ensemble pour les affaires dudit mestier, et aussy pour veoir et visiter et juger aucunes oeuvres prinses par lesdits jurez; et debvra chacun d'iceulx maistres l'amende, s'ils n'y veullent assister. Mét. 3 S. 458 Art. 7.

[3] S. unten S. 346.

[4] Ladite visitation sera dès le lendemain rapportée en justice pour estre promptement et sur le champ fait droict sur icelle, après avoir ouy sommairement les parties et leurs tesmoins, si besoin est. Ce que les Juges et Officiers seront tenus faire, sans mettre ne regler les parties en forme de procez ordinaire, sur peine de suspension de leurs estats. Fontanon I S. 835.

[5] Et neantmoins en tous cas ne pourront lesdits iurez contester ou passer outre esdites matieres, sans avoir appellé les maistres du mestier

Handwerksgericht ist hier vollständig geschwunden und wird in keiner Weise mehr erwähnt. Die ehemalige Rechtsprechung des Handwerks hat so vollständig aufgehört, daſs ihrer nicht einmal in Form einer Zurückweisung oder eines Verbotes gedacht wird.

Wir haben nunmehr von den organisatorischen staatlichen Maſsnahmen, die auf dem Gebiete des Gewerberechts während der vorliegenden Periode unternommen wurden, zu sprechen.

Die gewerblichen Einrichtungen und Organe waren seit dem Ende des fünfzehnten Jahrhunderts thatsächlich völlig vom Staate abhängig. In einzelnen Fällen wird auch schon das entscheidende Wort gebraucht, das nach dem damaligen Staatsrecht die unbedingte Herrschaft des Staates bezeichnete; es ist der Anspruch der Domanialität. Einzelne Beispiele aus dem fünfzehnten Jahrhundert haben wir zuvor angeführt[1]. In ihren vollen Konsequenzen zeigt sich die Domanialität im Gewerberecht unter Franz I. Im Jahre 1515 erhob der königliche Einnehmer von Paris Einspruch gegen den gnadenweisen Erlaſs der Aufnahmegelder zu Gunsten der Königsmeister, weil diese Gebühren zum Domanium gehören[2]. Die Domanialität der gewerblichen Gebühren und somit der mit ihnen zusammenhängenden Gesetzgebung ist hier schon soweit anerkannt, daſs selbst dem König das Recht bestritten wird, ohne Beurkundung der Rechnungskammer einen Verzicht auszusprechen[3]. —

Zur Vornahme einer organischen Regelung des Gewerbewesens waren zu jener Zeit alle inneren und äuſseren Voraussetzungen vorhanden. Es konnte nicht fehlen, daſs das sechzehnte Jahrhundert mit seiner die gesamte Landesverwaltung umfassenden Gesetzgebung auch das Gewerbewesen in den Bereich allgemeiner Normierung einbezog, wenn auch das positive Vorgehen hier etwas später eintrat als auf den übrigen Verwaltungsgebieten. Die erste allgemeine Verfügung des Staates, die das Gewerbe in dieser Periode betraf, erging in der groſsen Ordonnanz von Villers-Cotterets vom Jahre 1539. In acht, der Ordonnanz eingefügten Artikeln hob Franz I. alle Bruderschaften auf und untersagte alle Zusammenkünfte der Handwerker, sowie jede Festlichkeit und Abgabe bei Meisteraufnahmen[4].

---

ou du moins les deux tiers pour sur ce prendre préallablement leur advis deliberation et ordonnance; autrement seront tenus en leurs noms de tous les despens desdits procez et procédures. Fontanon I S. 835.

[1] S. oben S. 183 f.

[2] Königsm. S. 821.

[3] Die Domanialität der gewerblichen Gebühren ist also schon zu dieser Zeit eine rechtlich anerkannte Thatsache. Über die Heinrich III. zugeschriebene Erklärung der Domanialität s. dagegen unten 2. Kap.

[4] Isambert 12 S. 638, Mét. 1 S. 67.

Das Verbot, soweit es sich auf die Zusammenkünfte und die Veranstaltungen bei Meisteraufnahmen bezieht, ist lediglich eine Wiederholung älterer Parlamentsbeschlüsse[1]. Die Aufhebung der Bruderschaften dagegen ist eine uns von früher bekannte Mafsregel, die in unruhigen Zeiten gerne verhängt wurde[2]. Auch im vorliegenden Fall gab die allgemeine Bewegung der Volksmassen den nächsten Anlafs zum Einschreiten; bei der hohen Spannung, die infolge der religiösen Erregung und der äufseren Kriege herrschte, sollte jeder Vorwand zu Versammlungen beseitigt werden.

Franz I. ging indes im vorliegenden Falle weiter, insofern er im Artikel 186 der Ordonnanz von 1539 die Beschlagnahme alles Eigentums der Bruderschaften zu Gunsten des Staates verfügte. Die Zunftgeschworenen wurden bei Strafe der Einkerkerung angewiesen, binnen zwei Monaten die im Besitz der Bruderschaften befindlichen Vermögensobjekte an das nächste königliche Gericht auszuliefern. Der Eingriff Franz' I. war im übrigen, gleich den ähnlichen älteren, nur eine vorübergehende Mafsregel; in den folgenden Jahren wurden die Bruderschaften teils ausdrücklich, teils stillschweigend wieder gestattet.

Die Mifsbräuche bei den Meisteraufnahmen und in der Verwendung der bruderschaftlichen Gelder beschäftigten mehrfach die königlichen Ordonnanzen während der nächsten Zeit. Wiederholt ergingen Befehle und Verordnungen wider die Ungebühr der Zünfte, ohne dafs ein sichtbarer Erfolg erzielt wurde[3]. Die Notwendigkeit einer Reformierung der gewerblichen Zustände drängte sich indessen immer mehr auf und führte zur Ausarbeitung eines gröfseren gesetzgeberischen Werkes; im Jahre 1567 entwarf der Staatsrat unter Karl IX. eine Ordonnanz über die allgemeine Landesverwaltung. Das Gesetz, das in der Fontanonschen Sammlung abgedruckt ist, wurde jedoch nicht einregistriert[4]. Der Text wurde indes fast wörtlich übernommen in eine Ordonnanz Heinrichs III. vom Jahre 1577[5]; doch wird auch bei dieser die Einregistrierung — die von Fontanon auf den 2. Dezember 1577 angesetzt wird — angezweifelt[6]. In dem Werke von Lamare wird jedoch die Ordonnanz von 1577 unter den einzelnen Titeln stets citiert[7]. Die thatsächliche Durchführung des Gesetzes zur Zeit seiner Ausarbeitung wurde schon durch die Wirren der Religionskriege verhindert. Die Ordonnanz hat ihre Bedeutung hauptsächlich als gesetzgeberische Vorarbeit, die späteren Gesetzen zur Grundlage diente. In der Folgezeit wurde

---

[1] Mét. 2 S. 64 und S. 66 und Anm. 1.
[2] S. oben S. 226 ff.
[3] Mét. 1 S. 75 und 80.
[4] Fontanon I S. 805 ff.
[5] Fontanon I S. 823 ff.
[6] Mét. 1 S. 81 Anm.
[7] Lamare I S. 134, II S. 57, S. 77 ff.

die Ordonnanz, wie der Abdruck bei Fontanon und Lamare zeigt, als gültiges Gesetz betrachtet.

Die Ordonnanz von 1567/1577 ist ein äufserst umfangreiches Werk, das in neunzehn Titeln 191 Paragraphen enthält. Ihrem Grundgedanken nach ist sie eine Fortbildung der älteren Ordonnances sur la police de Royaume von Johann II.[1] und Karl VI[2], geht jedoch über den Rahmen dieser früheren Gesetze vielfach hinaus. Gleich ihren älteren Vorgängern, enthält die Ordonnanz von 1567/1577 Preistaxen und Gewinntaxen, Bestimmungen über den Handwerksbetrieb, sowie über die Gewerbeschau und den Marktverkehr. Daneben finden sich indes auch Vorschriften allgemeiner Tragweite, wie über die Freiheit des Kornhandels zwischen den einzelnen Provinzen des Reiches, über die Aufspeicherung des Getreides, über die Weinausfuhr, ferner über den Handel mit Wollen, deren Ausfuhr verboten, deren Einfuhr jedoch gestattet ist.

Insbesondere aber enthält die Ordonnanz einen eigenen Titel über die Zunftgeschworenen und Handwerksmeister. Für das Amt der Geschworenen werden allgemeine Grundsätze gegeben. Die Dauer der Amtsführung, der Umfang der Geschäfte, das Verhalten bei Amtshandlungen werden festgestellt. Das Geschworenenamt, zu dessen Erlangung und Festhaltung alle möglichen Ränke und Machenschaften angewandt wurden, sollte fortan unterschiedslos allen Handwerksmeistern der Reihe nach zugänglich sein. Bei schwerer Strafe wird verboten, das vielbegehrte Amt durch Hingabe von barem Geld oder durch Herrichtung von Gelagen und Festlichkeiten zu erkaufen[3].

Eingehend wird dann die Meisteraufnahme behandelt. Den hierbei eingerissenen Mifsbräuchen will das Gesetz scharf entgegentreten, indem es die ungebührlichen Forderungen der Zünfte herabmindert. Das Meisterstück soll in einem gangbaren, nicht in einem veralteten und unverkäuflichen Gegenstand bestehen[4]. Die zünftigen Gebühren sollen zehn Sols auf den Kopf des Ge-

---

[1] S. oben S. 163.

[2] S. oben S. 310.

[3] Pour parvenir à estre garde ou iuré desdits mestiers ne seront baillez et prins aucuns deniers ny faits banquets ou festins sur peine de soixante livres parisis d'amende, tant sur le bailleur que sur le preneur. Fontanon I S. 835. — In den einzelnen Handwerksstatuten findet sich das Verbot schon früher. Vgl. Abbéville A. 1535: et sy avons deffendu et deffendons suivant l'ordonnance sur ce faicte que ad ce (d. h. les esgardz) faire il n'ait bague ne boisson à peine de privacion du dict estat et d'amande arbitraire. Thierry 4 S. 392 Art. 12.

[4] Pour la reception des maistres en chacun mestier ne se feront plus d'oresnavant chefs d'oeuvres d'impense inutile et non necessaire, ains se feront de forme et façon receue et usitée pour le temps, en maniere qu'ils puissent estre en commerce et usage commun sans immensité ou superfluité de frais et de façon: lesquels chefs d'oeuvres après avoir esté veuz et receuz en la maniere accoustumée seront renduz à ceux qui les auront faits pour en faire leur profit. Fontanon I S. 836.

schworenen nicht übersteigen[1]. Die Herrichtung eines Meisterschmauses oder die Abforderung eines entsprechenden Geldbetrages von dem Bewerber wird verboten[2]. Es sind die alten, oftmals wiederholten Vorschriften, durch die man die offensichtlichen Mifsstände im Zunftorganismus zu beseitigen hoffte. —

Nach solchen Vorläufern und Versuchen erging im Jahre 1581 das Gewerbeedikt Heinrichs III.

---

[1] Pour les receptions aux maistrises . . . . . ne seront prins ne exigez aucuns deniers fors la somme de dix sols pour chacun desdits gardes ou iurez pour leur assistance ou visitation desdits chefs-d'oeuvre et experiences, et les droicts anciens ordonnez ou accoustumez pour les bourses communes applicables aux affaires necessaires ou charitables desdits mestiers qui ne pourront monter plus haut d'un esceu. Fontanon I S. 836.

[2] Aucuns banquets ou festins ne seront pour ce faits ny les deniers que l'on souloit employer pour iceux convertis ou commuez en deniers à distribuer entre lesdits gardes iurez ou maistres, sur peine de vingt livres parisis d'amende. Fontanon I S. 836.

Zweites Kapitel.

Das Edikt Heinrichs III. von 1581.

Wenn wir eine der Schilderungen der gewerblichen Zustände Frankreichs in der Litteratur des achtzehnten Jahrhunderts aufschlagen, so finden wir stets eine unerträgliche Vergewaltigung des Naturrechts genannt, gegen welche die Schriftsteller jener Zeit sich auflehnen; es ist das Edikt von 1581, durch das Heinrich III. erklärt habe, das Recht zur Arbeit sei ein domaniales Recht und müsse dem König durch die Unterthanen abgekauft werden — que le droit du travail était un droit royal et domanial. Seine amtliche Beglaubigung erhielt dieser Satz in einer nochmals verschärften Form durch Ludwig XVI. in dem Turgotschen Zunftedikt von 1776. Auf diesen Raub am ersten Rechte des Menschen wurden die Zünfte, die Fabrikordnungen, die Verkehrsbeschränkungen, kurz alle mifsliebigen Einrichtungen im Gewerbewesen jener Zeit zurückgeführt.

Die Geschichte der Umwälzungen zeigt uns häufig genug, dafs die Handlungen eines zu Reformen schreitenden Volkes nicht so sehr durch die thatsächlichen Zustände des Zeitalters bestimmt werden; denn wie diese in Wirklichkeit beschaffen sind, gelangt der unter ihnen lebenden Generation selten zum Bewufstsein. Was vielmehr schliefslich dem Handeln die Richtung giebt, das ist der Glaube an ein allgemeines Heilmittel, es sei gut oder schlecht, von dem die Abhilfe der Mifsstände erwartet wird. So war es auch hier. Das achtzehnte Jahrhundert glaubte felsenfest an die Gewaltthat Heinrichs III.; die volkstümliche Litteratur wiederholte den Satz ohne Unterlafs, die damalige Wissenschaft vertrat ihn, und nicht eher konnten die Gemüter sich beruhigen, als bis das alte Unrecht gesühnt und jede Beschränkung, und damit jede Organisation der Arbeit beseitigt war. —

Heinrich III. hat indes niemals den ihm untergelegten oder einen irgendwie ähnlichen Satz zu irgend einer Zeit ausgesprochen. Die ganze Behauptung ist eine Fabel, allerdings eine Fabel von gewaltiger geschichtlicher Wirkung. Noch heute steht überdies die Geschichtschreibung unter dem Einflufs des alten Irrtums.

In historischen wie in nationalökonomischen Darstellungen französischer wie deutscher Autoren wird die Annahme von dem droit de travailler bis auf den heutigen Tag wiederholt[1]. Im übrigen ist die Auffassung von dem Edikte von 1581 selbst, wie sie in der heutigen Litteratur besteht, in wesentlichen Punkten als mangelhaft und unzutreffend zu bezeichnen. Gerade bei diesem Gesetz, dessen Bedeutung fast ebenso grofs ist durch das, was in ihm enthalten ist, als durch das, was ihm untergeschoben wurde, ist die litterarische Behandlung hinter einer sachlichen Würdigung erheblich zurückgeblieben[2].

Unsere Aufgabe in der Besprechung des Ediktes von 1581 ist demnach eine zwiefache; wir haben zunächst den thatsächlichen Inhalt des Edikts zu erörtern und alsdann den Ursprung des Irrtums von der angeblichen Erklärung der Domanialität des Arbeitsrechts festzustellen. —

---

[1] Vgl. v. Sybel, Geschichte der französischen Revolutionszeit, 4. Aufl. 1893, I S. 127: „Die damaligen Einrichtungen gingen bis auf Heinrich III. zurück, der zuerst den Satz ausgesprochen hat, nur der König verleihe das Recht auf Arbeit." — Roscher, System der Finanzwissenschaft, 4. Aufl. Stuttgart 1894, S. 114: „So wurde in Frankreich 1577 aller Handel für droit domanial erklärt; daher sich die Kaufleute in Gilden vereinigen und für die Erlaubnis, noch ferner zu handeln, bedeutend zahlen sollten. Diese Mafsregel wurde 1585 auf das Gewerbe ausgedehnt." Ebenso Knies, Karl Friedrichs von Baden brieflicher Verkehr mit Mirabeau und Dupont, Heidelberg 1892; Vorwort S. 49. — Mit Bezug auf das Jahr 1577 liegt hier noch ein besonderes Mifsverständnis vor, veranlafst durch den Ausdruck traite foraine. Unter traite foraine scil. des blés (über die traite foraine im allgemeinen s. oben S. 181 Anm.) ist die Ausfuhr und Verfrachtung von Getreide bezw. nach der damaligen Terminologie das Recht zur Ausfuhr zu verstehen. Dieses Recht der traite foraine, d. i. das Recht, Ausfuhrlicenzen für Getreide zu gewähren, wurde im Jahre 1577 durch Karl IX. formell unter die Domanialrechte eingereiht: Nous avons declaré & declarons par ces presentes, que voulons estre publiées partout où il appartiendra, que la faculté, puissance & authorité d'octroyer permissions & congez de Traites & transports quelconques hors nostre Royaume, est droit Royal & Domanial de nostre Couronne, lequel nous n'entendons communiquer avec personne, & qu'autre que nous (ne) puisse consentir & accorder telles choses directement ou indirectement, sur peine aux contrevenans d'estre envers nous declarez criminels de léze Majesté; Lamare II S. 279. Materiell gehörte das Recht schon seit Franz I. zu den domanialen Rechten (Lamare II S. 269). — Hubert-Valleroux, Les corporations d'arts et Métiers, Paris 1885, S. 89 zum Edikt von 1581: Il y avait alors des professions libres, il y avait des villes où tout artisan était admis à travailler comme il voulait. Il n'en sera plus ainsi désormais: partout le droit de travailler sera privilège d'un corps fermé. — Sée, Louis XI. et les villes S. 307: nul n'a droit de travailler s'il ne fait partie d'un corps de métier. Alle diese Behauptungen sind irrtümlich.

[2] Litteraturangaben s. unten. Eine sachliche Behandlung des Ediktes von 1581 wurde zuerst von Wolowsky in seiner Studie de l'organisation industrielle angebahnt. Zu einer zutreffenden Auslegung des Ediktes im ganzen ist jedoch Wolowsky nicht gelangt. Auch hat W. im Bestreben, einzelne Bestimmungen des Ediktes zu erklären, verschiedene neue Irrtümer in die Litteratur eingeführt. S. darüber unten.

Für die Besprechung des Inhaltes des Ediktes gilt das Gleiche, was wir für die Ordonnanz König Johanns zu bemerken hatten[1]. Das Edikt von 1581 darf ebensowenig wie die Ordonnanz von 1351 als eine selbständige Schöpfung, die auf völlig neuen Grundsätzen beruht, angesehen werden. Die Irrtümer in der seitherigen Auffassung sind auch hier im wesentlichen durch die isolierte Betrachtung verschuldet. Vielmehr mufs das Edikt von 1581 in jeder Weise an die zuvor geschilderte Entwicklung des Gewerberechts angeschlossen und im Zusammenhang mit dieser erörtert werden. Wir scheiden demnach die Bestimmungen des Edikts in solche, die das geltende Recht entweder schlechthin aufzeichnen oder es mit nur geringen Abänderungen festlegen; und in solche, die das Recht fortbilden oder auch neue Rechtsgrundsätze aufstellen.

Unter den Bestimmungen der erstgenannten Art begegnet uns zunächst die Regelung des Niederlassungsrechts. In der Litteratur wurde seither angenommen, dafs das Edikt hier wesentliche Neuerungen bringe. Heinrich III. soll ein freieres Zugrecht gewährt, sowie insbesondere die Schranken zwischen Stadt und Vorstadt niedergeworfen und die vorstädtischen Handwerker den städtischen gleichgestellt haben[2]. Diese allgemein übernommenen Annahmen sind unzutreffend und widersprechen ebenso sehr dem (nur ungenau gelesenen) Text des Ediktes wie dem damaligen Stande des Niederlassungsrechts.

Auf dem Gebiete des Niederlassungsrechts hatten wir von jeher einen Widerstreit der Interessen zu verzeichnen[3]. Seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts hatte das Königtum den althergebrachten Satz vertreten, dafs der in einer zünftigen Stadt geprüfte Meister, soweit seine gewerbliche Befähigung in Betracht kommt, in jeder anderen Stadt des Reiches ohne weiteres zugelassen werden solle. Die Zunft dagegen hatte seit jener Zeit die Forderung der Sitzjahre zur Ausbildung gebracht. Von dem Verhältnis der vorstädtischen Handwerker zu den städtischen war oben S. 338 und 341 die Rede.

Das Edikt behandelt die Materie in den Artikeln 4, 5, 6 und 7; die Artikel 4 und 5 handeln von den Beziehungen zwischen Städten und Vorstädten, Artikel 6 und 7 von den Beziehungen der Städte untereinander. — Im Artikel 4 wird verfügt, dafs die bei Erlafs des Ediktes bereits in einer Vorstadt mit eigenen Zünften — où il y a maistrise séparée; die Nichtbeachtung dieser Klausel erklärt schon einen Teil der oben-

---

[1] S. oben S. 163.

[2] Les maitres établis dans les faubourgs des villes jurées seront libres d'exercer leur métier dans lesdites villes. Pigeonneau 2 S. 228; Levasseur, dessen Darstellung a. a. O. II S. 119 ff. im einzelnen mit der nachfolgenden Schilderung zu vergleichen ist; Schönberg, Handbuch, 4. Aufl., II S. 588.

[3] S. oben S. 38, 173, 251 und 339.

erwähnten irrtümlichen Annahmen — ordnungsgemäfs geprüften und aufgenommenen Meister ihren Wohnsitz nach der Stadt selber verlegen dürfen, ohne dafs sie bei ihrem Zuzug nochmals der zünftigen Meisterprüfung oder den zünftigen Aufnahmegebühren unterworfen werden [1]. Die nach dem Erlafs des Ediktes künftig neu aufzunehmenden vorstädtischen Handwerker haben dagegen im Fall einer Wohnsitzveränderung nachzuweisen, dafs sie nach ihrer Aufnahme durch die Zunft bereits drei Jahre lang ihr Gewerbe öffentlich und als selbständige Meister ausgeübt haben [2].

Behufs Erlangung dieses Zugrechts haben die zur Zeit bereits in vorstädtische Zünfte aufgenommenen Handwerker — gleichviel ob sie im übrigen eine Wohnsitzveränderung beabsichtigen oder nicht [3] — den Meistereid vor dem zuständigen Richter nochmals abzulegen, während die künftig aufzunehmenden ihren Eid binnen acht Tagen nach ihrer Aufnahme in die Zunft vor dem Richter ablegen sollen [4, 5]. Der Artikel 5 fügt dann hinzu, dafs auch die Handwerker aus nichtzünftigen Vorstädten das gleiche Recht des Zuzugs in die Städte

---

[1] Avons ordonné et ordonnons que tous artizans qui ont esté passez maistres, tant ezdits faulxbourgs de Paris qu'en ceulx des autres bonnes villes où il y a maistrise separée pourront, lorsque bon leur semblera, aller exercer leursdits mestiers dans lesdites villes, tout ainsy que si de nouveau ils avoient esté passez maistres en icelle, sans estre pour ce tenuz faire nouveau chef d'oeuvre, ny subjets à autres devoirs que ceulx qu'ils ont deja faictz ezdits faulxbourgs, dont nous les avons dispensé et dispensons, et ordonné que ledit chef d'oeuvre qu'ils ont fait à leur reception et maistrise esdits faulxbourgs leur servira d'experience, et sans que les maistres d'icelles villes les puissent empescher en l'exercice de leursdits arts et mestiers, ni d'estre en leur rang esleuz jurez. Mét. I S. 85 Art. 4.

[2] Et pour le regard de ceulx qui y seront reçeus à l'advenir, nous voullons, pour eviter à toutes fraudes et abbuz, qu'ils y ayent publiquement exercé leurs mestiers durant trois années, après y avoir esté reçeus maistres. Mét. 1 S. 86 Art. 4.

[3] Hieraus ergiebt sich die Endabsicht der ganzen Anordnung auf das deutlichste; s. unten S. 357.

[4] Pour lequel previlleige ceulx qui y besongnent maintenant presteront dès à present et huit jours après le commandement qui leur en sera fait, nouveau serment, pardevant les juges ordinaires des lieux, commissaires ou autres officiers, ores qu'ilz ne voulussent aller au mesme temps, et si promptement demeurer esdites villes, et les aultres qui y seront reçeus pour l'advenir huit jours après leursdite reception, à peine de perdition de leurs privilèges. Mét. 1 S. 86.

[5] Der Artikel 4 ist in seiner — wohl nicht unabsichtlichen — Geschraubtheit allerdings schwer verständlich. Es sei deshalb darauf aufmerksam gemacht, dafs sich in der Ausgabe Mét. 1 S. 86 ein Interpunktionsfehler befindet. der das Verständnis noch weiter erschwert. S. 86 Zeile 12 v. o. mufs hinter maistres ein Punkt stehen, statt eines Komma. Die anschliefsende Stelle Pour lequel preveillege bezieht sich nicht auf den unmittelbar vorangehenden Satz, sondern auf die ersten Sätze des Artikels. Bei Fontanon I S. 1092 ist die Unterbrechung richtig durch einen Doppelpunkt angedeutet.

haben sollen, nachdem sie als Meister aufgenommen sind und drei Jahre öffentlich ihr Gewerbe ausgeübt haben[1].

Mit Bezug auf das wechselseitige Verhältnis der Städte untereinander bestimmt dann der Artikel 6, dafs die in Paris zunftmäfsig aufgenommenen Meister berechtigt sein sollen, sich innerhalb des ganzen Königreichs ohne weitere Prüfung niederzulassen. Die Meister in den Provinzen dagegen sollen, nach Artikel 7, befugt sein, im Bereiche desjenigen Bezirks, auf den sich die Zuständigkeit ihres Gerichtshofs erstreckt, sich niederzulassen. Je nach dem Range des Gerichtshofs der aufnehmenden Stadt bedeutet dies also das Recht der Niederlassung im Bezirke eines Provinzialparlaments, einer Baillie, eines Seneschallats, eines Präsidialgerichts oder auch nur eines Untergerichts[2]. Die Lyoner Meister, die von dem Erfordernis der örtlichen Lehrzeit befreit werden (s. unten), können sich nach Artikel 8 in jeder Stadt im Bereich des Pariser Parlaments niederlassen, ausgenommen in der Stadt Paris selbst.

Das Edikt bringt demnach gegenüber der älteren Auffassung des Königtums ein entschiedenes Zurückweichen und eine Anerkennung der zünftlerischen Ansprüche. Der Rechtssatz, dafs jede zünftige Stadt der anderen gleichsteht, wird ausdrücklich aufgegeben. Zum erstenmal wird in einem allgemeinen Gesetz die gewerberechtliche Abschliefsung der Städte als zu Recht bestehend anerkannt.

Das Zugrecht zwischen Vorstadt und Stadt soll zustehen den bereits zünftig aufgenommenen Meistern zünftiger Vorstädte bei nochmaliger Ablegung des Meistereides bezw. Zahlung der entsprechenden (königlichen) Gebühr. Der Hauptmasse der vorstädtischen Handwerker, die keiner Zunft angehörten, wird dagegen aufgegeben, unbedingt den Meistereid abzulegen, wodurch die frühere Freiheit der Vorstädte[3] mit einem Federstrich aufgehoben ist. Zur Erlangung des Zugrechts selbst ist dann noch dreijährige Ausübung der Meisterschaft erforderlich. Für die Vorstädte bedeutet dies einen ganz gewaltigen Rückschritt; denn die Freiheit, um deren willen der ärmere Handwerker gerade die

[1] Comme en semblable, pourront aller demourer et exercer leurs mestiers dans lesdites villes, ceulx des aultres faulxbourgs non jurez qui seront à present passez maistres en vertu de nostre present edict, sans faire aucun chef-d'oeuvre, et pareillement ceulx qui y seront reçeux à l'advenir avec chef-d'oeuvre, pourveu qu'ils ayent exercé leursdits mestiers pareil temps de trois ans après leur reception en iceulx et presté le serment, pardevant lesdits juges ordinaires officiers ou commissaires, huict jours après leur reception ausdites maistrises ausdits faulxbourgs. Mét. 1 S. 86 Art. 5.

[2] Mét. 1 S. 86 f.

[3] Vorstädte mit eigenen Zünften bestanden in erheblicher Zahl und Ausdehnung vor allem in Paris. Auf die dortigen, der königlichen Verwaltung unerwünschten Zustände (s. oben S. 291) sind diese Specialbestimmungen des Gesetzes im besonderen zugeschnitten.

Vorstadt aufsuchte, wäre damit vernichtet gewesen, und zwar ohne einen sichtbaren Gewinn. Die Benachteiligung ist hier so auffällig, dafs sie in der That eine Erklärung verlangt, die indes unschwer aus dem Edikt zu geben ist. Heinrich III. fordert, wie wir später noch genauer sehen werden, von jedem selbständigen Handwerker den Meistereid bezw. die hierbei zu zahlende Gebühr. Grundsätzlich waren demnach auch die vorstädtischen Handwerker den entsprechenden Vorschriften zu unterwerfen. Eine Gleichstellung der städtischen und vorstädtischen Handwerker fand indes trotzdem nicht statt. Der zur Zeit des Ediktes bereits in eine Vorstadtzunft aufgenommene Meister sollte beim Zuzug den Meistereid vor dem Richter nochmals ablegen, also die Gebühr nochmals zahlen. Der künftig aufzunehmende soll zunächst drei Jahre lang — also gerade die Sitzzeit der Zünfte — sein Gewerbe ausüben.

Das Zugrecht von Stadt zu Stadt wird allgemein beschränkt auf die Grenzen der Gerichtsbezirke. Das den Pariser Meistern bewilligte unbeschränkte Niederlassungsrecht (s. oben Artikel 6 des Ediktes) enthält rechtlich keine Neuerung, während es praktisch von unerheblichster Bedeutung war. In Paris, das von jeher als Spiegel und Vorbild des Reiches im Gewerbewesen galt[1], waren die Anforderungen, denen der Aufzunehmende nachzukommen hatte, weitaus am höchsten. Es konnte zu jener Zeit nur ausnahmsweise vorkommen, dafs ein Handwerker die schwierigere und kospieligere Aufnahme in Paris nachsuchte, um nach deren endlicher Erlangung sich in einer Provinzstadt niederzulassen — was ihm im übrigen schon nach dem seitherigen Stande des Gewerberechts rechtlich durchaus unbenommen war. Während somit auf gewerblichem Gebiet der Abschlufs der Städte grundsätzlich zugestanden wird, bleibt dagegen die politische Forderung des Bürgerrechtserwerbs wiederum unerwähnt und deshalb weiter zu Recht bestehend; sie wird von dem Edikt von 1581 ebensowenig berührt, wie von früheren allgemeinen Ordonnanzen und Einzelstatuten[2].

Die Aufnahme und gesetzliche Festlegung der zünftlerischen Ansprüche im Niederlassungsrecht ergiebt sich ferner aus den Bestimmungen über die Dienstjahre und die örtliche Lehrzeit, Vorschriften, die an sachlicher Bedeutung die vorerwähnten weit überragen.

Die Verpflichtung der Sitzjahre für die Gesellen[3] wird in dem Artikel 14 des Ediktes einfach aufgezeichnet, und zwar wird die Übung der Zünfte schlechtweg in ihrem vollen Umfang bestätigt. Das Edikt schreibt vor, dafs die Gesellen, wenn nichts anderes bestimmt ist, vor dem Meisterwerden drei Jahre zu

[1] S. oben S. 241 Anm. 2.
[2] S. oben S. 173 und 250.
[3] S. oben S. 249 und 339.

dienen haben; wo aber ein Zunftstatut eine längere oder kürzere Dienstzeit festsetzt, soll es bei solcher statutarischen Bestimmung sein Bewenden haben[1].

Der lange geforderte und oft abgelehnte Zwang der örtlichen Lehrzeit[2] wird gleichfalls, für Paris ausdrücklich und im übrigen stillschweigend, zugestanden. So vollständig hat sich diese Forderung bereits im Zunftleben eingebürgert, daſs das Edikt im Artikel 8 für die Lehrlinge von Lyon eine Ausnahme schaffen muſs, um sie aus besonderen Gründen ihrer besseren Ausbildung wegen von der örtlichen Lehrzeit zu befreien. Der Mangel der örtlich bestandenen Lehrzeit soll ausnahmsweise den aus Lyon stammenden Lehrlingen nicht hinderlich sein, in Lyon selbst das Meisterrecht zu erwerben und sich innerhalb des Pariser Parlamentsbezirks (s. oben) niederzulassen. In Paris selbst aber dürfen sie sich nur niederlassen, wenn sie dort ihre Lehrjahre abgedient haben[3].

Die oben S. 351 erwähnten, entgegengesetzten Auffassungen von der Ordnung des Niederlassungsrechts beruhen in erster Linie auf einer lückenhaften bezw. irrtümlichen Lesung des Ediktaltextes, wie sich bereits aus den hier beigefügten Textstellen ergiebt[4]. Hiermit verbindet sich aber noch der Mangel einer Untersuchung der voraufgehenden Rechtsentwicklung und des thatsächlichen Rechtszustandes. Es spielt hier, gerade wie bei der Ordonnanz von 1351, die Vorstellung hinein, als ob es zur Herbeiführung der Freiheit nichts weiter brauche, als die einfache Aufhebung eines Verbotes. Wiederum zeigt es sich dann, daſs diese präsumierte Aufhebung, wenn sie thatsächlich eingetreten wäre, nicht eine Mehrung, sondern eine Minderung der Freiheit gebracht haben würde. Der Preis für den Ausgleich zwischen Stadt und Vorstadt im Edikt von 1581 war nämlich — Zahlung der Aufnahmegebühren, Eintritt in die Zunft, Unter-

---

[1] Après lesquels apprentissages faictz, lesdits apprentifs, seront encore tenuz servir lesdits maistres leurs vefves ou aultres de pareil art ou mestier, durant trois ans entiers, sinon que leursdits statuts portassent pour ledit service plus ou moings de temps; auquel cas nous voullons qu'ils suyvent et observent leursdits statuts; Mét. I S. 89 Art. 14.

[2] S. oben S. 252 und 338.

[3] Les enfans de ceulx qui seront reçeuz à la maistrise par vertu de nostre present edict, et aultres habitans d'icelle ville de Lyon pourront aller faire leur apprentisage et servir les maistres desdits arts et mestiers en telle ville de nostre royaume et hors d'icelluy qu'ilz verront bon estre, et s'y faire recevoir maistres ou en ladite ville de Lyon, en vertu des actes et de certiffications de leursdits apprentissage et service, et après demourer en icelle ville de Lyon ou telles aultres villes du ressort de nostre court de parlement de Paris qu'ilz verront bon estre, hormis ladite ville de Paris, s'ils n'y ont faict leur apprentissage, comme en pareil feront ceulx demourans en nostredite ville de Lion qui seront par vertu du present edict reçeuz à ladite maistrise. Mét. I S. 87 Art. 8.

[4] Die betr. Stellen sind S. 351 Text am Ende, S. 352 Anm. 1, 2, 4, S. 353 Anm. 1, S. 355 Anm. 1.

werfung unter die drei Sitzjahre. Ein anderer Ausgleich war auch, immer unter Beibehaltung des gegebenen Rechtszustandes, nicht möglich. Die rechtliche Gleichstellung einer unzünftigen Vorstadt mit einer zünftigen Stadt ist schlechthin ein Widersinn und darum ausgeschlossen. Der Meister der zünftigen Vorstadt aber kann im allgemeinen nur wie jeder Fremde behandelt werden. Dafs die Regelung der übrigen Teile des Niederlassungsrechts im Edikt von 1581 keineswegs eine fortschrittliche war, ergiebt sich aus unserer Darstellung der Materie zur Genüge[1].

Unter den übrigen Bestimmungen des Ediktes, durch welche ältere Vorschriften wiederholt werden, ist noch die kurze Behandlung des Meisterstücks zu erwähnen. Es handelt sich hier um die alten Mifsstände, gegen die schon lange, jedoch vergeblich, angekämpft wird. Schon seit dem fünfzehnten Jahrhundert suchen die Statuten und Ordonnanzen den Prüfling gegen die Ungebühr der Geschworenen zu schützen und das Meisterstück mit allen erdenklichen Sicherungen zu umgeben. Eine Preisgrenze für die Kosten des Werkstücks, eine Zeitgrenze für die Herstellung war festgestellt; die Forderung eines ungewöhnlichen oder nicht marktgängigen Gegenstandes war untersagt; die Berufung gegen einen ungünstigen Entscheid der Geschworenen war gewährleistet worden. Gleichwohl blieben sowohl Schwierigkeiten als Mifsbräuche bestehen und machten das Meisterstück zu einer schwer überwindlichen Schranke für den Gesellenstand.

Das Edikt begnügt sich indessen auffallender Weise mit zwei kurzen Bestimmungen, durch welche für die Anfertigung des Meisterstücks die ziemlich weitgesteckte Zeitgrenze von drei Monaten festgestellt und die übliche Berufung gegen den Entscheid der Geschworenen verzeichnet wird (Art. 16 und 17). Die Behandlung des Gegenstandes ist eine wesentlich dürftigere als in früheren Statuten und Ordonnanzen[2]. Diese Beschränkung mufs hier um so mehr verwundern, als sich das Edikt in seiner Ein-

[1] Die auf die Vorstädte bezüglichen Bestimmungen des Ediktes blieben zunächst unausgeführt und gelangten erst späterhin zu einer beschränkten, von den Handwerkern stets bekämpften Durchführung. Im Jahre 1642 wurden die Handwerker der Vorstadt St. Antoine von Paris zünftig gemacht; sie erlangten jedoch schon im Jahre 1657 die Wiederherstellung ihrer alten Freiheit (Mét. 1 S. 111 Anm.). In den Vorstädten St. Honoré und Montmartre wurde im Jahre 1644 von Ludwig XIV. die Errichtung besonderer Zünfte befohlen (Mét. 1 S. 110 f.). In den Jahren 1675 und 1678 wurden die vorstädtischen Zünfte von Paris (zunächst gegen Zahlung bestimmter Gebühren, Mét. 1 S. 122) mit den hauptstädtischen vereinigt (Mét. 1 S. 121). — Unzünftige Handwerker waren indes stets in grofser Zahl vorhanden. In Paris selbst blieb die Freiheit der gröfseren Handwerker-Vorstädte, insbesondere des bekannten Saint-Antoine, bis zum Zusammenbruch des alten Staates erhalten (Mét. 1 S. 121 Anm. 2).

[2] S. oben S. 346 f.

leitung mit grofser Schärfe gegen die Mifsbräuche beim Meisterstück ausspricht und die Abstellung dieser Unzuträglichkeiten als eines der Hauptziele des königlichen Einschreitens bezeichnet. Demgegenüber ist nachdrücklich darauf hinzuweisen, dafs das Edikt seine Zwecke in diesem Fall überhaupt nicht durch die Reformierung, sondern, wie wir später (s. S. 358) sehen werden, durch die einfache Beiseiteschiebung des Meisterstücks zu erreichen sucht. —

Die übrigen in das Edikt aufgenommenen älteren Materien bedürfen keiner Hervorhebung. — Wir wenden uns nunmehr zu den Bestimmungen des Ediktes, die eine Fortbildung oder eine Neuerung im Gewerberecht enthalten.

Artikel 1 des Ediktes bestimmt, dafs jeder Handwerker oder Professionist, der ein Gewerbe in einer zünftigen oder unzünftigen Stadt, einer Ortschaft oder einem Flecken des Reiches betreibt, den Meistereid vor dem Richter des zuständigen Gerichtes abzulegen hat[1]. Auch in den freien Künsten[2] soll jeder selbständige Gewerbetreibende von nun ab zu dem Meistereid verpflichtet sein[3]. Mittelbar war hierdurch der zünftige Zusammenschlufs für alle Handwerker vorgeschrieben; unmittelbar dagegen hat Heinrich III. dies nicht angeordnet. Die Absicht des Königs ging nicht auf die Errichtung von Zünften, sondern lediglich auf die unbedingte Ablegung des Meistereides und die Zahlung der dabei fälligen Gebühr. Im Artikel 2 verleiht deshalb der König jedem selbständigen Handwerker in den Orten, wo Zünfte nicht bestehen, ohne weiteres die Meistereigenschaft und verpflichtet ihn zur Ablegung des Eides vor dem zuständigen Gericht[4].

Der Zweck des Gesetzes ist also an dieser Stelle kein gewerberechtlicher, sondern vielmehr ein fiskalischer; es handelte

[1] Que tous artisans et gens de mestier, demourans et besongnans comme maistres de leurs arts et mestiers, ès villes, fauxbourgs, bourgs et bourgaddes, et autres lieux de nostredit royaulme, esquelz il n'y a maitrise ne jurez, soit en bouticques ouvertes, chambres, ateliers ou aultres endroits, et qui y seront trouvez besongnans lors de la publication de nostre present edit, seront tenuz de prester le serment de maistrise desdits arts et mestiers pardevant le juge ordinaire du lieu, soit roial ou subalterne, ou commissaires qui pour ce seront par nous commis et depputez dans huictaine, après le commandement qui leur en sera faict. Mét. 1 S. 85 Art. 1.

[2] S. oben S. 327.

[3] Et quant aux arts et mestiers tant anciens que nouvellement mis en lumiere esquelz il n'y a jamais eu aulcuns maistres, nous voullons aussi que tous ceux qui les exercent comme maistres lors de la publication dudit present edit, soient tenuz de prester pareil serment. Mét. 1 S. 85 Art. 3.

[4] Et d'aultant qu'il n'y a encores esdits lieux aucuns maistres ne jurez pour les recevoir à la maistrise avant que prester ledit serment, nous les avons tous faits et passez, faisons et passons maistres de leursdits arts et mestiers, dispensez et dispensons de faire aucun chef d'oeuvre, sans qu'ilz soient pour ce tenuz prandre lettres de nous, ains seullement l'acte de leurdit serment. Mét. 1 S. 85 Art. 2.

sich darum, die Verpflichtung eines jeden Handwerkers, gleichviel ob zünftig oder nicht, zur Zahlung einer staatlichen Abgabe zu statuieren. Der hier von Heinrich III. aufgestellte Grundsatz wurde von weittragender Bedeutung. Der Meistereid vor dem zuständigen Gericht, den das Edikt allgemein fordert, war zwar stets vorgeschrieben, aber die zünftige Aufnahme war die Vorbedingung. Die Reihenfolge hat sich jetzt umgekehrt; die Eidesabnahme durch den königlichen Richter ist an die erste Stelle gerückt. Der König geht so weit, dafs er die Eidesablegung vor dem zuständigen Gericht im Einzelfall gänzlich unabhängig macht nicht nur von der zünftigen Aufnahme, sondern von dem Bestehen von Zünften überhaupt. Grundsätzlich ist ferner von jetzt ab jeder selbständige Handwerker zur Ablegung des Meistereides verbunden. Zur thatsächlichen Durchführung dieser Bestimmungen wurden späterhin unter Berufung auf das Edikt von 1581 immer neue Versuche unternommen. Doch wurde auch späterhin der Meistereid bezw. die Zünftigkeit der Handwerker selbst in den Städten niemals allgemein oder unbedingt gefordert [1].

Die zweite bedeutsame Neuerung, die Heinrich III. vornahm, ist die völlige Umgestaltung des alten Instituts der Königsmeister. Indem ich wegen aller Einzelheiten auf meine Untersuchung über dieses Institut verweise [2], bemerke ich hier nur, dafs das Recht der Ernennung von Königsmeistern bis dahin an bestimmte Vorgänge innerhalb des königlichen Hauses geknüpft war; ursprünglich an die Thronbesteigung des Königs, später an die Heirat des Thronfolgers und an die Geburt des Thronerben. Das Edikt von 1581 bestimmt nun im Artikel 11, dafs in Paris und den übrigen Städten entsprechender Bedeutung in jedem Gewerbe drei Königsmeister ernannt werden, von der Anfertigung des Meisterstücks und von der Lösung des Meisterbriefes befreit und nur zur Leistung des Meistereides gehalten sein sollen. Dagegen haben die Aufzunehmenden dem Gerichtsamt ihres Bezirkes eine ihrer Leistungsfähigkeit entsprechende Aufnahmegebühr zu entrichten.

Dies ist das radikale Mittel, durch das der König die Auffrischung des Handwerkerstandes erzwingen und die Stockung im Zunftverbande beseitigen will. Die Erschwerungen, die wir im Laufe der Zeit aufgerichtet sahen, werden hier mit einem Schlage durchbrochen, und für den Eintritt neuer Kräfte wird Raum ge-

---

[1] S. oben S. 356 Anm. 1 und Edikt von 1673, Mét. 1 S. 117. Nach dem Edikt von 1673 — einer Wiederholung und Verschärfung unseres Ediktes von 1581 — wurden 13000 unzünftige Arbeiter zünftiger Betriebe ermittelt (Mét. 1 S. 119 Anm.). Die Unzünftigkeit als solche blieb, wie sie thatsächlich bestand, auch rechtlich anerkannt; durch Edikt von 1691 wurden besondere Beamtungen für die unzünftigen Betriebe errichtet (Mét. 1 S. 128).

[2] Königsm. S. 813 ff.; s. auch oben S. 309.

schaffen. Wir haben hier auch die Erklärung, weshalb der König, der die Mifsbräuche beim Meisterstück in der Einleitung des Edikts auf das anschaulichste schildert, gegen die anerkannte Ungebühr weit weniger scharf vorgeht, als in irgend einer der früheren Ordonnanzen geschehen war; denn er suchte die Abhilfe in der einfachen Umgehung der ganzen Einrichtung.

Für das Gewerbewesen hatte die Mafsregel Heinrichs III. eine zwiefache Folge. Zunächst konnte der Handwerker, der durch die Kosten des Meisterstücks und des zünftigen Meistergeldes, durch die Mifsgunst und die persönlichen Anforderungen der Zunft bisher zurückgehalten wurde, vermittelst des königlichen Meisterbriefes zur zunftmäfsigen Selbständigkeit gelangen. Die Beförderung dieser zahlreichen Handwerkerklasse entsprach der eigentlichen Absicht des Ediktes. Doch eine zweite und wichtigere Gattung von Bewerbern wurde hierdurch den Zünften, zunächst wider ihren Willen, zugeführt; es ist der geldbesitzende Geschäftsmann, dem durch die Befreiung von der handwerksmäfsigen Lehrzeit und dem Meisterstück der Weg zu dem zünftlerischen Gewerbebetrieb geöffnet wurde. Diese Einführung des Geldbesitzers, des Kaufmanns, in die französischen Zünfte ist eine der hervorragendsten Folgen der Mafsnahme Heinrichs III.

Auch nach der finanziellen Seite hatte das Vorgehen des Königs eine bemerkenswerte Wirkung. Der Königsmeister zahlte nur eine Abgabe an das königliche Gericht. An die Stelle der vielfachen und übermäfsigen Ansprüche der Zunft trat hiermit die einheitliche und geminderte Gebühr des Staats. Verbunden mit dem grundsätzlichen Erlafs des Meisterstücks und der Prüfung, ist dies der erste Versuch der rein staatlichen Gewerbebesteuerung inmitten des Zunftwesens[1]. —

Die dritte Neuerung, die Heinrich III. durch das Edikt unternahm, liegt ausschliefslich auf finanziellem Gebiet.

Der König rügt in der Einleitung des Ediktes und in dem Artikel 13 die hohen Aufwendungen, die von den Zünften beim Meisterwerden für das Meistergeld und den Meisterschmaus gefordert werden, und die in Paris bei den geringeren Gewerben sechzig Goldthaler, bei den besseren bis zu zweihundert Goldthalern betragen. Der Erwerb der Meisterschaft wird hierdurch dem unbemittelten Handwerker, auch wenn er sonst den zunftmäfsigen Ansprüchen in allem genügt, unmöglich gemacht. Der König verspricht, hier Ordnung und Abhilfe zu schaffen. Dies geschieht durch den Artikel 20 des Ediktes, der eine staatliche Grundgebühr festsetzt, die der zunftmäfsig geprüfte Meister[2] bei der Eidesablegung an das königliche Gericht zu zahlen hat.

[1] Königsm. S. 824 ff.

[2] Also nicht der Königsmeister, mit welchem besondere Sätze vereinbart werden, s. oben.

Nach dieser Grundgebühr richten sich alle weiteren Aufnahmekosten, insbesondere die alten zunftmäfsigen Gebühren, die so weit herabgesetzt werden sollen, dafs sie in keinem Fall mehr als ein Drittel der staatlichen Gebühr ausmachen[1]. Für diese staatliche Grundgebühr werden abgestufte Sätze aufgestellt; sie betragen in Paris, Toulouse, Rouen und Lyon für die besseren Gewerbe dreifsig Goldthaler, für die mittleren zwanzig, für die geringeren zehn Goldthaler, und fallen in allmählicher Staffelung bis auf drei, bezw. zwei und einen Goldthaler in den kleinsten Flecken und Ortschaften.

Diese Regelung ist seither mifsverstanden worden[2], und die Anordnung des Ediktes erfordert hier in der That eine Erläuterung. Zu Eingang des Artikels 13 sagt der König, dafs die Aufwendungen beim Meisterwerden (nicht etwa für das Meisterstück allein[3]) in Paris bei den geringeren Gewerben 60, bei den besseren 200 Goldthaler betragen. Diesen und den übrigen Erschwerungen bei dem Erwerb der Meisterschaft verspricht der König abzuhelfen; er erfüllt seine Zusage durch die Artikel 13 bis 20, die als zusammenhängendes Ganzes zu betrachten und nur so verständlich sind. Die zu dem vorgesetzten Zweck erlassenen Bestimmungen betreffen der Reihe nach folgende Gegenstände: Verbot des Freikaufs der Lehrzeit (Art. 13); Sitzjahre der Gesellen (Art, 14); Berufung gegen Ablehnung durch die Geschworenen (Art. 17); Mindestalter für Erwerb der Meisterschaft (Art. 18); mündliche Prüfung in einzelnen Gewerben (Art. 19). Endlich im Artikel 20 kommt der König auf die einleitende Bemerkung des Artikels 13 zurück und erklärt, dafs er die Aufnahmekosten um volle fünf Sechstel ermäfsigen wolle, so dafs die Handwerker künftig nur ein Sechstel des bisherigen Aufwandes zu leisten haben. Demgemäfs wird die staatliche Grundgebühr für die geringeren Gewerbe auf 10, für die besseren auf 30 Goldthaler festgesetzt, was gerade ein Sechstel der eingangs genannten Beträge von 60 bezw. 200 Goldthalern ausmacht. Hierzu würden dann noch die zünftigen Zuschläge von einem Drittel des (staatlichen) Grundbetrages treten. Die Rechnung stimmt also genau, und die Zusage ist innerhalb des Ediktes erfüllt.

Die im Edikt aufgestellten Gebührensätze (s. oben) sind folgende:

---

[1] In der Ausgabe Mét. 1 S. 92 findet sich hier in dem schwer verständlichen Artikel 20 ein störender Interpunktionsfehler. Auf Zeile 16 hinter „leurs previleiges" beginnt ein neuer Satz. Auch sonst enthält der Abdruck bei diesem unbehilflichen Artikel mehrere Interpunktionsfehler, die den Sinn unverständlich machen. Die Fontanonsche Interpunktion entspricht der eigentümlichen Satzbildung jener Zeit weit besser.

[2] Mét. 1 S. 89 Anm. 1.

[3] Wie Lespinasse a. a. O. annimmt

	bessere	mittlere	geringere
		Handwerke	
Paris, Toulouse, Rouen, Lyon und Vorstädte	30 Goldth.	20 Goldth.	10 Goldth.
Provinzstädte mit Obergericht	20 "	14 "	8 "
Andere gute Städte	14 "	9 "	6 "
Kleinere Städte und Ortschaften	8 "	5 "	3 "
Flecken und Weiler	3 "	2 "	1 "

Meistersöhne zahlen die Hälfte der allgemeinen Sätze. — Zwischen den obigen drei Gewerbeklassen sollten nach näherer Festsetzung durch den königlichen Rat noch Zwischenstufen geschaffen werden. Dies geschah durch eine Ausführungsverordnung zu dem Edikt vom 5. Juli 1582[1]. Nach Einfügung von zwei Zwischenstufen war darnach das ganze Gewerbe in fünf Klassen abgeteilt.

Bei der Zersplitterung und Ungleichheit des zünftlerischen Gebührenwesens war die hier angebahnte Reform eine besonders wohlthätige. Einheit und Klarheit in den Gebühren war in der That das einzige Mittel, das dem hier eingerissenen Unfug entgegenwirken konnte. Auch die Schaffung einer staatlichen Grundgebühr, nach welcher die zunftmäfsigen Anforderungen sich zu richten haben, ist ein glücklicher Gedanke. In der seitherigen Entwicklung hatte man das umgekehrte Verfahren eingeschlagen. Das Königtum hatte der unausgesetzten Erhöhung der zünftigen Aufnahmegelder seit dem vierzehnten Jahrhundert stets zugestimmt und sich dabei begnügt, wenn der königlichen Kammer ein zukömmlicher Anteil vorbehalten blieb. So kommt auch in dieser neuen Ordnung des Gebührenwesens die grundlegende Befugnis des Staates zum richtigen Ausdruck. —

Das Edikt von 1581 nimmt demnach zu einem grofsen Teil nur geltendes Recht auf. Insbesondere in dem Niederlassungsrecht, in der Pflicht der Sitzjahre, in der örtlichen Lehrzeit wird die rückläufige Entwicklung der voraufgehenden Zeit schlechthin bestätigt. Die in dem Edikt ausgesprochene Reform des Gewerbewesens beruht dagegen auf der Aufstellung von drei, in die gesamte gewerbliche Verwaltung eingreifenden Grundsätzen.

1. Vorschrift der Ablegung des Meistereides für jeden (zünftigen wie unzünftigen) Handwerker, der sein Gewerbe selbständig ausübt.

2. Allgemeine Schaffung von Königsmeistern in jedem Gewerbe, deren Aufnahme dem Einflufs und der Mitwirkung der Zünfte gänzlich entzogen ist.

3. Aufstellung von staatlichen Grundbeträgen für die Kosten bei der regelmäfsigen Meisteraufnahme.

Das Edikt als Ganzes beschäftigt sich im wesentlichen nur mit einem Teil des formalen Gewerberechts. Das materielle

[1] Mét. 1 S. 94.

Gewerberecht, wie die Gewerbeschau, kurz die zahlreichen Materien, deren Entwicklung wir zuvor zu schildern hatten, ferner die Zunftgerichtsbarkeit, werden wenig oder gar nicht behandelt. Sie lagen indes schon zur Genüge in der Hand des Staates. —

Das Edikt Heinrichs III. von 1581 wurde im Jahre 1597 durch Heinrich IV. erneuert. Heinrich IV. gab zugleich dem Gesetz von 1581 einen erheblich erweiterten Geltungsbereich. Während das Edikt Heinrichs III. sich nur auf das Handwerk bezogen hatte, unterstellte Heinrich IV. die Gewerbetreibenden und Kaufleute allgemein den gleichen Vorschriften.

Die Befugnisse der sogenannten Krämerkönige, Meisterbriefe auszustellen [1] — eine Berechtigung, die schon Franz I. aufgehoben hatte, die aber inzwischen immer wieder von neuem usurpiert worden war —, wurde endgültig abgeschafft. Den Kaufleuten wurde die Ablegung des Meistereides vor dem zuständigen Gericht anbefohlen. Auch sollten an jedem Orte die Kaufleute und Krämer unmittelbar nach der Eidesleistung zusammentreten und örtliche Geschworene zur Ausübung der Gewerbeschau wählen [2]. — Schon die zeitgenössischen Juristen, unter ihnen Loyseau, nahmen an, dafs durch die Edikte von 1581 und 1597 für alle Städte und Ortschaften des Königreichs die Errichtung geschworener Handwerke vorgeschrieben sei [3, 4].

Wir haben nunmehr an den zweiten Teil unserer Aufgabe heranzutreten; es bleibt festzustellen, wie die eingangs erwähnte, irrtümliche Deutung des Ediktes Heinrichs III. in der Geschichte entstanden ist.

Das zuvor (S. 349) herangezogene, von Turgot verfafste Zunftedikt Ludwigs XVI. von 1776 [5] beginnt seine Schilderung der französischen Zunftgeschichte mit dem Satze:

La source du mal est dans la faculté même accordée aux artisans d'un même metier, de s'assembler et de se réunir en un corps.

---

[1] S. oben S. 267.

[2] Mét. 1 S. 99 Art. 4.

[3] Le second poinct de la Police concerne les mestiers jurez, qu'on a estimé autresfois ne pouvoir estre establis ès villes des Seigneurs sans permission du Roy . . . . . Mais quoy qu'il en soit, par l'édict du feu Roy de l'an 1581, confirmé et amplifié par le Roy d'à present, en l'an 1597, il est non seulement permis, mais aussi commandé que les mestiers de toutes les villes et bourgs soient jurez. Loyseau, des Seigneuries Cap. 9 Art. 47. Ausg. Paris 1613 S. 93.

[4] Vgl. hierzu den oben S. 155 erwähnten ersten Versuch Philipps IV., die Zunftverfassung eines einzelnen Gewerbes für das ganze Königreich anzuordnen.

[5] Ausgaben: Oeuvres de Turgot, hrsg. v. E. Daire Paris 1844 Band 2 S. 302 ff.; Isamb. Bd. 23 S. 370; Mét. 2 S. 162 ff.

In unmittelbarem Anschlufs hieran giebt Turgot alsdann seine Darstellung von der Herausbildung des Zunftwesens. Er beschreibt in allgemeinen Zügen die Entwicklung, wie sie nach seiner Ansicht gewesen ist, und gelangt hierbei bis zu dem Edikte Heinrichs III., durch welches das Zunftwesen seine endgültige Ausgestaltung empfing. „Heinrich III. gab durch sein Edikt von 1581 dieser Einrichtung (d. h. dem Zunftwesen) die Ausdehnung und Form eines allgemeinen Gesetzes.“ Darauf folgt dann die denkwürdige Stelle, folgen die aufreizendsten Worte des Gesetzes, die dem Zeitalter unvergessen blieben:

„Cette illusion a été portée, chez quelques personnes, jusqu'au point d'avancer que le droit de travailler était un droit royal, que le prince pouvait vendre, et que les sujets devaient acheter.

„Nous nous hâtons de rejeter une pareille maxime.

„Dieu, en donnant à l'homme des besoins, en lui rendant nécessaire la ressource du travail, a fait du droit de travailler la propriété de tout homme, et cette propriété est la première, la plus sacrée et la plus imprescriptible de toutes“ [1].

Es klingt wie Gebet und Verheifsung; aber kein Wort davon entspricht der Wirklichkeit. Doch wenn ein Fürst selber ein solches Urteil aussprach, so läfst sich die Wirkung auf ein unzufriedenes und gehetztes Volk wohl ermessen.

Es fragt sich nun, auf welchen Grundlagen jene Wendung des Ediktes von 1776 eigentlich beruht, und wie sie in ein amtliches Schriftstück geraten ist. — Der Gewährsmann Turgots ist unschwer zu finden; es ist Forbonnais, auf den die Anschauungen des achtzehnten Jahrhunderts über die öffentlichen Zustände und Einrichtungen Frankreichs vielfach zurückgehen. Aus dem Reichtum an sachlichen Angaben und selbständigen Beobachtungen Forbonnais' hat das Schrifttum jener Zeit unablässig geschöpft. Das Hauptwerk Forbonnais', die Recherches et Considérations sur les Finances de France erschien 1758 [2]. Forbonnais selbst war entschiedener Reformpolitiker; er stand hierdurch den Physiokraten nahe, ohne indes in deren Einseitigkeit aufzugehen.

In den Recherches et Considérations bekennt sich Forbonnais zu einem erheblichen Teil der Grundanschauungen, die zu dem eisernen Bestand des Physiokratismus gehören. Hierher zählt das Ausspielen Sullys gegen Colbert [3]; die hier noch mafsvolle,

[1] Ed. Daire a. a. O. S. 306; Mét. 1 S. 165.

[2] Über die Wertschätzung, der das Werk bei den Zeitgenossen gleich nach seinem Erscheinen begegnete, vgl. Voltaire, Correspondance 1758, Ausg. Beugnot Band 57 S. 541.

[3] Mr Colbert, ce Ministre si intègre, si ami des peuples, suivit une fausse route dans laquelle il se trouva enfin fort embarrassé. Sully, avec moins d'art, étoit parti d'un principe plus naturel et plus simple. La terre, pensa-t-il, est le dépôt des premières richesses, du nécessaire comme du superflu. C'est donc à multiplier ces richesses que consiste l'abondance de l'État. Forbonnais 1 S. 292.

aber doch halb-gegnerische Kritik der Colbertschen Politik [1]; die Verurteilung der „Reglements" durch eine drastische, viel citierte Äufserung [2]; das unbedingte Lob Heinrichs des Vierten und seiner Verwaltung [3]; der Fundamentalsatz, dafs zur Aufbesserung des landwirtschaftlichen Betriebes nicht Menschenkraft, sondern vor allem gröfseres Kapital erforderlich sei [4]. Die Physiokraten ihrerseits benutzten das Werk, das sich schon durch die Fülle des dargebotenen Stoffes empfahl, auf das eifrigste. Die physiokratische Schule fand hier die Urteile und Ansichten, die sie bald verschärfte, bald auch unverändert übernahm. Sie holte sich hier die Kenntnis der neueren, wie der älteren Verwaltungsgeschichte des Landes.

Forbonnais ist denn auch in diesem Fall die benutzte Quelle. In seinen Recherches et Considérations [5] heifst es über unsern Gegenstand:

Henri III. ordonna le premier en 1581 que tous Négocians, Marchands, Artisans, gens de métier, résidans dans les villes & bourgs du Royaume, seroient établis en Corps, Maîtrise & Jurande, sans qu'aucun pût s'en dispenser. Les motifs d'ordre & de régle si séduisans pour les esprits spéculatifs, ne furent point oubliés dans ce premier Edit; mais un second de l'année 1583 dévoila le mystère. Le Roy déclara que la permission de travailler étoit un droit Royal & Domanial: en conséquence il prescrivit la manière dont on travailleroit, le tems des aprentissages, la forme & la qualité des chefs-d'oeuvres, les formalités pour la réception des maîtres, les sommes qui seroient payées par les aspirans tant au Domaine qu'aux Jurés & Communautés [6].

---

[1] A. a. O. S. 293 ff.

[2] On demande à tout homme de bonne foi, s'il seroit bien invité à une profession en lui disant „Si vos ouvrages ne sont pas faits conformément au Réglement, pour la premiére fois ils seront confisqués et attachés sur un pôteau avec un carcan, votre nom au-dessus, pendant deux fois vingt-quatre heures; pour la seconde fois pareille peine, et vous serez blâmé; pour la troisiéme vous y serez attaché vous-même?" On réprondroit que cette loi est sans doute traduite du Japonois; non: c'est le dispositif d'un Réglement de 1670 extorqué sans doute à ce sage Ministre (Colbert) par quelque subalterne qui vouloit être auteur de Réglemens, pour se fonder des prétensions. A. a. O. 1 S. 401.

[3] Öfter a. a. O.

[4] On se flateroit en vain avec des bras seulement de tirer de la terre tout ce qu'elle peut produire; il faut des capitaux pour faire la dépense des améliorations convenables; il faut des chefs pour conduire les bras hors des routines ordinaires où la pauvreté circonscrit l'industrie de nos cultivateurs. A. a. O. 1 S. 300. Vgl. hierzu Oncken, Oeuvres de Quesnay, Frankfurt 1888, S. 149; Baudeau, Philosophie Economique in Daires Collection des princ. Econ. II S. 704.

[5] Bd. 1 S. 65.

[6] Dafs diese Stelle wörtlich und prüfungslos von allen Späteren übernommen wurde, hat zuerst Wolowski in seiner Besprechung des Ediktes von 1581 gezeigt. S. 285.

Forbonnais berichtet hier von **zwei** Edikten Heinrichs III. Das erste, vom Jahre 1581, habe unter dem verführerischen Vorwand der Ordnung und Zuverlässigkeit den allgemeinen zünftigen Zusammenschlufs der Handwerker wie der Kaufleute anbefohlen. Indes ein zweites Edikt, vom Jahre 1583, enthüllte die geheime Absicht; der König verkündete, dafs die Erteilung der Arbeitserlaubnis ein königliches und domaniales Recht sei, aus welchem dann die Befugnis des Königs zur Reglementierung der gewerblichen Produktion, sowie zur Festsetzung der gewerblichen Gebühren abgeleitet wurde. Forbonnais macht aus seiner Auffassung der Vorgänge kein Hehl; in der Mafsregel Heinrichs III. erblickt er die Wurzel aller späteren Übel[1]. Turgot geht indes noch weiter; nach seinem Edikt ist es nicht mehr die Arbeitserlaubnis, sondern das subjektive Recht zu arbeiten, das zu einem dem König abzukaufenden Domanialrecht erklärt wurde.

Wir sind indes hiermit der Lösung unserer Frage erst um einen Schritt näher gekommen. Forbonnais hat die Unterlage für alle späteren Behauptungen in dieser Sache geliefert[2]. Wir haben indes schon zuvor gesagt, dafs Heinrich III. den ihm untergeschobenen Ausdruck niemals gethan hat. Stehen wir nun hier vor einer freien Erfindung des Forbonnais? Oder hat er selber wiederum eine ältere Nachricht, der er Glauben beimafs, benutzt?

Das letztere ist in der That der Fall. Die Angaben Forbonnais', soweit sie sachliches enthalten, sind nur ein wortgetreuer Auszug, der aus drei Edikten Ludwigs XIV. von 1673 und 1691 zusammengestellt ist. Ich gebe im nachfolgenden die hierher gehörenden Abschnitte des Textes der Edikte; die von Forbonnais unmittelbar entlehnten Stellen sind durch abweichenden Druck (*cursive*) gekennzeichnet; die Erwähnung des Domanialrechts ist durch Sperrdruck hervorgehoben.

1. Edikt Ludwigs XIV. vom 23. März 1673.

Les Roys Henry III et Henry IV, nos prédecesseurs de glorieuse mémoire . . . . auroient par leurs édits des mois de décembre 1587 et avril 1597 . . . . *ordonné que tous marchands, negocians, gens de mestier et artisans, residant et faisant leur profession dans nostre royaume, seroient establis en corps, maîtrise et jurande . . . . . . sans qu'aucun s'en pust dispenser*[3].

---

[1] Telle est l'origine de nos maux. A. a. O. I S. 66.

[2] Auch Le Trône giebt in seiner Administration provinciale, Basel 1779, S. 518, nur die Darlegung Forbonnais' wörtlich wieder.

[3] Mét. 1 S. 117.

2. Edikt Ludwigs XIV. vom März 1691.

C'est par des raisons importantes que Henry III et Henry IV .... ont fait plusieurs réglements par les édits de 1581, 1583 et 1597, *pour prescrire le temps des apprentissages, la somme et la qualité des chefs-d'oeuvres, les formalités de la réception des maîtres, des élections de jurez, des visites qu'ils pourroient faire chez les maitres et les sommes qui seroient payées par les aspirans, tant au Domaine à titre de droit royal qu'aux jurez et aux communautez* .... Mais nonobstant toutes ces précautions leurs bonnes intentions ont été éludées ..... Ce relaschement si préjudiciable au public a donné une telle atteinte à la police des corps des marchands et des arts et métiers .... que les droits de la Couronne, fondez sur ce qu'il n'appartient qu'aux Rois seuls de faire des maitres des arts et métiers, se trouvent négligez et anéantis, et au lieu du droit royal qui nous appartient, et qui avoit été fixé par l'édit de 1581 et modéré par celui de 1597, il se lève par les receveurs ou fermiers de nos domaines plusieurs petits droits qui ne nous sont d'aucune utilité [1].

3. Edikt Ludwigs XIV. vom Dezember 1691.

gehört insofern hierher, als es gleichfalls das zweite Edikt Heinrichs III. auf das Jahr 1583 ansetzt.

Die drei Edikte Ludwigs XIV. enthalten den gesamten Stoff der späteren Legende, der allerdings noch der tendenziösen Verarbeitung bedurfte. Ludwig XIV. macht keinen Unterschied zwischen den Gesetzen Heinrichs III. und Heinrichs IV. Er kennt nur eine einheitliche Gesetzgebung, bestehend aus zwei Edikten Heinrichs III. von 1581 und 1583 und einem Edikt Heinrichs IV. von 1597. Diese Gesetzgebung wird hier zu dem Rang einer Kodifikation des gesamten Gewerberechts erhoben. Das erste Edikt Ludwigs XIV. führt die Vorschrift der unbedingten Zünftigkeit von Handel und Gewerbe, das zweite führt die Reglementierung des ganzen Gewerbewesens auf Heinrich III. und Heinrich IV. zurück. Die Bezeichnung „königliches und Kronrecht“ wird mehrfach gebraucht und insbesondere wird das Kronrecht daraus abgeleitet, daſs „dem König allein gebührt, Meister in den Künsten und Gewerben zu bestellen“. Doch gerade bei diesem Rechtssatz fehlt jede Altersberufung. Der von Ludwig XIV. gebrauchte Ausdruck „au Roi appartient seul“ ist nur die formelhafte Wendung, in die man die Statuierung eines königlichen Reservatrechts gerne einkleidete [2].

---

[1] Mét. 1 S. 123.

[2] Vgl. insbesondere die Instruktion Karls V. für Montpellier vom Jahre 1372. Isamb. V S. 372.

Diesen Angaben Ludwigs XIV. ist Forbonnais zunächst wörtlich gefolgt; er hat aber alsdann viel und wesentliches aus eigenem hinzugefügt. Zunächst mufste Heinrich der Vierte aus diesem Zusammenhang verschwinden; denn er gilt bei Forbonnais als das Vorbild eines Regenten, fast noch mehr wie Sully als das Muster eines Staatsministers hingestellt wird [1]. Der Name Heinrichs IV. wurde einfach gestrichen, im übrigen aber der Text Ludwigs XIV. genau beibehalten. Hierdurch entstand bei Forbonnais ein erster Irrtum [2]; Heinrich III. spricht in seinem Edikt nur von dem Handwerk, Heinrich IV. fügte in dem seinigen noch den Kaufmannstand hinzu [3]. Ludwig XIV., der beide Gesetze gemeinsam anführt, spricht deshalb mit Recht von dem Zunftzwang der Handwerker und der Kaufleute. Durch die einfache Weglassung des Namens Heinrichs IV. bei Forbonnais wird nun die Tragweite beider Gesetze dem Edikte Heinrichs III. allein zugeschoben.

Auf dem gleichen Wege ist die gehässige Äufserung Forbonnais' entstanden un second édit, de l'année 1583, dévoila le mystère. Dieses zweite Edikt, von dem Forbonnais mit solchem Nachdruck spricht, liefs sich nicht auffinden, und man vermutete deshalb bisher, Forbonnais habe das Datum der späteren Einregistrierung durch das Parlament irrtümlicher Weise als ein zweites selbständiges Edikt angesehen [4]. Dies ist indes nicht der Fall. Ludwig XIV., dem Forbonnais hier gefolgt ist, erwähnt, wie wir gesehen haben, stets zwei Edikte Heinrichs III. aus den Jahren 1581 und 1583. Unter dem letzteren ist nichts anderes als die Ausführungsverordnung des Staatsrats, welche die Einteilung der Handwerker in fünf Gewerbeklassen enthält (oben S. 361), zu verstehen. Dafs diese Verordnung in keiner Weise dazu angethan war, eine geheime Absicht zu enthüllen, ergiebt sich aus unserer früheren Darlegung zur Genüge.

Schliefslich erhielt die Wendung Ludwigs XIV. von dem „droit royal fixé par l'édit de 1581" jene anstöfsige Fassung, die wir bei Forbonnais gefunden haben; und so entstand, nach einer nochmaligen Verschärfung, der unselige Ausspruch von dem droit de travailler, der fortan auf Heinrich III. haften blieb.

Nicht die geringste sachliche Unterlage besteht für dieses Hetzwort des achtzehnten Jahrhunderts. Der Ursprung der falschen Überlieferung geht lediglich darauf zurück, dafs Ludwig XIV. die Gesetzgebung Heinrichs III. und Heinrichs IV. als die Grundlage seiner eigenen Edikte bezeichnete, um diesen den Anschein

---

[1] S. oben S. 363.

[2] Wolowski hebt dies a. a. O. S. 284 richtig hervor. Dagegen ist seine Auslegung, ein zweites Edikt habe es überhaupt nicht gegeben, und Forbonnais habe die Einregistrierung durch das Parlament als ein neues Edikt angesehen, ganz irrtümlich. S. unten.

[3] S. oben S. 361.

[4] Wolowski S. 284.

alten Rechts zu geben. In der späteren litterarischen Bearbeitung wurde dann tendenziöser Weise der Name Heinrichs IV. einfach weggelassen; der Unwille eines erregten Zeitalters richtete sich nunmehr gegen ein gefabeltes Gesetz, das im Jahre 1581 Arbeit und Erwerb gefesselt haben sollte.

Was an dem Gesetz Heinrichs III. thatsächlich Neues war, hat unsere Besprechung des Inhalts gezeigt. Durch die Festlegung des alten wie durch die Aufnahme neuen Rechts empfängt das Edikt von 1581 seine Stelle in der Gewerbegeschichte. Es bezeichnet den äufseren und sichtbaren Abschlufs der von uns zu schildernden Entwicklung des Gewerberechts und der gewerblichen Verwaltung Frankreichs.

Vierter Teil.

Zur Objektivierung des Staates.



In streng realistischer Weise und unter steter Bindung an die Urkunden hat unsere Darstellung ihr doppeltes Ziel verfolgt, die Entwicklung des Gewerberechts und der vollkommenen Staatsgewalt zu zeigen. In diesem abschliefsenden Teil knüpfe ich zunächst an die Bemerkungen an, die ich der Einleitung des ganzen Buches vorausgeschickt habe und in denen ich die Ansicht vertrete, dafs das Zunftwesen nicht durch eine ihm entgegengesetzte Produktionsform, sondern als ständische Organisation durch den Feind des Ständetums, den mittelalterlich-neuzeitlichen Staat überwunden wurde [1].

In der Geschichte des Zunftwesens von seiner Entstehung bis zu seinem Zerfall überblicken wir einen der merkwürdigsten und der gewaltigsten Vorgänge. Zum erstenmal seit dem Beginn aller Geschichte tritt ein werkthätiger Bürgerstand mit voller, ungeminderter Ehre in das Staatsleben, dessen Formen er bald von Grund auf umändert. Von Geschlecht zu Geschlecht steigert er seine Macht; dem Recht und den Ereignissen drückt er seinen Stempel auf. Die Organisation aber, durch die der Bürgerstand dies alles erreichte, sollte in ihrem Ursprung nichts weiter gewesen sein, als eine Vereinigung zu gewerblichen Zwecken? Es hätte der urkundlichen Untersuchung kaum erst bedürfen sollen, um die Unhaltbarkeit einer solchen Ansicht zu beweisen.

Die Zunftbewegung des zwölften und dreizehnten Jahrhunderts ist ein Verfassungskampf gewesen und ihre vornehmste Bedeutung liegt auf dem Gebiete des Verfassungs- und Verwaltungsrechts [2]. Die gleichen Ursachen bewirkten den Aufgang wie den Niedergang der Zunft; es waren Wandlungen des öffentlichen Rechts, von denen wir weiterhin noch zu sprechen haben werden [3]. Die Zunft mufste das Recht, das sie erworben, die Einrichtungen, die sie geschaffen hatte, Stück um Stück als Bausteine für das Staatsgebäude hergeben, das sich nunmehr den Bürgerstand als gesicherte Grundlage eingliederte. Nur durch das Verhältnis zur Staatsbildung erklärt sich denn auch die verschiedenartige Entwicklung, die das Zunftwesen später in den einzelnen Ländern genommen hat. Die Geschichte der Zunft

[1] Oben S. 4.
[2] Mag. u. Frat. im einzelnen.
[3] Unten S. 382 ff.

ist nicht so sehr ein Abbild des Gewerbewesens als vielmehr des Staatslebens der verschiedenen Kulturvölker.

Von der Zeit ab, in der die ersten zunftmäfsigen Verbände sich von einer ungegliederten Volksmasse ablösen, bis zu ihrem endlichen Aufgehen in den vollkommenen Staat, bietet uns die Zunft, wie kein anderer Organismus, die sichersten Aufschlüsse über das Wesen des öffentlichen Rechts. In diesen Wechselbeziehungen erblicke ich auch den eigenen Wert, der dem auf verwaltungsgeschichtlicher Grundlage geführten Studium des Zunftwesens zukommt und der sich, weit über die engeren Grenzen des gewerblichen Gebietes hinaus, auf das gesamte öffentliche Recht erstreckt. Das Ergebnis einer zusammenhängenden Durchforschung der Zunftgeschichte wird um so gröfsere Bedeutung beanspruchen, je mehr sich auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts die formalistische Behandlung als unzureichend erweist und eine materielle Untersuchung der staatlichen Funktionen und ihrer Grundlagen gefordert wird.

Der Wissenschaft fällt hier eine der schwierigsten aber auch der hervorragendsten Aufgaben zu. Das öffentliche Recht tritt nicht, wie das Privatrecht, den Vorgängen und Thatsachen mit festen gleichbleibenden Grundsätzen gegenüber. Nur wenige seiner Lehren sind überhaupt der Abstraktion fähig; nur wenige seiner Institutionen sind, als solche, allgemein gültig und dauernd [1]. In den fortgesetzten Umwandlungen des öffentlichen Lebens und seiner Einrichtungen hat eine selbständige Wissenschaft des öffentlichen Rechts nach festen Grundlagen für die geschichtliche wie für die zeitgenössische Erkenntnis zu suchen. Wenn es hierbei gilt, die organischen Bildungen, die höheren wie die niederen, zu erforschen, so dürfen wir die Gesetze, nach denen sie entstehen und vergehen, nur der Erfahrung und der Wirklichkeit abfragen [2].

Eine solche eng an das Thatsächliche gebundene Untersuchung ist vor allem erforderlich, wenn wir über die Zusammensetzung des Staatsorganismus und über den eigentlichen Inhalt der Staatsgewalt in einem bestimmten Zeitalter Klarheit gewinnen wollen. Für die Erkenntnis des Staatswesens sind die Aufschlüsse, wie sie uns einerseits die allgemeine Geschichte, andererseits der Gang der philosophischen Systeme und Anschauungen an die Hand giebt, nicht ausreichend. Wir müssen vielmehr

---

[1] Vgl. auch oben S. 4.

[2] Unsere Chirurgie hat seit zweitausend Jahren glänzende Fortschritte gemacht: die ärztliche Wissenschaft in Bezug auf die inneren Verhältnisse des Körpers, in die das menschliche Auge nicht hineinsehen kann, hat keine gemacht; wir stehen demselben Rätsel heute gegenüber wie früher. So ist es auch mit der organischen Bildung der Staaten. Die abstrakten Lehren der Wissenschaft lassen mich in dieser Beziehung vollständig kalt; ich urteile nach der Erfahrung, die wir erleben. **Bismarck**, Politische Reden, Ausg. Horst Kohl 8, S. 31.

die vielfältigen Elemente, welche die Entwicklung des öffentlichen Lebens bestimmen, bei ihrer unmittelbaren Thätigkeit aufsuchen. Unsere Darstellung nahm deshalb im besonderen das Ziel, die thatsächlichen Formen und Mittel zu untersuchen, in denen die mittelalterlich-neuzeitliche Staatsgewalt sich verwirklichte. Denn nur auf diesem Wege beantwortet sich eine für die Staats- und Gesellschaftsgeschichte grundlegende Frage: welche Kräfte der Staatsorganismus während seiner Ausbildung in sich aufnahm, und welche er von sich abstiefs. Der Wert aller staatlichen Einrichtungen hängt zuletzt davon ab, welche Bevölkerungsschichten in ihnen ihre Vertretung finden.

Unsere Untersuchung ging deshalb nicht auf die Erkenntnis der Staatsprincipien, sondern auf die Erkenntnis ihrer Objektivierung. Eine jede Zeit kämpft ihren Kampf um die Teilnahme am öffentlichen Leben. Ein jedes Kulturvolk strebt, die lebendigen Volkskräfte in einer staatlichen Einheit zusammenzufassen. Doch was wir zu ermitteln suchten, das sind nicht die allgemeinen Grundsätze, unter denen diese Vorgänge sich vollziehen. Wir wollten nicht den abstrakten Staat schildern; wir wollten auch nicht die gemeingültigen staatlichen Entwicklungsgesetze herauslösen und vergleichen; sondern wir hatten nur den Staat zu untersuchen, den das Mittelalter ausgebildet und der Neuzeit überliefert hat[1].

In dem mittelalterlich-neuzeitlichen Staat sind die gröfsten Gegensätze umschlossen und aus ihrem Widerstreit ist er entstanden. Nur da, wo diese Gegensätze ihren Ausgleich gefunden haben, scheint das Staatswesen in ruhigem Fortschreiten zu gedeihen. Wo die widerstrebenden Kräfte dagegen einseitig überwunden und aufser Wirksamkeit gesetzt wurden, sind befriedigende Zustände nicht vorhanden. Es ist die Aufgabe unserer weiteren Erörterung, die hauptsächlichsten Principien, die der mittelalterlich-neuzeitliche Staat in sich enthält, zu unterscheiden, und sie nach ihrer Bedeutung und nach ihrem Wert zu betrachten[2].

---

[1] Vgl. Bornhak, Allgemeine Staatslehre, Berlin 1896; Rehm, Allgemeine Staatslehre, Freiburg 1899.

[2] Wo wir im folgenden von dem Staate schlechthin sprechen, ist der festländische Staat gemeint, für dessen Entwicklung vor allem das französische Staatswesen in Betracht kommt; insbesondere gilt dies für Deutschland, auf das seit den Tagen Maximilians I. Frankreich nicht mehr aufgehört hat, unmittelbar einzuwirken (Vgl. Adler, Organisation der Centralverwaltung unter Maximilian I, Leipzig 1883; Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Bayerns, Würzburg 1889). Auf den Gegensatz zu der britischen Staatsentwicklung habe ich zuvor bereits hingewiesen (obenS. 103); im nachfolgenden wird hierauf noch genauer zurückzukommen sein.

§ 1. Das Recht des Individuums im mittelalterlichen Staat.

Den ersten Gegenstand unserer Untersuchung bildet die Rechtsstellung des Individuums innerhalb der mittelalterlichen Staatsordnung. Die fast allgemein feststehende Meinung geht dahin, dafs das Mittelalter die Individualität unterdrückt habe und den einzelnen Menschen, seiner Persönlichkeit beraubt, in der Korporation habe aufgehen lassen[1]. Das Mittelalter ist der Feind, das Gefängnis der Individualität. Erst mit der Auflehnung der Italiener wider den mittelalterlichen Zwang gelangt der Individualismus neu zum Durchbruch. Durch die Renaissance wird der Einzelmensch befreit, oder, wie die zumeist angewandten Formeln lauten, die Renaissance hat den Menschen wieder entdeckt, in Dantes Haupt wurde der moderne Mensch geboren.

Eine Anschauung wie diese, die mit ihren Folgerungen einen grofsen Teil der Wissenschaft und der sich ihr anlehnenden Litteratur durchzieht, müfste von der Rechtsgeschichte berücksichtigt werden, auch wenn sie nicht, wie es hier der Fall ist, durch eine Reihe angesehener Namen und Schriftwerke gedeckt würde. Allerdings, wer die Vorgänge gemäfs der Wirklichkeit zu erfassen strebt, wird jene Meinung von vornherein ablehnen, weil sie den Thatsachen offenbar widerspricht und weil aus der geschichtlichen wie aus der zeitgenössischen Betrachtung das gerade Gegenteil sich ergiebt. In seinem Rechtsleben, in seiner Einzelgeschichte, in seiner Kunst, in seinem Gewerbe zeigt das Mittelalter überall den Ausdruck vorherrschender Individualität; während wir andererseits gerade in der Neuzeit sehen, wie das Individuum immer mehr seiner Eigenart entkleidet und unter der Masse zerrieben wird. Das Hervortreten der Individualität ist im Mittelalter ebenso augenfällig und unbestreitbar wie ihr Rückgang in der Neuzeit. Gleichwohl kann ein so allgemein hingenommenes Urteil wie das von der Unterdrückung und Verkümmerung des Einzelmenschen im Mittelalter nicht durch einfachen Widerspruch, sondern nur durch die Untersuchung seiner Begründung zurückgewiesen werden. Ich werde deshalb zunächst die hauptsächlichen Argumente erörtern, auf denen die Meinung beruht, dafs das Mittelalter antiindividualistisch gewesen sei und dafs die Italiener zuerst den auf dem Einzelmenschen ruhenden Bann gelöst hätten.

Als eine der ersten Ursachen, die den Individualismus des Italieners begründen sollen, wird von Heinrich Leo (in seiner italischen Geschichte) und neuerdings von Kurt Breysig das Klima bezeichnet. „Die Gaben eines ewig heitern Himmels er-

[1] Unter dem Individualismus wird bei den hierher gehörenden Autoren (so bei Burckhardt I, S. 141), wie kaum gesagt zu werden braucht, der geistige Individualismus verstanden, nicht etwa der moderne wirtschaftliche Individualismus.

sparen diesem Volk sehr viele von den Nahrungs- und Wohnungssorgen, die den Nordländer plagen, sie machen den Einzelnen deshalb weit weniger abhängig von seiner nächsten Umgebung, als jenen: Eltern, Haus und Familie bedeuten dem Italiener sehr viel weniger als dem Deutschen, Engländer oder Skandinavier. So sind schon von vornherein die engsten genossenschaftlichen Bande, die den Menschen umschlingen, hier gelockert[1]." Dieses erste Argument ist indes in keiner Weise zutreffend. Das italische Klima ist vielmehr gerade dasjenige, das das römische Familienrecht erzeugt hat, ein Recht, wie es an Härte und Gebundenheit nie und nirgends seines gleichen findet. Hiervon abgesehen, ist es eine bekannte Thatsache, dafs die Wirtschaftssorgen das Familienleben nicht da zerstören, wo die Ernährung der Familienglieder leicht ist, sondern eben nur da, wo sie schwierig ist. Die ganze Beweisführung ist hier irrtümlich.

Ihre breiteste Vertretung findet die hier zu besprechende Anschauung in dem Werke Jacob Burckhardts über die Kultur der Renaissance in Italien, ein Werk, das wohl als einer der hauptsächlichsten Träger der Lehre von dem Anti-Individualismus des Mittelalters und dem befreienden Individualismus der Italiener zu betrachten ist[2]. Irgend eine zureichende geschichtliche Begründung hat Burckhardt seiner Auffassung vom Mittelalter nicht mitgegeben. Zur Geschichte Italiens im Mittelalter hören wir nur wenige Worte über die „kräftigen Frevler" des zehnten Jahrhunderts sowie über den Staat Friedrichs II.; daneben werden einzelne italische Staaten des vierzehnten und hauptsächlich des fünfzehnten Jahrhunderts in knappen Umrissen geschildert. Burckhardt befolgt vielmehr die Methode, seine Schilderung der Renaissance dadurch in ein bestimmtes Licht zu setzen, dafs er einzelnen Abschnitten seines Werkes jeweils einige Bemerkungen über die entsprechenden mittelalterlichen Zustände voraufschickt oder einflechtet.

Diese Äufserungen sind sämtlich auf den gleichen Grundton abgestimmt. Im Mittelalter liegt das Bewufstsein träumend oder halbwach unter einem Schleier, gewoben aus Glauben, Kindesbefangenheit und Wahn; der Mensch erkannte sich nur in irgend einer Form des Allgemeinen. In Italien zuerst erhebt sich der Mensch als geistiges Individuum, wie einst der Grieche gegenüber dem Barbaren[3]. Die Namen der Künstler erfahren

---

[1] Breysig, Die sociale Entwicklung der führenden Völker Europas, Schmollers Jahrb. 1896 S. 1128.

[2] Breysig, a. a. O. S. 1130; Ludw. Stein, Die sociale Frage im Lichte der Philosophie, Stuttgart 1897, S. 263 u. öfter.

[3] Im Mittelalter lagen die beiden Seiten des Bewufstseins — nach der Welt hin und nach dem Innern des Menschen selbst — wie unter einem gemeinsamen Schleier träumend oder halbwach. Der Schleier war gewoben aus Glauben, Kindesbefangenheit und Wahn; durch ihn hindurch gesehen erschienen Welt und Geschichte wundersam gefärbt, der Mensch aber

wir im Norden fast ausschliefslich nur, insofern sie als Handwerker und Zunftmenschen auftreten[1]. Zwischen den mittelalterlichen Ständen gab es Kastenunterschiede; der Adel hatte eine Anschauung der Welt vom Bergschlofs aus[2]. Das Hauswesen war ein höheres Naturprodukt[3]. — Ein jeder dieser Aussprüche ist eine Versündigung wider die geschichtliche Wahrheit.

Dort, wo die Kriterien des Individualismus zuerst zu suchen sind, nämlich in der Stellung des Einzelmenschen gegenüber der Gesamtheit, macht Burckhardt nicht den geringsten Versuch einer Erforschung; an dieser Stelle aber und an keiner andern konnte ein sachlicher, der wissenschaftlichen Verantwortung entsprechender Beweis geführt werden. Ganz oder teilweise unberücksichtigt bleiben die meisten Verhältnisse des öffentlichen, wissenschaftlichen und Rechtslebens im Mittelalter. Als greifbare Unterlage für die von Burckhardt und den ihm folgenden Autoren vertretene Auffassung bieten sich, soweit ich sehen kann, im wesentlichen nur einige knapp und entschieden ausgesprochene Urteile über mittelalterliche Litteratur und (bildende) Kunst.

Auf litterarischem Gebiet müssen so verschiedene Gröfsen wie das Nibelungenlied und die Dichtung Gottfrieds von Strafsburg einerseits, die göttliche Komödie und die Werke Petrarcas andererseits, in einen Vergleich gestellt werden[4]. Ein schlüssiges Ergebnis wird sich bei solchem Unternehmen kaum erzielen lassen, selbst wenn in diesem Falle ein Vergleichsmittel gegeben ist durch die gestellte Frage nach dem in jenen Schöpfungen enthaltenen Individualismus. Ob die deutschen, ganz der Weltlichkeit zugekehrten oder die italienischen Schöpfungen mehr Individuelles und allgemein Menschliches in sich bergen — darüber wird stets das subjektive Empfinden und der Zeitgeschmack entscheiden und, wie man annehmen darf, nicht gerade zu Ungunsten der deutschen Dichtung[5].

Sehr viel einfacher und klarer liegen die Verhältnisse auf

---

erkannte sich nur als Rasse, Volk, Partei, Korporation, Familie oder sonst in irgend einer Form des Allgemeinen. In Italien zuerst verweht dieser Schleier in die Lüfte; . . . der Mensch wird geistiges Individuum und erkennt sich als solches. So hatte sich einst erhoben der Grieche gegenüber dem Barbaren, der individuelle Araber gegenüber den andern Asiaten als Rassemenschen. Burckhardt, Cultur der Renaissance in Italien, 7. Aufl. besorgt v. L. Geiger, Leipzig 1899. Bd. 1. S. 141.

[1] a. a. O. I. S. 162.

[2] a. a. O. II S. 77.

[3] Das Hauswesen unseres Mittelalters war ein Produkt der herrschenden Volkssitte oder wenn man will, ein höheres Naturprodukt, beruhend auf den Antrieben der Völkerentwicklung und auf der Einwirkung der Lebensweise je nach Stand und Vermögen; a. a. O. II. S. 120.

[4] Burckhardt II S. 27; Breysig a. a. O. S. 1129.

[5] Wegen der hier nicht zu berührenden Einzelheiten vergl. die Schilderung mittelalterlicher Kultur bei Lamprecht D. G. III S. 204 bis 252 und Breysig a. a. O.

dem Gebiete der Kunst. Wie man hier, einer vorgefafsten Meinung zuliebe, dem Mittelalter die Individualität absprechen konnte, mag unbegreiflich erscheinen. Das Studium der Baugeschichte eines einzigen Münsters hätte genügen sollen, um das Märchen von dem Anti-Individualismus des Mittelalters zu zerstören. Vom Baurifs bis zum Reliquienschrein auf dem Altar, wie strotzen die Werke dieser „Handwerker und Zunftmenschen“ von Individualität. Ein selbständigeres, von eigentümlicheren Gedanken getragenes Schaffen hat die Kunst zu keiner Zeit aufzuweisen, wie im Mittelalter. Fast in jeder Stadt wirken Männer von besonderer Eigenart und geben den Künsten und Gewerben des Ortes ein bestimmtes Gepräge. Die Stadt setzte ihren höchsten Stolz in ihre Meister und in deren Werke; der Ruhm zahlreicher Meister war weit verbreitet.

Die Meister waren sich ihres Könnens wohl bewufst. Die Behauptung, dafs die Namen der mittelalterlichen Meister uns nicht oder nicht selbständig erhalten, sondern in der Korporation, der sie zuzählten, untergegangen seien, ist ganz irrtümlich und beruht auf einer offenbaren Ungenauigkeit. Aus allen Kunstgebieten ist uns eine Fülle von Urhebernamen in Verbindung mit den Werken selbst überliefert. Mönche wie Laien, Maler, Erzgiefser, Baumeister, Schreiber, Goldschmiede und zahlreiche andere Künstler und Handwerker werden uns mit Namen und mit der Stätte ihres Wirkens genannt[1]. Wenn man aber nach äufseren Zeichen sucht, dafs diese Meister das vollste Bewufstsein ihrer Individualität hatten, so sei auf die Sitte der Baumeister verwiesen, ihr eigenes Bildnis innerhalb der Gotteshäuser anzubringen, an denen sie arbeiteten. Im Freiburger und im Strafsburger Münster, in zahlreichen andern deutschen Domen und Kirchen finden sich diese selbstgesetzten Standbilder, gewifs ein Beweis,

---

[1] Ich verweise hier nur auf das bekannte Werk von Otte, das lediglich die deutsche Kunst behandelt. Das Namensverzeichnis deutscher Baumeister vorzugsweise des Mittelalters füllt dort 31 Seiten (Bd. 2, S. 495 ff.; am Schlufs einige Angaben über deutsche Baumeister im Auslande); namentlich genannt werden ferner aus dem Mittelalter: Erzgiefser (1 S. 316, 2 S. 534 f., S. 602 f.). Holzbildhauer (2 S. 546), Goldschmiede (2 S. 564), Glockengiefser (2 S. 445), Orgelbauer (1 S. 325), Schreiber (2 S. 568), Miniaturmaler (2 S. 551, S. 568), Glasmaler (2 S. 579, S. 620 f.), Wandmaler (2 S. 572 S. 609), Tafelmaler (2 S. 627), Stickerinnen (2 S. 637). Im übrigen ist auf die grofse Specialliteratur über mittelalterliche Kunst im allgemeinen und über die Kunst in den einzelnen Ländern zu verweisen. Der Bearbeiter der mittelalterlichen Zunftgeschichte wird versucht sein, den Burckhardtschen (von Breysig a. a. O. gestützten) Satz gerade umzukehren; während des Mittelalters sind die Berichte über die einzelnen Meister oftmals viel reichhaltiger, als über die Zünfte selber. — Es braucht wohl kaum bemerkt zu werden, dafs der angebliche, jedoch keineswegs vorhandene, Mangel an überlieferten Künstlernamen für die Beurteilung der Kunstepoche selbst belanglos ist. Ein Werk wird nicht dadurch individualistisch bezw. konventionell, dafs wir den Namen des Urhebers kennen bezw. nicht kennen.

dafs die Meister sich ihrer Individualität mindestens in dem Mafse bewufst waren, wie irgend ein italischer Condottiere[1]. —

Die Anschauung von dem Anti-Individualismus des Mittelalters ist unrichtig und dem Wirklichen geradezu entgegengesetzt; sie findet weder in der Kulturgeschichte noch in der Rechts- und Staatsgeschichte irgend eine Unterlage. Dafs diese Meinung zugleich so grundirrtümlich sein und trotzdem allgemein Aufnahme finden konnte, ist vielleicht nur aus äufseren Ursachen zu erklären. Das mittelalterliche Rechtsleben verlangte infolge seiner Eigentümlichkeit unbedingt die Formulierung eines scharfen Gegensatzes zur Neuzeit, während es sich andererseits der Erfassung durch die modernen, insbesondere durch die festländischen, dogmatisch geschulten Begriffe allenthalben widersetzt. Das Wort von dem Anti-Individualismus enthält den gewünschten Gegensatz in gefälliger Form, geht jedoch der Schwierigkeit des Eindringens in den Geist des Mittelalters aus dem Wege.

Charakteristisch ist für das Mittelalter seit dem zwölften Jahrhundert in erster Linie die Einordnung der Individuen in ständische Korporationen und zugleich — hierin liegt ein hauptsächliches Unterscheidungsmerkmal gegenüber der Neuzeit — die Abwesenheit jedes allgemeinen Rechts der Individuen. Die Einordnung in die Korporation bedeutet aber keineswegs, wie fälschlich angenommen wird, die Vernichtung, sondern im Gegenteil die Behauptung der Individualität. Die Korporation zieht nicht das Recht der Individuen etwa an sich, um es zu zerstören; sie ist vielmehr erst die Begründerin und Verteilerin der individuellen Rechte[2]. Das innerste Wesen dieser Rechtsordnung läfst sich dahin bestimmen: mit dem Recht verbindet sich hier stets eine bestimmte Machtsphäre; das ständisch organisierte Mittelalter kennt kein individuelles Recht ohne einen ihm zugeteilten Machtbereich.

In dieser Formel ist ebenso die Grundlage der mittelalterlichen Ordnung wie der Abstand gegenüber der Neuzeit gekennzeichnet. Nicht durch einen Hinweis auf allgemeine Berechtigungen, sondern

---

[1] Über diese Erstgebornen des Individualismus vgl. Burckhardt I S. 142. — Dafs die a. a. O. I S. 144 und II S. 177 bezeichneten Eigenschaften — Zuchtlosigkeit, schrankenloser Egoismus, Habgier — als „entwickelter Individualismus“ zu bezeichnen seien oder auch nur im Stande seien, Individualismus zu erzeugen, ist vollkommen unrichtig. Jene Eigenschaften finden sich einerseits bei kollektivistisch lebenden Horden durchweg, andererseits bei Angehörigen von Kulturvölkern da, wo Kulturgegensätze aufeinanderstofsen, und zwar im Altertum wie im Mittelalter, innerhalb wie aufserhalb Italiens. Durch den Besitz jener Eigenschaften den Repräsentanten des neuen Weltalters kennzeichnen zu wollen (a. a. O. II S. 177), erscheint denn doch nicht angängig; die neue Zeit hat ein anderes Fundament.

[2] Über die Selbständigkeit des Individuums innerhalb der Zunft vgl. Lamprecht D. G. 3 S. 26.

durch die Zuteilung einer bestimmten Machtsphäre sucht das Mittelalter die Stellung des Individuums zu begründen. Die Wirkung dieses Princips auf die Charakterbildung des Volkes wird man niemals zu hoch veranschlagen können. Nur hierdurch wird es verständlich, dafs wir im Mittelalter jedes Land, jede Stadt, jeden Berufsstand von eigenartigen, scharf gezeichneten Persönlichkeiten erfüllt sehen. Was in den westeuropäischen Kulturvölkern an Individualität steckt, das hat ihnen das Mittelalter anerzogen.

Die erste Sorge des Mittelalters galt dem Einzelmenschen; wie kein anderes Zeitalter hat es ihn gebildet, gepflegt, geschützt[1]. Wie kein anderes Zeitalter hat es auch die Vorbedingungen für die Erhaltung der Individualität herausgefühlt und erkannt. Der Machtbereich, den sich die Persönlichkeit heute erobern mufs, war damals ihre gegebene Zubehör. Dafs jedes Erzeugnis jener Zeit den Stempel vollster Persönlichkeit trägt, dafs einzelne Städte sich zu Unternehmungen aufschwangen, deren Gröfse wir heute kaum begreifen, das ist nur erklärbar durch die selbständige Kraft, die jedem Individuum damals innewohnte.

Die Zustände des dreizehnten Jahrhunderts, die unsere Einzeldarstellung geschildert hat[2], zeigen uns das Bild einer auf dem Individualrecht begründeten Verfassung. Von den Gegensätzen, die sich infolge der neuen staatlichen Entwicklung gegenüber dem individuell erworbenen Rechte herausbilden mufsten, werden wir nunmehr im folgenden Abschnitt zu handeln haben.

§ 2. Sonderrecht und allgemeines Recht.

Unsere Untersuchung des französischen Gewerbewesens hat uns gezeigt, in welcher Weise sich das Wachstum des Staates und seines Rechtsgebiets seit dem Beginn des vierzehnten Jahrhunderts vollzogen hat. Eine gewaltige Arbeit wurde hier in zwei Jahrhunderten vollbracht. Aus den königlichen Amtsleuten ist ein berufsmäfsiger, in jedem administrativen Geschäft geschulter Beamtenstand geworden. Aus den königlichen Ämtern mit ihren geringen fiskalischen uud jurisdiktionellen Befugnissen sind Verwaltungsbezirke geworden, in denen alles öffentliche Leben und öffentliche Recht staatlich geleitet wird. Im grofsen wie im kleinen zeigen König und Beamtentum die gleiche unbeirrte Thatkraft. Ein Recht nach dem andern wurde an die Krone herangezogen; eine Korporation nach der anderen wurde abhängig gemacht, und am Ende des Mittelalters war die Staatsgewalt auf allen Gebieten fest begründet.

Doch eine erste Beobachtung mufs sich uns bei diesem Vorgang aufdrängen; bei all seinen Eingriffen hat das Königtum an den vorhandenen Institutionen nichts oder nur weniges ge-

---

[1] S. oben S. 91 u. 273.
[2] Oben S. 23 bis 151.

ändert. Man verfolgte lediglich das Ziel, die königliche Gewalt nach allen Richtungen auszudehnen und zu befestigen, sowie die Beamtenorganisation zu vermehren und auszubauen. Im übrigen wurden die alten Einrichtungen beibehalten und sogar vielfach erweitert. Dieser Zwiespalt ist es, den ich zuvor damit bezeichnete, daſs das sechzehnte Jahrhundert ein neuzeitliches Königtum und eine mittelalterliche Verwaltung übernahm [1].

Die zwei entgegengesetzten Rechtsanschauungen, die beide in der menschlichen Natur begründet scheinen, treten sich hier gegenüber, und zwar nicht in allgemeinen Theorieen, sondern verkörpert durch festgeschlossene Organisationen; es ist das individuelle Sonderrecht des Mittelalters und das allgemeine Recht des neuentstehenden Staates.

Das ständisch organisierte Mittelalter kannte, wie wir zuvor sahen, kein allgemeines Recht der Individuen, sondern nur das im besonderen erworbene, das Privileg. Auf dem Sonderrecht hat das Mittelalter seine Organisationen aufgebaut; in ihm wurzelt der örtlich und persönlich erworbene Stand des Individuums.

Wie das besondere Recht in der individuellen, so ist das allgemeine Recht in der staatlichen Natur des Menschen begründet [2]. Dieses Recht der Gesamtheit, wie es durch das Königtum vertreten wurde, stieſs sich fortwährend an dem Sonderrecht. Hier zeigt uns nun die Einzelbetrachtung, wie völlig verschieden die innere Ausgestaltung der staatlichen Befugnisse von ihrer äuſseren Tragweite gewesen ist. Das Königtum war weit davon entfernt, in seinen Schöpfungen eine Einheit des Volksganzen darzustellen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben hatte vielmehr das Königtum zunächst kein anderes Mittel, als seine eigenen Einrichtungen getrennt von den vorhandenen und neben diesen aufzuführen. Das ständische Privileg blieb hierbei, wie wir im einzelnen gesehen haben, erhalten; sein Kreis wurde sogar unausgesetzt vergröſsert.

Das vierzehnte und fünfzehnte Jahrhundert bietet uns deshalb das bemerkenswerte Schauspiel, daſs zugleich die ständischen und zugleich die staatlichen Einrichtungen an Ausdehnung gewinnen. Wir haben dies im einzelnen auf unserem Gebiet zuvor genau beobachten können. Das Zeitalter kennzeichnet sich durch eine ungewöhnliche und fortgesetzte Steigerung aller öffentlichen Machtmittel, und aus diesem Gesichtspunkt will es hier vor allem betrachtet sein. Die ständisch-privilegierte

---

[1] Oben S. 325.

[2] „Der reine Begriff des Staates enthält, als die allgemeine Persönlichkeit, die Vielheit der einzelnen Persönlichkeiten ohne Unterscheidung. In allen begrifflichen Untersuchungen ist der Einzelne dem Staate gegenüber stets als dem anderen gleich und frei gesetzt.“ Lorenz v. Stein, Begriff der Gesellschaft. II. Ausg. Leipzig 1885, Einl. S. 45.

Gesellschaft stand hierbei im thatsächlichen Besitz ihrer alten Verwaltungsbefugnisse; der Staat begründete seine allgemeinen Herrschaftsrechte[1].

So hatten sich während des Mittelalters zwei berechtigte Principien in den Gebilden der Stände einerseits, des neuen Staates andererseits, verkörpert. Eine Vereinigung beider Rechtsgrundlagen ist zu dieser Zeit nicht oder nur in geringem Mafse erfolgt. Die neue Staatsgewalt, so selbständig sie aufgebaut wurde, blieb doch nur ein Mechanismus. Wenn wir die Fülle der vorhandenen Organisationen nur auf einem einzigen Gebiet, auf dem des Gewerbewesens betrachten, so sehen wir, wie wenig der Staat daran dachte oder daran denken konnte, seine eigenen Einrichtungen aus der Volksgesamtheit heraus zu konstruieren. Sonderrecht und allgemeines Recht blieben sich entgegengesetzt; die Bildungen der Stände und des Staats standen einander unvermittelt gegenüber.

Hier beginnt nun eine Spaltung in der Entwicklung des Staates als solchen; durch die Überwindung jenes Gegensatzes vollzieht sich nunmehr die vollständige und dauernde Scheidung zwischen dem festländischen Europa und dem britischen Inselreich. Allerdings hatten sich schon seit der Mitte des vierzehnten Jahrhunderts die Wege der drei grofsen westeuropäischen Staaten getrennt[2]. Die Verschiedenartigkeit der äufseren Geschichte und der territorialen Entwicklung war nicht ohne tiefgreifende Rückwirkung auf die Ausgestaltung der inneren Einrichtungen geblieben. Jedes der drei Reiche hatte seit dem fünfzehnten Jahrhundert seine öffentlichen Institutionen in der ihm bestimmten, eigentümlichen Richtung fortentwickelt[3]; aber zu einem Ausgleich der widerstreitenden Gewalten war noch keines unter ihnen gelangt.

Während des sechzehnten Jahrhunderts fällt die Entscheidung. In England gelingt, allmählig und nicht ohne starke Erschütterungen, die Verschmelzung des besonderen und des allgemeinen Rechts zu einem organischen Ganzen. In den grofsen festländischen Staaten dagegen setzt sich die einseitige Entwicklung des Staatswesens fort. Der Staat schliefst die ständischen Bildungen grundsätzlich von der Aufnahme in seinen Mechanismus aus. Er erweitert seine Rechte, aber keineswegs seine schmale Grundlage gegenüber der Volksgesamtheit.

Wir haben hier, ohne Berücksichtigung der inneren Kämpfe

---

[1] Der Ausdruck „Stände" ist hier im weiteren Sinne für die nach Beruf, Geburt und Interesse sich scheidenden Teile der Volksgesamtheit, nicht in dem engeren Sinne der anerkannten korporativen Vertretung des Landes (Landstände, Reichsstände) gebraucht.

[2] S. oben S. 179.

[3] Vgl. Breysig, Sociale Entwicklung, Schmollers Jahrbuch Band XX ff.; Hintze, Roschers politische Entwicklungstheorie, Schmollers Jahrb. Bd. XXI S. 767 ff.

und der handelnden Personen, lediglich zwei verkörperte Principien herauszulösen gesucht, deren Gegensatz und Widerstreit uns in der Staatsgeschichte seit dem vierzehnten Jahrhundert fortwährend vor Augen tritt. Die beiden gegnerischen Gewalten, die ständischen Organisationen und der selbständige Staat, sind Schöpfungen des Mittelalters und auf dem gleichen Boden erwachsen. Beide, das ständisch-beschränkte, wie das staatlich-allgemeine Recht, enthalten berechtigte und niemals verschwindende Principien des staatlichen Gesamtlebens. Keines für sich genommen umschliefst die Einheit der Kräfte des Staatsverbands. Das Mittelalter hat beiden Gegensätzen die Verkörperung gegeben: Aufgabe der Neuzeit war es, den Ausgleich und die Vereinigung zu bewirken.

Die Lösung der Aufgabe war eine andere auf dem Festland und in England. Der festländische Staat hat aus der Erbschaft des Mittelalters im wesentlichen nur sein eigenes Herrschaftsrecht entwickelt. Die ständische Gesellschaft hat er als seinen Feind betrachtet, und sie ist es in Wahrheit geworden. Der Gegensatz von Staat und Gesellschaft ist allerdings notwendig und dauernd; aber die offene Feindschaft beider ist nur die Folge einer einseitigen staatlichen Entwicklung, wie sie sich in den festländischen Staaten herausgebildet hat.

§ 3. Die Umkehrungen im öffentlichen Recht.

Im Voraufgehenden haben wir die beiden Principien des Sonderrechts und des allgemeinen Rechts umschrieben und erörtert; ihren gemeinsamen Boden finden beide, soweit wir sie hier zu behandeln hatten, im öffentlichen Recht. Wir können nunmehr dazu vorschreiten, die Wandlungen, die sich auf diesem Boden vollziehen, in einem gröſseren Zusammenhang zu betrachten. Wir gelangen hierbei zu der Beobachtung jener bedeutsamen Vorgänge, die ich als die Umkehrungen im öffentlichen Recht bezeichnen will. Wenn wir den Staat in seiner ununterbrochenen Kontinuität seit dem frühen Mittelalter verfolgen, so finden wir eine mehrfache Umkehrung des Verhältnisses zwischen Staat und Volksgesamtheit.

Im frühen Mittelalter ist die Volksfreiheit Quelle des öffentlichen Rechts. Diese Eigenschaft geht ihr allmählich verloren; zur Rechtsquelle werden die herrschaftlichen Gewalten [1]. Seit dem zwölften Jahrhundert vollzieht sich alsdann die zweite Umwälzung, zum Teil im Gefolge der bürgerlichen Unabhängigkeitskämpfe [2], und neue Bildungen mit ständischer Grundlage

---

[1] Vgl. Mag. und Frat. S. 198 ff.

[2] Mit dem negativen Begriff der Unabhängigkeit ist das Ziel dieser Kämpfe präciser bezeichnet als mit dem positiven der Freiheit. S. Mag. u. Frat. a. a. O.

treten im öffentlichen Rechte auf[1]. Zu Beginn des vierzehnten Jahrhunderts ist die zweite Umkehrung vollendet, und das gesamte öffentliche Leben ist von ständischen Körperschaften durchsetzt, die sich im Besitz der Verwaltungsbefugnisse befinden.

Um diese Zeit beginnt das Fürstentum seine selbständige Verwaltung auf staatlicher Grundlage auszugestalten und sie der ständischen an die Seite zu stellen. Zum erstenmal treten sich jetzt zwei öffentliche Gewalten mit dem Anspruch der verwaltungsmäfsigen Thätigkeit auf ein und demselben Gebiet gegenüber. Beide steigern ihre Organisationen, und bald haben sich die Gegensätze der ständischen und der staatlichen Verwaltung ausgebildet.

Die Kämpfe zwischen beiden Gewalten verliefen während der Periode unserer Darstellung auf den verschiedenen Gebieten und in den einzelnen Ländern in äufserlich verschiedener Weise; aber das Endergebnis war doch in allen Fällen in den festländischen Staaten das gleiche: das ständische Sonderrecht, das Privileg, von dem wir zuvor sprachen, wandelte sich in das Vorrecht, und als solches wurde es von den Standesgenossen mit gröfserem oder geringerem Erfolge behauptet. Die grofse Schöpfung des Mittelalters dagegen, die ständische Selbstverwaltung geriet in Erstarrung und Verfall; der Staat vermochte es nicht, ihre Einrichtungen im Einklang mit seinen eigenen umzugestalten.

Das Vorgehen des Staates wider die Stände betraf die drei Gebiete, auf denen die ständischen öffentlichen Rechte lagen, d. i. das rein politische, das verfassungsrechtliche und das verwaltungsrechtliche Gebiet. Der Gewinn an Macht, der dem Staat hierbei zufiel, war indes auf diesen drei Gebieten von sehr ungleichem innerem Wert. Die Lahmlegung der rein politischen Rechte der Stände war eine Vorbedingung für die Schaffung der Einheit des staatlichen Handelns und hatte somit zunächst nur günstige Wirkungen.

Anders war der Erfolg auf dem Gebiete der ständischen Verfassung und der ihr aufs engste verbundenen Verwaltung. Indem hier die ständischen Organismen allmählich zu bevorrechteten Körperschaften zusammenschrumpften, wurde die Masse der Bevölkerung den ständischen Verbänden immer mehr entfremdet. Das ständische Wesen schlofs sich nach unten ab, in demselben Maafse wie ihm der Anschlufs nach oben versperrt wurde. Zu Ende unserer letzten Periode, d. i. im sechzehnten Jahrhundert, ist die Volksmasse schon zum grofsen Teil von dem Ständeverband losgelöst. Eine neue Zusammenfassung, eine rechtliche Eingliederung innerhalb des Staatsverbandes ist aber

[1] v. Inama-Sternegg D.W.G. Bd. III.; Lamprecht D.G. 3. und 4. Bd.

gleichwohl für diese frei gewordenen Volksteile nicht geschaffen worden. Für die grofse Menge ist die verfassungsmäfsige Einfügung nicht mehr vorhanden, wenn auch die gewaltigen Bewegungen des sechzehnten Jahrhunderts und der allgemeine Aufschwung des Staatsgedankens diese innere Unausgeglichenheit nicht immer erkennen lassen.

In vollster Schärfe hatten sich indessen die Gegensätze auf dem Gebiete der Verwaltung entwickelt. Hier stand das Beamtentum fest geschlossenen Organisationen gegenüber, die es ebensowenig durchaus nach seinem Willen zu lenken vermochte, als es andererseits ihre Funktionen entbehren konnte. Das Recht der ständischen Selbstverwaltungskörper war dem Beamtentum ein unerträgliches Hindernis; ihr Apparat dagegen war ihm noch notwendig. Eine einfache Beseitigung der ständischen Organe in der Verwaltung konnte nur auf einzelnen Gebieten erfolgen, die sich zur Substituierung der Staatsverwaltung ohne weiteres eigneten. In der Hauptsache aber war das Beamtentum darauf angewiesen, die ständischen Bildungen bestehen zu lassen und im einzelnen, durch meist schroffe Mafsnahmen, seinen gegnerischen Einflufs in ihnen zur Geltung zu bringen.

Die Politik des staatlichen Beamtentums richtete sich allgemein dahin, jedes unabhängige Recht der ständischen Körperschaften zu bestreiten und an den Staat heranzuziehen, zugleich aber von eben diesen Körperschaften die Fortführung der Verwaltungsfunktionen zu verlangen. Von der Selbstverwaltung wurde demnach die Thätigkeit in einem Sinne gefordert, der ihren Grundlagen, wie sie sich nun einmal bis ins sechzehnte Jahrhundert entwickelt hatten, durchaus widersprach. Weder nach ihrem Recht, noch nach ihrer Zusammensetzung standen die ständischen Körperschaften auf dem breiten Boden, auf dem sie in früheren Jahrhunderten gegründet waren. Ihre Kreise, wie ihre Interessen zogen sich immer enger zusammen.

Die Kämpfe zwischen Staatsverwaltung und Selbstverwaltung gelangten somit zu dem widerspruchsvollen Ergebnis, dafs das Princip der Selbstverwaltung als solcher unterlag, während dagegen ihre Einrichtungen noch erhalten blieben. Zwischen Staat und Volk standen bevorrechtete Bildungen, die den Inhalt, den sie während des Mittelalters besafsen, zum grofsen Teil verloren hatten, die aber das staatliche Schaffen auf dem eigensten Gebiet seiner Bethätigung vielfach unmöglich machten. Die nunmehr begrifflich vollkommene Staatsgewalt war thatsächlich in der Landesverwaltung in jeder durchgreifenden Äufserung ihres Willens behindert. Es bedurfte keiner theoretischen Spekulation, um diese Gegensätze aufzudecken; die Betrachtung der Wirklichkeit zeigte die krassesten Widersprüche.

Auf dem Boden solcher Zustände erwuchs eine neue Auf-

fassung vom Staat und seinem Wesen, das Naturrecht[1]. Das Naturrecht ging von einer Anschauung aus, die keineswegs schlechthin aus der Abstraktion gewonnen[2], sondern gerade durch den Widersinn der zeitgenössischen Verhältnisse angeregt wurde. Der unabhängigen, von der Tradition befreiten Erkenntnis einer neuen Zeit bot sich gegenüber der vorhandenen Zersplitterung von selbst der Gedanke einer Einheit und Einheitlichkeit des staatlichen Wesens.

Die grofse Kulturarbeit des Mittelalters aber ging dem Naturrecht verloren; es hat sie nicht benuzt und nicht verstanden. Das Naturrecht kannte die mittelalterlichen Einrichtungen fast nur aus den überlebten und zerfallenen Bildungen, zu denen sie in den festländischen Staaten entartet waren. Es ist kein blofs äufserer Umstand, dafs die hierher gehörenden Hauptwerke, der Leviathan und das jus belli ac pacis in Frankreich und unter stetem Verkehr der Autoren mit den französischen Gelehrten- und Regierungskreisen entstanden sind. Die Einführung der Hobbes'schen Theorien in England zeigte bald, dafs sie dem Boden dieses Landes fremd und auf andere Zustände berechnet waren.

Welches notwendige und unvergängliche Rechtsprincip in den bevorrechteten Körperschaften ursprünglich enthalten war, wurde nicht untersucht; genug, dafs dieses Sonderrecht mit den beiden Gröfsen, aus denen das Naturrecht alles konstruierte — Individuum und Staat — unvereinbar schien[3]. Eine dritte Gröfse, das Standesrecht, wurde im Princip nicht anerkannt. Die Zusammenfassung der Individuen im Staat vollzog sich im Naturrecht durch einfache Zusammenzählung, durch ein Additionsexempel.

Die mit einem einfachen Princip rechnende Betrachtungsweise wurde durch das Naturrecht in der Staatsrechtswissenschaft zur dauernden Herrschaft gebracht[4]. Die hierdurch erreichte

---

[1] Rehm, Geschichte, S. 211; Dilthey, Das natürliche System der Geisteswissenschaften im siebzehnten Jahrhundert, Archiv für Geschichte der Philosophie, Band 5 ff.; Jodl, Geschichte der Ethik, Stuttgart 1882, Bd. 1; Prantl, Geschichte der Logik im Abendlande, Leipzig 1885, Bd. IV; Fr. J. Stahl, Geschichte der Rechtsphilosophie, 5. Aufl. Tübingen 1885; Ludwig Stein, Sociale Frage im Lichte der Philosophie, Stuttgart 1897; Liepmann, Die Rechtsphilosophie des Jean-Jacques-Rousseau, Berlin 1898.

[2] Vgl. Rehm, Geschichte, S. 212: Das Naturrecht ist von Haus aus nicht reine Spekulation, sondern zwar primär logisch-abstrakte Konstruktion in juristischer Form, aber in Verbindung mit empirischer Beweisführung aus Rechtsgeschichte und Rechtsdogmatik.

[3] Vgl. hierzu die Darlegungen Rehms über die Staatsentstehung in der Naturrechtslehre, a. a. O. S. 252.

[4] Die Eigentümlichkeit des Naturrechts scheint mir nicht so sehr durch den Gegensatz zwischen philosophischem und positivem Recht charakterisiert, als vielmehr durch den Gegensatz zwischen der einfachen und der komplexen Betrachtungsweise.

Klarheit, ebenso wie die Gröfse und das hohe Ziel der philosophischen Auffassung, liefsen über die Mängel der Grundanschauung leicht hinweg sehen. Die einseitige und schmale Grundlage, auf welcher der festländische Staat im sechszehnten Jahrhundert thatsächlich stand, wurde benutzt und erweitert zu einem wissenschaftlichen System, das als Objekt das Individuum und den aus ihm unmittelbar zusammengesetzten Staat hatte. Das mittelalterlich-ständische Recht wurde als Thatsache, nicht aber als notwendiges staatliches Princip betrachtet.

Wenn wir jetzt auf die zuvor hervorgehobenen Umkehrungen im öffentlichen Recht zurückblicken, so finden wir die letzte Umwandlung im Verhältnis zwischen Staat und Volksgesamtheit vollzogen. Das Recht, das die ständischen Bildungen sich seit dem zwölften Jahrhundert erobert hatten, ist durch die Entwicklung des Staates thatsächlich unfruchtbar gemacht; in der Theorie aber ist es schon vollständig beseitigt. Die herrschaftliche Gewalt des Staates wird wieder die Quelle alles öffentlichen Rechts.

§ 4. Das absolute Princip im mittelalterlich-neuzeitlichen Staat.

In den Kämpfen zwischen Ständetum und Staat, die unsere Darstellung des Gewerberechts im einzelnen und unsere voraufgehende Erörterung im allgemeinen beschrieben hat, sehen wir ein neues Staatsprincip in die Wirklichkeit treten; es ist das des Absolutismus[1]. Die Periode seiner Herausbildung fällt in die Zeit vom vierzehnten bis zum Ende des sechzehnten Jahrhunderts. Wir haben hier die Entstehung und Entwicklung des absoluten Princips während jener Periode zu erörtern.

In der Einleitung zu dem ersten Teil unserer Darstellung haben wir gezeigt, wie seit Beginn des vierzehnten Jahrhunderts sich von dem Ämterwesen eine selbständige Staatsgewalt ablöste. Diese Loslösung von thatsächlicher Gebundenheit und zugleich die Herstellung eigener Rechtsgrundlagen für die Bethätigung des Staatswillens bildet den Ursprung und den Inhalt des mittelalterlichen Absolutismus. Nur durch das doppelte Ziel — Loslösung des Staates vom fremden und Begründung seines selbständigen Rechtes — wird der Absolutismus des Mittelalters gekennzeichnet, und nur hierin gelangen seine Bestrebungen zu dem ihm eigentümlichen Ausdruck.

[1] Koser S. 246 ff.; Rehm, Breysig a. a. O.; Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter, Band I S. 1251 ff.; derselbe, Beiträge zur Geschichte, Festschrift 1894 S. 173 ff.; v. Hertling in Bruders Staatslexikon; H. Schulze, Einleitung in das deutsche Staatsrecht, Leipzig 1867.

Der im Mittelalter ausgebildete Absolutismus unterscheidet sich hierdurch grundsätzlich von der unumschränkten Herrschergewalt anderer Zeiten und anderer Völker, und insbesondere von der Herrschaft der römischen Kaiserzeit, mit der er in seiner Entwicklung häufig verglichen wird. Ein solcher Vergleich entbehrt der inneren und der geschichtlichen Begründung. Der Principat und das spätere Cäsarentum übertrugen dem Kaiser eine vorhandene fertige Staatsgewalt, die nur in eine einzige Hand gelegt wurde. Es handelt sich hier nur um eine Regierungsform. Das Eigentümliche des mittelalterlichen Absolutismus dagegen ist, dafs er sich die Staatsgewalt erst herstellte; er ist mit ihr gewachsen und grofs geworden; er hat sich sein Recht und seinen Bereich erst neu gegründet. Der Imperialismus ist der Ausdruck eines absinkenden, der Absolutismus ist der Ausdruck eines aufsteigenden Staatswesens. Jener sogenannte römische Absolutismus steht am Ende, der mittelalterliche dagegen am Anfang der staatlichen Entwicklung. Sein Ziel, wie seine rechtliche Bedeutung ist deshalb eine ganz andere; er hat den Staat erst geschaffen, in dem und durch den er herrschte. Wenn wir den mittelalterlichen Absolutismus richtig beurteilen wollen, so müssen wir ihn als staatsgründendes Princip betrachten, und keineswegs als eine blofse Regierungsform.

Die Stellung über dem Gesetz ist von dem mittelalterlichen Absolutismus nicht grundsätzlich erstrebt worden. Seit dem zwölften Jahrhundert wurden die bekannten imperalistischen, bezw. entsprechend umgedeuteten Sätze des römischen Rechts princeps legibus solutus[1], quod principi placuit legis habet vigorem, von Juristen und Parteigängern vorgebracht; in der thatsächlichen Anwendung ist indes zu unterscheiden zwischen dem Gebrauch zu rein politischen Zwecken und der Geltung auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts im allgemeinen. Zu dem erstgenannten Zweck eigneten sich die Sätze vornehmlich; sie bildeten ein Kampfmittel gegen politische Gegner[2]. Indes war auch hier der Erfolg nur ein beschränkter und der ursprünglichen Absicht oft entgegengesetzter[3]. — Zu einem anerkannten Bestandteil im System des öffentlichen Rechts sind dagegen die Sätze nicht geworden; sie standen mit den thatsächlichen Verhältnissen viel zu sehr im Widerspruch[4]. Unter den römisch-rechtlichen Sätzen

---

[1] Über die Umdeutung dieses Satzes vgl. Mommsen, römisches Staatsrecht 3. Aufl 2 S. 751.

[2] Hierbei haben sie besonders Friedrich I. gedient. Es ist jedoch nicht angängig, die auf politische Eroberung und auf Festigung des Imperium — im mittelalterlichen Sinne — gerichteten Bestrebungen Friedrichs I. als Absolutismus zu bezeichnen. S. Pomtow, Einflufs der altrömischen Vorstellungen vom Staat auf die Politik Friedrichs I. Hallenser Dissert. 1885.

[3] Vgl. hierzu im einzelnen Koser S. 250 f.

[4] Rehm, Geschichte, S. 191 f. Über den Satz quod principi u. s. w. im System Beaumanoirs s. hier oben S. 10 Anm. 1.

sind diese imperalistischen vielleicht gerade diejenigen, die trotz der Schärfe ihres Ausdruckes sich in der Praxis am wenigsten durchzusetzen vermochten; sie blieben vereinzelt, wie denn auch ihre Bedeutung gerade für den mittelalterlichen Absolutismus, gegenüber der Wichtigkeit der Aufnahme römisch-rechtlicher Begriffe überhaupt, vollständig zurücktritt.

Das Streben nach Alleinherrschaft, wie die imperialistische Tendenz im allgemeinen, und der mittelalterliche Absolutismus sind gänzlich verschiedene Begriffe und verfolgen ganz verschiedene Ziele. Der mittelalterliche Absolutismus ist durchaus Staatsabsolutismus. Der Staat soll von der ihm auferlegten Bindung seines Willens und seiner Macht befreit werden. Die regellose persönliche Willkür wird hierbei nicht nur nicht gefördert, sondern ihr wird nach Kräften vorgebeugt durch unablässigen Ausbau der Gesetzgebung. Die Thätigkeit auf diesem Gebiet ist mustergiltig. In der Kunst des objektiven und klaren Ausgestaltens der Gesetzgebung scheint der Staatsabsolutismus jede andere Regierungsform weit zu übertreffen.

Der Fürst gilt in diesem System keineswegs als ein persönlich schrankenloser Herrscher. Mit grofsem Nachdruck wird der Satz verfochten, dafs der König nicht Eigentümer oder Besitzer, sondern nur Verwalter des Reiches ist: Rex non censetur proprietarius sive dominus Regni sui, sed Administrator[1]. Dem Gebrauch der Staatsgewalt und des Staatsgutes zu persönlichen Zwecken tritt das Beamtentum mit aller Schärfe entgegen. Die Fortbildung des monarchischen Rechts gründet sich immer mehr auf den Begriff des von der Person des Königs getrennten königlichen Amtes[2]; von diesem Amt soll alles Recht im Staate seinen Ausgang nehmen.

Zur Kennzeichnung des Absolutismus und seiner Entwicklung nach verschiedenen Perioden werden zahlreiche Schlagworte angeführt, von denen indes keines zureichend ist[3]. Die Auffassung des Staatsabsolutismus, wie er bis zu Ende des sechzehnten Jahrhunderts sich ausgestaltete, ist dagegen knapp enthalten in dem Leitsatz, den ich an anderer Stelle angeführt habe[4]: „Der König allein ist Quelle alles Rechts und aller Gerichtsgewalt; doch nicht so, dafs er damit schalten dürfte nach Gunst und Belieben; sondern er ist darüber gesetzt, wie das Haupt über die Glieder[5]“. Der König, d. h. sein Amt, ist

---

[1] Molinaeus, Commentarius in Consuetudinem Parisiensem, Ausgabe seiner opera omnia, Paris 1681 Bd. I, S. 135. Überaus häufig kehrt der Satz wieder bei Las Casas, Quaestio utrum reges vel principes jure aliquo vel titulo, et salva conscientia, cives ac subditos domini particularis ditioni subjicere possint. Ausgabe von Frise, s. oben S. 16a[2].

[2] S. oben S. 19 f., 179 f., 184.

[3] Koser, a. a. O.

[4] Mag. u. Frat. S. 88.

[5] A supremo Principe velut a mari fluunt omnes jurisdictiones, non

darnach der Träger des gesamten Rechts; aber jede Befugnis zu willkürlichem Handeln wird ihm ausdrücklich abgesprochen.

Der Absolutismus verlangte demnach die Heranziehung des Rechts und dessen Gründung auf eine einzige Stelle, wie dies gegenüber der mittelalterlichen Zersplitterung der öffentlichen Gewalt in allen Staaten notwendig und unerläfslich war. Nicht durch die Notwendigkeit, diese Neugründung des Rechts vorzunehmen, sondern durch die Formen, in denen dies geschah, unterscheiden sich dann die einzelnen Länder. Die Loslösung der Staatsgewalt konnte erfolgen, ohne dafs die ständischen Bildungen in ihrer Lebensfähigkeit geschwächt wurden; diese konnten sogar durch allmähliche Eingliederung in das Staatswesen an Stärke und Bedeutung gewinnen. Der Staat konnte aber auch darauf ausgehen, jedes nicht-staatliche Recht zu unterbinden, und es hierdurch allmählich zum Absterben zu bringen. Der Erfolg war dann die Beseitigung jeder rechtlich — wenn auch nicht thatsächlich — unabhängigen Macht neben der Staatsgewalt.

Gemeinsam ist dem mittelalterlich-neuzeitlichen Absolutismus demnach nichts weiter als die oben S. 386 gegebene Definition und das dort bezeichnete zwiefache Ziel [1]. Verschieden dagegen ist die Entwicklung in den einzelnen Ländern seit dem Ausgang des Mittelalters. Von den Zuständen im öffentlichen Leben, von der Fähigkeit des Beamtentums und von dem persönlichen Regiment des Fürsten hing es ab, inwieweit der Absolutismus jede Schranke seiner Eigenmacht entfernte [2]. Insbesondere ist das spätere Hinabgleiten in die Extreme nicht dem absolutistischen System als solchem zuzuschreiben, sondern vielmehr den nationalen Eigenschaften der einzelnen Völker, die gerade in dem Verhalten gegenüber dem Absolutismus charakteristisch hervortreten. Auch nachdem der Absolutismus seine letzten Konsequenzen gezogen hatte, ist seine Wirkung wie seine Anwendung die verschiedenste. Zu einer Erschlaffung des staatlichen Lebens ist es allerdings überall gekommen, obwohl dies Ergebnis nicht etwa dem Absolutismus eigentümlich ist, sondern ebenso aus jeder andern Verfassungsform folgen kann und folgt. Aber, was bei der Vereinigung von Machtfülle an einer einzigen Stelle das nächste erschiene, nämlich der Mifsbrauch der absoluten Gewalt zu nichtstaatlichen und persönlichen Zwecken, ist keineswegs überall eingetreten.

Als Princip betrachtet, bedeutet der Absolutismus die höchste Anspannung der staatlichen Kräfte; hierin liegt sein Vorzug und

---

quod sint manuales seu revocabiles ad nutum, ut adulatores aulici et forenses quaestuarii blaterant, sed quod ut membra dependent a capite. Molinaeus in Cons. Par. S. 78.

[1] Dafs die früher angenommene Periodisierung des Absolutismus unhaltbar ist, hat Koser a. a. O. eingehend nachgewiesen.

[2] Koser S. 247.

seine Schwäche. Die Grundlage, auf der das Mittelalter den Staatsbau aufführte, ist, wie wir zuvor gesehen haben, an sich eine schmale und unzureichende gewesen; hier ist diese einseitige Schichtung auf die Spitze getrieben. An Fürst, Beamtentum und Volk stellt deshalb der Absolutismus die gröfsten Anforderungen, wenn er seinen Aufgaben genügen soll. Dies ändert aber nichts an der Thatsache, dafs in dem neuzeitlichen Staat, wie er nun einmal besteht, der Absolutismus als ein grundlegendes Princip enthalten ist. Es ist deshalb ein Irrtum, zu glauben, dafs der Absolutismus — weil eine Regierungsform — nichts anderes als ein Durchgang für die Völker gewesen sei, und nur eine Phase, die sie in ihrer Entwicklung überwinden mufsten. Denn der Absolutismus ist, wie wir gezeigt haben, mehr als eine Regierungs- oder Verfassungsform. Die Formen allerdings ändern sich und sterben ab mit den wechselnden Zuständen, deren vorübergehender Ausdruck sie gewesen sind; die grundlegenden Bestandteile aber, aus denen ein Staatswesen zusammengesetzt ist, sind, solange dieses besteht, dauernd und suchen sich stets eine neue Verwirklichung. So haben wir das ständische Princip als ein unzerstörbares Element des mittelalterlich-neuzeitlichen Staates gefunden, und ebenso ist dies mit dem absoluten Princip der Fall.

Die Staatsgewalt, wenn anders sie in Wahrheit die Volksgesamtheit darstellen will, mufs unter allen Umständen im stande sein, ihren Willen frei von jedem nicht-staatlichen Einflufs zu bethätigen. Eine grundsätzliche Bindung des staatlichen Willens ist unvereinbar mit dem Recht und mit dem Zweck des Staates. Vielmehr darf die Aufgabe der Staatsverfassung keine andere sein, als die beiden innerhalb des Staatswesens vorhandenen Principien, das ständische und das absolute, ins Gleichgewicht zu setzen, nicht aber das eine durch das andere zu unterdrücken. Wenn das einseitig absolute Regiment zu einer Erstarrung des staatlichen Lebens führt, so führt jeder überwiegend ständische Einflufs notwendig zu dem Mifsbrauch der öffentlichen Gewalt zu staatswidrigen Zwecken, und damit zu der Auflösung des Staates als solchen. Die Preisgebung der Staatsgewalt an das Ständetum ist ein Rückfall in mittelalterliche Verhältnisse, aus denen gerade der Absolutismus den Staat befreit hat.

Die von dem Mittelalter für das Staatswesen geleistete Arbeit mufs gleich grofs erscheinen, ob wir sie nun mit ihrem eigenen Ausgangspunkt oder mit anderen Zeiten vergleichen. Aus gebundenen Amtsrechten wurde eine losgelöste Staatsgewalt geschaffen, wie sie mit so umfassendem Bereich und selbständigem Recht keine frühere Zeit entworfen, geschweige denn zu stande

gebracht hat. Was dieser Staatsgewalt äufserlich ihr Gepräge gab, das ist, dafs sie vollständig getrennt von den zeitgenössischen Einrichtungen, und im Gegensatz zu deren Recht, aufgebaut wurde. Der Neuzeit blieb deshalb die Aufgabe, zwischen zwei Systemen des öffentlichen Rechts — dem staatlichen und dem ständischen — den Ausgleich herbeizuführen und zwei Organisationen der allgemeinen Verwaltung in eine Einheit zu verschmelzen.

Die festländischen Staaten erfüllten den ersten Teil dieser Aufgabe durch die Schaffung eines tüchtigen, alle Schichten der Verwaltung durchdringenden Berufsbeamtentums[1]. Die Erziehung eines Beamtenstandes, seine Ausstattung mit den Begriffen der Ehre und Pflicht, wie sie der öffentliche Dienst erfordert, bleibt eine der höchsten staatlichen Leistungen. Sie mufs dem Staate, in dem sie gelang, ein sonst nicht erreichbares Mafs der Fähigkeit und Kraft des Handelns verleihen. Doch kann auch die letzte Vollendung in der Heranbildung der Beamtenschaft nicht allein und nicht auf die Dauer zur Erhaltung des staatlichen Lebens genügen[2].

Der andere Teil der Aufgabe hat in den festländischen Staaten eine befriedigende Lösung überhaupt nicht gefunden. Wir haben versucht, das Verhältnis zwischen dem Staat und der ständisch abgeteilten Volksgesamtheit in seiner geschichtlichen Entwicklung und nach seinen Grundprincipien darzustellen. Die ständische Gliederung, als der Ausdruck des örtlichen und individuellen Sonderrechts innerhalb der staatlichen Gleichheit mufs als notwendig und dauernd gelten. Das dem neuzeitlichen Staat gestellte Problem ging dahin, die in steter Wandlung befindlichen ständischen Organisationen so zu leiten, dafs ihnen die vollziehende Gewalt anvertraut werden kann, ohne die Gefahr des Versagens einerseits, des Mifsbrauchs zu selbstsüchtigen Zwecken andererseits. Die Aufgabe wird erfüllt sein, sobald es gelingt, den ständischen Bildungen das Streben nach ökonomischen Vorteilen und politischer Eigenmacht zu benehmen und sie den rein administrativen Geschäften dienstbar zu machen.

---

[1] Schmoller, Acta Borussica, Behördenorganisation. Bd I., Berlin 1894, Einleitung S. 32 ff., S. 117 ff.

[2] Ebenda S. 134.

Anhang.

I. Übersicht der im Text besprochenen Urkunden

Vorbemerkung. In der — schlechthin verzeichneten — Zuständigkeit geschlossen. — Unter Vollstreckung ist, wo nichts weiter bemerkt,

Nr.	Text Seite	Jahreszahl	Gewerbe	Ort
1	135	1162, 1182, 1282	Fleischer	Paris
2	„	1268 [1]	Bäcker	„
3	„	1268	Schmiede	„
4	136	1268	Althändler, Handschuhmacher und Kürschner	„
5	„	1160, 1268, 1287	Fünfgewerke	„
6	„	1268	Korduaner und Stiefelmacher	„
7	„	1268	Wollweber	„
8	„	1268	Sattler	„
9	137	1268	Nadler	„
10	„	1268	Schneider	„
11	„	1268	Färber	„
12	138	1268	Gürtler	„
13	„	1271	Walker	„
14	„	1268	Maurer und Steinmetze	„
15	139	1268	Zimmerleute und ähnl. Gewerke	„
16	„	1268	Messingdrahtmacher	„

[1] Die hier mit dem Jahre 1268 bezeichneten Angaben entstammen dem Livre des métiers. Über die hierbei zu beachtenden Einschränkungen s. Mag. u. Frat. S. 71.

Über die gewerbliche Gerichtsbarkeit.

für Falschwerk ist stets die Zuständigkeit in Übertretungsfällen ein-
die Vollstreckung der Urteile über Falschwerk zu verstehen.

Gerichtsbarkeit

Sondergericht, zuständig in allen Klagesachen[2].

Sondergericht, zuständig in allen Klagesachen ausg. Blutrunst und Klagen um Gut und Eigen[3].
Ebenso[4].
Ebenso; eigenmächtige Vollstreckung[5].

Sondergericht; seit 1287 nur gewerbliche Gerichtsbarkeit[6].

Sondergericht; im 13. Jahrhundert auf Gewerbesachen zurückgedrängt[7].
Ehemaliges Sondergericht im 13. Jahrhundert beseitigt[8]. Zuständig für Falschwerk; endgültige Aburteilung vor allgemeinem Gericht. S. auch unten Nr. 13.
Zuständig für Falschwerk; Vollstreckung durch allgemeines Gericht.
Ebenso.
Zuständig in allen Gewerbesachen. Verurteilen zu Schadenersatz und Buſse.
Ebenso.
Zuständig für Falschwerk.
Falschwerk gemeinsam mit Wollwebern.
Gerichtsstand vor eigenem (vom öffentlichen Gericht eingesetzten) Magister[9].
Ebenso.

Keine Geschworenen (und demnach keine selbständige Gerichtsbarkeit) wegen Kleinheit des Handwerks.

---

[2] Mag. u. Frat. S. 32 und 37.
[3] Mag. u. Frat. S. 78. [4] Eb. S. 90. [5] Eb. S. 94.
[6] Eb. S. 56. [7] Eb. S. 97 f. [8] Eb. S. 59.
[9] Eb. S. 103.

Nr.	Text Seite	Jahreszahl	Gewerbe	Ort
17	139 f.	13. Jahrh.	Geschlossene Grundherrschaften	Paris
18	140	"	Kleine Grundherrschaften	"
19	142	"	Zünfte allgemein	Amiens
20	"	1268	Fruchthändler	"
21	"	1286	Böttcher	"
22	143	13. Jahrh.	Bischöfliche Handwerker	"
23	144	1220	Bäcker	Beauvais
24	"	1276	Tucher	"
25	145	1292	Tucher	Reims
26	"	1189 und später	Magisterien	Chartres
27	"	1243 ff.	Tucher	Châlons s. M.
28	147	13. Jahrh.	Meister der Tuchhalle	Saint-Omer
29	"	"	Zünfte allgemein	"
30	"	1204	Weber	Etampes
31	"	1217	Bäcker	Pontoise
32	148	1220	Fleischer	Orléans
33	"	1269	Bäcker	Provins
34	41	1211, 1225	Münzer	landsm. Schwurgenossenschaften
35	158	1317	Schuhmacher	Troyes
36	159	1317/1322	Fleischer	Amiens
37	160	1322	Messerschmiede	"
38	"	1317	Tucher	Carcassonne
39	"	1321	"	Châlons s. M.
40	161	1321	Bäcker	Angers
41	"	1339	Gerber und Schuster	La Réole
42	"	1340	Tucher	Reims

Gerichtsbarkeit

Bilden eigene Gerichtsbezirke.

Vermutlich an Stadtzünfte angeschlossen.

Zuständig bei Übertretung und Falschwerk. Übertretung wird selbständig durch Zünfte, Falschwerk endgültig vor Rat abgeurteilt.
Ebenso.
Ebenso.
Rechtsprechung durch Stadtzünfte. Vollstreckung durch bischöfliches Gericht.
Zuständig für Falschwerk.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk. Vollstreckung durch bischöfliches Gericht.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk; s. auch unten Nr. 42.
Angaben über Zuständigkeit fehlen.

Endgültige Aburteilung von Falschwerk. Vollstreckung durch bischöfliches Gericht.
Zuständigkeit bei vorenthaltenen Arbeitslöhnen und rückständigen Forderungen.
Zuständig in allen Gewerbesachen.
Zuständig in allen Klagesachen, ausg. Blutrunst.
Gericht vor eigenem Magister, unter Ausschlufs jedes königlichen Beamten.
Zwei Magistri; keine Angaben über deren Zuständigkeit.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk.
Gerichtsstand vor dem Magister monetae, die drei schweren Fälle ausgenommen.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk unter Ausschlufs jedes andern Richters.
Zuständig bei Übertretung und Falschwerk, Falschwerk endgültig vor Rat abgeurteilt. S. oben Nr. 19.
Ebenso.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk und eigenmächtige Vollstreckung.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk, Vollstreckung (und Rechtsprechung in Civilklagen) durch bischöfliches Gericht. S. oben Nr. 27.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk und eigenmächtige Vollstreckung.
Zuständig für Falschwerk; Bestätigung durch Stadtrat.

Endgültige Aburteilung von Falschwerk; Vollstreckung (der Strafbefehle; S. 162 Anm. 3) durch bischöfliches Gericht.

Nr.	Text Seite	Jahreszahl	Gewerbe	Ort
43	162	1337	Tucher	Provins
44	170	1351	Geflügel- und Wildbrethändler	Paris
45	„	1351	Aburteilung der Stadtfremden	„
46	265	1405	Eisenschmiede	Normandie
47	267	1413	Bergleute	Landesgesetz
48	297	1355	Bäcker	Arras
49	298	1356	Tucher	Provins
50	„	1359	„	Troyes
51	„	1367	Goldschmiede	Le-Puy-en-Velay
52	299	1378	Tucher	Rouen
53	„	1381	Fleischer	Langres
54	300	1418	Schmiede	Bellencombe
55	„	1443	Tucher	Bourges
56	301	1486	Zinngießer	Bordeaux
57	„	1485	Weber	Dun-le-Roy
58	302[1]	1497	Fleischer	Rouen
59	302	1354	Kleinschmiede	Amiens
60	„	1369	Hosenmacher	„
61	„	1399	Wollweber	„
62	303	1407	Schumacher	„
63	„	1384	Weber	Abbéville
64	„	1466	Fleischer	Reims
65	„	1498	Goldstoffweber	Tours
66	„	1499	Kürschner	Orléans
67	304	1371	Gürtler	Paris
68	„	1393	Schlosser	„

[1] Das Magisterium der Fünfgewerke (oben Nr. 5) wurde in dieser Periode beseitigt, das der Althändler u. s. w. (oben Nr. 4) auf die Handwerkssachen zurückgedrängt. S. 297.

Gerichtsbarkeit

Endgültige Aburteilung von Falschwerk und eigenmächtige Vollstreckung.
Zuständig bei Übertretung und Falschwerk; Falschwerk endgültig vor öffentlichem Gericht abgeurteilt.
Endgültig vor öffentlichem Gericht.

Gerichtsstand vor eigenem Magister, ausg. das Gerüfte.
Gerichtsstand vor eigenem Richter, die drei schweren Fälle ausgenommen; s. oben Nr. 34.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk und eigenmächtige Vollstreckung.
Bestätigung von Nr. 43.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk. Vollstreckung bis dahin eigenmächtig, künftig durch öffentliches Gericht.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk und eigenmächtige Vollstreckung.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk unter Ausschlufs jedes andern Richters. Vollstreckung durch Prevost; bei dessen Säumigkeit durch Zunftgericht.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk, unter Ausschlufs jedes andern Richters.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk.
Zuständig in allen Gewerbesachen.
Endgültige Aburteilung von Falschwerk, unter Ausschlufs jedes andern Richters.
Selbständige Rechtsprechung über Falschwerk; bei Einspruch des Beschuldigten endgültige Aburteilung durch die Geschworenen vor dem öffentlichen Gericht.
Falschwerk endgültig vor Rat; s. oben Nr. 19 und 36.
Ebenso.
Ebenso.
Ebenso.
Aburteilung von Falschwerk vor Rat.
Rechtsprechung durch ordentliches Gericht nach dem Wahrspruch der Zunftgeschworenen.
Befragung der Geschworenen durch Bailli.
Keine Mitwirkung der Geschworenen erwähnt.
Zuständig bei Übertretungen.
Zuständig bei Übertretungen. Falschwerk vor öffentlichem Gericht.

Nr.	Text Seite	Jahreszahl	Gewerbe	Ort
69	304	1398	Leinenweber	Rouen
70	305	14. Jahrh.	Gerber	Abbéville
71	"	1451	Böttcher	"
72	"	1497	Hosenmacher	"
73	"	1476	Sattler	"
74	"	1478	Kefsler	"
75	306	1494	Scheidenmacher	"
76	"	1400	Schneider	Troyes
77	"	1447	Weber	Issoudun
78	"	1455	Schneider	Caen
79	"	1487	Zimmerleute und Schreiner	Tours
80	"	1489	Schlosser	Angers
81	307	1486	Kürschner	Bourges
82	343	1551	Fleischer	Paris
83	"	1545	Althändler, Handschuhmacher und Kürschner	"
84	"	1545	Korduaner	"
85	"	1548	Münzer	"
86	344	1502	Leinenweber	Amiens
87	"	1577	Sattler	Paris
88	"	1567/1577	(nichtregistrierte) Ordonnanz über die Landesverwaltung	

Gerichtsbarkeit

Rechtsprechung durch ordentliches Gericht auf Grund des Berichts der Geschworenen[1].
Zuständig bei Übertretungen.
Rechtsprechung durch Rat nach dem Bericht der Zunftgeschworenen.
Ebenso.
Rechtsprechung vor Rat nach dem Spruch der Zunftgeschworenen.
Zuständig bei Übertretungen und für Ansetzung von Schadenersatz.
Zuständig bei Übertretungen.
Zuständig bei Übertretungen. Königsanteil der Bufsen an Bailli zu berichten, der die Einziehung auf Grund des Geschworenenberichts[1] verfügt.
Übertretung gebüfst auf Grund des Geschworenenberichts[1].
Zuständig bei Übertretungen. Betrag der verhängten Bufsen wegen des Königsanteils an Bailli zu berichten.
Geschworene berichten über die festgestellten Übertretungen an das ordentliche Gericht.
Ebenso.
Zuständig bei Übertretungen. Berufung an Bailli; der Unterliegende zahlt eine Bufse von 60 Sols.
Aufhebung des Magisteriums; oben Nr. 1.
Ebenso; oben Nr. 4.

Ebenso; oben Nr. 6.
Aufhebung des Wahlrechts für das Vorsteheramt.
Zuständig bei Übertretungen.
Wie oben Nr. 8.
Zunftgeschworene haben nur die Anzeige beim öffentlichen Gericht, keine selbständige Rechtsprechung des Handwerks mehr erwähnt.

[1] Über die Bedeutung des Geschworeneneids für die Begründung der gerichtlichen Wahrheit s. S. 132.

2. Über das Verhältnis der römischen Zeichen zu den mittelalterlichen.

Das Zeichenrecht ist von mir zuvor als eines der charakteristischsten Erzeugnisse der zur vollen Entwickelung und Herrschaft gelangten zünftigen Betriebsweise aufgefafst worden[1]. Unsere voraufgehende Darstellung mufste sich indes darauf beschränken, die Grundsätze und die Einzelheiten des zünftlerischen Zeichenwesens selbst zu schildern; für die vorliegende Abhandlung verbleibt demgegenüber die Aufgabe, das Verhältnis der Einrichtungen des Mittelalters zu denen des Altertums, d. i. insbesondere der Römerzeit zu untersuchen. Ein Zusammenhang der römischen Einrichtungen mit den mittelalterlichen wurde bisher teils für einzelne Gebiete der Technik, teils für das Zeichenwesen im allgemeinen angenommen.

Es erschien notwendig, unserer Behandlung dieses Gegenstandes eine erheblich breitere Grundlage zu geben als ihr seither zu Teil wurde. Auch für unsern Zweck liegt der Nachdruck auf einer zusammenhängenden Untersuchung der römischen Gesetzgebung, soweit sie für das Zeichenrecht mittelbar oder unmittelbar in Betracht kommt. Daneben scheint es mir indes notwendig, dafs zur Erörterung des Zeichenrechts, wie für das Mittelalter die Zunfturkunden, so hier die einzelnen überlieferten Zeichen in gröfserem Umfange herangezogen werden. Ich scheide demnach das zu verarbeitende Material in zwei Hauptgebiete: 1. Die Zeichen auf einzelnen Gegenständen; 2. die römisch-rechtliche Gesetzgebung über das Zeichenwesen. Die zuerst vorzunehmende Besprechung der Zeichen selbst erfolgt, wie zuvor für das Mittelalter, nach den einzelnen Gewerbebetrieben geordnet.

---

[1] Oben S. 186 ff.

1. Zeichen auf einzelnen Gegenständen.

A. Steinmetzzeichen.

Unter den Steinmetzzeichen werden in der Litteratur alle Zeichen behandelt, die sich auf natürlichen Bausteinen (Gegensatz: Ziegelsteine, Backsteine) vorfinden, gleichviel ob diese Zeichen im übrigen von Steinmetzen, von Maurern oder von den Unternehmern des Baues herrühren. Diese Zeichen können, wenn wir zunächst ganz allgemein unterscheiden, zu zwei verschiedenen Zwecken angebracht werden, nämlich a. als persönliches Zeugnis des ausführenden Meisters oder Handwerkers; b. zur sachlichen Identifizierung einzelner Werkstücke oder einzelner Teile von Mauerwerk. Das Zeichen der erstgenannten Gattung, das die Person des Handwerkers vertritt, ist ein Repräsensationszeichen; das Zeichen der zweiten Gattung, das die gezeichnete Sache selbst erkennbar macht, ist ein Sachzeichen und zwar im besonderen ein Stückzeichen [1].

Der Gebrauch der Zeichnung von Bruchsteinen ist schon im Altertum ungemein verbreitet. Steinmetzzeichen sind überliefert aus Persien, Ägypten, Jerusalem, Pergamon, Troja, sowie aus Griechenland [2]. Am reichhaltigsten sind indes die Berichte aus Italien, wo das Zeichen auf der ganzen Halbinsel bis Tarent und in Sicilien vertreten ist. Zu erwähnen ist noch Spalato in Dalmatien [3]. Zeichen römischen Ursprungs finden sich ferner in Trier, in Orange [4] und in Britannien [5].

Die römischen Steinmetzzeichen sind von Otto Richter zum Gegenstand einer eingehenden Studie gemacht worden. Als Untersuchungsmaterial dienen insbesondere die Zeichen von Rom, Pompeji, Perugia, Tindari, Cuma, Anagni und Castrimoenium [6]. Die Versetzzeichen [7], die sich auf einzelnen Werkstücken eingemeifselt oder aufgemalt finden, bleiben bei Richter unberücksichtigt [8]. In Betracht gezogen werden nur die Zeichen, die der Steinmetz als Merkmal der von ihm vollzogenen Bearbeitung auf dem Steine anbringt (Steinmetzzeichen in engerem Sinne; s. unten S. 407). Solche Steinmetzzeichen sind in der Römerzeit ausschliefslich nur „auf den einfachen Quadern kolossaler Mauerbauten" anzutreffen [9].

---

[1] S. oben S. 187 und 189.
[2] Richter S. 4 f.
[3] Richter S. 6.
[4] Rziha 3 Tafel 66.
[5] Bruce, The Roman wall, Ausg. London S. 67.
[6] Bezüglich der letztgenannten Orte vgl. Bulletino dell' Instituto di correspondenza archeologica, Jahrg. 1885, S. 185 ff. Vgl. ferner C. I. L. 7 S. 113.
[7] Unten S. 407.
[8] A. a. O. S. 30 Anm.
[9] S. 30. Im Mittelalter ist das Gegenteil der Fall.

Mit Bezug auf diese Zeichen stellt Richter zunächst zweierlei fest:

1. Die römischen Zeichen haben keine Bedeutung für den Bau der betreffenden Mauern, sondern beziehen sich lediglich auf die Herstellung der Werkstücke.

2. Die Zeichen finden sich ausschliefslich auf solchen Steinen, die allseitig künstlich bearbeitet sind, dagegen niemals weder auf sog. cyklopischen noch auf den Steinen polygonaler Mauern; auch nicht auf den annähernd horizontal geschichteten kolossalen Blöcken. Die Werkstücke der letztgenannten Art sind erst an Ort und Stelle bearbeitet; der Steinmetz und der Bauhandwerker sind hier eine Person. Gerade das Gegenteil aber fand bei der erstgenannten Art, dem Quaderbau, statt. Hier wurden die fertigen Werkstücke vom Steinmetzen an die Bauleute geliefert. Finden sich daher auf diesen Steinen, und nur auf diesen, Zeichen, so müssen diese Zeichen, wie alle anderen an einem Fabrikat, sei es Ziegel, Münze oder Thonkrug, angebrachten, die Herkunft (d. h. die Werkstätte) anzeigen [1].

3. Hierzu tritt noch eine dritte Wahrnehmung, nämlich dafs überall da, wo eine hinreichend grofse Anzahl erhaltener Zeichen sichere Schlüsse gestattet, die einzelnen Zeichen in so grofser Menge vorkommen, dafs an die Arbeit eines Einzelnen nicht gedacht werden kann [2].

Diese Zeichen sind daher als die Marken der Lieferanten anzusehen; sie dienten als Werkstattzeichen [3] und Kontrollmarke bei der Abnahme des Materials von seiten des Bauherrn [4]. Aus der Gruppierung der Steinmetzzeichen an den einzelnen Bauten ergiebt sich dann der weitere Schlufs, dafs die Mauern bestimmter Städte nicht von einem Bauherrn errichtet worden sind, sondern dafs nach Aufstellung eines gemeinsamen Bauplanes die einzelnen Strecken in Verding gegeben wurden. Hieraus erklärt sich der Umstand, dafs auf einer bestimmten Strecke sich gewisse Zeichen in grofser Zahl wiederholen, die dann jenseits dieser Strecke durch andere Zeichengruppen abgelöst werden [5].

Die römischen Steinmetzzeichen sind mithin keine persönlichen Zeichen der einzelnen Arbeiter, sondern Zeichen des Stein-

---

[1] A. a. O. S. 26 f.

[2] Richter S. 31.

[3] Bei Richter Ursprungszeichen genannt. R. verwendet die Ausdrücke Herkunft, Ursprungszeichen nicht in dem oben S. 212 ff. von mir gebrauchten und auch sonst allgemein üblichen Sinn für den Herkunftsort, sondern zur Bezeichnung der Werkstätte, Werkstelle. Es empfiehlt sich, diese Verwendung zu vermeiden, da sonst Zweideutigkeiten entstehen. Das Herkunfts- und Ursprungszeichen wird allgemein auf den Ort oder das Land der Erzeugung bezogen, eine Terminologie, die auch durch die neuere Gesetzgebung festgelegt ist.

[4] Richter S. 32.

[5] Richter S. 34.

bruchs, bezw. der Steinmetzwerkstatt. Die Werkstücke gelangten bereits mit dem Zeichen versehen auf die Baustätte[1].

Die Steinmetzzeichen des Mittelalters[2], die sich von dem Osten Deutschlands bis hinein nach Spanien vorfinden, treten zuerst unvermittelt im zwölften Jahrhundert auf, zu Ende der romanischen Bauweise und im Übergangsstil; sie vermehren sich dann mit der Ausbildung des gotischen Stils, dessen Entwicklung in der aufsteigenden wie in der absteigenden Linie sie folgen. Die Blüte und der Verfall der Gotik, in der die Steinmetzenkunst ihre höchsten Aufgaben fand, sind auch entscheidend für den Gebrauch der Zeichen.

Das unvermittelte Auftreten der Steinmetzzeichen im zwölften Jahrhundert fällt zusammen mit der Verweltlichung des monumentalen Bauwesens. Der Kirchenbau, der bis dahin unter Leitung der Geistlichkeit stand, ging seit dem Anfang des zwölften Jahrhunderts immer mehr aus den Händen der Mönche in die der Laien über. Weltliche Baumeister wurden mit der Bauleitung beauftragt, weltliche Handwerker arbeiteten an dem Bau selber[3]. Von ihnen wurde der Gebrauch der Steinmetzzeichen in der Hauptsache oder ausschliefslich ausgebildet.

Nach der Ansicht Heideloffs ist es gewifs, dafs man die Steinmetzzeichen nur da findet, wo Bauhütten getrennt von Klöstern (Profan-Bauhütten) vorkommen[4]. Rziha hat bei seinen Untersuchungen romanischer Bauten auf den von klösterlichen Bauleuten aufgeführten Bauwerken niemals Steinmetzzeichen angetroffen; dagegen waren auf den von den weltlichen Werkleuten errichteten Bauten Zeichen zu finden[5]. Eine etwas abweichende

---

[1] Richter S. 26.

[2] Vgl. Homeyer; Heideloff; Brandt; Schneider; Otte; Rziha. Vgl. ferner die bei Rziha 2 S. 105 Anm. gegebenen Litteraturnachweise, denen hinzuzufügen ist Vaterl. Archiv f. Hannover-Braunschw. Geschichte, Jahrg. 1833, S. 236 (Mitteilg. von v. Münchhausen); Michelsen, Die Hausmarke, Jena 1853; Berlepsch, Chronik der Maurer und Steinmetzen, St. Gallen 1853, S. 189 ff.; R. Matthias, Steinmetzzeichen des Kreises Schmalkalden, Zeitschr. des Vereins für Hennebergische Geschichte und Landeskunde, 10. Heft; Street, Gothic Architecture in Spain, 2. Aufl. London 1869; Luschin von Ebengreuth, Das Admonter Hüttenbuch, Mitteilungen d. K. K. Centralkommission zur Erforsch. und Erhalt. der Denkmale, 1894, S. 168 und 227 ff.; Fr. Seitz in den Mitteilungen z. Geschichte d. Heidelberger Schlosses, Heidelberg 1886, Band 1 S. 239 und Tafel 22; Koch und Seitz, Das Heidelberger Schlofs, Darmstadt 1891, S. 57; Paulus, Die Cisterzienser-Abtei Maulbronn, Stuttgart 1879; Kunstdenkmäler im Grofsherzogtum Hessen, Darmstadt 1883 ff., insbes. Adamy, Kreis Friedberg, Darmstadt 1895.

[3] Otte I S. 24; Janner S. 21 ff., S. 29 ff.

[4] Heideloff S. 18.

[5] An romanischen Profan- und Kirchenbauten, welche geschichtlich erwiesen von Mönchen (als Werksleuten) errichtet wurden, habe ich nirgends Zeichen gefunden; Limburg bei Speier giebt in seinem romanischen Bauteile hierfür eben einen solchen Beweis, wie der Dom zu Aachen,

Meinung wird von Klemm ausgesprochen, der für das Kloster Maulbronn die Anwendung von Steinmetzzeichen durch klösterliche Bauleute für erwiesen hält[1], doch nimmt auch Klemm an, dafs die Ordensleute diesen Brauch erst von den weltlichen Bauleuten entlehnt hätten[2].

Zahlreicher werden die Zeichen an den Bauten des Übergangsstils; sie vermehren sich in demselben Mafse, wie die klösterliche Bauarbeit von dem weltlichen Handwerk abgelöst wird[3]. Mit der Ausbildung der Gotik ward dann die Verwendung des Zeichens allgemein. Die Technik des Steinbaues steigert sich rasch zur letzten Vollendung. Den Entwürfen der Baumeister, wie der Kunst der Steinmetzen wurden in der Gotik die höchsten Ziele gesetzt. In der Ausführung der gotischen Kirchenbauten aber scheidet sich der Steinmetz immer mehr von dem schlichten Maurer, der an den gewöhnlichen Nutzbauten oder nur an dem flachen Mauerwerk der Monumentalbauten arbeitet. In Deutschland entstehen die grofsen weltlichen Bauhütten der Steinmetze mit ihrer eigentümlichen Organisation, ihren sinnigen, dem Wesen und den Aufgaben der Kunst entnommenen Lehren, ihren bedeutsamen, dem Unkundigen streng verschwiegenen Gebräuchen. Der Steinmetzgeselle, der nach gehörig bestandener Lehre in diesen Verband aufgenommen wurde, empfing bei seinem Eintritt ein Zeichen, dessen er sich fortan für seine Person und für seine Arbeiten bediente.

An den Bauwerken selbst tritt das Zeichen mit einer früher nicht bemerkbaren Bestimmung hervor: es wird von dem Steinmetzen als Zeugnis seiner Thätigkeit eingeschlagen gerade an solchen Bauteilen, deren Ausführung besonderes Geschick erfordert oder eine hohe Verantwortlichkeit auferlegt[4]. Mitunter zeigt es sich auch, dafs die an hervorragenden Bauteilen an-

---

dann die alte Vor-Kapelle zu Lorsch bei Worms, wie auch die schöne romanische Kirche zu Innichen bei Toblach im Pusterthale in Tirol. An romanischen Kirchenbauten aber, welche nachweislich durch Laienbauleute (wenn auch unter einem mönchischen Meister) ausgeführt wurden, wie z. B. die durch die eingewanderten irischen Mönche erbaute Schottenkirche zu Regensburg, finden sich Zeichen vor. Es sind die Steinmetzzeichen an romanischen Bauten ein Beweis für die Anwesenheit einer weltlichen Hütte. Rziha 2 S. 114.

[1] Klemm, Württembergische Baumeister, S. 15.

[2] Man könnte annehmen, dafs die Ordensleute das, was die Laien zuerst als Bedürfnis empfunden hatten, dann in ihrem Teil nachahmten, dem allgemeinen Zug der Zeit folgend. A. a. O. S. 19.

[3] Rziha 2 S. 148.

[4] „Im allgemeinen kann angeführt werden, dafs die wichtigsten Konstruktionsstellen und die schwierigsten der Ausführung die beliebtesten sind. Am sichersten sind die Zeichen zu finden an den Fensterpfosten, an den Wölberippen, besonders denen des Chores, an den Schlufssteinen, an den Pfeilern und an den Kapitälen. All dieses stimmt wohl auch mit der Thatsache, dafs diese Bauteile die technisch wichtigsten und die schwierigsten des Baues sind, welche nur den tüchtigsten Gesellen anvertraut werden konnten.“ Rziha 2 S. 115.

geschlagenen Zeichen ihrem Charakter nach von den an den übrigen Stellen angebrachten ganz verschieden sind. Es ist dann der Rückschlufs gestattet, dafs zur Ausführung des betreffenden Teiles Steinmetze einer fremden, als besonders tüchtig geltenden Hütte berufen wurden. So finden sich z. B. an den Portalen der Kathedrale von Reims Steinmetzzeichen, die von denen des ganzen Bauwerks abweichen, dagegen aber mit denen der Strafsburger Hütte verwandt sind. Es läfst sich daraus schliefsen, dafs zur Ausführung der Reimser Portale Steinmetze der hochangesehenen Strafsburger Hütte herangezogen wurden, die dann ihr Werk durch Zeichen ihrer Hütte kenntlich machten [1].

Ihrer Form nach sind die älteren Zeichen des Mittelalters teils Buchstaben [2], teils Nachbildungen von Handwerksgerät, teils Runen und runenähnliche Figuren [3]; teils auch sind sie den Formen der allgemeinen Zeichensprache entnommen (Krähenfufs, Drudenfufs, Alfenfufs, Hackenkreuz). Die späteren, dem dreizehnten, insbesondere dem vierzehnten Jahrhundert angehörenden Zeichen sind geometrische Figuren von grofser Genauigkeit der Zeichnung [4].

In der Verwendung der mittelalterlichen Steinmetzzeichen lassen sich drei Zweckbestimmungen unterscheiden: 1. zu technischen Zwecken als Versetzzeichen [5], 2. zu rechnungsmäfsigen Zwecken als Lohnzeichen, 3. zu persönlichen Zwecken als Repräsentationszeichen.

1. Das Bedürfnis, die vorher künstlich bearbeiteten Werkstücke mit einem Zeichen der ihnen auf dem Bau selber anzuweisenden Stelle zu versehen, hat wohl zu allen Zeiten bestanden und ist keinem Zeitalter eigentümlich [6]. Für das Mittelalter sind solche Versetzzeichen mehrfach nachgewiesen. Der Nachweis kann mit Sicherheit insbesondere dann geführt werden, wenn bei einem Abbruch oder einer Wiederherstellung mittelalterlicher Bauwerke die Lagerflächen bearbeiteter Steine sichtbar werden. Beim Abbruch der Kuppel des Frankfurter Domturmes fanden sich die Lagerflächen der Werkstücke dergestalt gezeichnet,

---

[1] Pour construire des portions faciles du monument les ouvriers du pays ont pu suffire; pour établir les portions délicates, on aura pris des hommes de choix des ouvriers de Strafsbourg. Didron, Annales archéologiques 3. Band, Paris 1848, S. 39. Über die Thätigkeit von Bauleuten der Kölner Hütte in Prémontré und in Spanien vgl. Brandt S. 53.

[2] Schneider Tafel 1; Brandt Tafel 1; Adamy a. oben S. 405 a. O. S. 90; Paulus S. 14.

[3] Brandt Tafel 3; Klemm S. 19.

[4] Schneider, Brandt, Rziha; Klemm, Württembergische Baumeister und Bildhauer, Stuttgart 1882.

[5] Otte 2 S. 490 scheidet die Versetzzeichen gänzlich von den eigentlichen mittelalterlichen Steinmetzzeichen.

[6] Richter S. 30 Anmerkung.

dafs einem jeden Pfeiler ein besonderes Zeichen gegeben war. Die Versetzzeichen haben hier die gleichen Formen wie die übrigen Steinmetzzeichen, von denen sie sich nur durch ihre Gröfse unterscheiden[1]. Bei dem gleichen Anlafs der Ausbesserungsarbeiten konnten Versetzzeichen auf den Lagerfugen in der Kathedrale von Leon beobachtet werden[2]. Mitunter scheinen indes auch die auf den Stofsfugen und Stirnflächen angebrachten Zeichen die Bedeutung von Versetzzeichen gehabt zu haben[3].

2. Die Verwendung der Steinmetzzeichen zu Lohnzeichen ist für das Mittelalter urkundlich nicht bewiesen. Die hierüber aufgestellten Meinungen beruhen nur auf Vermutungen. In der französischen Litteratur wird die Annahme, dafs die auf den Stirnseiten der Quadern angebrachten Zeichen einen rein rechnungsmäfsigen Zweck gehabt hätten, von Viollet le Duc vertreten. Das Zeichen soll danach die Aufgabe gehabt haben, im zwölften und zu Beginn des dreizehnten Jahrhunderts, den Anspruch des auf Stücklohn arbeitenden Gesellen feststellbar zu machen[4]. Die Beweisführung Viollet le Ducs ist indes fehlerhaft und widerlegt sich von selbst; denn sie geht davon aus, dafs mit der Ausbildung der Zünfte und der von diesen eingeführten Taglohnarbeit, seit der Mitte des dreizehnten Jahrhunderts der Gebrauch der Zeichen aufgehört habe, während in Wirklichkeit das Gegenteil stattgefunden hat[5]. In der deutschen Litteratur

[1] Schneider S. 55; Klemm S. 12 ff. will die Versetzzeichen als Steinmetzzeichen im weiteren Sinn überhaupt nicht unter die eigentlichen Steinmetzzeichen im engeren Sinne gerechnet haben. Vgl. indes die bei Schneider und bei Street gegebenen Beispiele. Es liegt in der Natur der Sache, dafs die Steinmetzzeichen als Versetzzeichen sich im wesentlichen nur bei Abbruchsarbeiten feststellen lassen, also nur in seltenen Fällen zum Vorschein kommen.

[2] Street S. 113; vgl. auf eben der Tafel 23 Abteikirche von Veruela.

[3] Schneider giebt a. a. O. S. 54 als Beispiele die Katharinenkirche in Oppenheim und die Burgkapelle zu Iben, sowie einige Wahrnehmungen von Street. — Vgl. hierzu die nicht näher substanzierte Ausführung bei Caumont, Abecedaire d'Archéologie, Architecture Réligieuse, 5. Aufl. Caen 1870, S. 143. Signes d'appareils: On appelle ainsi des figures diverses très-variées dont quelque-unes ressemblent à des lettres renversées et que l'on trouve gravées en creux sur les pierres d'appareil dans la plupart des édifices du midi de la France et dans beaucoup d'autres contrées. On croit communément, que ce sont des signes de tâcherons ou de tailleurs de pierre qui auraient à ce moyen reconnu les pièces qu'ils avaient dégrossies.

[4] Les marques gravées sur les parements vus, par les tailleurs de pierre, étaient faites pour permettre au chef d'atelier de constater le travail de chacun: ces marques prouvent que le travail était payé à la pièce, à la tâche et non à la journée; de plus, elles donnent le nombre des ouvriers employés, puisque chacun avait la sienne. Viollet le Duc, dictionnaire raisonné de l'architecture française du XI[e] au XVI[e] siècle. Paris 1868, Band 8 S. 263.

[5] Alors le salaire se régla par journées de compagnon et d'aide et chaque compagnon devenait ainsi comme une fraction d'entrepreneur con-

wird die Möglichkeit, dafs die Zeichen der Lohnabrechnung gedient haben könnten, von Schneider beiläufig hervorgehoben[1]. Klemm giebt dieser Vermutung einen etwas breiteren Raum, ohne indes irgend welche schlüssigen Beweise beizubringen[2].

Die Verwendung des Zeichens zur Lohnabrechnung würde die Stücklohnarbeit voraussetzen; eine solche ist aber für die Monumentalbauten des dreizehnten und vierzehnten Jahrhunderts (Ausbildungsperiode der Steinmetzzeichen) nicht anzunehmen. Auf den grofsen mittelalterlichen Bauten wurde regelmäfsig im Taglohn gearbeitet[3]. Noch die Strafsburger Steinmetzordnung von 1459 schreibt vor, dafs man von den Werken und Gebäuen, die herkömmlich im Taglohn stehen, nämlich in Strafsburg, Cöln, Wien, Passau und in den Hütten, die dazu gehören, kein verdinget Werk machen dürfe[4].

3. Der wesentliche, durch die Urkunden wie durch die Bauwerke selbst festgestellte Zweck des Zeichens war, dem Steinmetzen als persönliches Zeichen zu dienen. Durch diese Bedeutung allein tritt das Steinmetzzeichen auch in die Rechtsordnung der Handwerksstatuten. Wie das Zeichen des Goldschmieds, des Zinngiefsers, des Messerschmieds, wird es in die Gewerkbücher eingetragen und in der Lade aufbewahrt. Nur darin besteht der tiefgreifende, auch die rechtliche Verschiedenheit begründende Unterschied, dafs das Steinmetzzeichen kein Verkehrszeichen, sondern ein höchst persönliches Repräsentationszeichen ist. Es hat nicht die Bestimmung, im äufseren Verkehr verwendet zu werden. Es wird dem Steinmetzgesellen verliehen, als Zeugnis seiner Aufnahme in den Hüttenverband, als Handwerksgrufs für seine Wanderjahre[5], als Beweis der von ihm erworbenen Wissenschaft in den Lehren und Gebräuchen der Steinmetzkunst[6].

---

courant à l'entreprise générale, au moyen d'un salaire convenu et réglé pour telle ou telle partie. Aussi les marques de tâcherons ne se voient plus sur nos monuments des provinces du domaine royal à dater du milieu du XIII[e] siècle. A. a. O. Band 6 S. 454. Vgl. hierzu Klemm a. oben S. 407 a. O. S. 18, bei dem in merkwürdigem Zusammentreffen das Violletsche Argument — Ausbildung der Zünfte — gerade zu dem entgegengesetzten Schlufs verwertet wird.

[1] A. a. O. S. 53; Janner S. 155.

[2] A. a. O. S. 15.

[3] Janner S. 171 ff.

[4] Was redelicher Werk und Gebeue nu zu Zittern sind die in Tagelon stoat nemlich also: Strofsburg, Cöln, Wien und Passauwe und ander Werk derglichen, und in den Hütten so dazu gehörent also herkommen sint und vollbracht untzhar in Tagelon: dieselben Beue und Werk also verstott sol man also lassen bliben in Tagelon und kein verdinget Werk daraus nit machen in geheynen Wegk und dafs dem Werk von der Gedinge wegen nit abgebrochen werde, also verne es an im stott. Heideloff S. 35.

[5] Der Geselle mufste das Zeichen lesen (symbolisch deuten) und stellen (geometrisch einstellen) können. Rziha 1 S. 44; Janner S. 161.

[6] Die Gebräuche der Bauhütten waren, wie bekannt, vielfach von Geheimnissen durchwoben. Es sei hier bemerkt, dafs das Pariser Maurer-

Das Zeichen wurde von dem Gesellen an Bauwerken, insbesondere an den hervorragendsten, angeschlagen als Beweis seiner Thätigkeit am Bau oder seiner Beschäftigung in der Bauhütte[1].

Die Deutung dieser mittelalterlichen Steinmetzzeichen, mit ihrem trotz unendlicher Abwandlungen doch typisch wiederkehrenden Grundcharakter, bietet eine Aufgabe von besonderem Reiz, die nicht verfehlen konnte, den Forscher immer wieder von neuem anzuziehen. Es wird vielleicht von allgemeinerm Interesse sein, wenn ich einige der schon wieder halbvergessenen Erklärungsversuche aus der Litteratur hier zusammenstelle.

Im Jahre 1838 wurde dem historischen Verein für Mittelfranken in Nürnberg die Abschrift von 34 Zeichen vorgelegt, die sich in fünf Reihen verteilt auf dem Insinger Kirchturm vorfanden[2]. Der Berichterstatter des Vereins[3] nahm an, dafs diese Charaktere die Kennzeichen einer maurerischen Verbrüderung seien, und zwar im besonderen der Steinmetzenbrüderschaft, die sich beim Baue des Strafsburger Münsters gebildet hatte. Er

---

und Steinmetzenstatut im L. d. M. einen Artikel enthält, der häufig auf die Bewahrung der Handwerksgeheimnisse bezogen ward. Der Artikel lautet: Les Maçons, les Morteliers et les Plastriers pueent avoir tant aides et vallés à leur mestier comme il leur plaist, pour tant que il ne monstrent à nul de eus nul point de leur mestier (L. d. M. S. 89). Auch Bonnardot nimmt hier eine Vorschrift über Handwerkergeheimnisse an: vgl. L. d. M. Einl. S. 90. Die Stelle wird indes von Schnaase (Geschichte der bildenden Künste, 2. Aufl. Düsseldorf 1871, Bd. 7 S. 223) zutreffender Weise dahin ausgelegt, dafs hierdurch nur der Umgehung der Beschränkungen der Lehrlingszahl, sowie der Aufnahme von nicht zünftig angelernten Gesellen vorgebeugt werden soll. Jeder Meister durfte nur einen („fremden“, s. oben S. 25) Lehrling annehmen. Andrerseits aber bedurften die Maurer für untergeordnete mechanische Verrichtungen gewöhnlicher Handlanger, als Steinträger, Wasserträger u. dgl., die jedoch gar nicht zunftmäfsig gelernt zu sein brauchten. Solche Handlanger durften nun nach jenem Artikel 7 in beliebiger Zahl angenommen, aber nicht im Handwerk unterrichtet werden, so dafs sie ihre Thätigkeit niemals befähigte, regelrechte Gesellen und später Meister zu werden.

[1] Rziha weist darauf hin, dafs der Geselle, bevor er zum Meister ernannt wurde, drei Reisen gemacht, d. h. an drei Bauwerken gearbeitet haben mufste. Hiernach sei es ganz erklärlich, dafs die berühmtesten Dome die Zielpunkte der Gesellen waren. Zur Zeit der Blüte der deutschen Bauhütte, also zur Zeit der Erbauung der bedeutendsten gotischen Dome finden sich gerade diese Bauwerke mit Zeichen aller Art und ganz verschiedenen Charakters übersät. Aus technischen Gründen sei hieraus die Thatsache herzuleiten, dafs es seitens der Wandergesellen Sitte gewesen sein mufste, an solchen Domen ihr Zeichen auch an Steinen einzuhauen, welche sie persönlich nicht bearbeitet haben. Es finden sich nämlich dicht nebeneinander Zeichen von diversem Charakter (also verschiedene Bauschulen verratend) und an Mauerwerksstellen, an denen so viele Arbeiter auf einmal gar nicht hätten hantieren können. Rziha S. 116.

[2] Neunter Jahresbericht des historischen Vereins in Mittelfranken, Nürnberg 1839, S. 45 ff.

[3] Wahrscheinlich ist es Wilhelm Huscher, Pfarrer zu Neustadt a. d. Aisch; s. den elften Jahresbericht (1841/42) S. 6 u. 10.

sprach dann die Vermutung aus, dafs in jenen Zeichen die Grundverhältnisse der Baukunst dargestellt werden, wodurch sich der geometrische Charakter der meisten Zeichen erklären würde. Doch eine weitere Kombination wurde dieser Erklärung hinzugefügt. Dem Berichterstatter war ein nekromantisches Manuskript übergeben worden, in welchem die characteres et signacula Sancti Dei a rege Salomone nobis tradita, die figurae literarum divinarum, dann die characteres regis Salomonis selbst abgebildet waren. Der Bericht fährt dann fort:

Bedenkt man, dafs König Salomo als Erbauer des weltberühmten Tempels bei den Baumeistern des Mittelalters billig in hohen Ehren stand, so wird man sich keineswegs wundern, wenn seine durch kabbalistische Künste frühzeitig erfundenen und bis auf diesen Tag noch fortspukenden Charaktere von den Strafsburger Baumeistern zu Erkennungszeichen ihrer Brüderschaft gewählt und ursprünglich an einem Tempel angebracht wurden, dessen Grofsartigkeit an den Salomonischen Tempelbau unmittelbar erinnerte [1].

Es ist hier, so weit ich feststellen konnte, zum ersten Male die Vermutung ausgesprochen, dafs die Steinmetzzeichen mit der Verehrung der Maurer für König Salomo und mit den sogenannten salomonischen Zeichen zusammenhängen. Jedoch nimmt der Berichterstatter des histor. Ver. nicht an, dafs jene Zeichen etwa thatsächlich auf König Salomo zurückgehen, sondern dafs sie vielmehr einer kabbalistischen Spielerei ihre Entstehung verdanken.

Die Erörterungen innerhalb des histor. Ver. wurden fortgesetzt. Im Jahre 1841 machte Kreisgerichtsrat Frhr. von Tucher eine Mitteilung, die eine treffliche und im wesentlichen erschöpfende Deutung der Zeichen enthält. Die mittelalterlichen Steinmetzzeichen gehen darnach auf eine Mutterfigur zurück, die der Ausdruck tiefster christlicher Mystik war. Diese Figur bestand in folgendem: ein Kreis (Sinnbild göttlicher Vollkommenheit), ein senkrechter Strich (Einheit Gottes), ein zweiter denselben horizontal durchschneidender Strich (Gott und die Welt), zugleich das Zeichen des Kreuzes, die Verbindung der Endpunkte dieser Linien in ein Dreieck (heilige Dreieinigkeit), ein zweites Dreieck, wodurch ein Quadrat entstand (die vier Evangelisten). Ein jeder Geselle durfte sich nach seiner Willkür irgend einen Teil aus diesen geheimnisvollen Zeichen auswählen und als sein ihm eigentümliches Zeichen überall anbringen, wo er arbeitete. Kam er nun in eine andere Hütte, so wurde er aufgefordert, sein Zeichen zu machen, und die Prüfung seiner Wissenschaft von der Bedeutung des Mutterzeichens wurde mit

[1] A. a. O. S. 47. Eine lithographierte Abbildung der Insinger Zeichen, sowie einiger Salomonischen Zeichen und Signacula Dei ist beigegeben.

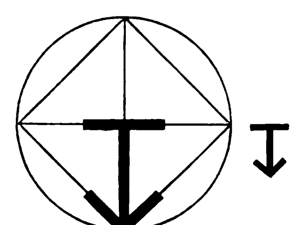
ihm angestellt. Die sogenannten Salomonischen Zeichen haben mit diesen Steinmetzzeichen nichts gemein [1].

Zum dritten Male wurde die Frage im Jahre 1846 berührt. Ein Vereinsmitglied verwies auf das Symbol der Ägypter, den durch zwei sich schneidende Linien geteilten Kreis, acceptierte im übrigen die Tuchersche Mutterfigur, wollte sie jedoch, unter Ablehnung aller christlichen Mystik, lediglich auf die Grundverhältnisse der Baukunst beziehen. — Die oben erwähnte Tuchersche Erklärung wird durch eine unabhängige Mitteilung in dem bekannten Werke Homeyers bestätigt. Homeyer empfing die Zeichnung einer geometrischen Figur, die nach der Angabe des Gewährsmannes, eines Strafsburger Architekten, einen Hauptschlüssel der Steinmetze gebildet hat [2]. Aus dieser Figur wurde dem einzelnen Steinmetzen sein Zeichen in der zuvor geschilderten Weise zugeteilt.

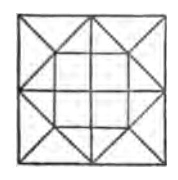
Diese verschiedenen Deutungen sind nun neuerdings von Prof. Rziha aufgenommen und nach einer bestimmten Richtung erweitert worden. Rziha vertritt die Meinung, dafs die Steinmetzzeichen aller Zeiten, sowohl des Altertums wie des Mittelalters, Teile von geometrischen Mutterfiguren sind. Aus Quadratur, Triangulatur, Vierpafs und Dreipafs entwickelt Rziha vierzehn Generalschlüssel, in welche die Zeichen aller Bauperioden hineinpassen sollen [3]. Die Theorie ist jedoch nicht einmal für das Mittelalter gerechtfertigt, geschweige denn für das Altertum.

Nach den vorerwähnten Mitteilungen ist es als erwiesen anzusehen, dafs die von den Bauhütten in der Zeit der Gotik verliehenen Steinmetzzeichen auf geometrische Mutterfiguren zurückgehen. Die Überlieferungen der Hütten, wie die Prüfung der Zeichen selbst, für deren Bearbeitung Rziha ein besonderes Verdienst zukommt, stimmen in diesem Ergebnis überein. Dagegen ist die Annahme eines gleichmäfsigen Ursprungs aller

---



[1] Elfter Jahresbericht S. 11. Tucher verdankte seine Mitteilung einem um 1826 in Nürnberg verstorbenen Steinmetzenmeister Namens Kirchner, der ein Buch mit Steinmetzzeichen besafs. — Die Mutterfigur ist die hier beigefügte. Die hervorgehobenen Linien ergeben das nebenstehende Steinmetzzeichen.



[2] Homeyer S. 289; vgl. auch Rziha Tafel 68. Rziha vermutet, dafs die Strafsburger Hütte ihre Zeichen aus der Quadratur konstruierte, was hiermit übereinstimmt.

[3] A. a. O. S. 32.

Steinmetzzeichen und einer konkreten Verbindung der antiken und mittelalterlichen Zeichen ganz unbegründet und auch von der gesamten neueren Litteratur zurückgewiesen worden[1]. Gerade die älteren Zeichen der romanischen Periode und des Übergangsstils, die Buchstaben, Handwerksgeräte, Runen u. dgl. darstellen, sind nicht auf geometrische Mutterfiguren zurückzuführen[2]. Auch ein Teil der gotischen Zeichen hat keinen geometrischen Charakter. Diese Zeichen entziehen sich überhaupt der Einstellung in die Rzihaschen Schlüssel, während andrerseits zu beachten ist, dafs (wie Richter zutreffender Weise bemerkt) einige dieser Schlüssel so kompliziert sind, dafs man mit ihnen eben jedes beliebige Zeichen „lesen“ kann[3]. In ihrer Übertragung auf das Altertum endlich versagt die Rzihasche Theorie vollständig; es fehlt ihr hier selbst die erste sachliche Grundlage in dem Charakter der Zeichen[4]. —

Der Mangel jedes Zusammenhangs zwischen Altertum und Mittelalter ergiebt sich gleichmäfsig aus der Geschichte, der Form und der Bedeutung (Zweckbestimmung) der Zeichen. Die antiken Zeichen sind Lieferantenzeichen, Steinbruch- und Werkstellezeichen. Das persönliche Steinmetzzeichen fehlt im Altertum, soweit unsere Kenntnis reicht, vollständig. Das mittelalterliche Zeichen erscheint mit eigentümlichen Formen und vollständig unvermittelt im zwölften Jahrhundert und folgt dem Entwicklungsgange der Baukunst. Das Zeichen diente zu einem Teil einem technischen Zweck als Versetzzeichen. Seine hauptsächlichste Bedeutung ist jedoch, dem Steinmetzen ein persönliches Erkennungszeichen zu sein, in einer Stellung und unter Verhältnissen, die mit den Zuständen des Altertums schlechterdings nichts gemein haben[5].

---

[1] Schneider S. 50, Otte 2 S. 490 und insbesondere Richter S. 30 ff.

[2] Veröffentlicht sind solche Zeichen bei Schneider a. a. O.. Adamy a. oben S. 405, a. O. S. 90; Paulus, Kloster Maulbronn S. 14 (romanische Periode), S. 19 (Übergangsstil). Zahlreich finden sich nicht-geometrische Zeichen aus der Zeit des romanischen und des Übergangsstils am Freiburger Münster. Eine erhebliche Anzahl der Zeichen jener Periode wurde mir durch einen am Münster beschäftigten Werkmeister in genauer Nachbildung übermittelt. Den Gegenstand der Zeichen bilden vorzugsweise Buchstaben und Handwerksgeräte; daneben erscheinen auch die allgemein üblichen Figuren (s. oben S. 407). Vgl. hierzu die Abhandlungen von Fritz Adler zur Baugeschichte des Freiburger Münsters, Deutsche Bauzeitung Jahrg. 1881.

[3] Richter S. 37 und Anm.

[4] Vgl. hierzu Richter S. 37: Es durfte Rziha nicht entgehen, dafs, während die mittelalterlichen Steinmetzzeichen in ihrer Art geometrische Kunstwerke sind, vorzüglich eingemeifselt, unter genauer Beobachtung gewisser Winkel etc., die aus dem Altertum überlieferten rohe Machwerke sind, bei denen selbst unter denen von gleicher Form nicht zwei untereinander geometrisch kongruent sind. R.s ganze Theorie aber steht und fällt mit der Voraussetzung, dafs jeder Strich und jeder Winkel genau so beabsichtigt ist, wie er in dem betreffenden Zeichen zum graphischen Ausdruck kommt.

[5] S. auch Richter S. 30.

B. Ziegelstempel.

Der Gebrauch, Thonwaren jeder Art mit Bezeichnungen zu versehen, war im Altertum allgemein verbreitet[1]. Von jedem der Gewerbe, das sich mit Thonverarbeitung befafste, sind uns aus dem römischen Weltreich Stempel in grofser Anzahl erhalten. Ich behandele in diesem Abschnitt zunächst die Stempel auf Ziegelsteinen[2].

Die Ziegelstempel weisen gewisse gleichmäfsige Bestandteile auf, die häufig wiederkehren. Als solche zumeist vertretenen Bestandteile des Ziegelstempels sind zu nennen: 1. Namen des Arbeiters, des Pächters, des Geschäftsbesorgers; 2. Bezeichnung des Besitztums, des Ziegelwerks, mitunter auch der Betriebsabteilung; 3. Verfrachtungsangaben; 4. Jahresbezeichnungen; 5. Glücksformeln und Sprüche; 6. bei Militärziegeln die auf die Legion bezüglichen Angaben. Es fragt sich nun, ob diese Bezeichnungen für den inneren Betrieb oder ob sie für den Verkehr und Umsatz bestimmt; und in letzterem Falle, ob sie geschützt oder schutzfähig waren.

1. Die Einstempelung des Namens, sei es nun des Arbeiters oder des Betriebsleiters, konnte keinerlei Bedeutung für den Verkehr haben. Denn für die Beschaffenheit des einzelnen Ziegelsteins ist es gleichgültig, durch welchen Arbeiter oder unter wessen Leitung er hergestellt wurde. Kein Baumeister oder Bauherr wird gerade nach einem von dem Sklaven Daedalus gefertigten Backstein fragen, oder die Ziegel von der Hand des Callistus höher bewerten als die des Fortunatus. Ebensowenig hat die Namensangabe des Pächters (conductor) oder die im zweiten Jahrhundert p. C. auftretende Bezeichnung des Geschäftsmannes (negotiator)[3] irgend eine Bedeutung für die verkehrsmäfsige Schätzung der Ziegelsteine.

Vielmehr kann die Anbringung dieser Namen nur einen rechnungsmäfsigen Zweck innerhalb des Ziegelwerks selbst gehabt haben. Die Namensbezeichnung ermöglichte die Ermittelung des Lohnanspruchs für den nach der gelieferten Stückzahl entlohnten Arbeiter, sowie die Feststellung der unter einer bestimmten Leitung angefertigten oder durch eine bestimmte Hand verkauften Menge.

2. Die Bezeichnung des Besitztums und des Thonwerks (praedium, figlina) konnte an sich sowohl dem inneren Betrieb

---

[1] Vgl. über Inschriften auf Thonwaren im allgemeinen Birch, History of ancient pottery, 2. Aufl. London 1873; Inschriften auf ägyptischen Vasen S. 26; Lampen S. 36; Ziegel S. 65; Assyrische Backsteine (tragen die Bezeichnung des bauenden Königs und des Gebäudes) S. 78; Schalen S. 86; Babylonische Backsteine S 97; Griechische Amphoren S. 136 ff.; Griechische Vasen S. 310.

[2] Vgl. Marquardt, Privatleben der Römer, 2. Aufl., S. 665.

[3] Dressel S. 6.

wie dem äufseren Verkehr dienen. Die Ziegelsteine eines bestimmten Thonwerkes mögen gesuchter gewesen sein als die eines anderen, obwohl bei der Verwendungsweise der römischen Ziegelsteine ein Vergleich mit unserem heutigen Backsteinbau, und die Ziehung entsprechender Rückschlüsse, nicht ohne weiteres möglich ist. Die römischen Ziegelsteine wurden in der Kaiserzeit in der Hauptsache zur Hintermauerung gebraucht, als Mauerkern, der nach aufsen durch Quadern bezw. durch Platten (ev. auch durch Stuck) überkleidet wurde [1]. Für die Baufront der Monumentalbauten gelangt in der Regel der Ziegelstein nicht zur Verwendung. Im geraden Gegensatz zu unserem heutigen Backsteinbau ist übrigens bei dem römischen Ziegelmauerwerk die Menge des verwendeten Mörtels gröfser, als die der Ziegel selber, so dafs die Festigkeit des Ziegelbaues durch den Mörtel hergestellt wird [2].

Die auf das Thonwerk bezüglichen Bezeichnungen sind teils Figuren-, teils Schriftzeichen. Von den Figurenzeichen ist, nach der Annahme Dressels, ein grofser Teil, wie Zweige, Blätter, Sterne, lediglich verzierungshalber angebracht. Als wesentlich ist hierbei hervorzuheben, dafs dieselben Zeichen auf den Ziegeln verschiedener Werkstellen wiederkehren; es ist also hier jede Bedeutung als Verkehrszeichen ausgeschlossen [3]. Eine Reihe anderer Figurenzeichen hat dagegen die Eigenschaft des sogenannten redenden Wappens, dessen Bild auf einen bestimmten Namen hinzeigt. Es findet sich der Wolf auf Ziegeln aus dem Besitztum des M. Rutilius Lupus, der Eber auf denen des Flavius Aper; den Adler führt Aquilia Sozomena, den Kranz C. Julius Stephanus; die Schlange verweist auf Aelius Asclepiades, der Stab auf Mercurius (Mercurialis), die Rose wohl auf die Rhodinianischen Ziegeleien [4].

Im Zeitalter Diocletians tritt eine besondere Stempelform auf; die Ziegelstempel enthalten die Angabe der Verwaltung

---

[1] Blümner, Technologie der Gewerbe und Künste bei Griechen und Römern, Band 2 S. 13, 3 S. 148.

[2] Bei allem römischen Ziegelmauerwerk ist die Mörtelfuge mindestens der Ziegeldicke gleich, gewöhnlich noch stärker, so dafs die gröfsere Masse des Ziegelmauerwerks aus Mörtel besteht. Rob. Neumann, Über den Backstein, Berlin 1879, S. 47.

[3] Quanam de causa singulae officinae hoc signo vel alio utantur plerumque ignoratur, sed multa eorum et ea quidem quae in tegulis multarum officinarum solent redire veluti ramusculi, palmae, nux pinea, folium, stella, fortasse etiam corona et Victoriae imago, certe ornamenti tantum causa ponuntur nec peculiarem habent significationem. Dressel S. 1. Vgl. auch Steyert, Histoire de Lyon, 1895, I S. 328 ff.

[4] Interdum autem his signis nomen vel domini praediorum vel officinatoris significari certum est. Ita reperitur lupus in tegulis Brutianis M. Rutili Lupi, aper in lateribus ex praediis Flavi Apri, aquila in tegulis Aquiliae Sozomenae nomen exhibentibus; corona significari videtur nomen C. Juli Stephani, angue nomen Aeli Asclepiadis, Caduceo nomen Mercuri vel Mercurialis; rosa fortasse repraesentata est in latere ex figlinis Rhodinianis. Dressel S. 3.

(administratio), der Werkstelle (officina) und der Abteilung (statio), so dafs also einer Werkverwaltung mehrere Werkstellen, einer Stelle wieder mehrere Abteilungen unterstehen[1]. Auch für diese Bezeichnungen ist wohl nur ein rechnungsmäfsiger Zweck anzunehmen[2].

3. Der Hafen, in dem die Ziegel zur weiteren Verfrachtung gelagert werden sollen, wird mitunter auf dem Stempel angegeben[3].

4. Für die Bezeichnung der Ziegelsteine mit dem Jahr der Herstellung läfst sich ein anderer Zweck als etwa der der Rechnungsführung nicht ermitteln. Es ist auf Grund einer dem Vitruv entnommenen Stelle des Plinius: „aedificiis non nisi bimos probant" die Vermutung ausgesprochen worden, die römischen Baumeister hätten nur die zwei Jahre abgelagerten Ziegelsteine für tauglich gehalten, und deshalb habe man das Herstellungsjahr auf die Steine gestempelt[4]. Indes haben Dressel[5] und Geoffrey[6] gezeigt, dafs hier eine irrtümliche Auffassung der betreffenden Stelle vorliegt; der Ausspruch des Vitruv bezw. des Plinius bezieht sich auf ungebrannte (Luft-)Ziegel, die einer zweijährigen Lagerung bedürfen[7].

---

[1] Tegularum huius aetatis deinde proprium est ut plurimae administrationem indicent formulis plane singularibus de quibus infra dicetur; proprium item ut stationis mentio fiat in tegularum aetatis sine dubio Diocletianae genere eo quod unde proveniat trifariam enuntiat, administrationem indicans notis R S P vel S P C et officinam et stationem; et ita quidem administratio indicatur ut intellegas sub administratione plures officinas fuisse, in singulis officinis plures stationes (numeri adscribuntur I vel II vel III vel IIII passim, semel occurrit VII, in una tegula videtur fuisse VIIII). In aliis tegulis loco stationis ponitur figuli vel officinatoris nomen quod ubi perscriptum est enuntiatur casu secundo; in aliis non adsunt nisi duae indicationes, sc. administratio et officina. Dressel S. 386.

[2] Vgl. hierzu die Ausführungen von Geoffrey: L'usage auquel nous devons tant de textes épigraphiques inscrits sur les tuiles et sur les briques romaines doit avoir eu des origines et des causes diverses. Il y a pu avoir, au temps de la république, la nécessité d'une sorte de surveillance de police, en même temps que l'intérêt industriel des fabricants; mais à ces raisons une autre a dû s'ajouter plus tard quand cette fabrication est devenue l'une des sources les plus énergiques de la fortune privée des empereurs et qu'il a fallu distinguer avec soin les diverses provenances. Journal des savants 1886 S. 242.

[3] Beispiele bei Dressel S. 5.

[4] Descemet, Marques de briques relatives à une partie de la gens Domitia, Paris 1880 S. 135.

[5] A. a. O. S. 9 Anm. 3.

[6] A. oben a. O. S. 240.

[7] Nach einer von Rob. Neumann (Über den Backstein, Berlin 1879, S. 47) mitgeteilten, Cato dem älteren entnommenen Bestimmung war früher sogar eine fünfjährige Lagerfrist angesetzt. Ebenso war nach einer bei Blümner, Technologie Bd. II S. 17 citierten Angabe des Vitruv in Utika eine 5jährige Trockenfrist vorgeschrieben. Bei Birch (a. oben S. 414 Anm. a. O.) S. 480 wird auf eine Mitteilung des Cassiodorus Senator über die Stempelung der Ziegel verwiesen; die bei Birch angezogenen Stellen des Cassiodor (varia I ep. 25, II ep. 23 u. 28; Ausgabe Mommsen M. G. Auct. ant. XII S. 28 u. 59) enthalten indes keine hierauf bezüg-

5. Als Glücksformel findet sich insbesondere auf den Ziegelsteinen der Gens Domitia[1] häufig die Sigle V. Q. F., oder auch ausgeschrieben Valeat qui fecit, hinzugefügt. Ein Stempel mit einem Glückwunsch, den der Verfertiger sich selbst darbringt, kann nicht wohl für den Verkehr bestimmt sein. Dagegen kommen auch Sprüche und Glückwunschformeln mit allgemeiner Beziehung vor, wie in nomine Dei, vivas, ϑεὸς βοηϑὸς und bona vita[2].

6. Der Brauch der Stempelung findet sich auch bei den selbstverständlicherweise aufserhalb des Verkehrs stehenden Militärziegeln. Der Stempel enthält die der Legion bezw. der Cohors zukommenden Bezeichnungen[3].

Soweit sich aus diesen einzelnen Bestandteilen ermitteln läfst, scheinen die römischen Ziegelstempel dem inneren Betrieb, der Rechnungsführung, Abrechnung und Kontrolle, weniger aber als Verkehrszeichen gedient zu haben. Von einem Schutz oder einer Schutzfähigkeit der Stempel ist nirgends die Rede.

Die Sitte, Ziegel wie Thonwaren überhaupt mit einem Zeichen zu versehen, besteht überall, soweit die römische Kultur reicht. In allen Provinzen, auch in Gallien und Germanien finden sich Spuren des gleichen Brauches, Ziegel und Töpferwaren zu zeichnen[4]. Wenn irgendwo, so mufste sich demnach hier ein konkreter Zusammenhang des römischen und des mittelalterlichen Zeichenwesens nachweisen lassen, und wenn die Verbindung hier bei einem notwendigen, stets betriebenen Gewerbe fehlt, so kann sie auch auf keinem anderen Gebiete vermutet werden.

Der Ziegelstempel ist nun dem frühen und dem hohen Mittelalter vollständig fremd. Erst in später Zeit, gegen Ende des vierzehnten Jahrhunderts, kommt der Brauch neu in Aufnahme[5]. Dafs es sich mit dem Töpferstempel ebenso verhält,

lichen Angaben. — Eine längere Trockenfrist war für die römischen Ziegel wohl schon aus technischen Gründen notwendig. Das Format der römischen Ziegelsteine war nicht dem der unsrigen ähnlich, sondern vielmehr das einer flachen Tafel. Chaffers, Pottery S. 29 giebt die Mafse als ca. 42 cm. Länge, 27 cm Breite, bei nur 4 cm Dicke. (Heutige Mafse 25 cm Länge, 12 cm Breite, 6 cm Dicke). Eine solche Platte war in feuchtem Zustande schwer zu hantieren, und es ist deshalb wohl allgemein eine längere Trockenfrist für die römischen Ziegel vorauszusetzen.

[1] Descemet S. 112; vgl. dagegen das bei Dressel S. 47 gegebene Beispiel aufserhalb der Gens Domitia.

[2] Dressel S. 1. Beispiele von auf Thonkrügen angebrachten Trinkergrüfsen Imple, reple, vivas, da vinum, vita s. bei Chaffers, Marks and Monograms on Pottery and Porcellain. 8. Ausg. London 1879, S. 15 ff.

[3] Vgl. C. I. L. 3[1] S. 256, 472, 578. Leg. I. Ad(jutricis), leg. I Noricorum u. s. w. 8[2] S. 911 und öfter. Birch S. 487 und 600 ff.

[4] Vgl. die einzelnen Bände des C. I. L. Einzelne Beispiele bei Chaffers, Pott. S. 15 ff.

[5] Die römische Sitte, die einzelnen Ziegel mit Fabrikstempeln zu versehen, findet sich in den älteren mittelalterlichen Backsteinbauten

werden wir weiter unten sehen. Es besteht also gerade auf dem Gebiet, das in Rom der Hauptträger der Stempelung war, eine vollständige, wohl reichlich acht Jahrhunderte umfassende Unterbrechung.

Über die mittelalterlichen Ziegelbauten besitzen wir Untersuchungen aus einem (ehemals [1]) klassischen Lande des Backsteinbaues, der Mark Brandenburg. Das Verdienst, auf das Vorkommen der Ziegelstempel zuerst aufmerksam gemacht zu haben, gebührt dem Kantor Stöpel zu Tangermünde, der bei der Aufnahme altmärkischer Kirchen und Profanbauten die Zeichen bemerkte [2]. Schon hier drängte sich die Wahrnehmung auf, dafs die mit dem Stempel versehenen Steine sich allezeit nur an Thüren, Fenstern und Blendenbogen finden, also an solchen Teilen des Gebäudes, bei denen sich gröfsere Zierlichkeit der Form zeigt [3]. In gröfserem Umfange werden die Ziegelstempel von Fritz Adler in seinem Werke über den mittelalterlichen Backsteinbau berücksichtigt [4]. Die Zeichen finden sich etwa seit dem Jahre 1377 [5]; eine gröfsere Verbreitung erlangen sie aber erst gegen Mitte und zu Ende des fünfzehnten Jahrhunderts [6]. Auch hier erscheinen wiederum die Formsteine als die Träger der Stempelung.

Es bietet sich hier ganz von selbst der Vergleich mit den Steinmetzzeichen aus der Zeit der vollendeten Ausbildung der Gotik. Wir fanden zuvor, dafs das Steinmetzzeichen an den gotischen Bauten gerade an besonders schwierig auszuführenden und wichtigen Bauteilen angeschlagen wurde [7]. Dieselbe Verwendungsweise zeigt sich hier bei dem Ziegelstempel; er wird

---

nicht befolgt, und erst an späteren gotischen Gebäuden kommen an manchen Orten (in Brandenburg, Stendal, Tangermünde u. s. w.) Ziegel mit Stempeln vor. Otte I S. 44.

[1] S. meine städtischen Bodenfragen S. 21.

[2] Merkwürdigkeiten altdeutscher Kunst in der Altmark, aufgenommen von Cantor Stöpel zu Tangermünde, hrsg. von Büsching, Breslau 1825.

[3] Büsching a. a. O. S. 4.

[4] Mittelalterliche Backsteinbauwerke des Preufsischen Staates, Berlin 1862.

[5] Adler a. a. O. S. 14.

[6] Eine eigentümliche Erscheinung (am Dom St. Nicolaus zu Stendal) sind die auf den Formsteinen vor dem Brande aufgedruckten Ziegelstempel, von denen am Dom eine grofse Anzahl erscheinen, aber auffallender Weise nur an den späteren Teilen des spätgotischen Neubaues. Weder der Chor noch das Querschiff (1423—1435) besitzen derartige Markzeichen, wohl aber das Langhaus (1435—1450), der Lettner, die Stiftsgebäude und die oberen Turmgeschosse (1461—1475). Adler a. a. O. S. 50. Weitere Angaben über die Pfarrkirche St. Maria, Stendal a. a. O. S. 61; Klosterkirche St. Anna, Stendal (gegen 1401 geweiht) S. 65; Rathaus, nach der Mitte des 15. Jahrhunderts, S. 67; Pfarrkirche St. Stephan, Tangermünde (15. Jahrhundert) S. 69; St. Nicolaus, Tangermünde (1460—1470) S. 71; Hühnerdorfer Thor, Wasserthor (1460—1470), Rathaus Tangermünde (1440) S. 72, 73, 76; Elbthor Werben (ca. 1460) S. 79.

[7] S. oben S. 410.

an den hervorragendsten Bauteilen angebracht, deren Ausführung besondere Kenntnis und Geschicklichkeit erforderte; er ist ein persönliches Zeichen. Die Verwandtschaft des Ziegelstempels mit dem Steinmetzzeichen wurde schon von Büsching bemerkt und damit erklärt, dafs die Bauleute, welche die künstlich geformten Teile der Ziegelbauten ausführten, gelernte Steinmetze gewesen seien, die gleich den Steinmetzgesellen beim Eintritt in den Gesellenstand ihr Ehrenzeichen empfingen[1]. Eine solche unmittelbare persönliche Übertragung ist indessen nicht anzunehmen. Die Ziegelstempel haben einen den Steinmetzzeichen ähnlichen, geometrischen Charakter, der offenbar auf eine Entlehnung hinweist; sie behalten indes im einzelnen ihre eigentümlichen, besonderen Formen[2].

Der mittelalterliche Ziegelstempel wird, nach vollständiger Unterbrechung der Stempelung, erst durch Übertragung im Baugewerbe neu aufgenommen und kennzeichnet sich in der Hauptsache als ein persönliches Repräsentationszeichen. In später Anlehnung an den Gebrauch gotischer Steinmetzkunst wird er bei Kunstbauten an hervorragender Stelle angebracht, in seinem Ursprung wie in seiner Verwendung der gerade Gegensatz zum römischen Ziegelstempel.

C. Zeichen auf Thongefäfsen.

Die thönernen Gefäfse verschiedenen Gebrauches sind im Altertum vielfach mit Zeichen ausgestattet[3]. Unter den Gerätschaften des allgemeinen gewerblichen und Hausgebrauches sind ihrer vielseitigen Verwendung halber besonders die Thonkrüge (Amphoren) zu erwähnen. Die Thonkrüge dienten zur Aufbewahrung und Verbringung von flüssigen und von festen Gegenständen, als Wein und Öl, Fischpökel und Salzlake, Getreide aller Art. Zeichen befanden sich am Henkel, am Hals und am Bauch der Amphora[4]. Bei den Weinamphoren, in denen der Wein vom Erzeugungsort aus verschickt wurde, war der Herkunfts-

---

[1] Der diese ausgezeichnet geformten Steine Anfertigende mufste alle Vorteile und Künste des Steinschnitts kennen; er mufste Steinhauer sein, der aber hier seine Kunst in Bildung einer Form zeigte, welche die Gestalt der behauenen Sandsteine hatte. So gehörte er denn wohl als Mitglied zu den Bauhütten und hatte beim Erreichen des Gesellengrades ebenso gut wie die anderen sein Ehrenzeichen erhalten, welches er nun geformt in den Stein druckte. Büsching a. a. O..

[2] Vgl. Adler a. a. O. S. 61: Mitunter sind die Ziegelstempel den Steinmetzzeichen ähnlich, jedoch sind es meist in sich abgeschlossene Figuren meist geometrischen Charakters, nicht wie die Steinmetzzeichen nur Teile von Figuren.

[3] Vgl. hierüber die Abschnitte Instrumentum Domesticum in den einzelnen Bänden des C. I. L.

[4] Vgl. Marquardt a. a. O. S. 647.

stempel auf dem Henkel angebracht[1]. Andere Amphoren, die zur Einlegung und Verschickung von festen Nahrungsmitteln verwendet wurden, tragen einen oder mehrere Personennamen[2].

Die antiken Thonlampen (lucernae) zeigen auf der Oberseite figürliche Darstellungen, teils mythologische, teils frei erfundene, von Randverzierungen eingefafst; die Unterseite ist flach und enthält häufig eingestempelte oder eingeritzte Bezeichnungen verschiedenen Inhalts. Hierbei ward gewöhnlich der Name oder die Werkstatt des Verfertigers angegeben[3].

Die Erzeugnisse der Kunsttöpferei, die Vasen aus verschiedenen Thonsorten, wurden häufig mit Bezeichnungen des Verfertigers versehen[4]. Überreste sind uns in grofser Zahl aus allen Provinzen des römischen Weltreichs erhalten. Die Stempelung der Thongefäfse verschiedensten Gebrauches kann als im Altertum allgemein üblich bezeichnet werden.

Im Mittelalter ist dagegen der Töpferstempel so gut wie unbekannt. In Frankreich wird erst im vierzehnten Jahrhundert, und auch dann nur vereinzelt in Abbéville, das Haftungszeichen und das Schauzeichen der Töpfer erwähnt[5]. Die Vorschrift ergeht hier in unmittelbarer Anlehnung an die gleichartigen Bestimmungen für die übrigen Zünfte. In der Fayence-Töpferei gelangte das Zeichen mit der Ausbildung dieser Technik zu Ende des fünfzehnten und während des sechzehnten Jahrhunderts neu zur Aufnahme[6].

D. Zeichen auf metallenen und sonstigen Gegenständen.

Stempel verschiedener Bedeutung — Schrift und Figurenzeichen — finden sich auf metallenen römischen Gerätschaften.

---

[1] Pauly, Realencyklopädie der klassischen Altertumswissenschaft, herausgeg. von G. Wissowa, Stuttgart 1894, Band 1[2] S. 1971; Birch S. 538.

[2] Dressel S. 560 f.

[3] Birch S. 519. Eine bemerkenswerte Wahrnehmung, die Dressel S. 782 verzeichnet, ist hier hervorzuheben. Dressel vermutet, dafs Werkstätten untersten Ranges sich damit befafsten, die Lampen anderer Werkstätten nachzumachen. Die zum Modell genommenen Lampen wurden, in Oberteil und Unterteil getrennt, abgegossen; hierbei drückte sich dann das Zeichen der Originalwerkstatt auf der Unterseite mit ab. D. giebt a. a. O. Anm. mehrere Beispiele. Es würde dies auch ein Beweis mangelnden Zeichenschutzes sein.

[4] Vgl. die einzelnen Bände des C. I. L. Einzelne Beispiele bei Chaffers, Pottery S. 15. Birch S. 453, 559 und 607. Die alten etruskischen Vasen tragen indes keinerlei Bezeichnung des Verfertigers; a. a. O. S. 453.

[5] S. oben S. 196 und 202.

[6] Jaquemart, Histoire de la Céramique S. 298 ff.

Die Schriftzeichen geben meist den Eigentümer oder den Verfertiger an, erfüllen aber mitunter auch andere Zwecke; die Figurenzeichen mögen, gleich den oben (S. 415) erwähnten, mehr der Verzierung gedient haben.

Schriftzeichen sind mehrfach auf den bronzenen Küchenkesseln und Pfannen an den Stielen angebracht. Eine Anzahl von Beispielen wird insbesondere im fünften Bande des C. I. L. aufgeführt[1]. Auch kleineres metallenes Hausgerät, wie Löffel u. dgl., wird gezeichnet[2]. Zeichen verschiedener Art sind auf den Strigilis, den sichelförmigen Schabeisen zum Abtrocknen des Schweifses, anzutreffen. Die eingestempelten Namen sind wohl die des Verfertigers, während die häufig vorkommenden Figurenzeichen nur des Zierrats wegen angebracht scheinen[3]. Ein bei Bonn gefundenes Schwert zeigt auf eingeschlagenem Stempel den Namen des Waffenschmiedes[4].

Schriftzeichen, die sich als Eigentums- oder als Werkstellevermerk charakterisieren, werden auf den länglich-viereckigen Blöcken angebracht, in denen das Blei in den Handel kommt (massae plumbi)[5]. Sehr häufig finden sich in Rom (und auch aufserhalb[6]) gezeichnete Bleiröhren. Es sind dies die bleiernen Anschlufsröhren (fistulae), durch die das Wasser aus den grofsen ehernen Hauptleitungen (calices) in die Privathäuser der vom Caesar damit begnadigten ab- und übergeleitet wurde[7].

---

[1] Es findet sich dort ein erwähnenswertes Beispiel für die von den Römern beliebte Verwendung von Aufschriften auf Hausgerät. Der Stil eines silbernen Gefäfses trägt den Vermerk Maximo et Urbano cos. pri. Kal. Jan. accipet Verinus (denarios) XII s. C. I. L. 5² S. 1008 Nr. 8122. Hierzu bemerkt Mommsen a. a. O.: Accipet si scriptum est pro accepit, hoc significatur Verinum vasculi dominum accepisse die indicata mutuos denarios 12½ et reliquisse pignoris loco apud creditorem id ipsum vasculum quod tenemus.

[2] Vgl. die Stempel auf römischen Broncewaren, bei Marquardt, Privatleben der Römer, 2. Aufl., S. 714.

[3] Exemplare im Antiquarium des Berliner Museums.

[4] Beck, Geschichte des Eisens, Braunschweig 1884. Im übrigen zeichnete man in Rom mehr die Schmiede selber als ihre Erzeugnisse; vgl. l. 3 C. de fabricensibus 11, 9.

[5] Vgl. die Abschnitte massae plumbi in den einzelnen Bänden des C. I. L., so Band 10, 2. Teil S. 957; Band 15.

[6] Vgl. Steyert, Hist. de Lyon, Band. 1.

[7] Zu den wesentlichen Funktionen des Procurator (aquarum) gehörte die Anweisung des Wassers an Private nach Einholung der kaiserlichen Erlaubnis und auf Autorisation des Kurators, und das damit verbundene wichtige Geschäft, die ehernen Verbindungsröhren (calices), die das Wasser aus dem castellum in die bleiernen Röhren (fistulae) leiteten, mit Zuziehung von Sachverständigen (libratores) auf ihre Gröfse zu prüfen und von den ihm beigegebenen Sklaven signieren zu lassen. O. Hirschfeld, Untersuchungen auf dem Gebiet der römischen Verwaltungsgeschichte, Berlin 1877, S. 165. Nach den Worten des Frontin zu schliefsen, sind nur die ehernen calices und die zunächst anschliefsenden Fistulae bis auf eine Entfernung von 50 Fufs signiert und die übrigen Röhren von den zur Wasserbenutzung Berechtigten gelegt worden. Ebenda S. 171.

Ein in Herculanum gefundenes Brot ist mit dem Namen des verfertigenden Sklaven und seines Herrn gestempelt; nach der zuerst von Mommsen gegebenen Deutung dient der Stempel dazu, um die Brotlaibe, die man dem Bäcker zum Backen übergab, durch ein Zeichen kenntlich zu machen [1]. Bekannt sind die Stempel, mit denen die römischen Augenärzte ihre Collyrien siegelten [2]. — Zwischen den vorgenannten Zeichen und den mittelalterlichen Bezeichnungen gleichartiger Gegenstände besteht keinerlei Verbindung. Von Zeichen auf Erzeugnissen der Weberei (im Mittelalter das Hauptgebiet des Zeichenwesens) hat sich keine Spur, bezw. soweit ich feststellen konnte, keine schriftliche Erwähnung erhalten.

Unsere Erörterung der antiken Bezeichnungen einzelner Gegenstände hat zweierlei ergeben:

1. Die im Altertum vielfach geübte Sitte des Signierens hat nicht den Charakter und die Bedeutung eines auf besonderen Rechtssätzen beruhenden und durch solche geschützten Rechtsinstituts. Bei einer grofsen Anzahl der Zeichen ist die Eigenschaft des Verkehrszeichens überhaupt ausgeschlossen, sei es, dafs diese Zeichen nur der Rechnungsführung im inneren Betrieb oder dafs sie lediglich als Zierrat dienen.

2. Auf den hauptsächlichsten Gebieten des römischen Zeichenwesens einerseits und des mittelalterlichen andererseits ist der Mangel eines jeden konkreten Zusammenhangs und die Thatsache einer vollständigen zeitlichen Unterbrechung als festgestellt zu betrachten.

3. Die Gewerbebetriebe, die als die vornehmsten Träger des Zeichenwesens erscheinen, sind überdies gänzlich verschiedene im Mittelalter und im Altertum.

2. Die römisch-rechtliche Gesetzgebung über das Zeichenwesen.

Die römischen Quellen enthalten keine Vorschriften über das Zeichenrecht im eigentlichen Sinne. Eine hervorragende Stelle nimmt bei den Römern das Repräsentationszeichen (oben S. 187) ein. Bei Testamenten und bei schriftlichen Urkunden aller Art wird regelmäfsig das persönliche Zeichen der Unterschrift hinzugefügt.

[1] Verhandlungen der königl. sächs. Gesellsch. der Wissenschaften, Leipzig 1899, S. 186. Der Stempel enthält die Worte (C)eleris Q. Grani Veri ser(vus).

[2] Vgl. Grotefend, Die Stempel der römischen Augenärzte; C. I. L. Band 3 [1] S. 260, Band 7 S. 235.

Zeichen und Unterschrift ergänzen sich; beide zusammen ergeben erst die volle Unterzeichnung[1]. Der Ausdruck signum, signare, in diesem Zusammenhang gebraucht, bezeichnet stets das mit der Unterschrift verbundene persönliche Repräsentationszeichen[2].

Auch das Stückzeichen (oben S. 188) wird in den Geschäftsbeziehungen der Römer angewandt. Es wird vom Eigentümer oder Besitzer an Waren, Gefäfse u. dgl. angelegt[3]. Im Titel 6 Buch 18 der Digesten findet sich ferner das Stückzeichen erwähnt mit ganz der gleichen Bestimmung, wie sie uns oben S. 189 begegnete; das vom Käufer angebrachte Zeichen hat den Zweck, dem Betrug durch Unterschiebung anderer Waren an Stelle der gekauften vorzubeugen[4].

Über die Verkehrszeichen fehlt es dagegen vollständig an jeder unmittelbaren Bestimmung. Man hat demgegenüber die Vermutung aufgestellt, es liege dies daran, dafs die entsprechenden Berichte uns nicht überliefert seien[5].

Eine solche Vermutung liefse sich mit einem Anspruch auf Berechtigung aufstellen, wenn es sich um eine isoliert stehende Anordnung, um ein (privates oder öffentliches) Sonderrecht, ein Vorrecht oder dergleichen handelte, obwohl auch dann die Annahme in irgend einer Weise glaubhaft gemacht werden müfste. Von einem solchen Verhältnis ist hier aber keine Rede. Das Zeichenrecht steht, wo es vorhanden ist, inmitten des gesamten gewerblichen Verkehrs. Seine Rechtssätze greifen in zahllose Gebiete des privaten und des öffentlichen Rechtes hinüber. Dafs ein so weitverzweigtes Rechtsinstitut, wenn es thatsächlich bestanden hätte, von den kompilierenden Juristen einfach ausgestofsen worden wäre, das ist, kann man wohl sagen, schlechthin

---

[1] L. 22 § 4 D. Qui testamenta facere 28, 1; Pauly, Realencyklopädie der klassischen Altertumswissenschaft v. v. obsignatio, testamentum; Windscheid, Pandekten § 541 und Anm. 4; Dernburg, Pandekten, 5. Aufl., 3 S. 138.

[2] Es ist also in solchen Fällen niemals von einem Verkehrszeichen die Rede und eine analoge Auslegung der Textesstellen verbietet sich von selbst. Vgl. l. 22 § 3 § 4, l. 30 D. qui testamenta facere 28, 1; l. 21 pr. C. de testamentis 6, 23.

[3] L. 11 § 3 D. loc. 19, 2.

[4] Si dolium signatum sit ab emtore, Trebatius ait traditum id videri, Labeo contra; quod et verum est; magis enim ne submutetur signari solere quam ut traditum videatur. L. 1 § 2 D. de per. et comm. 18, 6.

[5] Dafs uns in den Erörterungen der römischen Juristen nichts davon überliefert ist, ist schon bei dem lückenhaften Zustande der Überlieferung nicht zu verwundern, wozu noch kommt, dafs nachweisbar, wie wir aus Schriftstellern und Inschriften wissen, eine Reihe von Rechtsinstituten im römischen Reiche bestand, über welche uns keine juristischen Erörterungen hinterlassen sind. . . . . Es wäre darum nicht minder sicher, dafs es Fabrikfirmenstempel und einen Schutz derselben in Rom gegeben hat, auch wenn wir die von den Kompilatoren excerpierten Schriften römischer Juristen im Originale vor uns hätten und nichts darüber in denselben finden würden. Kohler S. 40.

unmöglich[1]. Es würde darin nicht blofs eine Beiseitelassung liegen[2], sondern ein scharfer Eingriff in den bestehenden Zustand und in die erworbenen Rechte.

In der Hauptsache wird denn auch in der neueren Litteratur, bei dem Fehlen der Quellen selbst, die Analogie herangezogen. Zum Schutz gegen die Nachahmung der Bezeichnungen sollen gedient haben die actio injuriarum, die actio doli, die actio ex empto, die actio quanti minoris und die lex Cornelia de falsis[3].

Bevor eine solche Behauptung aufgestellt wird, mufs, wie mir scheint, die hier mafsgebende Auffassung des römischen Rechts selber ermittelt werden. Ohne eine derartige Grundlage, wie ich sie zuvor für den mittelalterlichen Verkehr gegeben habe[4], ist jede Beweisführung gegenstandslos. Die Zulässigkeit wie die Strafbarkeit einer Handlung im gewerblichen Verkehr wird zunächst durch die Anschauung bestimmt, mit der das Recht die Beziehungen zwischen Käufer und Verkäufer betrachtet und auf der es dann seine besonderen Ansprüche an Treu und Glauben aufbaut[5].

In seinem Ursprung geht das römische Civilrecht von der Forderung aus, dafs der Käufer sein eigenes Urteil selbständig entscheiden lassen solle[6]. Verkäufer und Käufer stehen sich mit Vertragsfreiheit in gleichgeachteter Stellung gegenüber. Der Käufer soll die Augen offen halten, wenn er ein Geschäft abschliefst; er soll die Ware genau prüfen und sich auf seine eigene Kenntnis und Umsicht, nicht aber auf Angaben des Verkäufers verlassen.

Zuerst in dem der Aufsicht der Ädilen unterstehenden Marktverkehr in Sklaven und Vieh ergab sich die Notwendigkeit, dem Verkäufer eine weitergehende Verpflichtung aufzuerlegen[7]. Dem Verkäufer wird von den Ädilen die (unaufgeforderte) Angabe der etwaigen Mängel der verkauften Sache, sowie die Übernahme einer bestimmten Sicherung und Haftung nach vollzogenem Kaufabschlufs zur Pflicht gemacht[8]. Diese

---

[1] Insbesondere zeigt sich dies bei einer Prüfung der Digestentitel, die die Verkehrsbeziehungen vorzugsweise behandeln.

[2] Wie Kohler S. 41 annimmt.

[3] Marafy S. 496; Dunant S. 7; Kohler S. 39.

[4] Oben S. 103 ff.

[5] Oben S. 126.

[6] Es bedarf kaum der Hervorhebung, dafs wir hier nicht von dem Kauf bezw. dem Kaufvertrag als solchem handeln, sondern nur die dem Käufer und dem Verkäufer vom Recht zugewiesene Stellung zu untersuchen haben.

[7] Bechmann, Der Kauf nach gemeinem Recht, Erlangen 1876, 1 S. 395. — Vgl. über die Thätigkeit der Ädilen im allg. Mommsen, Staatsrecht, 3. Aufl, 2 [1] S. 499 ff.

[8] Nicht das „Publikum" wird im allgemeinen geschützt durch prophylaktische Thätigkeit, sondern der Käufer erhält durch obrigkeitliche Hilfe irgendwie die Möglichkeit, sich gegen den drohenden Schaden privatrechtlich zu sichern, eventuell für den eingetretenen Nachteil Entschädigung zu erlangen. Bechmann 1 S. 397.

zunächst nur für den Handel mit Sklaven und Vieh getroffene Vorkehrung[1] wurde alsdann auf Kaufgeschäfte jeder Art übertragen, und das von den Ädilen geschaffene Recht gelangte für Käufe und Verkäufe allgemein zur Anwendung[2].

Bei dieser Verschmelzung des ädilicischen Rechts mit dem civilen ist die Entwicklung des römischen Rechtes stehen geblieben; darüber hinaus ist keine Fortbildung erfolgt. Das Wesen und damit der Wert des verkauften Handelsgutes[3] wird durch gewisse Eigenschaften bestimmt, die nach römischer Auffassung stets in der Sache selbst liegen müssen. Innerhalb der hierdurch gezogenen Grenzen bewegt sich die Entscheidung über die dem Verkäufer obliegende Haftung für Mängel der Sache. Der Verkäufer haftet für die von ihm zugesagten „wesentlichen Eigenschaften“ der Kaufsache; er haftet ferner für Mängel, wenn sie erheblich genug sind, um den Gebrauch der Sache zu beeinträchtigen, jedoch nicht so offenkundig, dafs sie von dem Käufer selbst wahrgenommen werden konnten[4]. Die gleiche Umgrenzung der als wesentlich zu erachtenden Eigenschaften zeigt sich wiederum in den Voraussetzungen, durch welche die Rechtserheblichkeit eines auf Seiten des Käufers obwaltenden Irrtums bestimmt wird. Der eine Berücksichtigung verdienende Irrtum mufs sachlicher Natur sein; er mufs das Wesen der gehandelten Sache treffen[5].

Die Leistung der wesentlichen Eigenschaften der Sache von seiten des Verkäufers, die Forderung des selbständigen Urteilens auf der Seite des Käufers, bilden demnach in Rom die Grundlage für das Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer. In diesem Anspruch des selbständigen Urteils geht das römische Recht so

---

[1] Über die betreffenden Edikte der Ädilen, von B. Sklavenedikt und Jumentenedikt benannt, vgl. Bechmann 1 S. 399 ff. und 410.

[2] Bechmann 1 S. 414 u. 655. Vgl. Windscheid, Pandekten § 393 Anm.: Nach Civilrecht haftete der Verkäufer nicht, wenn er nicht die Mängel arglistig verschwiegen oder ihre Abwesenheit versprochen hatte; das Edikt der Ädilen kehrte die Regel um und sagte, der Verkäufer hafte wegen der Mängel immer, wenn er ihre Anwesenheit dem Käufer nicht angezeigt habe. Das Edikt der Ädilen bezog sich zwar nur auf den Verkauf von Sklaven und Vieh; aber es ist durch die Jurisprudenz auf alle anderen Arten körperlicher Sachen ausgedehnt worden.

[3] Über Einzelgüter s. unten S. 427 Anm. 1.

[4] Dernburg, Pandekten, 5. Aufl., 2 S. 277 f.; Windscheid § 393. Wegen der Mängel der Kaufsache haftet der Verkäufer 1. wenn er ihre Abwesenheit versprochen hat; 2. wenn er sie gekannt und arglistiger Weise verschwiegen hat; 3. wenn die Mängel so erheblich sind, dafs sie den Gebrauch der Sache beeinträchtigen und nicht so offenkundig, dafs sie dem Käufer in die Augen fallen mufsten.

[5] Windscheid § 76a Ziffer c und Anm. 8 (7. Aufl. S. 205); Regelsberger, Pandekten § 142, insbesondere S. 522/523; Dernburg, Pandekten, 5. Aufl., 1 S. 239: „Der (wesentliche) Irrtum mufs sachlicher Natur sein. Nicht in Betracht zu ziehen ist blofser Irrtum über Namen und Bezeichnungen.“ Vgl. Hanausek, Die Haftung des Verkäufers für die Beschaffenheit der Ware, Berlin 1883, S. 9 ff.

weit, dafs es ausdrückliche Zusagen des Verkäufers schlechtweg für unverbindlich erklärt, wenn der Käufer sich durch den Augenschein Überzeugung verschaffen konnte. Quaedam etiam pollicitationes venditorem non obligant si ita in promptu res sit ut eam emtor non ignoraverit. l. 43 § 1 D. de C. E, 18, 1[1]. In knappen Worten ist hier der Anspruch an die grundsätzlich zuerst geforderte und mafsgebende Sorgfalt des Käufers ausgesprochen.

Das früh-mittelalterliche Recht ist in seinem Ausgangspunkt von dem römischen nicht allzuweit entfernt. Auch hier wird zuerst nach dem Grundsatz: ein Mann, ein Wort die unbedingte Einhaltung der Absprachen gefordert, und der Käufer wird auf seine eigene Vorsicht verwiesen. Auch hier gelangt wiederum zuerst für den Handel mit Knechten und mit Vieh eine weitergehende Haftung des Verkäufers zur Anerkennung[2]. Der älteren Anschauung tritt indes hier seit dem zwölften und dreizehnten Jahrhundert eine andere, völlig verschiedene zur Seite, als in den Städten der Kaufmanns- und Handwerkerstand sich entwickelte und seine neue Rechtsüberzeugung zur Herrschaft brachte.

Diese mittelalterliche Anschauung steht in geradem Gegensatz zu der römischen, indem sie dem Verkäufer die erste Verantwortung aufbürdet und ihn mit der Wahrung der Rechtlichkeit im gewerblichen Verkehr beauftragt[3]. Ob eine Ware ehrlich und marktgängig ist, darüber entscheidet jetzt zunächst gar nicht das Urteil des Käufers, sondern das des Verkäufers. Die mittelalterliche Auffassung geht von der Erkenntnis aus, dafs in der Hauptsache nur der Erzeuger imstande ist, den Wert einer Sache in allen Teilen zutreffend zu beurteilen. Der Käufer dagegen ist oft geradezu unvermögend zu erkennen, ob eine Ware tauglich oder selbst ob sie seinen eigenen Anforderungen entsprechend hergestellt ist. Vor allem aber — und das ist das wesentliche — sind die Meinungen und die Ansprüche des Käufers nicht ausreichend, um Ehre und Ehrlichkeit im Gewerbe zu gewährleisten[4]. Nur der Erzeuger und Verkäufer ist infolge der von ihm geschaffenen Einrichtungen hierzu imstande.

---

[1] Von dem Versprechen (pollicitatio) ist selbstverständlicherweise zu unterscheiden die Empfehlung (ea quae commendandi causa in venditionibus dicuntur), die an sich unverbindlich ist. l. 43 pr. D. de c. e. 18, 1; l. 19 pr. D. de aedilicio edito 21, 1.

[2] Grimm, R.A. S. 609 f.; Stobbe, Handbuch des deutschen Privatrechts, 3. Aufl. Berlin 1898, 3 S. 305; Heise und Cropp, juristische Abhandlungen, Hamburg 1827, 1. Band S. 163 ff.

[3] Oben S. 104.

[4] Ich habe hier nur die beiden verschiedenen Grundanschauungen klarzustellen und würde es für verfehlt halten, wenn man hieran einen unmittelbaren Schlufs über den ethischen Gehalt derselben knüpfen wollte. Die römische wie die mittelalterliche Anschauung ist nur auf Grund der Zeitverhältnisse zu verstehen. Durchaus irrtümlich würde es dagegen sein, wenn man etwa annehmen wollte, dafs die römische Auffassung als

Aus der römischen Auffassung ergiebt sich nun die erste notwendige Folge für das Zeichenrecht; es ist dies die vollständige Gleichgültigkeit gegen Benennungen. Die Sache und der Augenschein sind entscheidend. Namen und Bezeichnungen müssen demnach jeder erheblichen Bedeutung entbehren; denn sie können die Materie, auf die es allein ankommt, nicht ändern. Si in nomine dissentiamus, verum de corpore constet, nulla dubitatio est quin valeat emtio et venditio; nihil enim facit error nominis quum de corpore constat. l. 9 § 1 D. de c. e. 18, 1. Wenn die Ware der Substanz nach die gewollte ist, so ist die Bezeichnung unerheblich[1].

Mit der gleichen Folgerichtigkeit kommt das Mittelalter aus seiner Anschauung heraus zu dem entgegengesetzten Ergebnis. Schon bei seinem ersten Hervortreten im dreizehnten Jahrhundert verbietet das mittelalterliche Zeichenrecht den Gebrauch falscher Bezeichnungen[2]. Die Übereinstimmung der Bezeichnung mit der Sache wird unbedingt gefordert und im einzelnen durch Strafen erzwungen. Der Verkäufer war zu richtigen Angaben verpflichtet; jede falsche Benennung gleichviel welcher Art ist verboten[3].

Urteil und Selbstverantwortlichkeit des Käufers bei dem einen; Prüfung und Vorentscheid durch den Verkäufer bei dem anderen, das sind die entgegengesetzten Grundanschauungen der beiden Rechtssysteme, aus denen in gegebener Folge die weiteren Einrichtungen hervorwachsen. Da es nun in Rom, wie wir gesehen haben, an allen Voraussetzungen zu einem Zeichenrecht

---

die einer höher, die mittelalterliche als die einer geringer entwickelten Wirtschaft gelten könne. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Je mehr der Verkehr fortschreitet und an Bedeutung gewinnt, um so mehr steigern sich die Anforderungen, die an die Zuverlässigkeit und Verantwortlichkeit des Verkäufers (Erzeugers) gestellt werden.

[1] S. die oben S. 425 Anm. 5 gegebene Litteratur. Vgl. ferner Dernburg, Pand., 5. Aufl., 1 S. 241: „Ob auch Irrtum über Eigenschaften des Geschäftsobjekts erheblich sei, war bei den Römern bestritten. Die herrschende Ansicht nahm dies an, falls man sich über die stoffliche Zusammensetzung des Objekts total getäuscht hatte — error in substantia. Der Stoff also gilt als das entscheidende Merkmal.“ — Selbstverständlich gilt das hier und oben im Text Gesagte nur für den gewerblichen Verkehr und für Handelsgüter. Anders verhält es sich mit Einzelgütern, deren ganzer Wert in ihrer Beziehung zu einer bestimmten Persönlichkeit besteht. Es ist dies u. a. der Fall bei Schöpfungen bestimmt genannter Künstler, ebenso bei Gebrauchsgegenständen und Andenken bestimmt genannter Personen. Die Beurteilung solcher Einzelgüter steht im Gegensatz zu der der Handelsgüter, wie denn auch hier keiner der Sätze über die Wesentlichkeit der Eigenschaften und über die Mängel der Sache (s. oben S. 425) Platz greift. Vgl. Dernburg a. a. O. 1 S. 239 Anm. 1.

[2] On ne doit vendre nus dras de vile en non (nom) de Chaalons. A. 1243. S. oben S. 90 und 214.

[3] Vgl. oben die Abschnitte Gewerbepolizei und Zeichenrecht im einzelnen.

gefehlt hat, so läfst es sich schwer abnehmen, wie hier ein Zeichenschutz durch Analogie konstruiert werden soll.

Die Annahme wird indes in den Fachwerken allgemein vorgebracht, und es liegt uns demnach ob, im einzelnen die Probe auf die oben S. 424 erwähnten Schutzmittel zu machen. Ich setze zunächst den Fall, irgend ein Beteiligter hätte versucht, wegen Mifsbrauchs in der Zeichenführung die actio ex empto, doli oder quanti minoris zu erlangen. Es zeigt sich hier sofort der Fehlschlufs in der Theorie und die Undurchführbarkeit für die Praxis. Zunächst entsteht die Frage, ob eine jener Actiones gegeben worden wäre. Diese Frage ist aber zu verneinen. Denn man würde den Nachweis eines Mangels (oben S. 425) oder einer Schädigung verlangt haben; ein solcher Nachweis ist jedoch unter der Herrschaft der zuvor festgestellten Grundsätze über die Wesentlichkeit der Eigenschaften der Ware nicht zu erbringen.

Nach den allgemeinen Regeln über die aus dem Kauf sich ergebenden Verpflichtungen mufs der römische Magistrat es für die gleichgültigste Sache von der Welt halten, ob auf einem Ziegelstein der Eber des Flavius Aper, oder der Adler der Aquilia Sozomena oder ein Palmzweig, ein Pinienzapfen, eine Victorie, wie sie Dutzende anderer Werkstätten zugleich als Zierrat verwenden [1], eingestempelt ist. Er wird sich nicht überzeugen lassen, dafs ein Kessel mit dem Stempel des Serverus oder des Florus brauchbarer ist als der mit dem des Laetus oder des Valens; dafs der Wert eines Thongeschirrs von dem eingedrückten Zeichen beeinflufst wird; dafs ein Strigilis besser schabt, wenn auf dem Griff ein Perseus, als wenn daselbst ein Kranz eingeprägt wird. Es ist dies übrigens ganz die Praxis, die stets da bestanden hat und noch besteht, wo ein qualifizierter Schutz der Bezeichnungen nicht gegeben ist.

Dagegen würden die oben genannten Actiones in jedem Falle gewährt werden, wenn die Sache selbst materiell anders als vereinbart geliefert worden ist. Wenn Ziegel von 18 Zoll Länge besehen und ausbedungen, aber von 15 Zoll Länge geliefert wurden; wenn über 20 Amphoren besten Falerners kontrahiert, statt dessen aber ebensoviel Amphoren gemeinen Spoletiners geliefert wurden, so konnte der Käufer wegen Minderwerts in der ihm geeignet scheinenden Form klagen [2]. Diese Vorgänge haben indes nichts mit dem Zeichenrecht zu thun; sie beurteilen sich einfach nach allgemeinen Rechtsregeln. — Das Gleiche gilt für die zur Analogie herangezogene Bestrafung der Fälschung öffentlicher Stempel auf Wagen und Gewichten, bezw. der Änderung

---

[1] S. oben S. 414/415.

[2] L. 75 § 1 § 2 D. de v. o. 45, 1. Quum optimum (sc. vinum Campanum) quisque stipulatur, id stipulari intelligitur cuius bonitas principalem gradum bonitatis habet.

von Wiegevorrichtungen [1], wobei die Annahme einer Analogie überdies von rechtsirrtümlichen Voraussetzungen ausgeht. Wer amtliche Gewichte fälscht (anbohrt, beschneidet) und Wagen ändert (einseitig beschwert), der vergreift sich durchaus nicht am Zeichen. Wer falsche Gewichte mit amtlichen Bezeichnungen (für die Römerzeit: Aufschriften) versieht, der begeht keineswegs ein Verbrechen wider das Zeichenrecht. Das Gesetz bestraft hier nicht etwa die Nachahmung der Bezeichnungen, sondern lediglich die Fälschung der Wiegevorrichtung. Auch der Praefectus urbi, bezw. der Ädil [2], würde als Fälscher bestraft werden, wenn er etwa selber sein eigenes Zeichen auf falsche Gewichte setzte. Es fehlt hier an jedem Übergang nach dem Zeichenrecht.

Es bleiben noch die lex Cornelia de falsis und die actio iniuriarum, die einen allgemeinen Schutz beim Gebrauche von Bezeichnungen und Namen gewähren sollen. Aus der lex Cornelia kommen, soweit sie von Fälschungen der Bezeichnungen handelt, die folgenden Stellen in Betracht: l. 30 pr. Lege Cornelia testamentaria obligatur qui signum adulterinum fecerit sculpserit (hierzu in der entsprechenden Stelle § 7 J. de publ. iudiciis 4, 18: sciens dolo malo). l. 2. Qui testamentum amoverit celaverit eripuerit deleverit interleverit subiecerit resignaverit quive testamentum falsum scripserit signaverit recitaverit dolo malo cuiusve dolo malo id factum erit, legis Corneliae poena damnatur; l. 9 § 3: Poena legis Corneliae irrogatur ei qui quid aliud quam in testamento sciens dolo malo falsum signaverit signarive curaverit. Vgl. hierzu l. 16 § 1 eod.

Strafbar ist demnach zunächst die Anfertigung (und der Gebrauch) eines falschen Stempels, ein Vorgang, der in das Zeichenrecht gar nicht hineingehört. Der Stempel, signum, ist ein persönliches Repräsentationszeichen und bildet einen Bestandteil der Unterschrift; s. oben S. 423. Strafbar ist ferner die Fälschung der Unterschrift unter einem Testament (l. 2) und dementsprechend unter einer schriftlichen Urkunde überhaupt (l. 9 § 3). Auch hier ist die Übertragung auf das Zeichenrecht grundsätzlich ausgeschlossen. Die schriftliche Urkunde wird durch die Unterschrift materiell erst geschaffen und in Kraft gesetzt; die Unterschrift bestimmt das Wesen der Urkunde. In geradem Gegensatz hierzu steht die Bezeichnung, die das römische

---

[1] Kohler S. 39.

[2] Von diesen wurden die Gewichte regelmäfsig gezeichnet; vgl. die Aufschriften im C. I. L. ex auctoritate Q. Juni Rustici Praef. Urbi, 2 S. 1000 Nr. 6245; 3 [2] S. 762 Nr. 6015; 5 [2] S. 1006 Nr. 8119; 8 [2] S. 919; 9 S. 648 Nr. 6088; Ti. Claudio Caesare Augusto III L. Vitellio III consulibus pondera exacta M. Articuleio Cn. Turranio aedilibus, 10 [2] S. 943 Nr. 8067|1; 12 S. 792; 14 S. 479 Nr. 4124. Auch Militärgewichte kommen vor, Lucius Lucilianus Leg. Augusti Leg. I Ital. Pondera Examinata Sig., 3 [1] S. 149 Nr. 784. Vgl. auch die Widmungsinschrift eines Freigelassenen (Laribus familiaribus d. d.) 10 [2] S. 944 Nr. 8067/12.

Recht bei Handelsgütern für unerheblich und unwesentlich erklärt (oben S. 427).

Schliefslich ist noch zu erwähnen die actio iniuriarum, die sich allgemein gegen die Verletzung der Ehre eines Dritten und gegen den Mifsbrauch des Namens richtet, und eine weitere Bestimmung des Buches 48 Titel 10 D. de lege Cornelia de falsis l. 13 pr., welche die hartnäckige Behauptung [1] eines falschen Namens zu betrüglichen Zwecken als strafbar bezeichnet (falsi nominis vel cognominis asseveratio poena falsi coërcetur). Durch entsprechende Auslegung sollen die actio iniuriarum und die lex Cornelia dem Schutz der Warenbezeichnungen gedient haben, umsomehr als diese Bezeichnungen in Rom vorzüglich aus Schriftzeichen (Namen) bestanden [2].

Auch hier ist nun zunächst eine Vorfrage zu stellen, nämlich inwiefern das römische Recht die Anbringung eines fremden Namens auf Waren als Injurie bezw. als Falsum betrachtet haben würde, und auch hier zeigt sich das Argument als fehlerhaft. Das römische Recht gab jede Freiheit im Gebrauch des Namens nach der bekannten l. un. C. de mutatione nominis 9, 25: Sicut in initio nominis cognominis praenominis recognoscendi singulos impositio libera est privatis, ita eorum mutatio innocentibus periculosa non est. Mutare itaque nomen vel praenomen sive cognomen sine aliqua fraude licito iure, si liber es secundum ea quae saepe statuta sunt minime prohiberis, nullo ex hoc praeiudicio futuro.

Es steht demnach jedem frei, einen Namen, Zunamen oder Vornamen beliebig anzunehmen oder zu wechseln, vorausgesetzt, dafs es nicht in betrüglicher Absicht, die nachgewiesen werden mufs, geschehe. Der Schutz des Namens als solchen ist dem römischen Rechte fremd [3].

---

[1] Jedoch nicht schlechthin jede Bezeichnung von Waren mit dem Namen eines andern als des Verfertigers; s. Kohler S. 39. — Die Glosse bemerkt noch zu der Stelle: Alii dicunt quod aliud est mutare generaliter, aliud in casu adserere.

[2] Dunant S. 8, Kohler S. 406.

[3] Über die Behandlung der lex. cit. in der Glosse und über die Rezeption in Deutschland vgl. Hermann, Über das Recht der Namensführung und der Namensänderung, Archiv für die civilistische Praxis, Bd. 45 S. 160 ff. (Die allgemeine Ansicht der das Namensrecht berührenden Schriftsteller geht dahin: Der Name und zwar Vor- wie Geschlechtsname sei durch und durch Privatsache; der Staat habe nicht das geringste Interesse an dem Namenwesen an sich; er überlasse daher jedem Auswahl, Gebrauch oder Nichtgebrauch seines Namens, gebe dem einzelnen volle Willkür, den irgendwie erlangten Namen zu führen, denselben abzuändern oder mit irgend einem anderen Namen zu vertauschen; die einzige Voraussetzung dieser Freiheit, den Namen abzuändern, sei die, dafs nicht irgend etwas Unerlaubtes mit Annahme, Änderung und Vertauschung des Namens beabsichtigt sei [1862].) Neuere Litteratur s. bei Gierke, Deutsches Privatrecht, Leipzig 1895, I S. 717.

Die ganze Annahme von dem Schutz der Namensbezeichnungen auf Verkehrsgütern fällt indes schon im wesentlichen in sich zusammen, wenn wir — was wohl als unerläfslich gelten mufs — das thatsächliche Material, die zahlreichen überlieferten Zeichen selber, prüfen. Wir finden da die grofse Masse von Namen von Sklaven und Freigelassenen, die ungezählten Felix und Moderatus, die Primigenius und Secundus, die Astyanax und Pylades, die Helenus und Arabus — Bezeichnungen, die, wie der Homo Stichus, fast als Gattungsnamen gelten können. Die Namen sind ferner zumeist in einer gedrängten, dem äufseren Verkehr kaum erkennbaren Abbreviatur wiedergegeben. Oft sind sie fehlerhaft oder mit Auslassung wichtiger Buchstaben geschrieben; oft haben sie nur den Umfang einer Sigle.

Es ist ausgeschlossen, dafs irgend ein beliebiger Gebrauch solcher allgemeinen Namen oder mehrdeutigen und unvollständigen Schriftzeichen nach den strengen römisch-rechtlichen Begriffen sich als Injurie oder als Falsum darstellen sollte, d. h. also die Strafbarkeit einer Handlung begründen sollte, bei der es auf die unbedingte Erkennbarkeit des Namens einerseits, auf die klare Absicht der Täuschung andererseits ankam. Für die Mehrzahl der uns überlieferten Schriftzeichen fehlt es an jeder der notwendigen Voraussetzungen, unter denen die Anwendung des Zeichens durch Dritte ein so genau umgrenztes Vergehen wie die Schädigung der Ehre und den Betrug begründen würde.

Somit bleibt — wenn die römischen Schriftzeichen überhaupt als Verkehrszeichen gelten können, und nicht blofs als aufserhalb des Verkehrs stehende Stückzeichen anzusehen sind[1] — für den Zeichenschutz aus der actio iniuriarum und der asseveratio falsi nomininis nur e i n Fall übrig; es ist dies der Fall, dafs der für jeden erkennbare Name eines Handwerkers oder einer Werkstelle in nachweislich betrüglicher Absicht auf offenbar schlechtere Ware gesetzt wurde. Einen Beweis, dafs eine solche Handlung als injuria oder als asseveratio falsi nominis angesehen wurde, haben wir nicht, und das völlige Schweigen der Quellen spricht gegen diese Auffassung. Andererseits aber ist die Vermutung auch nicht unbedingt zurückzuweisen. Doch ist als Ergebnis dieser Konstruktion jedenfalls eines festzuhalten: nicht das Zeichen als solches ist hier geschützt, sondern Ehrverletzung und Betrug werden bestraft. Dafs unter diesen Umständen ein Verkehrszeichen kaum behauptet werden, dafs die dem Richter zu liefernden Beweise der Vermögensschädigung, der Arglist, des Betruges nur schwer erbracht werden konnten, das braucht hier nicht erörtert zu werden. Denn durch die Heranziehung der oben erwähnten Vorschriften zum Zeichenschutz ist schon zugegeben und erwiesen, dafs auf Grund der überlieferten Gesetzgebung

[1] S. oben S. 417.

von dem Zeichenrecht als einem besonderen Rechtsinstitut in Rom nicht gesprochen werden kann.

Wir wenden uns nunmehr zu der Behandlung des Zeichenwesens im römischen Recht im Mittelalter. Für unseren Gegenstand ist es von besonderem Wert, die Stellung der mittelalterlichen Romanisten gegenüber dem Zeichenrecht zu betrachten. Die Glosse weist an keiner der von der neueren Litteratur für die Analogie herangezogenen Stellen (s. oben) auf das Zeichenrecht hin. Die betreffenden Quellen selbst enthalten keine unmittelbaren Vorschriften über das Zeichenrecht; das mittelalterliche Zeichenwesen aber begann erst in der zweiten Hälfte des dreizehnten Jahrhunderts, also nach dem Abschlufs der Glosse, sich zu entwickeln. Dagegen mufsten die Postglossatoren Anlafs nehmen, das zu ihrer Zeit allgemein ausgebildete Zeichenrecht im Anschlufs an die Quellen zu behandeln. Zu nennen sind[1]:

Bartolus (1314—1357) Tractatus de insigniis et armis;

Baldus (1327—1400), Commentarius in Codicem;

Lucas de Penna (Mitte des vierzehnten Jahrhunderts), super tres libros codicis.

Lucas de Penna erwähnt in seinem Kommentar (Lectura super tres libros Codicis) nur kurz die signa tabellionum auf folio 134, die insignia auf folio 153, die signa im allgemeinen auf folio 156 der Pariser Ausgabe von 1509. Genauer wird der Gegenstand von Bartolus behandelt in dem Tractat de insigniis et armis. Bartolus wirft die Frage auf, ob jedermann sich Wappen und Abzeichen nach eigenem Ermessen zulegen dürfe; sowie ob es jedem erlaubt sei, die Wappen und Abzeichen eines anderen anzunehmen. Beide Fragen werden bejaht; denn Wappen stehen als Unterscheidungszeichen dem Namen gleich und jedermann darf den Namen eines anderen annehmen[2]. Für ein Verbot der Aneignung eines fremden Abzeichens giebt Bartolus drei Fälle: 1. wenn der Aneignende dem Abzeichen Schande macht und es entehrt; 2. wenn ein Dritter durch die Aneignung geschädigt wird; 3. der Richter kann die Aneignung eines Abzeichens verbieten wegen Erregung von Ärgernis und zur Vermeidung von Mifshelligkeiten[3].

---

[1] Wegen der Ausgaben vgl. Savigny, R.R. 6 S. 175, 238 und 203.

[2] Quidam autem arma et insignia sibi assumunt propria auctoritate et istud an liceat videndum est: et puto quod licet sicut enim nomina inventa sunt ad cognoscendum homines. . . . . Sed quaero unus portat certa arma vel insignia alius vult portare eadem an liceat vel prohiberi possit: videtur quod possit portare quia quilibet potest sumere nomen alterius. Der tractatus de insigniis et armis ist unter den Consilia in den Ausgaben des Bartolus abgedruckt. Neue Sonderausgabe von Hauptmann, Bonn 1883.

[3] Ad decisionem ergo praedictorum praemitto quod signum alienum portare prohibere potest ille cuius est signum seu petere quod prohibeatur si ex hoc ipse iniurietur quod forte ille cum vituperio portat seu tractat.

Im Anschluſs an diese Darlegung der Wappen und Abzeichen erörtert Bartolus noch die Zeichen, „deren man sich zu anderen Zwecken als zu Wappen bedient; wie zum Beispiel ein Zeichen, das ein besonders tüchtiger Waffenschmied auf die von ihm gefertigten Schwerter setzt, oder die Urkundszeichen der Notare, oder die Unterscheidungszeichen der Papiermacher". Wegen Schädigung der Allgemeinheit hält Bartolus hier ein Verbot der Nachahmung für zulässig[1].

In gleichem Zusammenhang behandelt Baldus Wappen, Namen und Zeichen. Ich gebe die bemerkenswerte Stelle hier im Wortlaut wieder, umsomehr als in dem Abdruck bei Dietzel eine ganze Anzahl von Abbreviaturen unrichtig aufgelöst und dadurch der Sinn einzelner Sätze entstellt ist:

Quidam mercatores qui sunt magnae famae vel auctoritatis habent sua signa quibus utuntur in suis mercationibus, vel fabri in suis operibus, vel notarii in suis instrumentis, vel comites et barones in suis monetis vel in suis vexillis ..... Si aliqua signa sunt signa publica auctoritate designata ad designationem alicuius specialitatis, ut insignia proconsularium (l. 1 D. de officio proconsulis 1, 16) et signa praecedentia militis (l. 31 C. loc. 4, 65) et habitus religiosorum et Episcoporum, non licet alicui sua auctoritate assumere, ut hic, cum similibus concordantibus. Si autem sunt signa quae unusquisque sibi assumit pro libito suae voluntatis, puto ea esse similia nominibus et praenominibus hominum et rerum; et ideo sit licitum cuilibet imponere nomen et praenomen et cognomen et mutare secundum suam voluntatem dum tamen non faciat in fraudem et si facit in fraudem, tenetur de falso: ita et huiusmodi signa accipere et mutare sine fraude licet, et si cum fraude fieret, committeret falsum, ut l. un. C. de mut. nom. 9, 25; l. 5 C. ad l. Corn. de fals. 9, 22[2].

Secundo de hoc potest conqueri quilibet tertius qui leditur et ad ipsius petitionem prohiberi ne portet. Tertio iudex ex officio suo si viderit hoc ad scandalum posse esse et dissensionem subditorum potest prohibere.

[1] Ponamus exemplum in aliis insigniis quam in his que portant pro armis. Pone quendam fabrum esse doctissimum qui in gladiis et aliis operibus suis facit certa signa ex quibus opus ipsius magistri esse cognoscitur: et per hoc tales merces melius venduntur et avidius emuntur. Tunc puto quod si alius faceret tale signum possit prohiberi quia ex hoc populus lederetur; acciperetur enim opus unius pro opere alterius. Et eadem ratione dico in signis quibus utuntur notarii. Idem in signis quibus utuntur fabricatores cartarum de papiro in similibus per easdem rationes.

[2] Baldus, Commentarius in Codicem, zu l. 1 C. quae res venire non possunt 4, 40; Ausgabe Venedig 1489, super quarto Codicis f° 105. Vgl. hierzu eine zweite Stelle, citiert bei Dietzel S. 277: Nec enim licet alteri furari nomen etiamsi non fiat dolo dummodo sequatur damnum alterius, quia non licet excedere fines iustitiae aequitatis; qui enim insignia alterius movet de suo loco, terminos movet, quod non est licitum; nam posito quod non fiat ad alterius aemulationem ex animo fit tamen re ipsa. Licet desit fraudis affectus, non tamen abest damni effectus a quibus abstineri debet. Auch hier lehnt Baldus jedes absolute Verbietungsrecht ab. Es muſs, wie beim

Baldus unterscheidet demnach zweierlei Zeichen: die von einer Behörde geführten und verliehenen, und die nach Willkür und Belieben angenommenen. Der behördlich festgestellten Zeichen darf sich niemand ohne ausdrückliche Ermächtigung bedienen. Jedes andere Zeichen aber wird dem Personennamen gleichgestellt. Wie es jedem (nach röm. Recht, s. oben S. 430) freisteht, einen Namen, Vornamen oder Zunamen anzunehmen oder zu verändern, so darf jeder sich auch nach seinem Gefallen irgend ein Zeichen zulegen, nur mit dem Vorbehalt, daſs er es nicht in betrüglicher Absicht thue.

Es ist dies ganz die Anschauung des römischen Rechts, wie wir sie zuvor kennen lernten. Dem römischen Recht sind die gesteigerten Begriffe des Zeichenrechts vollständig fremd; selbst die Vorstellung des Zeichens wird lediglich durch die Analogie gewonnen. Das Zeichen als solches ist so frei wie der Name nach römischen Begriffen; sogar bei offenbarem Miſsbrauch muſs noch die Absicht des Betrugs nachgewiesen werden. Für einen objektiven Zeichenschutz fehlt es hier an jeder Voraussetzung.

Eine solche Auffassung wurde von den Postglossatoren den Quellen gemäſs vertreten zu einer Zeit, als das Mittelalter sein autochthones Zeichenrecht soweit entwickelt hatte, daſs Karl V. den Tuchern von Montivilliers verbot, ein gestreiftes Sahlband an ihre Tuche zu weben, weil dies ein Merkmal der Brüsseler sei; daſs er den Tuchern von Commines untersagte, Stücke von einem gewissen Ellenmaſs zu machen, das als ein Kennzeichen der Tuche von Ypern galt[1]. —

Nach den voraufgehenden Erörterungen wird man für das Zeichenrecht nicht länger einen Zusammenhang behaupten wollen, dem die einzelnen Thatsachen wie die allgemeinen Grundsätze gleichmäſsig widersprechen. Das Zeichenrecht, wie wir es zuvor schilderten und wie es heute eine unentbehrliche Grundlage des Verkehrs bildet, ist eine selbständige Schöpfung des Mittelalters und eine Folge seiner eigentümlichen Begriffe von Ehre und Recht.

Versetzen der Grenzsteine, der damni effectus, oder, wie (bei dem von Baldus so benannten) furtum nominis, ein damnum alterius hinzutreten. Wo ein solcher Schaden nicht nachweisbar ist, da ist ein Verbot der Annahme eines fremden Zeichens oder Namens nicht zulässig.

[1] Oben S. 215 und 222.

3. Anmerkung über den Erwerb des Bürgerrechts.

Für den Erwerb des Bürgerrechts im Mittelalter lassen sich zwei Hauptformen unterscheiden: a) der Gesamterwerb und b) der Einzelerwerb. Ein Gesamterwerb liegt vor, wenn das Bürgerrecht einer Gesamtheit von Ortseinwohnern verliehen wird, die hierdurch die Rechte einer Bürgergemeine erlangt und nun ihrerseits das Bürgerrecht auf die ihr neu Hinzutretenden überträgt. Der Einzelerwerb erfolgt durch Aufnahme einer bestimmten Person unter die Bürgerschaft[1]. In unserer voraufgehenden Darstellung des Niederlassungsrechts kommt immer nur der Einzelerwerb in Betracht.

Für diesen Einzelerwerb des Bürgerrechts lassen sich fünf Formen unterscheiden, und zwar Erwerb durch

1. Abstammung,
2. Heirat,
3. Einkauf,
4. Ersitzung,
5. obrigkeitliche Verleihung[2].

Für die zuwandernden Handwerker kommt hauptsächlich die dritte und die vierte Erwerbsform, der Einkauf in die Bürgerschaft und die Ersitzung des Bürgerrechts, in Frage. Neben den in unserer Darstellung erwähnten Belegstellen seien hier noch die folgenden beiden Urkunden angeführt:

1. Aus den Franchises de Lille (Roisin) A. 1287:

Il est establit et concordet par Eschevins et par tout le consel de le ville que on ne puet rechevoir nul homme de forain à

---

[1] La Bourgeoisie s'acquiroit ou en vertu d'une concession générale et primordiale ou en vertu d'une concession spéciale. La Bourgeoisie accordée par une concession générale à tous les habitans passoit aux héritiers de ces premiers habitans par la naissance, se communiquoit par les mariages, se prescrivoit quelquefois par le domicile d'un an. La concession spéciale s'obtenoit par l'agrégation formelle d'une personne à un corps de Bourgeoisie. Brequigny, Vorrede zu Ord. XII S. 23.

[2] Ces diverses manières d'aquérir la Bourgeoisie n'avoient pas lieu toutes indistinctement dans toutes les Coutumes. Quelques-unes ne connaissoient que trois manières de l'acquérir: la naissance, le mariage l'achat; d'autres y ajoutoient le domicile et la concession du Prince. Brequigny a. a. O.

bourgois s'il n'est manans en cheste ville et taille paians. Et qu'il ne paieche LX sols d'Artissiens (Artois) que li ville ara d'entrée et VII d. au Clerc de le ville et qu'il acache V marcs de fin argent de rente au mains ou yretage.

Zur Aufnahme unter die Bürgerschaft wird hier demnach von dem Bewerber verlangt, daſs er Einwohner der Stadt sei und die städtische Schatzung zahle (was immer den Besitz eines gewissen Vermögens voraussetzt); ferner hat er ein Einkaufsgeld von sechzig Sols und sieben Denaren zu entrichten und für mindestens fünf Mark Silbers Bodenrente oder Erbe im gleichen Wert zu kaufen[1].

2. Aus dem Privileg Karls V. für Caen von 1366:

Et en accomplissant notredite grace, octroyé leur avons que aucun marchand forains ne autres personnes qui ne seront nés de ladicte ville ou qui en ycelle n'auront demeuré continuelment par an et par jour et contribué aus cous frais et missions d'icelle ville, n'y puissent doresenavant vendre aucunnes marchandises ou denrées fors que aus lieux accoustumez d'ancienneté ne revendre en ladicte ville aucunnes marchandises ou denrées que eulz y auront achetées ne aussi y vendre à détail aucunnes marchandises ou denrées quelles que elles soient. Ord. 4 S. 613.

Der Einkauf und Verkauf von Waren im kleinen ist demnach jedem Stadtfremden untersagt, ausgenommen am Markte. Für die Ausübung des regelmäſsigen Gewerbebetriebs wird von dem Stadtfremden gefordert, daſs er ohne Unterbrechung Jahr und Tag in der Stadt gewohnt und zu den städtischen Lasten beigetragen habe, also mindestens ein die Steuerpflicht begründendes Vermögen besitze.

---

4. Anmerkung zum Titel 50 des L. d. M. I.

Der Titel 50 des ersten Teiles L. d. M., aus dem ich Mag. u. Frat. S. 64 ff. eine Anzahl Artikel erläutert habe, enthält in seinem Art. 35 eine bisher nicht erklärbare bezw. ungenau ausgelegte Stelle. In dem Statut, das die Weber von Evreux im Jahre 1406 (offenbar durch Übertragung aus Paris; s. oben S. 241 Anm. 1) empfingen, findet sich ein Artikel, der sich als eine genaue Umschreibung und Verdeutlichung jenes Art. 35 des Titels 50 L. d. M. darstellt.

Nul tixerrans nulz foulons nulz laneurs ne tainturiers ne pourront mettre feur ou pris en leurs mestiers par fourme de conspiration ou de	Nus toissarens ne nus tainturiers ne nus foulons ne doivent metre fueur en leur mestiers par nule aliance, par la quele cil qui afere

---

[1] Vgl. G. Des Marez, Etude sur la propriété foncière dans les villes du moyen-âge, Gent 1898.

monopole en maniere que ceulx qui auront afaire de leur mestier n'en puissent avoir pour si bon marché ou pour si petit pris comme ilz pourront et que ceulx mesmes qui des mestiers dessusdiz seront ne puissent de leur mestier faire bon marché tel comme il leur, plaira soit à journée ou pour piece de drap. Ord. 9 S. 171.

auront de leur mestier ne puissent avoir de leur mestier pour si petit pris come il porront, et que cil meesmes qui de ces mestiers desusdiz sont ne puissent de leur mestiers faire si bon marchié come il vaudront. L. d. M. I Tit. 50 Art. 35.

Den Webern wird hiernach in etwas schwerfälliger Ausdrucksweise ein und dieselbe Handlung nach zwei Richtungen hin verboten. Es werden ihnen alle Absprachen untersagt, die bezwecken, dafs a) die Ware dem Käufer nicht zu dem möglichst billigen Preis abgegeben werde, oder b) dafs der einzelne Weber nicht zu dem möglichst billigen Preise arbeiten bezw. liefern dürfe. Der Artikel enthält also ein Verbot der sog. unerlaubten Absprachen, die eine Erhöhung bezw. Festlegung von Arbeitslöhnen und Warenpreisen zum Zweck haben, gemäfs den oben S. 228 ff. dargelegten Grundsätzen. Vgl. dagegen L. d. M. S. 98 Anm. 2.

Städte-Verzeichnis.

Verzeichnis der Abkürzungen.

A.d.P. = Actes du Parlement, hrsg. von E. Boutaric nebst der Restitution d' un volume des Olim von L. Delisle, Paris 1863.

Aubert Comp. = Aubert, Le Parlement de Paris, Bd. II. (Compétence) Paris 1894.

Beaumanoir = Les Coutumes de Beauvoisis par Philippe de Beaumanoir, herausg. von Beugnot, Paris 1842.

Bourquelot = F. Bourquelot, Etudes sur les Foires de Champagne in den Mémoires présentés par divers savants à l' Academie des Belles-Lettres, Paris 1865.

Boutaric = E. Boutaric, La France sous Philippe Le Bel, Paris 1861.

Boutiot = Boutiot, Histoire de la Ville de Troyes, Troyes 1880.

Brandt = C. Brandt, Über die allmähliche Ausbildung der Steinmetzzeichen an Baudenkmalen des Mittelalters, Neue Mitteilungen des thüringisch-sächsischen Vereins, 8. Band, Halle 1850.

Brunner D.R.G. = H. Brunner, Deutsche Rechtsgeschichte, Leipzig 1887 f.

Bücher Gew. = Karl Bücher, Artikel Gewerbe in Conrads Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

C.I.L. = Corpus Inscriptionum Latinarum.

Depping = Depping, Livre des Métiers d'Etienne Boileau, Paris 1837[1].

Dietzel = Dietzel, Handelszeichen und Firma, Bekker und Muthers Jahrbuch des gemeinen Rechts. 4. Band, Leipzig 1860.

Dressel = Einleitungen zu Band XV 1. und 2. Teil des C.I.L. Hrsg. von Dressel.

Du Bourg = A. du Bourg, Les Corporations ouvrières de la ville de Toulouse du 13e au 15e siècle, Toulouse 1884.

Dunant = Ph. Dunant, Traité des marques de fabrique et de commerce en Suisse, Genf 1898.

Fagniez Doc. = G. Fagniez, Documents relatifs à l'histoire de l'Industrie et du Commerce en France (Collection de Textes p. s. à l' Etude et à l'Enseignement de l'histoire) Paris 1898.

Fagniez Ind. = Ders., Etudes sur l'Industrie et la Classe Industrielle à Paris au XIIIe et au XIVe siècle, Paris 1877[2].

Fontanon = Les Edits et Ordonnances des Rois de France, herausgeg. von Fontanon; Paris 1611.

Forbonnais = Forbonnais, Recherches et Considérations sur les Finances de France, Basel 1758.

Geering = T. Geering, Handel und Industrie der Stadt Basel, Basel 1886.

Germain Comm. = Germain, Historie du Commerce de Montpellier, Montpellier 1861.

Germain Mont. = Ders., Histoire de la Commune de Montpellier, Montpellier 1851.

---

[1] Aus der Collection des Documents inédits sur l'histoire de France.

[2] Aus der Bibliothèque de l' Ecole des Hautes Etudes.

Gironde = Archives historiques de la Gironde, Bordeaux 1860.
Giry = A. Giry, Histoire de la ville de Saint-Omer et de ses Institutions jusqu' au 14e siècle, Paris 1877[1].
Godefroy = Godefroy, Dictionnaire de l'ancienne langue française.
Grimm R. A. = Jacob Grimm, Deutsche Rechtsaltertümer (citirt nach der Ausgabe Göttingen 1854).
Heusler = Andr. Heusler, Institutionen des deutschen Privatrechts, Leipzig 1885.
Heideloff = Carl Heideloff, Die Bauhütte des Mittelalters in Deutschland, Nürnberg 1844.
Hist. d. P. = Mémoires de la Société d'histoire de Paris et de l'Ile de France, Paris 1875 ff.
Homeyer = C. G. Homeyer, Die Haus- und Hofmarken, Berlin 1870.
Janner = Ferd. Janner, Die Bauhütten des deutschen Mittelalters, Leipzig 1876.
v. Inama-Sternegg, DWG. = v. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Leipzig 1879 ff.
Isambert = Recueil général des Anciennes Lois Françaises, herausg. von Jourdan, Decrusy und Isambert, Paris 1827.
Kohler = Jos. Kohler, Das Recht des Markenschutzes, Würzburg 1885.
Köhne Hgr. = Karl Köhne, Das Hansgrafenamt. Berlin 1893.
Königsm. = Eberstadt, Die Entwicklung der Königsmeister im französischen Zunftwesen vom Mittelalter bis ins achtzehnte Jahrhundert, Jahrb. für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. Herausg. von G. Schmoller, Bd. 31 Heft 3 S. 813 ff., Leipzig 1897.
Koser = R. Koser, Die Epochen der absoluten Monarchie in der neueren Geschichte, Historische Zeitschrift, Band 61, München 1869, S. 246 ff.
Labande = Labande, Histoire de Beauvais, Paris 1892.
Langlois = Langlois, Philipp III, Paris 1887.
Lamare = de Lamare, Traité de la Police, II. Aufl., Paris 1722.
Lamprecht DG. = Karl Lamprecht, Deutsche Geschichte, Berlin 1893.
Lasteyrie = Rob. de Lasteyrie, Cartulaire Général de Paris I, Paris 1887[2].
Lastig = Gust. Lastig, Markenrecht und Zeichenregister, Halle 1890.
Laurière = Glossaire du Droit Français par Fr. Ragueau, revu etc. par E. de Laurière, Ausg. Niort 1882.
L. d. M. = René de Lespinasse et François Bonnardot, Le Livre des Métiers d'Etienne Boileau, Paris 1879[2].
Lépinois = E. de Lépinois, Histoire de Chartres, Chartres 1854.
Levasseur = E. Levasseur, Histoire des classes ouvrières en France depuis la Conquête de Jules César jusqu' à la Révolution, Paris 1859.
Luchaire Inst. Mon. = Achille Luchaire, Histoire des Institutions Monarchiques de la France sous les premiers Capétiens, 2. Aufl. Paris 1891.
Luchaire Manuel = Ders., Manuel des Institutions Françaises, Paris 1892.
Mag. u. Frat = Eberstadt, Magisterium und Fraternitas, Leipzig 1897 (Staats- und socialwissenschaftliche Forschungen, herausg. von Gustav Schmoller, Bd. 15, Heft 2).
Mahul = Mahul, Cartulaire et Archives de Carcassonne, Paris 1870.
Mayer Verf. = Ernst Mayer, Deutsche und französische Verfassungsgeschichte vom 9.—14. Jahrh., Leipzig und Paris 1899.
Mayer Zoll = Ernst Mayer, Zoll, Kaufmannschaft und Markt; Germanistische Abhandlungen für Konrad Maurer, Göttingen 1893.
Mét. = René de Lespinasse, Les Métiers et Corporations de la Ville de Paris, Paris 1896 ff.[1].

---

[1] Aus der Bibliothèque de l'Ecole des Hautes Etudes.
[2] Aus der Collection Historie générale de Paris.

Olim = Les Olim, herausg. von Beugnot, Paris 1839[1].
Ord. = Ordonnances des Rois de France de la troisième Race (de Laurière etc.), Paris 1723 ff., sogen. Collection du Louvre.
Otte = Otte, Handbuch der kirchlichen Archäologie des deutschen Mittelalters, 5. Aufl. Leipzig 1885.
Pastoret = Pastoret, Vorrede zu Band 16 der Ord.
Pigeonneau = Pigeonneau, Historie du Commerce de la France, Paris 1885.
Rehm Geschichte = H. Rehm, Geschichte der Staatsrechtswissenschaft. Einleitungsband zum Handbuch des öffentlichen Rechts, herausg. von Marquardsen und Seydel, Freiburg 1896.
Richter = O Richter, Über antike Steinmetzzeichen, 45. Programm zum Winkelmannfeste, Berlin 1885.
Roisin = Le Livre Roisin, Franchises, Lois et Coutumes de la ville de Lille, publié par Brun-Lavainne, Lille 1842.
Rziha = Franz Rziha, Studien über Steinmetzzeichen; Mitteilungen der k. k. Centralkommission zur Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale, Wien 1881/1883.
Savary = Savary, Dictionnaire universel de Commerce, Kopenhagener Ausgabe von 1759.
Savigny RR = Fr. C. v. Savigny, Geschichte des Römischen Rechts im Mittelalter, II. Aufl. Heidelberg 1834.
Schmoller Tucher = G. Schmoller, Die Strafsburger Tucher- und Weberzunft, Strafsburg 1879.
Schmoller Untern. = Ders., Die geschichtliche Entwicklung der Unternehmung, Jahrb. f. Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Band 14 ff.
Schneider = Fr. Schneider, Über die Steinmetzzeichen und insbesondere die des Mainzer Doms, Organ für christliche Kunst, 22. Jahrg. 1872 S. 49 ff.
Schroeder DRG. = R. Schroeder, Lehrbuch der Deutschen Rechtsgeschichte, 3. Aufl. Leipzig 1899.
Stat. M. = Statuta Massiliae veröffentlicht von Méry et Guindon, Histoire de Marseille, Marseille 1841, Band 2 ff.
Tardif can. = Tardif, Sources du droit canonique, Paris 1887.
Tardif rom. = Tardif, Histoire des Sources du droit français, origines Romaines, Paris 1890.
Taillar = Taillar, Recueil d'Actes des 12e et 13e Siècles en Langue Romane Wallone, Douai 1849.
Thal. = Le Petit Thalamus de Montpellier, Montpellier 1840.
Thierry = A. Thierry, Recueil des Monuments Inédits de l' Histoire du Tiers Etat, Région du Nord, Paris 1850 ff.[2].
Varin Adm. = P. Varin, Archives administratives de la ville de Reims Paris 1843[2].
Varin leg. = P. Varin, Archives législatives de la ville de Reims, Paris[2].
Vaterl. A. = Urkundenreihe, erworben durch Dr. Hänel, veröffentlicht in den Mitteilungen der deutschen Gesellschaft zur Erforschung vaterländischer Sprache und Altertümer, Leipzig 1856, Band I.
Viollet dr. civ. = P. Viollet, Histoire du Droit Civil Français, 2. Aufl. Paris 1893.
✓ Vuitry Reg. fin. = A. Vuitry, Etudes sur le Régime Financier de la France, Paris 1878.
Vuitry fin N.S. = Ders., Desgl. Nouvelle Série, Paris 1883.
✓ Warnkoenig St.G. = L. A. Warnkœnig, Französische Staatsgeschichte, Basel 1875.

[1] Aus der Collection Histoire générale de Paris.
[2] Aus der Collection des Documents inédits sur l'histoire de France.

Wort- und Sachregister.

A.

C.

(Siehe auch K.)

D.

H.

I. J.

K.

L.

P.

Q.

R.

S.

T.

W.

Z.

Pierer'sche Hofbuchdruckerei Stephan Geibel & Co. in Altenburg.

